

## Vorwort

Die vorliegende Untersuchung verfolgt ein doppeltes Ziel: Einerseits will sie die wichtigsten Elemente der Parlamentarismuskritik Carl Schmitts klarlegen und die Parallelitäten zwischen dieser Kritik und der kritischen Einstellung der Wahlbürger des 21. Jahrhunderts gegenüber den Parlamenten aufzeigen. Mit der eingehenden Untersuchung der Kernelemente der schmittschen Kritik gelingt es, auch die Gründe für die aktuelle Parteien- und Parlamentsverdrossenheit im 21. Jahrhundert besser zu verstehen. Das andere Ziel der Untersuchung ist, die Gründe dieser Verdrossenheit mit Hilfe einer ideengeschichtlichen Analyse zu erschließen. Hier wird vor allem der Frage nachgegangen, aus welchen Quellen sich der Repräsentationsbegriff Schmitts nährte.

Die Arbeit ist die überarbeitete Version meiner Dissertation, die an der Andrassy Universität Budapest im Januar 2011 eingereicht wurde. Die Mitglieder des Promotionsausschusses waren Prof. Dr. Ellen Bos (Andrassy Universität Budapest, Vorsitzende), Prof. Dr. Wichard Woyke (Universität Münster), Prof. Dr. Endre Kiss (Universität West-Ungarn, Gutachter), Prof. Dr. István Szabó (Pázmány Péter Katholische Universität Budapest, Gutachter), Dr. Máté Botos (Pázmány Péter Katholische Universität Budapest), Prof. Dr. András Karácsony (Eötvös Loránd Universität Budapest) und Dr. habil. Jürgen Dieriger (Andrassy Universität Budapest) haben meine Arbeit als Doktorväter betreut, hiermit möchte ich mich für ihre kritischen Bemerkungen und ihre Unterstützung bedanken.

Die Forschungsarbeiten wurden durch die Stipendien der Hanns Seidel Stiftung sowie des Katholischen Akademischen Ausländer-Dienstes unterstützt. Des Weiteren gebührt mein Dank Prof. Dr. György Bence, Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Ferenc Hörcher, Prof. Dr. Mária Ludassy, Dr. Máté Botos und Éva Zádor. Ohne die Unterstützung meiner Familie hätte ich diese Arbeit nicht anfertigen können, ein besonderer Dank kommt dafür meinem Vater und meiner Mutter zu. Veronika Gerencsér und Benedek haben auch wesentlich zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen, die letztendlich im Rahmen des TÁMOP-Projektes 4.2.1.B-11/2/KMR-2011-0002 vorgelegt wurde.

Budapest, im August 2013

Kálmán Pócza



## Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
1. Einführung	15
1.2. Abgrenzung des Forschungsfeldes: die parlamentarische Repräsentation	16
1.3. Die textnahe und die vergleichende Analyse der Parlamentarismuskritik	17
1.4. Die ideengeschichtliche Analyse der parlamentarischen Repräsentation	19
2. Das Formprinzip der Repräsentation	24
2.1. Grundbegriffe und Grundfragen	24
2.2. Die monarchische Repräsentation: Die Auflösung des ersten Zirkelschlusses	28
2.3. Die konstitutionelle Monarchie. Der Übergang zum Formprinzip der Identität I.: der dilatorische Kompromiss	38
2.4. Die parlamentarische Repräsentation: Der Übergang zum Prinzip der Identität II.: die Verflechtung von Staat und Gesellschaft	42
3. Das Formprinzip der Identität	77
3.1. Der Staat und das homogene Volk: Die Auflösung des zweiten Zirkelschlusses	77
3.2. Die Geburtsstunde des Volkes: Entscheidung und historische Entwicklung: Die Auflösung des dritten Zirkelschlusses	90
3.3. Identitätsrepräsentation und Repräsentationsidentität	96

4. Ideengeschichtliche Analyse	102
4.1. Schmitt und Hobbes: das Prinzip der Repräsentation	105
4.2. Schmitt und Rousseau: das Prinzip der Identität	113
4.3. Die französische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion ohne Parteien	135
4.4. Die englische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion mit Parteien	173
4.5. Die deutsche Theorie über den Funktionsmechanismus des Parlamentarismus: die wahre und die unwahre Form	208
5. Schlusswort	297
Literaturverzeichnis	301

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
1. Einführung	15
1.2. Abgrenzung des Forschungsfeldes: die parlamentarische Repräsentation	16
1.3. Die textnahe und die vergleichende Analyse der Parlamentarismuskritik	17
1.4. Die ideengeschichtliche Analyse der parlamentarischen Repräsentation	19
2. Das Formprinzip der Repräsentation	24
2.1. Grundbegriffe und Grundfragen	24
2.1.1. Der Begriff des Staates	26
2.2. Die monarchische Repräsentation: Die Auflösung des ersten Zirkelschlusses	28
2.2.1. Die Repräsentation als Herstellung der politischen Einheit	28
2.2.2. Die Repräsentation als Darstellung der politischen Einheit	32
2.2.3. Die Auflösung der Gegensätze I.: Herstellung oder Darstellung?	34
2.2.4. Die Auflösung der Gegensätze II.: Repräsentation durch Exekutive oder Legislative?	37
2.3. Die konstitutionelle Monarchie. Der Übergang zum Formprinzip der Identität I.: der dilatorische Kompromiss	38
2.4. Die parlamentarische Repräsentation: Der Übergang zum Prinzip der Identität II.: die Verflechtung von Staat und Gesellschaft	42
2.4.1. Die Existenzberechtigung und der systemimmanente Standort des Parlamentarismus	42
2.4.1.1. Die französischen Theoretiker zur englischen Praxis des Parlamentarismus	44

2.4.1.2. Die französischen Theoretiker über die geistige Grundlage des Parlamentarismus	46
2.4.2. Die Frage der geistigen Grundlage des Parlamentarismus	47
2.4.2.1. Die Praxis des Parlamentarismus und der Verlust seiner geistesgeschichtlichen Grundlage	49
2.4.2.2. Der Parlamentarismus und seine falsche theoretische Grundlage	52
2.4.3. Die Frage des richtigen Funktionsmechanismus des Parlamentarismus	53
2.4.3.1. Trennung oder Balance der Gewalten	55
2.4.3.2. Der richtige Funktionsmechanismus als Folge der geistigen Grundlage	56
2.4.3.3. Traditionelle Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament	58
2.4.3.4. Gewaltenteilung innerhalb des Parlaments: ist die Existenz der Parteien unumgänglich?	59
2.4.4. Die Endphase des Parlamentarismus	64
2.4.5. Der Ausweg aus der Krise der parlamentarischen Repräsentation	67
2.4.6. Die Parlamentarismuskritik Schmitts und die Politikwissenschaft von heute	69
 3. Das Formprinzip der Identität	 78
3.1. Der Staat und das homogene Volk: Die Auflösung des zweiten Zirkelschlusses	78
3.1.1. Das Volk als Vorbedingung des Staates	78
3.1.1.1. Die substanzielle Homogenität und die Grundlage der Demokratie	79
3.1.1.2. Exkurs: die Organisiertheit des Volkes	82
3.1.1.2.1. Die absolute Formlosigkeit der negativen Manifestation des Volkswillens	83
3.1.1.2.2. Die Formgebundenheit der positiven Manifestation des Volkswillens	85
3.1.2. Der Staat als Vorbedingung des Volkes	87
3.1.3. Die Auflösung der Zirkelschlüsse	89
3.2. Die Geburtsstunde des Volkes: Entscheidung und historische Entwicklung: Die Auflösung des dritten Zirkelschlusses	91
3.2.1. Das homogene Volk als Produkt einer Entscheidung	91
3.2.2. Das homogene Volk als Produkt einer historischen Entwicklung	94

3.2.3. Die Auflösung des Zirkelschlusses: Entscheidung und historische Entwicklung	96
3.3. Identitätsrepräsentation und Repräsentationsidentität	97
3.3.1. Identitätsrepräsentation und Identitätszuschreibung	97
3.3.2. Repräsentationsidentität: die demokratische Diktatur	101
4. Ideengeschichtliche Analyse	103
4.1. Schmitt und Hobbes: das Prinzip der Repräsentation	106
4.2. Schmitt und Rousseau: das Prinzip der Identität	114
4.2.1. Rousseau in der deutschsprachigen politischen Theorie	114
4.2.2. Der Vertrag und die Homogenität des Volkes	115
4.2.3. Die prozedurale Rousseau-Interpretation	118
4.2.4. Die substanzielle Rousseau-Interpretation	120
4.2.4.1. Die substanzielle Bestimmung des allgemeinen Willens	121
4.2.4.2. Das Fundament der Gesellschaft	126
4.2.4.3. Das Rousseau-Paradox	128
4.2.5. Rousseau und die politische Repräsentation	130
4.3. Die französische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion ohne Parteien	136
4.3.1. Schmitt und Sieyès	136
4.3.1.1. Die Grundlage des Staates: der Vertrag	137
4.3.1.1.1. Das Fundament des Staates: der Vertrag	139
4.3.1.1.2. Die Macht des <i>pouvoir commettant</i> und das Naturgesetz	141
4.3.1.2. Die Unentbehrlichkeit der Repräsentation	142
4.3.1.3. Die geistige Grundlage des Parlamentarismus	146
4.3.1.4. Die Schwäche der Sieyès-Interpretation Schmitts	149
4.3.2. Schmitt und Guizot	154
4.3.2.1. Die Guizot-Interpretation Schmitts	154
4.3.2.2. Die Herrschaft der Individuen und die Herrschaft der Vernunft	155
4.3.2.3. Der Sinn der politischen Repräsentation: Wahlen und Diskussion	159
4.3.2.3.1. Die Herrschaft der Vernunft und die ewige Diskussion	163
4.3.2.3.2. Die Vorteile des Repräsentativsystems gegenüber der Demokratie und der Aristokratie	164
4.3.2.4. Die richtige Form des politischen Systems: die Teilung der Gewalten	165
4.3.2.4.1. Die Teilung der Gewalten: Parlament und Regierung	167

4.3.2.4.2. Die Realisierung des richtigen Funktionsmechanismus	171
4.3.2.5. Die Herstellung der politischen Einheit im Parlament	173
4.4. Die englische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion mit Parteien	175
4.4.1. Die englische Tradition des Begriffes der politischen Repräsentation	175
4.4.2. Die vier Traditionslinien der politischen Repräsentation in England	177
4.4.3. Die Tory- und die Whig-Theorie	178
4.4.4. Die Kompatibilität des freien Mandats mit der Existenz der Parteien bei Burke	181
4.4.4.1. Die Diskussion und das freie Mandat	181
4.4.4.1.1. Burke über die virtuelle Repräsentation der objektiven Interessen	184
4.4.4.2. Die Diskussion und die Unentbehrlichkeit der Parteien	187
4.4.4.3. Exkurs: Parteien und Fraktionen in der politischen Theorie in England	191
4.4.4.4. Das freie Mandat und die Fraktionsdisziplin bei Schmitt und Burke	197
4.4.5. Das Prinzip des Mikrokosmos bei Mill	199
4.4.5.1. Mill und die elitäre Theorie des Parlamentarismus	201
4.4.5.2. Mill über die Kompatibilität der rationalen Diskussion mit den Parteien	205
4.5. Die deutsche Theorie über den Funktionsmechanismus des Parlamentarismus: die wahre und die unwahre Form	210
4.5.1. Die deutsche Tradition des Antiparlamentarismus	212
4.5.1.1. Die theoretische Rezeption des englischen Parlamentarismus	212
4.5.1.2. Parteienverdrossenheit in der deutschen Tradition	216
4.5.1.3. Die Parlamentarismuskritik im 19. Jahrhundert	217
4.5.1.4. Der Antiparlamentarismus in Weimar	221
4.5.2. Die Tradition des wahren Parlamentarismus in der deutschen Theorie	224
4.5.2.1. Schmitt und Mohl	224
4.5.2.1.1. Die konstitutionelle Monarchie als Übergangsform	226
4.5.2.1.2. Das englische Modell: die Abhängigkeit der Regierung vom aktiven Parlament	227
4.5.2.1.3. Die Schwäche des französischen Parlamentarismus: der Einfluss der Regierung auf das passive Parlament	228



4.5.2.1.4. Die Schwäche des deutschen Parlamentarismus: die Trennung der Gewalten	230
4.5.2.1.5. Die Unumgänglichkeit der Parteien	233
4.5.2.2. Schmitt und die Theoretiker des Kaiserreichs: Jellinek	236
4.5.2.2.1. Der Repräsentationsbegriff von Schmitt und Jellinek	237
4.5.2.2.2. Die Parlamentarismuskritik von Jellinek und Schmitt	239
4.5.2.2.3. Das englische Modell: Gewaltenteilung, Abhängigkeit der Regierung vom Parlament und Parteidisziplin	241
4.5.2.2.4. Zwei Abweichungen: Parlamentsabsolutismus und die Trennung der Gewalten	243
4.5.2.2.5. Die Kritik des unwahren Parlamentarismus	245
4.5.2.3. Schmitt und die Theoretiker des Kaiserreichs: Redslob	248
4.5.2.3.1. Der wahre Parlamentarismus: die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die Gewaltenteilung und die Fraktionsdisziplin	249
4.5.2.3.2. Der unwahre Parlamentarismus: Parlamentsabsolutismus und die Unabhängigkeit der Abgeordneten	251
4.5.2.4. Der Synkretismus Schmitts	254
4.5.2.4.1. Die Kritik Scheuners	256
4.5.3. Der Untergang des Parlamentarismus: die Trennung und Verflechtung von Staat und Gesellschaft	260
4.5.3.1. Staat und bürgerliche Gesellschaft in der politischen Theorie	262
4.5.3.1.1. Die Trennung der Begriffe »Staat« und »Gesellschaft«	264
4.5.3.2. Die Klassiker der Trennung und Verflechtung der beiden Begriffe: Hegel	265
4.5.3.2.1. Die Vermittlung der polemischen Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« in den Ständen	266
4.5.3.2.2. Die Vermittlung der polemischen Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« im Parlament	267
4.5.3.2.3. Die wahre Form der parlamentarischen Vermittlung: die Teilung der Gewalten und die konstitutionelle Monarchie	268
4.5.3.3. Die Klassiker der Trennung und Verflechtung der beiden Begriffe: Lorenz von Stein	270
4.5.3.3.1. Die Konzeption von Staat und Gesellschaft bei von Stein	271

4.5.3.3.2. Die Inkompatibilität der Prinzipien der Monarchie und des Repräsentativsystems	274
4.5.3.3.3. Der Monarch als eine Institution, die über den inneren Konflikten der Gesellschaft steht	276
4.5.3.4. Die strikte Trennung der beiden Begriffe: Stahl	278
4.5.3.4.1. Die Beschreibung des existierenden parlamentarischen Systems	280
4.5.3.4.2. Das Wesen des wahren Parlamentarismus: die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament	283
4.5.3.4.3. Über den Untergang des Parlaments	286
4.5.3.4.3. Das monarchische Prinzip	287
4.5.3.5. Die strikte Trennung der beiden Begriffe: Seydel und Hintze	290
4.5.3.5.1. Von Seydel: die Repräsentation der Staatsräson	290
4.5.3.5.2. Hintze: die Grundlage der konstitutionellen Monarchie	293
 5. Schlusswort	 298
 Literaturverzeichnis	 301

## 1. Einführung

Carl Schmitt ist ohne Zweifel ein einzigartiger und zugleich rätselhafter Autor, der einen außergewöhnlichen Sinn für die Synthetisierung von Denkansätzen anderer Autoren hatte. Dieses überragende Synthetisierungsvermögen ergibt im Grunde genommen den wesentlichen Charakter der schmittschen Schriften: Sie enthalten ein verblüffendes Ausmaß von Referenzen auf Theoretiker verschiedener Zeitalter und nehmen ferner sowohl explizit als auch implizit Bezug auf Gelehrte der Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Politikwissenschaft von radikal unterschiedlicher Provenienz. Die imposanten Kernelemente der schmittschen Gedanken sind fast immer mit ideengeschichtlichen Hinweisen versehen, womit seine Schriften den Anschein wecken, als würde er die Originalität seiner radikal neuen Gedanken abstreiten. In diesem Sinne sind die Texte Schmitts sogar als bescheiden zu bezeichnen. Das Übermaß der Bezugnahmen trägt wesentlich zu dem wissenschaftlichen Ansehen Schmitts bei. So hat er den Spruch »Wir sind nur Zwerge auf den Schultern der Gelehrteigentiganten früherer Zeiten« tatsächlich ernst genommen. Schmitt machte sich die Weisheit seiner Vorgänger in vollem Maße zunutze. An manchen Stellen führt er die Gedanken der größten Rechtswissenschaftler oder eben Philosophen weiter, er ergänzt sie, deutet sie um, benutzt sie zu Beweisführungen. Mal verwendet er sie sachgemäß, mal aber entstellt er sie auch. Er ist ein Wissenschaftler von ungeheuerem lexikalischem Wissen, der dieses kühn benutzt, da seine Gegner nur selten im Stande sind, ihm hinsichtlich seiner Bezugnahmen sachgemäß und wissenschaftlich fundiert zu widersprechen.

Und doch: Aus dieser manchmal arbiträren Auslegungsmethode ergibt sich ein ganz und gar originaler Denkansatz, der vor allem aus seinem Vermögen zur Synthetisierung resultiert. Zwar missbraucht Schmitt seine Quellen manches Mal, damit sie sich in sein eigenes System einfügen lassen, doch bringt die Originalität diese Art von Inkonsequenz und Arbitrarität gegenüber den ursprünglichen Denkansätzen anderer Autoren meist notwendigerweise mit sich. Große Denksysteme können sich, selbst wenn sie zuweilen von widersprüchlichem Charakter sind, nicht leisten, durch minuziöse Arbeit der Textauslegung den Denkansätzen früherer Gelehrter gerecht zu werden, da gerade die radikale Umdeutung der früheren Überlegungen ihre Originalität begründet. Eine forcierte Treue und Präzision bei der Textauslegung beschneidet die Flügel der Originalität. Schmitt

aber lässt das nicht zu: Die häufigen Bezugnahmen verfolgen bei ihm nicht das Ziel, die Gedanken früherer Gelehrter in ihrer Gesamtheit korrekt wiederzugeben, sie legitimieren vielmehr die geistvollen Denkanstöße Schmitts. Die Dämmerung ist Schmitts ist seine Zeit: die Konturen der Objekte zeichnen sich bereits ab, doch hat das Bild seine Schärfe noch nicht erlangt. Schmitt arbeitet immer bei Dämmerlicht und lässt sich daher auch nur schwer fassen. Was und zu welchem Zweck arbiträr verdreht wurde, an welchen Stellen die Texte seiner Vorläufer entstellt und zum Beweis seiner eigenen Denkansätze missbraucht wurden, all das zu erhellend, erfordert eine minutiöse Arbeit. Doch genau das ist das *eine Ziel der vorliegenden Arbeit*: die Missdeutungen Schmitts zu erschließen, damit die Konturen sichtbar werden, die ihn von seinen Vorgängern abgrenzen. Die durch die große Synthetisierungsarbeit verschleierte Unterschiede zwischen den zitierten Theoretikern und der schmittschen Interpretation dieser Autoren sollen also offengelegt werden.

### *1.2. Abgrenzung des Forschungsfeldes: die parlamentarische Repräsentation*

Der breite Umfang der Zitationen erschwert allerdings auch die Einfügung Schmitts in eine Traditionslinie. Er zitiert verschiedene Autoren, die keinen oder nur ganz wenige gemeinsame Berührungspunkte haben, mit einer solchen Selbstverständlichkeit, als ob die Gemeinsamkeiten dieser Autoren einem jeden absolut bekannt wären. Die Erhellung der Traditionslinie, in die Schmitt eingefügt werden könnte, erfordert also weitere eingehende Untersuchungen. Hierbei ist allerdings eine Selektion notwendig: somit werden nicht alle Autoren erforscht, die jemals bei Schmitt Erwähnung gefunden haben. Der Kreis der analysierten Gelehrten umfasst ausschließlich Autoren, die in zweierlei Hinsicht relevant sind: einerseits im Hinblick auf die Stärke ihres Einflusses, den sie auf Schmitt ausgeübt haben, andererseits hinsichtlich der Relevanz des Forschungsfeldes. Denn die vorliegende Arbeit will auf keinen Fall das gesamte Spektrum der Schmitt-Forschung der Politikwissenschaft abdecken – sei darunter nun politische Philosophie, politische Ideengeschichte oder eben empirische Politikwissenschaft zu verstehen.

Der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung beschränkt sich auf die Frage der politischen Repräsentation, wobei in noch engerem Sinne nach einem kurzen Überblick über die monarchische Form der politischen Repräsentation vor allem die parlamentarische Repräsentation unter die Lupe genommen wird. Diese Begrenzung des Forschungsgebietes auf die

schmittschen Konzeptionen der parlamentarischen Repräsentation hat zusätzlich zur Folge, dass nicht alle Werke Schmitts untersucht werden, sondern nur jene Schriften, die einen Anknüpfungspunkt zur Frage der parlamentarischen Repräsentation besitzen. Die Selektion der Quellen ergibt sich also aus dem Objekt der Forschung. Hier wird nicht der Frage nachgegangen, ob das Lebenswerk Schmitts einen einheitlichen Charakterzug aufweist oder aber gerade einen großen Bruch erlitten hat. Die Frage nach der Einheit des schmittschen Lebenswerkes stellt sich aus dem Grunde nicht, da sich die vorliegende Arbeit auf seine Parlamentarismuskritik fokussiert.

### *1.3. Die textnahe und die vergleichende Analyse der Parlamentarismuskritik*

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die politische Repräsentation verschiedene Erscheinungsformen besitzen kann. Diese alternativen Formen werden in der vorliegenden Arbeit jedoch eher als Vorgeschichte oder aber als Nachklang umrissen, was *aus dem anderen, gegenwartsbezogenen Ziel* dieser Abhandlung resultiert. Gezeigt werden soll, dass die Parlamentarismuskritik der Öffentlichkeit des 21. Jahrhunderts wesensgleiche Elemente mit der Parlamentarismuskritik Schmitts aufweist. Die öffentliche Parlamentarismuskritik von heute hat ihre Wurzeln in den Schriften Schmitts, welche die Kritikpunkte anderer Werke am klarsten und scharfsichtigsten synthetisierten. Eine rein geschichtsorientierte Abhandlung könnte den heutigen Vorbehalten gegenüber dem Parlamentarismus sicherlich nicht gerecht werden. Die Mängel der parlamentarischen Repräsentation lassen sich in der breiten Öffentlichkeit des 21. Jahrhunderts jedoch fast in derselben Weise fassen wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Struktur der Kritik hat sich nicht gewandelt, obwohl die Realität der parlamentarischen Repräsentation wesentliche Umwandlungen erlebt hat. Die Parlamentarismus- und Parteienverdrossenheit des 21. Jahrhunderts weisen die gleichen Charakterzüge auf wie die Parlamentarismuskritik Schmitts, obschon die heutige Politikwissenschaft diese Kritikpunkte im Grunde genommen entkräftet hat.

Um die Kritikpunkte Schmitts und der Öffentlichkeit von heute tiefgreifend erfassen zu können, sind also erst einmal die relevanten Texte Schmitts mit der Technik des *close reading* zu analysieren. Die Kritik gegenüber Schmitt, seine Argumente seien zirkelschlüssig, wird mit Hilfe dieser Methode und durch eine historisierende Deutung seiner Schriften widerlegt. Die Geschichte spielt in den schmittschen Werken eine wesent-

liche Rolle, wenngleich dieser Aspekt in seinem Lebenswerk bisher nur selten untersucht wurde. Schmitt betont jedoch immer wieder den trivialen Ansatz, die verschiedenen Staatsformen seien mit bestimmten Zeitaltern verbunden: In dem Zeitalter der absoluten Repräsentation (absolute Monarchie) bilde sich in einem geschichtlichen Prozess das homogene Volk (die Nation) heraus, das in dem folgenden Zeitalter die absolute Macht der Monarchen wesentlich beeinträchtige. Die konstitutionelle Monarchie lässt sich am besten als die erste Übergangsform zwischen der absoluten Repräsentation und der absoluten Identität definieren. Der Parlamentarismus ist aber nach Schmitt ebenfalls bloß eine Übergangsform vom Zeitalter der politischen Repräsentation zum Zeitalter der demokratischen Identität. In der vorliegenden Arbeit wird die politische Form der demokratischen Identität allerdings nicht eingehend untersucht, da das primäre Ziel dieser Abhandlung in der Darstellung der strukturellen Ähnlichkeiten der Parlamentarismuskritik Schmitts und der Parlamentarismuskritik der Wahlbürger des 21. Jahrhunderts besteht.

Schmitt behandelt den Problembereich des Parlamentarismus aus zwei verschiedenen Perspektiven: einerseits fragt er nach der Existenzberechtigung der parlamentarischen Repräsentation. Hierbei sollten zwei verschiedene Argumentationslinien auseinander gehalten werden: Schmitt behauptet zum einen, dass die geistige Grundlage des Parlamentarismus, die als *government by discussion* definiert wird, im 19. Jahrhundert noch tatsächlich realisiert wurde, die Parlamente zu Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch nicht mehr auf der Grundlage dieses Prinzips funktionierten. Die Parlamente des 20. Jahrhunderts sind nicht mehr im Stande, die einzige politische Wahrheit durch eine rationale Diskussion offen zu legen. Die Geschichte der Parlamente wäre also in diesem Sinne eine Verfallsgeschichte. Nach der stärkeren Argumentationslinie bezweifelt Schmitt zudem die Existenzberechtigung dieser geistigen Grundlage und der Institution des Parlaments. Schmitt betont, dass diese rationale Diskussion *niemals* zur Entdeckung der politischen Wahrheit führen konnte und führen kann, da im Parlament nur *relative Wahrheiten* gefunden werden können, über die dann immer wieder die Diskussion eröffnet wird. Gemäß dem Prinzip des Parlamentarismus lässt sich diese Diskussion auch niemals endgültig abschließen. Sie dauert ewig, obwohl das Ziel der Politik nicht die ewige Diskussion, sondern die Entscheidung aufgrund der politischen Wahrheit wäre. Das Fehlen der Letztentscheidung ist jedoch ein wesentlicher und folgeschwerer Mangel des Parlamentarismus, an dem nicht einfach vorbeigegangen werden kann.

Andererseits erörtert Schmitt aber auch die Frage des richtigen Funktionsmechanismus des Parlamentarismus. In diesen Textstellen analysiert er

nicht die geistige Grundlage des Parlamentarismus, sondern den exakten Standort des Parlaments innerhalb des politischen Systems: Was für eine Relation besteht zwischen Parlament und Regierung? Über welches Potenzial verfügt das Parlament gegenüber den übrigen politischen Gewalten? Was sind seine Machtbefugnisse im Vergleich zu den anderen Gewalten? Schmitt ist eindeutig der Meinung, dass der Parlamentarismus nur in dem Fall richtig funktioniert, wenn die Gewalten geteilt sind und die Balance der Gewalten realisiert wird. Schmitt verwirft die Idee der totalen Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, er hält den Parlamentsabsolutismus für eine unwahre Form des Parlamentarismus. Die Parlamentarismuskritik Schmitts wird also in diesem Kontext der allgemeinen schmittschen Konzeption der politischen Repräsentation untersucht. Am Ende dieses Kapitels wird ferner gezeigt, dass sich die Diskrepanz zwischen der breiten Öffentlichkeit und der Politikwissenschaft von heute in der Bewertung des Parlamentarismus als eine Diskrepanz zwischen Schmitt und der heutigen Politikwissenschaft begreifen lässt. Diese These wird mit empirischen und theoretischen Beweisen untermauert, wobei sich schließlich die Frage stellt, was die Politikwissenschaft dafür tun sollte, damit die auf den schmittschen Argumenten basierende Parlamentarismuskritik der breiten Öffentlichkeit von heute ein wenig gemildert werden könnte.

#### *1.4. Die ideengeschichtliche Analyse der parlamentarischen Repräsentation*

Auf das andere Ziel der vorliegenden Abhandlung wurde bereits hingewiesen: In einer ideengeschichtlichen Analyse wird gezeigt, aus welchen Quellen sich der Repräsentationsbegriff Schmitts nährt. Dazu findet zuerst einmal eine Untersuchung der Werke von Hobbes und Rousseau statt. Ziel der Analyse ist es, das Potenzial der Repräsentation in der Schaffung einer politischen Einheit offen zu legen. Es wird betont, dass Hobbes sich in dieser Frage sehr viel eindeutiger äußerte als Schmitt: Während der Akt der Willensäußerung des Souveräns und jener der symbolischen Repräsentation bei Schmitt nicht klar unterschieden wird, hält Hobbes die beiden Phänomene klar auseinander. Schmitt ignoriert also eine wichtige Distinktion, während Hobbes in dieser Hinsicht eine nuanciertere Theorie präsentiert. Der zweite Teil der ideengeschichtlichen Analyse soll die Ursprünge des polemischen Gegenbegriffs der Repräsentation, d. h. die Provenienz des Begriffes der Identität bei Schmitt offen legen. Hierzu werden die Werke Rousseaus vor allem unter jenem Aspekt betrachtet, inwiefern der

Begriff der Identität bei Schmitt in der politischen Theorie Rousseaus verwurzelt ist.

Des Weiteren wird untersucht, welche Elemente der politischen Repräsentation von Sieyès oder eben von Guizot entlehnt wurden. Die schmittsche Auslegung der Werke von Sieyès und Guizot wird sich teils als richtig, teils als falsch erweisen. Festgehalten werden sollte an dieser Stelle jedoch: Schmitt hat die meisten Elementen seiner Konzeption der politischen Repräsentation den Ansätzen Guizots entlehnt. Die Beschreibung der Leitidee des Parlamentarismus als *government by discussion*, die der Lehre der Gewaltenteilung zugrunde liegt, kann in den relevanten Werken Guizots gefunden werden. Es ist freilich immer interessanter, wenn die Diskrepanzen zwischen zwei Autoren erhellt werden können, vor allem weil sie in diesem Fall auf das Synthetisierungsvermögen Schmitts verweisen. Die wichtigste Diskrepanz zwischen Sieyès und Schmitt besteht darin, dass das Gemeinwohl nach Sieyès ausschließlich im Parlament, jedoch niemals durch einen Akt der unmittelbaren Willensäußerung des Volkes zu finden ist. Schmitt missdeutet hierbei den sieyèsschen Begriff *pouvoir constituant*.

Neben den französischen Gelehrten, auf die Schmitt bei der Definition der geistigen Grundlagen des Parlamentarismus explizit Bezug nimmt, sollen aber auch die Diskrepanzen zu den englischen Autoren dargelegt werden, da sie von wesentlich größerem Umfang und erheblicherer Tragweite sind als die Unterschiede zwischen Schmitt und den französischen Theoretikern. Einer der wichtigsten Vorbehalte Schmitts gegenüber dem Parlamentarismus war die Fraktions- und Parteidisziplin, die nach Schmitt mit dem Wesen des Parlamentarismus als *government by discussion* nicht in Einklang gebracht werden können. Die rationale Diskussion wird nach Schmitt bei der konsequenten Durchsetzung der Fraktionsdisziplin aufgehoben. In diesem Fall regiere nicht die politische Wahrheit, sondern vielmehr die numerische Mehrheit, was für Schmitt inakzeptabel ist. Schmitt behauptet, die englischen Theoretiker würden ebenfalls für das parlamentarische Prinzip der *government by discussion* plädieren, wobei er allerdings außer Acht lässt, dass sowohl Burke als auch Mill das Prinzip der *government by discussion* mit der Praxis der Fraktionsdisziplin nicht nur für harmonisierbar hielten, sondern sich vielmehr mit voller Kraft für die praktische Durchsetzung dieses Prinzips einsetzten. Dieser Unterschied zwischen den englischen Theoretikern und Schmitt betrifft aber nicht nur den Gelehrten aus Plettenberg allein, sondern auch die Diskrepanz zwischen der aktuellen Praxis des Parlamentarismus und dessen normativer Beurteilung in der heutigen Öffentlichkeit. Die Parteien- und Parlamentsverdrossenheit der Wähler nährt sich aus falschen Annahmen des



Wahlvolkes bezüglich der wahren Natur des Parlamentarismus, die aber zum Teil die Konsequenzen der falschen Tradition der Parlamentarismuskritik sind, deren prägnantester Vertreter Schmitt war. Obwohl sich Burke und Mill in vielerlei Hinsicht unterscheiden, fügen sie sich doch in eine englische Tradition, die gegenüber den Parteien im Allgemeinen weniger Bedenken hatte als die kontinentale politische Tradition. Die kontinentale Denktradition hegte eine stärkere Abneigung gegenüber den Parteien, obwohl sowohl die französische als auch die deutsche Praxis des Parlamentarismus mit einer hohen Anzahl der Parteien zu rechnen hatte. Wenn der Parlamentarismus tatsächlich mit dem Prinzip der *government by discussion* gleichgesetzt werden könnte, dann bliebe ein wichtiger Unterschied zwischen dem kontinentalen und dem englischen Parlamentarismus bestehen: Während die englischen Theoretiker die parlamentarische Diskussion mit der Existenz der Parteien und der Fraktionsdisziplin in Einklang bringen wollen und können, akzeptiert die kontinentale Theorie des Parlamentarismus die strikte Fraktionsdisziplin nicht, da sie die Möglichkeit einer rationalen Diskussion aufhebt. Schmitt schließt sich mit seinen Schriften dieser kontinentalen Tradition an.

Was die deutschen Ideen des Parlamentarismus betrifft, werden drei Autoren eingehend untersucht. Alle drei sind nach Schmitt die *eigentlichen* Theoretiker des Parlamentarismus. Bei seiner Skizzierung der ursprünglichen Idee des Parlamentarismus bezieht er sich außer auf die englischen und französischen Theoretiker (Burke, Mill, Guizot und Sieyès) auf Mohl als den wichtigsten Vertreter der Theorie des Parlamentarismus. Georg Jellinek und Robert Redslob sind in diesem Sinne die weiteren Gelehrten, die zu der Bestimmung des deutschen Begriffs des Parlamentarismus wesentlich beigetragen und zugleich einen großen Einfluss auf die Gedanken Schmitts bezüglich der parlamentarischen Repräsentation ausgeübt haben. Es kann zwar nicht angezweifelt werden, dass Mohl, Jellinek und Redslob die richtige Form des Parlamentarismus in der Teilung der Gewalten sehen, doch betonen sie auch, dass die Existenz der Parteien und der Parteidisziplin aus dieser richtigen Form des Parlamentarismus zwangsläufig erfolgt. Im Gegensatz zu Schmitt akzeptieren demnach alle drei die Institution der Parteidisziplin als ein unentbehrliches Kriterium der richtigen Form des Parlamentarismus. Schmitt hingegen vermischt diesbezüglich zwei Ideen, die früher – vor allem dank der Theorie Redslobs – noch auseinander gehalten wurden: Er übernimmt von der *wahren* Form des Parlamentarismus die Lehre der Gewaltenteilung, entlehnt jedoch die Unabhängigkeit der Abgeordneten, die Lehre des freien Mandats, das Prinzip der rational diskutierenden Parlamentarier der *unwahren* Form des Parlamentarismus. Diese Vermischung der beiden Prin-

zipien ist bei den deutschen Theoretiker allerdings nicht nachvollziehbar: Alle drei plädieren explizit für die Teilung der Gewalten *und zugleich* für das Prinzip der Parteidisziplin, das aus der Lehre der Teilung der Gewalten sogar notwendigerweise folgt. Zudem ist festzuhalten, dass die Parteien in der deutschen Denktradition eine bei weitem nicht so positive Rolle gespielt haben wie bei den drei, von Schmitt am häufigsten zitierten Autoren (Mohl, Jellinek und Redslob). Es kann sogar behauptet werden, dass Schmitt eben auf die drei Autoren am meisten Bezug nimmt, die eher zu den Ausnahmen gezählt werden können: Sie akzeptierten die Existenz und den Einfluss der Parteien sowie der Parteidisziplin trotz der deutschen Tradition der Parteienverdrossenheit.

Der Grund für die strikte Ablehnung der Existenz und des Funktionierens der Parteien liegt in einer anderen deutschen Tradition, der sich Schmitt ebenfalls angeschlossen hatte. Die Parteien gelten in der deutschen Tradition als Vereine, die bloß gesellschaftliche Partikularinteressen repräsentieren können, obwohl das eigentliche Ziel der politischen Repräsentation die Durchsetzung des Gemeinwohls und nicht die Durchsetzung der gesellschaftlichen Eigeninteressen wäre. Die Parteien sind die Organe der gesellschaftlichen Partikularinteressen, die den parlamentarischen Staat als Mittel zur Durchsetzung ihrer Eigeninteressen verwenden. Der Staat dürfte aber seiner eigenen Idee nach ausschließlich das Gemeinwohl vertreten. In diesem Sinne wird er also der Gesellschaft gegenübergestellt: Die strikte Unterscheidung von Staat und Gesellschaft ist seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine spezifisch deutsche Tradition, die zu der negativen Beurteilung der Parteien, die bloß gesellschaftliche Partikularinteressen repräsentieren können, wesentlich beigetragen hat. Die Verflechtung der gesellschaftlichen Interessen mit dem Staatsinteresse bringt den Verfall der parlamentarischen Repräsentation und des Staates im Allgemeinen mit sich. In den letzten Kapiteln der vorliegenden Arbeit wird die Tradition der Separierung des Staats von der Gesellschaft behandelt. Hier wird gezeigt, wer die Urväter dieser Trennung waren und welche Unterschiede zwischen den Urvätern und den späteren Vertretern des monarchischen Prinzips aufgezeigt werden können. Abschließend wird geklärt, wie sich Schmitt in diese Tradition einfügt und welche weiteren Konsequenzen die Verflechtung der beiden Sphären hat. Die richtige politische Repräsentation lässt sich mit der Existenz der Parteien und mit der Verflechtung der beiden Sphären »Staat« und »Gesellschaft« nicht vereinbaren, denn die politischen Parteien können nur und ausschließlich gesellschaftliche Partikularinteressen repräsentieren, obwohl das Ziel der Politik die Repräsentation der ganzen politischen Gemeinschaft (i. e. des Gemeinwohls) wäre. In einem parlamentarischen Staat mit strikter Fraktionsdisziplin würden die

gesellschaftlichen Eigeninteressen den Staat unter Mitwirkung der Parteien jedoch durchdringen, was nach Schmitt mit dem Verfall des Staates identisch ist.

Die vorliegende Arbeit endet hier, obwohl Schmitt die Lösung der Krise der parlamentarischen Repräsentation in der Verflechtung der Prinzipien »Identität« und »Repräsentation« findet. In dieser Abhandlung wird dieser Lösungsversuch allerdings nur kurz umrissen, vor allem da eine eingehende Analyse dieser Verflechtung einen solchen Umfang voraussetzt, der den Rahmen dieser Dissertation weit überschreiten würde. Ferner lassen die zwei Grundfragen dieser Abhandlung weitere Analysen auch nicht zu, denn die hier zu klärenden Fragen sind: 1. Was sind die wesentlichen Punkte der schmittschen Parlamentarismuskritik, die im Übrigen auch der Parlamentarismusverdrossenheit der Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert zugrunde liegen? 2. Hat Schmitt seine ideengeschichtlichen Vorbilder richtig interpretiert, als er in seiner Parlamentarismuskritik auf sie Bezug genommen hat? Um diese Fragen beantworten zu können, werden die relevanten Texte Schmitts und seiner Vorläufer eingehend untersucht, und diese Arbeit ist Gegenstand der vorliegenden Abhandlung.

## 2. Das Formprinzip der Repräsentation

### 2.1. Grundbegriffe und Grundfragen

Bevor die ideengeschichtlichen Hintergründe des Konzeptes der politischen Repräsentation bei Carl Schmitt ausführlich erörtert werden, erfolgt zunächst einmal eine textnahe Analyse der Grundbegriffe der schmittschen Repräsentationstheorie. Dabei ist an dieser Stelle allerdings darauf hinzuweisen, dass die Ausführungen dieses und des folgenden Kapitels, gerade aus dieser textnahen Analyse resultierend, bestimmte Vorkenntnisse bezüglich des Repräsentationskonzeptes und der wichtigsten Konzepte im politischen Denken Schmitts voraussetzen. In den folgenden Kapiteln werden nämlich die prägnantesten schmittschen Begriffe neu interpretiert, ohne diese Grundkenntnisse rekapitulieren zu wollen.

Die Auslegung der Grundbegriffe »Staat«, »politische Einheit«, »Repräsentation«, »Homogenität« und »Identität« wird hier vor dem Hintergrund der geschichtsorientierten Grundeinstellung des schmittschen Denkens betrachtet. Der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist dementsprechend die These, dass die angeführten Grundbegriffe erst dann richtig zu erfassen sind, wenn sie jeweils einer bestimmten zeitlichen Periode zugeordnet werden, da Schmitt selbst die Entfaltung und Entwicklung des Phänomens des Politischen zeitlich verortet. Die einzelnen Epochen der Geschichte können mit einem bestimmten Grundbegriff des Phänomens des Politischen charakterisiert werden und zwar wie folgt: Die 1. Epoche ist das Zeitalter des durch die Repräsentation des Herrschers hergestellten einheitlichen Staates, in dem die Regierenden und die Regierten noch nicht identisch sind. Die Existenz eines solchen einheitlichen Staates ist zwar durch den Repräsentationsakt und den repräsentativen Charakter des Monarchen gewährleistet, doch fehlen das Moment und das Phänomen der Identität noch. In der 2. Epoche der Geschichte des Phänomens des Politischen entsteht ein homogenes Volk im Rahmen des durch den Monarchen hergestellten und repräsentierten einheitlichen Staates. Dieses homogene Volk wird sich seines politischen Charakters bewusst, woraus sich sein Wunsch und sein Bestreben ergibt, sich selbst in einem neugegründeten (oder transformierten) Staat zu regieren, der zumindest teilweise auf dem Prinzip der Identität beruht. Dieses mit sich selbst identische Volk ist jedoch noch nicht imstande, sich selbst zu regieren. Es ist nur dazu fähig, geschlossen gegenüber der monarchischen

Repräsentation aufzutreten. In der 3. Epoche wird dem Druck des Volkes nachgegeben: Aus seinem eigenen Souveränitätsrecht heraus räumt der Monarch dem Parlament als dem Zweitrepräsentanten des Volkes das Mitentscheidungsrecht ein. In dieser Epoche der konstitutionellen Monarchie wird die politische Einheit des Volkes von zwei politischen Akteuren repräsentiert, was allerdings zu großen Spannungen zwischen den beiden Parteien führt. Die konstitutionelle Monarchie ist eine gemischte Regierungsform, die aber noch mit dem Grundbegriff der »Repräsentation« und nicht mit dem der »Identität« zu charakterisieren ist. In der 4. Epoche gründet das homogene Volk als verfassungsgebende Gewalt (*pouvoir constituant*) durch einen Entscheidungsakt einen neuen Staat, eine parlamentarische Demokratie. In dieser Epoche stellt das Parlament die politische Einheit des Volkes alleine dar.<sup>1</sup> Dies ist das Zeitalter der Repräsentation der Identität (der Regierenden und der Regierten). In der 5. Epoche gibt das souveräne Volk sich selbst eine Verfassung und *wählt* zugleich einen Monarchen, der – als dem Parlament untergeordneter Zweitrepräsentant – das Volk repräsentiert. Dies ist das Zeitalter der Bürgerkönige. Der 5. Epoche folgt dann die letzte Epoche, das Zeitalter der Identität der Repräsentation. Die Repräsentanten, die politischen Führer, werden in diesem Zeitalter durch einen plebiszitären Akt, durch die *acclamatio*, gewählt. Die Repräsentanten identifizieren sich selbst imaginär mit dem Volk. Dies ist das Zeitalter der demokratischen Diktatur.

Gerade die Unklarheit, die die Interpretation der schmittschen Grundbegriffe »Einheit«, Staat«, »Repräsentation«, »Identität« und »Homogenität« bestimmt, hat bei vielen Schmitt-Experten zu der Ansicht geführt, dass Schmitt diese Grundbegriffe inkonsequent benutzt und widersprüchlich mit Zirkelschlüssen argumentiert (Adam 1992: 55, 85ff; Thiele 2003: 160; Hofmann 1964: 134 ff., 140; Huber 1975: 23). Die Grundfragen, die infolge der inkonsequenten Verwendung bestimmter Begriffe widersprüchliche Antworten ermöglichen und dem Beweis der zirkelschlüssigen Argumentation bei Schmitt dienen, sind folgende: 1. Wird die Einheit eines bereits existierenden Volkes *statisch* durch den Monarch (d. h. die prägnanteste Verkörperung des politischen Prinzips der Repräsentation) *dargestellt*, oder wird sie erst durch den Prozess der Repräsentation *dynamisch hergestellt*? 2. Setzt die Einheit (überhaupt die Existenz) des Staates ein homogenes Volk (im politischen Sinne) voraus, oder ist die Existenz und die Einheit des Staates die Vorbedingung zu eben jener politischen

1 In der Parlamentarismusschrift behauptet Schmitt (1926: 44) dagegen, dass die politische Einheit des Volkes erst im Parlament hergestellt wird. Diese Ansicht kongruiert mit jener von Sieyès. Dazu siehe noch Baker 1990: 244ff, 249ff.

Einheit des Volkes? 3. Konstituiert sich das homogene Volk selbst durch eine verfassungsgebende Entscheidung (Homogenität durch eine identitätsstiftende Entscheidung) in einer Demokratie, die das prägnanteste politische Formprinzip der Identität verkörpert, oder wird diese verfassungsgebende Entscheidung durch ein vor dieser Entscheidung bereits homogen existierendes Volk getroffen? Anders formuliert: Setzt der Begriff der Entscheidung (Verfassungsgebung) die Existenz eines homogenen Volkes voraus, oder wird ein homogenes Volk gerade durch den Akt der Entscheidung konstruiert (Identität durch die geschichtliche Entfaltung der Homogenität)? Ist das homogene Volk also die Voraussetzung oder das Ergebnis der verfassungsgebenden Entscheidung?

Um zu zeigen, wie die geschichtsorientierte Argumentation Carl Schmitts aufgebaut ist, soll das schmittsche Verständnis der Begriffe anhand dieser drei Fragen verdeutlicht werden. Die Interpretation seiner Grundbegriffe verlangt jedoch eine gründliche Analyse, da sie von Schmitt in inkonsequenten Bedeutungsvarianten verwendet werden. Daher ist in vielen Abhandlungen über Schmitt nicht nachvollziehbar, wie er die Begriffe »Staat«, Homogenität«, »Identität« in den jeweils konkreten Textstellen einsetzt. Werden aber die historischen Aspekte der Begriffe bzw. die Sukzession dieser Begriffe (Einheit, Repräsentation, Homogenität, Identität), die zugleich zur Deutung der Geschichte dienen, ebenfalls berücksichtigt, so zeigt sich, in welchem Sinne Schmitt »Staat«, Identität« oder »Repräsentation« in der konkreten Textstelle verwendet. Was das methodische Vorgehen betrifft, so werden die drei Grundfragen, mit denen die Schmitt-Kritiker die zirkelschlüssige Argumentation zu beweisen versuchen, vor dem Hintergrund der einzelnen Epochen erläutert.

#### 2.1.1. Der Begriff des Staates

Schmitt definiert den Staat als die politische Einheit des Volkes (Schmitt 1932: 20f; Möllers 2000: 28). Diese maßgebende politische Einheit, die in Konfliktsituationen mit weiteren menschlichen Organisationen von ihren Mitgliedern letztendlich die höchste und ausschließliche Loyalität verlangt, kann auf zwei Wegen entstehen: entweder durch die für die absolute Monarchie charakteristische *Repräsentation* oder durch die *Identität* des Volkes mit sich selbst.<sup>2</sup> Der Staat beruht als politische Einheit des Volkes

2 Im Gegensatz zu den traditionellen Einteilungen unterscheidet Schmitt zwei Formprinzipien des politischen Teils der Verfassungen (Schmitt 1928a: 205).

auf der Verbindung dieser zwei Formprinzipien, was bedeutet, dass kein Staat, keine politische Einheit auf nur einem der beiden Formprinzipien alleine gegründet werden kann (Schmitt 1928a: 214). Die politische Einheit des Volkes ist jedoch nicht naturgegeben, weswegen immer auch ein weiteres Moment unentbehrlich ist, das diese Integration herstellt. Dies sind die Momente der Repräsentation und/oder der Identität.

Der schmittsche Staatsbegriff ist dem Anschein nach sowohl von substantiellem als auch geschichtlichem Charakter (Möllers 2000: 78; Hofmann 1964: 85; Kraft-Fuchs 1930: 525). Substanziell in dem Sinne, dass Schmitt unter dem Staat die politische Einheit des Volkes versteht, eine Einheit, die imstande ist, Freund und Feind in existenziellem Sinn zu unterscheiden (Schmitt 1932a: 27), geschichtlich aber insofern, dass er unter anderem die Begriffe Jurisdiktions-, Regierungs- und Gesetzgebungsstaat in historischer Reihenfolge unterscheidet (Schmitt 1931a: 75ff). Da sich die Schmitt-Experten vorwiegend mit seiner substanziellen Definition in Anlehnung an die einleitende Textstelle von dem *Begriff des Politischen* bereits eingehend beschäftigt haben,<sup>3</sup> sollte hier die Aufmerksamkeit auf Schmitts Verfechtung der Geschichtlichkeit des Staatsbegriffes gelenkt werden.

Diese Geschichtlichkeit des Staatsbegriffes beruht darauf, dass das höchste Entscheidungspotenzial (d. h. die Souveränität) historisch von verschiedenen Organen des Staates ausgeführt wurde. Während der Staat des Mittelalters, der sich organisch entwickelnde englische Staat als Jurisdiktionsstaat sowie der neuzeitliche absolutistische Staat des Kontinents als Regierungsstaat bezeichnet werden können, wird das höchste Entscheidungspotenzial im Staat des 19. Jahrhunderts immer mehr dem gesetzgebenden Parlament zugeschrieben. Das politische Zentrum, das höchste Entscheidungspotenzial wandert in der Geschichte somit von Staatsorgan zu Staatsorgan (Schmitt 1932b: 8ff; Schmitt 1931b: 151). Aus der Geschichtlichkeit des Staatsbegriffes folgt ferner der Anachronismus, über den Staat bei den Griechen des Altertums, den Osmanen oder den Arabern, ja in bestimmtem Sinne sogar bei den Ungarn oder Franzosen im Mittelalter von einem Staat zu sprechen (Schmitt 1931a: 75). Anlehnend an die weberschen Ideen vom Gewaltenmonopol und an den Begriff der Souveränität behauptet Schmitt, der moderne Staatsbegriff habe sich erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Frankreich herausgebildet: So habe Bodin den Begriff der Souveränität konstruiert und definiert. Der

3 »Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus.« (Schmitt 1932a: 20)

moderne Begriff des Staates sei zu einem konkreten Zeitpunkt und an einem konkreten Ort entstanden und war später einem kontinuierlichen Wandel preisgegeben. In dieser strikten Auslegung waren die mittelalterlichen Feudalstaaten, die auf privatrechtlichen Verträgen beruhten, gar keine Staaten, sondern höchstens privatrechtliche Vertragsagglomerate.<sup>4</sup>

## *2.2. Die monarchische Repräsentation: Die Auflösung des ersten Zirkelschlusses*

### *2.2.1. Die Repräsentation als Herstellung der politischen Einheit*

Ein Teil der Schmitt-Experten hebt hervor, dass Schmitt von den Begriffen der Repräsentation und der Identität den Ersteren für wesentlicher hielt, da eine absolute Identität nicht realisierbar sei.<sup>5</sup> Ob diese Bemerkung wirklich der Wahrheit entspricht, soll später noch untersucht werden. Zunächst stellt sich aber die Aufgabe, die erste Schicht des schmittschen Repräsentationsbegriffes zu bestimmen, die im Folgenden als die monarchische Repräsentation bezeichnet wird.

Schmitt behauptet, die politische Repräsentation könne niemals durch eine Ignoranz des Volkes erfolgen, da die Repräsentation nur in und vor der Öffentlichkeit funktioniert, ohne Volk aber gibt es keine Öffentlichkeit: die Öffentlichkeit selbst ist das Volk (Schmitt 1928a: 208). Es steht außer Frage, dass sich die Repräsentation nur vor einem Publikum ereignen kann, ohne Publikum ist eine Repräsentation nicht möglich. Schmitt betont jedoch darüber hinaus, dass die politische Einheit des Volkes vor dem Akt der Repräsentation noch nicht existiere. Der Monarch repräsentiert also nicht das bereits als politische Einheit bestehende Volk für eben dasselbe Volk, da sie erst durch den Akt der Repräsentation hergestellt

4 Andere Textstellen der schmittschen Werke weisen darauf hin, dass über einen Staat erst seit Ende des 16. Jahrhunderts, seit der Herausbildung des modernen Souveränitätsbegriffes gesprochen werden kann (Schmitt 1941: 375f).

5 Bereits Huber hat darauf hingewiesen, dass der eigentliche Denkansatz der Verfassungslehre das Prinzip der Repräsentation und nicht das der Identität sei. Das Prinzip der Repräsentation ist bei Schmitt stärker ausschlaggebend (Huber 1930: 545; Adam deutet ebenfalls darauf hin: Adam 1992: 71).



werde: d. h., vor dem Akt der Repräsentation gab es keine politische Einheit (*Herstellung durch Repräsentation*).<sup>6</sup>

Der absolute Monarch ist nichts anders als der absolute Repräsentant der politischen Einheit des Volkes, er ist die absolute Repräsentation (Schmitt 1928a: 205). Diese Idee der Repräsentation basiert also auf der Prämisse, dass die politische Einheit nicht etwas bereits Existierendes ist, sie wird eben gerade durch die Repräsentation hergestellt.<sup>7</sup> Die bekannte Äußerung Ludwig des XIV. – »Der Staat bin ich« – bedeutet so viel, dass er und nur alleine er imstande ist, die politische Einheit des Volkes zu repräsentieren. Das Volk als politische Einheit existiert erst durch ihn (Schmitt 1928a: 205 ff.). Die Repräsentation der politischen Einheit des Volkes ist demnach nicht einfach die Darstellung, sondern die Herstellung dieser politischen Einheit eben durch den Akt der Repräsentation. Je mehr die Staatsform der absoluten Monarchie der absoluten Repräsentation gleichkommt, desto mehr trifft die Feststellung zu, dass die politische Einheit durch die Repräsentation hergestellt und nicht dargestellt wird.<sup>8</sup> Bemerkenswert ist des Weiteren, dass der Monarch sogar imstande ist, diese politische Einheit ohne die Homogenität des Volkes zu erzeugen.

6 »Es ist möglich, daß die politische Einheit durch die Darstellung selber erst bewirkt wird. Das ist in dem Maße der Fall, in welchem die Staatsform sich der absoluten Repräsentation nähert.« (Schmitt 1928a: 207).

7 McCormick interpretiert in diesem Sinne den Repräsentationsbegriff Schmitts: »Thus, in 'true' representation an essential material presence is achieved *through* the representative process; it is not physically present *a priori*.« (McCormick 1997: 161f) McCormick nimmt allerdings nicht wahr, dass der Repräsentationsbegriff Schmitts bei weitem nicht so klar und eindeutig ist, wie hier behauptet wird. Der schmittsche Begriff der Repräsentation lässt sich nur schwer begreifen, er ist widersprüchlich und unklar. McCormick stellt trotzdem fest, dass die politische Einheit nach Schmitt durch den Repräsentationsvorgang entsteht. Die politische Einheit habe keine Existenz bevor das Volk repräsentiert werde. Becker behauptet dagegen, dass der schmittschen Repräsentationsbegriff die Existenz eines Objektes der Repräsentation voraussetzt. Im Repräsentationsvorgang werde also bloß eine nicht anwesende Existenz anwesend gemacht (Becker 2007: 31).

8 »Die absolute Monarchie ist in Wahrheit nur absolute Repräsentation und beruht auf dem Gedanken, daß die politische Einheit erst durch Repräsentation, durch Darstellung, bewirkt wird. (...) Es ist möglich, daß die politische Einheit durch die Darstellung selber erst bewirkt wird. Das ist in dem Maße der Fall, in welchem die Staatsform sich der absoluten Repräsentation nähert.« (Schmitt 1928a: 205 ff.). »Auch der absolute Fürst ist nur Repräsentant der politischen Einheit des Volkes; er allein repräsentiert den Staat. (...) Die Repräsentation bewirkt erst die Einheit, doch ist es immer nur die Einheit eines Volkes in politischem Zustand, die bewirkt wird.« (Schmitt 1928a: 214).

Der Monarch kann also trotz der absoluten und geschichtlichen Inhomogenität des Volkes die Einheit des Volkes herstellen:

»Ein Maximum von Repräsentation würde ein Maximum von Regierung bedeuten; solange es wirksam vorhanden ist, könnte es mit einem Minimum von Homogenität des Volkes auskommen und aus national, konfessionell oder klassenmäßig verschiedenartigen Menschengruppen eine politische Einheit bilden.« (Schmitt 1928a: 215)

Die politische Einheit ist nicht etwas bereits Existierendes, das repräsentiert wird, sondern entspringt einer Entscheidung: »Aber jede politische Einheit muß auf irgendeine Weise integriert werden, weil sie nicht von Natur aus vorhanden ist, sondern auf einer menschlichen Entscheidung beruht.« (Schmitt 1928a: 207) Der schmittsche Entscheidungsbegriff ist von Anfang an von persönlichem Charakter, d. h. personengebunden: nur Personen können Entscheidungen treffen. Aus diesem Grund ist die Herstellung der politischen Einheit ausschließlich durch die Entscheidung einer Person möglich: »Die Welt der Repräsentation beruht darauf, daß Publizität und Personalität dem politischen Leben seinen Charakter geben.« (Schmitt 1928a: 214)<sup>9</sup> So ist der Monarch imstande zu entscheiden, wer als Freund oder eben als Feind zu betrachten ist, wer also zum Volk gehört und wer nicht. Die monarchische Repräsentation ist insofern von persönlichem Charakter und zugleich regierungsakzentuiert.<sup>10</sup>

Nach der Auslegung von Wolfgang Böckenförde ist diese zweite Eigenschaft der Repräsentation – wer regiert, der repräsentiert – aus dem Grund bedeutsam, weil die dynamisch integrierende Repräsentation, die die politische Einheit herstellt, eine Handlung (nämlich eine Willensäußerung) voraussetzt: Das Parlament aber kann nicht agieren, es kann nur diskutieren (Böckenförde 1986a: 298). Allein die Regierung ist zu einer einheitlichen, einhelligen Willensäußerung, zu einer Entscheidung und damit zur Handlung fähig: »Gesetzgebung ist *deliberare*, Exekutive *agere*.«<sup>11</sup> Dieses Prinzip geht damit einher, dass es eine Gefahr birgt, wenn das

9 Über die Bedeutung der Personalität hinsichtlich des schmittschen Repräsentationsbegriffes siehe: Adam 1992: 4.

10 Das dritte Charakteristikum der Repräsentation wird weiter unten behandelt (Schmitt 1928a: 212).

11 Hier bezieht sich Schmitt auf die *Federalist Papers* und auf Sieyès. Beide hätten den Unterschied zwischen der Regierung und dem Parlament in den Begriffen *agere* und *deliberare* begreifen wollen (Schmitt 1926: 56).

Prinzip *deliberare* auf die Regierung, das Prinzip *agere* auf das Parlament erstreckt wird (Schmitt 1926: 57; Schmitt 1928a: 315).

Eine weitere, wesentliche Eigenschaft der Repräsentation ist ihre Gebundenheit an die Sphäre des »Politischen«. Schmitt betont, dass die Repräsentation eben darum von existenziellem Charakter ist, weil sie zur Sphäre des Politischen gehört.<sup>12</sup> Er verknüpft also den Begriff der Repräsentation mit dem existenziellen Begriff des Politischen, mit der Unterscheidung Freund-Feind.<sup>13</sup> Die einzige existenzielle Frage im Begriffssystem Schmitts ist die Differenzierung von Freund und Feind.<sup>14</sup> Da nur die politische Einheit des Volkes repräsentiert werden kann, ist auch nachvollziehbar, wie sich das Volk als politische Einheit mit einem anderen Volk, das als Feind definiert wird, in existenzieller Beziehung befindet.<sup>15</sup>

Diese existenzielle Eigenschaft des monarchischen Repräsentationsbegriffs wird bei Schmitt auch damit betont, dass er den existenziellen Begriff der Repräsentation strikt von dem Begriff und dem Prinzip der Legitimität abgrenzt. Er hebt hervor, dass der Repräsentationscharakter der klassischen Monarchie nicht mit dem Prinzip der Legitimität in Einklang gebracht werden kann. Der klassische Monarch repräsentiere die politische Einheit des Volkes nicht aufgrund eines normativen Systems,<sup>16</sup> also weder aufgrund einer von sich selbst gegebenen oder vom Volke gegebenen Verfassungsnorm noch auf der Basis eines anderen Legitimitätsprinzips: Er repräsentiert das Volk im Auftrag Gottes, nicht im Auftrag des Volkes.

Nach dem Wortgebrauch Hanna Pitkins repräsentiert der Monarch im Sinne von *standing for somebody* (Pitkin 1967: 59ff). Der Monarch ist

12 »Die Repräsentation gehört der Sphäre des Politischen an und ist deshalb in ihrem Wesen etwas Existenzielles.« (Schmitt 1928a: 211)

13 Über den Zusammenhang der verschiedenen Bedeutungen des Begriffs des Politischen als Anhaltspunkt zur Erklärung des Repräsentationsbegriffes der *Verfassungslehre* siehe noch: Böckenförde 1986a: 283ff.

14 Es ist eine andere und schwierigere Frage, inwiefern der Begriff der »Existenzialität« des *Römischen Katholizismus* und des *Wert des Staates* mit dem der *Verfassungslehre* übereinstimmt.

15 Hier ist anzumerken, dass Schmitt den Begriff »existenziell« in mindestens zweierlei Sinne verwendet. Betreffend das Prinzip der Identität weist er auf den existenziellen Konflikt zwischen Freund und Feind hin, auf einen Konflikt, der also die Existenz (das Leben) der Parteien betrifft. Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Repräsentation hat aber der Begriff »existenziell« nach Hofmann (Hofmann 1964: 150) eine ganz andere Bedeutung: die Existenzialität soll hier von der Normativität und der Prozeduralität unterschieden werden.

16 »Legitimität und Repräsentation sind zwei völlig verschiedene Begriffe.« (Schmitt 1928a: 212)

aber nicht nur ein statisches Symbol des Volkes, er ist zugleich das dynamische, einheitsstiftende Element des Systems: Die Einheitsstiftung setzt jedoch Handlung (Willensäußerung) voraus. Das bedeutet wiederum, dass der Monarch nach dem Wortgebrauch Pitkins auch im Sinne von *acting for somebody* repräsentiert.<sup>17</sup> Die Legitimitätsprinzipien können allerdings weder in dem einen noch in dem anderen Sinne der Repräsentation als das Prinzip der Monarchie dienen, denn das organisatorische Prinzip des monarchischen Staates ist die Repräsentation der politischen Einheit im existenziellen Sinne. Dieser monarchische Repräsentationsbegriff ist äußerst stark in den Schriften von Hobbes verwurzelt. Die politische Einheit des Volkes ist einerseits nicht eine bereits immer vorhandene, auch bei

Hobbes wird sie erst durch die Willensäußerung einer Person (des Souveräns) erzeugt, andererseits ist sie ein Ergebnis einer letzten Entscheidung (Jaume 1986: 47). Hobbes betont, dass die Einheit durch die Einheit der Repräsentanten erzeugt wird (Fralin 1978: 134). Demzufolge kann die politische Einheit ausschließlich durch die Entscheidung einer einzigen Person gestiftet werden.

### 2.2.2. Die Repräsentation als Darstellung der politischen Einheit

Die Ausführungen über die Repräsentation als dynamische Herstellung stehen in scharfem Gegensatz zu anderen Textstellen, in denen Schmitt die Repräsentation ganz anders definiert. Die Repräsentation bedeutet an diesen Stellen: etwas nicht Anwesendes, etwas Unsichtbares durch einen öffentlich Anwesenden anwesend oder sichtbar zu machen.<sup>18</sup> In diesem Sinne existiert das Volk bereits vor seiner Repräsentation, und zwar in einer besonderen, intensiveren Art: »Die Idee der Repräsentation beruht darauf, daß ein als politische Einheit existierendes Volk gegenüber dem natürlichen Dasein einer irgendwie zusammenlebenden Menschengruppe eine höhere und gesteigerte, intensivere Art Sein hat.« (Schmitt 1928a:

17 Eine Handlung kann auch anstatt anderer im Sinne von *standing for* ausgeführt werden, allerdings mit imperativem Mandat. Wird eine Handlung im Sinne von *acting for* ausgeführt, dann besitzt der Repräsentant ein freies Mandat, das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten ist dem einer *trustee* gleich. Über den Unterschied von *standing for* und *acting for* siehe: Pitkin 1967: 60ff, 112ff.

18 Schmitt erklärt das Wesensmerkmal der katholischen Kirche bereits in einer Frühschrift folgendermaßen: der sichtbaren Kirche liege eine unsichtbare Kirche (Christus) zugrunde (Schmitt 1917: 75; Schmitt 1928a: 209).

210) Aus diesem Satz und aus der Analyse des Begriffes der Repräsentation ist darauf zu schließen, dass die politische Einheit bereits vor dem Akt der Repräsentation existiert. Aufgrund dieser Analyse muss aber zugleich festgestellt werden, dass das Volk als politische Einheit als etwas nicht Sichtbares, nicht Wahrnehmbares existiert: Es ist eine Idee.<sup>19</sup>

Schmitt scheint den Leser also zu verwirren, wenn er die Repräsentation nicht nur als Herstellung der politischen Einheit durch einen Akt der Willensäußerung der Repräsentanten definiert (dynamische Definition), sondern auch als Darstellung von etwas in gesteigerter Art existierendem Unsichtbaren (statische Definition). Dieser statische Repräsentationsbegriff entspricht der Definition, die im *Römischen Katholizismus* angegeben wird: Schmitt nimmt hier Bezug auf die grundlegenden Werke Emer de Vattels zum Völkerrecht und behauptet, man hätte sich die Repräsentation im 18. Jahrhundert als etwas von oben Kommendes vorgestellt (Repräsentation von oben). Nach dieser Auffassung sollte der Repräsentierte – in unserem Fall die politische Einheit des Volkes, der Staat – immer über dem Repräsentanten stehen. So verhält es sich im Falle der Repräsentation der Erhabenheit der Nation:

»Telle est l'origine du caractère représentatif que l'on attribue au Souverain. Il représente sa Nation dans toutes les affaires qu'il peut avoir comme Souverain. Ce n'est point avilir la dignité du plus grand Monarque que de lui attribuer ce caractère représentatif; au contraire, rien ne le relève avec plus d'éclat: Par-là le Monarque réunit en sa Personne tout la Majesté qui appartient au Corps entier de la Nation.« (Vattel 1758a: §40)

Jedoch verhält es sich im Falle der Repräsentation des Herrschers durch den Gesandten ebenso. Der Gesandte repräsentiert die Würde (*dignité*) seines Herrschers: »Ce qu'on appelle le caractère représentatif par excellence, est la fâvulté qu'a le Ministre de représenter son Maître, quant à la Personne même et à sa Dignité.« (Vattel 1758b: §70) Setzt man also voraus, dass die politische Einheit des Volkes eine solche Idee ist, die aus jenem Grund repräsentiert werden kann, da sie nicht von privatem, sondern von öffentlichem Charakter ist, und darüber hinaus eine Würde (*dignité*) besitzt, die sie repräsentierbar macht, dann folgt daraus, dass der Monarch die politische Einheit durch die Repräsentation nicht herstellt,

19 Das Volk wird in einer anderen Frühschrift Schmitts als ein mögliches Objekt der Repräsentation beschrieben. Hier weist Schmitt zugleich darauf hin, dass nicht alles von einem Wert ist, repräsentiert zu werden (Schmitt 1923: 45).

sondern nur darstellt. Die unsichtbare, doch in einer gesteigerten Art existierende Einheit des Volkes wird durch den Monarchen sichtbar gemacht. Er macht das nicht Anwesende anwesend.

Nach alldem scheint die Frage begründet: Existiert das Objekt der Repräsentation (das Repräsentierte) bereits vor dem Akt der Repräsentation oder wird es erst durch den Akt der Repräsentation hergestellt? Auf das schmittsche Problem bezogen: Existiert das Volk als politische Einheit bereits vor der Repräsentation oder wird es erst durch die Repräsentation konstituiert? Das sind die wichtigsten Fragen, die sowohl in der Rousseau-Interpretation Schmitts<sup>20</sup> als auch in der Interpretation der schmittschen Werke eine bedeutende Rolle spielen (Dyzenhaus 1997: 54).

### 2.2.3. Die Auflösung der Gegensätze I.: Herstellung oder Darstellung?

Es geht hier also um zwei Unklarheiten und Gegensätze: Einerseits ist nicht klar, ob die Repräsentation des Volkes die politische Einheit dar- oder eben herstellt, andererseits wird auch nicht deutlich, wer die politische Einheit repräsentieren kann: das Parlament oder die Regierung. Die meisten Schmitt-Experten lassen diese inneren und offenen, scheinbar widersprüchlichen Fragen außer Acht, obwohl Böckenförde bereits Mitte der 1980er Jahre darauf aufmerksam gemacht hat (Böckenförde 1986a: 298). Darüber hinaus weist auch Armin Adam darauf hin, dass der schmittsche Gedankengang zur Repräsentation gerade wegen dieser Zweideutigkeit nur schwer nachvollziehbar ist (Adam 1992: 93). Adam argumentiert – letzten Endes unrichtig –, dass die politische Einheit erst durch den Akt der Repräsentation entsteht (Adam 1992: 97). Diese Argumentation findet sich auch bei John McCormick und Tibor Pethő (McCormick 1997:161f; Pethő 1993: 173). Hartmuth Becker behauptet dagegen, der Akt der Repräsentation mache nur etwas unsichtbar Existierendes sichtbar bzw. anwesend. Auch Vilmos Holczhauser ist der Meinung, der *pouvoir constituant* der schmittschen Texte existiere bereits vor der Entscheidung (Verfassungsgebung) als politische Einheit (Becker 2007: 31; Holczhauser 1990: 111). Nach der Auslegung von Huber ist es ebenfalls eindeutig, dass das Volk schon vor dem Akt der Repräsentation existiert, da der *pouvoir*

20 Schmitt stellt allerdings die Frage betreffs der Unnötigkeit eines Vertrages im System Rousseaus: Ist eine Homogenität unter den Bürgern bereits vorhanden, wozu braucht man dann noch einen Vertrag, der von allen akzeptiert wird? Die politische Einheit werde in diesem Fall ohnehin nicht vom Vertrag, sondern von der bereits vorhandenen Homogenität der Bürger konstituiert (Schmitt 1926: 19).

*constituant* in den Demokratien (nach der Definition der Demokratien selbst) schon immer vorhanden sein muss.<sup>21</sup> Angesichts dieser Beispiele ist nachvollziehbar, dass die meisten Schmitt-Experten – trotz der Thematisierung des Problems durch Böckenförde – ohne Erwägung der widersprüchlichen Textstellen eindeutig und ohne Bedenken die eine oder eben die andere Lösung befürworten. Wenn die Widersprüche jedoch erhellt werden, dann werden sie als Zirkelschluss bewertet (Adam 1992: 55, 85ff; Thiele 2003: 160; Hofmann 1964: 134ff, 140; Huber 1975: 23, Möllers 2000: 64ff).

Der scheinbare Widerspruch ist in diesem Fall jedoch mit einer geschichtlichen Auslegung auflösbar, die von Schmitt selbst angeboten wird: Die statische Definition der Repräsentation (Repräsentation als Darstellung) kann erst auf das Volk des 19. Jahrhunderts, nicht aber auf jenes des 16. und 17. Jahrhunderts bezogen werden. Die Entstehung einer handlungsfähigen, einheitlichen Nation am Ende des 18. Jahrhunderts wurde nach Schmitt gerade durch die dynamisch-monarchische Repräsentation ermöglicht (Repräsentation als Herstellung). Diese monarchische Repräsentation habe einerseits zum Entstehen des Einheitsstaats, andererseits aber eben damit zur Geburt des einheitlichen, handlungsfähigen Volkes wesentlich beigetragen.<sup>22</sup> Der hobbessche Begriff der monarchischen Repräsentation bestimmt bei Schmitt also den Repräsentationsbegriff bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Der Monarch repräsentiert das bis zum Ende des 18. Jahrhunderts politisch handlungsunfähige Volk, das als politische Einheit erst und allein durch den Akt sowie im Akt der monarchischen Repräsentation existiert. Der historische Prozess bis zum 18. Jahrhundert kann mit diesem dynamischen Repräsentationsbegriff erfasst werden. Im Vergleich zu diesem hobbesschen Repräsentationsbegriff ist die Repräsentation des 19. Jahrhunderts wesentlich anders akzentuiert: In diesem Jahrhundert wird das Volk als politisch handlungsfähige Einheit zunächst doppelt repräsentiert – durch den Monarchen und zugleich durch das Parlament –, später hingegen allein durch das Parlament. Das Parlament repräsentiert das einheitlich existierende, politisch handlungsfähige Volk aber bereits im statischen Sinne: Das Volk wird durch das Parlament dargestellt und nicht hergestellt. Mit dem einen Repräsentationsbegriff

21 Huber fügt allerdings hinzu, dass in einer Monarchie der Monarch die verfassungsgebende Gewalt sei, die Einheit des Volkes entstehe in dieser Staatsform tatsächlich erst im Repräsentationsvorgang, der vom Monarchen durchgeführt werde (Huber 1975: 23; Adam 1992: 99).

22 Siehe auch unten die Kapitel 3.1.3. Die Auflösung der Zirkelschlüsse und 3.2. Die Geburtsstunde des Volkes: Entscheidung und historische Entwicklung.

kann demnach die Periode vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beschrieben werden, in der die politische Einheit erst durch den Repräsentationsakt des Monarchen hergestellt wird, mit dem anderen Repräsentationsbegriff hingegen jene vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, in der das politisch handlungsfähige Volk (in diesem Sinne schon Nation) existiert, und dieses im Parlament im Sinne der Darstellung (und nicht der Herstellung) repräsentiert wird. Das nicht Anwesende wird im Parlament anwesend gemacht.

So wird der ursprünglich dynamische und existenzielle Repräsentationsbegriff der Monarchie durch die Veränderung des Objektes und des Modus entleert. Nach weiteren Transformationen tritt an seine Stelle der Repräsentationsbegriff des Parlamentes, der mit dem Begriff der Legitimation – und nicht mehr mit dem der Existenz – verbunden ist. Es wird später noch gezeigt werden, dass diese parlamentarische Repräsentation nach Schmitt zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenfalls bereits überholt war: Sie wird durch den Begriff der Identität ersetzt. Der Schlüssel dafür liegt in der historischen Veränderung:

»So ist die Epoche der Monarchie zu Ende, wenn der Sinn für das Prinzip des Königtums, für die Ehre, verloren geht, wenn Bürgerkönige erscheinen, die statt ihrer Weihe und ihrer Ehre ihre Brauchbarkeit und Nützlichkeit zu beweisen suchen. Die Überzeugungen, die eigentümlich zu dieser und keiner anderen Institution gehören, erscheinen dann veraltet.« (Schmitt 1926: 13)

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte der Prozess, der den Übergang der Monarchie in die Demokratie vorbereitet hatte, die Monarchie selbst. Dieser Übergang wird von Schmitt jedoch ebenfalls in zwei Abschnitte unterteilt: einerseits in die Periode der konstitutionellen Monarchie, die die deutsche politische Praxis bis zum Ersten Weltkrieg bestimmt hatte, andererseits in jene der französischen Bürgerkönige. Während im ersten Fall die eigentliche Souveränität in der Hand des Monarchen bleibt, der aus seinem eigenen souveränen Recht eine Verfassung für sich selbst und für seinen Staat gibt, besitzen die Bürgerkönige nicht einmal das winzigste Stückchen an Souveränität (Böckenförde 1986b: 149 ff). Sie verfügen über keine verfassungsgebende Gewalt, sind nur Funktionäre der vom Volk gegebenen Verfassung.



#### 2.2.4. Die Auflösung der Gegensätze II.: Repräsentation durch Exekutive oder Legislative?

Es gibt weitere Experten, die auch einen anderen Widerspruch in den schmittschen Texten zu erkennen meinen: So behauptete Schmitt zum einen über die Gesetzgebungsgewalt, zum anderen aber über die Exekutivgewalt, sie allein sei zur Repräsentation der politischen Einheit des Volkes fähig. Wie bereits aufgezeigt wurde, weigerte sich Schmitt, das Parlament als repräsentative Entität zu definieren, da es nur zur Diskussion geeignet sei. Das Parlament sei somit zu keiner einheitlichen und definitiven Willensäußerung, zu keiner Letztentscheidung fähig, es könne nicht politisch handeln. Wenn sich jemand in den schmittschen Texten gut auskennt, so fragt er berechtigterweise: Warum behauptet Schmitt in manchen Textstellen, dass die echte Repräsentation nur der monarchischen Repräsentation zugeschrieben werden kann, nicht aber dem Parlament? Diese Feststellung steht in scharfem Gegensatz zu anderen Textstellen, in denen er ganz eindeutig auf das Parlament als repräsentationsfähige Entität Bezug nimmt.

Adam sieht die Auflösung dieses Widerspruchs in einer Akzentverschiebung von der Repräsentation im Sinne von *standing for* zu der Repräsentation im Sinne von *acting for* innerhalb des schmittschen Lebenswerkes. Den handlungsorientierten Repräsentationsgedanken meint er bereits in der *Verfassungslehre* zu erkennen (Adam 1992: 106). An dieser Stelle sollte aber betont werden, dass in Schmitts Lebenswerk keine Akzentverschiebung – zumindest, was den Repräsentationsbegriff betrifft – zu entdecken ist: Schmitt unterscheidet konsequent, wenn vielleicht auch nicht mit der notwendigen Klarheit, zwischen der monarchischen Repräsentation des 16. bis 18. Jahrhunderts und der parlamentarischen Repräsentation des 19. und 20. Jahrhunderts. Der täuschende Widerspruch ist also leicht auflösbar, wenn die unterschiedlichen Ebenen des schmittschen Repräsentationsbegriffs auf die historische Entwicklung projiziert werden: Während im Zeitalter des Absolutismus der König das Volk repräsentierte und es damit zur Einheit integrierte, wurde im 19. Jahrhundert das Parlament zum eigentlichen Repräsentationsakteur.

Es steht außer Frage, dass Schmitt keine derart strikte Unterscheidung zwischen der exekutiven und der legislativen Repräsentation vornimmt wie beispielsweise Rousseau (Fralin 1978: 125; Rousseau 1762: III.15.). Schmitt spricht mal über die repräsentative Rolle der Regierung, mal über die des Parlaments. Nach der sorgfältigen Analyse der Texte zeigt sich jedoch, dass Schmitt den Begriff der Repräsentation – zwar nicht besonders didaktisch formuliert, aber – in zwei verschiedenen Bedeutungen

konsequent verwendet. Er betrachtet die Repräsentation in ihrem historischen Wandel und als einen substanziellen Vorgang: Die verschiedenen Textstellen stellen innerhalb des schmittschen Lebenswerkes in diesem Sinne die historische Wandlung des Repräsentationsbegriffes dar und nicht die Wandlung des substanziellen handlungsbezogenen Repräsentationsbegriffes.

### *2.3. Die konstitutionelle Monarchie. Der Übergang zum Formprinzip der Identität I.: der dilatorische Kompromiss*

In den Kapiteln 2.1 und 2.2 zur monarchischen Repräsentation wurde das schmittsche Begriffssystem mit der grundsätzlichen Bemerkung, dass die prägenden Begriffe historisch zu kontextualisieren sind, bereits kurz umrissen. Die historischen Wandlungen können durch die charakteristischen Begriffe der jeweiligen Perioden am besten erfasst werden, wobei sich die historische Entfaltung und Entwicklung des Politischen vom Prinzip der Repräsentation zu jenem der Identität hinbewegt. Zwischen den beiden Begriffen »Repräsentation« und »Identität« sind jedoch mindestens drei politische Übergangsformen auszumachen: die konstitutionelle Monarchie, das Bürgerkönigtum und die parlamentarische Demokratie. Des Weiteren soll nun die schmittsche Einschätzung dieser transitorischen Formen, die nicht nur ihrem Wesen und ihrer inhaltlichen Bestimmung nach, sondern auch im temporalen Sinne transitorisch sind, unter die Lupe genommen werden.

Die erste Übergangsform, die konstitutionelle Monarchie, ist nach Schmitt eine ihrem Wesen nach verfehlte politische Form, da sie die Frage der letzten Souveränität zwischen den beiden Polen der reinen Repräsentation und der reinen Identität offen lässt. Demzufolge war diese politische Form ziemlich rasch überholt. Schmitts kleines Werk über die konstitutionelle Monarchie beginnt mit einer polemischen Begriffsanalyse: Regierung und Parlament, Staat und Volksvertretung, Staat und Gesellschaft, Militär und Wirtschaft, Soldat und Bürger – diese Gegensätze hätten die konstitutionelle Monarchie von Preußen, aber auch das Kaiserreich charakterisiert.<sup>23</sup> Schmitt stellt am Anfang seines Werkes fest, dass die

23 Die ganze Abhandlung von 1934 könnte den nostalgischen Anschein haben, sich die Restauration des preußischen Soldatenstaats herbeizuwünschen, wenn Schmitt nicht explizit auf einen neuen Führer hinweisen würde, der den deutschen Staat regenerieren könne. Dieser Mann sei nach Schmitt imstande, den deutschen Staat in eine neue Entwicklungsphase zu führen, in der die Leistungs-

angeführten Konflikte, die begrifflichen Gegenpole jedoch nicht den Normalzustand eines Staates kennzeichnen, vielmehr weisen sie den Charakter einer im Jahre 1934 auf jeden Fall überholten Duplizität und Gespaltenheit auf.<sup>24</sup> Das größte Problem im Hinblick auf die konstitutionelle Monarchie des Kaiserreiches sei, dass sie den Soldat dem Bürger, die deutsche Soldatentugend der Bürgertugend gegenübergestellt hätte, obwohl gerade diese Soldatentugenden die Garantien der politischen Einheit des deutschen Volkes seien (Schmitt 1934: 8).

Diese Soldatentugenden waren vonseiten der liberalen-bürgerlichen Mentalität bereits von Beginn des 19. Jahrhunderts an mit großen Herausforderungen konfrontiert.<sup>25</sup> Das größte Problem des preußischen und später des einheitlichen deutschen Staates lag nach Schmitt in der parallelen Präsenz des Soldatengeistes und des Bürgergeistes, die allerdings zu keiner produktiven Spannung, sondern eher zu einem sogenannten dilatorischen Kompromiss führte. Nach der Gründung des Kaiserreiches im Jahre 1871 blieb die Frage der Souveränität weiterhin offen: Wer ist der Souverän, wer entscheidet als letzte Instanz? (Schmitt 1928a: 53) Diese Unentschiedenheit, diese Unbestimmtheit, die den Konflikt zwischen dem Soldatentum und dem Bürgergeist widerspiegelte, war nach Schmitt für den deutschen Staat bis zum Ende des Kaiserreichs charakteristisch.<sup>26</sup>

fähigkeit des neuen Staates die Leistungsfähigkeit der konstitutionellen Monarchie und des Parlamentarismus weit übertreffe. Diese neue Entwicklungsphase hebe die liberale Entpolitisierung des Staates und die liberale Juridifizierung der Politik auf (Schmitt 1934: 7, 49).

- 24 Schmitt ist im Jahre 1934 der Meinung, dass der Sieg des Nationalsozialismus den Weg zur Aufhebung des falschen Dualismus von Staat und Gesellschaft frei gemacht habe. Erst nach dem Sieg des Nationalsozialismus könne dieser Dualismus mit dem Trialismus von Staat, Bewegung, Volk ersetzt werden (Schmitt 1934: 7).
- 25 Schmitt führte den preußischen Generalstab bereits in seiner Frühschrift *Römischer Katholizismus* als mögliches Subjekt der Repräsentation an (Schmitt 1923: 40).
- 26 Diese Unbestimmtheit charakterisierte bereits das Musterbeispiel aller anderen monarchischen Konstitutionen: Die Charte von 1814 war in der Frage der letzten Souveränität ebenso unentschieden wie ihre Nachahmungen. Diese Unentschiedenheit wurde in Frankreich 1830 allerdings aufgelöst. Im Zeitalter der Bürgerkönige war eindeutig das Volk der letzte Souverän, die verfassunggebende Gewalt. Die Monarchie blieb eine bloße formale Institution. Andererseits ist nach Schmitt auch eine allmähliche Entwicklung vorstellbar, in der der Kompetenzkonflikt nicht durch einen verfassunggebenden Akt, sondern durch eine allmähliche Metamorphose der politischen Praxis gelöst wird. Letzteres belegt die organische Entwicklung Englands, die jedoch eine Insellage voraussetzte. Auf dem

Die deutsche konstitutionelle Monarchie war seiner Ansicht nach eine provisorische Staatsform zwischen dem preußischen Soldatenstaat und dem bürgerlich-liberalen Rechtsstaat.<sup>27</sup> Dank der liberalen verfassunggebenden Bewegungen zu Mitte des 19. Jahrhunderts verlor der preußische Staat seinen eigentümlichen Charakter. Er gab sich selbst eine Verfassung, jedoch verstand man unter Verfassung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ausschließlich die bürgerlich-liberale Verfassung (Schmitt 1934: 17). Nach Schmitt ist die Unterscheidung der konstitutionellen Monarchie und der parlamentarischen Regierung täuschend, da die konstitutionelle Monarchie zwangsläufig in eine parlamentarische Regierung transformiert werde. Dies bedeutet aber auch, dass die preußische Eigentümlichkeit, die Unabhängigkeit des Militärs von der Kontrolle der Gesellschaft, damit entfällt: Das Militär wird unter die Kontrolle des Parlaments gestellt. Der Konstitutionalismus führt notwendigerweise zum Parlamentarismus, dieser Prozess aber letzten Endes zur Auflösung der politischen Einheit der politischen Gemeinschaft (Schmitt 1934: 29).

Was aber versteht Schmitt nun darunter, dass die konstitutionelle Monarchie notwendigerweise zu einer parlamentarischen Regierung führt? Um diese Frage beantworten zu können, muss zunächst festgestellt werden, dass Schmitt ein ganz konkretes Problem – das politische System des Kaiserreiches – vor Augen hat. Er will das Problem in dieser kleinen Schrift nicht anhand der politiktheoretischen Schriften von Julius Stahl, Max von Seydel oder auch Otto Hintze behandeln. Schmitt stellt fest, dass der preußische Verfassungskonflikt (1862–1866) zwar die Antagonismen der preußischen und der gesamtdeutschen Verfassung bloßlegte, die politischen Akteure der deutschen Einigung diese Konfliktsituation jedoch nicht lösen konnten. Die Frage nach der höchsten Souveränität wurde in der Euphorie der Einigung und der außenpolitischen Erfolge zwar aufgeschoben, doch nicht aufgehoben. Der grundlegende Gegensatz liege nämlich nicht zwischen der konstitutionellen Monarchie und dem Parlamentarismus, sondern zwischen dem preußischen Soldatenstaat mit dem in der letzten Konsequenz souveränen, einheitsrepräsentierenden Monarchen an seiner Spitze und dem bürgerlich-liberalen Rechtsstaat (mit dem souveränen Parlament an seiner Spitze).

Kontinent, wo die Staaten direkt von militärischen Angriffen bedroht sind, ist eine solche allmähliche Konfliktlösung unvorstellbar (Schmitt 1928a: 53f).

- 27 Eine harte Kritik dieses schmittschen Grundsatzes zur Provisorität der konstitutionellen Monarchie wurde bereits in der Rezension von Fritz Hartung formuliert (Hartung 1935: 528ff).

Schmitt meint aber, dass die wichtigste Frage eben die Frage der höchsten Souveränität sei, die weder die preußische Verfassung noch die deutsche Reichsverfassung gelöst habe (Schmitt 1934: 24f). Der Monarch war nicht souverän, da jede seiner Verordnungen eine ministeriale Kontrasignatur benötigte und die Minister des deutschen Kaisers auch dem Parlament verantwortlich waren. Die politische Verantwortlichkeit verkörperte sich in dieser Rechenschaftspflicht vor dem Parlament. Nach Schmitt war diese Form der Verantwortlichkeit sogar effektiver als die klassische Methode des Misstrauensvotums. Schmitt ist davon überzeugt, dass allein Bismarck zwischen den beiden Verantwortlichkeitsrelationen (der monarchischen und der parlamentarischen) erfolgreich die Balance halten konnte. Doch gerade der Rücktritt Bismarcks bewiese am prägnantesten, wie stark das Parlament der konstitutionellen Monarchie gewesen sei (Schmitt 1934: 28f). Diese Einbruchstellen führen Schmitt zu der Schlussfolgerung, dass sich die konstitutionelle Monarchie früher oder später – jedoch zwangsläufig – in eine parlamentarische Regierung umwandelt, demzufolge die konstitutionelle Monarchie nur eine temporäre Staatsform sein kann (Schmitt 1934: 30, 40).<sup>28</sup>

Schmitt ist ferner der Meinung, dass das Prinzip der konstitutionellen Monarchie die Trennung von Staat und Gesellschaft voraussetzt: Der Monarch als der Repräsentant der politischen Einheit des Volkes muss von der Gesellschaft, deren Mitglieder über divergierende Partikularinteressen verfügen können, separiert werden, damit er allein und einzig die Interessen des gesamten Volkes und des Staates vertreten kann. Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft sollte sich zwar als falsch erweisen, doch sind die Grundfragen Schmitts Anfang der 1930er Jahre noch von dieser Dichotomie bestimmt. Das zeigt aber, wie tiefgründig der Gegensatz von Monarch und Parlament, von Staat und Gesellschaft die Begriffsstruktur der deutschen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts

28 Der Grundsatz zum Übergangscharakter der konstitutionellen Monarchie wurde nicht nur in der Zwischenkriegszeit diskutiert. Die schmittschen Thesen bestimmten die verfassungstheoretische Diskussion der Bundesrepublik von ihrem Anfang bis in die Zeit nach der Wiedervereinigung. Der Übergangscharakter wurde zwar bereits von den liberalen Theoretikern des Vormärzes behandelt (Boldt 1991: 152; Boldt 1975: 299ff), jedoch am eklatantesten von Schmitt dargestellt. Dies ist zum Teil der Grund dafür, dass die Abhandlung Schmitts die Diskussion der Verfassungstheoretiker der Nachkriegszeit (Boldt, Huber, Böckenförde) bestimmte. Der spezifisch deutsche Übergangscharakter der konstitutionellen Monarchie sowie die positive oder negative Bewertung dieser Staatsform und ihres Nachlasses beeinflusste die staatsrechtliche Diskussion der Nachkriegszeit.

bestimmt hat. Die eklatantesten Belege für diesen Einfluss lassen sich in den Schriften von Max Weber, Georg Jellinek und anderen Staatsrechtslehrern des Kaiserreiches nachweisen (Schönberger 1997: 21ff).

Diese dichotome Betrachtungsweise, die Staat und Gesellschaft, Regierung und Parlament einander gegenüberstellt, rechnet nicht mit einem grundsätzlichen Phänomen, das als Grundposition der zeitgenössischen Politikwissenschaft gilt. Die Regierung, die ursprünglich nur dem Monarchen verantwortlich war, wandelte sich während des 19. Jahrhunderts in eine dem Parlament verantwortliche Regierung. Mit diesem Prozess transformierte sich der Gegensatz zwischen Parlament und Regierung zu einem Gegensatz zwischen parlamentarischer Mehrheit (Regierungspartei) und Minderheit (Opposition). An die Stelle des Antagonismus von Staat und Gesellschaft tritt der Gegensatz innerhalb des Parlaments. Die deutsche Staatsrechtslehre und später die deutsche Politikwissenschaft haben diese Veränderung lange nicht erkannt. Die deutschen Intellektuellen der Weimarer Republik mit einem Interesse für Politik fügten sich gut in diese Tradition: Die meisten schlossen sich – bewusst oder unbewusst – dieser Denktradition an. Sie bevorzugten die Idee des einheitlichen Staates gegenüber dem fragmentierten und an Parteiinteressen gebundenen Parlament.

#### *2.4. Die parlamentarische Repräsentation: Der Übergang zum Prinzip der Identität II.: die Verflechtung von Staat und Gesellschaft*

##### *2.4.1. Die Existenzberechtigung und der systemimmanente Standort des Parlamentarismus*

Schmitt betrachtet nicht nur die konstitutionelle Monarchie, sondern auch den historisch darauf folgenden Parlamentarismus als eine Übergangsform zwischen der monarchischen Repräsentation und der demokratischen Identität, die zwar im 19. Jahrhundert ihre Blütezeit erlebt hatte, zu Beginn des 20. Jahrhundert aber ihre geistesgeschichtliche Grundlage verlor. Schmitt behandelt den Problemkreis des Parlamentarismus aus zwei verschiedenen Perspektiven: Er fragt nach der Existenzberechtigung der parlamentarischen Repräsentation, ob die richtige und erwünschte politische Form die parlamentarische Repräsentation überhaupt benötige, wobei er *innerhalb* dieses ersten und substanziellen Problemkreises zwei verschiedene Argumentationslinien unterscheidet. Zum einen behauptet er,

dass die geistige Grundlage des Parlamentarismus einst vorhanden gewesen, doch zu Beginn des 20. Jahrhunderts verschwunden sei, zum anderen bezweifelt er – und das ist eine noch radikalere Argumentationslinie – die Existenzberechtigung dieser geistigen Grundlage an sich und damit der Institution des Parlaments.

Über die Frage der Existenzberechtigung des Parlaments hinaus erörtert er das Thema des Parlamentarismus aber auch in der Weise, dass er dessen Existenzberechtigung in keiner Weise in Zweifel zieht. An diesen Textstellen untersucht Schmitt nicht die Frage der geistigen Grundlage des Parlamentarismus, sondern den exakten Standort des Parlaments innerhalb des politischen Systems: Was für eine Relation gibt es zwischen dem Parlament und der Regierung? Über welches Potenzial verfügt das Parlament gegenüber den übrigen politischen Gewalten, welche ist die wahre und richtige Durchführungsform des Prinzips des Parlamentarismus?

Diese zweite Frage ist durchaus berechtigt, da der Begriff des Parlamentarismus meistens auf die parlamentarische Regierung beschränkt wird. Damit wird die Existenz des Parlaments selbst nicht in Frage gestellt, vielmehr stellt sich hier eher die Frage der Machtbefugnisse des Parlaments innerhalb des politischen Systems.<sup>29</sup> Schmitt bemerkt zwar, dass die Frage der Bewerkstelligung des Parlamentarismus, die Frage nach dem richtigen Modus des Parlamentarismus weniger wichtig sei als die Frage nach der geistigen Grundlage oder Existenzberechtigung des Parlaments, doch behandelt er das Thema der Machtbefugnisse des Parlaments gegenüber anderen politischen Gewalten ziemlich ausführlich (Schmitt 1926: 41f).<sup>30</sup> Alles in allem: Schmitt stellt fest, dass die substantielle Frage der Existenzberechtigung des Parlaments gravierender und schwerwiegender ist, als die Frage nach der Durchführungsmethode des Prinzips des Parlamentarismus, erörtert jedoch diese zweite Frage ebenfalls recht detailliert.<sup>31</sup>

29 »'Parlamentarische Regierung' setzt ein Parlament als gegeben voraus, und eine solche Regierung fordern, bedeutet, daß man vom Parlament als einer bereits existierenden Institution ausgeht, um ihre Befugnisse auszudehnen, in der Sprachweise des Konstitutionalismus: dass die Legislative die Exekutive beeinflussen soll.« (Schmitt 1926: 41)

30 Im Gegensatz zu Schmitt deutet Scheuner jedoch darauf hin, dass die wesentliche Frage jene nach der Beziehung der Regierung zum Parlament wäre (Scheuner 1927: 221).

31 Diese Feststellung widerlegt allerdings auch die Interpretation, nach der die aktuelle Form des Parlamentarismus der Zwischenkriegszeit und nicht die allgemeine Idee des parlamentarischen Systems als Ausgangspunkt der schmittschen Kritik diene (Pethő 1993: 172). Diese Textstellen deuten darauf hin, dass Schmitt die

Nach Schmitt beabsichtigen die Anhänger des Parlamentarismus nicht, das Prinzip des Übergewichts des Parlaments gegenüber anderen Gewalten zu begründen (Durchführungsmethode des Parlamentarismus), da diese Frage das Bekenntnis voraussetze, das Parlament könne die politische Wahrheit durch rationale Diskussion zu Tage fördern. Erst nach der Annahme des Grundsatzes, dass die geistige Grundlage des Parlamentarismus die Diskussion ist, kann die Frage nach dem politischen Gewicht des Parlamentes gestellt werden:

»Der Grundgedanke des parlamentarischen Prinzips kann nicht wesentlich auf dieser Beteiligung der Parlamente an der Regierung beruhen (...). Hier handelt es sich um die letzte *geistige Grundlage* des Parlamentarismus selbst, nicht um die Erweiterung der Macht des Parlaments. Warum ist für viele Generationen das Parlament wirklich ein *ultimum sapientiae* gewesen und worauf beruht der Glaube, den ein ganzes Jahrhundert für diese Institution hatte? Die Forderung, das Parlament müsse die Regierung kontrollieren und auf die Bestimmung der ihm verantwortlichen Minister Einfluß haben, setzt jenen Glauben voraus.« (Schmitt 1926: 42)

Mit anderen Worten: erst einmal solle man sich mit der Frage der Existenzberechtigung und nicht mit jener der richtigen Realisierungsmethode des Parlamentarismus auseinander setzen. Die Problematik der Bestimmung der Korrelation zwischen den beiden Fragen ist zwar zweifellos eine andere, aber auf keinen Fall eine zweitrangige: An späterer Stelle wird zu sehen sein, dass die richtige und wahre Realisierungsmethode aus der Bestimmungsart der Existenzberechtigung des Parlamentarismus folgt. Diese Wechselwirkung wird weiter unten umfangreicher erörtert.<sup>32</sup>

#### 2.4.1.1. Die französischen Theoretiker zur englischen Praxis des Parlamentarismus

Eine theoretische Grundlage des Parlamentarismus wurde in England niemals akkurat ausgearbeitet, jedoch diente die englische Praxis des Parlamentarismus als Modell für die theoretische Fundierung und die Praxis des Parlamentarismus auf dem Kontinent (Schmitt 1928a: 307). Es ist kein

allgemeine Idee des Parlamentarismus und nicht bloß ihre falsche Realisierungsform in Weimar verwirft.

32 Siehe das Kapitel 2.4.3. Die Frage des richtigen Funktionsmechanismus des Parlamentarismus.



Zufall, dass die englischen Theoretiker keinen exakten Parlamentarismusbegriff verwendeten: Sie konzentrierten sich meistens auf praktische Fragen, da die organische Entwicklung des parlamentarischen Regimes – im Gegensatz zu den kontinentalen Ländern – keiner theoretischen Fundierung bedurfte.<sup>33</sup>

Die Parlamentarisierung der politischen Systeme des Kontinents war es zweifellos deshalb wichtig zu legitimieren, weil der Monarch, dessen Macht auf dem Militär und dem Beamtentum beruhte, seine Machtposition bis zum letzten Moment beibehalten wollte oder dies auch konnte. Die kontinentalen Monarchen büßten keinen Machtverlust gegenüber den Parlamenten ein, und so konnten sich die Parlamente keines organischen Machtzuwachses erfreuen. Dementsprechend erhob sich der Parlamentarismus auf dem Kontinent – vor allem in Frankreich und im deutschen Sprachraum – zu einer imposanten Idee und Lehre. Der Parlamentarismus verwandelte sich in eine Ideologie, obwohl die Grundwerke dieser Ideologie bereits bis 1848 erschienen. Schmitt merkt an, dass nach 1848 auf dem Kontinent nur wenige bedeutsame Bücher und Schriften zur theoretischen Fundierung des Parlamentarismus veröffentlicht wurden.

Diese schmittschen Textstellen haben den Anschein, als hätten die französischen und deutschen Theoretiker die theoretischen Grundlagen des Parlamentarismus bestimmt und sich nicht um die richtige Umsetzungsmethode (Praxis) desselben gekümmert. Die Machtposition der Monarchen hätte somit eine theoretische Fundierung des Parlamentarismus notwendig gemacht.

»Sowohl die Besonderheiten der verfassungsgesetzlichen Regelung im Einzelnen wie auch die eigenartige, geschichtliche und systematische Verbindung von bürgerlichem Rechtsstaat und parlamentarischem System sind nur aus der ideellen Grundlage und Rechtfertigung dieses Systems zu verstehen. (...) In Frankreich und Deutschland (...) hatte die monarchische Regierung noch im 19. Jahrhundert eine selbständige, auf Heer und Beamtentum gegründete Macht. (...) Hier mußte

33 Schmitt ist allerdings widersprüchlich, da er in seiner Parlamentarismusschrift behauptet, die geistigen Grundlagen des Parlamentarismus seien von den englischen Theoretikern am besten erfasst worden: »Wie jede Institution, so hat auch das Parlament besondere, eigentümliche Ideen zur Voraussetzung. Wer sie kennenlernen will, wird sich gezwungen sehn, auf Burke, Bentham, Guizot und J. S. Mill zurückzugehen und wird dann feststellen müssen, daß nach ihnen, ungefähr seit 1848, wohl zahlreiche praktische Erwägungen, nicht aber neue prinzipielle Argumente vorgebracht worden seien.« (Schmitt 1926: 6; Schmitt 1928a: 323; Schmitt 1928a: 209)

es infolgedessen auch zu einem prinzipiellen Programm und einer politischen Theorie des parlamentarischen Systems kommen.« (Schmitt 1928a: 307)

Es wird später noch gezeigt, dass diese Hypothese bloß zum Teil richtig ist: Im Falle der französischen Theoretiker ist sie zwar stichhaltig, nicht aber was die deutschen Theoretiker angeht.<sup>34</sup>

#### 2.4.1.2. Die französischen Theoretiker über die geistige Grundlage des Parlamentarismus

Laut Schmitt war also das eigentliche Zeitalter der Konzipierung der parlamentarischen Idee die Periode zwischen 1815 und 1848. Neben den französischen Theoretikern – Sieyès, Guizot, Constant – erwähnt Schmitt auch Stein, Stahl, Marx und Gneist sowie Mohl (Schmitt 1928a: 307f). Schmitt zufolge beschränkte sich die Entstehung der Theorie des Parlamentarismus auf diese Zeit, da das Bürgertum nach 1848 im Parlament nicht mehr die Interessen der Nation und des Gemeinwohls, sondern seine eigenen partikularen Wirtschaftsinteressen durchsetzen wollte. Wendet man das schmittsche Begriffssystem an, kann die Situation folgendermaßen beschrieben werden: Das Bürgertum setzte im Parlament nach 1848 nicht das Gemeinwohl mit Hilfe seiner Bildung und Intelligenz, sondern eher seine eigenen wirtschaftlichen Interessen durch. Nach 1848 wurde der Schutz des partikularen wirtschaftlichen Eigeninteresses zur geistigen Grundlage des Parlaments.

Schmitt stützte sich bei der Bestimmung der beiden Charakteristika des Bürgertums – Bildung und Besitz – auf Lorenz von Stein (Stein 1850a: LI, LXXXI). Laut Schmitt hätte das Bürgertum nur dank des einen der beiden Charakteristika das Recht dazu, die Einheit der Nation und das Gemeinwohl im Parlament zu repräsentieren. Die Bildung verleihe dem Bürgertum die notwendige Würde und persönliche Qualität, dank derer die Bürger wirklich fähig und würdig seien, das Gemeinwohl im Parlament zu repräsentieren. Das andere Charakteristikum (der Besitz), das die wirtschaftlichen Eigeninteressen und nicht mehr das Gemeinwohl verkörpert, entfernte das Bürgertum von dieser besonderen Position. Nach der schmitt-

34 Siehe dazu die Kapitel 4. Ideengeschichtliche Analyse; 4.3. Die französische Theorie der Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion ohne Parteien; 4.5. Die deutsche Theorie des Funktionsmechanismus des Parlamentarismus: die wahre und die unwahre Form.

schen Analyse der Texte der deutschen und französischen Theoretiker sind die Parlamente Versammlungen, in denen die ausgebildeten, intelligenten und vernünftig argumentierenden Repräsentanten der Gesellschaft die politische Wahrheit (das Gemeinwohl) durch rationale Diskussion entdecken können. Das Prinzip des Parlamentarismus sei demgemäß das *government by discussion*. Es ist kein Zufall, dass Schmitt oft auf die Vertreter der französischen Doktrinäre Bezug nimmt, wenn er die theoretisch-geistige Grundlage des Parlamentarismus bestimmt. So entfalte sich laut Francois Guizot die politische Wahrheit aus den Argumenten und Gegenargumenten der unabhängigen und nicht an Parteidisziplin gebundenen parlamentarischen Abgeordneten.

Schmitt behauptet auch, dass das zweite Charakteristikum (der Besitz, das wirtschaftliche Eigeninteresse) des liberalen Bürgertums und des Parlamentarismus nicht der Repräsentation wert sei, denn Besitz sei immer eng mit partikularem Eigeninteresse verbunden, das aber im strikten Gegensatz zum Gemeinwohl steht. Wird jedoch der Schutz des Besitzes zur wichtigsten Funktion des Parlaments, so schützt das Parlament nicht mehr das Gemeinwohl der Nation, sondern nur partikulare Eigeninteressen. Das Parlament der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das in Steuer- und Budgetangelegenheiten Entscheidungen traf, sei bereits ein Parlament mit dieser verzerrten Eigenschaft gewesen (Schmitt 1928a: 311f).

Die Frage der Bildung ist aufgrund der Ausdehnung des Wahlrechtes für die Parlamente der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ohnehin immer weniger relevant. Damit verliert das Parlament aber auch seine Elitenprägung: Es verwandelt sich von einem diskutierenden Forum, das ausschließlich das Interesse der ganzen Nation berücksichtigt, in ein Schlachtfeld der Eigeninteressen. Den Repräsentanten geht es nicht mehr um die Offenlegung des Gemeinwohls mit Hilfe vernünftiger Argumente, vielmehr berücksichtigen sie bloß die partikularen Eigeninteressen ihrer Wähler (Schmitt 1928a: 312).

#### 2.4.2. Die Frage der geistigen Grundlage des Parlamentarismus

Anhand der französischen Theoretiker legt Schmitt dar, dass sich das Wesen des Parlamentarismus nicht in der Führerauslese erschöpft (Schmitt 1926: 8).<sup>35</sup> Die geistige Grundlage des Parlamentarismus sei

35 Schmitt lehnt die Idee entschlossen ab, dass das Wesen des Parlamentarismus in der Führerauslese zu begreifen wäre. Hier muss allerdings angemerkt werden,

nämlich die *öffentliche Diskussion*, in der die politische Wahrheit, die Richtung der politischen Handlung im Parlament durch die Wechselwirkung der Argumente und Gegenargumente – nicht aber durch Kompromisslösung der Eigeninteressen – zu Tage gefördert werde.<sup>36</sup> Bei der Realisierung des Prinzips des *government by discussion* kommt es also zu einer Konfrontation rationaler Argumente, damit die Abgeordneten am Ende der Diskussion zu einer politischen Wahrheitsfindung gelangen,<sup>37</sup> denn durch die Diskussion der unabhängigen, nicht an Parteidisziplin gebundenen Parlamentarier *kann* tatsächlich das Gemeinwohl entdeckt werden.<sup>38</sup> Das Gemeinwohl als Gesetz des parlamentarischen Regimes regiert somit die politische Gemeinschaft.

Die Abgeordneten erreichen ihre Partikularinteressen nicht durch Verhandlungen und Kompromisse, sondern überzeugen einander mit rationalen Argumenten von der einen und richtigen politischen Wahrheit, von der einzig richtigen Version des Gemeinwohls (Schmitt 1926: 10). Zu der

dass diese Definition des Parlamentarismus in der deutschen Denktradition von Mohl bis Weber eine bedeutende Rolle gespielt hat (Boldt 1980: 402f).

- 36 Scheuner deutet darauf hin, dass Schmitt dieses Grundprinzip von Smend entlehnt hat (Scheuner 1927: 218). Schmitt selbst bezieht sich allerdings explizit nicht auf Smend, sondern vielmehr auf Laski, Marx und Guizot (Schmitt 1928a: 316). Weiter unten wird noch gezeigt, dass sich die englischen Theoretiker, wie Burke und Mill, diese Definition ebenfalls zu Eigen gemacht haben.
- 37 Mit Bezugnahme auf Habermas bemerkt Leydet, dass die schmittsche Konzeption von der rationalen Diskussion zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine stark veraltete Konzeption war. Im 19. Jahrhundert wurde noch vorausgesetzt, dass die parlamentarischen Abgeordneten im Parlament tatsächlich miteinander debattierten, doch seit der Verbreitung der Massenmedien sei dies sicherlich nicht mehr der Fall. Spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts richten die Parlamentarier ihre Worte nicht mehr an ihre Kollegen, sondern vielmehr an die breite Öffentlichkeit. Sie beabsichtigten gar nicht ihre Kollegen zu überzeugen, sondern sprechen direkt zum Wahlvolk. Leydet meint gerade deswegen, dass die Aufhebung der Partei- und Fraktionsdisziplin das Entfallen der rationalen Diskussion nicht verhindern kann, da die Abgeordneten auch weiterhin nicht miteinander diskutieren, sondern ihre Stellungnahmen einfach direkt an das Volk richten würden. Die ausschlaggebende Funktion des Parlaments ist also nicht mehr die Wahrheitsfindung durch Diskussion, sondern die Rechtfertigung oder die Kritik der Regierungsmaßnahmen durch die Deklaration der Argumente pro und kontra. In diesem Fall stellt sich allerdings die Frage, ob die Verlautbarung der Argumente überhaupt eine parlamentarische Institution benötigt (Leydet 1998: 121ff).
- 38 Ellen Kennedy bezieht sich diesbezüglich auf einen Zeitgenossen Schmitts. Julius Bonn wies bereits 1921 auf die Idealisierung des Englandbildes hin, indem er betonte, die Abgeordneten des englischen Parlaments hätten im 19. Jahrhundert ebenso egoistisch über die mögliche Durchsetzung ihrer Partikularinteressen verhandelt wie die zeitgenössischen Parlamentarier (Kennedy 1985: xxxvii).

tatsächlich rationalen Diskussion müssen aber zwei Voraussetzungen erfüllt werden: Zum einen sind unbezweifelbare Grundsätze von allen Parteien anzuerkennen, zum anderen müssen die diskutierenden Parteien weise genug sein, um sich überzeugen zu lassen, wenn die andere Partei über bessere Argumente verfügt. Letzteres kann jedoch erst erfüllt werden, wenn beide Parteien in der Lage sind, sich über ihre Eigeninteressen zu erheben (Schmitt 1926: 9f; Kennedy 1985: xxxvii). Teilen die Parteien diese gemeinsamen Überzeugungen nicht, so wird das Parlament von fundamental-apodiktischen Gegensätzen zerrissen, die durch Diskussionen nicht mehr überbrückbar sind. Weltanschauliche Gegensätze ohne eine Vermittlung gemeinsamer Werte legen das Parlament selbst lahm (Schmitt 1926: 58).

Die geistige Grundlage des Parlaments lautet also: *government by discussion* (Schmitt 1926: 43). Zu diesem geistig-theoretischen Fundament hat Schmitt ein zwiespältiges Verhältnis: Auf einer *historischen* Argumentationslinie basierend stellt er einerseits fest, dass die politische Wahrheit durch rationale Diskussion im Parlament des 19. Jahrhunderts tatsächlich noch vorhanden war und als wahrheitsgenerierendes Verfahren erst im 20. Jahrhundert infolge des Aufkommens der modernen Parteien und der Parteidisziplin beziehungsweise durch das Entfallen der parlamentarischen Öffentlichkeit aus dem politischen Prozess verschwunden ist. Andererseits betont er, dass diese rationale Diskussion niemals zur Entdeckung der politischen Wahrheit führen kann, da im Parlament nur *relative Wahrheiten* gefunden werden können. Über diese relativen Wahrheiten wird die Diskussion dann immer wieder erneut eröffnet. Gemäß dem Prinzip des Parlamentarismus (ewige Diskussion) wird die Diskussion niemals endgültig abgeschlossen. Dies ist allerdings ein wesentlicher und folgeschwerer Mangel des Parlamentarismus, der nicht einfach außer Acht gelassen werden kann. Schmitt unterscheidet also zwei Argumentationslinien.

#### 2.4.2.1. Die Praxis des Parlamentarismus und der Verlust seiner geistesgeschichtlichen Grundlage

Nach Schmitts erster Argumentationslinie entsprach die Praxis des Parlamentarismus einst noch seiner eigenen theoretischen Grundlage, indem das Gemeinwohl tatsächlich durch rationale Diskussion der parlamentarischen Abgeordneten bestimmt wurde. Dieses Argument wurde später von Historikern plausibel widerlegt, da es das goldene Zeitalter des Parlamentarismus, in dem die Parlamentarier wirklich nur das Gemeinwohl durch

rationale Diskussion zu erreichen suchten und dem Schmitt sein eigenes Zeitalter gegenüberstellt, niemals gab.<sup>39</sup> Das englische und französische Parlament des 19. Jahrhunderts war mindestens in demselben Maße durch die pekuniäre Handelspolitik der partikularen Eigeninteressen geprägt wie das Parlament zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Fraenkel 1968a: 22; Scheuermann 1999: 52).

Schmitt beharrt trotz alledem darauf, dass das Parlament des 19. Jahrhunderts das Gemeinwohl, die politische Wahrheit durch vernünftige Debatten ermitteln konnte. Setzt sich das Parlament des 20. Jahrhunderts aber nicht mehr aus vernünftigen Abgeordneten zusammen, die die Interessen der ganzen Nation mittels ihrer freien Mandate befürworten können, sind die Diskussionen vor der politischen Entscheidungsfindung nicht mehr öffentlich, werden die Beschlüsse in geheimen Kamarillengesprächen, Fraktionssitzungen und nicht in öffentlichen Subkommissionsitzungen getroffen, werden nur Partikularinteressen und nicht mehr rationale Argumente für die verschiedenen Versionen des Gemeinwohls miteinander konfrontiert, so geht das mit einem Verlust der geistesgeschichtlichen Grundlage des Parlaments einher. Ein derartiges Parlament ist nicht mehr legitim – stellt Schmitt fest (Schmitt 1926: 10). Im Parlament seines Zeitalters finde nur die Auseinandersetzung mit verschiedenen Partikularinteressen statt, was zwar zu Kompromisslösungen der Eigeninteressen, nicht aber zum Gemeinwohl führen könne.

Der Kompromiss der Sonderinteressen wird von stark disziplinierten Parteien und Fraktionen geschlossen, worin zugleich der Hauptgrund für die schmittsche Besorgnis liegt.<sup>40</sup> Schmitt beanstandet also die Prägung des kontemporären Parlaments in zweierlei Hinsicht: Einerseits tadelt er das Parlament seines Zeitalters, weil die parlamentarischen Diskussionen

39 Georg Schwab deutete auf einen weiteren Widerspruch im schmittschen Gedankengang hin. Schmitt bewertet die politischen Phänomene mit den Begriffen und Argumenten des 20. Jahrhunderts, obwohl er die anachronistische Begriffsverwendung gleichzeitig verwirft. In der Einführung zu seiner Arbeit *Positionen und Begriffe* legt er fest, dass die politischen Engagements von Talleyrand oder eben Ludwig Philipp ausschließlich mit den Begriffen und Denkansätzen des 19. Jahrhunderts, nicht aber des 20. Jahrhunderts zu begreifen seien. Die anachronistische Begriffsverwendung sei nach Schmitt ein Irrweg (Schwab 1968: 27f, 67).

40 Bezugnehmend auf Kelsen (*Wesen und Wert der Demokratie*) betont Leydet, dass Schmitt das Gepräge der Parteien missverstehe, indem er die Parteien als Organisationen darstelle, die die unterschiedlichen Partikularinteressen nicht in Einklang bringen, ausschließlich *ein* Partikularinteresse vertreten könnten. Leydet stellt dagegen fest, dass eine Harmonisierung verschiedener Partikularinteressen innerhalb der Parteien ebenfalls erfolgen kann. Die Integration verschiedener Partikularinteressen sei sogar das Interesse einer Partei (Leydet 1998: 118).

aufgrund der Fraktionsdisziplin nicht mehr auf rationalen Argumenten basieren und die politische Wahrheit (das Gemeinwohl) deswegen nicht mehr gefunden werden kann, andererseits beschwert er sich darüber, dass die Entscheidungen nicht mehr öffentlich, sondern geheim, hinter den Kulissen getroffen werden. Einst vermochte das Parlament seine Position gegenüber der Arcanumpolitik der Monarchie auf die Öffentlichkeit gestützt zu festigen. Gibt das Parlament der Arcanumpolitik aber nach, so verliert es zugleich seine geistesgeschichtliche Grundlage. Die Geschichte erzwingt die Abschaffung der Parlamente, es folgt die rational organisierte, soziale Diktatur des Marxismus oder eben die auf irrationalen Gesinnungselementen der nationalen Mythologie basierende Diktatur des höchsten Souveräns, der Freund und Feind des Volkes unterscheiden, die absolute (und nicht die relative!) politische Wahrheit alleine entdecken und die letzte Entscheidung über die politischen Angelegenheiten treffen kann (Schmitt 1926: 62ff; Schmitt 1926: 77ff).<sup>41</sup>

Entspricht die Praxis des Parlamentarismus nicht mehr seiner eigenen existenziellen Grundlage, dann ist die Zeit des Parlaments als Institution vorüber, so wie auch jene der Monarchie vorüber war.<sup>42</sup> Die politischen Institutionen besitzen zur Zeit ihrer Geburt eine bestimmte theoretische Grundlage, die später in der Geschichte nicht mehr mit einer anderen Grundlage ersetzbar ist: »Es ist nicht so, als könnte man einer Institution nachträglich beliebige andere Prinzipien unterschieben und wenn ihre bisherige Grundlage entfällt, irgendwelche Ersatzargumente einfügen.« (Schmitt 1926: 7) Dementsprechend kann sich die theoretische Grundlage des Parlaments in der Zeit nicht verändern. Entspricht eine politische Institution nicht mehr ihrer ursprünglichen theoretischen Grundlage, dann wird sie durch eine andere ersetzt: »Es gibt eine 'Heterogenie der Zwecke', einen Bedeutungswandel der praktischen Gesichtspunkte und einen Funktionswandel der praktischen Mittel, aber es gibt keine Heterogenie der Prinzipien.« (Schmitt 1926: 7f) Die theoretische Grundlage des Parlamen-

41 Die zweite Alternative, die auf Donoso Cortes und Georg Sorel zurückgeführt werden kann, übte auf die Sichtweise Schmitts großen Einfluss aus. In seinen Werken wird also der Parlamentarismus sowohl theoretisch, als auch historisch in diese Richtung transzendiert (Schmitt 1926: 88f).

42 Mit der Ersetzung der Würde und der Ehre, die als Grundlage der Monarchien dienten, durch das Bürgerkönigtum, das seine Grundlage in der Volkssouveränität und nicht in der Ehre gefunden hatte, sei auch die geistige Grundlage der Monarchie verlorengegangen. Die Wahl des Monarchen kann nicht mit der geistigen Grundlage (Ehre, Würde) der Monarchie in Einklang gebracht werden. Das einzige Argument, das die Institution der Monarchie in diesem Zeitalter noch legitimierte, war ein praktisch-utilitaristisches (Schmitt 1926: 12).

tarismus aber ist die Diskussion: Diskutieren die Parlamentarier nicht mehr, wollen sie einander nicht mehr mit rationalen Argumenten überzeugen, dann entspricht die Praxis des Parlamentarismus nicht mehr seiner ursprünglichen Grundlage.

Es kann wohl sein, dass die Parlamente wegen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nur in der Lage sind, partikuläres Interesse zu vertreten. Schmitt selbst stellt fest, dass die Parlamente nicht mehr auf ihre ursprüngliche Grundlage basiert werden können: Die ursprüngliche Konstellation kann nicht wiederhergestellt werden (Schmitt 1926: 62).

#### 2.4.2.2. Der Parlamentarismus und seine falsche theoretische Grundlage

Die schmittsche Argumentation verfügt allerdings auch über einen anderen, schärferen Zug, der nicht einmal die Existenzberechtigung des Parlamentarismus akzeptiert. Schmitt hat gegenüber dem Parlamentarismus nämlich nicht nur aus dem Grund Vorbehalte, weil dieser nicht mehr seiner ursprünglichen theoretischen Grundlage entspricht, vielmehr kritisiert er diese ursprüngliche theoretische Grundlage (*government by discussion*) an sich (McCormick 1997: 171).

Er betont, dass der Begriff der politischen Wahrheit, der im Parlament des 19. Jahrhunderts als Harmonie und Konsens der verschiedenen Gemeinwohlkonzeptionen verstanden wurde, nicht auf einem perfekten Rationalitätsbegriff basierte, der das Wesen der politischen Wahrheit ein für allemal hätte bestimmen können. Die Rationalität der Liberalen des 19. Jahrhunderts sei in diesem Sinne nur eine relative Rationalität. Relativ, da das metaphysische Fundament des Liberalismus die grenzlose und endlose, aus dem freien Wettbewerb der Meinungen gebildete *temporäre* Harmonie ist (Schmitt 1926: 45f). Die Wahrheit ist immer nur eine provisorische, über die die Diskussion immer wieder eröffnet wird. Die Diskussion, das Gespräch über die politische Wahrheit dauert ewig; die einmal – temporär – abgeschlossene Diskussion wird immer wieder neu angeregt, die Entscheidungen können zu jeder Zeit in Frage gestellt werden.<sup>43</sup> Das »ewige Gespräch«, der sich stets transformierende, offene Begriff der politischen Wahrheit zieht aber die Aufschiebung der Letztentscheidung

43 Schmitt stellte bereits in seiner Frühschrift *Politische Romantik* die politischen Glücksritter, die keine letzte Entscheidung treffen wollen und können, weil sie die Diskussion an sich mögen (Adam Müller), den konservativen Theoretikern gegenüber, die imstande und entschlossen sind, in politischen Fragen eine letzte Entscheidung zu treffen (Schmitt 1919).



und der Deklaration der ewigen Wahrheit nach sich. Der Liberalismus, der auf der ewigen Diskussion und Gesprächen beruht und eben deswegen nur die Existenz einer relativen politischen Wahrheit akzeptiert, ist nach Ansicht Schmitts in sich falsch: Er kann keine Entscheidung treffen, kann die Diskussion nicht ein für allemal beenden und ist damit nicht handlungsfähig (Schmitt 1926: 45ff; Pethő 1993: 201).

Es zeigt sich also deutlich, dass die zwei Argumentationslinien den Anschein haben, einander zu widersprechen: Während die Institution des Parlaments nach der radikaleren Argumentation Schmitts niemals imstande war (und niemals sein wird), das Gemeinwohl bestimmen zu können, wird durch das historische Argument nur angezweifelt, ob die Praxis des Parlaments im 20. Jahrhundert seiner ursprünglichen Idee noch entspricht.<sup>44</sup>

#### 2.4.3. Die Frage des richtigen Funktionsmechanismus des Parlamentarismus

Wie bereits oben betont wurde, unterscheidet Schmitt zwischen der Frage nach der Existenzberechtigung und jener nach dem richtigen Funktionsmechanismus des Parlamentarismus und kommt dabei zu dem Schluss, dass die essenzielle und entscheidende Frage die Existenzfrage und nicht die Methodenfrage sei. Darüber hinaus geht er auf Zusammenhänge zwischen den beiden Fragen nicht weiter ein. In der Tat ist es aber so, dass aus der Antwort auf die Frage nach der Existenzberechtigung, aus der Definition der theoretischen Grundlage des Parlamentarismus (ewige, öffentliche Diskussion) die Antwort auf die Frage nach der Methode (Gewaltenteilung) folgt. Aus dem Primärgepräge (*government by discussion*), aus dem Legitimitätsprinzip des Parlamentarismus erschließt sich

44 Während die erste Argumentationslinie (Verfallstheorie) die Akzeptanz des schmittschen Denksystems nicht voraussetzt, und daher gegebenenfalls für alle akzeptabel ist, kann der zweiten Argumentationslinie (das Prinzip des Parlamentarismus ist falsch) ausschließlich dann zugestimmt werden, wenn das ganze Denksystem mit den begrifflichen Gegenüberstellungen von Freund und Feind, von Politisch und Anti-Politisch, von Entscheidung und ewige Diskussion ebenfalls akzeptiert wird. Es kann deswegen vorkommen, dass jemand die erste Argumentationslinie akzeptiert, während er die zweite radikal ablehnt (Leydet 1998: 110; Scheuermann 1999: 43ff; Scheuermann 1995: 140; McCormick 1997: 171, 181f).

das Sekundärgepräge, die richtige Umsetzungsmethode (Gewaltenteilung) des parlamentarischen Prinzips.<sup>45</sup>

Schmitt versteht unter dem Funktionsmechanismus des parlamentarischen Prinzips der ewigen Diskussion zwei verschiedene Phänomene: Er definiert den richtigen oder wahren Parlamentarismus einerseits als Gewaltenteilung und als Machtbalance zwischen der Exekutive und der Legislative (Schmitt 1926: 51), andererseits beschreibt er das Wesen der Umsetzungsmethode des französischen, *nicht wahren* Parlamentarismus als das Übergewicht des Parlaments gegenüber der Regierung. In dem unwahren Parlamentarismus sei die Regierung nur ein Vollstreckungsinstrument des Parlamentswillens, dem keine eigene politische Existenz zugeschrieben werden könne. In dieser unwahren Form besitzt das Parlament kein Gegengewicht, die Parlamentsouveränität ist absolut.

Redslob unterscheidet die wahre und die unechte Form des Parlamentarismus eben gemäß dieser Charakteristika: der wahre englische Parlamentarismus beruhe auf dem Prinzip der Gewaltenteilung und der Balance der Gewalten, wobei die Regierung das Parlament auch auflösen kann. Damit kann die Entscheidung im Fall eines Konfliktes zwischen Regierung und Parlament auf Initiative der Regierung vom Volk getroffen werden (Schmitt 1928a: 304). Der unechte (französische) Parlamentarismus ist hingegen vom Übergewicht des Parlaments geprägt: Die Balance hat sich in einen Parlamentsabsolutismus transformiert, in dem die parlamentarische Mehrheit eindeutig ihren eigenen Willen auch gegen den Willen der Regierung durchsetzen kann. Die Regierung ist zu einem Vollstreckungsausschuss des Parlaments, das Parlament aber zu einem Vollstreckungsausschuss des Volkswillens degradiert worden.<sup>46</sup> Letzteres bezeichnet Redslob als den unechten Parlamentarismus.

Im Rahmen der ideengeschichtlichen Analyse wird an späterer Stelle verdeutlicht, wie Schmitt die beiden (wahren und unechten) Formen des Parlamentarismus synthetisiert, besser gesagt synkretisiert. Er vermischt bestimmte Elemente des englischen Parlamentarismus mit prägenden

45 Hier muss betont werden, dass Schmitt die Frage der richtigen Umsetzungsmethode des Parlamentarismus, die für die Forschungsrichtung der Politikwissenschaft Ende des 20. Jahrhunderts bestimmend war, nicht außer Acht gelassen hatte, wie von mehreren Theoretikern beanstandet wurde (Boldt 1980: 408ff).

46 »In Frankreich besteht zweifellos eine starke Tendenz, die parlamentarische Regierung so zu handhaben, daß die Kammermehrheit den Ministern jede wichtige Stellungnahme vorschreibt, wobei öfters politische Entscheidungen in einem Ausschuss des Parlaments zustande kamen, der dann tatsächlich ein Ministerium war.« (Schmitt 1928a: 329f, Schmitt 1928a: 304, 266)

Elementen des französischen, wobei die verschiedenen Elemente im Grunde genommen nicht in Einklang zu bringen sind.

#### 2.4.3.1. Trennung oder Balance der Gewalten

Bevor untersucht wird, wie sich die richtige Umsetzungsmethode des Parlamentarismus (die Gewaltenteilung) aus seinem Existenzprinzip (rationale Diskussion) ergibt, soll zunächst geklärt werden, was Schmitt unter Gewaltenteilung versteht. Schmitt unterscheidet den Begriff der Separation der Gewalten von dem der Balance der Gewalten, dabei analysiert er die praktische Umsetzung der beiden begrifflichen Ebenen: Im Fall der Separation der Gewalten haben weder die Parlamente noch die Regierung Einfluss auf das Machtgebiet des jeweils anderen.<sup>47</sup> Laut Schmitt folgt aus dem Existenzprinzip des Parlamentarismus jedoch nicht die Separation der Gewalten, sondern die Balance der Gewalten.

Aus der Sicht der vorliegenden Arbeit ist aber nicht nur die Balance der verschiedenen Gewalten untereinander interessant, denn Schmitt analysiert auch die Balance der Macht innerhalb der einzelnen Gewalten (Schmitt 1928a: 196f). Die Akzentverschiebung ist sichtbar und spiegelt die historische Blickrichtung der schmittschen Schriften wider: Während Schmitt den Begriff der Gewaltenteilung in seiner Analyse des 18. Jahrhunderts als Balance zwischen der monarchischen (exekutiven) Gewalt und dem Parlament definiert, berücksichtigt er auch die Veränderungen im 19. Jahrhundert in der Beziehung der beiden zueinander und kommt zu dem Schluss, dass die Gewaltenteilung nicht mehr zwischen der Exekutive und der Legislative, sondern innerhalb der Legislative zwischen Regierungsmehrheit und Opposition besteht.

Trotz dieser realistischen Analyse, die das Zentrum der Gewaltenteilung in das Parlament verlegt und damit die Pluralität innerhalb des Parlaments wahrnimmt, beharrt Schmitt in seinen weiteren Schriften auf der traditionellen, von Redslob ausgearbeiteten Auffassung der Unterscheidung und Teilung der Gewalten zwischen Regierung und Parlament. Spä-

47 Die Regierung ist nicht berechtigt, das Parlament einzuberufen oder aufzulösen, sie hat kein Recht zur Gesetzesinitiative, hat weder ein suspensives, noch ein absolutes Vetorecht, hat kein Gnadenrecht und kann keine Volksabstimmung initiieren. Im Gegensatz dazu wird weder der Staatspräsident noch der Ministerpräsident vom Parlament gewählt, das Parlament hat kein Anklagerecht, es kann der Regierung nicht das Vertrauen entziehen, und die Regierung hängt nicht vom Vertrauen des Parlaments ab (Schmitt 1928a: 185).

ter wird noch geklärt werden, warum Schmitt bei dieser Deutung der Gewaltenteilung und damit bei dem Parlamentarismus des 18. Jahrhunderts stecken geblieben ist, warum er die realitätsnahe Interpretation der Gewaltenteilung nicht stärker in Betracht gezogen hat, wieso er die Realität der Gewaltenteilung innerhalb des Parlaments und damit die Idee der dem Parlament verantwortlichen Regierung außer Acht lässt. Die Existenz der Parteien, die die Homogenität der politischen Repräsentation aufhebt, ist nämlich für Schmitt innerhalb der repräsentierenden Versammlung nicht akzeptabel, da sie eine Bruchlinie innerhalb der Institution der politischen Repräsentation erzeugen. Eine solche Bruchlinie kann Schmitt nicht billigen, da allein die politische Einheit des Volkes, nicht aber seine Pluralität repräsentiert werden kann.

#### 2.4.3.2. Der richtige Funktionsmechanismus als Folge der geistigen Grundlage

Wie ergibt sich also aus dem Prinzip des Parlamentarismus (rationale Diskussion) die richtige Umsetzungsmethode desselben (die Balance der Gewalten)? Weiter oben wurde bereits festgestellt, dass der Parlamentarismus ein metaphysisches Prinzip, eine theoretische Grundlage aufweisen kann. Dies ist die ewige Diskussion, die Harmonie der Meinungen.<sup>48</sup> Aus diesem metaphysischen Prinzip folgt zweierlei: einerseits die *Öffentlichkeit* der Diskussionen (die Abschaffung der Arcanumpolitik und der geheimen Verabredungen),<sup>49</sup> andererseits aber die Teilung des politischen Machtpotenzials, die *Balance der Gewalten*. Laut Schmitt geht aus dem Begriff der Diskussion das Phänomen der Auseinandersetzung logisch hervor. Wo es keine Diskussion gibt, da gibt es keine Zersplitterung. Wo aber Diskussionen geführt werden, da sind auch Aufspaltung und Zerrissenheit vorhanden.

Während die erste Konsequenz (Öffentlichkeit) des metaphysischen Prinzips des Parlamentarismus mit den demokratischen Prinzipien in Übereinstimmung ist, steht die zweite Konsequenz (Gewaltenteilung im Sinne der Balance der Gewalten) in scharfem Gegensatz zum demokratischen Prinzip der einheitlichen, unteilbaren Souveränität (Schmitt 1926:

48 Über die Bedeutung der ewigen Diskussion im schmittschen Lebenswerk siehe: Schmitt 1919.

49 Scheuner weist darauf hin, dass die parlamentarischen Diskussionen niemals öffentlich geführt wurden (Scheuner 1927: 217; McComick 1997: 184).

46).<sup>50</sup> Schmitt nimmt hier auf Wilhelm Hasbach Bezug, wenn er feststellt, dass die größte Differenz zwischen der Demokratie und dem Liberalismus (Parlamentarismus) in der Beurteilung der Gewaltenteilungslehre zu finden sei.<sup>51</sup> Die Lehre von der Balance der Gewalten geht aus der metaphysischen Grundlage des Liberalismus hervor (Mehring 1998: 137). Schmitt betont aber, dass unter der Gewaltenteilung nicht die Separation, sondern eher die Balance der Gewalten zu verstehen ist (Schmitt 1926: 46).

Aus dem metaphysischen Prinzip des Liberalismus und Parlamentarismus, aus dem Prinzip der (ewigen) Diskussion und des relativen Wahrheitsbegriffs folgt, dass die verschiedenen Gewalten miteinander ebenfalls eine Diskussion führen, eine Diskussion, die in einer temporären Harmonie endet. Einige Textstellen beweisen zwar, dass Schmitt die Gewaltenteilungslehre im Sinne der traditionellen Interpretation als Teilung der Macht unter verschiedenen Gewalten behandelt und als Balance der Gewalten deutet, an anderen Textstellen führt er aber aus, dass sich die Gewaltenteilungslehre vom Ende des 16. Jahrhunderts auf weitere politikbezogene Bereiche ausgedehnt hat: auf die Theorie der Nationalökonomie, die Balancetheorie der Machtkonstellation der europäischen Staaten, die Balancetheorie der Leidenschaften und der Affekte (Shaftesbury, Malebranche) und sogar auf die Balancetheorie *innerhalb* der einzelnen politischen Gewalten (Schmitt 1926: 50). Hierbei sind zwei der angeführten politikbezogenen Bereiche von Belang: einerseits die klassische Tradition der Gewaltenteilungslehre,<sup>52</sup> andererseits aber die Balancetheorie innerhalb der einzelnen politischen Gewalten.

50 Dyzenhaus deutet darauf hin, dass beide Prinzipien (Öffentlichkeit und Gewaltenteilung) als eine historische Gegenreaktion auf die absolute Macht des Monarchen aufgefasst werden können (Dyzenhaus 1997: 62).

51 Die schmittsche Gegenüberstellung von Demokratie und Liberalismus wurde bereits von den Zeitgenossen heftig kritisiert. Thoma und Scheuner meinen zum Beispiel, dass die Idee des modernen Parlamentarismus und Liberalismus von der Idee der modernen Demokratie untrennbar sei. Ein besonderer Akzent wird hierbei allerdings auf das Attribut »modern« gelegt (Scheuner 1927: 211, 220).

52 Bezugnehmend auf Montesquieu behauptet Schmitt, dass die Trennung der Regierung vom Parlament die ausschlaggebende sei, da die Justiz bereits nach Montesquieu »en quelque facon nulle« ist. Schmitt schließt sich in diesem Sinne dem französischen Gelehrten an, wenn er betont, dass die Justiz kein politisches Gewicht hat (Schmitt 1928a: 185).

#### 2.4.3.3. Traditionelle Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament

Die schmittsche Interpretation der richtigen Umsetzungsmethode des parlamentarischen Prinzips (Diskussion) entspricht in diesem Sinne der Interpretation des richtigen Parlamentarismus von Robert Redslob, die den größten Einfluss auf die Väter der Weimarer Verfassung ausgeübt hat. Redslob stellt nämlich fest, dass das Prinzip des »wahren Parlamentarismus« die Machtbalance zwischen Regierung und Parlament sei (Schmitt 1928a: 197, 304). Seiner Ansicht nach ist die Regierung nicht einfach die Vollzugsgewalt des Parlaments (wie im Fall des französischen, »unechten« parlamentarischen Systems), sondern gilt als das Gegengewicht zur Macht des Parlaments dank ihres Rechts zu dessen Auflösung und zur Ausschreibung eines Referendums (Schmitt 1926: 51; Schmitt 1928a: 304; Schmitt 1928a: 197).

Die richtige Umsetzung des parlamentarischen Prinzips der Diskussion ist auch nach Schmitt die Teilung und Balance der Gewalten. Das Spezifikum des Parlamentarismus sei demgemäß die Vermischung der verschiedenen politischen Formelemente, die Aufteilung der Gewalten unter den Akteuren der Politik: Im Parlamentarismus hat der Monarch das Recht, das Parlament aufzulösen, die Macht der Aristokratie wird durch die zweite Kammer gewährleistet, und das Volk ist berechtigt, die Konflikte zwischen der Regierung und dem Parlament nach der Auflösung des Parlaments zu entscheiden.<sup>53</sup> Die Gewaltenteilung sei aber das Herzstück aller Liberalen: Sie klärt die Frage der letzten Souveränität nicht; doch gerade damit glauben die Liberalen, die größten Missbräuche verhindern zu können. Es ist kein Zufall, dass der Parlamentarismus im 19. Jahrhundert seine Blütezeit erlebt hat: Der Rechtsstaat und die bürgerlichen Freiheitsrechte konnten in einem System garantiert werden, für das die Gewaltenteilung charakteristisch war. Je nachdem welches Element Betonung findet, kann man den präsidentiellen, den ministerpräsidentiellen Typ oder eben das Kabinettsystem des Parlamentarismus unterscheiden. All diesen Typen ist aber gemeinsam, dass die Frage der letzten Entscheidung, der letzten Souveränität unbeantwortet bleibt (Schmitt 1928a: 305f).

Das liberale Bürgertum will weder eine reine Monarchie noch eine reine Demokratie, da die Souveränitätsfrage in beiden Staatsformen eindeutig beantwortet ist. Das Bürgertum wehrt sich gegen die Ausbreitung des monarchischen Machtpotenzials mit Hilfe des Parlaments, aber auch

53 Über die Rechtsstellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Reichsverfassung siehe: Szabó 2000.

gegen die absolute Ausbreitung des Machtpotenzials des Volkes (in Form der Demokratie) eben mit Hilfe der Macht der Monarchie. Der auf Gewaltenteilung und Zensus basierende Parlamentarismus ist gerade infolge dieser Mittelstellung des Bürgertums zwischen der Macht der Monarchie und der des Volkes das geeignetste Mittel, seine eigene Mittelposition und sein Eigentum zu bewahren. Das Bürgertum kann sich eben deswegen einen Rechtsstaat nur dort vorstellen, wo keine eindeutigen Souveränitätseinhaber vorhanden sind (Schmitt 1928a: 308).

Der Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie kulminiert nach Schmitt gerade darin, dass das Prinzip des Liberalismus (die Gewaltenteilung) die Entfaltung des demokratischen Formprinzips (die Möglichkeit der Entscheidung durch das Volk) verhindert. Die Liberalen wehren sich gegenüber der absoluten Souveränität des Monarchen mit Hilfe des angeblich demokratisch geprägten Parlaments, dennoch wollen sie ihre Freiheit und ihren Besitz gegenüber der absoluten Souveränität des Volkes gerade mit Hilfe der monarchischen Macht verteidigen.

#### 2.4.3.4. Gewaltenteilung innerhalb des Parlaments: ist die Existenz der Parteien unumgänglich?

In den schmittschen Texten sind aber auch Abschnitte zu finden, die die Unumgänglichkeit der Gewaltenteilung *innerhalb* des Parlaments konstatieren. In diesem Umstand zeigt sich nach Schmitt der alles durchdringende Charakter des Prinzips der Gewaltenteilung:

»Hier, im Parlament, spielt sich nämlich eine Balancierung ab, welche den gemäßigten Rationalismus jener Balancenvorstellungen voraussetzt. Unter dem suggestiven Einfluß einer Kompentientradition, die Montesquieus Lehre von der Gewaltenteilung vereinfacht, hat man sich daran gewöhnt, immer nur zu sehen, daß das Parlament als ein Teil der staatlichen Funktionen anderen Teilen (Exekutive und Justiz) entgegengesetzt wird. Das Parlament soll aber nicht nur ein Glied der Balance, sondern gerade weil es Legislative ist, *in sich* wieder balanciert sein.« (Schmitt 1926: 51)

Nach dieser Textstelle geht es also nicht nur darum, dass die Gesetzgebungsgewalt zweigeteilt werden sollte (Schmitt 1928a: 199), sondern auch darum, die maßgebende Kammer selbst in Parteien zu gliedern, damit durch die Auseinandersetzung der Parteien eine Balance entstehen kann. Die durch den Wettbewerb der freien Meinungen geschaffene Harmonie soll also auch innerhalb der einen Kammer der Gesetzgebungsgewalt

dominieren. Dieses Bekenntnis zur Unumgänglichkeit der Parteien führt Schmitt zu folgender Diagnose: »Eine Opposition gehört zum Wesen des Parlamentarismus und jeder Kammer (...).« (Schmitt 1926: 51) Schmitt betont sogar, dass die Existenz der Opposition sowie der Parteien im Allgemeinen durch das liberale metaphysische Prinzip legitimiert ist, das zuerst überall Pluralität schafft, damit aus dieser dann eine Balance hervorgebracht werden kann: »Das beruht auf einer Denkweise, die überall eine Vielheit schafft, um in einem System von Vermittlungen ein aus immanenter Dynamik sich ergebendes Gleichgewicht an die Stelle einer absoluten Einheit zu setzen.« (Schmitt 1926: 51) Es sei ferner in keiner Weise irrelevant, dass dieses Parlament mit seiner inneren Pluralität eindeutig dem Charakter des *complexio oppositorum* der katholischen Kirche gleichkomme. Schmitt nimmt in seiner Katholizismus-Schrift explizit darauf Bezug, wenn er feststellt, dass der Parlamentarismus nach seiner ursprünglichen Idee ein solches *complexio oppositorum* sei, in dem aus der Pluralität der Parteien und der Interessen doch eine Einheit geschaffen würde. Dieser Charakter des *complexio oppositorum* ver helfe dem Parlament aber dazu, das Volk repräsentieren zu können.<sup>54</sup>

Die Ähnlichkeiten von Parlament und katholischer Kirche sind auch an ihrer Flexibilität nachvollziehbar: Beide sind mit beliebigen Staatsformen vereinbar. Nach der liberalen Konzeption ist die Gewaltenteilung nämlich nicht der Bestandteil der *politischen* Reglements einer Verfassung, sie betrifft also nicht die politische Form des Staates, sondern gehört zum *rechtsstaatlichen* Bestandteil einer Verfassung, in dem die Rechte der Staatsbürger und die Schranken der Staatsgewalt festgelegt werden. Daraus folgt dem Sinn nach, dass ein Parlament in allen Staatsformen, sei es Demokratie oder eben Monarchie, funktionsfähig ist (Schmitt 1928a: 217f, 305). Sind die Parteien innerhalb des Parlaments akzeptierbar, lässt sich das Parlament dem Modell der katholischen Kirche gemäß als *complexio oppositorum* beschreiben, so muss der böckenfördeschen Schmitt-Auslegung in einer Hinsicht auf jeden Fall Recht gegeben werden: Böckenförde besteht darauf, dass die Konflikte und Gegensätze innerhalb des modernen, von Schmitt plastisch dargestellten Parlaments nicht so intensiv sind wie der Gegensatz zwischen Freund und Feind, die für die schmittsche Theorie maßgebend ist. Darin liegt nach Böckenförde der Grund dafür, dass sich das Ringen um die politische Einheit und die Exis-

54 Über die Parallelitäten zwischen der katholischen Kirche und dem Institut des Parlaments siehe: Schmitt 1923: 55; McCormick 1997: 168; Kelly 2003: 188, 191; Schmitt 1932a: 30; Meier 1998: 72.; Schmitt 1930: 139ff, 141ff; Waldstein 1990: 69, 97.



tenz einer Opposition in Übereinstimmung bringen lässt: Das Parlament sei ein *complexio oppositorum*, in dem die Uneinigkeit und Pluralität der Parteien letzten Endes in einer Harmonie münde.<sup>55</sup> Er bezieht sich hierbei auf den *Begriff des Politischen*, wenn er die Bedeutsamkeit und Relevanz des

Begriffes des »sekundären Politischen« betont (Böckenförde in 1986a: 284, 298). Die Auseinandersetzung Freund-Feind prägt also die zwischenstaatlichen, nicht aber die innerstaatlichen Beziehungen unter dem Vorbehalt, dass die Möglichkeit der Eskalierung der innerstaatlichen Konflikte zu einer intensiven Freund-Feind-Auseinandersetzung in allen Staaten latent vorhanden ist (Böckenförde 1986a: 284ff).

Laut Schmitt haben die liberalen Theoretiker des Vormärzes die Relativität des politischen Wahrheitsbegriffes und folglich die Unumgänglichkeit und Notwendigkeit der Parteien ganz klar begriffen: So impliziere die ewige Diskussion die Existenz der Parteien nach den Schriften der deutschen Romantiker. Bei Hegel wird die Selbstentfaltung des Geistes und damit die Geschichte durch die Auseinandersetzung und Synthese der von den Parteien vergegenwärtigten Gegensätze innerhalb des Parlaments weitergeführt. Mit Bezugnahme auf Lorenz von Stein betont Johann Bluntschli in seinem Lexikon, dass politische Ereignisse, politische Entwicklungen erst durch den Auftritt der für die Freiheit kämpfenden Parteien einsetzen, obwohl das Staatsrecht selbst die Parteien ignoriert. Die Diskussion und die Parteien, die die Konsequenz der Diskussion darstellen, sind also unumgänglich. Die Existenz der Parteien ist nach der schmittschen Interpretation der Vormärztheoretiker zwangsläufig.<sup>56</sup> Auf das Verhältnis zwischen Schmitt und der Tradition der deutschen liberalen Theoretiker wird noch später in diesem Werk eingegangen.

55 Voraussetzung dieser Harmonie sei aber nach Schmitt: Die Parteien dürften keine rigiden Weltanschauungsparteien sein und die parlamentarische Diskussionen keine Weltanschauungsfragen betreffen, sondern müssten von geringerer Bedeutung sein (Schmitt 1926: 58).

56 Schmitt weist aber zugleich darauf hin, dass nicht nur die konservativen, sondern auch die liberalen Theoretiker die Existenz des Monarchen befürworteten. Alle deutschen Theoretiker des Vormärzes sahen in der Monarchie eine Institution, die die Einheit des Volkes symbolisieren kann, da der Monarch über die Parteiwirtschaft erhoben das Interesse des Staates vertritt. Die Akzeptanz dieser Verflechtung des parlamentarischen mit dem monarchischen Prinzip war für den Vormärzliberalismus charakteristisch. Erst Mohl stellte die beiden Prinzipien einander gegenüber und wollte das parlamentarische Prinzip durch die Unterordnung der monarchischen Regierung unter das Parlament zur Geltung bringen (Schmitt 1926: 58ff).

Schmitt bleibt dieser realitätsnahen und besonnenen Betrachtungsweise auch an einer weiteren Textstelle treu: Bei der Beschreibung des Mechanismus des englischen Parlamentarismus stellt er fest, dass die Grundvoraussetzungen des normalen Betriebes des Parlaments *einerseits* die Existenz einer dem Parlament verantwortlichen Regierung, *andererseits* die Existenz mehrerer Parteien seien. Er zitiert hier zustimmend Montesquieus Werk *L'esprit des lois*, in dem der Franzose zwei Kriterien des Normalbetriebes des englischen Parlamentarismus anführt: zum einen die sich aus dem Gewohnheitsrecht ergebende Verpflichtung des Monarchen, den Ministerpräsidenten immer aus den Reihen der parlamentarischen Mehrheit zu nominieren (die Idee der dem Parlament verantwortlichen Regierung), zum anderen die Existenz zweier Parteien (Zweiparteienkriterium) (Kapitel XIX. § 27).

Betreffend des ersten Kriteriums bemerkt Schmitt, dass man in England unter Parlamentarismus von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts immer etwas anderes verstanden hätte, je nachdem wo der politische Schwerpunkt gelegen habe (Scheuermann 1999: 54). Er weist darauf hin, dass die englischen Theoretiker mit der Deutung von Montesquieu übereinstimmten, nach der die englische Verfassung auf der Gewaltenteilung im Sinne der Separation der Gewalten basiere. Diese Interpretation der englischen Verfassung und damit des Parlamentarismus war berechtigt, solange der Monarch imstande war, den Ministerpräsidenten unabhängig von der aktuellen politischen Mehrheit des Parlaments zu nominieren und einzusetzen, solange der Ministerpräsident nicht dem Parlament verantwortlich war und der Monarch das Parlament ohne weiteres auflösen konnte. Allerdings erfolgte eine allmähliche Veränderung der englischen Verfassungswirklichkeit: Nach dem ersten großen Reformbill (1832) vollzogen die englischen Theoretiker diese Veränderung ebenfalls nach und stellten fest, dass die Beziehung zwischen Regierung und Parlament nicht mehr von der Separation der beiden Gewalten, sondern von ihrer Wechselwirkung geprägt war. Die Regierung war der Macht des Parlaments unterstellt. Das war das Zeitalter des Parlamentsabsolutismus. Diese Konstellation veränderte sich jedoch nach nur kurzer Zeit, und auch dieser Veränderung folgten die englischen Theoretiker mehr oder weniger. Nach 1867 erkannten sie, dass das Zentrum des politischen Lebens nicht mehr das Parlament, sondern die Regierung war: Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war nicht mehr die Regierung bzw. der Regierungschef dem Parlament, sondern die parlamentarische Mehrheit dem Regierungs- und Parteichef unterstellt. Stimmte der Wille des Ministerpräsidenten mit jenem der parlamentarischen Mehrheit nicht überein, so konnte der Ministerpräsident das Parlament auflösen. Dieses Recht des Regierungschefs

trug später wesentlich zur Entwicklung der Fraktionsdisziplin bei. Das Potenzial der Letztentscheidung ging außerdem vom Parlament auf das Volk über. Dem Parlament blieb nichts anderes übrig, als die Rolle eines Vermittlers zwischen Regierung und Volk zu spielen (Schmitt 1928a: 324).

Hinsichtlich des zweiten Kriteriums stellt Schmitt fest, dass die meisten konservativen deutschen Denker des 19. Jahrhunderts die Vorbedingungen des englischen Parlamentarismus richtig erkannten. Im Gegensatz zu den liberalen Theoretikern hätten sie den Mechanismus des englischen Parlamentarismus nicht idealisiert oder simplifiziert. Die meisten konservativen Theoretiker trugen dem zweiten Kriterium Rechnung und beharrten darauf, dass zum richtigen Mechanismus des Parlaments nicht mehr und nicht weniger als zwei Parteien notwendig seien.<sup>57</sup> Denn erst das Zweiparteiensystem könne als unerlässliche Kondition des richtig funktionierenden Parlamentarismus die Regierbarkeit und die Vermeidung der trägen und konfliktreichen Koalitionsregierung gewährleisten. Die Parteien des Zweiparteiensystems seien darüber hinaus vom Parteivorstand stark disziplinierte Parteien (Schmitt 1928a: 326).

Aufgrund dieser Analyse scheint Schmitt wirklich der Realität Rechnung zu tragen: Er beschreibt den Mechanismus des englischen Parlamentarismus wirklichkeitstreu. Dieser scharfsinnigen Darlegung widerspricht er dann aber an mehreren Stellen: Er bemerkt, dass die Parteien des englischen Zweiparteiensystems nicht einer starken Parteidisziplin unterworfenen Parteien seien, sondern auf dem freien Wettbewerb der Meinungen beruhten.<sup>58</sup> In diesem Fall sind die Parteien nicht absolute Kontrahenten, sondern vertreten weiterhin gemeinsame Überzeugungen und Prämissen. Sie wollen einander nicht eliminieren, sondern nur mit rationalen Argumenten überzeugen. Dieses letzte Fazit widerspricht also nicht nur anderen schmittschen Textstellen, sondern auch der Realität. Was Schmitt dazu führte, die wirklichkeitstreue Interpretation im Allgemeinen doch außer Acht zu lassen, wird später genauer dargelegt.

57 Boldt hebt hervor, dass die Verbreitung des deutschen Begriffs »Parlamentarismus« eine Konsequenz der klaren Definition und Begriffsverwendung Stahls sei (Boldt 1975: 146).

58 Dieser Widerspruch kann nach Scheuermann aufgehoben werden, wenn vorausgesetzt wird, dass Schmitt sich darüber im Klaren war, dass das Bild des rational diskutierenden Parlaments ein Mythos gewesen sei, der von dem Bürgertum anfangs zur Einschränkung der politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse verwendet wurde, den aber Schmitt selbst auch gebrauchte, damit sich der Feind in seinem System leichter definieren ließ (Scheuermann 1999: 55, McCormick 1997: 191f).

#### 2.4.4. Die Endphase des Parlamentarismus

Schmitt bettet das Moment der politischen Repräsentation in einen historischen Prozess ein, indem er resigniert – nach anderen Interpretationen eher maliziös – feststellt, dass die Zeit des Parlamentarismus vorüber sei. Die einzelnen Phasen, und damit auch die Endphase dieses historischen Prozesses, hat er in seiner Schrift *Der Hüter der Verfassung* detailliert beschrieben.

Hier macht er darauf aufmerksam, dass sich die Idee der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als ein grundlegendes Denkschema des deutschen Staatsrechts im 19. Jahrhundert erwiesen, ihre Existenzberechtigung aber aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verloren habe. Trotz der Definitionsprobleme lässt sich eines festhalten: Die Gesellschaft ist nach Schmitt der polemische Gegenbegriff des Soldaten- und Beamtenstaates (Schmitt 1934: 13ff). Demnach kann alles als Gesellschaft definiert werden, was nicht zum Staatlichen gehört (Schmitt 1931b: 146f). Die prägenden Faktoren des Staates wären demgemäß aber das Beamtentum und der Soldatentum. Alle weiteren Sphären der politischen Gemeinschaft (Religion, Kultur, Wirtschaftsinteresse) sind unter der Kategorie »Gesellschaft« einzuordnen. Obwohl die Interessen dieser verschiedenen Sphären einander oft widersprechen, können sie, einem gemeinsamen Gegner gegenübergestellt, als Einheit postuliert werden. Zudem ist der deutsche Staat des 19. Jahrhunderts gegenüber dem Kampf oder eben der Harmonisierung dieser Interessen zurückhaltend: Er gewährleistet nur die Rahmenbedingungen zum Wettstreit. Er ist neutral, indem er sich nicht in den Kampf der gesellschaftlichen Interessen einmischt (Schmitt 1931a: 73). Daraus ergibt sich dann eine Idee des Staates, der in der Lage ist, die Stürme des Eigeninteresses abzuwehren und das Gemeinwohl zu realisieren.

Das Parlament ist dementsprechend der Schauplatz, an dem die Gesellschaft dem Staat gegenüber auftreten kann. Das Parlament dient als Einbruchsstelle: Die Gesellschaft kann durch dieses Organ des Staates in den Staat selbst integriert werden.<sup>59</sup> Es wird später zwar zum Zentrum des politischen Systems, ihm werden alle weiteren Akteure unterstellt, doch die Voraussetzung für den Sieg des Parlaments ist zunächst die Existenz des monarchischen Beamten- und Soldatenstaates: Ohne den Dualismus der beiden hätte die Gesellschaft niemals an die Macht gelangen können

59 Schmitt bezieht sich hier auf Lorenz von Stein, der in seinem Grundwerk feststellt, dass das Parlament das Staatsorgan war, durch das die Gesellschaft in den Staat eindringen konnte (Schmitt 1931a: 74ff; Schmitt 1931b: 148f).

(Schmitt 1931b: 151; Schmitt 1931a: 78). Ohne diesen monarchischen Staat verliert das Parlament seine Existenzberechtigung: denn die Grundlage des Parlaments ist laut Schmitt die Repräsentation der Gesellschaft sowie die Vertretung und Kanalisierung der gesellschaftlichen Interessen vor und gegenüber dem Monarchen und dem monarchischen Staat gewesen. Was wäre aber die Funktion des Parlaments, wenn sein eigentlicher Zuhörer (der Monarch und sein Staat) aufhört zu existieren, wenn es kein Gegenüber mehr gibt? (Schmitt 1931a: 82) Was passiert, wenn das gemeinsame Feindbild der Gesellschaft im politischen Sinne vernichtet wird? Wenn die Funktion des Parlaments die Darstellung der gesellschaftlichen Interessen *vor* dem als reales Machtpotenzial erfassten Monarchen ist, dann ist es für das Parlament selbst auch von Belang, ob der Monarch seine politische Bedeutung beibehält oder nicht. Verliert der Monarch sein politisches Potenzial, so wird der – ursprünglich monarchische – Staat durch die Gesetzgebungsgewalt zur Selbstorganisation der Gesellschaft (Gesetzgebungsstaat), der letzte Souverän ist dann nicht mehr der Monarch, sondern das Parlament, der Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft hebt sich somit auf, und die Gesellschaft muss sich nach der Aufhebung dieses Dualismus neu definieren (Schmitt 1931a: 78).

Die Vergesellschaftlichung des Staates führt zu einer Konstellation, in der der Staat sich in einen Kampfplatz der Interessen verwandelt (Schmitt 1931b: 151; Schmitt 1931a: 82). Der vergesellschaftlichte Staat kann sich nicht von den sozialen Konflikten fern halten, da diese durch die Institution des Parlaments in den Staat eingedrungen sind. Die Neutralität des Staates im Sinne der Isolation ist nicht mehr aufrechtzuerhalten, der Majestätsstaat verwandelt sich insofern in einen totalen Staat, dass dieser von allen Konflikten der Gesellschaft, die bisher nicht in seiner Kompetenz lagen, betroffen ist. Er kann sich gegenüber diesen Konflikten nicht neutral verhalten, sich von den Partikularinteressen nicht isolieren. Der totale Staat lässt sich als die Identität von Staat und Gesellschaft definieren. Diese Identität, die für die Gesetzgebungsstaaten charakteristisch ist, kann jedoch keine politische Einheit schaffen: Der Staat zermürbt sich unter dem Joch der Interessenkonflikte (Schmitt 1931b: 155; Schmitt 1931a: 79ff).

In dem als Selbstorganisation der Gesellschaft definierten Staat wird die Funktion der Einheitsstiftung eigentlich den Parteien zugeschrieben. Die Parteien Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sind aber laut Schmitt zur Einheitsstiftung nicht mehr fähig, da sie nicht mehr auf freiem Wettbewerb und rationalen Argumenten basieren wie die Parteien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die modernen Parteien sind absolut streng organisiert, verfügen über eine starke Parteidisziplin, sie bauen ihre Politik

nicht auf der Meinung der parlamentarischen Abgeordneten oder einfacher Parteimitglieder auf, sondern auf den Ideen der Parteiführer und der Disziplin der Parteimitglieder (Schmitt 1931a: 83). Die Fraktions- und Parteidisziplin impliziert, dass die parlamentarischen Entscheidungen nicht mehr auf dem durch rationale Überzeugungskraft gestifteten Einheitswillen des ganzen Parlaments, sondern auf der durch die Fraktionsdisziplin erreichten Mehrheit der Parlamentarier fundieren. Wo also die Fraktionsdisziplin die rationale Diskussion und die Einheit des parlamentarischen Willens abgebaut hat, dort herrscht nicht mehr das Gemeinwohl, sondern regieren nur die Partikularinteressen der einfachen Mehrheit (Schmitt 1932b: 32f). Obwohl die Opposition in einem idealen Parlament die Möglichkeit haben sollte, die Mehrheit durch Argumente zu überzeugen und damit eine neue Mehrheit oder eben eine Einheit zu schaffen, kann sich dies in den Parlamenten des 20. Jahrhunderts nicht mehr ereignen, da die Mehrheit mit Hilfe der Parteidisziplin alle Möglichkeiten beschränkt, durch rationale Diskussion Meinungsumschwünge bei ihren Abgeordneten erfolgen zu lassen. Sie kann ihre Position und damit ihre Partikularinteressen durch Gesetze untermauern (Schmitt 1932b: 38).

Das schmittsche Grundproblem betrifft also die Parteien, die in einem Organ des Staates (Parlament) nur Partikularinteressen vertreten. Aus diesem Grund kann aber der vergesellschaftlichte Staat nicht als eine politische Einheit agieren. Anstatt der Idee eines Einheitsstaates konstituiert sich die Idee eines durch plurale Partikularinteressen zermürbten Staates. Die Pluralität der Partikularinteressen wird durch die Parteien garantiert. Die zentrale Diagnose der kleinen schmittschen Schrift *Staatsethik und pluralistischer Staat* belehrt uns darüber, dass das mittels des Parlaments erfolgende Eindringen der Partikularinteressen (Parteien) in den Staat einen Staat hervorbringt, der die politische Einheit des Volkes nicht mehr aufrechterhalten kann (Schmitt 1930: 137). Laut der Definition des pluralistischen Staates nach George Douglas Cole und Harold Laski ist die Staatsangehörigkeit nur einer der identitätsstiftenden Faktoren des Menschen. Das bedeutet, dass der Staat keinen unbedingten Vorrang vor den anderen – religiösen, wirtschaftlichen, kulturellen – Gemeinschaften des Menschen hat: Statt der Dominanz des Staates herrscht die Pluralität der Loyalitäten. Unter den Loyalitäten zu den verschiedenen Gemeinschaften gibt es jedoch keine Hierarchie: Es besteht kein höchster Souverän in der Gesellschaft, der im Konfliktfall dieser Loyalitäten eine Entscheidung treffen und damit die Einheit der politischen Gemeinschaft wiederherstel-

len könnte.<sup>60</sup> Anhand dieser Interpretation zeichnet sich die Parlamentarismuskonzeption Schmitts ab, die auf Begriffspaaren (Staat-Gesellschaft, Regierung-Parlament, Gemeinwohl-Partikularinteresse) basiert, die – trotz des Faktes, dass diese Gegensätze nicht mehr zur Beschreibung der Realität dienen konnten – nicht nur die deutsche Staatslehre des 19.–20. Jahrhunderts, sondern auch seine Staats- und Parlamentarismuskonzeption durchdrungen haben.<sup>61</sup>

#### 2.4.5. Der Ausweg aus der Krise der parlamentarischen Repräsentation

Der Parlamentarismus sei also nur ein temporärer Zustand, da auch das Parlament, das selbst wesentlich zur Abschwächung der Machtposition des Monarchen beigetragen hat, entkräftet wird (Schmitt 1928a: 218ff). Das Parlament hatte keinen Gegenpart mehr, vor dem es seinen Willen repräsentieren konnte. Aus diesem Grund war der diskussionsbezogene Repräsentationsbegriff ebenfalls temporär: Die Entwicklung führt von der alles absorbierenden monarchischen Repräsentation über die parlamentarische Repräsentation bis zur Repräsentation des politischen Führers, dessen Ausleseprozess das Prinzip der demokratischen Identität und der monarchischen Repräsentation gleichzeitig geltend macht (Schmitt 1926: 39).

Schmitt findet den Ausweg aus der Krise der parlamentarischen Repräsentation also eindeutig in der plebiszitären Identitätsrepräsentation des politischen Führers. Diese Auflösung des »Notzustandes« des Parlama-

60 Die politische Gemeinschaft erfordert die höchste und letzte Loyalität, damit der Zerfall der Gemeinschaft in gegnerische Gruppierungen verhindert werden kann. Allerdings hat die Politik keinen eigenen Wirkungsbereich wie die Wirtschaft, die Kultur oder eben die Religion. Die politische Gemeinschaft kann jedoch auch eben deswegen in allen Fragen über eine Kompetenz verfügen: Ein Konflikt innerhalb von anderen Lebensbereichen wird erst dann politisch, wenn der Konflikt einen bestimmten Grad der Intensität erreicht. Hätte die Politik eine eigene Sphäre, so wie die anderen Lebensbereiche auch, dann würde die politische Gemeinschaft tatsächlich bloß eine Art gesellschaftlicher Assoziation darstellen. Die politische Einheit ist aber nach Schmitt die Einheit höchster Intensität, aufgrund derer die existenzielle Unterscheidung, die Unterscheidung höchster Intensität, vorgenommen werden kann (Schmitt 1930: 141).

61 Schmitt weist nur kurz darauf hin, was die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft genau bedeutet, welche intellektuelle Provenienz diese Gegenüberstellung besitzt, deswegen soll hier die deutsche Tradition dieser Gegenüberstellung dargelegt werden. Es wird gezeigt, dass diese Gegenüberstellung ein spezifisch deutscher Denkansatz ist, der seinen Ursprung Anfang des 19. Jahrhunderts hat (Leydet 1998: 111f).

rismus war bei ihm allerdings nicht von Anfang an eindeutig: In der Katholizismusschrift greift er noch eher nostalgisch auf den mittelalterlich-katholischen Repräsentationsbegriff zurück. Er zeigt den politischen Akteuren und damit auch dem Parlament seiner Zeit die katholische Kirche als Muster des richtigen Repräsentationsvorgangs auf. Die echte politische Repräsentation sollte die Repräsentationsfähigkeit der katholischen Kirche berücksichtigen.<sup>62</sup> Dies ändert sich dann in der zweiten Auflage der Parlamentarismusschrift: Hier rechnet Schmitt nicht mehr mit der Eventualität der Wiederherstellung der politischen Repräsentationsfähigkeit des Parlaments. In dieser Schrift meint er das Fortschreiten der Geschichte zu einer weiteren Repräsentationsmodalität festzustellen: Das Parlament könne nicht mehr in seinem eigentlichen Sinne repräsentieren, wohl aber die plebiszitäre Demokratie mit ihrer Akklamationstechnik und mit ihrer politischen Mythologie (McCormick 1997: 175, 195; Schmitt 1926: 22; Schmitt 1927: 32ff). Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, die Lösungsvarianten der Krise der parlamentarischen Repräsentation bei Schmitt detailliert darzulegen, doch soll darauf hingewiesen werden, dass sich die auf der Technik der Akklamation basierende schmittsche Konzeption der Führerdemokratie aus zwei Quellen nährt: einerseits aus dem katholischen Begriff der Akklamation »Amen« (in dem sich ein formloser und prozedurfreier Akt in eine von Recht erzeugte und sichtbare Ordnung und Form einfügt), andererseits aber aus dem plebiszitären Demokratiebegriff Max Webers (Hofmann 1964: 158).<sup>63</sup>

Schmitt zeigt den Ausweg, der letzten Endes zu dem vom Volk direkt durch einen Akklamationsakt gewählten Reichspräsidenten führt, nicht nur in seiner Schrift über *Volksbegehren und Volksentscheid*: Auch in der *Verfassungslehre* nimmt er auf Naumann, Weber und Preuß Bezug, die im Übrigen die wichtigste Rolle des Parlaments in der Führerauslese sehen. Schmitt hält dagegen daran fest, dass nicht allein die Funktion der Führerauslese die geistig-theoretische Grundlage des Parlaments sein kann;

62 Die Analogie zwischen dem modernen Begriff der politischen Repräsentation und dem katholischen Repräsentationsbegriff ist keineswegs absurd. Die modernen Parlamentarismustheorien nehmen explizit auf den katholischen Repräsentationsbegriff als einen Vorläufer des modernen, profanierten Begriffes Bezug (Rischer 1999: 30).

63 Es muss allerdings betont werden, dass der Begriff *acclamatio* in den Frühschriften eine konkret abgewickelte Volksabstimmung bedeutete. Erst später wird *acclamatio* als eine Projektion der Identifizierung des Willens des Volkes mit dem des Führers ohne einen konkreten Abstimmungsakt verstanden. Über die *acclamatio* im ersten Sinne siehe Peterson (Peterson 1926), über die *acclamatio* im zweiten Sinne siehe Ulmen (Ulmen 1991: 20).



zudem sei das Prinzip der Führerauslese nicht mehr auf die Beziehung zwischen Parlament und Ministerpräsident, sondern auf die direkte Beziehung zwischen dem Volk und seinem Führer zu beziehen. Demgemäß kann der durch einen Akklamationsakt direkt vom Volk gewählte Reichspräsident die Einheit des Volkes – eben vor und gegenüber dem Parlament – besser repräsentieren als das Parlament selbst. Das Repräsentationsvermögen des Reichspräsidenten ist von eindrucksvollerer und effektiverer Natur als jenes des Parlaments: Die parlamentarische Repräsentation wird daher von der Repräsentation des Präsidenten stark zurückgedrängt. Der direkt gewählte Reichspräsident verdrängt als imposanter und leistungsfähiger Repräsentant des Volkes, der viel überzeugender und glaubwürdiger repräsentiert als das in sich zerrissene Parlament, das Parlament völlig aus dem Bereich der politischen Repräsentation.<sup>64</sup>

#### 2.4.6. Die Parlamentarismuskritik Schmitts und die Politikwissenschaft von heute

Es bleibt die Frage zu klären, wie die heutige Politikwissenschaft und die Öffentlichkeit auf die Parlamentarismuskritik Schmitts reagierten.<sup>65</sup> Vor allem ist zu betonen, dass sich die Funktionen der Parlamente aus der Sicht der zeitgenössischen deutschen Politikwissenschaft stark verändert haben.<sup>66</sup> Die mannigfaltigen Funktionskataloge der Parlamente zeigen die einleuchtende Veränderung zwischen der deutschen Staatsrechtslehre der Zwischenkriegszeit und der zeitgenössischen Politikwissenschaft treffend auf.<sup>67</sup> Die gegenwärtige Politikwissenschaft misst den Parlamenten vier

64 Hier merkt Schmitt allerdings an, dass die parlamentarische Repräsentation gegenüber der unmittelbaren Demokratie (Volksabstimmungen) den Vorteil hat, dass das Parlament eine diskussionsfähige Institution ist, die das Gemeinwohl eben durch diese Diskussion ermitteln kann, die unmittelbare Demokratie dagegen die Eigeninteressen und die Gefühle als Triebfeder benutzt und bloß eine Meinungsäußerung in Form von Ja oder Nein ermöglicht (Schmitt 1928a: 314ff).

65 Das Prinzip des Parlamentarismus zu bestimmen ist keineswegs eine archaische Bestrebung, die im 19. Jahrhundert vielleicht noch weitläufig verbreitet war, Ende des 20. Jahrhunderts jedoch bereits anachronistisch wäre. Das beweist zum Beispiel Patzelt, indem er die »Leitidee« des Parlaments ermitteln will (Patzelt 2003: 16f, 44).

66 Schuett-Wetschky gibt allerdings eine gute Übersicht über die Vorstellungen in der heutigen Politikwissenschaft, die weiterhin im Sinne Schmitts mit einem idealistischen Parlamentarismusbegriff arbeiten (Schuett-Wetschky 2005: 499ff).

67 Die weniger ausführlichen politikwissenschaftlichen Arbeiten führten meistens zwei moderne Funktionen des Parlaments an. Das Redeparlament hat die Aufga-

wichtige Funktionen bei: a) Artikulations- oder Repräsentativfunktion, b) Legislativfunktion, c) Kontrollfunktion und d) Führerauswahl- oder Kreationfunktion (Marschall 2005: 138). Nach dem Konsens der aktuellen Fachliteratur ist die primäre Funktion des Parlaments nicht mehr die politische Wahrheitsfindung durch Diskussion, sondern eben die Kreationfunktion, die Funktion der Wahl und gegebenenfalls des Umsturzes der Regierung.<sup>68</sup>

Die schmittsche Definition des Parlaments als *government by discussion* stimmt mit zwei modernen Definitionen überein: Einerseits artikulieren oder repräsentieren die Abgeordneten die verschiedenen Gemeinwohlkonzeptionen in der parlamentarischen Diskussion (*Artikulations- oder Repräsentativfunktion*), andererseits fassen sie einen Beschluss in Form eines Gesetzes, das die diskutierte und ausgehandelte Konzeption des Gemeinwohls kodifiziert (*Legislativfunktion*). Der Staat wird dann nach dem Abschluss der rationalen Diskussion zum Gemeinwohl durch dieses Gesetz regiert (*government by discussion*) (Marschall 2005: 178; Patzelt 2003: 22f). Obwohl sich die Kreationfunktion mit der Wahl und dem Umsturz der Kabinette bereits bei Walter Bagehot als die wichtigste Funktion des Parlaments erwiesen hat, reicht sie nach Schmitt nicht zur geistigen Grundlage des Parlaments aus. Schmitt lässt Bagehot als einen der wichtigsten englischen Theoretiker des Parlamentarismus vielleicht eben aufgrund dieses Meinungsunterschieds außer Acht, ja, er erwähnt ihn in seinen Schriften nicht einmal (Marschall 2005: 136; Riescher 1999: 55).

Die meisten zeitgenössischen Politikwissenschaftler sind dagegen davon überzeugt, dass diese Kreationfunktion das Wesen des parlamentarischen Systems verkörpert: Fehlen dem Parlament das Recht und die Macht, die Regierung zu wählen oder abzusetzen, dann ist dieses politische System kein parlamentarisches. Ist die Regierung dem Parlament nicht verantwortlich, dann lässt sich das politische System nicht als parlamentarisches System definieren. Wie Werner Patzelt formuliert:

be, den parlamentarischen Diskussionen über mögliche Gemeinwohlkonzeptionen als Schauplatz zu dienen. Die wichtigste Funktion der Arbeitsparlamente ist dagegen die Gesetzgebung. Schmitt weist zugleich aber darauf hin, dass die beiden Funktionen einander nicht ausschließen, sondern eher ergänzen. Das Parlament soll nämlich nach einer rationalen Diskussion das Gemeinwohl als ein Gesetz kodifizieren, d. h., das Konzept realisieren. Genau das ist aber der Funktionsmechanismus des Prinzips des *government by discussion* (Marschall 2005: 188; Steffani 1988: 260ff).

68 Die Kontrollfunktion der Parlamente ist kein Spezifikum des parlamentarischen Systems, denn die Parlamente der monarchischen Systeme erfüllten diese Kontrollfunktion ebenfalls.

»Die Präsenz oder Absenz dieser Aufgabe ist darum der zentrale Prägefaktor der gesamten Funktionslogik eines gegebenen Parlaments (...) In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit wird dabei gerückt, ob die Erfüllung einer Regierungsbildungsfunktion die gesamte Funktionslogik eines gegebenen Parlaments prägt und dergestalt das gesamte Regierungssystem zu einem *parlamentarischen* macht.«<sup>69</sup>

Die als Spezifikum des parlamentarischen Systems bestimmte Kreationsfunktion setzt aber gerade die politischen Institutionen voraus, die nach Schmitt dem Parlamentarismus widersprechen: Die Verantwortlichkeit der Wahl, die Unterstützung der Regierung und die Möglichkeit der Absetzung einer Regierung reduzieren die rationale Diskussion auf ein Minimum *und* implizieren zugleich die Partei- und Fraktionsdisziplin (Patzelt 1998: 730). Nach der modernen Literatur ist die Fraktionsdisziplin zur Stabilität der Regierung unentbehrlich. Insofern widersprechen die meisten Politikwissenschaftler Schmitt: die Frage der Parteidisziplin sei bei weitem nicht so negativ behaftet, vielmehr gehöre sie eher zu den wesentlichen und konstitutiven Elementen des parlamentarischen Systems.

Mit der vierten Funktion des Parlaments (Kontrollfunktion) beschäftigt sich Schmitt dagegen fast gar nicht, obwohl John Stuart Mill, den Schmitt explizit als einen der Urväter des wahren Prinzips des Parlamentarismus bezeichnet, gerade die besondere Bedeutung der Kontrollfunktion und der Artikulations- oder Repräsentativfunktion der Parlamente betont (Marschall 2005: 134; Riescher 1999: 52ff). Anzumerken ist allerdings, dass sich die Beurteilung der Kontrollfunktion der Parlamente in der Fachliteratur ebenfalls stark verändert hat: Im Zeitalter jener Regierungen, die dem Parlament noch nicht verantwortlich waren, wurde die Kontrollfunktion der Einheit des Parlaments zugeschrieben. Im 19. Jahrhundert veränderte sich diese Situation dann damit, dass die Regierungen den Parlamenten verantwortlich wurden, was nach sich zog, dass nicht mehr das Ganze des Parlaments die Regierung kontrollierte, sondern nur die Opposition. Nach der Theorie des Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts wird die Aufgabe der Regierungskontrolle vor allem von der parlamentarischen

69 Hier müssen wieder einmal die unterschiedlichen Ansichtsweisen betont werden: Während Schmitt das Prinzip des Parlamentarismus untersucht, erforschen die modernen Gelehrten die richtige Umsetzungsmethode des Parlamentarismus. Dieser Unterschied ergibt sich daraus, dass Schmitt die Verschiebung der Konflikte vom Spannungsfeld zwischen Parlament und (monarchischer) Regierung auf das Spannungsfeld zwischen parlamentarischer Regierungsmehrheit und parlamentarischer Opposition nicht wahrgenommen hat (Patzelt 2003: 43; Patzelt 2003: 25).

Opposition erfüllt. Heutzutage beurteilen Politikwissenschaftler dies jedoch anders: Ihrer Ansicht nach ist weder das ganze Parlament noch die Opposition imstande, die Regierungsakte zu kontrollieren, sondern eher die Regierungsmehrheit. Die Kontrolle, die Einflussnahme auf die Richtung des Regierens hängt nach dem neuesten Standpunkt der Fachliteratur von der Fraktions- und Parteidisziplin der parlamentarischen Mehrheit sowie von den Vorgesprächen zwischen Regierung und Mehrheitsfraktion ab (Zeh 2005: 482). Nach der jüngsten Literatur impliziert der Begriff der Kontrolle nicht nur die kritische Inspektion, sondern auch die positive Einflussnahme der Mehrheitsfraktion auf die Strategie oder die Pläne sowie auf die Entscheidungen der Regierung (Patzelt 2003: 29).

Die Opposition ist in den parlamentarischen Systemen des 20. Jahrhunderts nicht mehr oder nur ganz begrenzt in der Lage, die falschen Entscheidungen der Regierung indirekt zu sanktionieren. Die Parlamentsmehrheit kontrolliert nämlich die Vorlagen der Regierung, sie hat die effektive Potenz, etwas an ihnen zu ändern, sie kann auf die Entscheidungen erfolgreich einwirken. Im Gegensatz zu den oppositionellen Bemühungen der Einflussnahme ereignet sich diese positive Gestaltung der Regierungspolitik allerdings meist nicht vor der Öffentlichkeit: Die Mehrheitsfraktion wirkt noch in der Vorbereitungsphase auf die Entscheidungen ein. Vor der parlamentarischen Öffentlichkeit werden nur Vorschläge präsentiert, die die Unterstützung der Mehrheitsfraktion dank der Koordinierungen in der Vorbereitungsphase bereits erhalten haben. Diese Kontrolle der parlamentarischen Mehrheitsfraktion erfolgt zwar nicht in der Öffentlichkeit, ist aber dafür sehr viel effektiver als die öffentliche Kontrolle der Opposition (Patzelt 2003: 30).

Dieses Kriterium der Effizienz erfordert sogar einen Ausschluss der Öffentlichkeit: Würde die Mehrheitsfraktion oder ein Teil der Mehrheitsfraktion der Regierung öffentlich widersprechen und Einfluss ausüben, dann wäre zugleich die Stabilität der Regierung in Frage gestellt. Die Kehrseite bei der Koordinierung der Ansprüche der Mehrheitsfraktion hinter den Kulissen ist die Fraktionsdisziplin: Ist einmal ein Kompromiss zwischen der Regierung und der Mehrheitsfraktion ausgehandelt, dann wird er öffentlich einmütig vertreten (Marschall 2005: 168; Patzelt 2003: 35). Aus diesem Einflusspotenzial der parlamentarischen Mehrheit folgt, dass bereits sie die Position der einflussreichen Regierungskontrolleure einnimmt und nicht mehr die Opposition.<sup>70</sup> Diesem Fakt Rechnung

70 Die öffentliche Kontrollfunktion wird von der Opposition freilich weiterhin ausgeübt. Benutzt die Opposition die Öffentlichkeit richtig, ist ihre Kritik in der

tragend bemerken die meisten Theoretiker, dass die Abgeordneten in den Parlamenten über die Vorlagen weder substanzielle Diskussionen führen noch sachliche Entscheidungen treffen. In den Parlamenten wird nicht mehr diskutiert: Die Vorlagen werden einfach mit ihrer Begründung bekannt gegeben und angekündigt. In den Parlamenten werden keine Entscheidungen getroffen: Die Entscheidungen, die bereits vorher getroffen wurden, werden durch die disziplinierte Mehrheitsfraktion beschlossen und registriert (Schuett-Wetschky 2005: 499ff).<sup>71</sup>

Allerdings muss auch festgestellt werden, dass die Öffentlichkeit von der schmittschen Art der Parlamentarismuskritik ganz tief durchdrungen war und es auch noch heute ist. Es ist kein Zufall, dass zwei schmittsche Grundthesen zur wahren Funktion (mit den Worten Schmitts: zur geistigen Grundlage) des Parlaments die öffentliche Meinung selbst heutzutage prägen. Der größte Teil der Öffentlichkeit ist noch immer von zwei Umständen überzeugt: Einerseits geht man davon aus, dass das Parlament der Schauplatz der *rationalen Diskussion* der unbefangenen und weisen Abgeordneten und zugleich der Schauplatz der *politischen Wahrheitsfindung* ist, andererseits ist die deutsche Öffentlichkeit ebenso stark von einer Aversion gegenüber den Parteien und der Parteidisziplin bestimmt wie vom Idealbild eines unbefangenen und weisen Parlaments, das es nie gegeben hat. Weiter oben wurde bereits festgestellt, dass die Politikwissenschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts die wichtigste Rolle des Parlaments nicht in der Artikulations- oder in der Gesetzgebungsfunktion, sondern in der Kurationsfunktion und der *positiven* Kontrollfunktion der Parlamentsmehrheit sieht. Letztere implizieren aber die Institution der Fraktionsdisziplin, wie oben schon angemerkt wurde.

Wie lassen sich diese Diagnosen durch empirische Daten beweisen? Nach einer Meinungsumfrage vom Ende der 1990er Jahre wussten 84 %

Öffentlichkeit effektiv genug, dann kann sie die Politik jedoch ausschlaggebend beeinflussen.

- 71 Es muss jedoch angemerkt werden, dass diese Legitimation durch die bloße Ankündigung/Registrierung nicht von geringerer Bedeutung ist, obwohl die Kritiker darin eine Degradierung oder Entwertung des Ansehens und der praktischen Rolle des Parlaments im Legitimierungsverfahren einer politischen Entscheidung sehen. Ohne diese Ankündigung/Registrierung hätten die politischen Entscheidungen sicherlich keine Legitimation. Es ist eine andere Frage, dass der Akt der Registrierung und der Ankündigung auch getrennt behandelt werden könnte. Während die Registrierung einen tatsächlichen Beitrag vonseiten des Parlaments erfordert, kann eine einfache Ankündigung bestimmter Entscheidungen, die nicht im Parlament getroffen werden, das Institut des Parlaments selbst entbehren (Oberreuter 2005: 510).

der Deutschen darüber Bescheid, dass der Bundestag eine gesetzgebende Funktion besitzt. 74% der Deutschen kannten die Kanzlerwahlfunktion, 66% die Kontrollfunktion und 60% die Artikulationsfunktion des Bundestags. Die mangelnde Kenntnis der Wähler lässt sich vielleicht am besten an dem Anteil derjenigen erkennen, die nicht nur die Kanzlerwahlfunktion, sondern auch die Aufgabe des Parlaments kannte, die Regierungsstabilität durch disziplinierte Unterstützung des Kanzlers und der Regierung zu sichern (30%).<sup>72</sup> Die Zahlen belegen also, dass die Öffentlichkeit über die Gesetzgebungsfunktion und Kanzlerwahlfunktion – die nicht mit der Kreationfunktion übereinstimmt – ziemlich gut informiert war. Über die zwei weiteren Funktionen sowie über die stabilitätsgarantierende Funktion war die Öffentlichkeit nicht mehr so gut im Bilde. Noch schlimmer ist die Situation, wenn man die Erwartungen der Stimmberechtigten mit dem realen Gewicht dieser Funktionen vergleicht. Wurden sie nämlich zur Bedeutsamkeit der einzelnen Funktionen befragt, so ergab sich folgendes Resultat: 65% derer, die die *Kontrollfunktion* kannten, meinten, diese Funktion des Parlaments sei die wichtigste. Die *Artikulationsfunktion* kreuzten 61 % der Wähler, die sich über diese Funktion überhaupt im Klaren waren, als die wichtigste Funktion an. In der subjektiven Beurteilung des Importanzfaktors der Funktionen folgte dann die *Gesetzgebungs-* und *Gesetzvorbereitungsfunktion* (51 beziehungsweise 41%), als die belangloseste und unbedeutendste Funktion wurde die Kanzlerwahlfunktion (kaum 39%) bewertet. Aufgrund der Meinungsumfrage ist auch festzustellen, dass die stabilitätsgarantierende Funktion des Parlaments nur etwa 30 % der Wähler bekannt war und etwa 42% dieser 30% meinten, die Garantie der Regierungsstabilität sei eine wichtige Aufgabe der Parlamente (Patzelt 1998: 733).

Im modernen Parlament ist eine Regierungsstabilität selbstverständlich nur durch Fraktionsdisziplin erreichbar. Gerade aus diesem Grund erkundigte man sich auch danach, was die Wählerschaft über die Institution der Fraktionsdisziplin und des freien Mandats denkt. Das Resultat stimmt mit den theoretischen Untersuchungen der vorliegenden Arbeit überein: Die Öffentlichkeit geht noch immer von einem Idealparlament aus, das nur in Werken von Theoretikern wie Schmitt, niemals aber real existierte. Laut Meinungsumfrage waren 54% der Deutschen mit der Institution der Frak-

72 In der Meinungsumfrage wurden drei Fragen gestellt: 1. Welche Funktionen des Parlaments sind den Wahlbürgern bekannt? (offene Fragen); 2. Welche Funktionen sind die wichtigsten Funktionen eines Parlaments? (Mehrfachwahl); 3. Welche Funktionen werden vom aktuellen Bundestag tatsächlich wahrgenommen, welche Aufgaben? (Mehrfachwahl) (Patzelt 1998: 733)

tionsdisziplin besonders unzufrieden, 30% unentschieden, und nur 29% waren der Meinung, dass die Verfahren der Diskussionen und der Abstimmungen, die stark von der Fraktionsdisziplin beeinflusst sind, ihren Erwartungen entsprechen. Die Mehrheit (54%) würde die Mandatsfreiheit der Abgeordneten in größerem Maße gelten lassen (Patzelt 1998: 744f).

Das Fazit der Meinungsumfrage entspricht also den vorläufigen Ergebnissen: Entweder kennt die große Mehrheit der deutschen Stimmberechtigten die Kreationfunktion (Kanzlerwahl *und* Sicherung der Regierungstabilität durch Fraktionsdisziplin) gar nicht, oder sie schreibt dieser Funktion keine besondere Tragweite zu (Patzelt 1998: 734). Die Kontrollfunktion kennen zwar viele, halten sie auch für einen wichtigen Faktor des Parlaments, allerdings nicht in der positiven Form wie sie in der Politikwissenschaft einhellig dargestellt wird: Die Öffentlichkeit glaubt, die Kontrollfunktion würde durch das Ganze des Parlaments oder eben durch die Opposition wahrgenommen. Der realitätsnahe Konsens der Politikwissenschaft überträgt diese Aufgabe (Funktion) der Mehrheitsfraktion, die damit die Kontrolle nicht durch Kritik, sondern durch Einflussnahme und Mitregieren wahrnimmt.<sup>73</sup> Die Nichtbeachtung der von den Politikwissenschaftlern hochgeschätzten Funktion durch die breite Öffentlichkeit ist jedoch ein gravierendes Problem, das zu einer Diskrepanz zwischen den Präsumtionen der Stimmberechtigten hinsichtlich der Aufgaben des Parlaments und der Realität des modernen Parlamentarismus führt. Die zwei weiteren Funktionen, die bei Schmitt als die geistige Grundlage des Parlamentarismus (Gesetzgebung nach Diskussion oder *government by discussion*) definiert wurden, betrachten auch die Stimmberechtigten als die wesentlichen Elemente des Parlaments: Gemäß den Erwartungen der Mehrheit der Öffentlichkeit ist die Artikulationsfunktion (rationale Diskussion) der nahezu wichtigste Faktor in der Existenz des Parlaments.

Die Popularität und die Wurzel der heutigen Parlamentarismuskritik birgt sich also in dem Befund, dass die öffentliche Meinung dem Parlament eine andere wesentliche Funktion beimisst, als gemäß der Analyse der Politikwissenschaft aus der Logik des heutigen parlamentarischen

73 Patzelt (1998: 751) nimmt auf Oberreuter (1985) Bezug, der die spezifisch deutschen Züge dieses Phänomens hervorhebt. Die Gegenüberstellung von Regierung und Parlament war tatsächlich ein Grundphänomen der konstitutionellen Monarchie bis 1918. Das hatte die Konsequenz, dass diese Gegenüberstellung und nicht die von Regierungspartei und Opposition, die für die parlamentarischen Systeme sonst charakteristisch war, die deutsche Politik geprägt hatte. Die Reminiszenzen dieser spezifisch deutschen Ansichtswiese sind sogar in der politikwissenschaftlichen Literatur der 80er Jahre noch zu registrieren.

Systems folgt.<sup>74</sup> Die öffentliche Meinung nimmt nur jene Funktionen zur Kenntnis, die in der Realität des Parlamentarismus eher marginal sind (Artikulations- und Legislativfunktion), und lässt jene außer Acht, die in der Praxis das Wesen des Parlamentarismus ausmachen (Kreations- und Kontrollfunktion) (Patzelt 2005: 517; Patzelt 1998: 728f). Aus diesem Grund insistieren verschiedene Politikwissenschaftler darauf, die Parlaments- und Parteiverdrossenheit nicht durch den Umbau des politischen Systems (die Abschaffung der Parteidisziplin) oder durch die Veränderung der Mentalität und die Sicherung des wirklich freien Mandats der Abgeordneten zu bekämpfen. Es sei sinnlos, den Betriebsmechanismus nach dem idealisierten, mit den Präsumtionen der öffentlichen Meinung übereinstimmenden Muster zu richten. Die Lösung sei vielmehr in der Aufklärung der öffentlichen Meinung über die realen Funktionen und den realen Betriebsmechanismus des Parlamentarismus durch adäquate Lehrmaterialien an den Gymnasien und durch eine entsprechende Medienberichterstattung zu suchen. Damit sei es möglich, die Erwartungen zu dämpfen und die Aufmerksamkeit dann auf die zwei anderen substanziellen Funktionen zu lenken (Patzelt 1998: 754ff).

Welche Schlüsse können letzten Ende aus den Grundaxiomen der schmittschen Parlamentarismuskritik gezogen werden? Die Antipathie gegenüber dem Parlamentarismus nährt sich aus Argumenten, die bei Schmitt als prinzipielle Einwände galten: Das Unterbleiben der rationalen Diskussion und die alles durchdringende Dominanz der Fraktionsdisziplin werden von der deutschen Öffentlichkeit am meisten getadelt. Die Politikwissenschaftler beharren dagegen darauf, dass die – auf einer rationalen Diskussion basierenden – Entscheidungen sowohl in der Praxis als auch in der Theorie des Parlamentarismus eine eher marginale Rolle spielen, die Kreationsfunktion aber, die mit Hilfe der Fraktionsdisziplin umgesetzt wird, zur wesentlichen Prämisse des Parlamentarismus geworden ist. Der Horizont der heutigen öffentlichen Meinung erstreckt sich also nicht weiter als jener der Staatsrechtslehre in der Zwischenkriegszeit, der auch Schmitt angehörte. Schmitt hat wesentlich zur Bestimmung der Position des Parlaments innerhalb des politischen Systems des Parlamentarismus beigetragen, und die öffentliche Meinung ist noch immer von diesem schmittschen Trugbild des idealen, niemals existenten Parlamentarismus fasziniert. Es müsste also die Aufgabe der Politikwissenschaft des 21. Jahrhunderts sein, der breiten Öffentlichkeit die realen Funktionen der

74 Bestimmte Theoretiker weisen sogar auf einen latenten Verfassungskonflikt hin, der die Konsequenz dieser Diskrepanz ist (Patzelt 1998: 728ff).



Parlamente in den politischen Systemen des neuen Jahrtausends sorgfältig und ausführlich zu erläutern.

### 3. Das Formprinzip der Identität

#### *3.1. Der Staat und das homogene Volk: Die Auflösung des zweiten Zirkelschlusses*

In den vorangegangenen Kapiteln wurde gezeigt, wie sich der Repräsentationsprozess und der Repräsentationsbegriff von einer monarchisch-existenziellen Repräsentation in die parlamentarisch-legitimatorische Repräsentation verwandelt haben und wie dieser historische Veränderungsprozess letzten Endes in das politische Formprinzip der Identität umgeschlagen ist. Da das Formprinzip der Identität mit der demokratischen Staatsform gleichzusetzen ist, könnte hier einfach festgestellt werden, dass die schmittsche Verwendung bestimmter Begriffe und seine anscheinend eigenartige Geschichtsinterpretation keine besonderen Merkmale aufweisen: Die beiden von Schmitt beschriebenen Veränderungen entsprechen nämlich dem historischen Transformationsprozess der europäischen Staaten von der absoluten Monarchie über eine Übergangsphase der konstitutionellen Monarchie und des liberalen Parlamentarismus in die plebiszitäre Führerdemokratie. Diese analytische Betrachtungsweise Schmitts, die die unerfreulichen Vorgänge im Stil Max Webers resigniert zur Kenntnis nimmt, ist zwar für seine Argumentation charakteristisch, hat aber zugleich weitere Komponenten, die seine Beweisführung viel komplizierter und spitzfindiger machen. Aus diesem Grund sollte der Endpunkt dieser historischen Entwicklung, d. h. das Formprinzip der Identität, näher untersucht werden.

##### 3.1.1. Das Volk als Vorbedingung des Staates

Könnte das Formprinzip der Identität in seiner Ausschließlichkeit, ohne eine Vermischung mit anderen politischen Formen (Repräsentation) realisiert werden, dann müsste das Volk alle politischen Angelegenheiten indirekt, ohne jedwede Vermittlung durch Repräsentanten erledigen: Die Regierten wären zugleich die Regierenden.<sup>75</sup> Das wäre eigentlich die perfekte Demokratie, eine Staatsform also, die dem Formprinzip der Identität

<sup>75</sup> So etwas kann aber selbst nach Schmitt niemals erfolgen (Schmitt 1928a: 234).

entspricht und die die verfassungsgebende Gewalt (*pouvoir constituant*) dem Volk beimisst (Schmitt 1928a: 223). Der Begriff der Demokratie basiert aber auf Begriffen, die Schmitt als Synonyme verwendet, obwohl sie keine sind. Daher sollten zunächst die Bedeutungsfelder der Begriffe »Einheit«, »Homogenität«, »Gleichheit« und »Identität« abgeklärt werden.

#### 3.1.1.1. Die substanzielle Homogenität und die Grundlage der Demokratie

Schmitt geht davon aus, dass die Demokratie nichts anderes als die Realisierung des Prinzips der Gleichheit ist. Er setzt ferner voraus, dass das Prinzip der Gleichheit dem Prinzip der Freiheit widerspricht. Diese beiden Prinzipien werden zwar oft verwechselt, sogar miteinander verknüpft, sind aber in der Tat unversöhnlich.<sup>76</sup> Viele Theoretiker meinen, Gleichheit und Freiheit könnten zugleich als das Fundament der Demokratie dienen, doch Schmitt leugnet die Möglichkeit der Verbindung dieser beiden Prinzipien: Die Demokratie basiert seiner Ansicht nach ausschließlich auf dem Prinzip der Gleichheit (Schmitt 1928a: 224f). Die Gleichheit bedeutet aber eine Gleichheit der Staatsbürger aus einer ganz bestimmten Perspektive und nicht eine Gleichheit in beliebigem Sinne (z. B. im Sinne der formalen Menschenrechte oder im prozeduralen Sinne) oder eine Gleichheit in jeglicher Hinsicht, denn die Gleichheit der Demokratie ist eine *substanzielle* Gleichheit.<sup>77</sup>

Der erste Charakterzug dieser substanziellen Gleichheit ist nach Schmitt eine Struktur, in der der Bezugspunkt der einen Partei die Position der anderen Partei ist. Die beteiligten Spezies sind in diesem Sinne dem gleichen Genus unterstellt.

Der zweite Charakterzug dieser korrelativen substanziellen Gleichheit der Staatsbürger besteht darin, dass der Begriff dieser substanziellen Gleichheit seinen polemischen Gegenbegriff, den Begriff der Differenz

76 Schmitt bestreitet, dass die liberale politische Tradition nach Rousseau zugleich einen demokratischen Charakter hätte. Die Liberalen des 19. Jahrhunderts hätten die Spannung zwischen dem liberalen Prinzip der Freiheit und dem demokratischen Prinzip der Gleichheit zwar wahrgenommen, jedoch trotz allem nach der Harmonisierung der beiden Prinzipien gestrebt. Schmitt ist aber entschlossen der Meinung, dass die beiden Prinzipien nicht in Einklang gebracht werden können, vielmehr gegenüber zu stellen sind (Schmitt 1928a: 224; Schmitt 1926: 32).

77 »Die spezifische Staatsform der Demokratie kann nur auf einen spezifischen und substanziellen Begriff der Gleichheit begründet werden.« (Schmitt 1928a: 226)

und der Differenzierung, impliziert. Nach Schmitt gibt es keine Gleichheit ohne Differenz. Diese notwendige Korrelation zwischen den beiden Begriffen ist der Grund dafür, dass Schmitt die Possibilität einer Gleichheit der ganzen Menschheit leugnet und bloß die Gleichheit einer bestimmten politischen Einheit in Betracht zieht. Die Menschheit enthält nämlich das Moment der Differenz: Sie besteht aus der Pluralität verschiedener politischer Einheiten. Sie kann nicht in substantiellem Sinne gleich sein, da sie in verschiedene Einheiten gegliedert ist. Gleichheit kann deswegen nur innerhalb der einzelnen politischen Einheiten befürwortet werden. Eine Gleichheit der politischen Einheiten bzw. aller Menschen ist unvorstellbar. Sollten alle Individuen der Menschheit gleich behandelt werden, würde das das Ende der Politik und des Politischen bedeuten: Die Gleichbehandlung aller Menschen kann sich nur im Lebensbereich des Anti-Politischen behaupten (Wirtschaftsleben, Rechtsschutz). Zum Politischen gehört beides gleichzeitig: die Gleichheit und die Differenz.<sup>78</sup>

Der dritte Charakterzug zeichnet sich in dem Moment der substantiellen Gleichheit ab, das sich als die Voraussetzung aller anderen Gleichheiten definieren lässt: Sie ist der Urgrund des gleichen Wahlrechtes, der allgemeinen (gleichen) Wehrpflicht und der Chancengleichheit oder Gleichbehandlung bei der Auswahl der Beamten. Daraus folgt aber auch, dass das allgemeine Wahlrecht nicht mit der demokratisch-substantiellen Gleichheit identisch ist, sondern der substantiellen Gleichheit subsumiert wird, ein Unterbegriff der substantiellen Gleichheit ist. Es ist die logische Konsequenz des Begriffes der substantiellen Gleichheit. Die prozedurale Gleichheit (des Wahlrechts) und alle anderen Begriffen der Gleichheit (Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsgleichheit, Chancengleichheit usw.) können also aus dem Begriff der substantiellen Gleichheit abgeleitet werden (Schmitt 1928a: 227f).

In welcher Hinsicht sind aber die Individuen der politischen Einheit der Demokratie gleich? Welcher Faktor prägt diese Gleichheit? Der vierte, vielleicht wichtigste Charakterzug, der zugleich als Fundament der substantiellen Gleichheit betrachtet werden kann, ist nach Schmitt das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit. Schmitt räumt zwar ein, dass die substantielle Gleichheit historisch immer eine etwas andere Bedeutung hatte: In der Antike bedeutete sie die physische und moralische Gleichartigkeit und Homogenität der Staatsbürger, später verstand man darunter die Gleichartigkeit der Gemeinwohlkonzeptionen und der Tugendkonzeptionen.

78 »Soweit der Fremde gleich behandelt wird, betrifft das nicht politische Angelegenheiten, sondern es handelt sich um Konsequenzen allgemeiner liberaler Freiheitsrechte auf politischem Gebiet.« (Schmitt 1928a: 227)

tionen des Staatsbürger, in der von Schmitt als klassisch apostrophierten Tradition sogar die materielle Gleichheit. Sie konnte gegebenenfalls auch die Gleichartigkeit der religiösen Überzeugungen bedeuten oder eben die Gleichartigkeit der Gesellschaftsklassen (Schmitt 1928a: 229ff). Schmitt sieht die Bedeutung der substanziellen Gleichheit seines Zeitalters jedoch in der Identifikation mit dem Begriff der Nation. Obwohl er sich meistens mit Problemen auseinander setzt, deren Protagonist die Nation ist, beschreibt er nur an ganz wenigen Stellen, was er unter dem Begriff der »Nation« eigentlich versteht. Eine dieser wenigen Textstellen findet sich in der *Verfassungslehre*, in der Schmitt den Begriff der Nation überraschend modern interpretiert.

Nach der schmittschen Deutung ist also die nationale Homogenität der wesentliche Charakterzug der substanziellen Homogenität. Die nationale Homogenität wird durch die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte, durch die gemeinsamen Traditionen und gemeinsamen Ziele, das gleiche Konzept des Gemeinwohls, die gemeinsamen Hoffnungen gesichert: »Zur Einheit der Nation und zum Bewußtsein dieser Einheit können verschiedene Elemente beitragen: gemeinsame Sprache, gemeinsame geschichtliche Schicksale, Traditionen und Erinnerungen, gemeinsame politische Ziele und Hoffnungen.« (Schmitt 1928a: 231) Nach dieser Erläuterung ist der Nationsbegriff also zweideutig: er ist zugleich vergangenheits- und zukunftsorientiert. Er bezieht sich einerseits auf die gemeinsame Vergangenheit, andererseits auf die gemeinsame Zukunft. Aus dem gemeinsamen Schicksal entspringt die Nation. Diese Gemeinsamkeiten sind aber nicht bloß zu akzeptieren: Sie sollen *bewusst* als Schicksal und Ziel gesetzt werden. Die Mitbürger der Nation sollen sich ihrer gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft verpflichtet fühlen, sich ihrer bewusst sein und sich zur Geschichte der Nation und zum gleichen Gemeinwohlkonzept bekennen. Engagiert müssen sie ihre gemeinsame Vergangenheit pflegen und sich gemeinsame Ziele setzen. »Die Sprache ist dabei ein sehr wichtiger Faktor, aber nicht für allein ausschlaggebend. Maßgebend sind Gemeinsamkeiten des geschichtlichen Lebens, *bewußter Wille zu diesen Gemeinsamkeiten*, große Ereignisse und Ziele«. (Schmitt 1928a: 231) »Bewußter Wille zu diesen Gemeinsamkeiten« klingt aber überaus modern: Nach der zeitgenössischen Fachliteratur zur kollektiven Identität und zum kollektiven Gedächtnis existiert eine Nation nur in den bewussten und kollektiv kundgegebenen Bekenntnissen zur gemeinsamen Vergangenheit und zu den gemeinsamen Zielsetzungen. Das Moment der Bewusstheit ist hier ausschlaggebend: Die Nation existiert nur in bewussten vergangenheits- und zukunftsorientierten Verpflichtungs- und Bekenntnisakten (Anderson 1983: 37ff). Bewusste Bekenntnisse zu

gemeinsamen Erinnerungen und gemeinsamen Zielsetzungen: Das macht auch nach Schmitt eine politische Gemeinschaft zu einer Nation.

Zwar beinhaltet der Begriff der Nation auch Momente, in die der Mensch unbewusst hineinwächst (wie etwa die Sprache), doch die unbewussten Elemente allein reichen bei der Herausbildung der nationalen Identität und Homogenität nicht aus: Ein wichtiger Faktor ist nach Schmitt das bewusste Bekenntnis. Dieses bewusste Bekenntnis zu den gemeinsamen Erinnerungen und Zielsetzungen erschöpft sich zwar nicht in gut definierbaren Akten der Individuen, jedoch zeichnet sich ab, dass es ohne diesen bewussten Akt keine Nation geben kann und dass gut definierbare einzelne Akte sowie verschiedene Handlungsketten als einheitsstiftende Momente fungieren können.<sup>79</sup> Die bewussten Akte der Verpflichtung zu einer politischen Einheit manifestieren sich nämlich nicht nur in einem einzigen zukunftsorientierten Akt der Entscheidung (jemanden zum Feind zu erklären oder eben eine Verfassung zu geben, und damit die Grenze der Gemeinschaft zu ziehen), sondern auch in geschichtsorientierten Akten der Erinnerung (Schmitt 1928a: 231ff).

### 3.1.1.2. Exkurs: die Organisiertheit des Volkes

Der Begriff der Nation beinhaltet also nicht nur die Vorgegebenheit der Nation als ethnische oder kulturelle Einheit dank einer gemeinsamen Vergangenheit, sondern auch das Moment einer bewussten Kundgebung des Willens des Volkes. Das Wort Nation

»bezeichnet nämlich das Volk als *politisch-aktionsfähige Einheit* mit dem Bewußtsein seiner politischen Besonderheiten und dem Willen zur politischen Existenz, während das nicht als Nation existierende Volk nur eine irgendwie ethnisch oder kulturell zusammenhörige, aber *nicht* notwendig *politisch existierende* Verbindung von Menschen ist.« (Schmitt 1928a: 79)

79 Die gemeinsame Vergangenheit sowie die gemeinsamen Zielsetzungen sind nach Schmitt notwendige Voraussetzungen für die Entstehung und die Existenz einer Nation. Die Schmitt-Experten beachten dieses Moment des schmittschen Werkes meistens nicht oder werfen ihm einfach einen Zirkelschluss vor, der da lautet: Schmitt setze die Einheit einer politischen Nation voraus, die über ihre eigene politische Form entscheiden könne. Zudem behaupte Schmitt, dass die Einheit einer Nation ein Ergebnis oder eine Konsequenz einer politischen Entscheidung wäre. Wie hier gezeigt wird, schließen diese zwei Feststellungen einander keineswegs aus.

Laut Schmitt setzt die Demokratie »im Ganzen und in jeder Einzelheit ihrer politischen Existenz ein in sich gleichartiges Volk voraus, das den Willen zur politischen Einheit hat.« (Schmitt 1928a: 235) Der Begriff der Nation entspreche also dem Bewusstsein *und* dem Willen des Volkes, als Einheit existieren zu wollen. Das Volk, das seine politische Einheit bewusst anstrebt, sei mit der Nation gleichzusetzen (Schmitt 1928a: 79).

#### 3.1.1.2.1. Die absolute Formlosigkeit der negativen Manifestation des Volkswillens

Die Formbestimmtheit ist zwar das Charakteristikum der Existenz aller politischen Einheiten, jedoch können nicht alle politischen Einheiten als Konsequenz eines konkreten und bewussten Willensaktes bestimmt werden:

»Weil jedes Sein konkretes und bestimmt geartetes Sein ist, gehört irgendeine Verfassung zu jeder konkreten politischen Existenz. Aber nicht jede politisch existierende Größe entscheidet in einem bewußten Akt über die Form dieser politischen Existenz und trifft durch eigene, bewußte Bestimmung die Entscheidung über ihre konkrete Art zu sein, wie die amerikanischen Staaten bei ihrer Unabhängigkeitserklärung und die französische Nation im Jahre 1789.« (Schmitt 1928a: 23)

Die Nation, die ihre politische Einheit bewusst anstrebt, ist gerade aus dem Grunde lebendig und kraftvoll, weil sie sich in ihrer unorganisierten Unmittelbarkeit äußern, ihren Willen durch ein Ja oder Nein eines Akklamationsaktes formulieren kann (Schmitt 1927: 33; Schmitt 1928a: 83). Nach dieser schmittschen Definition existiert das Volk also bereits vor seiner Organisiertheit: Die geschichtlich herausgebildete politische Einheit (das Volk), der die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Vergangenheit zugrunde liegen, kann sich als verfassunggebende Gewalt selbst eine politische Form geben. Die politische Einheit in ihrer Unorganisiertheit vermag über die Gründung ihrer *organisierten* Form, über die Bestimmung ihrer eigenen (Staats)form zu entscheiden (Huber 1975: 23; Schmitt 1928a: 79). Dieser Entscheidungsakt des unorganisierten, geschichtlich aber homogenen Volkes sei jedoch keine Vereinbarung unter mehreren Interessenten (Vertrag), sondern eine einfache Willenskundgebung des einheitlichen Volkes. Es handle sich um eine einheitliche Kundgebung, da es innerhalb dieses Volkes keine separierten Interessenten (Parteien) gebe, die miteinander einen Vertrag schließen könnten (Schmitt 1928a: 61ff,

75ff). Das Volk, das sich als politische Einheit selbst eine Form geben will, heißt Nation (oder nach Sieyès *pouvoir constituant*)<sup>80</sup>:

»Das Volk, die Nation bleibt der Urgrund alles politischen Geschehens, die Quelle aller Kraft, die sich in immer neuen Formen äußert, immer neue Formen und Organisationen aus sich herausstellt, selber jedoch niemals ihre politische Existenz einer endgültigen Formierung unterordnet.« (Schmitt 1928a: 79)

Laut der Kritiker Schmitts lassen sich seine Textstellen so lesen, als würde er dem *pouvoir constituant* jegliche Formgebundenheit aberkennen. Die Nation kann sich selbst nicht nur alle möglichen politischen Formen geben, ihr Akt der Willensäußerung ist zugleich frei von jeglichen Formen, von jeglichen Verfahrensregeln. Sie kann ihren Willen ausschließlich in ihrer Unmittelbarkeit ohne vorgeschriebene Normen hinsichtlich der Form der Willensäußerung deklarieren (Thiele 2003: 248ff; Thiele 2003: 170ff). Es ist durchaus richtig, dass viele Textstellen diese Auslegung Schmitts bestätigen:

»Ein geregeltes Verfahren, durch welches die Betätigung der verfassungsgebenden Gewalt gebunden wäre, kann es nicht geben. (...) Das Volk als Träger der verfassungsgebenden Gewalt ist keine feste, organisierte Instanz. (...) Die Stärke sowie die Schwäche des Volkes liegen darin, daß es keine formierte, mit umschriebenen Kompetenzen ausgestattete und in einem geregelten Verfahren Amtsgeschäfte erledigende Instanz ist. Solange ein Volk den Willen zur politischen Existenz hat, ist es jeder Formierung und Normierung überlegen. Als eine nicht organisierte Größe kann es auch nicht aufgelöst werden. Solange es überhaupt existiert und weiterhin bestehen will, ist seine Lebenskraft und Energie unerschöpflich und immer fähig, neue Formen der politischen Existenz zu finden. Die Schwäche liegt darin, daß das Volk über die Grundfragen seiner politischen Form und seiner Organisation entscheiden soll, ohne selbst formiert oder organisiert zu sein. Deshalb sind seine Willensäußerungen leicht zu verkennen, zu mißdeuten oder zu fälschen. Es gehört zur Unmittelbarkeit dieses Volkswillens, daß er unabhängig von jeder vorgeschriebenen Prozedur und jedem vorgeschriebenen Verfahren geäußert werden kann.« (Schmitt 1928a: 82ff)

80 Hier soll noch angemerkt werden, dass die Rolle der verfassungsgebenden Gewalt nicht nur vom Volk, sondern auch von Gott, vom Monarchen, von der Aristokratie oder eben von den deutschen Ländern eingenommen werden kann. Das Volk als verfassungsgebende Gewalt trat erst am Ende des 18. Jahrhunderts auf (Schmitt 1928a: 79ff; Schmitt 1928a: 23).



Diese Textstellen könnten tatsächlich eine Auslegung unterstützen, nach der das Volk sich bloß in seiner Formlosigkeit und Ungebundenheit, frei von allen Wahl- und Abstimmungsverfahren, in seiner Unmittelbarkeit durch den Akt der Akklamation offenbaren könnte.

Schmitt behauptet aber darüber hinaus, dass sich dieser unmittelbare Akt der Willensäußerung, der Akklamation, in größeren Flächenstaaten in anderer Form manifestiert: »In modernen Großstaaten hat die Akklamation, die eine natürliche und notwendige Lebensäußerung jedes Volkes ist, ihre Gestalt verändert. Hier äußert sie sich als 'öffentliche Meinung'«. (Schmitt 1928a: 246) Die öffentliche Meinung als die moderne Form der Akklamation ergänze die Fähigkeit des Volkes, sich durch sie in fundamentalen politischen Angelegenheiten (z. B. Verfassunggebung, Feindbestimmung) unmittelbar zu offenbaren. In normalen Zeiten funktioniert dieser außerordentliche, doch absolut legitime und primäre Modus der Willensäußerung bloß als sekundäres Sicherheitsventil. Fehlt eine elementare politische Ablehnung, so bedeutet das zugleich die Anerkennung der existierenden Ordnung. Das Schweigen des Volkes heißt Anerkennung. Schmitt betont sogar, dass dieser unmittelbare und formlose Wille des Volkes nur zur Zurückweisung des Existierenden geeignet sei: über den positiven Inhalt des Volkswillens erfahre man durch die Akklamationen nur ganz wenig.

#### 3.1.1.2.2. Die Formgebundenheit der positiven Manifestation des Volkswillens

Schmitt setzt also die verfassunggebende Gewalt *in ihrem negativen Aspekt* (Ablehnung der bestehenden politischen Konstellation) mit dem Volk in seiner Unmittelbarkeit und Formlosigkeit gleich, betont aber auch, dass die akkurate Durchsetzung des politischen Willens des Volkes eine Form, eine Verfahrensregel, eine bestimmte Prozedur und Organisiertheit voraussetzt. Das heißt, der positive Aspekt der Durchsetzung des Willens der verfassunggebenden Gewalt (Herstellung einer neuen politischen Konstellation) kann nicht durch die Akklamation wahrgenommen werden. Die Bestimmung einer neuen politischen Ordnung können nur die Repräsentanten des Volkes vollziehen.

Schmitt erläutert den Unterschied zwischen der positiven und negativen Manifestation des Volkswillens anhand des Beispiels Deutschlands aus dem Jahre 1918. Das deutsche Volk lehnte das monarchische Prinzip in seiner Unmittelbarkeit durch Akklamationsakte entschlossen ab. Nach Schmitt folgte die positive Stellungnahme des Volkes für die republikani-

sche Staatsform logisch aus der schlüssigen Ablehnung der bestehenden politischen Ordnung. 1918 kam zwar keine andere Staatsform als die der Republik in Frage, doch fügt Schmitt hinzu: »Aber damit waren die weiteren Gestaltungsmöglichkeiten dieser Republik noch nicht beantwortet.« (Schmitt 1928a: 84) Das gestaltlose Volk hatte in seiner Unmittelbarkeit zwar *gegen* die monarchische Form und damit zugleich *für* die Republik entschieden, doch stand die ausführliche Konzipierung dieser neuen Staatsform noch aus. Bei der Erarbeitung der detaillierten Verfassungsregeln sollten die Gründungsväter aber an bestimmte Verfahrensregeln gebunden werden:

»Die weitere Ausführung und Formulierung der vom Volk in seiner Unmittelbarkeit getroffenen politischen Entscheidung bedarf irgendeiner Organisation, eines Verfahrens, für welches die Praxis der modernen Demokratie gewisse nunmehr zu behandelnde Übungen und Gewohnheiten entwickelt hat.« (Schmitt 1928a: 84)

In den modernen Demokratien setzte man verschiedene Verfahrensregeln für diese positive Komponente der Verfassungsgebung ein: In manchen Staaten wurden verfassungsgebende Nationalversammlungen einberufen, die über die neue Verfassung nicht nur zu beraten, sondern auch zu entscheiden hatten. In anderen Staaten wurden verfassungsgebende Nationalversammlungen angesetzt, die nur eine beratende Funktion hatten und einen Entwurf vorlegten, damit das Volk über diesen unmittelbar entscheiden konnte. In wieder anderen Fällen legte ein politischer Führer alleine dem Volk einen Verfassungsentwurf vor, über den das Volk in einem Plebiszit entscheiden konnte. Aufgrund dieser Beispiele kann Schmitt also nicht vorgeworfen werden, dass er die Technik der Verfassungsgebung in den modernen Flächenstaaten außer Acht gelassen hätte. Er selbst war sich dessen sehr wohl bewusst, dass die Verfassungsgebung aus zwei Handlungsakten besteht: erstens in der Negation des Bestehenden (unmittelbarer und formfreier Willensäußerungsakt des Volkes) und zweitens in der Erarbeitung der neuen Verfassung durch Repräsentanten (Verfassungsgebung durch die formgebundene Verfahrensregel der politischen Repräsentation). Daher schreibt er:

»Die verfassungsgebende Gewalt betätigt sich durch den Akt der grundlegenden politischen Entscheidung. Ausführung und Formulierung der Entscheidung kann besonderen Beauftragten, z. B. einer sog. verfassungsgebenden Nationalversammlung überlassen werden.« (Schmitt 1928a: 91)

Mit diesem Auftrag veräußert das Volk sein Recht auf Verfassunggebung aber nicht. Schmitt bezieht sich hier auf Sieyès, wenn er betont, dass eine solche Veräußerung gar nicht möglich sei. Durch den Akt der Beauftragung werde dem Volk das Recht auf Verfassunggebung nicht entzogen. Sein verfassungsgebender Willensakt wird bloß durch Repräsentanten ausgeführt: »Aber durch einen Akt der Betätigung erlischt die verfassungsgebende Gewalt nicht.« (Schmitt 1928a: 92) Mit Bezugnahme auf die Weimarer Nationalversammlung hebt Schmitt hervor:

»Sie war nicht Subjekt oder Träger der verfassungsgebenden Gewalt, sondern nur ihr Beauftragter. Bis zum Erlaß dieser Verfassungsgesetze war sie an keine anderen rechtlichen Schranken gebunden als an diejenigen, die sich aus der politischen Gesamtentscheidung des deutschen Volkes ergaben. Im Übrigen war sie die einzige konstituierte Gewalt der politischen Einheit des deutschen Volkes.« (Schmitt 1928a: 59)

All dies weist also darauf hin, dass sich Schmitt der Janusköpfigkeit der verfassungsgebenden Gewalt durchaus bewusst war: Sie kann sich sowohl absolut formlos und unmittelbar als auch an bestimmte Verfahrensregeln gebunden, durch Repräsentanten manifestieren.

### 3.1.2. Der Staat als Vorbedingung des Volkes

Laut der Auslegung der schmittschen Texte in den vorangegangenen Kapiteln setzt der Staat also die politische Einheit des Volkes, ein homogenes Volk, voraus. Im Gegensatz zu diesem Standpunkt weisen aber bestimmte Textstellen anderer Schriften Schmitts sowie der *Verfassungslehre* selbst daraufhin, dass die Entstehung des homogenen Volkes, d. h. des als politische Einheit existierenden Volkes (die Nation), die Existenz eines Einheitsstaates als Vorausbedingung erfordere. In England entstand dieser Einheitsstaat infolge der organisch-historischen Entwicklung des Insellandes. Dabei spielte das Parlament eine bedeutende Rolle: Dies war nämlich jenes Parlament, welches gegen Ende des 17. Jahrhunderts aus einem Komplex feudaler Privatverträge durch einen einzigen Vertrag mit dem Volk und durch die Repräsentation des ganzen Volkes einen Einheitsstaat schuf (Schmitt 1928a: 45ff). In Frankreich konnte die politische Einheit des Volkes dagegen erst zu dem Zeitpunkt entstehen, als Frankreich dank des absoluten Monarchen zu einem Einheitsstaat wurde:

»Geschichtlich kann man sagen, daß diese grundlegenden Vorstellungen von politischer Einheit und nationaler Geschlossenheit auf dem europäischen Kontinent als Folge der politischen Geschlossenheit der absoluten Monarchie entstanden sind, während in England die stetige Entwicklung aus einem mittelalterlichen Gebilde zur nationalen Einheit dadurch ermöglicht wurde, daß die Insellage eine Verfassung ersetzte.« (Schmitt 1928a: 50)

Der Einheitsstaat sei also als *eine historische Vorbedingung* zur Herausbildung der politischen Einheit des Volkes zu betrachten (Schmitt 1928a: 47ff; Schmitt 1928a: 79). Die Existenz dieses historisch gewachsenen Einheitsstaates wurde von Schmitt als selbstverständlich postuliert: »Die bewußte Entscheidung für eine bestimmte Art und Form dieser Existenz, der Akt, durch den das Volk sich eine Verfassung gibt, setzt also den Staat, dessen Art und Form bestimmt wird, voraus.« (Schmitt 1928a: 79, 82ff)

Das solide Bestehen des sich kontinuierlich wandelnden Staates läßt sich am besten der Veränderung der verfassungsgebenden Gewalt entnehmen: Der Staat besteht ununterbrochen, die verfassungsgebende Gewalt verändert sich aber in der Geschichte. Diese Veränderung weist nach Schmitt darauf hin, dass die Funktion des *pouvoir constituant* nicht nur von dem Volk erfüllt werden kann. Früher wurde die Rolle der verfassungsgebenden Gewalt von Gott, vom Monarchen, von der Aristokratie oder eben von den Ländern eingenommen. Das Volk als verfassungsgebende Gewalt erschien erst Ende des 18. Jahrhunderts (Schmitt 1928a: 23). All dies impliziert aber auch Momente in der Geschichte, in denen die verfassungsgebende Gewalt von dem einen politischen Akteur auf den anderen übertragen wurde: vom Monarchen auf die Aristokratie oder auf die Länder, von der Aristokratie oder von den Ländern auf das Volk.

Als Momente dieser Übertragung können die Revolutionen betrachtet werden. Sie werfen aber auch die Frage nach der Kontinuität der politischen Einheit auf, sie greifen die Persistenz des Staates an, was nach Schmitt zwei mögliche Antworten impliziert: nach der einen wird die Kontinuität unterbrochen, nach der anderen aber wird sie bewahrt. Die Jakobiner weigerten sich, die finanziellen Schulden des alten Regimes auf den revolutionären Staat transferieren zu lassen. Damit bestritten sie aber zugleich auch die Kontinuität des französischen Staates. Der gleichen Meinung war die Sowjetregierung im Jahr 1922: Sie lehnte die Zahlung der Schulden Russlands eindeutig ab. Nach dem konträren Standpunkt bleibt die Kontinuität des Staates während und nach einer Revolution bewahrt: Der monarchische Staat und der demokratische Staat sind der gleiche Staat in unterschiedlicher Erscheinungsform. Viele Theoretiker

der staatlichen Kontinuität meinen, dass es außer dem Volk niemals eine andere verfassungsgebende Gewalt in der Geschichte gegeben hat. Die Monarchie war ebenfalls durch das (stillschweigende, implizite) Einverständnis des Volkes legitimiert (Schmitt 1928a: 94). Schmitt ist ein Repräsentant des letzteren Standpunktes, der sich in seinen Ausführungen über die Kontinuität des Kaiserreichs und der Weimarer Republik manifestiert. Seiner Ansicht nach hatten die Weimarer Verfassungsväter keinen neuen Staat errichtet, sondern dem bestehenden Staat nur eine neue Form gegeben:

»Sie bedeutet nur, daß ein Volk, welches bisher glaubte, nur auf der Grundlage des monarchischen Prinzips politisch existieren zu können, als dieses Prinzip politisch entfiel, seine Existenz kraft einer eigenen politischen Entscheidung durch eine Verfassung, die es sich selber gab, weiterführte.« (Schmitt 1928a: 97)

Das deutsche Kaiserreich als Staat und das deutsche Volk in seiner politischen Unbewusstheit existierte bereits vor der Herausbildung der Nation (der politischen Einheit des Volkes) als verfassungsgebende Gewalt. Das deutsche Volk, das sich selbst noch keine Form geben konnte, also keine verfassungsgebende Gewalt war, existierte in dem Einheitsstaat des Kaiserreichs in seiner politischen Unreife ebenso wie das französische Volk vor der französischen Revolution (Schmitt 1928a: 95). Auch Hugo Preuß vertritt den Standpunkt, dass die Weimarer Nationalversammlung die Verfassung nur verändert, aber keine neue errichtet hat.<sup>81</sup> Der Einheitsstaat existierte nach dieser Interpretation bereits, bevor das Volk das Zeichen des politischen Bewusstseins in dem Akt der Verfassungsgebung aufgewiesen hätte.

### 3.1.3. Die Auflösung der Zirkelschlüsse

Die schmittsche These von einem Staat, der die Existenz des homogenen Volkes voraussetzt, steht also in diametralem Gegensatz zu der anderen

81 Schmitt ist ein Vertreter der Kontinuitätsthese (Schmitt 1928a: 92f; Schmitt 1928a: 97). Andere (Nawiasky, Kahl, Wittmayer) sind dagegen der Meinung, dass sich das Subjekt der Verfassungsgebung verändert hätte. Anstatt der Länder gab das Volk sich selbst eine Verfassung, ohne jegliche Beschränkung auf sich zu nehmen. Die Länder als Subjekt der Verfassungsgebung wurden durch das Volk ersetzt.

schmittschen These von einem homogenen Volk, das die Existenz eines Einheitsstaates voraussetzt. Viele Schmitt-Experten behaupten aus diesem Grund, dass die schmittsche Argumentation zirkelschlüssig sei: Der Staat setzt eine politische Entität (die Nation) als seine Existenzbedingung voraus, die sich selbst eine Form, d. h., eine Verfassung geben kann. Diese homogene politische Entität kann also einen Staat errichten, und nur diese homogene Nation ist imstande, über ihre eigene Form Entscheidungen zu treffen. Andererseits stellt Schmitt aber fest, dass die Existenz der Nation einen einheitlichen Staat voraussetzt, dem die Nation eine Form verleihen kann (Kraft-Fuchs 1930: 514ff; Möllers: 2000: 64; Hofmann 1964: 133ff). Dieser Akt der Formgebung, durch den die Nation einem bestehenden Staat eine andere Form gibt, diese Entscheidung über die Veränderung der Form (der Verfassung) des bestehenden Staates verwandelt das Volk in eine Nation. Die Nation wird sich selbst durch den Akt der Entscheidung ihrer Form bewusst. Mit diesem Akt der Entscheidung unterscheidet die Nation zugleich ihren Freund von ihrem Feind. Die Entscheidung ist eine Entscheidung über die Form *und* über die Freunde bzw. Feinde der Nation zugleich. Die Nation konstituiert sich als selbstbewusster politischer Akteur durch den Akt der Formgebung eines schon existierenden Staates, der zuvor eine andere politische Form besaß. Auf den ersten Blick scheint diese Argumentation Schmitts also tatsächlich zirkelschlüssig.

Dieser vermutete Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden, wenn man die schmittsche Argumentation in ihrer Totalität betrachtet. So kommt man nämlich zu der Feststellung, dass Schmitt die scheinbaren Gegensätze (Staat vs. homogenes Volk; die naturgegebene Nation vs. auf einer bewussten Entscheidung gegründete Nation) in einer *historischen Dialektik* auflöst, die sich dadurch entfaltet, dass die nationale Homogenität einen Einheitsstaat voraussetzt,<sup>82</sup> der mit Hilfe der Repräsentationsfähigkeit des Monarchen entstanden ist. Die Einheit des Staates ergibt sich aus der Repräsentationsfähigkeit des Monarchen. Zur Genese des homogenen Volkes sind Rahmenbedingungen nötig, die nur in einem monarchischen Einheitsstaat vorhanden waren. Nachdem das homogene Volk sich im monarchischen Einheitsstaat, der auf dem Repräsentationsvorgang basierte, historisch herausgebildet hatte und sich seiner eigenen Handlungsfähigkeit bewusst geworden war, errichtete dieses homogene und politisch handlungsfähige Volk (d. i. die Nation) einen neuen Einheitsstaat, dessen politische Grundlage nicht mehr die Repräsentation, sondern die

82 Einfacher formuliert: Nationale Homogenität kann auch ohne das demokratische Prinzip der Identität zustande kommen.

Identität war. Die homogene Nation gibt sich durch den Akt der Verfassungsgebung, durch eine Entscheidung über die politische Form *und* über ihre Feinde eine neue Form. Die geschichtliche Vorbedingung des (demokratisch-identitären) Staates ist in diesem Sinne tatsächlich eine historisch entstandene homogene Nation, die handlungs- und entscheidungsfähig ist. Die historische Dialektik entschlüsselt sich also in diesem Prozess: Die historische Herausbildung der handlungsfähigen homogenen Nation setzt einen *monarchischen* Einheitsstaat voraus, die Errichtung eines *demokratischen* Einheitsstaates bedingt dagegen die Existenz einer homogenen und politisch handlungsfähigen Nation.

Daraus folgt auch, dass die nationale Homogenität bereits vor der Realisierung des Formprinzips der Identität vorhanden war. Sie entsteht in der monarchisch-repräsentativen Staatsform, ohne zugleich in der Form der Demokratie zur Geltung zu kommen. Die Errichtung eines demokratisch-identitären Einheitsstaates durch eine verfassungsgebende Entscheidung setzt in diesem Sinne historisch sowohl den monarchischen Einheitsstaat als auch die homogene Nation voraus. Die *statische* Dialektik des Begriffspaares Repräsentation-Identität lässt sich damit in eine *dynamisch-historische* Dialektik umdeuten. Der Zirkelschluss und der scheinbare Widerspruch können also durch eine *geschichtsorientierte* Interpretation der schmittschen Ideen aufgelöst werden (Pasquino 1987: 382ff; Huber 1975: 23; Hofmann 1964: 134).

### 3.2. *Die Geburtsstunde des Volkes: Entscheidung und historische Entwicklung: Die Auflösung des dritten Zirkelschlusses*

#### 3.2.1. Das homogene Volk als Produkt einer Entscheidung

Allerdings wird Schmitt eine weitere Inkonsistenz vorgeworfen, so heißt es, der dritte Zirkelschluss bestehe darin, dass in den schmittschen Texten ungeklärt bleibe, ob die Nation in einem historischen Entwicklungsprozess oder eben durch einen Akt der selbstbewussten Willensäußerung entstanden ist.<sup>83</sup>

83 Die Elemente der Dichotomie lassen sich einerseits auf Rousseau (vorgegebene politische Einheit/Homogenität), andererseits auf Hobbes (Einheit durch den Akt der Repräsentation) zurückführen. Thiele ist trotzdem der Meinung, dass die Ein-

Schmitt hebt hervor, dass eine Entität ihren einheitlichen Willen nur in dem Fall offen legen kann, wenn sie nicht gespalten oder zerrissen ist, also eine Einheit bildet. Nur eine Einheit ist imstande, ihren Willen klar zu manifestieren. Eine Entität, die in sich selbst zerrissen und gespalten ist, kann ihren Willen nicht festlegen, da die kontradiktorischen Bestandteile dieser Entität das nicht ermöglichen. In dem Fall einer *politischen* Einheit lässt sich diese eindeutige Willensäußerung in der klaren Entscheidung über Feind und Freund manifestieren: Ist die Nation imstande, ihre Freunde mit einer klaren und eindeutigen Entscheidung von ihren Feinden zu unterscheiden, so ist die Einheit der politischen Gemeinschaft sichergestellt (Schmitt 1928a: 214, Schmitt 1928a: 247, Schmitt 1926: 14, Schmitt 1932a: 18). Ist sie aber nicht zu einer klaren Unterscheidung in der Lage, dann löst sich die Identität der politischen Einheit auf: Der Zwiespalt der politischen Entität führt zur Auflösung der Identität der politischen Gemeinschaft. Ohne die existenzielle Entscheidung über Freund und Feind besteht keine politische Einheit.<sup>84</sup> Die Identität, die Garantie der Einheit der politischen Gemeinschaft setzt in diesem Sinne immer eine existenzielle Entscheidung voraus (Schmitt 1928a: 235). An diesen Textstellen sieht Schmitt die Einheit der politischen Gemeinschaft ausschließlich durch diese existenzielle Entscheidung sichergestellt: Sind die Feinde der Gemeinschaft nicht klar, so besteht keine Homogenität in der wichtigsten Angelegenheit und ist die Existenz der politischen Einheit in Frage gestellt (Schmitt 1928a: 207). Ohne existenzielle Entscheidung gibt es keine politische Einheit. Anders formuliert: Alle politischen Formen beruhen auf einer souveränen Letztentscheidung – lautet die schmittsche These.<sup>85</sup> Die Verfassungsgebung sei in diesem Sinne eine Entscheidung über

heit/Homogenität einer Entität – sei es ein Individuum oder eben ein Volk – die Bedingung einer Entscheidung/Willensäußerung sei (Thiele 2003: 144).

84 Einige Textstellen der *Verfassungslehre* deuten zweifellos darauf hin, dass die substanzielle Homogenität in einem historischen Prozess und nicht durch eine momentane Entscheidung zustande gekommen sei (Schmitt 1928a: 228). Der substanziellen Identität, der politischen Einheit konnte nach Schmitt eine historisch gewachsene Übereinstimmung in moralischen Fragen, die Tugenden, oder eben die gemeinsame Religion, die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Geschichte der Gemeinschaft zugrunde liegen. Schmitt argumentiert allerdings im *Begriff des Politischen* eindeutig so, dass die politische Einheit durch eine momentane Entscheidung (Bestimmung der Freunde und der Feinde) entstehen könne (Holzhauser 1990: 121).

85 »Der Wille des deutschen Volkes, also etwas Existenzielles, begründet, über alle systematischen Widersprüche, Zusammenhanglosigkeiten und Unklarheiten der einzelnen Verfassungsgesetze hinweg, die politische und staatsrechtliche Einheit.



die Form der politischen Einheit (Schmitt 1928a: 20; Schmitt 1928a: 23; Schmitt 1928a: 44).

Nach anderen Schmitt-Experten entsteht die politische Einheit bei Schmitt während des Prozesses der Entscheidung durch den Akt der Bestimmung der inneren und äußeren Feinde mit Hilfe einer Akklamation. Diese Entscheidung setze aber keine politische Einheit voraus, da die Einheit eben durch den und in dem Akt der Entscheidung entstehe (Schmitt 1932a: 31; Adam 1992: 61ff). Diese Interpretation belegen auch bestimmte Textstellen aus dem *Begriff des Politischen*, wo Schmitt die Praxis der Feindbestimmung der antiken Gesellschaften behandelt. Wurde jemand zum *hostis* erklärt, dann hatte das die Konsequenz, dass die Person nicht mehr Mitglied der Gesellschaft bleiben konnte. Diese Praxis der Feindbestimmung ist sowohl in den antiken Gesellschaften als auch in den mittelalterlichen und modernen europäischen Gesellschaften nachweisbar (siehe z. B. die Praxis der französischen Revolution) (Schmitt 1932a: 31f). Die politische Einheit konstituiert sich hier durch den Akt der Bestimmung des inneren sowie des äußeren Feindes mit Hilfe einer Akklamation.<sup>86</sup> Der Feind und die politische Einheit lassen sich erst durch die Entscheidung konstituieren.<sup>87</sup> Die politische Gemeinschaft erlangt durch diese Entscheidung ihr eigenes Bewusstsein, sie erkennt sich in dem Akt der Feindbestimmung selbst als eine Einheit.<sup>88</sup> Die Erkenntnis ihrer Identität, die

Die Weimarer Verfassung gilt, weil das Volk 'sich diese Verfassung' gegeben hat.« (Schmitt 1928a: 9; Schmitt 1928a: 23f; Schmitt 1928a: 76)

86 Hofmann weist darauf hin, dass der Feind in diesem Sinne keine vorherige Existenz hat, sondern durch die Entscheidung selbst konstruiert wird. Die Existenz eines Feindes sei eine Konsequenz einer expliziten Feindbestimmung (Hofmann 1964: 137).

87 Die rigorose Trennung der zwei Bedeutungen des Begriffes des Politischen ist aus diesem Grunde nicht stichhaltig (Holzhauser 1990: 122).

88 Löwith weist diesbezüglich darauf hin, dass die Konstituierung der Einheit des Volkes dadurch als eine okkasionelle Bestimmung betrachtet werden kann. Die Bestimmung des Feindes hängt nach Löwith ausschließlich von der aktuellen Konstellation ab. Es gibt keine vorher festgelegten Kriterien dieses Bestimmungsverfahrens, keine festgelegten Gesichtspunkte oder Normen, die bei der jeweiligen Bestimmung des Feindes als Orientierungshilfe verwendet werden könnten (Löwith 1935: 107). Hofmann wirft Schmitt daher vor, bei der Bestimmung der substantiellen Homogenität keine Kriterien dieser Bestimmung festzulegen, was aber dazu führe, dass die Homogenität von den jeweiligen Umständen abhängt. Der Vorwurf des Okkasionalismus trifft Schmitt seit seiner *Politischen Romantik* ins Herz (Hofmann 1964: 141). Hofmann führt des Weiteren aus, dass der Begriff der Nation ein düsterer Begriff sei, weil er von der jeweiligen politischen Konstellation abhängig sei. Das bedeutet aber, dass diese Homogenität keine substantiell vorgegebene Homogenität sei, sondern mit den jeweiligen

Identifikation mit sich selbst, erfolgt also durch einen *dynamischen* Akt der Willensäußerung. Aufgrund dieser Ausführungen waren manche Schmitt-Experten der Meinung, dieses schmittsche Entscheidungsmoment, das die politische Einheit konstituiert, besitze keinen festen Hintergrund. Für die Entscheidung gebe es keinen rationalen Grund, sie habe keine legitimierbare Basis. Sie sei absolut willkürlich und arbiträr. Diese willkürliche Dezsion sei der letzte Grund aller politischen Gemeinschaften, die politische Einheit beruhe also auf keinen Prinzipien, sondern ausschließlich auf der fundamentlosen Dezsion (Krockow 1958).

Schmitt hat aber niemals einen inhaltslosen Entscheidungsbegriff, der von allen konkreten historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Umständen abstrahiert und von keinen konkreten politischen Faktoren bedingt ist, konzipiert. Er verbindet alle Dezsionen mit konkreten historischen Situationen, in denen sie getroffen wurden. Das gilt auch für die Entstehung der politischen Gemeinschaft durch den Entscheidungsakt der Verfassungsgebung (Hofmann 1964: 136).

### 3.2.2. Das homogene Volk als Produkt einer historischen Entwicklung

Wie oben bereits festgestellt wurde, beharrt Schmitt an anderen Textstellen darauf, dass das homogene Volk bereits vor dem Akt der selbstbestimmenden Entscheidung über seine Feinde existiere. Das homogene Volk konstituiere sich also nicht in dem existenziellen Akt der Unterscheidung seiner Freunde und Feinde: »Der Akt der Verfassungsgebung (...) konstituiert Form und Art der politischen Einheit, deren Bestehen vorausgesetzt wird. Es ist nicht so, daß die politische Einheit erst dadurch entsteht, daß eine 'Verfassung gegeben' wird.« (Schmitt 1928a: 21)

Des Weiteren wurde auch festgestellt, dass Schmitt die Nation immer in ihrem historischen identitätsbestimmenden Bildungsprozess begreift. Ist das die richtige Interpretation des schmittschen Nationsbegriffes, so hat Hasso Hofmann recht, wenn er betont, dass die schmittsche politische Einheit nicht aus dem Nichts durch einen Akt der Entscheidung entstanden ist, dass sie sich nicht durch den Akt der Entscheidung konstituiert, sondern durch einen historischen Prozess. Das Volk ist bei Schmitt immer ein konkret-historisch existierendes Volk und kein abstraktes Volk oder ein Volk im Allgemeinen. Der Wille des französischen Volkes im Jahre

Entscheidungen in Zusammenhang stehe. Zu einer Entscheidung wäre jedoch die Einheit einer Entität, die die Entscheidungen trifft, unbedingt notwendig. Der Zirkelschluss ist damit nach Ansicht Hofmanns bewiesen.

1789 oder des deutschen Volkes im Jahre 1918 hat sich unmittelbar und ungebunden manifestiert. Es war aber der Wille des konkret existierenden Volkes, der sich in einer konkreten historischen Situation offenbart hat. Der Wille des Volkes ist immer ein konkreter Wille eines konkret bestimmbaren Volkes (Hofmann 1964: 134f).

Ernst Huber machte auf diese Auslegung schon früh aufmerksam, als er den homogenitätsstiftenden Dezisionismus Schmitts kritisierte. Er betonte, dass die Entscheidung über die Staatsform des künftigen Staates bereits vor der Einberufung der Weimarer Nationalversammlung getroffen worden sei. Als die Versammlung ihre Tagungen eröffnete, war schon offensichtlich, dass der neue Staat eine demokratische Republik mit föderalem Charakter sein würde. Diese Entscheidungen wurden nicht von der Weimarer Nationalversammlung gefällt, vielmehr waren sie die Konsequenzen der historischen Konstellation, d. h. des Untergangs des Zweiten Kaiserreiches vor dem und im Ersten Weltkrieg. Sie waren die Vorgegebenheiten der Weimarer Versammlung, die mit Inhalt gefüllt werden mussten (Huber 1975: 26). Schmitt zeigte sich in diesem Sinne mit Huber einverstanden: Eine Vorentscheidung, die aber die existenzielle Letztentscheidung war, hatte das deutsche Volk während des Krieges und direkt nach dem Krieg bereits getroffen. Das deutsche Volk wollte dem Kaiserreich ein Ende setzen und lehnte die Möglichkeit seines Fortbestehens ab. Daraus folgte aber nach Schmitt in der konkreten historischen Situation logischerweise die Befürwortung der föderalen Republik. Das deutsche Volk befürwortete mit einer unmittelbaren Willensäußerung (d. h. mit einer Akklamation) die republikanische Staatsform und beauftragte zugleich eine Körperschaft (Weimarer Nationalversammlung), die Details der neuen Staatsform auszuarbeiten (Schmitt 1928a: 59; Hofmann 1964: 135).

Damit haben wir den Ursprung des schmittschen Begriffsystems erreicht, das zugleich aber auch den Endpunkt ist. Gemäß der Schmitt-Kritiker lautet sein dritter Zirkelschluss folgendermaßen: Dazu, eine klare Entscheidung zu treffen, d. h., durch eine Akklamation einen einheitlichen Willen zu artikulieren, ist nur eine einheitlich-homogene Entität (die Nation) fähig, während sich die politische Einheit (die Nation) bloß durch eine existenzielle Entscheidung konstituieren kann. Der Zirkelschluss ist klar: Nur eine einheitliche Entität ist entscheidungsfähig, obwohl die einheitliche Entität nur durch eine Entscheidung gestiftet werden kann (Adam 1992: 55, 85ff; Thiele 2003: 160; Hofmann 1964: 134ff; Huber 1975: 23).

### 3.2.3. Die Auflösung des Zirkelschlusses: Entscheidung und historische Entwicklung

Um den Vorwurf der Zirkelschlüssigkeit zu widerlegen, ist es wichtig, hier auf die Doppeldeutigkeit des schmittschen Nationsbegriffs hinzuweisen: Im dynamisch-historischen Sinne entsteht die Nation in einem Prozess, in dem die Beteiligten sich ihre gemeinsame Geschichte bewusst aneignen und internalisieren und sich zugleich gemeinsame, von allen anerkannte Ziele setzen, und zwar innerhalb einer politischen Einheit (d. h. eines Staates), deren Form jedoch nicht von den Beteiligten bestimmt worden ist (absoluter Staat). In diesem Sinne setzt die Entstehung der Nation historisch zwar einen Einheitsstaat voraus, doch bestimmt dann dieses homogene und politisch handlungsfähige Volk die neue Form des Staates. Ohne die Existenz eines politisch handlungsfähigen, homogenen Volkes kann also kein demokratischer Staat errichtet werden. Die Entscheidung setzt in diesem Sinne eine homogene Nation voraus, die vor der Entscheidung als eine Einheit existiert und deren Mitglieder durch ihre gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Sprache, die gemeinsamen Zielsetzungen und die gemeinsame Konzeption des Gemeinwohls miteinander verbunden sind (Schmitt 1928a: 50).

Die Umwandlung des alten Staates in eine Demokratie erfolgt durch den Akt der gemeinsamen Feindbestimmung und Zielsetzung (hier: Verfassungsgebung), in dem sich das Volk seiner eigenen Kraft und Identität bewusst wird (Holczhauser 1990: 111). Die Entscheidung – die Verfassungsgebung – macht die historisch entstandene politische Einheit nur dadurch offensichtlich und bewusst, dass sie den Willen und die Grenzen dieser politischen Einheit textartig explizit erklärt. Der Akt der Verfassungsgebung verdeutlicht das Selbstbild der Nation nur, die unklaren Konturen der historisch herausgebildeten politischen Form werden durch die Entscheidung präzisiert. In dieser Weise wurden die Grenzen und die Form der politisch schon zuvor einheitlich existierenden, doch bis dahin nicht handlungsfähigen deutschen oder französischen Nation (im Jahre 1918 und 1789) konkretisiert.

Nach dieser Interpretation ist die schmittsche Argumentation also nicht zirkelschlüssig. Sie deutet darauf hin, dass die Nation einerseits eine historisch ausgebildete, jedoch unbewusste Handlungseinheit war, sich andererseits aber ihrer eigenen Kraft und Einheit bewusst wurde, indem der Bund der Mitbürger nicht nur durch die gemeinsame Geschichte, sondern auch durch die gemeinsamen und willentlichen Zielsetzungen gestärkt wurde. Die Verfassungsgebung, der Akt der Entscheidung für eine bestimmte Form, stellt eben diese gemeinsame Zielsetzung dar. Die Nati-

on ist zwar historisch gewachsen, aber erst in ihrem Erwachsenenstadium zur Entscheidung fähig. Das bedeutet jedoch auch, dass sie erst durch diese Entscheidung wirklich erwachsen wird.

Daraus folgt ferner, dass die Identität eine bestimmte Form der Repräsentation historisch voraussetzt, da der Staat erst durch den Akt der monarchischen Repräsentation zu einer homogenen Einheit wird. Die statisch-synchrone Dialektik der Repräsentation und Identität wandelt sich nach dieser Interpretation in eine dynamisch-historische Dialektik (Pasquino 1987: 382; Huber 1975: 23; Hofmann 1964: 134).

### 3.3. *Identitätsrepräsentation und Repräsentationsidentität*

#### 3.3.1. Identitätsrepräsentation und Identitätszuschreibung

In der Analyse des Identitätsbegriffes wurde im Rahmen dieser Arbeit bereits festgestellt, dass die Mitbürger der Nation nicht *bourgeois* sind, die in der politischen Gemeinschaft ausschließlich ihre partikularen Eigeninteressen durchsetzen wollen, sondern eher *citoyens*, die das Gemeinwohl mit ihrem eigenen Willen repräsentieren. Die Individuen einer Nation repräsentieren einzeln die politische Einheit, die aber nur als Idee existiert (Schmitt 1928a: 253). Aus den *bourgeois* kann kein einheitliches und homogenes Volk geformt werden, selbst wenn sie sich auf einem Platz versammeln. Das Volk, als Idee der politischen Einheit besteht nicht aus *bourgeois*, sondern aus *citoyens*. Aber selbst wenn die *citoyens* sich konkret auf einem Platz versammeln, bilden auch sie noch keine Nation. Die Nation ist nämlich eine Idee, die von den konkret versammelten Bürgern zu unterscheiden ist (Schmitt 1928a: 206f). Die Nation ist eine existenzielle Idee und keine konkret vorhandene Realität. Sie ist keinesfalls etwas Normatives oder Fiktives, sondern eine existenzielle Kategorie, insofern alle Bürger die gleichen Feinde haben (Schmitt 1928a: 235).<sup>89</sup>

Das ist aber der Punkt, an dem viele Experten Schmitt vorwerfen, er verwische die beiden Prinzipien der politischen Form, die Identität und die Repräsentation: Die Identität ist nämlich niemals eine Identität im strikten

89 Thiele hält das schmittsche Volk für eine Fiktion, obwohl Schmitt diesen Vorwurf entschlossen zurückweist. Die Homogenität sei nicht nur eine bloße fiktive Homogenität, sondern eine existenzielle Homogenität, die durch die Bestimmung der Feinde zustande kommen kann (Thiele 2003: 144; Adam 1992: 69).

Sinne, weil die unmittelbare Demokratie in ihrer extremen Form nirgendwo funktionsfähig ist. Die Identität schlägt nämlich auch in der unmittelbarsten Demokratie in Repräsentation um, indem jeder einzelne Bürger als *citoyen* nicht mit sich selbst und seinem partikularen Eigeninteresse identisch ist, sondern die ganze Nation, das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft repräsentieren muss. Die individuellen *citoyens* repräsentieren die Idee der politischen Einheit, der politischen Identität. Die Nation als Identität der Regierenden und Regierten existiert nur in der imaginären Repräsentation der Einzelnen. Es sind die Bürger, die die Idee der politischen Einheit repräsentieren. In diesem Repräsentationsvorgang verliert aber das Individuum seine partikulare Individualität, da sein Eigeninteresse nicht mehr berücksichtigt werden kann, sondern ausschließlich das Interesse der gesamten politischen Gemeinschaft ausschlaggebend sein darf (Schmitt 1927: 32ff; Schmitt 1928a: 207; Schmitt 1928a: 244).

Die Identität schlägt darüber hinaus in Repräsentation um, da die Nation nicht immer anwesend sein kann. Die Akklamation ist ein besonderer Akt der Willensäußerung, sie wird nur ausnahmsweise ausgeübt. Die Regierenden müssen also auch in den unmittelbaren Demokratien Repräsentationsfunktion einnehmen (Thiele 2003: 122). Das Prinzip der Identität kann also nur mit Hilfe des Prinzips der Repräsentation realisiert werden. Die schmittschen Widersprüche lösen sich auch nach der Ansicht zwei weiterer Schmitt-Experten in der Verflechtung der beiden Prinzipien auf (Hofmann 1964: 152f; Dyzenhaus 1997: 55). Schmitt selbst räumt ebenfalls ein, dass der Zustand der absoluten Identität nur eine ideelle Konstruktion ist, die im Falle ihrer Realisierung mit der Gefahr einhergeht, die Funktion der Regierung in einem unangemessenen Maße zu schwächen. Ist die Regierung vollends geschwächt, folgt daraus zweierlei: Erstens wird die Nation nicht mehr fähig sein, sich selbst zu regieren, da die unmittelbare Demokratie über ihre eigene Realisierungsgrenze verfügt, zweitens werden andere Nationen die Schwäche der nicht mehr reaktionsfähigen Regierung ausnutzen und die Nation unterwerfen (Schmitt 1926: 35; Schmitt 1928a: 205ff; Schmitt 1928a: 214f; Thiele 2003: 146ff).

Die Nation kann also mit sich selbst aus zwei Gründen nicht identisch sein: einerseits aus dem empirischen Grund, dass die kontinuierliche Selbstversammlung, die ständige Anwesenheit der *citoyens* auf dem Marktplatz, nicht durchführbar ist. Und selbst wenn dies realisierbar wäre, so käme das Prinzip der Identität noch immer nicht zur Geltung, da die konkret versammelten Individuen nicht mit sich selbst und ihren Partikularinteressen identisch sind, sondern in ihrer Individualität die ganze politische Gemeinschaft, die Interessen der politischen Einheit repräsentieren müssen (Schmitt 1928a: 206f). Die Nation kann nicht mit der Versamm-

lung der konkret anwesenden *bourgeois* gleichgesetzt werden, denn sie ist eine existenzielle Idee der Gesamtheit der *citoyens*. Es ist also kein Zufall, dass Schmitt bereits in seinem *Römischen Katholizismus* betont, es könnten nur Personen oder Ideen repräsentiert werden (Schmitt 1923: 44).

Schmitt selbst bemerkt diese Verflechtung der beiden Prinzipien an einer Stelle durchaus. Akzeptiert man nämlich die Unterscheidung zwischen der konkreten Anwesenheit der Nation und der Idee einer konkreten politischen Einheit, so stellen sich folgende Fragen: Wie kann die Identität der konkret anwesenden Nation mit der Idee von der Nation garantiert werden? Wie sieht der Prozess der Identifikation, der Identitätszuschreibung aus? Wie wird der Wille der ideellen Nation mit dem Willen der konkreten Nation gleichgesetzt? Wie kann die Identifikation des Willens der ideellen Nation mit dem der konkreten Nation durchgeführt werden? Wie kann der Wille der Nation eigentlich bestimmt werden? Welche Techniken und Methoden gewährleisten die Identität des Willens der imaginären Nation und der konkreten Nation? (Schmitt 1926: 37) Diese Identität ist natürlich nur schwer fassbar. Es geht darum, welche Methode als die richtige Identifikation gilt, wer die Potenz und das Machtmittel besitzt, die Methode dieser Identifikation festzulegen. Die gravierende Frage besteht darin, wer die Macht und die Mittel hat, mit denen man den Willen der imaginären Nation bestimmen oder den Willen der konkreten Nation beeinflussen kann. Radikal und mit den schmittschen Begriffen ausgedrückt, könnte man fragen: Wer repräsentiert die Identität des Willens der imaginären und der konkreten Nation? Angesichts dieser Grundfrage sollte eine Textstelle Schmitts eingehender betrachtet werden. Das Zitat belegt, dass Schmitt sich dessen bewusst war, dass die eigentliche politische Frage darin besteht, wer die Identität der Nation repräsentieren darf:

»[A]lle demokratische[n] Argumente [beruhen] auf einer Reihe von Identitäten. In diese Reihe gehören: Identität von Regierenden und Regierten, Herrscher und Beherrschten, von Subjekt und Objekt staatlicher Autorität, Identität des Volkes mit seiner Repräsentation im Parlament, Identität von Staat und Volk (...). Alle solche Identitäten sind aber nicht handgreifliche Wirklichkeiten, sondern beruhen auf einer *Anerkennung der Identität*. Weder juristisch, noch politisch noch soziologisch handelt es sich um etwas real Gleiches, sondern um *Identifikationen* (...). [Unmittelbare Demokratie] kann niemals eine absolute, unmittelbare, in jedem Augenblick in realitate präsente Identität erreichen. Immer bleibt eine Distanz zwischen der realen Gleichheit und dem Resultat der *Identifikation*. Der Wille des Volkes ist natürlich immer identisch mit dem Willen des Volkes, ob nun aus dem Ja oder Nein von Millionen abgegebenen Stimmzetteln eine Entscheidung abgegeben wird, oder ob ein einzelner Mensch auch ohne Abstimmung den Willen des Volkes hat, oder das Volk auf irgendeine Weise 'akklamiert'. *Alles kommt darauf an, wie der Wille gebildet wird*. Die uralte Dialektik der Lehre vom Willen des

Volkes ist immer noch nicht gelöst: die Minderheit kann den wahren Willen des Volkes haben; das Volk kann getäuscht werden; man kennt ja seit langem die Technik der Propaganda und der Bearbeitung der öffentlichen Meinung. (...) Es scheint also das Schicksal der Demokratie zu sein, sich im *Problem der Willensbildung* selbst aufzuheben. (...) Auch während einer solchen vom Diktator beherrschten Übergangszeit kann die demokratische Identität herrschen und der Wille des Volkes allein maßgebend sein. Freilich zeigt sich dann auch in besonders auffälliger Weise, daß die allein praktische Frage die *Identifikation* betrifft, nämlich die Frage, *wer über Mittel verfügt, um den Willen des Volkes zu bilden*: militärische und politische Gewalt, Herrschaft über die öffentliche Meinung durch Presse, Parteiorganisationen, Versammlungen, Volksbildung, Schule. Insbesondere kann die politische Macht den Willen des Volkes, aus dem sie hervorgehen soll, selber erst bilden.« (Schmitt 1926: 35ff)<sup>90</sup>

Das Zitat belegt die Behauptung von Hasso Hofmann und David Dyzenhaus, die Prinzipien von Identität und Repräsentation seien bei Schmitt stark miteinander verflochten. Der Begriff der Identität könnte sogar durch jenen der Identitätszuschreibung ersetzt werden: Die Demokratie beruht auf dem Moment der Identifikation, auf dem Phänomen der Identitätsrepräsentation (Mehring 1998: 137ff; Schmitt 1926: 35; Adam 1992: 71). Der zentrale Punkt ist also die Frage, wer die Macht besitzt, seine eigene Identifikationskonzeption allgemein durchzusetzen. Diese dynamische Identifikation und Identitätszuschreibung ist zugleich eine Art von Herstellung. Durch die Identifikation und Identitätszuschreibung wird eine Entität von »gesteigerter Art von Sein« hergestellt, die als Nation zu bezeichnen ist. Die Begriffe der Repräsentation und der Identität verflechten sich also in dem vierten Zeitalter.

Dieses Zeitalter des Parlamentarismus ist aber keineswegs das letzte Stadium der historischen Entwicklung und Dialektik. Nach Schmitt ist das Endstadium mit dem Zeitalter der persönlichen politischen Führer erreicht, in dem diese unmittelbar, durch Akklamation gewählt werden und nicht mehr das Parlament, sondern der unmittelbar gewählte politische Führer die Nation repräsentiert. Die Nation wird vom Führer jedoch nicht nur repräsentiert, vielmehr ist der Führer sogar mit der Nation identisch. Die Verflechtung der beiden Prinzipien entfaltet sich schließlich im Zeitalter der Repräsentationsidentität, welches jenes der parlamentarischen Repräsentation ablöst.

90 Hervorhebungen stammen vom Verfasser dieser Monographie.



### 3.3.2. Repräsentationsidentität: die demokratische Diktatur

Die These der Verflechtung der beiden Begriffe »Repräsentation« und »Identität« wird ferner dadurch untermauert, dass das Volk nach Schmitt nicht repräsentierbar ist, wofür es seiner Ansicht nach zwei Gründe gibt: entweder ist es real anwesend, die Repräsentation ist aber nach Schmitt der Vorgang, in dem etwas nicht Anwesendes anwesend gemacht wird, oder das Volk ist im entgegengesetzten Fall nicht anwesend, dann hat es aber keine richtige Existenz, denn das »Volk ist entweder ganz anwesend und gegenwärtig oder überhaupt nicht vorhanden, und repräsentiert wird nicht das Volk, sondern die politische Einheit als Ganzes.« (Schmitt 1928a: 262) Das Prinzip der demokratischen Identität kann somit auch nicht mit Hilfe des imperativen Mandats durchgesetzt werden, da das Volk die Repräsentanten in *allen* Angelegenheiten mit einem bestimmten Mandat beauftragen muss. Sollte es aber in einem größeren Flächenstaat notwendig sein, so muss das Volk in Wahlkreise aufgeteilt werden, d. h., das Volk wäre in dem Fall nicht als politische Einheit anwesend. In jedem Wahlkreis wäre nur ein Teil des Volkes versammelt, der aber sein partikulares Eigeninteresse durchsetzen will. Die Vertreter jedoch wären mit einem imperativen Mandat an dieses partikulare Interesse gebunden. Der Repräsentant, der über ein imperatives Mandat verfügt, das eigentlich die demokratische Identität garantieren sollte, ist somit nicht mehr der Repräsentant des ganzen Volkes, sondern nur der Vertreter einer Gruppe des ganzen Volkes.

Die permanente Abstimmungspflicht bringt also nicht automatisch mit sich, dass der über ein imperatives Mandat verfügende Repräsentant das Gemeinwohl vertritt:

»Dann würde zwar fortwährend abgestimmt, aber nicht vom Volk als Einheit. Auch hier zeigt sich, daß das Volk nicht repräsentiert werden kann, wie Rousseau mit Recht hervorgebracht hat. Das Volk ist entweder ganz anwesend und gegenwärtig oder überhaupt nicht vorhanden, und repräsentiert wird nicht das Volk, sondern die politische Einheit als Ganzes.« (Schmitt 1928a: 262)

Das Volk kann demgemäß nicht nur in seiner Einheit existieren, sondern auch in seiner Unmittelbarkeit. Dieses unmittelbar anwesende Volk ist aber auf keinen Fall mit dem Volk als politische Einheit gleichzusetzen. Stimmen die Einzelnen immer so ab, dass sie nicht sich selbst, ihr Eigeninteresse, sondern das ganze Volk, das Gemeinwohl repräsentieren, wären sie also in diesem Sinne existenziell-transzendent anwesend, dann und erst

dann existierten sie als politische Einheit (Adam 1992: 100). Schmitt betont, dass »jede echte Regierung die politische Einheit eines Volkes – nicht das Volk in seinem natürlichen Vorhandensein – repräsentiert.« (Schmitt 1928a: 212) Das heißt, das Volk kann nicht in seiner unmittelbaren Anwesenheit repräsentiert werden. Es ist allein das Wesen, die Idee der politischen Einheit des Volkes, was repräsentiert werden kann. Schmitt verknüpft die Fähigkeit zur Repräsentation mit der Regierung. Nach ihm könnte nämlich die Regierung, im strikten Sinne der Regierungschef, die Einheit am besten repräsentieren, denn die wahre Identität wäre durch eine einzige Person am besten repräsentiert. Vollkommen kann die Einheit aber nur von einer anderen realen Einheit repräsentiert werden, was wieder einmal zur Verflechtung der Prinzipien von Repräsentation und Identität im Begriff der demokratischen Diktatur führt (Thiele 2003: 450ff; Hofmann 1964: 149ff).

Aus diesem Grund behaupten einige Schmitt-Experten, dass sich der Diktator der demokratischen Diktatur von den Regierten qualitativ unterscheiden muss, obwohl die Demokratie eigentlich auf der qualitativen Gleichheit von Regierenden und Regierten beruhen sollte (Hofmann 1964: 151). Nach Hofmann ist der demokratische Diktator schmittscher Auffassung nicht einmal vom Volk legitimiert, er erhält die Legitimation und die Autorität von oben, die dann im Nachhinein vom Volk akzeptiert wird (Hofmann 1964: 151). Hofmann ist der Meinung, der schmittsche Volks- und Politikbegriff sei leer, da er keinen autonomen Lebensbereich abdecke, sondern nur die Intensität der Konflikte innerhalb der verschiedenen Lebensbereiche darstelle. Alles werde politisch, sobald die Konflikte die notwendige Intensität erreicht hätten. Das bedeutet aber auch, dass der Begriff der politischen Einheit des Volkes ein leerer Begriff ist, der mit Konfliktintensität aufgeladen werden muss, was wiederum dazu führt, dass die verschiedenen Parteien dafür kämpfen, diesen leeren Begriff mit ihrem eigenen Konfliktpotenzial aufzuladen. Der Kampf würde also in dieser Interpretation auch darum gehen, wer den Begriff des Politischen mit Inhalt füllen, welcher Konflikt als politischer Konflikt betrachtet werden, wie die Intensität eines Konfliktes den Konflikt selbst politisch machen kann. Das sei der Kampf um die Identifikation, um die Repräsentation der Identität – wie oben bereits dargelegt wurde (Hofmann 1964: 152). Laut Schmitt ist nämlich der Kampf um die Repräsentation nichts anderes als der Kampf um die Macht, der Kampf darum, wer das Volk repräsentieren kann und darf, wem es obliegt, den Feind des Volkes zu bestimmen (Schmitt 1928a: 212).

#### 4. Ideengeschichtliche Analyse

Nach der sorgfältigen Interpretation der schmittschen Texte ist die Frage zu klären, in welche Traditionslinien des politischen Denkens sich die eklektischen Vorstellungen Schmitts über die politische Repräsentation und den Parlamentarismus fügen. Als erster Schritt dieser Analyse wird die Konzeption der politischen Repräsentation bei Thomas Hobbes dargestellt. Offenkundig übte Hobbes großen Einfluss auf Schmitt aus, wobei es hier jedoch nicht gilt, seinen Einfluss im Allgemeinen, sondern speziell hinsichtlich der Frage der politischen Repräsentation zu untersuchen. Ziel der Analyse ist es, das Potenzial der Repräsentation in der Herstellung einer politischen Gemeinschaft offen zu legen. Dabei muss betont werden, dass Hobbes in dieser Frage sehr viel eindeutiger ist als Schmitt: Während Schmitt nicht klar zwischen dem Akt der Willensäußerung und jenem der symbolischen Repräsentation unterscheidet, hält Hobbes die beiden Phänomene deutlich auseinander. Schmitt ignoriert also eine wichtige Distinktion, während Hobbes in dieser Hinsicht eine nuanciertere Theorie präsentiert.

Das dritte Kapitel dieser Arbeit wurde dem Prinzip der Identität gewidmet, dementsprechend soll der zweite Teil der ideengeschichtlichen Analyse auch die Ursprünge des polemischen Gegenbegriffes der Repräsentation, d. h., die Provenienz des Begriffes der Identität bei Schmitt untersuchen. Hier werden die Werke Rousseaus vor allem unter diesem Aspekt unter die Lupe genommen, zu betrachten sind die Fragen, ob Schmitt die Schriften des französischen Philosophen richtig interpretiert hat, inwiefern der Begriff der Identität bei Schmitt in der politischen Theorie Rousseaus verwurzelt ist. Im Gegensatz zur Ansicht verschiedener Rousseau-Experten muss hier festgehalten werden, dass der Staat bei Rousseau nicht rein prozedural, sondern – wie auch Schmitt feststellt – eher substanziell legitimiert wird. Schmitt betont nämlich, dass der Schein trügt: Rousseau sieht das Fundament des Staates letzten Endes nicht in dem Gesellschaftsvertrag, sondern in der a priori vorhandenen substanziellen Homogenität des Volkes. Nach der Untersuchung der Frage der Repräsentation bei Rousseau folgt eine Analyse von Autoren, auf die Schmitt bei der Behandlung des Problems des Unterganges des Parlamentarismus explizit Bezug nimmt.

Wie oben bereits verdeutlicht wurde, unterscheidet Schmitt angesichts des Problems des Parlamentarismus zwei Fragen: Einerseits untersucht er

die Frage nach der Existenzberechtigung des Parlamentarismus, andererseits aber auch die richtige Form der Umsetzung des parlamentarischen Prinzips. Betont wurde ferner, dass Schmitt die Frage nach den geistigen Grundlagen des Parlamentarismus durch die französischen und deutschen Theoretiker beantworten lässt, wobei unten noch erhellet werden soll, dass das Prinzip des *government by discussion* weniger in der deutschen als vielmehr in der englischen Theorie ein prägender Gedanke war. Schmitt betont nämlich inkonsequenterweise zum einen die Bedeutsamkeit der englischen Theoretiker in der geistigen Begründung der Existenz des Parlaments, zum anderen hebt er aber auch hervor, dass diese die Existenz des Parlaments nicht theoretisch rechtfertigen wollten, da die organische Entwicklung des englischen Parlamentarismus die Theoretisierung unnötig gemacht hätte.<sup>91</sup>

Ein Einklang zwischen der französischen und der englischen Theorie des Parlamentarismus ist aber wohl auch nicht vorfindbar: Eben aus diesem Grund lohnt es sich abzuklären, welcher theoretischen Quellen sich Schmitt bediente. Schmitt hat durchaus recht, wenn er betont, dass die englischen und französischen Theoretiker, auf die er explizit Bezug nimmt, das Wesen des Parlamentarismus tatsächlich in dem Begriff *government by discussion* sahen. Sieyès, Guizot, Burke und Mill betrachteten das Parlament als ein Diskussionsforum, in dem die politische Wahrheit gefunden werden kann. Die politische Wahrheit ist somit das Ergebnis der Diskussion der Parlamentarier. Die Theoretiker sind der Meinung, dass die politische Wahrheit erst im Parlament entdeckt werden kann. Das Gemeinwohl ist damit nicht vorgegeben, sondern wird erst in der parlamentarischen Diskussion erkannt. Keiner – nicht einmal die Abgeordneten selbst – sei imstande, das Gemeinwohl alleine zu definieren: Die Bestimmung des Gemeinwohls, d. h. der politischen Wahrheit, kann nur durch die und in der Diskussion der Repräsentanten entschlüsselt werden. Alle vier Theoretiker setzten sich für das freie Mandat ein, da das imperative Mandat die rationale Diskussion der Repräsentanten und damit die Möglichkeit der Umsetzung des Prinzips *government by discussion* ausschließe.

Schmitt will den gravierenden Unterschied zwischen der französischen und der englischen Theorie aber nicht zur Kenntnis nehmen: Während die Vorstellungen hinsichtlich des freien Mandats tatsächlich übereinstimmen, weichen die Meinungen zur Kompatibilität dieses freien Mandats mit der

91 Siehe weiter oben das Kapitel: 2.4.1.1. Die französischen Theoretiker zur englischen Praxis des Parlamentarismus.

Partei- und Fraktionsdisziplin stark voneinander ab. Die Engländer schließen keineswegs aus, dass die beiden Prinzipien in Einklang gebracht werden können. Die Franzosen setzen demgegenüber voraus, dass die Abgeordneten in der parlamentarischen Diskussion nur ganz schwach von ihrer Partei abhängig sind: Sie würden nicht nach vorgegebenen Parteipartikeln, sondern ausschließlich aufgrund ihrer eigenen Überzeugungen argumentieren und versuchen, ihre Mitparlamentarier rational zu überzeugen. Laut der französischen Theoretiker können Parteidisziplin und rationale Argumentation niemals harmonisiert werden: die eine schließt die andere aus. Die in der Gesellschaft zerstreut auffindbaren Partikel der Vernunft können nach Sieyès und Guizot ausschließlich ohne die tendenziöse Fraktionsdisziplin, durch die Diskussion der Parlamentarier in eine Einheit gefasst werden. Die politische Wahrheit aber kann nur von Abgeordneten gefunden werden, die weder an ihre Wähler noch an ihre Partei gebunden sind.

Die englische Theorie lehnt im Gegensatz dazu die Verbindung dieser beiden Prinzipien nicht ab: Die Abgeordneten besitzen zwar ein freies Mandat, sind also nicht an den Willen ihrer Wähler gebunden, können sich aber im Parlament in einer Fraktion oder Partei zusammenschließen. Die Fraktionsdisziplin verträgt sich ihrer Ansicht nach durchaus mit dem freien Mandat. Burke und Mill halten es sogar für wünschenswert, dass die Parlamentarier angepasst an die Richtlinien der Partei/Fraktion handeln und argumentieren, damit die Durchsetzung der Interessen erleichtert und die Regierbarkeit des Staates zugleich gesichert werden können. Die politische Theorie des Insellandes ist demnach gegenüber den Parteien und der Parteidisziplin im Allgemeinen weniger ablehnend als die Theorie in Frankreich oder eben in Deutschland.<sup>92</sup>

Burke und Mill machen nachdrücklich klar, dass die Parteien und die Fraktionen unentbehrliche Bestandteile der parlamentarischen Systeme sind, da sie die Aggregation der Einzelstimmen der Parlamentarier zu einem massiven Tenor des angenommenen Gemeinwohls oder eben eines Partikularinteresses ermöglichen. Die Abgeordneten können nur dann effektiv handeln, erst dann auf die Politik der Regierung Einfluss nehmen und den Versuchen der Einflussnahme der Regierung auf die Parlamentarier zuvorkommen, wenn sie einheitlich und geschlossen auftreten – lautet ihre Argumentation. Die deutschen Theoretiker, die zwar nicht über die Existenzberechtigung, wohl aber über die richtige Umsetzungsform des

92 Über die englische Tradition siehe das Kapitel 4.4.4.3. Exkurs: Parteien und Fraktionen in der politischen Theorie in England; über die deutsche Tradition siehe das Kapitel 4.5.1.2. Parteienverdrossenheit in der deutschen Tradition.

Parlamentarismus schrieben, wiesen auch deutlich darauf hin, dass die Partei- und Fraktionsdisziplin die Konsequenz der richtigen Form des Parlamentarismus sei. Das Verhältnis Schmitts zur deutschen Tradition der politischen Theorie wird später noch detailliert behandelt,<sup>93</sup> an dieser Stelle soll nur angemerkt werden, dass sich die englischen Theoretiker und die deutschen Vorläufer Schmitts – im Gegensatz zu den französischen Staatswissenschaftlern und den Anhängern des monarchischen Prinzips des Kaiserreichs – für die Kompatibilität des freien Mandats mit der Fraktionsdisziplin einsetzten.

Die Beziehung zwischen Schmitt und seinen deklarierten Vorläufern ist auch durch eine weitere Verzerrung gestört: Obwohl die textnahe Interpretation der *Verfassungslehre* hinsichtlich der geistigen Grundlagen des Parlamentarismus ergeben hat, dass die Existenzberechtigung des diskutierenden Parlamentarismus nicht nur von französischen, sondern auch von deutschen Staatsrechtswissenschaftlern des 19. Jahrhunderts dargelegt wurde, muss jedoch festgestellt werden, dass sich die Autoren, auf die sich Schmitt am meisten bezieht, gar nicht mit den Existenzbedingungen des Parlaments befassen haben. Sie setzten die Existenz des Parlaments als vorgegeben und zweifelsfrei voraus. Im Gegensatz zu den Franzosen befassten sich die deutschen Wissenschaftler nicht mit den geistigen Grundlagen des Parlaments, sondern vielmehr mit der richtigen Umsetzungsform des unangezweifelten Prinzips des Parlamentarismus. Darüber hinaus sollte angemerkt werden, dass Schmitt die zitierten deutschen Staatsrechtslehrer bloß zum Teil richtig interpretiert. Es ist zwar korrekt, dass Mohl, Jellinek und Redslob die richtige Umsetzungsform des parlamentarischen Prinzips in der Praxis der Gewaltenteilung sahen, jedoch beharrten sie zugleich auf der Notwendigkeit der Partei- und Fraktionsdisziplin.

Im Folgenden werden Schmitts Hobbes- und Rousseau-Interpretationen sowie sein Verhältnis zu den viel zitierten französischen, englischen und deutschen Vorgängern analysiert.

#### *4.1. Schmitt und Hobbes: das Prinzip der Repräsentation*

In der Analyse der schmittschen Begriffsbildung wurde bereits hervorgehoben, dass sein Repräsentationsbegriff stark von Thomas Hobbes beeinflusst war, hier aber geht es nun um die Unterschiede der Repräsentations-

93 Siehe das Kapitel 4.5. Die deutsche Theorie des Funktionsmechanismus des Parlamentarismus: die wahre und die unwahre Form.

begriffe bei den beiden Theoretikern. Der wichtigste Unterschied liegt in der Eindeutigkeit der Schriften in Bezug auf die Einheit der Willensäußerung der Repräsentanten. Bei Schmitt ist die Beantwortung der Frage, ob die Repräsentation etwas *herstellt* oder bloß etwas Vorgegebenes, etwas nicht Anwesendes *darstellt* (anwesend macht), nämlich ambivalent.

Seine Theorie der monarchischen Repräsentation gründet er zwar auf die Überlegungen von Hobbes, indem er mit ihm übereinstimmend behauptet, die politische Einheit werde durch den Akt der Repräsentation hergestellt, doch unterscheidet er nicht zwischen dem handlungsbezogenen Begriff der Repräsentation, der den Akt der Willensäußerung des Volkes impliziert, und dem deskriptiv-symbolischen Begriff der Repräsentation, der keine aktive Handlung des Repräsentationssubjektes voraussetzt. Daraus folgt, dass Schmitt den Begriff der monarchischen Repräsentation inkonsequenterweise mal handlungsbezogen, mal aber bloß im deskriptiven Sinne verwendet.<sup>94</sup> Hobbes gebraucht den Begriff der Repräsentation dagegen eindeutig und immer in seinem handlungsbezogenen Sinne. Seiner Auffassung nach wird die politische Einheit erst durch den Akt der Willensäußerung des Repräsentanten hergestellt. Repräsentiert (im Sinne der *Darstellung*) wird also nicht die vorgegebene Einheit, diese wird erst durch den Akt der Willensäußerung des Repräsentanten hergestellt. Somit steht die Repräsentation in einer Wechselbeziehung mit dem Akt der Willensäußerung.

Verwendet man die Terminologie Hanna Pitkins (Pitkin 1967: 92ff), so kann Folgendes festgestellt werden: Während Schmitt den Begriff der Repräsentation *abwechselnd* im symbolisch-deskriptiven Sinne (*standing for somebody*) und im dynamisch-handlungsbezogenen Sinne (*acting for somebody*) verwendet, benutzt Hobbes den Begriff der Repräsentation nirgendwo im statischen Sinne (*standing for somebody*), denn der Repräsentant hat immer auch die Aufgabe zu handeln (*acting for somebody*), damit die politische Einheit durch den Akt der Willensäußerung hergestellt werden kann.<sup>95</sup> Die Einheit des Volkswillens wird nach Hobbes erst im Akt der Willensäußerung des Repräsentanten erstellt: Der in dieser Weise geäußerte Wille wird vom Volk als sein eigener Wille akzeptiert. Bei Schmitt ist die Repräsentation dagegen nicht derart stark an den Akt der Willensäußerung des Repräsentanten gebunden. Die Frage, ob die Repräsentation eine symbolisch-statische *Darstellung* oder eine dynamisch-

94 Siehe weiter oben das Kapitel 2.2.1. Die Repräsentation als Herstellung der politischen Einheit.

95 Wobei die Äußerung des Willens auch eine Art der Handlung ist.

handlungsbezogene *Herstellung* ist, klärt Schmitt nicht (Skinner 2005: 171, 174ff).

Der andere wichtige Unterschied betrifft den Auftraggeber der Repräsentation: Während Schmitt – den traditionellen Vorstellungen entsprechend – Gott als Auftraggeber der Repräsentation der Einheit des Volkes benennt, wird der Auftraggeber bei Hobbes mit dem Volk selbst gleichgesetzt. Das Volk beauftragt den Repräsentanten demnach mit der Repräsentation der Einheit des Volkes. Im Gegensatz dazu verkörpert Schmitts Theorie die traditionellen Vorstellungen, laut derer die Macht und das Recht zur Repräsentation der politischen Einheit nicht vom Volk, sondern von Gott herkommen. Gemäß der klassischen Tradition des monarchischen Prinzips – und gemäß der schmittschen Interpretation der monarchischen Repräsentation – werden diese Macht und dieses Recht zur Repräsentation nicht durch die Willensäußerung des Volkes legitimiert, sondern durch die Willensäußerung Gottes. Hobbes hatte radikal mit dieser Tradition gebrochen, indem er die Herkunft der Legitimation woanders verortete. Die Legitimation zur Repräsentation wird bei ihm durch den Vertrag der Individuen untereinander (!) garantiert: Sie sind es, die den Repräsentanten beauftragen, in ihrem Namen zu handeln. Dieser Vertrag, der unter den Individuen der Gesellschaft und nicht zwischen dem Repräsentanten und den Individuen der Gesellschaft geschlossen wird, verpflichtet die Individuen zugleich dazu, die Handlungen und Willensäußerungen des Repräsentanten als ihre eigene Handlung und Willensäußerung anzuerkennen (Kersting 1996: 213).

David Runciman und Quentin Skinner sind zwar, was den hobbeschen Repräsentationsbegriff angeht, anderer Meinung, stimmen jedoch darin überein, dass die politische Einheit, der Staat, nur in dem Falle existiert, wenn sie/er repräsentiert wird. Während andere artifizielle Personen (Brücken, Krankenhäuser, Kirchen) laut Skinner auch in dem Falle existieren, wenn sie nicht repräsentiert werden, existieren die heidnischen Götter und Idole sowie der Staat nur dann, wenn sie verkörpert und repräsentiert werden:

»Whereas hospitals and bridges remain things even when they are not being personated, the state in the absence of a sovereign 'is but a word', just as the gods of the heathen are 'nothing' in the absence of a priest to represent them.« (Skinner 1999: 22)

Runciman geht von einer ähnlichen Behauptung aus: Der Staat, die politische Einheit, existiert nicht vor seiner/ihrer Repräsentation, er/sie wird erst durch den Akt der Repräsentation hergestellt (Runciman 2000: 274). Im



Gegensatz zu Skinner behaupten aber Runciman und Lucien Jaume, dass die hobbesschen Vertragsparteien den Staat und den Souverän, d. h. den Repräsentanten des einheitlichen Willens des Volkes, in einem einzigen Akt ins Leben rufen. Laut Kersting ist der hobbessche Vertrag nicht nur ein Gesellschaftsvertrag, sondern zugleich auch ein Regierungsvertrag: Fehlt die Regierung, die die politische Einheit tatsächlich verkörpert, dann fehlt auch die Gewalt, die dem Vertrag Geltung verschafft (Kersting 1996: 213.) Aus diesem Grund existiert die politische Einheit erst durch den Repräsentationsvorgang. Das Volk kann die Einheit seines Willens erst in diesem Vorgang erfahren. Jaume sieht in seiner Hobbes-Interpretation die politische Einheit des Volkes in der Erstellung des Repräsentationsvorgangs. Diese Repräsentation ist seiner Ansicht nach aus diesem Grund nicht statisch, sondern vielmehr dynamisch (Jaume 1986: 47). Das Volk, das den Repräsentanten, den Souverän, ins Leben ruft, errichtet mit diesem Akt eine Entität (den Staat), die vor dem Akt der Repräsentation nicht existierte. Der Repräsentant repräsentiert darüber hinaus nicht den Willen der Individuen: Er wird von dem Volk damit beauftragt, durch seine Willensäußerung die politische Einheit des Volkes vor eben diesem Volk zu repräsentieren, das erst in diesem Akt hergestellt wird.

Jaume formuliert das wie folgt: »il faut certainement entendre que, selon les modalités de la représentation, ceux que le souverain s'incorpore ne sont plus les mems *que par qui le souverain est devenu un représentant.*« (Jaume 1986: 24) Die Repräsentation macht also nicht eine nicht anwesende – doch bereits existierende – Entität anwesend, sondern sie

erzeugt eine neue Existenz: den Staat als einen einheitlichen Willen. Die Repräsentation erstellt also einen einheitlichen Willen, denn der einheitliche Wille besteht nicht vor dem Akt der Willensäußerung des Repräsentanten.<sup>96</sup> Die Repräsentation macht in diesem Sinne nicht einen nicht Anwesenden anwesend (re-präsentiert), vielmehr erstellt sie etwas bis dahin nicht Existierendes – den einheitlichen Willen – und macht es sichtbar. Die Repräsentation stellt in diesem Sinne etwas dynamisch her. »Repräsentieren« heißt »produzieren« und »herstellen«.

Der Schlüssel zur Hobbes-Interpretation findet sich also hier: Die politische Repräsentation stellt nicht die Existenz einer Entität dar (*standing for*), sondern stellt den einheitlichen Willen einer Entität her (*acting for*)

96 »Cette unité de volonté, qui est le but principal du contrat, n'est plus ici seulement le produit de la soumission des volontés de tous à la volonté d'un seul par un transfert de droit; elle est quelque chose de plus: elle est une fusion des volontés.« (zitiert nach Hofmann 2003: 391)

(Pitkin 1967: 60ff, 92ff). Die politische Einheit besteht also nicht in der symbolischen oder existenziellen Einheit der Entitäten der politischen Gemeinschaft, sondern in der Einheit der *Willen* dieser Entitäten. Bei Hobbes benötigt die Herstellung dieser Einheit der Willen eine einheitliche Entität (oder ein Verfahren, wie zum Beispiel das Mehrheitsprinzip der Abstimmungen, das die Einheit einer sonst uneinheitlichen Entität garantiert)<sup>97</sup>: »For it is the Unity of the Representer, not the Unity of the Represented, that maketh the Person One.« (Hobbes 1904: 113) Diese Entität ist aber nur hinsichtlich des Willens einheitlich, denn sie kann aus verschiedenen Bestandteilen bestehen, die in vielerlei Hinsicht unterschiedlich, d. h., uneinheitlich sind und doch einen einheitlichen Willen haben. Damit wird zweierlei behauptet: Einerseits ist eine Entität (z. B. eine Person), die nicht imstande ist, einen einheitlichen Willen zu formulieren, keine Einheit im strikten Sinne. Diese Person ist seiner Ansicht nach eine entzweite und gespaltene Person. Die Einheit der Person besteht also bei Hobbes in der Einheit des *Willens* dieser Person.

Andererseits kann die Einheit einer komplexen Entität auch in der Weise erzeugt werden, dass die Elemente in vielerlei Hinsicht unterschiedlich, ihre Willen aber einheitlich und identisch sind. Die Elemente können unterschiedlichen Charakters sein, während sie dasselbe wollen. Die Einheit des Willens der Parteien ist bei Hobbes vor dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages, d. h. vor der Errichtung eines Repräsentanten, nicht vorhanden. Im Naturzustand wollen alle Parteien und Individuen ihr Eigeninteresse verwirklichen und den Willen des anderen bändigen. In diesem Sinne kämpfen alle gegen alle. Der Wille der Parteien ist uneinheitlich und unterschiedlich. Von einem einheitlichen Willen kann erst nach der Willensäußerung des Repräsentanten gesprochen werden: Vor diesem Akt gibt es keinen einheitlichen Willen. Diese Einheit setzt aber die Existenz eines Repräsentanten voraus, der die Einheit erzeugen, herstellen kann. Jaume weist eben darauf hin: »Le point capital aux yeux de Hobbes est le suivant: cette opération de représenter chacun est en même temps l'opération consistant à les *unifier tous, en une seule volonté*.« (Jaume 1986: 47) Die Parteien des hobbeschen Gesellschaftsvertrages geben einerseits ihr Recht auf Selbstverteidigung auf, andererseits betrachten sie den Willen des souveränen Repräsentanten als ihren eigenen. Die Parteien nehmen den Willen des Repräsentanten als ihren eigenen Willen an. Im Vorgang der Repräsentation wird also der einheitliche Wille der Vertragsparteien hergestellt. Der Souverän repräsentiert weder im statisch-

97 »And if the Representative consist of many men, the voyce of the greater number, must be considered as the voyce of them all.« (Hobbes 1904: 113)

symbolischen noch im deskriptiven, sondern im dynamischen Sinne: Der Vorgang der Repräsentation erzeugt den einheitlichen Willen. Die Handlungen und die Willensäußerungen des Repräsentanten werden von den Vertragsparteien als ihr eigener Wille anerkannt, der vor dem Akt der Willensäußerung des Repräsentanten nicht existierte.

Interpretiert man die Repräsentation in diesem Sinne als *acting for*, als Repräsentation des *Willens* und der *Handlung*, wird die Einheit der politischen Gemeinschaft erst durch den Akt der Anerkennung des Willens des Repräsentanten als eigener Wille hergestellt, so kann die Definition des Staates folgendermaßen bestimmt werden: Der Staat ist die Einheit des geäußerten Willens des Repräsentanten. Äußert sich der Repräsentant nicht, bleibt er stumm, führt er keine Handlungen aus, dann kann keine Einheit erzeugt werden, und somit erfahren die Parteien nichts über ihren eigenen Willen, ihre Willen bleiben unterschiedlich, die Vertragsparteien sind nicht in einem Willen vereinigt. Der Repräsentant kann die Vertragsparteien daher nur dann vereinigen, wenn er seinen Willen äußert. Die politische Einheit wird durch den Akt seiner Willensäußerung erzeugt. Ist der Repräsentant der Parteien willenlos, entscheidet er nicht, sondern stellt bloß in seinem Wesen die Parteien dar, dann wird keine politische Einheit hergestellt (Pitkin 1967: 46). Der hobbessche Souverän ist nur in dem Fall zur Repräsentation fähig, wenn er agiert: Der Akt der Willensäußerung ermöglicht nämlich erst die Repräsentation und damit die Bildung einer politischen Einheit.<sup>98</sup> Hobbes beschreibt die Struktur des Repräsentationsvorganges folglich so:

»Of Persons Artificiall, some have their *words* and *actions* Owned by those whom they represent. And then the Person is the Actor; and he that owneth the *words* and *actions*, is the Author. (...) so the Right of doing any *Action* is called Authori-

98 Es stellt sich die Frage, welches Moment des Repräsentationsvorganges das wesentliche ist? Das Moment der Übertragung des Rechtes zur politischen Willensäußerung durch einen Vertrag oder das Moment der Willensäußerung des souveränen Repräsentanten selbst? Das oben Ausgeführte weist eindeutig darauf hin, dass eine Einheit der Willen der Individuen erst in dem Moment zu begreifen ist, wenn der Souverän seinen Willen in irgendeiner Form äußert. Das Moment der Übertragung des Rechtes der Willensäußerung schafft noch keine Einheit der Willen. Haben die Individuen das Recht der Willensäußerung übertragen, doch äußert sich der Repräsentant nicht, gibt er seinen Willen nicht kund, dann wird kein einheitlicher Wille erzeugt, weil die Einheit der Willen der Individuen erst in der Kundgebung des Souveräns zu erfassen ist. Die Individuen können erst in dem Kundgebungsakt des Repräsentanten ihren Willen erfahren, der zugleich ein einheitlicher Wille ist.

ty. (...) Every man giving their common Representer, Authority from himselfe in particular; and owning all the actions the Representer doth, in case they give him Authority without stint: otherwise, when they limit him in what, and how farre he shall represent them, none of them owneth more, than they gave him commission to Act. (...) Of Authors there be two sorts. The first simply so called; which I have before defined to be him, that owneth the Action of another simply.« (Hobbes 1904: 110ff)

Die *Tat* des Repräsentanten wird immer als eigene Tat anerkannt, die Parteien identifizieren sich mit der *Tat* und nicht symbolisch mit der *Existenz* des Repräsentanten. Hobbes betont auch, dass eine Körperschaft, die ihren Willen nicht äußern kann, nicht als Repräsentativkörperschaft zu benennen ist:

»Or if the number be odde, as three, or more (men, or assemblies;) whereof every one has by a Negative Voice, authority to take away the effect of all the Affirmative Voices of the rest, *this Number is no Representative*; because by the diversity of Opinions, and Interests of men, it becomes oftentimes, and in cases of greatest consequence, a *mute Person*, and unapt, as for many things else, so for the government of a Multitude, especially in time of Warre.« (Hobbes 1904: 114)

Ist also eine Körperschaft unentschlossen, kann sie sich in einer wichtigen Angelegenheit nicht entscheiden und ihren Willen erklären, dann erfüllt diese Körperschaft nicht mehr die Funktion der Repräsentation, denn »repräsentieren« ist mit dem Akt der Willensäußerung des Repräsentanten gleichgesetzt.

Der Staat ist also nach Hobbes eigentlich keine Person, sondern eher ein Akt, eine Tat. Der Vertrag beauftragt eine Person oder eine Körperschaft damit, den *Willen* der Vertragsparteien zu verkörpern, sichtbar zu machen:

»The only way to erect such a common power (...) is to conferre all their power and strenght upon one Man, or upon one Assembly of men, that may reduce all their *Wills*, by plurality of voices, *unto one Will*; which is as much as to say, to appoint one Man, or Assembly of men, to bear their Person.« (Hobbes 1904: 118)

Die Vertragsparteien akzeptieren diesen Willen des Repräsentanten als ihren eigenen. Dieser Wille ist der Staat. Der Staat existiert auch nur in seinem Akt, nur in den Dokumenten, in welchen sein Wille kodifiziert

wurde.<sup>99</sup> Der Staat, die Willenseinheit des Volkes, existiert nur im Akt der Willensäußerung (Pitkin 1967: 42).

Stellt man diese Analyse nun den Feststellungen Schmitts hinsichtlich der monarchischen Repräsentation gegenüber, so zeigt sich, dass Schmitt im Falle der monarchischen Repräsentation keinen Unterschied zwischen der Repräsentation im Sinne von *acting for* und jener im Sinne von *standing for* macht. Bei Schmitt verkörpert der König in seiner Existenz und in seinem Wesen symbolisch-statisch die politische Einheit des Volkes, ohne seinen Willen äußern zu müssen. Die politische Einheit kann zwar ohne die Existenz eines Monarchen nicht vorhanden sein, doch ist der Akt der Willensäußerung des Monarchen zur Bildung/Erzeugung dieser Einheit nicht nötig. Die Einheit wird nämlich nicht nur in diesem Akt hergestellt: Sie kann auch einfach durch die Existenz des Monarchen hergestellt werden. Der Monarch macht mit seiner Existenz einfach eine unsichtbare Existenz/Entität sichtbar: »In der Repräsentation dagegen kommt eine höhere Art des *Seins* zur konkreten Erscheinung.« (Schmitt 1928a: 210) Jürgen Habermas bekräftigt diese Argumentationslinie bei seiner Interpretation Schmitts zwar, doch müssen wir zugleich anmerken: Schmitt verbindet an anderen Textstellen den Begriff der Repräsentation mit dem des Regierens. Der Begriff des Regierens impliziert aber eine Handlung und den Akt der Willensäußerung. Aus dieser Janusköpfigkeit der schmittschen Texte folgt, dass die Unterscheidung zwischen den Repräsentationsbegriffen *acting for* und *standing for* an seinem Denkhorizont nicht auftauchte. Schmitt beschreibt die Repräsentation inkonsequent einmal als *acting for*, ein anderes Mal als *standing for*, ohne diese Inkonsequenz zu bemerken.

Um also nochmals den Unterschied zwischen Hobbes und Schmitt zu betonen: Während Hobbes den Akt der Repräsentation eindeutig mit dem Akt der Willensäußerung verbindet, bleibt Schmitt in dieser Frage inkonsequent und formuliert unklar. Er benutzt den Begriff mal im Sinne von *standing for*, mal aber im Sinne von *acting for*. Einmal versteht er unter Repräsentation, dass eine schon immer existierende, doch unsichtbare Entität sichtbar, eine nicht anwesende anwesend gemacht wird, ein anderes Mal verbindet er die Repräsentation aber eindeutig mit dem Regieren, also mit der Willensäußerung des Repräsentanten.

99 Das Moment der Willensäußerung soll hier als eine Handlung beschrieben werden, obwohl die Willensäußerung und die Verwirklichung dieses Willens sich nicht immer in Übereinstimmung befinden.

#### 4.2. Schmitt und Rousseau: das Prinzip der Identität

##### 4.2.1. Rousseau in der deutschsprachigen politischen Theorie

Die Demokratiekonzeption der deutschen Gelehrten wurde zweifellos von Jean-Jacques Rousseau am stärksten beeinflusst.<sup>100</sup> Manche behaupten sogar, dass die Urquelle der deutschen Repräsentations- und Parlamentarismuskritik eindeutig in Rousseau zu finden ist (Fraenkel 1991: 212; Fraenkel 1991: 312ff; Durner 1997: 11). Es ist unbestritten, dass die Relevanz der politischen Repräsentation mit der Demokratiekonzeption Rousseaus nur schwer in Einklang gebracht werden kann, obwohl auch er sich selbst in seinen späteren Werken mit dem Problem der Unumgänglichkeit der politischen Repräsentation konfrontieren musste. In den frühen Schriften sind aber Demokratie und Repräsentation, Demokratie und Parlamentarismus einander strikt gegenübergestellt, schließen sich aus. Diese repräsentationsfeindliche Denkart ist aber nicht nur ein Schreckbild der konservativen Theoretiker: Sie ist auch Vorbild für die linken/marxistischen Theoretiker (Durner 1997: 12).

Nach den marxistischen Autoren, die die Instrumente der unmittelbaren Demokratie bevorzugen, sind die Institutionen der politischen Repräsentation (so etwa das Parlament) nur Subkommissionen des Volkes mit einem imperativen Mandat: Dementsprechend regiert das Volk sich selbst mit Hilfe der imperativ mandatierten Abgeordneten.<sup>101</sup> Die deutsche Denktradition ist durch diese Konzeption der Demokratie, die viel stärker auf den

100 Zur Vorgeschichte und zu den Vorläufern der antirepräsentativen Denkansätze sowie zur Rezeptionsgeschichte Rousseaus in Deutschland siehe: Jaumann 1994.

101 Das steht jedoch in striktem Gegensatz zu der liberalen Interpretation, nach der Rousseau auch ein Vertreter des liberalen Prinzips der Gewaltenteilung ist (Kaufmann 1988: 181ff; Thiele 2003: 124f, 136; Fralin 1978: 117; Fralin 1978: 97). Rousseau hält die Regierung und die souveräne Gewalt tatsächlich auseinander, doch beschränkt sich die Regierung bei ihm auf die Durchführung der Gesetze, die vom Souverän vorgeschrieben wurden. Die Regierung sei eine exekutive Subkommission des souveränen Volkes und kein Gegengewicht dieses Souveräns (Rousseau 1762: III.1.). Rousseau separiert außerdem die Regierung von der Gesetzgebung (Rousseau 1762: III.16.) und lässt eine Wirkung ausschließlich in eine Richtung zu: Die Regierung soll den allgemeinen Willen in die Realität umsetzen, bei der Formulierung dieses Willens darf sie keine Rolle spielen: »Mithin ist der herrschende Wille des Fürsten nichts anderes oder soll wenigstens nichts anderes sein als der allgemeine Wille oder das Gesetz.« (Rousseau 1762: III.1.)

Grundideen Rousseaus als auf den Leitgedanken der politischen Repräsentation à la Burke basiert, eindeutig gekennzeichnet. Nach dieser deutschen Tradition ist das Parlament nicht das Terrain der Balancierung verschiedener Eigeninteressen durch Diskussion, sondern verkörpert den Willen des Volkes direkt, durch das imperative Mandat der Abgeordneten (Fraenkel 1991: 21). Demokratie und Parlamentarismus können nach den deutschen Gelehrten des 19. Jahrhunderts nicht harmonisiert werden.

#### 4.2.2. Der Vertrag und die Homogenität des Volkes

Obwohl die rousseausche Demokratiekonzeption von den konservativen Gelehrten vorwiegend übernommen und zugleich aber auch als Schreckbild benutzt wurde, ist die Beziehung Schmitts zu Rousseau bei weitem nicht so störungsfrei, wie man nach dem ersten Eindruck voraussetzen würde. Die überwiegende Mehrheit der Schmitt-Experten tadelt Schmitt eben aus dem Grunde, weil er im Bezug auf die Demokratie im rousseauschen Begriffssystem steckengeblieben ist. Laut seiner Kritiker war Schmitt nicht imstande, sich eine moderne Interpretation der Demokratie anzueignen. Daraus folgt auch, dass diese Schmitt-Experten nicht nur den schmittschen Identitätsbegriff, sondern auch sein Pendant, den schmittschen Repräsentationsbegriff, im Geiste Rousseaus interpretieren (Pethö 1993: 132), obwohl das Verhältnis Schmitts zur unmittelbaren Demokratie à la Rousseau sehr viel ambivalenter ist.

Was hat Schmitt also von Rousseau gelernt, und was trennt seine Konzeption von jener Rousseaus? Die Demokratiekonzeption Schmitts beruht auf den Begriffen »Identität« und »Homogenität«.<sup>102</sup> Die aktionsfähige politische Einheit, die Nation ist in der Demokratie mit sich selbst identisch. Er betont, dass diese Definition der Demokratie ursprünglich und am klarsten in den Werken Rousseaus formuliert sei (Schmitt 1927: 51; Schmitt 1926: 19f; Schmitt 1926: 34; Schmitt 1928a: 214). Seine Rousseau-Interpretation hebt darüber hinaus hervor, dass die Gründung des demokratischen Staates keinen Vertrag voraussetze. Dem demokratischen Staat liege vielmehr eine homogene politische Einheit zugrunde, die nicht in eine Vielzahl von Parteien zersplittert ist.<sup>103</sup> Das Fundament des Staates bestehe also eben in dieser Homogenität der Willen und nicht in einem

102 Siehe weiter oben das Kapitel 3. Das Formprinzip der Identität.

103 Siehe weiter oben das Kapitel 2.2.2. Die Repräsentation als Darstellung der politischen Einheit.

Vertrag von Kontrahenten, der nur einen Kompromiss, jedoch keine tatsächliche politische Einheit erzeugen kann. Der allgemeine Wille des Volkes, der zwar niemals täusche, manchmal aber nicht richtig erkannt werde, verleihe dem demokratischen Staat seine Grundlage (Rousseau 1762: II.3.).

Die Rousseau-Interpretation Schmitts weist aber nachdrücklich auch darauf hin, dass die Mitbürger des rousseauschen Staates den allgemeinen Willen nicht deswegen als ihren eigenen akzeptieren, weil er sich mit Hilfe eines prozeduralen Verfahrens als der Wille der Mehrheit erwiesen hätte, sondern weil die Objekte des Willens der einzelnen Vertragsparteien vor dem Akt des Vertragsabschlusses identisch sind (Schmitt 1928a: 229). Der *volonté generale* ist also in der schmittschen Rousseau-Interpretation nicht mit einem prozeduralen Verfahren ohne vorbestimmte Objekte, sondern mit einem bestimmten Begriff des Gemeinwohls gleichzusetzen. Dieser substanzielle Begriff des Gemeinwohls soll also mit dem Begriff des *volonté generale* identifiziert werden. Der Gesellschaftsvertrag ist in seiner Rousseau-Interpretation zur Gründung des Staates absolut entbehrlich, da die Vertragsparteien bereits vor dem Abschluss des Vertrages das Gleiche wollen: das substanziell vordefinierte Gemeinwohl, das nicht einfach mit einer Prozedur gleichzusetzen ist. Die Vertragsparteien sind sich also bereits vor dem Abschluss des Vertrages in dem Objekt ihrer Willen einig. Sie sind in Bezug auf ihre Willen homogen. Das Wesen dieser Homogenität besteht also darin, dass die Vertragsparteien den Begriff des Gemeinwohls konvergierend und gleichbedeutend interpretieren, die Mitbürger einen Gemeinwohlbegriff teilen.

Schmitt erachtet die Argumentation Rousseaus aus folgendem Grunde als zirkelschlüssig: Die Homogenität der Gesellschaft wird bei Rousseau seiner Ansicht nach erst durch den Vertrag geschaffen, dieser Gesellschaftsvertrag setzt aber eine homogene Gemeinschaft voraus, die sich zur selben Konzeption des Gemeinwohls bekennt (Schmitt 1928b: 128; Schmitt 1928a: 274).<sup>104</sup> Der große Gesetzgeber kann diese gemeinsame

104 Fralin weist auf die Tautologie Rousseaus aufgrund einer anderen Textstelle hin (Rousseau 1762: IV.2.): Rousseau betont einerseits, dass der Wille der Mehrheit mit dem allgemeinen Willen identisch ist (Rousseau 1762: IV.2.), andererseits stellt er die Notwendigkeit der Akzeptanz eines Postulats fest: »Hierin liegt allerdings die Voraussetzung, daß die Stimmenmehrheit noch alle charakteristischen Kennzeichen des allgemeinen Willens an sich trägt. Sind diese im Schwinden begriffen, so gibt es keine Freiheit mehr.« (Rousseau 1762: IV.2.; Fralin 1978: 79). Aber einen Grundsatz vorauszusetzen, ist noch kein Beweis für die Richtigkeit dieses Grundsatzes. Rousseau setzt voraus, worüber er später betont, dass es die Wahrheit sei.



Konzeption des Gemeinwohls dem Volk zwar vorlegen, doch können die Vertragsparteien von dieser Konzeption auch abweichen, ihre eigene Konzeption bevorzugen. Sie werden damit eher ihr Eigeninteresse und nicht das Gemeinwohl favorisieren. Anders formuliert: Das Gemeinwohl wird mit ihrem Eigeninteresse gleichgesetzt. Etwas anderes wäre auch nicht zu erwarten: Rousseau ist sich dessen bewusst, dass die Vertragsparteien erst dann der gemeinsamen Gemeinwohlkonzeption zustimmen würden, wenn sie aufgrund des Vertrages akzeptierten, dass der allgemeine Wille zur Geltung gebracht werden muss.

Schmitt bemerkt auch, dass sich Rousseau dieses Problems bewusst war: Der Franzose weise nämlich selbst darauf hin, dass die Folge erst zur Ursache verwandelt werden müsste, damit der Vertrag tatsächlich in der vorgeführten Form geschlossen werden könne (Schmitt 1928b: 128; Rousseau 1762: II.7.). Rousseau lanciert daher eine höhere Entität (Gott), die die Grundgesetze des Gesellschaftsvertrags durch den großen Gesetzgeber offenbart. Der Vertrag wird somit aus dem Grunde akzeptiert, weil die Grundgesetze und das Gemeinwohl von Gott bestimmt wurden. Die Vertragsparteien des rousseauschen Systems akzeptieren das Gemeinwohl weder aus eigener Motivation noch dank der Aufklärungsarbeit des großen Gesetzgebers: Sie stimmen dem Gemeinwohl zu, weil es von Gott bestimmt ist (Rousseau 1762: II.7.).<sup>105</sup> Schmitt betont dementsprechend, dass die Grundlagen des rousseauschen Staates nicht prozedural sind, nicht dem Verfahren der Addition der Einzelwillen und der Technik der Mehrheitsfindung entsprechen, sondern das substanziell bestimmte Gemeinwohl voraussetzen. Der Staat wird nicht durch die Prozedur der Mehrheitsfindung, sondern durch die von allen Individuen bewilligte

105 Schmitt wirft Rousseau mangelnde Argumentation mit allem Recht vor: Denn was passiert in dem Fall, wenn das Volk die Vorschläge des großen Gesetzgebers trotz alledem ablehnt? Dann soll der große Gesetzgeber einfach hinnehmen, dass der allgemeine Wille doch nicht realisiert werden kann. Der große Gesetzgeber ist nicht berechtigt, dem Volk ein Gesetz aufzuzwingen. Im Gegensatz zu dem großen Gesetzgeber ist ein Diktator dazu berechtigt, dem Volk Vorschriften aufzuzwingen, jedoch sind Vorschriften Gesetze, denen das Volk zuvor zugestimmt hat. Der Diktator kann also keine neuen Gesetze vorschreiben und aufzwingen, er kann ausschließlich den alten Zustand wiederherstellen. Während der große Gesetzgeber also weiß, was dem Volk aufgezwungen werden sollte, aber keine Macht zur Durchsetzung des allgemeinen Willens hat, verfügt der kommissarische Diktator über das Recht, dem Volk Vorschriften aufzuzwingen, doch weiß er nicht, worin der allgemeine Wille eigentlich besteht, er darf bloß den alten Zustand restaurieren. Würde die Gelehrsamkeit des großen Gesetzgebers mit einem Recht zum Erzwingen versehen, dann könnte man nach Schmitt von einer souveränen Diktatur sprechen (Schmitt 1928b: 116ff, 145f).

substanzielle Gemeinwohlkonzeption legitimiert. Diese Gemeinwohlkonzeption ist mit der *vertu* des Altertums gleichzusetzen (Schmitt 1928b: 123; Schmitt 1928a: 252).

Nach dem wesentlichen Element der schmittschen Kritik ist der Gesellschaftsvertrag bei Rousseau also nur ein liberales Trugbild, das sein Demokratiekonzept inkonsistent mache (Schmitt 1926: 19; Schmitt 1928a: 274; Schmitt 1928a: 229). Die Kritiker wiederum werfen Schmitt aber vor, dass er Rousseau in dieser Hinsicht missdeutet, denn sie halten daran fest, dass die Gesellschaft und der allgemeine Wille bei Rousseau tatsächlich durch die Prozedur des Vertragsabschlusses gestiftet und bestimmt werden. Ob nun Schmitt oder seine Kritiker die Werke Rousseaus richtig interpretiert haben, wird im Folgenden untersucht.

#### 4.2.3. Die prozedurale Rousseau-Interpretation

Auf den ersten Blick könnten die Fundamente des rousseauschen Staates tatsächlich in einem prozeduralen Verfahren gefunden werden: Sowohl der Gesellschaftsvertrag als auch die Bestimmung des allgemeinen Willens könnten mit einer Prozedur (Zustimmung zum Vertrag und Mehrheitsfindung durch Abstimmung), anders formuliert mit einem freiwilligen Zustimmungs- oder eben Ablehnungsakt der Parteien gleichgesetzt werden. Im Folgenden soll geklärt werden, dass diese Feststellung auf einer Missdeutung der rousseauschen Texte beruht. Damit die Fehler dieser Missdeutung sichtbar werden, ist zunächst festzuhalten, auf welche Textstelle die Rousseau-Experten Bezug nehmen, wenn sie die Gründung (Gesellschaftsvertrag) und das Funktionieren des Staates (Bestimmung des allgemeinen Willens durch Mehrheitsfindung) als ein rein prozedurales Verfahren bestimmen.

Die Prozedur des Gesellschaftsvertrages tritt erst in den späten Werken Rousseaus als ein notwendiges Element zur Stiftung einer Gesellschaft und eines Staates auf. Im Gegensatz zu seinen Frühwerken zeichnet Rousseau in seinem *Gesellschaftsvertrag* ein viel pessimistischeres Bild von der Natur des Menschen im Naturzustand. Er betont hier, dass die Entwicklung der Menschen und der menschlichen Gemeinschaft im Naturzustand eine Phase erreicht hätte, wo der Einzelne selbst nicht mehr imstande war, sich vor den Gefahren und den Bedrohungen durch die Natur und seine Mitmenschen zu verteidigen. Der Naturzustand habe sich

also allmählich von einem idealen gewaltfreien Zustand in eine lebensbedrohende Konstellation verwandelt.<sup>106</sup>

»Ich nehme an, daß sich die Menschen bis zu der Stufe emporgeschwungen haben, wo die Hindernisse, die ihrer Erhaltung in dem Naturzustand schädlich sind, durch ihren Widerstand die Oberhand über die Kräfte gewinnen, die jeder einzelne aufbieten muß, um sich in diesem Zustand zu behaupten. Dann kann dieser ursprüngliche Zustand nicht länger fortbestehen, und das menschliche Geschlecht müßte zugrunde gehen, wenn es die Art seines Daseins nicht änderte.« (Rousseau 1762: I.6.)

Die Entwicklung im Naturzustand bringt also mit sich, dass sich die Menschen immer mehr in einer lebensgefährlichen Situation befinden, es sei denn, sie gewinnen an Stärke (dazu sind sie nicht fähig) oder sie stiften eine neue Gewalt durch die Addition ihrer eigenen Gewalten (dazu sind sie fähig). Der Naturzustand ist also im rousseauschen System kein *bellum omnium contra omnes*, aber auch kein gewaltfreies Himmelreich (Rousseau 1762: I.7.).<sup>107</sup> Die Menschen im Naturzustand sind allerdings weder von Natur aus (wie die Eltern über die Kinder) noch aufgrund des Rechtes des Stärkeren dazu berechtigt, über andere zu disponieren. Rousseau sieht daher keine andere Möglichkeit, die Selbstverteidigung im Naturzustand zu organisieren, als mit dem freiwilligen Vertrag, der eine höhere Gewalt als der Einzelmensch stiftet (Rousseau 1762: I.4.). Allein ein freiwilliger Vertrag kann demnach das Fundament einer Gesellschaft sein.<sup>108</sup> Der Gesellschaftsvertrag, »dessen Mitglieder aus sämtlichen

106 Zwischen dem Naturzustand, der in der *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen* umrissen wurde, und jenem, der im *Gesellschaftsvertrag* dargelegt ist, besteht eine Diskrepanz (Herb 2000a: 40ff). Früher sahen die Rousseau-Experten keinen Kontrast zwischen den beiden Darstellungen. Einige meinten sogar die Erklärung der Notwendigkeit eines Vertrages in der *Abhandlung* gefunden haben (Derathé 1950).

107 Der Naturzustand ist nicht durch die Idee der Gerechtigkeit gekennzeichnet: »Betrachtet man die Dinge nur vom menschlichen Gesichtspunkte aus, so sind die Gesetze der Gerechtigkeit in Ermangelung einer natürlichen Bestätigung derselben unter den Menschen völlig überflüssig; sie dienen nur zum Besten des Bösen und zum Nachteil des Rechtschaffenen, wenn letzterer sie gegen jedermann beobachtet, während niemand sie ihm gegenüber befolgt. Es bedarf also gewisser Verträge und Gesetze, um die Rechte mit den Pflichten zu vereinbaren und die Gerechtigkeit auf ihr Gebiet zurückzuführen.« (Rousseau 1762: II.6.).

108 Der Gesellschaftsvertrag Rousseaus ist einerseits jenem von Hobbes ähnlich, da der Vertrag nicht zwischen dem Repräsentanten und den Individuen, sondern zwischen den Vertragsparteien geschlossen wird, andererseits weicht der rousse-

Stimmabgebenden bestehen, und der durch ebendiesen Akt seine Einheit, sein gemeinsames Ich, sein Leben und seinen Willen erhält« (Rousseau 1762: I.6.), besteht darin, dass sich die Vertragsparteien unter der Direktion des allgemeinen Willens zusammenschließen. In diesem Sinne erscheint das Fundament der Gesellschaft und des Staates tatsächlich als eine Prozedur, als die Prozedur des Gesellschaftsvertrages.

Thiele ist ebenfalls der Meinung, dass das Fundament der Gesellschaft und das Funktionieren des Staates bei Rousseau auf einer Prozedur – und nicht auf der Homogenität der Individuen – beruht. Seiner Ansicht nach findet das Volk den allgemeinen Willen nicht einfach vor, entspricht der allgemeine Wille nicht einem vorfindbaren substanziellen Gemeinwohlkonzept, das die Parteien einfach akzeptieren. Er wird erst durch eine Prozedur, durch die Prozedur der Mehrheitsfindung, in dem Akt der Abstimmung konzipiert. In der Rousseau-Interpretation Ulrich Thieles werden die Partikularinteressen nicht aufgehoben. Den allgemeinen Willen bestimmt Thiele bei Rousseau als den kleinsten gemeinsamen Nenner der partikularen Eigeninteressen, der das Endergebnis einer rationalen Diskussion darstellt (Thiele 2003: 152). Es ist unbestritten, dass einige Passagen des *Gesellschaftsvertrages* diese Auslegung bestätigen.<sup>109</sup> Die diesbezüglichen Textstellen belegen die prozedurale Fundamentierung der Gesellschaft und des Staates (Thiele 2003: 152; Habermas 1996a: 161ff; Preuß 2001: 159). Im Folgenden soll allerdings nachgewiesen werden, dass nicht etwa die prozedurale, sondern die substanzielle Interpretation den rousseauschen Texten gerecht wird. Die Gesellschaft und der Staat lassen sich eher durch die Homogenität, durch das gemeinsame Gemeinwohlkonzept begründen als durch ein prozedurales Verfahren.

#### 4.2.4. Die substanzielle Rousseau-Interpretation

Im Folgenden wird gezeigt, dass die Bestimmung des allgemeinen Willens nicht in einem leeren, prozeduralen Verfahren besteht, sondern in der

ausche Gesellschaftsvertrag von dem hobbesschen in der Hinsicht ab, dass die Vertragsparteien nicht einen souveränen Vertreter mit der Bestimmung ihrer eigenen Willen beauftragen, sondern sich dem allgemeinen Willen des ganzen Volkes fügen, der nicht von ihrem Repräsentanten, sondern vom Volk selbst bestimmt wird (Kersting 2000: 56ff).

109 »Zieht man nun von diesen Willensmeinungen das Mehr und Minder, das sich gegenseitig aufhebt, ab, so bleibt als Differenzsumme der allgemeine Wille übrig.« (Rousseau 1762: II.3.)

Bestimmung der Substanz des Gemeinwohls. Daraus folgt aber auch, dass das Fundament der Gesellschaft und des Staates bei Rousseau die allgemeine Anerkennung dieses Gemeinwohls ist. Die Grundlage des Staates liegt in der Homogenität dieses Gemeinwohlkonzepts. Daraus folgt ferner, dass der Gesellschaftsvertrag selbst kein rein prozedurales Verfahren ist: Die Vertragsparteien stimmen nicht nur einer Verfahrensregel zu, mit der sie alle Konflikte regulieren und den Staat regieren können, sondern eher einem bestimmten Konzept des Gemeinwohls. Der Vertrag wird nur von Individuen abgeschlossen, die dieses Konzept akzeptieren. Um diese These klarzustellen, muss die Argumentation rückwärts aufgerollt werden: Es wird vorausgesetzt, dass der Abschluss des Gesellschaftsvertrags und die Bestimmung des allgemeinen Willens tatsächlich ein rein prozedurales Verfahren sind. Entpuppt sich aber die Bestimmung des allgemeinen Willens als ein substanzieller Akt, in dem ein bestimmtes Gemeinwohlkonzept mitgedacht wird, so wirkt sie auf den Gesellschaftsvertrag zurück und wird nur von Individuen abgeschlossen, die das gleiche Konzept des Gemeinwohls gutheißen. Die Grundlage der Gesellschaft und des Staates liegt also in der Homogenität des Gemeinwohlkonzeptes.

#### 4.2.4.1. Die substanzielle Bestimmung des allgemeinen Willens

Eine mit dem Gesellschaftsvertrag gestiftete Gesellschaft kann sich nur in dem Falle erhalten, wenn sich der allgemeine Wille im Akt der Gesetzgebung oder der Abstimmung manifestiert. Gewisse Textstellen der rousseauschen Werke machen aber deutlich, dass der allgemeine Wille nicht ohne weiteres mit dem Willen der Mehrheit gleichgesetzt werden kann. Der allgemeine Wille ist bereits vor dem durch eine Abstimmung erfolgenden Akt der Mehrheitsfindung vorhanden: Die Substanz des allgemeinen

Willens ist unabhängig von dem Endergebnis der Abstimmung, sie wird nicht durch den Akt der Abstimmung festgelegt. Warum?

Die Ausgangsfragen lauten folgendermaßen: Kann der Akt des Abschlusses des Gesellschaftsvertrages, der die Gesellschaft fundiert, von den Akten der Gesetzgebung, die das Fortbestehen und das Funktionieren dieser Gesellschaft garantieren, getrennt werden? Können die Akte der Fundierung von jenen des Fortbestehens der Gesellschaft getrennt werden? Kann man sich die Existenz einer gegründeten Gesellschaft ohne weitere Akte der Willensäußerung vorstellen? Kann man sich die Gesellschaft, die mit einem freiwilligen Akt der Individuen gegründet wurde, ohne eine kontinuierliche Manifestation ihres Willens vorstellen? Nach

der Argumentationslinie dieser Arbeit müssen diese Fragen eindeutig mit Nein beantwortet werden. Die Gesellschaft existiert nur in ihrem Akt der Willensäußerung. Rousseau schlägt allerdings ziemlich widersprüchliche Lösungen für das Problem der prozeduralen Bestimmung des allgemeinen Willens vor.

Das Ergebnis der Prozedur des Gesellschaftsvertrages schreibt nur so viel vor, dass die Eigeninteressen und die Eigenwillen dem Gemeinwohl und dem allgemeinen Willen unterstellt werden müssen. Dieses Prinzip der Unterordnung des Eigenwillens unter den allgemeinen Willen, der also in dem Gesellschaftsvertrag bestimmt wurde, muss jedoch irgendwie persistent durchgeführt werden. Die Bürger müssen auf eine gewisse Weise immer wieder ermitteln, worin genau der allgemeine Wille in der konkreten Situation besteht. Dies ist für das Funktionieren und Fortbestehen der Gesellschaft unentbehrlich. Der Gesellschaftsvertrag ruft die Gesellschaft nur ins Leben (Rousseau 1762: I.5.), die sich als Volk aber bloß in dem Fall erhalten kann, wenn das Prinzip des Gesellschaftsvertrages jedes Mal erneut in die Praxis umgesetzt wird, indem der allgemeine Wille durch die Gesetzgebung, durch Abstimmung, also durch Entscheidungen bestimmt wird (Rousseau 1762: II.7.). Das Volk befindet sich nach dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages und vor den Akten der Gesetzgebung noch in seiner Geburtsstunde – wie Rousseau selbst formuliert (Rousseau 1762: II.7.) –, »denn der ursprüngliche Akt, durch den er sich bildet und verbindet, veranlaßt noch nicht, was er zu seiner Erhaltung tun muß.« (Rousseau 1762: II.6.) Ferner: »Die Gesetze sind eigentlich nur die Bedingungen der bürgerlichen Genossenschaft.« (Rousseau 1762: II.6.) Ohne Gesetze gibt es also keine Gesellschaft. Die Gesetze, deren allgemeine Akzeptanz in dem Gesellschaftsvertrag reguliert wurde, verkörpern das Fundament der Gesellschaft. Nach dem Abschluss des Gesellschaftsvertrages bleibt also nur die Frage: Was muss der Inhalt dieser Gesetze sein? Was gilt als Manifestation des allgemeinen Willens, was schreiben die Gesetze also konkret vor? (Rousseau 1762: II.5.)

Die alltägliche Umsetzung des Gesellschaftsvertrages, das Funktionieren und Fortbestehen der Gesellschaft, besteht aus zwei Elementen, die bei Rousseau jedoch nicht auseinandergehalten werden: einerseits aus der Bestimmung des allgemeinen Willens (anders formuliert: des Inhaltes der Gesetze), andererseits aber aus der Zubilligung zu diesem vorbestimmten Willen durch eine Abstimmung. Dieses Argument sei aber – worauf mehrere Gelehrte hinweisen – wieder einmal zirkelschlüssig (Fralin 1978: 79): Während Rousseau den Mehrheitswillen mit dem allgemeinen Willen gleichsetzt, betont er zugleich, dass man *voraussetzen* muss, dass »die Stimmenmehrheit noch alle charakteristischen Kennzeichen des allgemei-

nen Willens an sich trägt. Sind diese im Schwinden begriffen, so gibt es keine Freiheit mehr, welcher Partei man sich auch anschließen möge.« (Rousseau 1762: IV.2.)

Aufgrund dieser Textstellen scheint die prozedurale Interpretation berechtigt: Die Bestimmung des allgemeinen Willens erfolgt durch die Mehrheitsentscheidung einer Abstimmungsprozedur (Rousseau 1762: IV.2.). Eine Definition im Gesellschaftsvertrag setzt den allgemeinen Willen mit dem Willen der Mehrheit der Abstimmenden gleich (Rousseau 1762: IV.2.). Das Prinzip der Abstimmungsmehrheit *setzt* aber selbst nach Rousseau *voraus* (Achtung: das ist bloß eine *Voraussetzung*!), dass das Mehrheitsprinzip noch alle Charakterzüge des Gemeinwohls aufweist. Sind diese Charakterzüge des Gemeinwohls in dem Mehrheitsprinzip nicht mehr vorfindbar, berücksichtigt die Mehrheit nur ihr Eigeninteresse und nicht mehr das Gemeinwohl, so gibt es keine Freiheit mehr. Rousseau setzt also voraus, dass die Mehrheit bei den Abstimmungen immer dem Gemeinwohl, niemals aber ihrem Eigeninteresse den Vorrang gibt (Rousseau 1762: IV.2.).

Die Gleichsetzung des Willens der Mehrheit mit dem allgemeinen Willen und mit dem Gemeinwohl bleibt also selbst bei Rousseau eine *optimistische Annahme*. An einer anderen Stelle gibt er aber zu, dass der Wille der Mehrheit oft gar nicht mit dem allgemeinen Willen übereinstimmt, da das Volk häufig zu wenig informiert ist, was dazu führt, dass seine Entscheidung nicht der Förderung des Gemeinwohls dient.<sup>110</sup> Der allgemeine Wille kann aus diesem Grund nicht mit Hilfe einer Abstimmung ermittelt werden, da es – selbst nach Rousseau – häufig vorkommt, dass die Mehrheit das Gemeinwohl nicht erkennt und die Mehrheitsentscheidung des Volkes so nicht mit dem allgemeinen Willen übereinstimmt. Rousseau scheint also inkonsequent zu sein: An einigen Textstellen betont er, dass das Volk keine Entscheidung treffen könne, die gegen sein Eigeninteresse verstoße (Rousseau 1762: I.7.). Was die Mehrheit des Volkes wolle, sei immer richtig und stimme mit dem allgemeinen Willen überein. Andere Passagen weisen aber darauf hin, dass die Mehrheit das Gemeinwohl aus verschiedenen Gründen nicht immer richtig erkenne. Die Mehrheit kann sich also in ihrer Entscheidung irren.<sup>111</sup> Während sich

110 »Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß der allgemeine Wille beständig der richtige ist und immer auf das allgemeine Beste abzielt, daraus folgt jedoch nicht, daß Volksbeschlüsse immer gleich richtig sind.« (Rousseau 1762: II.3.)

111 Der allgemeine Wille stimmt nicht unbedingt mit dem Gemeinwohl überein. Der allgemeine Wille kann sich zwar nicht irren, es kann aber sein, dass die Bürger

Schmitt eindeutig auf die ersten Textstellen bezieht (Schmitt 1928b: 120; Schmitt 1928a: 235), beruft sich Thiele auf die letztgenannten Passagen, indem er betont, dass der allgemeine Wille (*volonté generale*) bei Rousseau ein Ideal sei, das niemals erreicht werden könne, jedoch als Orientierungshilfe diene (Thiele 2003: 151).<sup>112</sup> All daraus ist ersichtlich, dass Rousseau bei weitem nicht so eindeutig ist, wie Schmitt oder eben Thiele vermutet.

Das ist aber zugleich der Punkt, an dem deutlich wird, dass die Rousseau-Interpretation Schmitts als richtig zu bezeichnen ist. Es stellt sich hier heraus, dass die Bestimmung des allgemeinen Willens *nicht* durch die Prozedur der Abstimmung erfolgt, denn Rousseau stellt fest, dass die anwesenden Individuen der Volksversammlung nicht die Frage beantworten müssen, ob sie den Gesetzesvorschlag für richtig erachten. Sie formulieren den allgemeinen Willen nicht durch eine Diskussion. Ihre Aufgabe bestehe vielmehr in der Beantwortung der Frage, ob der Vorschlag mit dem vorbestimmten allgemeinen Willen, der in irgendeiner Form bereits vor der Abstimmung festgelegt war, übereinstimme oder nicht (Rousseau 1762: IV.2.). Der allgemeine Wille ist darüber hinaus nicht das Ergebnis einer Diskussion. Rousseau weist explizit darauf hin, dass der allgemeine Wille umso weniger umgesetzt werden kann, desto größer die Uneinigkeit der Volksversammlung ist (Rousseau 1762: IV.2.). Er bestreitet die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer Diskussion vor der Abstimmung. Die Mitbürger gäben einfach ihre Stimme in der Öffentlichkeit ab. Die Entscheidung erfolge dementsprechend bereits zu Hause und nicht in der Folge einer argumentierenden Diskussion in der Öffentlichkeit.<sup>113</sup> Daraus folgt, dass sich die (diskutierende) Volksversammlung bei der Bestim-

das Gemeinwohl nicht richtig erkennen und daher den allgemeinen Willen falsch bestimmen (Rousseau 1762: II.3.; II.12.).

112 Rousseau wird oft vorgeworfen, dass seine Gedankengänge realitätsfern seien. Er hat aber seinen Realitätssinn sicherlich nicht verloren. Das beweisen seine Ausführungen über die notwendigen Voraussetzungen einer möglichen Verfassunggebung (Rousseau 1762: II.7–10.) oder eben seine Bemerkungen über die Unumgänglichkeit der Parteien. Er weist diesbezüglich darauf hin, dass diese Unumgänglichkeit der gesellschaftlichen Gespaltenheit durch die Vermehrung dieser Parteien und durch die Aufhebung der Unterschiede unter den Parteien moderiert werden kann. Von einem gesunden Realitätssinn zeugt auch das Ermessen der Notwendigkeit eines großen Gesetzgebers (Rousseau 1762: II.6.) sowie die Behauptung, dass das Volk niemals die notwendigen Informationen zur richtigen Bestimmung des allgemeinen Willens besitzt (Rousseau 1762: II.3.).

113 Kaufmann weist zugleich aber auch auf die Textstellen hin, wo Rousseau die *acclamatio* mit Götzendienst gleichsetzt (Rousseau 1762: IV.; Kaufmann 1988: 158ff; Herb 2000b: 172f).



mung des allgemeinen Willens erübrigt. Es würde auch ohne die Versammlung gut funktionieren, wenn die Bürger ihre Stimmen einfach öffentlich abgäben.<sup>114</sup>

Dieser allgemeine Wille entspricht aber einer substanziellen Konzeption des Gemeinwohls, da der Wille seine Allgemeinheit nicht der Anzahl der Abstimmenden, sondern dem gemeinsamen Interesse derselben zu verdanken hat (Riley 2000: 122, 129; Rousseau 1762: II.4.). Der allgemeine Wille ist nach dieser zweiten Definition immer auf der Seite der Wahrheit und des Gemeinwohls, obwohl die Mehrheitsentscheidungen des Volkes nicht immer mit der substanziell vordefinierten Gemeinwohlkonzeption – also mit dem allgemeinen Willen – übereinstimmen (Rousseau 1762: II.3.). Nach dieser Definition kann der allgemeine Wille also nicht als das Endergebnis der Prozedur der Mehrheitsentscheidung bestimmt werden, vielmehr ist er als ein Wille mit vordefinierten Objekten (d. h. Gemeinwohlkonzepten) zu betrachten (Riley 2000: 129; Roels 1969: 32ff; Fetscher 1960; Kersting 1994: 165ff; Kersting 2000: 9ff).

Aus alledem folgt, dass die Abstimmung kein unentbehrlicher Bestandteil der Bestimmung des allgemeinen Willen ist: Das Gemeinwohl, das eigentlich dem kleinsten gemeinsamen Nenner aller Privatinteressen entspricht, könnte auch von einem Außenseiter leicht begriffen werden.<sup>115</sup> Die Bestimmung des allgemeinen Willens benötigt also keine Abstimmung, vielmehr ist ein präziser Überblick über die Privatinteressen vonnöten, damit der objektiv begreifbare kleinste gemeinsame Nenner tatsächlich erfasst wird (Rousseau 1762: II.3.; Rousseau 1762: IV.2.). Rousseau versucht jedoch, zwei unvereinbare Traditionen der Legitimierung des

114 Die Öffentlichkeit würde allerdings damit verloren gehen: Der Bürger als *citoyen* könnte die Argumente in seiner Zurückgezogenheit überlegen, doch die Entscheidung wäre dann nicht in der Öffentlichkeit getroffen worden. Die Frage der Abstimmung in der Öffentlichkeit war aber für Rousseau ein wichtiges Problem (Rousseau 1762: IV.4.). Rousseau befürwortet die offene Abstimmung, da dadurch ein Votum im Interesse des Eigennutzes beschränkt werden kann. Die offene Abstimmung trägt also zur Kultivierung der Tugenden, die die Republik eigentlich tragen, wesentlich bei. Geheime Wahlen korrumpieren – lautet das Verdikt Rousseaus.

115 Bestimmte Textstellen weisen darauf hin, dass das Gemeinwohl durch eine einfache Subtraktion festgestellt werden kann. Allen besonderen Willen soll ihr besonderes Element entzogen werden, und was bleibt, das ist das Gemeinwohl. Die Unterscheidung zwischen *volonté de tous* und *volonté générale* erzwingt zwar die Ablehnung der Bestimmung des allgemeinen Willens durch einfache Addierung aller besonderer Willen, aber sie schließt die Durchsetzung des Prinzips des kleinsten gemeinsamen Nenners nicht aus. Rousseau befürwortet dieses Letztere (Rousseau 1762: II.3.).

Staates miteinander zu vereinbaren: einerseits die Tradition der prozeduralen Bestimmung des Gemeinwohls (allgemeinen Willens), andererseits aber will er gesichert wissen, dass die prozedurale Bestimmung des Gemeinwohls zu einem – vor der Prozedur – festgelegten Ergebnis (Substanz) führt. Die Unvereinbarkeit der beiden Arten der Bestimmung des Gemeinwohls wird später noch eingehend behandelt.

#### 4.2.4.2. Das Fundament der Gesellschaft

Sollte das Fundament der Gesellschaft trotz dieser Argumentation als eine Prozedur betrachtet werden, stellt sich die Frage, ob das Funktionieren des Staates und der Gesellschaft, d. h. die konkrete Bestimmung des allgemeinen Willens (Gesetzgebung), durch eine Prozedur erfolgt oder ob sie genauso substantiell ist wie die Gründung der Gesellschaft und des Staates. Was resultiert daraus, wenn die Vertragsparteien durch einen prozeduralen Akt (Vertragsabschluss) zugleich einem nicht-prozeduralen, substantiellen Gemeinwohlkonzept zugestimmt haben? Was folgt daraus, wenn die Ermittlung des konkreten Inhaltes des allgemeinen Willens gar nicht durch eine Prozedur (Abstimmung) erfolgt, sondern vorgegeben ist?

Ist es denkbar, dass die Vertragsparteien durch den freiwilligen Beitritt zur Gesellschaft mit dem Akt des Vertragsabschlusses zugleich eine bestimmte substantielle Konzeption des Gemeinwohls akzeptiert haben? Damit würde man behaupten, dass die Vertragsparteien eigentlich schon vor dem Abschluss des Vertrages in dieser Hinsicht homogen sind. Die konkrete Substanz des allgemeinen Willens, der Gesetze kann nicht durch eine Prozedur, sondern nur mit Hilfe des großen Gesetzgebers ermittelt werden: Er ist es, der immer klar beurteilen kann, worin das Gemeinwohl in der konkreten Situation genau besteht (Rousseau 1762: II.7.).<sup>116</sup> Das Volk erkennt das Gemeinwohl nicht immer. Wohl kann es aber mit Sicherheit von dem großen Gesetzgeber bestimmt werden (Rousseau 1762: II.6.). Existiert die Substanz des allgemeinen Willens unabhängig von der Prozedur einer Abstimmung, so enthält der Gesellschaftsvertrag ein substantielles Moment, indem die Vertragsparteien mit dem Gesellschaftsvertrag akzeptieren, sich dem allgemeinen Willen unterzuordnen. Die Frage lautet dann: Wenn die Substanz des allgemeinen Willens nicht

116 Bestimmte Interpretationen deuten darauf hin, dass der große Gesetzgeber nicht nur die Grundgesetze in der Gründungsphase des Staates bestimmen kann, sondern auch die Gesetze, die zu dem späteren normalen Verlauf des Staatsbetriebes notwendig sind (Gagnebin 2000: 136; Herb 2000: 172).

erst durch die Prozedur der Abstimmung ermittelt wird, wie kann sie dann ermittelt werden?

Diese Frage ist eigentlich die zentrale Frage aller Rousseau-Interpretationen. Wie bereits oben festgestellt wurde, besteht der Akt der Gesetzgebung, der das Funktionieren und das Fortbestehen der Gesellschaft garantiert, aus zwei Elementen: einerseits aus der Bestimmung der Substanz des allgemeinen Willens, andererseits aber aus dem Akt der Billigung dieser Bestimmung durch die Vertragsparteien bzw. die Mitbürger der Gesellschaft. Die oben genannten Argumente haben bewiesen, dass die zwei Elemente nicht identisch sind und auseinander gehalten werden müssen. Die Substanz des allgemeinen Willens wird nicht durch die Mehrheitsentscheidung bestimmt, da sich die Mehrheit auch irren kann. Allein der große Gesetzgeber kann das Gemeinwohl zweifelsfrei richtig bestimmen (Rousseau 1762: II.3.).

Beauftragen die Parteien aber den großen Gesetzgeber mit der substanziellen Bestimmung des Gemeinwohls, dann steht immer noch das zweite Element, die Billigung dieser Substanz durch die Parteien, aus. Der Gesellschaftsvertrag schreibt nämlich vor, dass die Parteien nur solche Gesetze befolgen müssen, die von den Parteien selbst bewilligt worden sind. Rousseau spürt diese Spannung, wenn er die Frage stellt: Was ist zu tun, wenn der große Gesetzgeber das Gemeinwohl zwar richtig konzipiert hat, das Volk/die Parteien diesem Gemeinwohlkonzept jedoch nicht zustimmen? Was ist, wenn die Gesellschaft nicht imstande ist, ihr eigenes Interesse, d. h. das Gemeinwohl, richtig zu erkennen? Erkennt sie das Gemeinwohl aber nicht von sich selbst aus, dann stellt sich die Frage: Warum sollte sie es aufgrund der Anweisungen des großen Gesetzgebers erkennen? Gibt es eine Garantie dafür, dass das Volk sein Eigeninteresse (d. h. das Gemeinwohl) mit Hilfe des großen Gesetzgebers tatsächlich erkennt? Dazu kommt noch, dass der große Gesetzgeber das Volk nicht dazu zwingen kann und darf, den ihm vorgelegten Gesetzesvorschlag zu billigen.

Rousseau nimmt also diese Schwierigkeit durchaus wahr: Damit die Vorschläge des großen Gesetzgebers vom Volk akzeptiert werden, müsste die Folge der Gesetzgebung gleichzeitig als ihre Vorbedingung funktionieren. Die Gemeinwohlorientierung der Individuen, die Gemeinsamkeit der Gemeinwohlkonzepte müsste vor dem Akt der Gesetzgebung vorausgesetzt werden, obwohl sie sich eben erst nach der Akzeptanz der Vorschläge des großen Gesetzgebers durchsetzen kann. »Damit ein im Entstehen begriffenes Volk Gefallen an den gesunden Grundsätzen der Staatskunst finden und die Grundregeln des Staatsrechtes befolgen könnte« (Rousseau 1762: II.7.), damit gewährleistet ist, dass das Volk durch die

Gesetzgebung tatsächlich das Gemeinwohl – und keine partikularen Interessen – erzielt, müsste das Volk bereits vor dem Akt der Gesetzgebung einen Charakter besitzen, der es aber erst infolge des Aktes der Gesetzgebung kennzeichnet. Das Volk müsste das Gemeinwohl erkennen, obwohl es dazu erst als eine Folge des Aktes der Gesetzgebung befähigt wird (Roels 1969: 74).

Das Volk müsste das Gemeinwohl also von selbst erkennen, damit es die Vorschläge des großen Gesetzgebers akzeptieren kann. Das setzt aber eine Homogenität der Gemeinwohlkonzepte der Individuen voraus, die die Abstimmung über das Konzept des Gemeinwohls erübrigt (Riley 2000: 119). Das Volk braucht nicht mehr über die einzelnen Gesetze abstimmen, es muss nur den Akt des Vertragsabschlusses billigen: Nimmt jemand den Vertrag nicht an, dann bedeutet das soviel, dass er/sie das Gemeinwohlkonzept des großen Gesetzgebers ablehnt. Willigen aber die Parteien in den Vertrag ein, dann akzeptieren sie nicht nur ein bestimmtes Verfahren der Bestimmung des Gemeinwohls, sondern zugleich auch das vom großen Gesetzgeber definierte Gemeinwohlkonzept.

#### 4.2.4.3. Das Rousseau-Paradox

Die grandiose Konzeption Rousseaus bestand eigentlich in der Harmonisierung zweier philosophischer Konzeptionen der Politik (der prozeduralen und der substanziellen), die jedoch nicht in Einklang gebracht werden können. Die Grundlage der antik-substanziellen Konzeption der Politik lässt sich mit der folgenden Prämisse formulieren: Der Mensch kann die Vollständigkeit seines Lebens nur in einer Gesellschaft erreichen. Die Mitglieder dieser Gesellschaft bekennen sich zum gleichen Gemeinwohlkonzept, woraus auch folgt, dass das Endziel des menschlichen Lebens als eine Aktivität in einer und für eine Gesellschaft beschrieben werden kann. Die moderne Theorie der Politik bezweifelt demgegenüber diese Voraussetzung: Die unterschiedlichen Endziele der Menschen liegen hiernach in der privaten Sphäre, und die Gesellschaft kann nur als Rahmenbedingung der Verwirklichung dieser privaten Endziele dienen. Die Gesellschaft basiert also nicht auf einem gemeinsamen Gemeinwohlkonzept, sondern auf der Bestimmung einer Prozedur, mit der man die privaten Konflikte regulieren kann. Die Grundlage der Gesellschaft wäre demnach eine Zustimmung zu diesem prozeduralen Verfahren der Konfliktlösung (Riley 2000: 115ff).

Rousseau wollte die Frage beantworten, wie die Übereinstimmung des freien Willens der Menschen mit dem Gemeinwohl gewährleistet werden

könnte, wie die mögliche Diskrepanz zwischen dem freien Willen und dem Gemeinwohl zu vermeiden wäre. Er wollte die Dominanz des Partikularinteresses brechen und zugleich die Freiheit des Willens beschützen (Riley 2000: 117ff). Die Freiwilligkeit sollte mit einem vorbestimmten Konzept des Gemeinwohls abgestimmt werden. Die Parteien müssten so ein substanziell vorbestimmtes Gemeinwohl freiwillig billigen. Rousseau wollte also, dass die Parteien freiwillig, aber doch garantiert das gleiche Gemeinwohlkonzept befürworten. Die Freiwilligkeit kann aber nicht mit der garantierten Zustimmung zu einem vorbestimmten Konzept in Einklang gebracht werden: Die Freiwilligkeit besteht nämlich eben darin, dass die Parteien ein Konzept auch ablehnen und stattdessen ein anderes Konzept bevorzugen können.

Rousseau hat die Unmöglichkeit seines Vorhabens allerdings auch selbst wahrgenommen: In seiner Schrift *Politische Ökonomie* sieht er die Fundamente der Gesellschaft in den Gesetzen der Sittlichkeit, die in »die Herzen der Staatsbürger eingegraben« sind, in der Homogenität der Gemeinwohlkonzepte (Rousseau 1755: 340). Neben den drei weiteren von ihm angeführten Gesetzesformen<sup>117</sup> sind die Gesetze der Sittlichkeit die wichtigsten:

»Es sind Gesetze, die nicht in Erz und Marmor, sondern in die Herzen der Staatsbürger eingegraben werden; die den eigentlichen Kern der Staatsverfassung ausmachen; die von Tage zu Tage neue Kraft gewinnen; die, wenn die anderen Gesetze veralten oder erlöschen, sie neu beleben oder ersetzen können, das Volk in dem Geiste seiner Verfassung erhalten und an die Stelle der Macht der öffentlichen Gewalt unmerklich die Macht der Gewohnheit setzen.« (Rousseau 1762: II.12.)

Der Eckstein der stabilen Gesellschaft, auf den gestützt die Gesetze ausgebaut werden können, sei also die Sittlichkeit, die Tugend (oder *vertu*), die von allen Bürger geschätzt werden.<sup>118</sup> Er schreibt in der *Politischen Ökonomie*: In einem Staat, der gut regiert wird, regiert der allgemeine

117 Den Gesellschaften liegen vier verschiedene Gesetze zugrunde: a) Gesetze, die die politischen Institutionen konstituieren; b) Gesetze, die die Beziehungen der Bürger regulieren; c) Strafgesetze; d) Gesetze, die in den Herzen der Bürger zu finden sind. Diese letzteren sind die sicherste Stütze einer Republik (Rousseau 1762: II.12.).

118 Der große Gesetzgeber hat noch eine weitere Möglichkeit, seine Vorschläge durchzusetzen. Er kann sie einem unsterblichen Wesen in den Mund legen, und mit Hilfe dieser Götter können seine Vorschläge akzeptiert werden (Rousseau 1762: II.7.).

Wille. Wie kann aber gesichert werden, dass tatsächlich der allgemeine Wille den Staat regiert? Rousseaus Antwort: Die Bürger müssen einfach tugendhaft sein:

»Voulez-vous que la volonté générale soit accomplie? Faites que toutes les volontés particulières s'y rapportent; comme la vertu n'est que cette conformité de la volonté particulière à la générale, pour dire la même chose en un mot, faites régner la vertu.« (Rousseau 1755: 340)

Die Demokratie ist also nur in dem Falle funktionsfähig, wenn das Volk den überkommenen Tugenden nachkommt und nicht die Privatinteressen, sondern dasselbe Gemeinwohlkonzept realisieren will (Roels 1969: 65ff).

#### 4.2.5. Rousseau und die politische Repräsentation

Die Demokratiekonzeption Schmitts ist also in dem rousseauschen Homogenitätskonzept verwurzelt. Wie sieht es aber mit dem Gegenbegriff der Identität aus? Gibt es Anknüpfungspunkte zwischen der Repräsentationstheorie Schmitts und jener Rousseaus? Auf den ersten Blick scheint Rousseaus Repräsentationskonzeption sehr viel eindeutiger als die Demokratiekonzeption mit ihren vieldeutigen Konzepten des »allgemeinen Willens« oder eben des »Gesellschaftsvertrages« (Fralin 1978: 134). Rousseau behauptet hinsichtlich der Repräsentation apodiktisch: »Der Gedanke der Stellvertretung gehört der neueren Zeit an. Die Vertretung ist der Ausfluß jener unbilligen und sinnlosen Regierungsform der Feudalzeit, in der die menschliche Gattung herabgewürdigt und der Name Mensch geschändet wird.« (Rousseau 1762: III.15.)

Als Ausgangspunkt dieser Untersuchungen soll die rousseausche These dienen, nach der die höchste Gewalt unveräußerbar ist, vor allem da »die Macht (...) wohl übertragen werden [kann], aber nicht der Wille.« (Rousseau 1762: II.1.) Das Argument basiert auf dem Grundsatz, dass sich der Wille zukunftsbezogen nicht binden kann (Rousseau 1762: II.1.). Dieses Argument scheint bereits auf den ersten Blick etwas fremd und überraschend, zudem inkonsistent: Kann der Wille sich für die Zukunft nicht binden, so kann die höchste Gewalt einerseits nicht übertragen werden, andererseits aber kann im Allgemeinen kein Vertrag geschlossen, kein Versprechen gehalten werden, da man sich nicht sicher sein kann, ob

man in der Zukunft wirklich das will, was dieser in dem konkreten Augenblick will und was er versprochen hat.<sup>119</sup>

In dieser Hinsicht ist die Feststellung Rousseaus überaus interessant, er spricht davon, »daß jeder, der dem allgemeinen Willen den Gehorsam verweigert, von dem ganzen Körper dazu gezwungen werden soll.« (Rousseau 1762: I.7.) Der Vertrag (das Versprechen), in dem die Individuen die absolute Freiheit aufgeben, dafür aber eine regulierte und koordinierte Freiheit erhalten, die das Zusammenleben erst möglich macht, könnte wirkungsloses Gerede sein, wenn die Sanktionen gegenüber einem Vertragsbruch nicht im Vertrag impliziert wären. Eine stillschweigende Übereinkunft über die Möglichkeit des Erzwingens muss der Vertrag also auf jeden Fall enthalten. Bei Rousseau führt dieses Erfordernis zu der berühmt-berüchtigten Formel: Wer sein Versprechen hinsichtlich der Befolgung des allgemeinen Willens nicht erfüllt, kann zur Freiheit (d. h. zur Akzeptierung des allgemeinen Willens) gezwungen werden. Die Parteien geben so in dem Gesellschaftsvertrag zwar ihre naturelle Freiheit auf, erhalten dafür aber eine sittliche Freiheit, in der alle sich selbst regieren können, ohne die pure Gewaltanwendung der anderen dulden zu müssen. Die Freiheit in der Gesellschaft besteht darin, nur den Vorschriften Folge zu leisten, den man zugestimmt hat.

Der Grundsatz der Unmöglichkeit der zukunftsbezogenen Bindung des Willens bezieht sich bei Rousseau allerdings nur auf die Repräsentanten der Individuen, nicht aber auf die Individuen, die den Vertrag abgeschlossen haben. Aus diesem Grund vermag dieses Argument bei der Ablehnung der Repräsentation nur begrenzte Überzeugungskraft aufzuweisen, was die Kritiker aber dazu bewegt, die Wurzeln der rousseauschen Antipathie gegenüber der Repräsentation, gegenüber der Veräußerung der höchsten Gewalt anderswo zu suchen. Die These der Unveräußerlichkeit der höchsten Gewalt basiert vielmehr auf folgendem Argument: Die höchste Gewalt kann nicht veräußert werden, weil der Wille des Repräsentanten nur in dem Falle garantiert mit dem Willen der Individuen übereinstimmt, wenn der Repräsentant die Individuen bei jeder Angelegenheit befragt. In diesem Falle könnte man aber nicht mehr von einer Repräsentation sprechen, da die Äußerungen des Repräsentanten mit den unmittelbaren Äußerungen des Volkes gleichzusetzen sind. Die Repräsentation des Willens bedeutet nämlich, dass sich der Repräsentant nicht in jeder Frage nach der Meinung des Volkes erkundigt. Wird aber in jeder Angelegenheit das

119 Guizot verwendet das gleiche Argument gegenüber Rousseau (Guizot 2002: 88; Plamenatz 2000: 68f).

Volk befragt, dann ist das keine Repräsentation mehr, sondern Identität (Roels 1969: 41).

Nach einer anderen Argumentationslinie ist die höchste Gewalt aus dem Grunde unveräußerbar, weil der Wille der Parteien nicht von anderen vertreten werden kann. Der Wille des Repräsentanten kann einfach nicht mit dem Willen der Parteien gleichgesetzt werden. Der Wille des Repräsentanten ist ein anderer Wille und nicht jener der Parteien (Rousseau 1762: I.6.; Fralin 1978: 79). Niemand kann also anstatt eines anderen wollen – das ist der Grundsatz Rousseaus. Rousseau illustriert sein Argument mit dem Beispiel der Engländer. Die Engländer glauben, sie seien frei, obwohl sie tatsächlich gar nicht frei sind, weil sie ihre Willen nicht direkt, sondern nur durch die Repräsentanten äußern können. Die Freiheit bestehe aber gerade darin, dass die Bürger nur den Gesetzen folgen, die von ihnen unmittelbar akzeptiert wurden (Rousseau 1762: III.15.).

Der allgemeine Wille kann nicht repräsentiert werden: Er äußert sich unmittelbar oder ist gar nicht vorhanden. Die Repräsentanten können nämlich gar nicht anstatt des Volkes wollen. Der Wille der Repräsentanten ist eigentlich nur der Wille der Repräsentanten, selbst wenn das Objekt dieses Willens das Volk ist. Die Freiheit erschließt sich in der Äußerung des Willens des Subjektes durch das Subjekt: Ist das Individuum dazu fähig, seinen eigenen Willen zu äußern, dann und nur dann ist es frei (Roels 1969: 42). Wählt das Volk Repräsentanten und formulieren diese Repräsentanten die vermeintlichen Absichten des Volkes, dann ist das Volk nicht mehr frei (Rousseau 1762: III.15.). Der Wille des Volkes könnte von den Repräsentanten nur durch eine ununterbrochene Konsultation mit dem Volk selbst offen gelegt werden. Eine ununterbrochene Konsultation kann aber nicht mehr als Repräsentation bezeichnet werden (Roels 1969: 40).

Die dritte Argumentationslinie, die auch als die praktisch-republikanische Linie bezeichnet werden kann, könnte folgendermaßen umrissen werden: Sobald der Staatsdienst aufhört, die Hauptangelegenheit der Bürger zu sein, und »sie ihm lieber mit ihrem Gelde als mit ihrer Person dienen, ist der Staat schon seinem Untergange nahe« (Rousseau 1762: III.15.; Rousseau 1755: 340ff), sobald sich die Bürger bloß um ihre Eigeninteresse kümmern, sich von der Beschäftigung mit dem Gemeinwesen durch besoldete Beamte befreien, in ihrer Person nicht mehr dazu neigen, im Interesse der Gemeinschaft selbst Beiträge zu leisten, ist der Staat in Ruinen. Die Bürger entfremden sich von ihrem Staat: Die Repräsentanten, seien es Soldaten oder politische Abgeordnete, sind Söldner ohne spezielle patriotische Gefühle für den Staat, dessen Beamte sie sind. Die Repräsentanten verkaufen sich selbst, wenn sie anderswo mehr Geld bekommen: Das Geld und nicht mehr der Patriotismus motiviert sie.



»Aber gebet nur Geld her und man wird euch bald mit Ketten lohnen.« (Rousseau 1762: III.15.) Die Jagd nach den materiellen Gütern, der Handel und die Gewerbetätigkeit, alle Beschäftigungen also, die einzig und allein der Befriedigung der Privatinteressen dienen, degradieren die Menschen. Beschäftigt sich der Mensch nicht mehr mit dem Gemeinwohl, mit dem allgemeinen Interesse, mit dem allgemeinen Willen, sondern nur mit dem Privatinteresse, dann ist er – laut der oben genannten Argumente – nicht mehr frei. Frei zu sein heißt, sich mit dem Gemeinwesen zu beschäftigen und dadurch die Vollkommenheit des menschlichen Lebens zu erreichen. Das führt uns aber zu dem Problem der Verflechtung der Begriffe »Identität« und »Repräsentation«.

Die Rousseau-Interpretation Schmitts ist janusköpfig: Einerseits betont er, dass die politische Einheit bei Rousseau nicht repräsentationsfähig sei, weil sie zu jeder Zeit anwesend ist. Ist aber eine Entität anwesend, so kann sie nicht repräsentiert werden (Schmitt 1928a: 243, 205). Andererseits weist Schmitt darauf hin, dass sich die Gesamtheit der konkret anwesenden Individuen nicht automatisch in eine Einheit der politischen Gemeinschaft transformiere: Eine politische Einheit entsteht erst, wenn die Individuen einzeln und als Versammlung eine Entität repräsentieren, die nicht mit ihrer konkreten Anwesenheit gleichzusetzen ist. Die politische Einheit, die von den Individuen und von der Versammlung der Individuen repräsentiert wird, ist über die konkrete Anwesenheit erhaben. Sie ist von einer höheren Art des Seins (Schmitt 1928a: 206). In dieser Doppelauslegung der rousseauschen Texte erscheint die Einheit also zum einen als etwas konkret Anwesendes, Sichtbares, das mit sich selbst identisch ist, zum anderen aber als etwas Erhabenes, das nicht mit der addierten Gesamtheit des konkret anwesenden Volkes gleichzusetzen ist, das nur repräsentiert werden kann. Schmitt verbindet in seiner Rousseau-Interpretation also die zwei Prinzipien (Identität und Repräsentation).<sup>120</sup> Der Begriff der Repräsentation weist allerdings auch bei Rousseau eine starke Mehrdeutigkeit auf (Roels 1969: 43).

*Einerseits* kann die Frage gestellt werden, ob das konkrete Individuum als *citoyen* mit seinem konkreten Selbst *identisch* ist, oder ob das konkrete Selbst den *citoyen* bloß repräsentiert? Laut der Rousseau-Interpretation

120 In dieser Hinsicht sind die Sätze ganz am Anfang des zweiten Teils des Gesellschaftsvertrages relevant: »Ich behaupte also, daß die Staatshoheit, die nichts anderes als die Ausübung des allgemeinen Willens ist, nie veräußert werden kann und sich das Staatsoberhaupt als ein kollektives Wesen nur durch sich selbst darstellen läßt. Die Macht kann wohl übertragen werden, aber nicht der Wille.« (Rousseau 1762: II.1.).

Schmitts kann das konkret anwesende Individuum nicht mit dem *citoyen* gleichgesetzt werden. Das konkret Anwesende, die Gesamtheit der konkret Anwesenden sind nur *bourgeois*, die ihre Eigeninteressen vertreten. Die kollektive Entität 'Volk', die höchste Gewalt, der allgemeine Wille kann nur vom Volk selbst repräsentiert werden (Rousseau 1762: II.1.). Diese kollektive Entität entsteht aber nicht durch die Versammlung und Addition der konkreten Individuen. Sie ist vielmehr eine Gesamtheit der *citoyen*, die die konkreten Individuen transzendieren und nur das Gemeinwohl als Leitfaden ihrer Handlungen berücksichtigen. Die höchste Gewalt ist »ein kollektives Wesen« (Rousseau 1762: II.1.), eine Einheit, die aus den Einzelnen besteht,<sup>121</sup> »ein geistiger Gesamtkörper« (Rousseau 1762: I.6.), eine »öffentliche Person, die sich auf solche Weise aus der Vereinigung aller übrigen bildet« (Rousseau 1762: I.6.), die keine konkret existierende, sondern vielmehr eine imaginäre Entität ist. Eine kollektive Entität kann nur imaginär und niemals real und greifbar vorhanden sein.

Es ist des Weiteren zu betonen, dass Rousseau eindeutig für eine repräsentative Regierung plädiert. Diese Regierung ist allerdings tatsächlich bloß eine exekutive Gewalt, die von der Gesetzgebung strikt separiert ist und deren wichtigste Funktion in dem Vollzug der Gesetze besteht. Die Regierung wird bei Rousseau nicht als Gegengewicht zur Gesetzgebungsgewalt definiert. Ihre Aufgabe besteht darin, die vom Volk bewilligten allgemeinen Gesetze durch konkrete Entscheidungen in die Praxis umzusetzen. Die Umsetzung des Allgemeinen in das Konkrete kann niemals von der Gesetzgebungsgewalt, sondern ausschließlich von der Exekutive durchgeführt werden (Roels 1969: 51; Rousseau 1762: III.1.). Mit den Begriffen Rousseaus lässt sich das folgendermaßen beschreiben: Ist die Gesetzgebung der Wille, der das Ziel des Individuums angibt, dann ist die Exekutive das Mittel oder das Instrument, mit dessen Hilfe das Ziel erreicht werden kann (Rousseau 1762: III.1.). Der Wille alleine reicht nicht aus, das Ziel zu erreichen, das Vermögen (Mittel) alleine ist aber ohne die Zielbestimmung des Willens desorientiert. Die Kooperation von Willen und Mittel ermöglicht erst die Verwirklichung des Zieles. Die als Mittel definierte Exekutive ist bei Rousseau auf jeden Fall eine repräsentative Institution, das heißt, die Gesetze können nicht von der Gesetzgebungsgewalt (bei Rousseau vom Volk selbst) direkt vollzogen, sondern müssen von den gewählten Repräsentanten vollstreckt werden (Rousseau 1762: III.15.; Rousseau 1762: III.14.). Anders formuliert: Der allgemeine Wille kann nicht mit den Sonderwillen der Einzelnen vermischt werden.

121 »Das Staatsoberhaupt nun, das nur aus den einzelnen, aus denen es besteht, gebildet wird (...).« (Rousseau 1762: I.7.)

Die Verflechtung der beiden Willen zieht eine größere Gefahr mit sich als die konstante Bestrebung der Exekutive, die höchste Gewalt an sich zu reißen (Rousseau 1762: III.16.; Rousseau 1762: III.4.). Die Regierung ist also immer von aristokratischem Wesen: Die Exekutivgewalt besteht nach Rousseau immer aus gewählten Aristokraten (Roels 1969: 52; Rousseau 1762: III.5.).<sup>122</sup>

Das antirepräsentative Denken Rousseaus hat seinen Höhepunkt allerdings im *Gesellschaftsvertrag* erreicht (Herb 2000: 167 ff.; Fralin 1978: 194). Die Werke vor und nach dem *Gesellschaftsvertrag* weisen eine Art Besonnenheit hinsichtlich des Prinzips der Repräsentation auf. In der *Politischen Ökonomie* vertritt Rousseau einen gemäßigten Standpunkt, der in bestimmter Hinsicht mit jenem der Enzyklopädisten übereinstimmt, insofern er die Gesetzgebung durch repräsentative Institutionen als eine mögliche Alternative der direkten Gesetzgebung durch das Volk akzeptiert.<sup>123</sup> In den zwei Verfassungsentwürfen von Korsika und Polen befürwortet er – mit gewissen Vorbehalten<sup>124</sup> – eine repräsentative Körperschaft, die das Recht zur Gesetzgebung hat (Fralin 1978: 175f).<sup>125</sup>

122 Bestimmte Interpretationen behaupten, dass die Regierung ein exklusives Recht zur Gesetzesinitiative hätte (Roels 1969: 44; Fralin 1978: 193), allerdings widerlegt der Text des Gesellschaftsvertrages diese Interpretation.

123 »(...) les impôts ne peuvent être établis légitimement que du consentement du peuple ou de ses *représentans* (...)« (Rousseau 1755: 346; Fralin 1978: 32f; Fralin 1978: 74ff; Herb 2000b: 169).

124 Einerseits sollten die Wahlen relativ oft stattfinden, andererseits die Abgeordneten ein imperatives Mandat haben (Rousseau 1959a: 971ff., 1010; Fralin 1978: 181).

125 Rousseau lehnt die Legitimität der repräsentativen Versammlungen in seinem fragmentarischen und skizzenhaften Verfassungsplan für Korsika rigoros ab und schlägt eine direkte Versammlung des Wahlvolkes in den verschiedenen Wahlkreisen zum gleichen Zeitpunkt vor (Rousseau 1959c: 907ff). Die getrennte Sitzung war bereits ein Zugeständnis seitens Rousseaus, das durch die Einsicht der Unmöglichkeit der Versammlung aller Bürger auf einem Platz erzwungen wurde. Noch nachgiebiger war er aber im Verfassungsentwurf für Polen: Hier schlägt er die häufige Wahl solcher Repräsentanten vor, die ein imperatives Mandat haben (Rousseau 1959a: 978, 1010; Fralin 1978: 181). Dabei stellt sich allerdings die Frage, warum Rousseau die Möglichkeit des Referendums eines vom Repräsentativkörper gebilligten Gesetzes in Betracht gezogen hat? Das hätte nämlich dem Kriterium der Selbstregierung noch stärker als die Gesetzgebung mit Hilfe des imperativen Mandats entsprochen. Derathé ist allerdings der Meinung, dass Rousseau die Realitäten eines großen Flächenstaates berücksichtigte (Derathé 1950: 279), Fralin jedoch sieht in diesem imperativen Mandat auch nur eine halbherzige Konzession (Fralin 1978: 196). Roels weist ebenfalls darauf hin, dass das eigentliche Kriterium nicht die jeweilige Zubilligung des Volkes war,

Die Antipathie gegenüber der Repräsentation nährt sich bei Rousseau vor allem aus der Feindseligkeit gegenüber der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Ständerepräsentation, deren Grundgedanke die Vertretung der Partikularinteressen war.<sup>126</sup> Das mittelalterliche Prinzip der Repräsentation begünstigt die rechtliche Ungleichheit und die Partikularinteressen und steht dadurch in starkem Kontrast zu der von Rousseau favorisierten homogenen politischen Gemeinschaft des Altertums (Fralin 1978: 127). Zudem muss auch beachtet werden, dass sich Rousseau erst nach der Auseinandersetzung mit den Werken der klassischen Naturrechtler zur strikten Ablehnung der Repräsentation bekehrte (Derathé 1950: 102ff, 332ff): Rousseau weist die Repräsentation der Souveränität aufgrund der Kritik an der Repräsentationslehre von Hobbes und Pufendorf ab.<sup>127</sup> Weiter oben wurde bereits verdeutlicht, dass die Einheit des Volkes bei Hobbes damit erzeugt wird, dass das Volk durch eine Person repräsentiert wird.<sup>128</sup> Rousseau aber kritisierte die restlose und endgültige Übertragung der Souveränität auf die Repräsentanten.

#### *4.3. Die französische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: rationale Diskussion ohne Parteien*

##### *4.3.1. Schmitt und Sieyès*

Im Folgenden wird das Problem behandelt, wo die Probleme in der Sieyès-Interpretation Schmitts liegen. Schmitt betont zwar, dass Sieyès – in Übereinstimmung mit Rousseau – die Grundlagen der Gesellschaft und des Staates in der substanziellen Homogenität und nicht in der Prozedur des Vertragsabschlusses sieht, doch weicht er zumindest in zwei Punkten stark von Rousseau ab: Er unterstreicht einerseits, dass der Staat durch einen Vertrag gegründet wird, andererseits hebt er hervor, dass dieser nur mit Hilfe des Prinzips der Repräsentation funktionsfähig bleibt. Die Repräsentation sei ein unentbehrliches Bestandselement im politischen

sondern die Übereinstimmung des konkreten Gesetzes mit dem allgemeinen Willen (Roels 1969: 46).

126 Damit ist Skhlar einverstanden (Skhlar 1985: 94). Fralin sucht aber die Ursprünge des antirepräsentativen Denkens Rousseaus anderswo (Fralin 1978: 130ff).

127 Zum Einfluss von Hobbes: Derathé 1950: 102ff, 332ff; Fralin 1978: 134.

128 Zum Repräsentationsbegriff von Hobbes siehe das Kapitel 16. von Hobbes' Leviathan.

System des modernen Staates. Weiter unten wird gezeigt, dass sich die Nation – im Gegensatz zu der Sieyès-Interpretation Schmitts – niemals unmittelbar in ihrer Formlosigkeit äußern kann. Die Nation kann ihren Willen bei Sieyès ausschließlich durch ihre Repräsentanten kundtun.

Ferner wird nachgewiesen, dass die Grundlage der Repräsentation und des Parlamentarismus bei Sieyès tatsächlich das Prinzip der *government by discussion* ist. Zuletzt werden die Unterschiede zwischen den Konzeptionen der politischen Repräsentation nach Schmitt und Sieyès dargestellt. Zu beachten ist nämlich, dass Sieyès – zumindest im Vergleich zu Schmitt – eine ganz subtile Argumentationslinie ausgearbeitet hat.<sup>129</sup>

#### 4.3.1.1. Die Grundlage des Staates: der Vertrag

Zuallererst soll also geklärt werden, wie die Existenz des Staates bei Sieyès legitimiert wird. Beruht die Legitimation der Existenz des Staates auf einer historisch-organisch gewachsenen Homogenität oder auf der Prozedur des Vertragsabschlusses? Ist Sieyès ein Nachfolger Rousseaus oder weicht er in dieser Hinsicht radikal von seinem Vorgänger ab?

Auf den ersten Blick hat Schmitt in seiner Sieyès-Interpretation tatsächlich den richtigen Weg eingeschlagen: Sieyès betont nämlich, dass die Nation die letzte Instanz in allen politischen Fragen sei. Ein Staat findet seinen Ursprung in der Nation, die ihre Zukunft absolut frei bestimmen kann, sie ist an kein positives Recht gebunden, da das positive Recht und der Staat von ihr geschaffen werden. Der Staat und das positive Recht können der Nation also nichts vorschreiben, was die Nation selbst nicht will (Sieyès 1822: 159). Die Urquelle aller Rechte liege bei der Nation, aus diesem Grund können das Recht und der Staat keine Vorschriften geltend machen, die von der Nation nicht akzeptiert werden. Die Nation als *pouvoir constituant* gibt sich eine Form, die sich in dem positiven Recht (Verfassung) manifestiert. Das positive Recht (Verfassung) lässt die Nation als *pouvoir constitué* erscheinen. Sieyès betont, dass die Nation als *pouvoir constitué* nicht dazu berechtigt ist, das von dem *pouvoir constituant* geschaffene positive Recht (Verfassung) zu verändern. Der *pouvoir constitué* kann zwar Gesetze geben, kann aber das vom *pouvoir constitu-*

129 Die Gedanken von Sieyès werden nicht aus der Perspektive ihrer Ursprünge behandelt. Der Ursprung der sieyèschen Vorstellungen über die Repräsentation kann in den Bestrebungen zur Abschaffung der adeligen Privilegien gefunden werden. Hier wird eine Perspektive eingenommen, die den Vergleich mit den anderen hier behandelten Autoren erleichtert.

ant geschaffene Grundgesetz nicht verändern. Will die Nation die Verfassung modifizieren oder sich eine neue Verfassung geben, dann muss sie eine neue Körperschaft mit besonderen Befugnissen einberufen, die zur Neuschaffung oder Modifizierung der Verfassung berechtigt ist (Sieyès 1822: 160). Diese Erörterungen im *Tiers État* erwecken den Eindruck, als sei die Nation in politischen Fragen wirklich die letzte Instanz. Diese letzte Instanz, der *pouvoir constituant*, wäre aber zu jeglicher Handlung berechtigt: Ihre Macht ist grenzenlos, ihr kann nichts vorgeschrieben werden, dem sie nicht zustimmt.

Diese Passagen können tatsächlich nach schmittscher Art interpretiert werden: Einerseits kann ein Staat demnach bei Sieyès ausschließlich von einem substanziell homogenen Volk, von einer Nation, gegründet werden, andererseits sollte diese Nation (*pouvoir constituant*) einen formfreien Charakter besitzen. Sie lässt sich nicht mit Hilfe einer Prozedur erfassen, ist an keine Prozedur gebunden, sie äußert ihren Willen direkt.<sup>130</sup> Ist diese Interpretation richtig, dann muss man auch anerkennen, dass die Nation bei Sieyès über allem steht: Sie kann sich selbst durch positivrechtliche Bestimmungen so konstituieren, wie es ihr beliebt, kann ihre Form jederzeit verändern. Die Nationen sollten nach Sieyès wie Individuen betrachtet werden, die den Naturzustand nicht verlassen haben und auch niemals verlassen können.<sup>131</sup> Was und wie auch immer die Nation will, zu ihrer eigenen Konstituierung und jener des Staates reicht es aus, wenn dieser Wille in irgendeiner Form besteht.<sup>132</sup>

Die beiden Fragen werden von Sieyès aber tatsächlich sehr viel nuancierter behandelt. Trotz der bislang ausgelegten Textstellen hält Sieyès daran fest, dass die Staaten durch einen Vertrag legitimiert werden. Des Weiteren betont er, dass die Macht dieses Staates keineswegs uneinge-

130 Sieyès behandelt die Frage der Formfreiheit des *pouvoir constituant* ausführlich: »Dira-t-on qu'une nation peu, par une première acte de sa volonté, à la vérité indépendant de tout forme, s'engager à ne plus vouloir, à l'avenir, que d'une manière déterminée? (...) une nation ne doit pas se mettre dans les entraves d'une forme positive; ce serait s'exposer à perdre sa liberté sans retour (...).« (Sieyès 1822: 163ff)

131 »Une nation ne sort jamais de l'état de nature.« (Sieyès 1822: 164)

132 Diese Textstellen könnten zwar die Interpretation Schmitts belegen, jedoch verweist Udo Stein auf eine wesentliche Abweichung vom Originaltext: »Carl Schmitts Begriff der Verfassung in Abgrenzung vom (normativen) Verfassungsgesetz hat einen Begriff der verfassungsgebenden Gewalt zur Folge, der durch eine völlige, juristische wie politische Formlosigkeit gekennzeichnet ist. Sieyès' *pouvoir constituant* dagegen ist eher durch *Formfreiheit* im Sinne seiner Wirkungsweisen von den durch die geltende Verfassung vorgesehenen Formen charakterisiert.« (Steiner 1966: 216f)

schränkt ist. Zudem unterstreicht er auch, dass sich die Nation immer in einer bestimmten Form äußert und sich niemals in einer totalen Formlosigkeit befindet. Diese drei Charakterzüge der Nation und des Staates bei Sieyès sind also im Folgenden eingehender zu betrachten.

#### 4.3.1.1.1. Das Fundament des Staates: der Vertrag

Der Grundsatz von Sieyès lautet folgendermaßen: Der Mensch war im Naturzustand, vor jeglicher Assoziation noch frei.<sup>133</sup> Er konnte absolut uneingeschränkt wollen, konnte seinen Willen für sich alleine bestimmen, war keinerlei Zwang unterworfen (Sieyès 1789b: 15). Allerdings ist der Mensch nach Sieyès der Gefangene seiner eigenen Bedürfnisse, und seine Handlungen sowie Gedanken werden von diesen Bedürfnissen bestimmt. Darüber hinaus verfügt er aber auch über die notwendigen Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse: Er besitzt Intelligenz und Willensvermögen, was die Befriedigung der Bedürfnisse ermöglicht (Sieyès 1789a: 20). Der Anlass zur Gründung eines Staates liege in der Bestrebung nach dem Wohlgefühl, nach der Behaglichkeit (*le bien-être*) (Sieyès 1789a: 20). Das Überleben in einer Assoziation, in der die notwendigen Aufgaben und die Arbeit geteilt werden, sei nämlich viel einfacher: Der Urgrund und die Notwendigkeit des Staates, der Vergesellschaftung liegt nach diesen Textstellen also in der wirtschaftlich-materiellen Sphäre.<sup>134</sup> Das Ziel der Assoziation ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse (Sieyès 1789a: 24).

Das Ziel des Menschen besteht darin, dass er die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse kumuliert und diese Vorräte dann gegenüber den anderen und der Natur verteidigt. Die Menschen weisen also einen janusköpfigen Charakter auf: Sie sind einerseits selbst die Mittel der Befriedigung ihrer Bedürfnisse, andererseits aber auch die Gegner, die die Befriedigung der Bedürfnisse nur erschweren. Im Naturzustand lassen sich die Menschen also einerseits als Hilfsquelle, andererseits aber als Barriere definieren (Sieyès 1789a: 21). Sieyès spricht sich eben aus diesem Grund nicht für einen Minimalstaat aus: Die Assoziation habe nicht nur den Vorteil, die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen (Baker

133 Roels deutet darauf hin, dass Sieyès die Begriffe *peuple* und *nation* erst in seinen späten Werken unterscheidet: »tous viennent du Peuple, c'est-à-dire, de la Nation.« (Sieyès 1789a: 39; Roels 1969: 97)

134 Pasquino und Sewell verweisen auf die Bedeutung der Arbeitsteilung innerhalb des Werkes von Sieyès (Pasquino 1987; Sewell 1994: 72).

1990: 247), sie garantiere nicht nur Mittel, die bereits vor der Assoziation ebenfalls vorhanden waren, sondern schaffe neues Vermögen und Instrumente zum Überleben und zum Wohlbefinden.<sup>135</sup> Der Urgrund des Staates ist also nicht rein moralisch legitimiert (Garantie für die private Freiheit und das Eigentum), sondern auch utilitaristisch (Schaffung neuer Instrumente zur Sicherung des Wohlbefindens).<sup>136</sup> Die isolierten Individuen wollen aus diesen moralischen und utilitaristischen Gründen eine Assoziation mit Hilfe eines Vertrages freiwillig etablieren. Dieser Wille zur Assoziation, dieser Wille zur Einheit alleine verwandelt sie in eine Nation: »Dans la première (époque), on conçoit un nombre plus ou moins considérable d'individus isolés qui veulent se réunir. Par ce seul fait, ils forment déjà une nation.« (Sieyès 1822: 155) In und mit diesem Urvertrag akzeptieren die Parteien auch das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Hinblick auf künftige Konfliktsituationen. Der Urvertrag ist also von allen explizit zu billigen, im späteren wird aber der Gemeinwille mit dem Willen der Mehrheit gleichgesetzt (Sieyès 1789b: 18). Der Vertrag muss allerdings auch das Ziel des Staates festlegen. Im Folgenden ist also zu klären, was unter der Zielsetzung der Assoziation zu verstehen ist.

Das Ziel des Vertrages besteht nach Sieyès einerseits in der Kumulierung der materiellen Güter, andererseits im Schutz der Freiheitsrechte (Sieyès 1789a: 26). Die Vertragsparteien haben besondere und gemeinsame Bedürfnisse, die er als Gemeingüter (*besoin public*) bezeichnet. Der Wille der Individuen muss seiner Ansicht nach also auf jeden Fall zumindest ein gemeinsames Objekt haben, damit man von einem Gemeinwillen (*volonté commune*) sprechen kann. Ohne Gemeinwillen gibt es nämlich keine Gesellschaft.<sup>137</sup> Dieser Gemeinwille absorbiert die Einzelwillen der

135 Die Individuen, die nicht fähig sind, ihre Bedürfnisse alleine zu befriedigen, können mit dem Beistand der anderen rechnen (Sieyès 1789a: 32; Sewell 1994: 77).

136 Wenn Sieyès über die Gesellschaft und über den Staat schreibt, dann versteht er unter den beiden Begriffen die moderne Gesellschaft und den modernen Staat. Das fragmentarische Bild vom Ursprung der Gesellschaften und der Staaten weist nirgendwo auf die antiken Gesellschaften hin, denen die Tugend und die Bestrebung um das Gemeinwohl, d. h. eine substanzielle Homogenität, zugrunde lagen. Das Individuum hat nach Sieyès den Naturzustand nicht darum verlassen, damit es sich mit den Anliegen der Gemeinschaft beschäftigen kann. Das Individuum fügt sich in eine Gesellschaft, weil seine eigenen Bedürfnisse durch die Arbeitsteilung besser befriedigt werden können als im Naturzustand (Forsyth 1987: 72, 113ff).

137 Sieyès vertritt also auf keinen Fall die Idee eines Minimalstaates, wie von Roels behauptet wird (Roels 1969:154), sondern vielmehr jene eines Interventionsstaates.



Individuen allerdings nicht: Die Einzelwillen verschwinden nicht, denn sie bleiben die Quelle des Gemeinwillens. Der Gemeinwille ist als die Gesamtheit der Einzelwillen zu betrachten, der mit einer Mehrheitsentscheidung der Vertragsparteien bestimmt werden kann (Sieyès 1789a: 38).<sup>138</sup>

#### 4.3.1.1.2. Die Macht des *pouvoir commettant* und das Naturgesetz

Anscheinend ist nach Sieyès die Macht des Staates und der politischen Gemeinschaft (der Nation) über sich selbst uneingeschränkt. Er bemerkt jedoch an anderen Textstellen, dass die Nation das Naturgesetz niemals verletzen darf. Die Macht der Nation ist also nur mit Einschränkungen uneingeschränkt: Die Vorschriften des Naturgesetzes müssen auch von der Nation beachtet werden (Sieyès 1822: 159; Sieyès 1789b: 25). Dieses Naturgesetz ist bei Sieyès ziemlich einfach definiert: Die Menschen besitzen vor einer Assoziation unveräußerliche Freiheitsrechte<sup>139</sup>: »Il est une loi mère d’où toutes les autres doivent découler: Ne fais pas de tort à autrui.« (Sieyès 1788: 5) Das heißt, alle Verfassungen und Gesetze, die von einer assoziierten Gemeinschaft geschaffen werden, sind aus dem Prinzip abzuleiten, dass die Verletzung des im Naturzustand vorhandenen Eigentums und der vorgegebenen Rechte der Menschen verboten ist.<sup>140</sup> Das Eigentum wird nicht erst durch die Gesetze erschaffen. Vielmehr sollen die Gesetze nur das garantieren, was bereits vor allen Gesetzen existierte: den Schutz des Eigentums. Das Eigentum wird durch die Gesetze demnach nicht ermöglicht, sondern nur geschützt (Sieyès 1788: 6). Die wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung muss also im Schutz der Freiheit und des Eigentums bestehen.<sup>141</sup>

tes, der über die Minimalleistung hinaus weitere Dienstleistungen garantiert (Forsyth 1987: 108ff, 117; Sewell 1994: 77; Roels 1969: 164).

138 Sieyès betont, dass selbst das Mehrheitsprinzip das Moment des einheitlichen Willens beinhaltet, da die Parteien das Mehrheitsprinzip durch die Zustimmung zum Gesellschaftsvertrag einheitlich angenommen haben. Das Mehrheitsprinzip ist nämlich ein Instrument dazu, den Gesellschaftsvertrag auszuführen (Sieyès 1789b: 17; Sieyès 1822: 17, 203f; Sieyès 1789b: 17).

139 »Ils semblent ignorer que la liberté, que la propriété sont antérieures à tout.« (Sieyès 1788: 6)

140 »Deux hommes, étant également hommes, ont, à un égal degré, toutes les droits, qui découlent de la nature humaine.« (Sieyès 1789a: 22)

141 »La liberté du Citoyen est la fin unique de toutes les lois.« (Sieyès 1789b: 11)

Die Assoziation beabsichtigt also, die Freiheit und das Eigentum der Gemeinschaftsmitglieder gegenüber den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft zu schützen (Sieyès 1789a: 19; Sieyès 1822: 204f). Der Bereich der Gesetzgebung wird von Sieyès begrenzt: Alles, was die persönliche Freiheit und das Eigentum schützt, kann zum Objekt der Gesetzgebung werden. Alle anderen Bereiche sollten aber von gesetzlichen Regulierungen frei sein.<sup>142</sup> Anders formuliert: Alles ist frei, was der Freiheit und dem Eigentum der anderen nicht schadet (Sieyès 1789a: 28).

#### 4.3.1.2. Die Unentbehrlichkeit der Repräsentation

Nach dieser Klärung der Gründe und Ziele der Entstehung des Staates ist es notwendig, auch die Instrumente, die zum Funktionieren des Staates notwendig sind, offen zu legen. Diese Instrumente bezeichnet Sieyès als »öffentliche Anstalten« (*établissement public*). Die Gemeinschaft soll ebenso »wollen« und »handeln« wie die Individuen, da sie sonst keinen Bestand hat. Hinsichtlich der Gemeinschaft manifestiert sich der Wille in der Institution der Gesetzgebung, die Handlung aber in der Institution der Regierung (Sieyès 1789a: 33). Die Beziehungen der beiden zueinander sind in der Verfassung zu regulieren. Eine politische Gemeinschaft kann ohne eine Verfassung, ohne die Regelung der möglichen Formen ihrer Willensäußerung nicht existieren:

»Il est, impossible de créer un corps pour une fin, sans lui donner une organisation, des formes et des lois propres à lui faire remplir les fonction auxquelles on a voulu le destiner: c'est ce qu'on appelle la constitution de ce corps: il est évident qu'il ne peut pas exister sans elle.« (Sieyès 1822: 158)<sup>143</sup>

Die Bürger der Gemeinschaft können aber nach Sieyès ihre Willen niemals direkt äußern. Sie üben ihr Recht zur Gesetzgebung niemals unmittelbar aus.

142 »Hors de la loi, tout est libre; hors de ce qui est garanti à quelqu'un par loi, chaque chose appartient à tous. (...) Tout ce qui n'est pas défendu par la loi; avons-nous observé aussi, est du domaine de la liberté civile, et appartient à tout le monde.« (Sieyès 1788: 5ff)

143 Dieses Problem tauchte bei der Analyse der Texte von Hobbes und Rousseau ebenfalls auf: Gibt es eine Gemeinschaft ohne den Akt der Willensäußerung? Gehört zum Wesen des Funktionierens einer Gesellschaft, dass der Wille durch Gesetze geäußert wird?

Sieyès scheint hinsichtlich des Problems des direkten und indirekten, formgebundenen und formlosen Aktes der Willensäußerung viel nuancierter als Schmitt, da er einen Unterschied zwischen dem *pouvoir commettant*, dem *pouvoir constituant* und dem *pouvoir constitué* macht.<sup>144</sup> In einem größeren Staat wird notwendigerweise nur der *pouvoir commettant* direkt und formlos von den Bürgern ausgeübt, sie wählen Repräsentanten und beauftragen sie mit der Konstituierung einer Verfassung: »le Peuple doit se borner à exercer, par lui-même, le seul *pouvoir commettant*, c'est-à-dire, il doit se borner à choisir et déléguer les personnes qui exerceront ses droits réel.« (Sieyès 1789a: 35ff; Pasquino 1988: 174; Pasquino 1998: 46f; Roels 1969: 143f) Die Körperschaft dieser Repräsentanten wird der eigentliche *pouvoir constituant*. Daraus folgt, dass der *pouvoir commettant* vor allem durch den Wahlakt, der *pouvoir constituant* hingegen durch die Repräsentation ausgeübt wird.

Der Unterschied zwischen dem *pouvoir commettant* und dem *pouvoir constituant* ist von essenzieller Bedeutung, denn er weist darauf hin, dass der *pouvoir constituant* (die Nation) seine Macht in größeren Staaten nur indirekt, durch die Wahl seiner Repräsentanten ausüben kann.<sup>145</sup> Die Nation ermächtigt ihre Repräsentanten also als *pouvoir commettant* zur Konstituierung einer Verfassung. Der *pouvoir constituant* wird demzufolge den Repräsentanten zugeschrieben, die Nation bleibt der *pouvoir commettant*.<sup>146</sup> Im Späteren wird zu sehen sein, dass die Form der Ausübung des *pouvoir commettant* und des *pouvoir constituant* darüber hinaus eine

144 Sieyès differenzierte seine Vorstellungen hinsichtlich des *pouvoir constituant*. Während er in seinem *Tiers Etat* vom Januar 1789 den *pouvoir constituant* einfach mit der Nation gleichsetzte, unterschied er in *Preliminaire* den *pouvoir constituant* vom *pouvoir commettant*.

145 Bemerkenswerterweise ergab sich die Verknüpfung von Wahlen und Repräsentation bei Burke gar nicht so selbstverständlich, was auch der Begriff der »virtuellen Repräsentation« beweist. Forsyth weist dagegen darauf hin, dass diese Verknüpfung für Sieyès eine natürliche und unanzweifelbare Verknüpfung darstellt. Gerade aus diesem Grund behandelt er das Thema auch nicht ausführlich (Forsyth 1994: 130; Pasquino 1998: 46f; Roels 1969: 143ff; Sieyès 1789b: 145).

146 Der dritte Aspekt der Nation ist noch klarer: Die Nation als *pouvoir constitué* soll sich den Gesetzen fügen, die von der Nation als *pouvoir constituant* geschaffen wurden. Die normalen Repräsentanten, die Gesetzgeber (*representant ordinaires*), sind daher nicht dazu berechtigt, die Grundgesetze, die von den speziellen Repräsentanten, den Verfassungsvätern, geschaffen wurden, zu überprüfen oder zu verändern. Für das Volk besteht natürlich weiterhin die Möglichkeit, eine verfassungsgebende Versammlung durch Wahlen einzuberufen, deren Mitglieder sogar mit jenen der normalen Repräsentantenversammlung übereinstimmen können. Das Grundgesetz aber kann erst von dieser speziellen Versammlung verändert oder neu geschrieben werden (Sieyès 1822: 167ff).

noch größere Bedeutung besitzt. In der Sieyès-Interpretation Schmitts scheint die verfassunggebende Gewalt absolut formlos zu sein: Die Manifestation der verfassunggebenden Gewalt beschränkt sich nicht auf die repräsentativen Institutionen, sie manifestiert sich vielmehr – wenn auch nicht ausschließlich – in den direkten und formlosen Äußerungen der Nation (Schmitt 1928a: 244).<sup>147</sup>

Die Unentbehrlichkeit der Wahl der Repräsentanten und des freien Mandats wird mit drei verschiedenen Argumenten untermauert. Zum einen zieht Sieyès praktische Gründe in Erwägung, da sich die Nation in größeren Flächenstaaten nicht versammeln kann. Dieses Argument würde die Kritiker des repräsentativen Prinzips natürlich nicht überzeugen. Rousseau setzt diesem Argument beispielsweise entgegen, dass das imperative Mandat das Problem lösen könnte (Sieyès 1789b: 19; Sieyès 1822: 156). Zum anderen hebt Sieyès ein rational-philosophisches Argument hervor. Die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt soll auf dem Prinzip der Arbeitsteilung basierend aus dem Grund durch die Repräsentanten erfolgen, weil die Bürger damit von der Last der Beschäftigung mit dem Gemeinwesen befreit werden können. Ist der Zeitaufwand im Hinblick auf die Beschäftigung mit dem Gemeinwesen aber geringer, dann können sich die Bürger mehr um ihre Eigeninteressen kümmern, was zu ihrem eigenen Wohlbefinden und ihrer Glückseligkeit wiederum viel stärker beiträgt als die ständige Beschäftigung mit dem Gemeinwesen (Sieyès 1789c: 13f; Sewell 1994: 80). Die Arbeitsteilung sei also nicht nur bei der Gründung des Staates eine wesentliche Motivation, sondern auch in der Akzeptanz des repräsentativen Prinzips.<sup>148</sup> Die Arbeit und die durch die Arbeit erworbenen Privatgüter aber sind die höchsten Gebote des modernen Menschen – betont Sieyès.

Die Natur hat den Menschen das Gesetz der Arbeit aufgezwungen. Damit das Leben aber genossen werden kann, soll man sich nicht auf dem Forum versammeln, um sich mit dem Gemeinwesen zu beschäftigen, sondern eher das Privatinteresse durch die eigene Arbeit entfalten (Sieyès 1789d: 34). An dieser Stelle lohnt es sich, Sieyès ein wenig ausführlicher zu zitieren, um damit zu zeigen, dass die Arbeitsteilung nicht nur innerhalb des Bereiches der Wirtschaft, sondern auch in den Zwischenbereichen von Politik und Wirtschaft zur Geltung gebracht werden muss. Der Mensch hat den Staat nicht errichtet, damit er sich – anhand der Beispiele des Altertums – mit seinen Mitbürgern ineffizient und tagelang auf dem

147 Dazu siehe auch das Kapitel 3.1.1.2. Exkurs: die Organisiertheit des Volkes.

148 Bereits *Tiers État* unterscheidet vier gesellschaftliche Gruppen aufgrund ihrer produktiven Arbeit (Sieyès 1822: 59).

Marktplatz berät. Die Natur hat den Menschen nicht die ständige politische Beratung, sondern eher die Arbeit an der Kumulation der Privatgüter aufgezwungen, damit ihre Bedürfnisse befriedigt werden können. Die Quelle des Wohlbefindens der Menschen liegt nicht in der Beschäftigung mit dem Gemeinwesen, sondern in der Zufriedenheit mit ihren Privatgütern.<sup>149</sup> Die Menschen verfolgten mit der Assoziation das Ziel, die Vorteile dieser Privatgüter zu genießen (Sieyès 1789d: 34).

Und das ist der Kernpunkt der Argumentation Sieyès': Je komplexer die Arbeitsteilung ist, desto besser können die Menschen ihre Arbeit verrichten. Werden die Menschen in zahlreichen Lebensbereichen durch Repräsentanten vertreten, werden die mannigfaltigen Aufgaben des Menschen von anderen Fachleuten erfüllt, dann haben die Individuen mehr Zeit, sich in eine spezifische Aufgabe zu vertiefen. Dank dieser Vertiefung können sie dann den spezifischen Aufgaben umso hervorragender nachkommen. Je mehr Repräsentation durch Arbeitsteilung, desto bessere Arbeitsleistung:

»La raison, ou du moins l'expérience, dit encore à l'homme: Tu réussiras d'autant mieux dans tes occupation, que tu sauras le bornet. En portant toutes les facultés de ton esprit sur un parti seulement de l'ensemble des travaux utiles, tu obtiendras un plus grand produit avec de moindres peines et de moindres frais. De là vient la séparation des travaux, effet et cause de l'accroissement des richesses et du perfectionnement de l'industrie humaine. Cette matière est parfaitement développée dans l'ouvrage du Docteur Smith. Cette séparation est à l'avantage commun de tous les Membres de la Société. Elle appartient aux travaux politiques comme à tous les genres du travail productif. L'intérêt commune, l'amélioration de l'État social lui-même, nous crient de faire du Gouvernement une profession particulière.« (Sieyès 1789d: 34f)

Die Beschäftigung mit der Politik ist also keine Pflicht, sondern findet ihren Platz im System der Arbeitsteilung. Die Politik ist ebenfalls ein spezifischer Beruf, der von Fachleuten ausgeübt wird.

Dieses Argument führt zugleich zum dritten Begründungsmodell des repräsentativen Prinzips, das mit dem zweiten in engem Zusammenhang steht. Die Repräsentanten sind nach Sieyès nicht nur deshalb unentbehrlich, weil sie die Beschäftigung mit den Privatinteressen ermöglichen, sondern auch, weil die Alltagsmenschen die Probleme und die Fragen der modernen komplexen Politik nicht mehr zu begreifen in der Lage sind. Sie

149 Zum Einfluss von Sieyès auf Benjamin Constant hinsichtlich der Gegenüberstellung der Freiheit der Modernen und der Antiken siehe: Pasquino 1987.

kennen sich mit den komplexen Fragen der modernen Gesellschaft nicht aus, ja, können nicht einmal beurteilen, worin das Gemeinwohl besteht, jedoch können sie ermessen, wer zur Diskussion und Entscheidung über das Gemeinwohl in einer repräsentativen Versammlung genug Intelligenz besitzt (Sieyès 1789c: 14, 15; Sieyès 1789d: 17). Sieyès hält die politische Elite, die die Politik als ihren Beruf betrachtet, bereits in seinem *Tièrs État* für unersetzlich: Diese politische Elite verwaltet die Geschäfte der Gemeinschaft (Sieyès 1789a: 48).<sup>150</sup> Er macht darauf aufmerksam, dass ein Teil des dritten Standes über die notwendige Intelligenz, das Vermögen und den Besitz verfügt, um die komplexen Probleme des Gemeinwesens zu bewältigen (Sieyès 1822: 97).<sup>151</sup>

#### 4.3.1.3. Die geistige Grundlage des Parlamentarismus

Bei der Bestimmung des Gemeinwohls sollten sich die Bürger nach Sieyès also am besten auf die Fachleute verlassen, die ihr Leben der Ermittlung des allgemeinen Interesses widmen. Aus diesem Grund rechtfertigt er das freie Mandat: Die Wähler selbst haben meistens keine Ahnung, welche Definition des Gemeinwohls für sie günstig wäre, deswegen sollten ihre Repräsentanten frei erwägen, was im Interesse der repräsentierten Gemeinschaft steht. Das Interesse der Nation kann darüber hinaus ohnehin nicht in den einzelnen Wahlkreisen ausgemacht oder erfasst werden. Es lässt sich ausschließlich in der Nationalversammlung ermitteln. In den Wahlkreisen können die Wähler bloß ihr partikuläres Eigeninteresse, nicht aber das Interesse der ganzen Nation formulieren. Deswegen repräsentieren die in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten in der Nationalversammlung nicht die partikulären Interessen ihrer Wähler, sondern das

150 Sewell weist auf die Widersprüche in *Tièr État* hin. Auf den ersten Blick scheint der Text eindeutig die Abschaffung aller Privilegien und die Rechtsgleichheit zu befürworten, aber der Text ist sehr viel inkonsistenter und widersprüchlicher. Einer der wichtigsten Widersprüche besteht darin, dass die Nation, die mit dem dritten Stand identisch ist, bloß in begrenzter Zahl über intelligente Individuen verfügt, die das Interesse der ganzen Nation richtig beurteilen können. Diese Aristokratie der Intelligenz müsste aber nach Sieyès die Geschäfte der Gemeinschaft führen. Konsequenterweise sollte sie politisch mehr Gewicht haben, was aber dem Prinzip der Rechtsgleichheit widersprechen kann (Sewell 1994: 149).

151 Sewell weist darauf hin, dass dieser Standpunkt Sieyès' von mehreren Bemerkungen in seinen Notizen belegt wird. (Sewell 1994: 151ff) Forsyth behauptet sogar, Sieyès habe nicht nur die Vorteile, sondern auch die Gefahren der Existenz einer politischen Elite in Betracht gezogen (Forsyth 1987: 147).

Interesse der ganzen Nation. Eben das ist der Grund für die Notwendigkeit des freien Mandats (Sieyès 1789c: 12f). Wäre das Mandat der Abgeordneten imperativ, dann handelte es sich nicht mehr um eine Repräsentation, sondern um eine Demokratie – stellt Sieyès fest (Sieyès 1789c: 16). Die Repräsentanten berücksichtigen das Interesse der homogenen Nation (Sieyès 1789d: 17; Sieyès 1822: 98; Sieyès 1789c: 6 und 16; Sieyès 1789b: 22), das aber erst durch das freie Mandat ermöglicht wird, da die Abgeordneten das allgemeine Interesse erst durch die Diskussion im Repräsentantenhaus mit den anderen Fachleuten des Gemeinwohls ausfindig machen können.<sup>152</sup>

Das allgemeine Interesse findet sich nämlich ausschließlich in der Nationalversammlung: Es ist ganz sicher nicht in den Wahlkreisen vorhanden. Erst durch die freie Diskussion der Repräsentanten kann es sichtbar gemacht werden. Die mit einem freien Mandat ausgestatteten Abgeordneten besitzen die Intelligenz und den entsprechenden Überblick, einander zu überzeugen (Sieyès 1789c: 16ff; Baker 1990: 247ff, 251). Sieyès schreibt zur Rolle der Nationalversammlung und der Repräsentanten:

»Quand on se réunir, c'est pour *délibérer*, c'est pour connoître les avis les uns de autres, pour profiter des lumières réciproques, pour confronter les volontés particulières, pour les modifier, pour les concilier, enfin pour obtenir un résultat commun à la pluralité. (...) Il est donc incontestable, que les Députés sont à l'Assemblée Nationale, non pas pour y annoncer le vœu déjà formé de leurs Committans directs, mais pour y *délibérer* et y *voter librement* d'après leur avis actuel, éclairé de toutes les lumières que l'Assemblée peut fournir à chacun.« (Sieyès 1789c: 17ff)

Die wichtigste Funktion der Nationalversammlung und der Repräsentanten besteht also in der Ermittlung des allgemeinen Interesses mittels rationaler Diskussion.

Die Bedeutsamkeit der Diskussion, die erst durch das freie Mandat ermöglicht wird, kann auch an dem Vergleich abgemessen werden, bei dem das demokratische Verfahren der Entscheidung der Diskussion und die Entscheidungsmethode der Repräsentanten mit freiem Mandat einander gegenübergestellt werden. Sieyès betont, dass das demokratische Verfahren eine Entscheidungsmethode voraussetzt, die unrealistisch ist.

152 Die einzige Restriktion hinsichtlich des freien Mandats ist das Prinzip, dass der Repräsentant auf keinen Fall gegen die Interessen der Repräsentierten verstoßen darf (Sieyès 1822: 158).

Dem demokratischen Verfahren gemäß müssten sich die Bürger die aktuellen Fragen am Vorabend der Entscheidung überlegen, dann zu ihrer Meinung kommen und diese schließlich auf dem Marktplatz öffentlich vertreten. Sie würden der Meinung der anderen dann zuhören, aber auf keinen Fall vor Ort diskutieren, sondern nach Hause gehen, in ihrer Einsamkeit alle Argumente erwägen und bei der nächsten Gelegenheit auf dem Marktplatz ihre veränderte oder unveränderte Meinung bei der Abstimmung vertreten.<sup>153</sup> Diese demokratische Entscheidungsmethode, die von Rousseau am prägnantesten vertreten wurde, ist nach Sieyès tatsächlich absurd. Ist sie aber im Falle der direkten Demokratie absurd, dann ist sie im Falle einer repräsentativen Körperschaft noch weniger vorstellbar. Die Abgeordneten vertreten nicht die vorbestimmte und in der Nationalversammlung unveränderbare Meinung der Wähler, ihre Aufgabe besteht nicht in der Ankündigung des Standpunktes der Wähler. Die Repräsentanten sollen frei – d. h. unabhängig der Meinung ihrer Repräsentierten – diskutieren und frei entscheiden. Die Nation kann ihr Interesse lediglich durch ihre Repräsentanten bestimmen: »Le Peuple ou la Nation ne peut avoir qu'une voix, celle de la législature nationale.« (Sieyès 1789c: 18)

Manifestiert sich der Wille der Nation allein und ausschließlich durch die Ankündigungen der Repräsentanten, dann erübrigt sich das suspensive Vetorecht des Herrschers, das die direkte Befragung des Volkes durch eine Volksabstimmung garantieren würde. Das suspensive Veto des Königs ist nicht einmal in der Form eines »Appells ans Volk« legitim, da das allgemeine Interesse der Nation allein von den Repräsentanten ermittelt werden kann. (Sieyès 1789c: 19) Die Situation ist somit klar: Die repräsentativen Körperschaften der Verfassungsgebung sind die exklusiven Zuständigen bei der Bestimmung des Gemeinwohls. Die Nation kann sich allein durch ihre Repräsentanten äußern (Sieyès 1789c: 12f). Die Verfassungen und die Grundgesetze können bloß von den besonderen oder den normalen Repräsentanten verändert werden (Sieyès 1789c: 23).

Die unmittelbare Demokratie weist Sieyès kompromisslos zurück. Die Grundeinheit der politischen Repräsentation ist seiner Ansicht nach die Nation. Diese Mesoebene zwischen den Individuen und der Menschheit ist der Ausgangspunkt aller politischen Theorien Sieyès'. Deswegen lehnt er auch die Föderalisierung Frankreichs entschlossen ab: Frankreich könne nicht in kleinere Demokratien aufgeteilt, nicht föderalisiert werden. Frank-

153 Die Absätze richten sich eindeutig gegen Rousseau. Sieyès hält es für absurd, wie sich Rousseau die Technik der Beratung und der Entscheidung im Gesellschaftsvertrag vorstellt (Sieyès 1789c: 17f; Sieyès 1789d: 35; Forsyth 1987: 139).



reich sei eine unteilbare Einheit, die einzelnen Wahlkreise und Verwaltungseinheiten seien Bestandteile eines einheitlichen Staates. Wäre Frankreich ein föderativer Staat mit winzigen direkten Demokratien, die den großen föderativen Staat mit Hilfe des imperativen Mandats der Gesandten regierten, dann könnte das Interesse der ganzen Nation niemals realisiert werden. Dann wäre Frankreich ein Schlachtfeld der partikulären Interessen.<sup>154</sup>

#### 4.3.1.4. Die Schwäche der Sieyès-Interpretation Schmitts

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Sieyès-Interpretation Schmitts aus mehreren Gründen ein Fehlgriff ist, dessen Einzelheiten nun geklärt werden sollen. Einerseits ignoriert Schmitt die naturrechtlichen Ideen Sieyès' komplett: Er berücksichtigt in seiner Interpretation weder die Freiheits- und Eigentumsrechte noch die Idee des Gesellschaftsvertrags, obwohl Sieyès unmissverständlich für die Geltung des Naturrechts und die Legitimität der Staatsgründung durch einen Vertrag plädiert. Das Fundament des Staates ist seiner Auffassung nach ein Vertrag, der Staat ist nicht die Konsequenz der historischen Entwicklung der nationalen Homogenität, und genau aus diesem Grunde ist dieser Staat nicht so homogen wie jener Rousseaus. Das gemeinsame Ziel der Bürger dieses Staates bestehe bloß im bequemen Zugang zu den Privatgütern, was durch die Zusammenarbeit und die Arbeitsteilung ermöglicht würde.

Das Interesse der Nation ist aber nicht identisch mit den partikulären Einzelinteressen. Das allgemeine Interesse der modernen Gesellschaften kann nur durch die rationale Diskussion der fachkundigen Repräsentanten identifiziert werden,<sup>155</sup> wobei das Prinzip der Repräsentation bereits bei der Bestimmung der politischen Ordnung unentbehrlich ist. Die moderne Nation habe tatsächlich bereits vor der Gründung des modernen Staates existiert, dessen wesentliches Prinzip das der Rechtsgleichheit sei, jedoch als die Konsequenz eines Vertrages (und nicht einer historischen Entwicklung wie in der Sieyès-Interpretation Schmitts). Zudem könne diese

154 Hieran knüpft sich eine Schrift von Sieyès über die Neukonstituierung der Wahlkreise an (Sieyès 1789c: 10ff; Forsyth 1987: 151f).

155 Weiter oben wurde bereits betont, dass Sieyès an die *modernen* und auf keinen Fall an die antiken Gesellschaften denkt. Das Individuum hat nach Sieyès den Naturzustand nicht mit der Absicht verlassen, die Anliegen der ganzen Gemeinschaft zu verwalten. Das Individuum will sein Eigeninteresse verwirklichen, bloß mit Hilfe der anderen. Das ist der Grund für die Vergesellschaftung.

moderne Vertragsnation ihren Willen lediglich durch Repräsentanten äußern.

Hinsichtlich des Begriffes des *pouvoir constituant* können zwei Divergenzen festgestellt werden: Einerseits ist der *pouvoir constituant* bei Sieyès nicht uneingeschränkt wie bei Schmitt, da er vom Naturrecht gemäßigt und limitiert ist.<sup>156</sup> Andererseits kann sich diese verfassungsgebende Gewalt bei Sieyès niemals in ihrer Unmittelbarkeit, in dem Akt einer Akklamation artikulieren. Schmitt unterscheidet zwei Formen der Manifestation des *pouvoir constituant*: Er kann sich zum einen absolut formlos und ohne eine Prozedur, unmittelbar durch den Akt der Akklamation bekunden. Schmitt legt den Begriff des *pouvoir constituant* bei Sieyès in dieser Art aus.<sup>157</sup> Zugleich betont er aber, dass diese Art der Manifestation des *pouvoir constituant* nur eine spezifische Form der Manifestation ist. Sie negiere in dieser unmittelbaren Form das Bestehende, biete aber keine positive Bestimmung hinsichtlich der neuen Form des Staates. Die positive Seite der Manifestation ist nach Schmitt in den modernen Flächenstaaten immer an eine repräsentative Körperschaft gebunden: Die Erarbeitung einer neuen Verfassung, der Akt der Verfassungsgebung muss immer von einer Versammlung der Repräsentanten durchgeführt werden. Der Begriff des *pouvoir constituant* ist bei Schmitt in diesem Sinne janusköpfig, obwohl einige Schmitt-Experten nur die eine Seite wahrnehmen wollen. Nach diesen Experten ist Schmitt der Meinung, dass sich der *pouvoir constituant* immer und ausschließlich formlos und ohne eine Prozedur in seiner Unmittelbarkeit manifestieren kann (Thiele 2003: 170, 248f).

Laut Sieyès sind die Nationen in ihrer Willensäußerung an keine bestimmte Form gebunden. Das bedeutet aber nicht, dass sich ihr Wille formlos manifestiert:

»Quant au pouvoir constituant il est de principe qu'on ne peut le soumettre à aucun forme (...) Mais quoique la volonté national soit; en ce sens, indépendant de toute forme, encore faut-il qu'elle en prenne une pour se faire entendre.« (Sieyès 1789e: 30; Sieyès 1822: 164)

156 Das beweisen nicht nur die Spätschriften, sondern auch die früheren Werke von Sieyès (Sieyès 1822: 159; Sieyès 1789b: 25; Thiele 2003: 272; Thiele 2003: 264; Zweig 1909: 131; Roels 1969: 153f).

157 Über die unmittelbare Kundgebung der verfassungsgebenden Gewalt siehe weiter oben das Kapitel: 3.1.1.2. Exkurs: die Organisiertheit des Volkes.

Die Nation ist an kein positives Recht gebunden, sie kann alle positivrechtlichen Formen verändern,<sup>158</sup> artikuliert sich aber immer in einer bestimmten Form, die in Verfahrensregulierungen vorgeschrieben ist. Die Nation kann sich unmittelbar nicht äußern. Die unmittelbare Willensäußerung, die Akklamation ist unvorstellbar: Ausschließlich durch ihre Repräsentanten ist die Nation in der Lage, ihren Willen zu formulieren. Dieses Argument, das im scharfen Gegensatz zu den Vorstellungen über die Unmittelbarkeit der Willensäußerung des Volkes bei Schmitt steht, hatte eine große Auswirkung auf die französischen Doktriniere, vor allem auf Guizot.

Nach der richtigen Sieyès-Interpretation kann sich die Nation (der *pouvoir constituant*) ausschließlich in einer irgendwie vorgefassten Form mitteilen. Sie kann jegliche rechtliche Form annehmen, ist in dieser Hinsicht nicht gebunden, muss sich selbst jedoch eine Verfahrensregelung der Willensäußerung geben. Sieyès geht sogar einen Schritt weiter: Er merkt an, dass die Repräsentation als eine vorbestimmte Form der Willensäußerung in den modernen Gesellschaften aus zwei Gründen unentbehrlich ist. Zum einen, weil die Privatinteressen der Bürger der modernen Gesellschaft, die auf der Basis der Arbeitsteilung funktioniert, erst durch die Delegation der Aufgaben, die das Gemeinwesen betreffen, erreicht werden können, zum anderen kann die Nation ihren Willen niemals unmittelbar ermitteln, um zu erfahren, was sie will, worin ihr allgemeines Interesse besteht. Sie muss dazu die Experten des Gemeinwesens, ihre Repräsentanten, befragen (Sieyès 1789c: 13ff). Diese Repräsentanten versammeln sich zum Zwecke der Diskussion über die möglichen Alternativen der Bestimmung des Gemeinwohls. Allein sie haben die ausreichenden Informationen und die notwendige Weisheit, um das Gemeinwohl der Nation bestimmen zu können. Die Prozedur, die positivrechtlich bestimmte Form der Wahl der verfassungsgebenden Repräsentantenversammlung, ist also unentbehrlich, selbst wenn die Versammlung als *pouvoir constituant* an keine weiteren Vorschriften der Bestimmung der positivrechtlichen Normen gebunden ist. Sieyès argumentiert also nicht *praktisch*, sondern führt eher ein *ökonomisches Argument* an: Die Repräsentation sei demgemäß eine Folge des allgemeinen Phänomens der Arbeitsteilung. Die Bürger können sich auf ihre Privatinteressen konzentrieren, wenn sie die Repräsentanten damit beauftragen, sich um das Gemeinwesen zu kümmern

158 »(...) une nation est indépendante de toute forme; et de quelque manière qu'elle veuille, il suffit que sa volonté paraisse pour que tout droit positif cesse devant elle, comme devant la source et le maître suprême de tout droit positif.« (Sieyès 1822: 165)

(Sieyès 1789c: 13). Des Weiteren führt er aber auch ein *elitär-perfektionistisches Argument* an: Den meisten Bürgern der Gemeinschaft mangle es an der notwendigen Weisheit und Intelligenz, an notwendigen Erfahrungen, die zu Erwägungen hinsichtlich der verschiedenen Konzeptionen des Gemeinwohls unentbehrlich sind. Zu solchen Überlegungen seien im Grunde genommen nur die gewählten Repräsentanten der Nation geeignet. Nur in einer Diskussion dieser Repräsentanten könne das Gemeinwohl geklärt werden.<sup>159</sup>

Im Gegensatz zu Sieyès berücksichtigt Schmitt also nicht den Unterschied zwischen dem *pouvoir commettant* und dem *pouvoir constituant*. Ersterer wird vom Volk direkt ausgeübt, Letzterer lässt sich durch die gewählten Repräsentanten realisieren. Schmitt täuscht sich also, wenn er betont, dass der *pouvoir constituant* unmittelbar vom Volk ausgeübt wird,<sup>160</sup> denn er kann nach Sieyès allein durch die Repräsentanten wirksam gemacht werden. Sieyès ist des Weiteren der Meinung, dass kein direkter Appell an das Volk entgegen der Beschlüsse dieser Repräsentanten erhoben werden kann. In seiner Schrift über das suspensive Vetorecht des Königs betont er, dass sich der König entgegen der Entscheidungen der Repräsentativkörperschaft nicht an das Volk wenden kann, weil das Volk seinen Willen in seiner Unmittelbarkeit nicht zu formulieren in der Lage ist. In einer Volksabstimmung oder in einem Akklamationsakt könne das allgemeine Interesse nicht ermittelt werden. Die verfassungsgebende Gewalt könne daher ausschließlich in mittelbarer Form ausgeübt werden.<sup>161</sup>

Schmitt läßt außerdem Sieyès' Engagement für die Lehre der Gewaltenteilung außer Acht. Das Ziel der Assoziation sei nach Sieyès die Sicherung der persönlichen Freiheit und des Eigentums. Von den drei Entitäten (die Mitbürger, die Regierung und die äußeren Feinde der Gemeinschaft), die sie bedrohen können, sei die Regierung die gefährlichste, da sie über

159 Zum Mangel der Intelligenz des Wahlvolkes und zur Weisheit der Repräsentanten siehe: Sieyès 1789c: 14f; Sieyès 1789d: 17. Zur praktischen und philosophischen Argumentationslinie bei Sieyès siehe: Roels 1969: 112ff. Zur elitären Grundeinstellung Sieyès' hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechtes siehe: Sieyès 1789a: 36f; Roels 1969: 129ff.

160 Es ist bemerkenswert, dass selbst Zweig diese Unterscheidung missachtet, auf die Schmitt an zahlreichen Stellen Bezug genommen hat (Zweig 1909: 129; Pasquino 1998: 46; Sieyès 1789a: 35ff).

161 Es mag allerdings dahingestellt bleiben, ob Schmitt tatsächlich die Formlosigkeit des *pouvoir constituant* gutheißt, wie von Thiele und Steiner unterstellt wird, oder ob er die Prozedur der Akklamation für die adäquate Form der Kundgebung des Willens des *pouvoir constituant* hält (Thiele 2003: 248f, 170f).

die besten Mittel zur Versklavung der Bürger verfüge. Sieyès betont daher die Bedeutung der Teilung der Gewalten, damit dem Missbrauch der Macht von Seiten der Regierung vorgebeugt werden kann (Sieyès 1789a: 30). Es lässt sich sogar nachweisen, dass er im Laufe der Zeit immer entschlossener für die Gewaltenteilung plädierte. Aufgrund der Erfahrungen aus der Jakobinerdiktatur setzt er sich sogar energisch für die Teilung der repräsentativen Körperschaften ein (Sewell 1994: 92; Forsyth 1987: 142ff; Thiele 2003: 252ff; Zweig 1909: 128; Roels 1969: 142ff).<sup>162</sup> Die Akzentverschiebung zugunsten der Gewaltenteilungslehre in den späteren Werken lässt sich mit eben diesen negativen Erfahrungen aus der Jakobinerdiktatur begründen (Pasquino 1988: 376; Zweig 1909: 124f, 138ff; Loewenstein 1922: 24ff).<sup>163</sup>

Im Gegensatz zu der Interpretation Schmitts setzt sich Sieyès bereits im *Tiers État* für die Gewaltenteilung ein (Thiele 2003: 175). Sieyès will die Idee der Volkssouveränität allerdings mit jener der Gewaltenteilung in Einklang bringen (Thiele 2003: 254). Dahinter steckt eigentlich die gleiche Grundeinstellung wie hinter seinen Bestrebungen hinsichtlich der Harmonisierung der Idee der unteilbaren und unveräußerlichen Volkssouveränität mit dem repräsentativen Prinzip oder eben hinter den Anpassungsversuchen der Idee der vorgegebenen Existenz des Volkes, die als Ausgangspunkt aller politischen Handlungen dienen soll, mit jener von der Erzeugung des einheitlichen Volkes durch einen Entscheidungsakt (Roels 1969: 139).

162 Sieyès plädiert sogar für die Errichtung eines Verfassungsgerichts und nicht nur für die Teilung der Gewalten unter den repräsentativen Organen (Thiele 2003: 252; Zweig 1909: 420).

163 Thiele stellt fest, dass Schmitt diese Spätschriften ebenfalls gekannt haben muss, da er sich explizit auf sie bezieht (Schmitt 1928a: 203; Thiele 2003: 250). Hier muss allerdings angemerkt werden, dass Schmitt diese Schriften offensichtlich bloß mittelbar, durch die Sekundärliteratur gekannt hat. Er war nur mit den Frühschriften vertraut, weswegen hier auch eher diese in Betracht gezogen werden, obwohl klar ist, dass die Repräsentationsvorstellungen Sieyès' in seinem Spätwerk wesentliche Veränderungen aufweisen.

#### 4.3.2. Schmitt und Guizot

##### 4.3.2.1. Die Guizot-Interpretation Schmitts

Schmitts Guizot-Interpretation ist bei weitem nicht so widersprüchlich und weist viel weniger Ambiguität auf als seine Sieyès-Interpretation.<sup>164</sup> Diese Feststellung ist umso mehr von Belang, da die Grundgedanken der eigenartigen und eingeschränkten Parlamentarismusinterpretation sowie der politischen Repräsentation bei Schmitt in den Ideen Guizots wurzeln. Schmitt stützt sich nicht nur bei der Bestimmung der geistigen Grundlagen des Parlamentarismus auf Guizot, sondern auch bei der Bestimmung der richtigen Realisierungsmethode dieses Parlamentarismus. Guizot betont nämlich, dass die richtige Realisierungsform des Parlamentarismus, d. h. die Teilung der Gewalten, aus den geistigen Grundlagen dieses Parlamentarismus folge.

Wie oben bereits dargestellt, besteht die geistige Grundlage des Parlamentarismus nach Schmitt in der Diskussion, durch die die politische Wahrheit (das allgemeine Interesse) bestimmt werden kann. Das Gemeinwohl kann mittels dieses rationalen Diskurses ausfindig gemacht werden. Bei der Darstellung der geistigen Grundlagen bezieht sich Schmitt explizit auf Guizot, diesen »absolut typischen Repräsentanten des Parlamentarismus« (Schmitt 1926: 43). Nach seiner Guizot-Interpretation lässt sich der Parlamentarismus aus dem Recht, das der Macht gegenübergestellt wird, ableiten. Denn nach Guizot könne die Rechtsstaatlichkeit prinzipiell durch den Parlamentarismus gesichert werden, was aus dem Grundsatz des Parlamentarismus selbst folge: In den parlamentarischen Systemen müssen die Entscheidungen mit rationalen Argumenten begründet werden, die sich in der Diskussion als standhaft erweisen. Die öffentliche Diskussion erzwingt also eine rationale Entscheidung und ermöglicht zugleich die Kontrolle der Gewalten. Die separierten Segmente der Gewalt können durch die öffentliche Diskussion und durch die Pressefreiheit effizient kontrolliert werden. Die Realisierung der Rechtsstaatlichkeit wird hier mit der rationalen Diskussion über die politischen Entscheidungen gleichgesetzt (Schmitt 1926: 44). Weiter oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass Schmitt bei der Beschreibung der Grundlagen des Parlamentarismus

164 Schmitt wird relativ selten vorgeworfen, Guizot missdeutet zu haben. Eine Ausnahme bedeutet hier: Larmore 1996: 184ff.

auf die drei Prinzipien Guizots – Öffentlichkeit, Diskussion, Pressefreiheit – explizit Bezug nimmt:

»Nach Guizot, der in den bürgerlichen 'classes moyennes' die wahren Träger des politischen Lebens sieht bringt das Parlament die im Volke verstreuten Vernunftpartikel an einem Platze zusammen und damit zur Öffentlichkeit. Das ganze politische Pathos von Guizot, dieses typischen Vertreters eines bürgerlichen Liberalismus, liegt in dem Glauben an das Parlament als eine Repräsentation der Vernunft (...).« (Schmitt 1928a: 311; Schmitt 1926: 44)

Es wird weiter unten noch *in extenso* ausgeführt, wie stark diese Definition des Parlamentarismus auf Guizot zurückgeht. An dieser Stelle sei allerdings anzumerken, dass Schmitt den politischen Wahrheitsbegriff Guizots zugleich relativiert. Er hebt hervor, dass die politischen Wahrheiten, die in den parlamentarischen Diskussionen gefunden werden, nur relative politische Wahrheiten sind, über die direkt nach ihrer Konstatierung erneut eine Diskussion eröffnet wird. Mohl stellt daher im Zusammenhang mit Guizot die Frage, wie garantiert werden könne, dass das Parlament zum Sammelplatz der in der Gesellschaft zerstreut vorfindbaren Vernunftstücke werde (Schmitt 1926: 45).

#### 4.3.2.2. Die Herrschaft der Individuen und die Herrschaft der Vernunft

Schmitt erkennt die Bedeutung des Begriffes der Vernunft bei Guizot und bei den Doktrinären durchaus richtig (Craiutu 2003: 145). Dank der französischen Revolution und des Zeitalters Napoleons zeigten die französischen Doktrinäre gegenüber der individualistischen Souveränitätskonzeption, nach der den Individuen die Bestimmung der Regeln der Gesellschaft anvertraut werden sollte, einen besonderen Abscheu. Während die Theoretiker des Absolutismus die Souveränität der Person des Fürsten zuwiesen, verlegten die Philosophen der französischen Revolution die höchste Gewalt von dem König in die Individuen der Gemeinschaft (Craiutu 2003: 123). Die fundamentale Erfahrung der Doktrinäre bestand aber darin, dass alle beide Lösungen ganz einfach zur Despotie führen können. Ihre primäre Zielsetzung lag in der Sicherung der Freiheit der Individuen gegenüber der Despotie der jeweiligen Souveräne (Guizot 2002: 50f). Der Schutz der Freiheit konnte aber niemals von einer einzigen einheitlichen Entität bewältigt werden: Die Geschichte der europäischen Staaten weist nach Guizot darauf hin, dass die Freiheit nur in dem Fall garantiert werden

kann, wenn die Souveränität, die höchste Gewalt, geteilt wird. Ohne Gewaltenteilung keine Freiheit – bemerkt Guizot (Guizot 2002: 50).

Die Souveränität kann weder einem noch mehreren Individuen zugeschrieben werden, sondern ist nach Guizot der Vernunft zuzuweisen. In ihr findet sich die Quelle der Souveränität. Die Vernunft ist souverän – nicht der König oder das Volk. Die Vernunft, die übrigens in den Individuen der Gesellschaft zerstreut zu finden ist, schafft das Recht und erzielt die politische Wahrheit. Sie ist zugleich der Schutz gegenüber der Despotie der Minderheit, der Mehrheit oder des Alleinherrschers (Guizot 1820: 201).

Guizot kritisiert auf der Basis dieser Argumentationslinie das Souveränitätskonzept Rousseaus, denn sein Ausgangspunkt sei diesbezüglich das freie Individuum, das sich selbst Gesetze gebe und nur den Gesetzen folge, die es gebilligt habe. Die Freiheit des Individuums bestehe nämlich eben darin, dass es die Gesetze, die es befolgen muss, auch bewilligt hat. Der Ansatzpunkt der Souveränität ist also der freie Wille des Individuums (Guizot 2002: 287). Daraus folgt auch die Aversion Rousseaus gegenüber der Repräsentation: Billigt nicht das Individuum, sondern nur sein Repräsentant ein Gesetz, dann verliert das Individuum seine Freiheit, da die Freiheit mit der persönlichen Billigung des Gesetzes gleichzusetzen ist. Guizot stellt fest, dass Rousseau die Begriffe der Souveränität und der Freiheit falsch definiert und die Antipathie gegenüber der Repräsentation aus diesen falschen Definitionen resultiert. Nach Rousseau ist das Individuum nämlich ausschließlich dann frei, wenn es die Gesetze befolgt, die es persönlich gebilligt hat. Die Quelle der Legitimität liegt also nach Rousseau in dem Willen des Individuums.

Guizot merkt hier überraschenderweise an, dass die Argumentation Rousseaus nicht konsequent genug ist. Lehnt Rousseau nämlich die Möglichkeit der Repräsentation des Willens aus den oben genannten Gründen ab, dann müsste er eigentlich alle Formen der menschlichen Assoziation bestreiten. Wäre Rousseaus Gedankengang konsequent, dann müsste er feststellen, dass das Individuum die Souveränität im strikten Sinne – nur die Gesetze zu befolgen, die es persönlich gebilligt hat – in keiner Gesellschaft realisieren kann. Guizot richtet dementsprechend folgende Fragen an Rousseau: Wenn die Quelle der Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung ausschließlich in dem Willen des Individuums vorzufinden ist, was verpflichtet das Individuum dann zum Gehorsam gegenüber einem Gesetz, das es früher gebilligt hat, mit dem es aber momentan nicht mehr einverstanden ist? Was ist, wenn das Individuum momentan etwas anderes will als gestern? Was ist, wenn es seinen Willen verändert hat? Welcher Wille ist dann der legitime Wille der Souveränität?



»In fact, how does it concern me that a law emanated yesterday from my will, if today my will has changed? Yesterday my will was the only source of legitimacy for the law; why then should the law remain legitimate when it is no longer sanctioned by my will?« (Guizot 2002: 288)

Dieser Gedankengang ist nach Guizot allerdings äußerst destruktiv: Bedenkt man konsequent, warum der Wille nicht repräsentiert werden kann, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass die Gründung einer Gesellschaft unmöglich ist. Kann das Individuum nicht einmal seinen eigenen Willen zu einer künftigen Handlung verpflichten, dann kann keine Gesellschaft funktionieren, da damit alle Versprechen unmöglich werden. Die Gesellschaft basiert aber auf den Versprechen der Individuen. Selbst die Einheit (die Identität) des Individuums löst sich auf: Heute ist das Individuum jemand anderes als gestern, daher kann das Versprechen von gestern das Individuum von heute nicht binden. Guizot kritisiert mit dieser These also das antirepräsentative Denken Rousseaus in vehementer Weise (Guizot 2002: 288).

Obwohl Rousseau aufgrund dieser Ausführungen in seiner Ablehnung der Repräsentation nicht konsequent genug war, kamen seine Nachfolger bei weitem nicht an sein Niveau heran. Viele schlossen aus dem Grundsatz der Legitimierung der Macht durch den freien Willen der Individuen nämlich, dass die Repräsentation schlechthin unbedingt notwendig sei. Im Gegensatz zu Rousseau plädierten mehrere dafür, dass die freie Zustimmung zu den Gesetzen der Gesellschaft ausschließlich durch den Repräsentanten realisiert werden könne. Diese Vorstellungen gehen ebenfalls von dem Prinzip der »Legitimation durch freie Zustimmung« aus, sind jedoch noch inkonsequenter als jene Rousseaus. Sie betonen die Notwendigkeit der Repräsentation, obwohl der Wille nach der konsequenten Beweisführung Rousseaus nicht repräsentiert werden kann. Rousseau ging zwar in seiner Konsequenz nicht weit genug, jedoch weiter als seine Anhänger. Im Fall der Legitimation durch Zustimmung bleibt darüber hinaus noch ein weiteres Problem bestehen: Was ist mit der Minderheit, die ein konkretes Gesetz durch ihre Repräsentanten nicht bewilligt hat? Nach Ansicht Guizots müssten ihre Mitglieder die Gesellschaft verlassen oder zu Knechten anderer werden, die das Gesetz bewilligt haben (Guizot 2002: 289).

Die Probleme der inkonsequenten Beweisführung hinsichtlich der Legitimation durch den freien Willen und die Schwierigkeiten des Ergebnisses der konsequenten Argumentation veranlassten Guizot dazu, den Grundsatz »Legitimation durch die Zustimmung der Individuen« zu überprüfen.

Dazu musste abgewogen werden, ob der Ursprung der Gemeinschaft tatsächlich im Willen des Individuums liegen muss. Guizot weist darauf hin, dass die Philosophen selbst bei der Begründung der moralischen Grundsätze nicht von einem vagen Willen der Individuen ausgehen:

»When philosophers have considered man in himself, apart from all connection with his fellows, only regarding his active life in its relation to his own understanding, they have never thought of declaring that his will is for him the only legitimate law, or, which amounts to the same thing, that every action is just and reasonable merely because it is voluntary.« (Guizot 2002: 291)

Guizot will beweisen, dass die Moralphilosophen die moralischen Dilemmas, die Richtigkeit einer moralischen Entscheidung nicht aus der Freiwilligkeit der Entscheidung ableiten. Die freie Zustimmung zu einer der Alternativen allein macht die moralische Entscheidung nicht richtig. Will das Individuum tatsächlich eine im moralischen Sinne richtige Entscheidung treffen, dann reicht es nicht aus, wenn es sich frei entschließt, denn selbst nach den Moralphilosophen gibt es ein höheres Gesetz, dem das Individuum frei folgen muss, wenn es moralisch richtig handeln will.

Dieses Gesetz wird mal als Vernunft, mal als Moralität oder moralische Wahrheit bezeichnet. Alle Moralphilosophen sind jedoch der Meinung, dass die Handlungen und Entscheidungen der Individuen an bestimmten vorgegebenen Prüfsteinen zu messen sind, wenn man die Moralität einer Entscheidung ermitteln will. Geprüft an diesen Grundsätzen kann die Richtigkeit, die Gerechtigkeit, die Vernünftigkeit einer Entscheidung festgestellt werden. Die Urquelle aller Moralität liegt nicht in der unbestimmten Freiheit des Willens der Individuen (Guizot 1863: 32). Guizot geht sogar noch einen Schritt weiter und betont, dass das moralische Gesetz von den Individuen erkannt werden kann, selbst wenn sie diesem Gesetz nicht folgen wollen oder können. Sein Grundsatz lautet also:

»Thus, speaking philosophically and rightfully, the individual considered in himself, may not dispose of himself arbitrarily and according to his solitary will. Laws which are obligatory are not created or imposed upon him by his will. He receives them from a higher source; they come to him from a sphere that is above the region of his liberty – from a sphere where liberty is not – where the question to be considered is not whether a thing is willed or not willed, but whether it is true or false, just or unjust, comfortable or contrary to reason.« (Guizot 2002: 292)

Ist aber der Grundsatz »Legitimation durch freien Willen« selbst auf der Ebene des Individuums widerlegt, ist der Wille des Individuums nicht aufgrund seiner Freiheit richtig, sondern existiert eine erkennbare höhere Norm, an der die Richtigkeit einer konkreten Entscheidung gemessen werden kann, dann muss diese Norm umso mehr auf der Ebene der Gesellschaft ausschlaggebend sein: Eine Entscheidung der politischen Gemeinschaft lässt sich nicht durch die freie Zustimmung der Individuen legitimieren, sondern ausschließlich durch die Übereinstimmung der konkreten Entscheidung mit der höheren vorgegebenen Norm, mit dem vernünftigen Gesetz:

»To express the same thing in a different way – man has not an absolute power over himself in virtue of his will: as a moral and reasonable being he is subject – subject to laws which he did not himself make but which have a rightful authority over him, although, as a free agent, he has the power to refuse them, not his consent but his obedience.« (Guizot 2002: 292)

Guizot weist also mit diesen Argumenten den Grundsatz zurück, die Gesellschaft könne sich bloß durch die freie Zustimmung konstituieren. Die Existenz der Gesellschaft hängt von der Befolgung der vorgegebenen höheren Vernunftgesetze ab. Somit kann der Standpunkt Guizots folgendermaßen formuliert werden: Kein Recht kann seine Urquelle im Willen finden. Might is not right.

#### 4.3.2.3. Der Sinn der politischen Repräsentation: Wahlen und Diskussion

Die Gesetze, die den Ansprüchen der Vernunft entsprechen, sollen aber nicht von einem einzigen Individuum bestimmt werden, da die Elemente dieser Vernunft zerstreut in der Gesellschaft vorzufinden sind. Einige verfügen über einen größeren Teil dieser Elemente, andere über einen kleineren: Nicht alle haben gleichermaßen an der Vernunft teil. Einige können die Probleme der Gemeinschaft vernünftiger erwägen als andere. Aus diesem Grundsatz Guizots folgt, dass der Mensch ein unvollkommenes Wesen ist, das alleine nicht über die Weisheit und die Vernunft verfügt, mit Hilfe derer die politische Wahrheit gefunden werden könnte. Ist der Mensch in sich selbst nicht dazu fähig, die politische Wahrheit, das Gemeinwohl zu bestimmen, dann kann weder das Individuum noch eine Gruppe der Individuen die Souveränität besitzen, da die Souveränität jener Entität zugewiesen werden muss, die die Fähigkeit und die Intelligenz

besitzt, mit der das Gemeinwohl bestimmt werden kann. Die Souveränität besteht in der Vorherrschaft der Vernunft, der Gerechtigkeit und der politischen Wahrheit. Nach dem Grundsatz Guizots setzt die repräsentative Regierungsform das Prinzip der Souveränität der Vernunft damit in die Wirklichkeit um, dass sie die zerstreuten Elemente der Vernunft im Parlament sammelt und die Ermittlung der politischen Wahrheit durch die vernunftgemäße Diskussion ermöglicht (Guizot 2002: 52). Die Aufgabe besteht also darin, diese Vernunftpartikel in einer Versammlung zusammenzutragen. Der Sinn der Repräsentation lässt sich also nicht durch die Repräsentation der Willen der Individuen formulieren, vielmehr kann er als die Konzentration der zerstreuten Vernunftpartikel in einer Versammlung definiert werden. Die Verwirklichung dieses Prinzips benötigt aber die Erfüllung folgender Kriterien vonseiten des repräsentativen Systems: Die Repräsentanten müssen gewählt werden, die Öffentlichkeit der Diskussion der Repräsentanten muss gesichert und die Frage der Verantwortlichkeit geklärt werden (Guizot 2002: 295f).

Heutzutage neigen die Politikwissenschaftler dazu, die spezifischen Kriterien des repräsentativen Systems in der freien Wahl zu erfassen. Die Politikwissenschaft von heute begreift das repräsentative System als den Akt der Wahl der Repräsentanten, die sich um das Gemeinwesen kümmern (Manin 1997: 6f). Für Guizot war der Akt der Wahl ebenfalls von großem Belang, jedoch mit der Bemerkung, dass die Wahlen offene Wahlen sein müssen, da die Manipulation der Ergebnisse ausschließlich durch die offene Wahl verhindert werden kann (Guizot 2002: 349). Diese Ergänzung weist plastisch auf das Endziel Guizots hin: Es ist mit allen Mitteln zu gewährleisten, dass eine freie und vernunftgemäße Entscheidung getroffen wird. Kann dies nur mit Hilfe der offenen Wahl garantiert werden, dann muss die offene Wahl die Regel sein. Kann die Gewährleistung dessen demgegenüber nur mit geheimen Wahlen stattfinden, dann muss es eben eine Garantie für die Geheimhaltung der Wahlen geben.

»It is very true that open voting in elections, as well as in the debates of deliberative assemblies, is the natural consequence of representative government. It is quite true that there is a degree of shame attached to liberty if it claims secrecy for itself while imposing publicity on power. (...) [But] to impose open voting when it would injure freedom of election would be to compromise general liberty itself, which, ere long, must necessarily establish open voting. (...) The only absolute principle in this matter is, that election should be free, and should truly display the true thoughts and real wishes of the electors. If open voting puts a serious restraint on liberty of elections and perverts their results, it ought to be abolished.« (Guizot 2002: 350ff)

Das Kriterium der Wahl ist von Belang, da allein dieses die Absetzung der Regierungen sicherstellen kann. Die Möglichkeit der Ablösung der Regierung veranlasst die Repräsentanten der Mehrheit und der Regierung dazu, ihre Entscheidungen mit rationalen Argumenten zu begründen. Das Kriterium der Wahlen ist aber nur das eine und bei weitem nicht das wichtigste Kriterium des repräsentativen Systems, durch das die Herrschaft der Vernunft realisiert werden kann. Das zweite Kriterium ist nämlich von noch größerer Bedeutung: Ohne Öffentlichkeit sind die Wahlen und die Diskussion sinnlos.<sup>165</sup>

All das beweist, dass Guizot – im Gegensatz zu verschiedenen Auslegungen seiner Werke (Jaume 1997: 134ff) – sowohl die Begriffe von Wahl und Diskussion als auch jene von Wahl und politischer Repräsentation auseinander hält (Rosanvallon 1988: 421). Die Wahl ist zwar ein wichtiges Kriterium des repräsentativen Systems, jedoch ist sie nicht ein unentbehrlicher Bestandteil der politischen Repräsentation, da geheime Wahlen nicht immer zur Herrschaft der Vernunft führen. Sie garantieren in sich selbst nicht, dass die parlamentarische Mehrheit den Vorschriften der Vernunft nachkommt. In diesem letzteren Fall würde nämlich nicht die Vernunft regieren, sondern die numerische Mehrheit (Rosanvallon 1985: 75ff). Dieses Szenario empfindet Guizot aber als äußerst verurteilenswert: Er will auf keinen Fall die numerische Mehrheit regieren lassen, außer wenn sie dies in Übereinstimmung mit der Vernunft tut. Die Wahlen selbst ermöglichen zudem sicherlich nicht die rationale Diskussion, da sie sich auf einen einzigen Akt beschränken. Die Diskussion ist dagegen interaktiv und von längerer Dauer. Sie ist auf keinen Fall ein singulärer Akt, sondern ein Prozess des Meinungsaustausches:

»Election in its nature is a sudden act which does not leave much room for *deliberation*. If this act is not linked with the habits and previous doings of the electors, if it is not in some sort the result of long anterior *deliberation*, and the expression of their habitual opinion, it will be too easy to take the real wish of the electors by surprise, or to induce them to listen only to the *passion of the moment*; and the

165 Guizot räumt allerdings ein, dass selbst ein repräsentatives System, das die Öffentlichkeit gewährleistet, eine Schwachstelle besitzt: Es können auch Glücksritter auftauchen, die die Unwahrheit als Wahrheit darstellen wollen. Das ist aber nach Guizot der Kompromiss, der zwecks des Funktionierens eines freien politischen Systems akzeptiert werden muss. Die Öffentlichkeit und die Verbesserung bestimmter Fähigkeiten des Wahlvolkes und der Machträger können diesen Mangel jedoch auch remedieren (Guizot 1818: 186).

election will thus be deficient either in sincerity or in nationality. If, on the contrary, the men who have met to elect a representative have long been united by common interests; if they are accustomed to conduct their affairs among themselves; if the election, instead of taking them out of the habitual sphere in which their lives are passed, their activity displayed, and their thoughts exchanged, only assembles them at the centre of that sphere, to obtain the manifestation, the summary of their opinions, their wishes and the natural influence which they exercise over each other; then the election can, and generally will be, both rational and sincere.« (Guizot 2002: 340)

Die Wahlen können die Herrschaft der Vernunft also aus dem Grund nicht garantieren, weil sie nur die momentanen und unmittelbaren Interessen, Eindrücke und Impulse auszudrücken in der Lage sind. Sie können keine rationale und interaktive Diskussion gewährleisten, wobei die Gesetze der Vernunft ausschließlich durch den Prozess des rationalen Diskurses ermittelt werden können.<sup>166</sup>

Jedoch haben die Wahlen eine wichtige Funktion: Sie machen nämlich die Versammlung einer repräsentativen Körperschaft möglich, in der dann die begehrte rationale Diskussion der Repräsentanten geführt werden kann. Die repräsentativen Körperschaften sind aus diesem Grund unentbehrlich. Sie ermöglichen die Diskussion der Gebildeten über die alternativen Definitionen des Gemeinwohls in der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der parlamentarischen Diskussionen und die Pressefreiheit tragen nach Guizot zu der Ermittlung der politischen Wahrheit wesentlich bei (Guizot 2002: 54). Die Prinzipien des repräsentativen Systems sind also die folgenden:

» (...) representative government rests in reality upon following series of ideas. All power which exists as a fact, must, in order to become a right, act according to reason, justice, and truth, the sole sources of right. No man, and no body of men, can know and perform fully all that is required by reason, justice, and truth; but they have the faculty to discover it, and can be brought more and more to conform to it in their conduct.« (Guizot 2002: 55)

166 Aus dieser Perspektive kann sogar die Wahl einer Repräsentativversammlung zweitrangig sein, weil das Wesentliche eigentlich die Öffentlichkeit ist. Die Öffentlichkeit kann im Grunde genommen auch ohne das Parlament, das gewählt wird, funktionieren. Das Parlament ist also kein unentbehrlicher Bestandteil der Öffentlichkeit (Rosanvallon 1988: 422).

#### 4.3.2.3.1. Die Herrschaft der Vernunft und die ewige Diskussion

Das repräsentative System ist nach Guizot zweckmäßig, weil es die Souveränität weder den Individuen noch einer Klasse überträgt, sondern mit der Herrschaft der Vernunft gleichbedeutend ist. Aus diesem Grundsatz folgt, dass es keinen unbeirrbar Menschen auf der Erde gibt. Selbst Individuen mit hoher Intelligenz können sich nicht sicher sein, ob sie sich bei der Ermittlung der politischen Wahrheit nicht täuschen. Das bringt mit sich, dass das politische System den Minderheiten das Recht zusichern muss, die Mehrheit von einem eventuellen Fehlgriff in der Öffentlichkeit überzeugen zu können (Guizot 2002: 348). Dies erfolgt, wenn die Minderheit direkt nach der Mehrheitsentscheidung die Richtigkeit dieser Entscheidung öffentlich anzweifeln und bestreiten kann. Im repräsentativen System dauert die Diskussion aus diesem Grund ewig (Guizot 2002: 63).

Schmitt legt Guizot in dieser Hinsicht richtig aus: Die politische Wahrheit im repräsentativen System Guizots ist nur eine relative Wahrheit, da sich die Individuen niemals absolut sicher sein können, die letzte und absolute politische Wahrheit gefunden zu haben. Eine politische Gemeinschaft kann sich die Entscheidungen zwar nicht ersparen, doch muss sie sich dessen bewusst sein, dass ihre Entscheidungen immer bestritten werden können. Deswegen sollte das Recht zur Überprüfung einer Entscheidung gleich nach der Beschlussfassung gesichert werden: »Such is however, the condition of human things that they need, as a last appeal, the intervention of power which may declare the law to be the rule of government, and which shall impose it and cause it to be respected.« (Guizot 2002: 67) Die Regierung muss also die politische Ordnung und den Gehorsam gegenüber den Entscheidungen der Regierungsmehrheit in einer Weise garantieren, dass sie der Opposition zugleich das Recht zur Anzweiflung der Richtigkeit dieser Entscheidungen gewährt. Alle menschlichen Entscheidungen können nämlich bestritten werden.

»We see then the dilemma in which society is placed. No actual power can vindicate a claim to become an absolute power; hence the necessity, in order to meet particular emergencies, of a power that is definite, that is to say, *actually* absolute. (...) To make actual power, as far as possible, identical with rightful power, by imposing upon it the abiding necessity of seeking for reason, truth, and justice – the sources of right; by investing it with practical power only when it has proved, that is to say, given a presumption of, its success in this search; and by compelling it ever to renew and confirm this presumption under penalty of losing power if it is unable to do so, this is the course of the representative system – this is the end at which it aims.« (Guizot 2002: 68)

Daraus folgt, dass alle Entscheidungen der Regierungen in einer persistenten Diskussion zu rechtfertigen sind: »It is only in this way that the ruling power can be constrained to perpetuate its search for reason, truth, and justice.« (Guizot 2002: 68)

#### 4.3.2.3.2. Die Vorteile des Repräsentativsystems gegenüber der Demokratie und der Aristokratie

Im Vergleich zu der Aristokratie hat das Repräsentativsystem nach Ansicht Guizots zumindest einen wichtigen Vorteil: Die Auslese der Entscheidungsträger erfolgt aufgrund der geistigen Qualifikation. In der Aristokratie werden dagegen nicht diejenigen für die Entscheidungspositionen auserkoren, deren geistige Fähigkeiten tatsächlich herausragend sind, vielmehr werden diese entsprechend der Provenienz der Individuen besetzt. Das Repräsentativsystem unterscheidet sich in dieser Hinsicht radikal von der Aristokratie: Hier werden die begabten, gebildeten, intelligenten Führungskräfte auserkoren, die die politische Wahrheit mit größerer Sicherheit zu finden in der Lage sind als die Angehörigen der Geburtsaristokratie (Guizot 2002: 57). Diese Geburtsaristokratie vermeidet darüber hinaus ohnehin die öffentliche Diskussion, was zur Wahrheitsfindung sicherlich nicht positiv beiträgt.

Guizot unterscheidet das Repräsentativsystem zum anderen von der Demokratie, indem er betont, dass das Repräsentativsystem das Prinzip des Liberalismus – und nicht der Demokratie – sei (Craiutu 2003: 137). Oben wurde bereits hervorgehoben, dass Schmitt ebenfalls auf dieser Unterscheidung beharrt. Das Prinzip der Volkssouveränität, das mit dem Prinzip der Demokratie identisch sei, führe zur Unterdrückung der politischen Minderheiten, obwohl die Demokratie eine Art der Selbstverwaltung sei (Guizot 1863: 36). Des Weiteren muss festgestellt werden, dass die Demokratie das Mitbestimmungsrecht – analog zur Aristokratie – von der Geburt des Menschen abhängig macht. Im Repräsentativsystem ist das Kriterium des Mitbestimmungsrechtes die Intelligenz. Die Menschen sind nach Guizot mit unterschiedlichen Geistesfähigkeiten geboren, die zwar entwicklungsfähig sind, jedoch nur in begrenzten Maßen. Die Demokratie wolle aber die Gleichheit dort gelten lassen, wo es niemals eine gab und in der Zukunft niemals eine geben kann, denn die Menschen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Intelligenz. Diese Ungleichheit unter den Menschen ist – so Guizot – eine natürliche und legitime Ungleichheit. Die Individuen, die über eine höhere Intelligenz verfügen, können die Wahrheit mit



einer größeren Sicherheit als die weniger klugen Menschen finden. Das politische System sollte aber durch die gefundene politische Wahrheit legitimiert werden, was mit sich bringt, dass diese Wahrheit ausschließlich von den Individuen mit höherer Intelligenz ermittelt werden muss. Nur die Mehrheit der Weisen kann die politische Wahrheit zu Tage fördern. Die Mehrheit der Weisen und die numerische Mehrheit aller Individuen müssen aber nach Guizot strikt auseinander gehalten werden: Allein durch die Mehrheitsentscheidung der Intelligenten – und nicht aller Individuen der Gemeinschaft – kann die Herrschaft der Wahrheit gesichert werden. Nach diesem Prinzip beteiligen sich die Individuen in der Herrschaft nach ihrem Intelligenzgrad: Je intelligenter jemand ist, desto mehr Mitbestimmungsrecht hat er – das ist das Prinzip des Repräsentativsystems (Guizot 2002: 61f).

Im Gegensatz zur Demokratie wird das Souveränitätskonzept des Repräsentativsystems von oben (der politischen Wahrheit) deduziert und nicht von unten (den Individuen) induziert (Guizot 2002: 63). Da die politische Wahrheit nur von Individuen mit adäquater Intelligenz erkannt werden kann, wird die Intelligenz auf einem niedrigeren Niveau gleichgeschaltet als im Fall der Demokratie. Im Repräsentativsystem wird die Intelligenz der weniger Begabten durch die Rezeption der Diskussion der Intelligenten entwickelt. Die Demokratie basiert auf dem Neid und der Arroganz der Ungebildeten, das Repräsentativsystem dagegen auf der Akzeptanz der Intelligenz und der Würde. Das Repräsentativsystem anerkennt darüber hinaus auch die Unvollkommenheit des Menschen.

Guizot unterscheidet also eindeutig zwischen dem Prinzip der Volkssouveränität und jenem der Souveränität der Vernunft. Das eine wird in der Demokratie, das andere im Repräsentativsystem verwirklicht. Schmitt interpretiert Guizot in dieser Hinsicht also absolut einwandfrei. Das Prinzip der Demokratie ist in dem Sinne destruktiv, dass es nur in der Destruktion der Despotie, die die Ungleichheit ungerecht realisiert, eine positive Rolle spielen kann. Das Prinzip der absoluten Gleichheit führt aber selbst zur Despotie: zur Despotie der Mittelmäßigen. In der Demokratie regiert nach Guizot nicht die Wahrheit und die Vernunft, sondern die Mittelmäßigkeit (Guizot 2002: 66).

#### 4.3.2.4. Die richtige Form des politischen Systems: die Teilung der Gewalten

Das Prinzip des Repräsentativsystems ist die Realisierung der Herrschaft der Vernunft. Wie soll aber diese Herrschaft realisiert werden? Welcher

Art soll die Herrschaftsform sein? Was ist die richtige Methode der Umsetzung dieses Prinzips? Welche Form der Realisierung ist die richtige? Das sind die Fragen, die auch Guizot gestellt hat. Seine Antwort aber ist lakonisch: Die Realisierung des repräsentativen Prinzips könne nicht mit einer bestimmten Form der Regierung verbunden werden. Es gebe allerdings Kriterien, die ein Repräsentativsystem tatsächlich repräsentativ machen. Was sind also diese Kriterien des repräsentativen Systems?

Schmitt interpretiert Guizot in dieser Frage erneut richtig. Bei der Interpretation des schmittschen Parlamentarismusbegriffs wurde bereits klargestellt, dass das Problem der geistigen Grundlagen des Parlamentarismus ganz eng mit der Frage seiner Realisierung zusammenhängt. Diesen Zusammenhang hatte Guizot ebenfalls erkannt:

»After having recognized the *principle* of representative government, we investigated its eternal characteristics, that is to say, the *forms* which necessarily accompany the principle, and by which alone it can manifest its existence.« (Guizot 2002: 227)

Wie folgt aber aus dem Prinzip des Parlamentarismus (öffentliche Diskussion) die richtige Realisierungsmethode dieses Prinzips (die Teilung der Gewalten).

Guizot stellt fest, dass die Macht nach der richtigen Theorie der Souveränität niemals in einer Hand konzentriert werden darf. Die Herrschaft der Vernunft (das Prinzip des Parlamentarismus) impliziert die Teilung der Gewalten (die richtige Realisierungsform des Parlamentarismus), da die Vernunftpartikel niemals in einem Individuum vorzufinden sind. Die verschiedenen Gewalten sind im Parlamentarismus ausschließlich in der Weise aufeinander angewiesen, dass eine politische Entscheidung erst durch die Vereinbarung aller Segmente der Macht möglich ist. Diese Vereinbarung kann aber nur durch eine Diskussion der Machttträger erreicht werden (Guizot 2002: 226f). Der Einfluss der Wähler ist keineswegs absolut, sie sind in diesem Sinne nicht die einzigen Träger der Souveränität. Die Repräsentanten der Wähler müssen sich mit den anderen Machttägern (dem König, den Lords) verständigen, damit eine Entscheidung getroffen und ein Gesetz durchgesetzt werden kann. Der Grundsatz des Repräsentativsystems besteht nämlich darin, dass die absolut uneingeschränkte Macht nirgendwo auf der Erde vorzufinden ist: Weder die Aristokratie noch der König und nicht einmal das Volk besitzt alleine die absolute Souveränität. Diese gehört allein der Vernunft, deren Partikel aber überall in den Individuen vorzufinden sind. Eine Kooperation der verschiedenen Machttäger ist in dem Repräsentativsystem, dessen Realisierungsmodus die Teilung

der Gewalten ist, also unentbehrlich (Guizot 2002: 226f; Craiutu 2003: 144). Aus seinem Prinzip (öffentliche Diskussion) folgt demnach die Teilung der Souveränität. Sie steht ausschließlich der Vernunft und der Wahrheit zu. Aus der Unvollkommenheit der Menschen geht hervor, dass sich kein Individuum als Depositär dieser Wahrheit präsentieren kann. Kein Individuum ist alleine in Besitz der letzten Wahrheit, weswegen über alle getroffenen Entscheidung zugleich eine Diskussion zu eröffnen ist: »The forms of a government are immediately to its principle: the principle determines the forms, the forms reveals the principle.« (Guizot 2002: 66)

#### 4.3.2.4.1. Die Teilung der Gewalten: Parlament und Regierung

Guizot war ein heftiger Gegner des Parlamentsabsolutismus. Durch die Revolution hatten sich ihm Erlebnisse eingebrannt, aufgrund derer er die Idee des Parlamentsabsolutismus ablehnte. Das Zeitalter der Restauration und der Julimonarchie war allerdings eine Zeit der Verwirrungen: Während konservative Denker, wie Chateaubriand oder Vitrolle, nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung im Jahre 1814 vehement für das parlamentarische System, für die Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit plädierten (Chateaubriand 1837: 300), waren die Liberalen, wie Guizot oder Royer-Collard, noch eindeutige Gegner der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung, da das Parlament von einer konservativen Mehrheit dominiert wurde (Craiutu 2003: 195ff). Die Liberalen befürchteten, dass der Einfluss der Ultramontanen unbeschränkt sein könnte, wenn die Prärogative des Königs (Gesetzesinitiative) und das Prinzip der Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit durchgesetzt werden würde. Die Ultramontanen forderten dagegen mehr Kontrollmacht und das Recht der Gesetzesinitiative für das Parlament, damit der liberale König nicht allzu viele Kompromisse zum Vorteil der Liberalen schließen könnte (Rosanvallon 1988: 412). Die Ansichten Guizots in den Jahren 1814–1816 unterscheiden sich deswegen radikal von seinen Ansichten in der Julimonarchie. In den früheren Werken lehnte er die Parlamentarisierung des Systems mit dem Argument ab, dass sie die Balance unter den Machträgern zerstören würde (Guizot 1816: 2, 13ff).

Guizot nahm aber einen flexiblen Standpunkt bezüglich des Verhältnisses der Regierung zur parlamentarischen Mehrheit ein, denn mit Recht stellte er fest, dass die parlamentarische Mehrheit nach der Restauration und in der Julimonarchie nie eine sichere und stabile, konsistente parlamentarische Mehrheit darstellte. Infolge der fehlenden Parteidisziplin und der großen Fragmentierung im Parlament konnte niemals eine stabile

Regierungsmehrheit gebildet werden. Die Mehrheit schwenkte immer um. Die Parlamentarier änderten rasch ihre Meinung, stimmten inkonsequent ab, wechselten die Partei und votierten jeden Tag anders. Guizot schreibt über diese Missverhältnisse:

»Cette majorité, qu'on a représenté comme une personne réelle, ayant des droits, des volontés et des pouvoirs, n'est dont qu'une force indéterminée que se disputent les divers partis; considérée en elle-même, la majorité n'est rien ou plutôt elle n'est pas.« (Guizot 1816: 43ff)

Wäre die parlamentarische Mehrheit jedoch eine konsistente Entität, dann würde nach Guizot ein weiteres Problem auftauchen: Diese Mehrheit könnte einen despotischen Charakter erlangen und die politische Minderheit in despotischer Weise unterdrücken. Diese Despotie sei dann aber eine Despotie der numerischen Mehrheit und nicht die Herrschaft der Vernunft, die durch die Mehrheitsbeschlüsse der intelligenten Individuen (und nicht aller Individuen) realisierbar ist. Guizot lehnt also aus diesen zwei Gründen (inkonsistente Mehrheit, die nur eine numerische Mehrheit ist) die Ansicht ab, dass die Regierung immer die Richtlinien der numerischen Mehrheit befolgen sollte. Die Regierung dürfe in diesem rechtlich fixierten Sinne nicht von der jeweiligen numerischen Mehrheit der Parlamentarier abhängen.

Da die Politik der parlamentarischen Mehrheit im Zeitalter Guizots immer inkonsistent war, konnte man keine schlüssige Politik auf der Grundlage dieser Mehrheit konzipieren. Richtet sich die Regierung aber immer nach der aktuellen, veränderlichen Mehrheit des Parlaments, dann muss sie ihre Beschlüsse von Tag zu Tag abändern, sogar das Gemeinwohl außer Acht lassen und nur nach den aktuellen Eigeninteressen regieren. Die zeitweiligen Koalitionen der Einzelparlamentarier verhindern die Realisierung des Gemeinwohls. Diese temporären Interessenverbände verwirklichen auf keinen Fall die Herrschaft der Vernunft, der Wahrheit und der Gerechtigkeit, sondern die Herrschaft der Partikularinteressen (Guizot 1816: 44f).<sup>167</sup> Guizot änderte seine Meinung hinsichtlich der Abhängigkeit der Regierung von der parlamentarischen Mehrheit zwar zum Teil, blieb aber im Hinblick auf das Ziel konsequent: Die politische Gemeinschaft muss von den Gesetzen der Vernunft, der Wahrheit und der Gerechtigkeit regiert werden. Dieses Ziel schließt jedoch die Regierung

167 Viele haben Guizot deswegen Opportunismus vorgeworfen (Craiuu 2003: 199).

durch die einfache numerische Mehrheit auf jeden Fall aus (Rosanvallon 1988: 413).

In den Frühwerken Guizots wird der Regierung zudem nicht nur die Rolle der Exekution der Beschlüsse des Gesetzgebers zugeschrieben: Die Regierung konstituiert aktiv die Agenda der Machttträger, sie steht außerdem in engem Kontakt zu der Gesellschaft. Sie erfasst die Interessen der Individuen durch ihre eigenen administrativen Organe, bezieht die lokale Intelligenz (Anwälte, Unternehmer, Händler) in das Regieren ein und fördert ihren Nachwuchs (z. B. durch die Verbesserung des Bildungswesens), der später an der Ermittlung der politischen Wahrheit in den öffentlichen Diskussionen teilnehmen kann. Die Sicherung dieses Nachwuchses ist eines der wichtigsten Anliegen der Regierung/des Regierens (Guizot 1821: 264ff). Der König hat als Haupt der Exekutivgewalt und als erster Verteidiger des Gemeinwohls darüber hinaus die Aufgabe, seinen Ansichten mit Hilfe der Einflussnahme auf die Parlamentarier Geltung zu verschaffen. Der König muss als Repräsentant der ganzen Gemeinschaft, die durch die Eigeninteressen gefährdet wird, wesentlich zur Realisierung des Gemeinwohls beitragen. All das zeigt, dass Guizot der Regierung eine wichtige Rolle beimisst. Im politischen System müssen die Gewalten in der Weise geteilt werden, dass alle Machttträger durch die Wahrnehmung ihrer eigenen Aufgaben zur Realisierung des Gemeinwohls beitragen (Guizot 1816: 33f).

Diese Darstellung des Parlamentarismus in den Frühwerken Guizots entspricht durchaus der Darstellung des idealen Parlamentarismus Schmitts: Nach Letzterer ist die politische Wahrheit durch die rationale Diskussion der parteiunabhängigen Parlamentarier zu ermitteln, wobei aus dem Prinzip des Parlamentarismus (rationale Diskussion) zugleich seine Realisierungsform (Teilung der Gewalten) folgt. Ein wichtiger Unterschied ist allerdings festzuhalten: Während Schmitt die rationale Diskussion der parteiunabhängigen Parlamentarier mit merkbarer Nostalgie als eine Erinnerung an ein einst vorhandenes Goldenes Zeitalter begreift, hebt Guizot auch die Nachteile der Unabhängigkeit der parlamentarischen Abgeordneten hervor. Ein Parlament ohne Parteidisziplin berge das Risiko der Regierbarkeit des Staates. Die Feststellungen der beiden Denker hinsichtlich der Prinzipien und der Realisierungsform des Parlamentarismus sind zwar identisch, jedoch unterscheiden sich ihre Begründungen: Guizot ist der Meinung, dass die Lehre der Gewaltenteilung als die richtige Realisierungsform des Parlamentarismus nicht aus dem Grund folgt, weil das Prinzip des Parlamentarismus (rationale Diskussion) in dem ganzen politischen System (und nicht nur im Parlament selbst) durch die Gewaltenteilung am besten garantiert wird, sondern

weil die Teilung der Gewalten eben der Schwäche der sich in der Diskussion auflösenden Gesetzgebungsgewalt durch die Einflussnahme der Regierung auf die diskutierenden Parlamentarier und durch die Sicherung einer konstanten parlamentarischen Mehrheit Abhilfe leisten kann. Die Teilung der Gewalten trage wesentlich zur Diskussion und zur konsequenten Beschlussfähigkeit des diskutierenden Parlaments gleichermaßen bei.

Guizot revidiert seine Ansichten über die Beziehung des Parlaments zur Regierung allerdings bald. Mehrere Schriften, die in den Jahren 1817–1820 erschienen, weisen darauf hin, dass Guizot immer mehr an die Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit glaubt, allerdings mit der Klausel, dass die Regierung das Recht der Agendasetzung weiterhin beibehält (Craiuu 2003: 201). Im Jahr 1820 plädierte er aber eindeutig für die konsequente Durchsetzung der rechtlichen Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit. Von einem parlamentarischen System könne nur gesprochen werden, wenn die Regierung das Vertrauen der parlamentarischen Mehrheit jederzeit genieße. Die Regierung sollte also ausschließlich vom Vertrauen der Mehrheit abhängen (Guizot 1820: 283ff). Das Parlament wird so zu einem Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft (Guizot 1820: 289).

Die Abhängigkeit der Regierung von der parlamentarischen Mehrheit muss eben aus diesem Grund gesichert werden: Ohne sie könnte sich die Regierung von der Gesellschaft, die im Parlament repräsentiert wird, lösen. Die Interessen der Gesellschaft hätten dann keinen Einfluss auf die Regierungsarbeit des Staates.<sup>168</sup> Die Interpretationen dieser Meinungsveränderung Guizots unterscheiden sich grundsätzlich. Nach einigen Deutungen ist diese Umwandlung einfacher Opportunismus, andere Guizot-Experten beurteilen den Meinungsumschwung derweil ein wenig komplexer. Letztere sind der Ansicht, dass Guizot allmählich ein Befürworter des parlamentarischen Systems im strikten Sinne wurde, was als eine Folge der Realvorgänge der Politik nach 1814 betrachtet wird, denn die Ultramonarchisten freundeten sich mit den Institutionen des Repräsentativsystems an, und die Liberalen machten allmählich die Erfahrung, dass die royalistische Parlamentsmehrheit abgewählt werden und eine parlamentarische Wechselwirtschaft gut funktionieren konnte (Craiuu 2003: 202). Aufgrund dieser Realvorgänge war es den oppositionellen Parteien also möglich, sich zu versöhnen, was andererseits die Konvergenz des parla-

168 »Mais les chambres sont maintenant *le seul lien qui unisse la société et le pouvoir*, et les cotienne l'un par l'autre. Affaiblissez leur influence; la société et le pouvoir s'éloignent, s'isolent, ne se connaissent et ne se pénètrent plus.« (Guizot 1820: 287f).

mentarischen Systems und der Herrschaft der Vernunft in den Werken Guizots ebenfalls ermöglichte. Das Frankreich der 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts ähnelte in dieser Hinsicht in gewissen Zügen dem England des 17. Jahrhunderts.

Zur gleichen Zeit kristallisierte sich auch die genaue Bedeutung der Lehre der Gewaltenteilung in Guizots Denksystem heraus: Er spricht sich nicht für eine Separation der Machttträger, sondern für die Wechselwirkung der beiden Gewalten aus. Die Teilung der Gewalten ist seiner Auffassung nach mit dem Prinzip der *checks and balances* identisch. Das Parlament hat demnach jeweils das Recht zur Absetzung der Regierung, zur Gesetzesinitiative und zur Gesetzgebung, der König und seine Regierung ist dafür aber berechtigt, das Parlament aufzulösen und die Agenda des Parlaments zu setzen (Craiutu 2003: 203).

#### 4.3.2.4.2. Die Realisierung des richtigen Funktionsmechanismus

Guizot untersucht des Weiteren, welche Staaten der europäischen Geschichte den analysierten Kriterien entsprechen. Diese Betrachtungsweise kommt der von Schmitt mit einem einzigen Unterschied gleich: Schmitt betrachtet den Parlamentarismus als eine überholte Regierungsform, während Guizot noch ein entschlossener Befürworter desselben war. Im Übrigen war Schmitt aber ein getreuer Nachfolger Guizots, zumindest was die Interpretation des Parlamentarismus anging: Beide sind der Meinung, dass der Parlamentarismus ein Ergebnis der historischen Entwicklung sei (Guizot 2002: 152; Guizot 2002: 359ff).

Wie bereits oben erwähnt wurde, sind die drei Kriterien des parlamentarischen Systems, die die Umsetzung des Prinzips des Parlamentarismus in die Realität und damit die Realisierung der in der rationalen Diskussion ermittelten relativen Wahrheit garantieren, nach Guizot die folgenden: Gewaltenteilung, die Institution der Wahlen und die Öffentlichkeit. Guizot betont aber zugleich, dass die drei Kriterien in den Repräsentativstaaten der europäischen Geschichte nicht zur gleichen Zeit wahrgenommen wurden. Das erste Kriterium, die Teilung der Gewalten, wurde zum Beispiel in der Geschichte Englands stets realisiert. Die beiden anderen Kriterien waren für den englischen Staat aber nicht immer charakteristisch. Trotzdem spricht man im Falle Englands von einem Repräsentativsystem (Guizot 2002: 229f). Das Kriterium der Wahl der Repräsentanten war der Usus in der Frühzeit des englischen Staates, der im Zeitalter des monarchischen Absolutismus aufgegeben wurde, später jedoch zu einem wichtigen Merkmal des Repräsentativsystems wurde (Guizot 2002:

69). Die Öffentlichkeit wäre das dritte Kriterium eines Repräsentativsystems, das aber im Falle Englands (dem Vorbild eines Repräsentativstaates) wiederum recht spät in der Geschichte zur Realisierung kam.<sup>169</sup> Zu Beginn waren die Verhandlungen der repräsentativen Versammlungen noch öffentlich: Sie fanden meistens auf einer Wiese oder anderen öffentlichen Geländen statt. Sobald aber der König und die Aristokratie zunehmend zu den eigentlichen Machträgern wurden, zogen sich diese Verhandlungen parallel dazu in Räumlichkeiten zurück, die nicht mehr öffentlich zugänglich waren. Die Sitzungen dieser Repräsentativversammlungen erreichten erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts wieder ihre vollständige Öffentlichkeit. Bis zu dieser Zeit waren sogar die Sitzungen des englischen Parlaments nur zum Teil öffentlich, und es konnten keine externen Besucher an den Sitzungen des *House of Commons* teilnehmen. Guizot räumt sogar ein, dass die Sitzungen des Parlaments seines Zeitalters nicht bedingungslos öffentlich sind, denn es besteht für alle Abgeordneten die Möglichkeit, mit Hilfe eines Vorschlages die Sitzungen vor der Öffentlichkeit abzuschirmen. Nimmt das Parlament den Vorschlag an, dann bleibt externen Besuchern die Teilnahme an der Sitzung versagt (Guizot 2002: 70).

Den drei Kriterien wurde also selbst nach Guizot niemals in der Geschichte komplett Geltung verschafft. Er beharrt jedoch auf der Gültigkeit dieser Kriterien sowie darauf, dass sie aus dem Prinzip des Parlamentarismus resultieren. Die Öffentlichkeit der Parlamentssitzungen als normatives Kriterium ist also ein absolut gültiges. Es ist sogar ein Kriterium ersten Ranges: Wird das Parlament nicht aufgrund der Wahlergebnisse einberufen, sondern werden die Mitglieder beispielsweise kooptiert oder durch andere Methoden ausgewählt, dann besteht dennoch die Möglichkeit, dass die Herrschaft der Vernunft realisiert wird. Andererseits kann keine durch Wahlen erkorene numerische Mehrheit die Herrschaft der Vernunft garantieren, wenn die Öffentlichkeit der Diskussion der Repräsentantenversammlung nicht gesichert ist. Die politische Wahrheit kann nämlich nur in einer öffentlichen Diskussion ermittelt werden. Damit die Herrschaft der Vernunft gesichert wird, muss demnach die Öffentlichkeit der Sitzungen der Repräsentantenversammlung garantiert sein: Das ist – nach der Gewaltenteilung – das zweitwichtigste Kriterium des Repräsentativsystems (Rosanvallon 1988: 423).

169 Craiutu weist darauf hin, dass die moderne politische Literatur dazu neigt, die Wahlen als das einzige Prinzip des parlamentarischen Systems zu betrachten. Er verweist zugleich darauf, dass die Wahlen sinnlos sind, wenn die Öffentlichkeit während und nach den Wahlen nicht gesichert ist (Craiutu 2003: 245).



#### 4.3.2.5. Die Herstellung der politischen Einheit im Parlament

Auf den ersten Blick scheint der Repräsentationsbegriff Guizots mit jenem von Sieyès und Schmitt übereinzustimmen. In bestimmter Hinsicht unterscheidet sich Guizots Bestimmung aber von den anderen beiden, denn er definiert die Repräsentation nicht als einen Prozess, der das Nicht-Anwesende anwesend oder eben ein Unsichtbares sichtbar macht. Seiner Auffassung nach besteht die Repräsentation darin, erst einmal die Einheit der politischen Gemeinschaft zu erzeugen. Die Einheit aber wird dadurch geschaffen, dass die Repräsentanten das Gemeinwohl bestimmen. Ohne die Bestimmung des Gemeinwohls durch – und alleine durch – die Repräsentanten gibt es keine politische Gemeinschaft.

Die politische Repräsentation ist das Instrument der Ermittlung der politischen Wahrheit (des Gemeinwohls). In dieser Hinsicht deckt sich die Definition Guizots mit jener von Sieyès. Sieyès vertritt in bestimmten Werken ebenfalls die Meinung, dass die Gemeinschaft erst im Parlament geschaffen werden kann, da die intelligenten Repräsentanten des Volkes erst hier das Gemeinwohl zu bestimmen in der Lage sind. Die Individuen des sieyèschen Volks können das Gemeinwohl nicht alleine bestimmen.<sup>170</sup> Guizot lehnt das imperative Mandat ebenso ab: Er traut den Repräsentanten genügend Vernunft zu, damit sie mit dem freien Mandat versehen werden können. Hier stimmen Guizot und Sieyès also überein. Der Unterschied liegt darin, dass Sieyès weniger eindeutig ist. Wie oben dargestellt, gibt es bei ihm mindestens zwei mögliche Interpretationen der gemeinschaftskonstituierenden Kraft des Parlaments (Rosanvallon 1988: 423).

Was die Wesensgleichheit der Argumentationen von Schmitt und Guizot betrifft, ist festzuhalten, dass hier ebenfalls eher die Ähnlichkeiten überwiegen, obwohl auch ein wichtiger Unterschied besteht. Zunächst einmal zu den Ähnlichkeiten: Schmitt definiert das Parlament mit expliziter Bezugnahme auf Guizot als eine Institution, in der aus der Vielheit der Einzelinteressen eine Einheit des gemeinsamen Interesses geschaffen werden kann. Er schreibt dem Parlament somit das Potenzial der Einheitsstiftung zu. Guizot bezieht sich auf Blaise Pascal, wenn er diesen Charakter des Parlaments definiert:

170 Craiutu hat unrecht, da der Repräsentationsbegriff Guizots nicht mit jenem der ganzen französischen Revolution, sondern mit jenem Rousseaus in Widerspruch steht. Der Repräsentationsbegriff Guizots kongruiert weitreichend mit jenem von Sieyès (Craiutu 2003: 219).

»Pascal has said, 'Plurality which does not reduce itself to unity, is confusion. Unity which is not the result of plurality, is tyranny.' This is the happiest expression and the most exact definition of representative government. The plurality is society; the unity is truth, is the united force of the laws of justice and reason, which ought to govern society. If society remains in the condition of plurality, if isolated wills do not combine under the guidance of common rules, if they do not all equally recognise justice and reason, if they do not reduce themselves to unity, there is no society, there is only confusion. And the unity which does not arise from plurality, which has been violently imposed upon it by one or many, whatever may be their number, in virtue of a prerogative which they appropriate as their exclusive possession, is a false and arbitrary unity; it is tyranny. The aim of representative government is to oppose a barrier at once to tyranny and to confusion, and to bring plurality to unity by presenting itself for its recognition and acceptance.« (Guizot 2002: 52f; Craiutu 2003: 220)

Schmitt vergleicht das Parlament eben aus diesem Grund mit der katholischen Kirche: Beide sind *complexio oppositorum*, die innerhalb der Einheit eine Vielfalt beinhalten (Rosanvallon 1985: 57f).

Der Unterschied zwischen Guizot und Schmitt liegt wieder einmal in der Akzentuierung der Bewertung des beschriebenen Parlamentarismus. Das Parlament kann nach Schmitt eben dieser fundamentalen Funktion der Einheitsstiftung nicht nachkommen. Im 20. Jahrhunderts könne es nicht mehr die Einheit der politischen Gemeinschaft garantieren, sondern sei zum Kampfplatz der Eigeninteressen geworden. Der Staat und die Gesellschaft sind derart in der Institution des Parlaments des 20. Jahrhunderts verwickelt, dass die Eigeninteressen gegenüber dem Gemeinwohl überwiegen. Die politische Einheit würde aber die Dominanz des Gemeinwohls voraussetzen (Rosanvallon 1985: 58). Die Regierung (der Staat) besitzt die Absicht, das Interesse der politischen Gemeinschaft zu ermitteln, und die Gemeinschaft (Gesellschaft) kann den Ermittlungsprozess im Parlament durch die Öffentlichkeit kontrollieren – das wäre das Ideal des Parlamentarismus, das für das Parlament des 20. Jahrhunderts allerdings nicht mehr charakteristisch ist (Rosanvallon 1985: 67). Schmitt zeigt sich aus diesem Grunde bei der Bewertung des Parlamentarismus sehr viel skeptischer als Guizot, und diese Akzentverschiebung in der Bewertung ist eine schwerwiegende Verlagerung von einer positiven zu einer negativen Haltung gegenüber dem Parlamentarismus.

#### 4.4. Die englische Theorie über die Grundlage des Parlamentarismus: *rationale Diskussion mit Parteien*

##### 4.4.1. Die englische Tradition des Begriffes der politischen Repräsentation

Dieses Kapitel legt dar, wie Schmitt die englische Überlieferung der Idee des Parlamentarismus interpretierte. Gleich zu Beginn muss klargestellt werden: Die ursprüngliche ideengeschichtliche Tradition des englischen Parlamentarismus weicht in vielerlei Hinsicht stark von ihrer schmittschen Interpretation ab. Schmitt missdeutet Edmund Burke und John Stuart Mill, um seine eigenen Zielsetzungen mit Bezugnahme auf die beiden Theoretiker zu legitimieren. Die Definition und die Beschreibung der Ideen Burkes und Mills betreffend den Parlamentarismus werden von Schmitt also tendenziös interpretiert. Nach seiner verhältnismäßig korrekten Auslegung der französischen Theoretiker des Parlamentarismus muss hier also der Frage nachgegangen werden, warum Schmitt die beiden wichtigsten Theoretiker des englischen Parlamentarismus in dieser Weise fehlinterpretiert.

Den wichtigsten Unterschied zwischen den Parlamentarismusinterpretationen findet man in der Beurteilung der politischen Parteien. Während die Parteien nach Schmitt als der Grund des Verfalls des Parlaments bezeichnet werden können, schreibt Burke den Parteien eine positive Rolle zu. Die Grundprinzipien des Parlamentarismus (*government by discussion*) und des freien Mandats schließen die Existenz der Parteien seiner Ansicht nach keineswegs aus. Sie setzen nach Burke sogar das Bestehen disziplinierter Parteien voraus. So ist er der Meinung, dass das Regieren durch die parlamentarische Diskussion realisiert werden kann: Die rationale Diskussion ermöglicht den Abgeordneten dank ihres freien Mandats, das Gemeinwohl der Nation zu entdecken. Zudem betont aber Burke auch, dass die Parteien zur Realisierung/Umsetzung dieser gefundenen Wahrheit wesentlich beitragen, sogar unentbehrlich sind. Schmitt betrachtet die Parteien dagegen als höchste Gefahr betreffend die unabhängige Meinungsbildung der Abgeordneten.

So zeigt sich im Folgenden auch, dass die Parteien bei Mill ebenso eine eher positive Rolle spielen. Mill plädiert ebenfalls für die weisen, intelligenten Abgeordneten, die dank ihrer Intelligenz in der Lage sind, die Probleme der Gemeinschaft besser zu lösen. Diese Abgeordneten müssen allerdings über ein freies Mandat verfügen, da sie sonst keine Chance haben, eine Kompromisslösung durch die Diskussion zu finden. Im Gegensatz zu Burke vertreten die Parteien bei Mill allerdings nicht mehr das Gemeinwohl, sondern nur die Partikularinteressen einzelner Gruppie-

rungen. Das bedeutet für Mill aber kein Problem, da sein einzig wichtiges Anliegen die Verhinderung der Alleinherrschaft eines einzigen Partikularinteresses ist. Diese Balance der Partikularinteressen setzt sogar voraus, dass die Individuen durch geschlossene Parteien ihr Eigeninteresse vertreten lassen, da sich damit die Effektivität der Interessenvertretung erhöhen lässt. Die politische Wahrheit, das Gemeinwohl, besteht nach Mill in dem Kompromiss der Eigeninteressen verschiedener Gruppierungen, Parteien.

Schmitt interpretiert Mill eigenartig: Mill stelle die Unumgänglichkeit der Herausbildung zweier politischer Parteien dar, zwischen denen der *pouvoir neutre* vermitteln könne, damit die Balance zwischen den beiden weiterhin bestehen bleibe. Der Staat, der vom Staatsoberhaupt (*pouvoir neutre*) repräsentiert werde, könne durch diesen Balanceakt zwischen den Parteien die Realisierung der vernünftigen politischen Wahrheit (Gemeinwohl) garantieren (Schmitt 1931a: 142). Schmitt betont sogar, dass der Staat bei Mill nicht ein Organ der Partikularinteressen sei, das mal dem einen, mal dem anderen Partikularinteresse Geltung verschaffe, je nachdem welche Partei momentan regieren würde. Letzterer Fall widerspräche nämlich nach Schmitt der Idee des Gemeinwohls und würde bloß die Abwechslung der realisierten Partikularinteressen mit sich bringen. Das Gemeinwohl spielt in der Mill-Interpretation Schmitts jedoch eine wesentliche Rolle: Es ist nicht mit abwechselnden Partikularinteressen oder mit der Ausbalancierung dieser Interessen gleichzusetzen. Das Gemeinwohl ist seiner Ansicht nach auch bei Mill etwas wesentlich anderes als ein Kompromiss verschiedener partikularer Interessen (Schmitt 1931a: 145).

Allerdings missversteht diese Interpretation die Texte Mills auch und versieht damit den originell englischen Denker mit einem deutschen Charakter: Die Gegenüberstellung von Staat (Gemeinwohl) und Gesellschaft (Eigeninteresse), auf der die schmittsche Mill-Interpretation basiert, steht seinem Denken vollkommen fern. Der Staat ist bei Mill der Realität und der möglichen Einflussnahme der Partikularinteressen nicht enthoben. Tatsächlich ist er bei ihm der Schauplatz (oder das Instrument) eines mehr oder weniger ausbalancierten Kampfes der Eigeninteressen. Ein weiterer Unterschied zeigt sich in der Bewertung der Funktionen des Parlaments: Während Schmitt die wichtigste Funktion des Parlaments in der Gesetzgebung sieht, betrachten Burke und Mill die Kontrollfunktion als seine wesentliche Aufgabe. Weiter unten werden diese Unterschiede detailliert ausgeführt.

Im Voraus ist also festzuhalten: Ungeachtet des Engagements aller drei Autoren für das freie Mandat und das rational diskutierende Parlament, bewerten die zwei englischen Theoretiker die Rolle der parlamentarischen

Partei ganz anders als Schmitt, der ihre Ansichten im Hinblick auf die Parteien missdeutet. Beide halten die Parteien für unentbehrliche Bestandteile des wahren Parlamentarismus, während sie bei Schmitt der Ursprung aller Missverhältnisse sind. Nach seiner Auffassung erfolgte die Degeneration des Parlamentarismus aufgrund der Erstarkung der disziplinierten Parteien im Parlament. Schmitt will also die Parlamente Mills und Burkes von den Parteien befreien, obwohl die beiden den Parteien eine wesentliche Rolle zuschreiben. Aus diesem Grund kann keinesfalls von einer Degeneration gesprochen werden, wenn die Urväter des idealen Parlamentarismus für die unumgängliche Existenz der Parteien plädieren.

#### 4.4.2. Die vier Traditionslinien der politischen Repräsentation in England

Zunächst sollte also die Frage geklärt werden, wie die maßgebenden englischen Theoretiker die geistigen Grundlagen der parlamentarischen Repräsentation bestimmten.<sup>171</sup> Schmitt verwischt die Grenzlinie zwischen den verschiedenen Varianten der Repräsentationstheorie in England. Er betrachtet die englische Tradition als eine einheitliche, obwohl sie aus mindestens vier verschiedenen Linien besteht.<sup>172</sup> Hier muss aber festgehalten werden, dass es einerseits innerhalb der englischen Tradition der Repräsentationstheorie selbst Unterschiede gibt, andererseits aber wesent-

171 »Wie jede Institution, so hat auch das Parlament besondere, eigentümliche Ideen zur Voraussetzung. Wer sie kennenlernen will, wird sich gezwungen sehn, auf Burke, Bentham, Guizot und J. S. Mill zurückzugehen, und wird dann feststellen müssen, daß nach ihnen, ungefähr seit 1848, wohl zahlreiche praktische Erwägungen, nicht aber neue prinzipielle Argumente vorgebracht worden seien.« (Schmitt 1926: 6)

172 Schmitt sieht die Situation jedoch ganz klar, als er über die deutsche Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts bemerkt: »Wenn man bedenkt, in welchem Umfang der Hinweis auf das englische Vorbild das staatsrechtliche Denken ersetzt hat, so wird man nicht erwarten, daß die Theoretiker des 19. Jahrhunderts dort unterscheiden, wo die Engländer keine Interessen an der Unterscheidung haben. Es kommt noch ferner hinzu, daß staatsrechtliche Begriffe sich im politischen Kampf nur nach irgendeiner taktisch wichtigen Einzelheit bestimmen, welche durch die Situation des Kampfes oder ein gerade aktuelles politisches Interesse hervorgehoben wird. So ist es wohl gekommen, daß von einem so umfassenden und systematischen Begriff wie Repräsentation schließlich für das Bewußtsein der Staatslehre nicht mehr übrig zu bleiben scheint, daß der Repräsentant an Instruktionen und Anweisungen seiner Wähler nicht gebunden ist. Um eine systematische Erklärung für diese Unabhängigkeit und ihren spezifischen Zusammenhang mit dem Begriff der Repräsentation hat man sich weiter nicht bemüht.« (Schmitt 1928a: 209)

liche Unterschiede zwischen den von Schmitt behandelten englischen Theorien und seiner Interpretation derselben aufzuweisen sind. Wird der Begriff der Repräsentation nicht in seiner Essenz begriffen,<sup>173</sup> sondern in seiner historischen Bedeutungsveränderung, dann können vier verschiedene Interpretationen (eine mittelalterliche, eine *tory*, eine *whig* und eine mikrokosmische) auseinander gehalten werden.

#### 4.4.3. Die Tory- und die Whig-Theorie

Lässt man den mittelalterlichen Begriff der Repräsentation einmal außer Acht,<sup>174</sup> dann bleiben zur Deutung drei weitere Begriffsschichten. Die signifikanteste ist hierbei eindeutig die Whig-Theorie der Repräsentation,<sup>175</sup> nach der diese nicht die Vertretung der partikularen Interessen, sondern die des nationalen Interesses bedeutet, und zwar nicht nur im formalen, sondern auch im substanziellen Sinn. Die Whig-Repräsentation betont darüber hinaus, dass der wahre Repräsentationsvorgang nur in der virtuellen Repräsentation erfolgen kann.

Im Gegensatz zu der Tory-Repräsentationstheorie, nach der die wichtigste Aufgabe der Repräsentanten in der Vertretung der lokalen Interessen besteht, weist die Whig-Theorie darauf hin, dass der Repräsentant in seiner eigenen Person die ganze und einheitliche Nation verkörpert und die Interessen der ganzen Nation vertritt.<sup>176</sup> Die Ermittlung des nationalen Interesses dürfe nicht dem König allein anvertraut werden, der sich über die Partikularinteressen der Repräsentanten erheben könne, wie von den Tory-Theoretikern behauptet wird (Birch 1971: 38).<sup>177</sup> Vertritt der Reprä-

173 Das hat Pitkin unternommen. (Pitkin 1967). Zur Kritik der Methode Pitkins siehe: Conniff 1977: 329ff.

174 Der mittelalterliche Begriff der Repräsentation ist in diesem Kontext nicht relevant, da das historische Anwachsen der Souveränität des englischen Parlaments diese Institution erst Ende des 17. Jahrhunderts in einen bedeutenden Faktor der politischen Repräsentation verwandelte. Ab Ende des 17. Jahrhunderts kann über das Parlament behauptet werden, dass die Nation vor allem nicht vom König, sondern von dieser Institution repräsentiert wurde. Zum mittelalterlichen Repräsentationsbegriff siehe auch: Hofmann 2003: 191ff.

175 »A stable pattern of thought and behavior only emerges in the eighteenth century. To this politics I have given the name Old Whig.« (Beer 1982: 9)

176 Zu der Komplexität der Frage, der Bestrebung der *Whig*-Gelehrten und -Politiker, die lokalen und nationalen Interessen irgendwie in Einklang zu bringen, und zum Harmonisierungspotenzial der rationalen Diskussion siehe: Beer 1982: 24; 28.

177 Zur Tory-Vorstellung von der *great chain of being*, nach der die Aufgabe der Harmonisierung der Partikularinteressen von dem Monarchen und nicht von den

sentant aber das Interesse der ganzen Nation und nicht nur einen Teil derselben vor dem König, diskutieren diese Repräsentanten über die alternativen Deutungen des Gemeinwohls, dann dürfen sie auf keinen Fall instruiert werden, sondern müssen über ein freies Mandat verfügen (Birch 1971: 38; Beer 1982: 13). Die Bedeutsamkeit des freien Mandats kann erst mit Hinblick auf das imperative Mandat der mittelalterlichen Repräsentation erfasst werden, jedoch verdankte die Whig-Theorie Vieles auch der ersten modernen Theorie der Repräsentation, der hobbesschen Autorisierungstheorie. Die Repräsentationstheorie Hobbes' setzt ein freies Mandat des Repräsentanten voraus (Birch 1971: 40). Der Repräsentant der hobbesschen Theorie kann nach seinem eigenen Ermessen handeln, insofern er das Interesse der Repräsentierten vertritt.

Der Repräsentationsvorgang enthält nach der Whig-Theorie der Repräsentation allerdings nicht nur diesen *formalen Autorisierungsakt* (Pitkin 1967: 38ff). Über die Formalität der Autorisierung hinaus muss die Repräsentation auch ein substanzielles Element beinhalten. Diese Substantialität wird durch das imperative Mandat aber nicht wahrgenommen, i. e. durch die festgelegte Substanz (Objekt) des Repräsentationsvorganges. Das substanzielle Element ist allerdings auch kein demokratisches, sondern eher ein in jeglicher Hinsicht prädemokratisches Element (Judge 1999: 47). Dieser prädemokratische Charakter lässt sich folgendermaßen begreifen: Nach der substanziellen Repräsentation sollte nicht darüber entschieden werden, *wer* die Interessen vertritt, und nicht einmal darüber, *wie* die Repräsentanten gewählt werden sollten. Die Substantialität besteht also weder in der Bestimmung der Person (Subjekt der Repräsentation) noch in der Bestimmung der Methode des Repräsentationsprozesses (Art der Repräsentation). Die eigentliche Frage der Substantialität betrifft das Objekt des Repräsentationsvorganges. Anders formuliert: Die essenzielle Frage betrifft das, *was* repräsentiert werden soll (Judge 1999: 47). Das Objekt der Repräsentation ist aber nach der Whig-Theorie vorgegeben: Es handelt sich dabei um solche konstante Wirtschaftsinteressen verschiedener gesellschaftlicher Schichten, die einerseits zahlenmäßig gering, andererseits unkompliziert darstellbar sind. Die Repräsentation bedeutete vor den Wahlreformen des 19. Jahrhunderts die Repräsentation spezifischer Wirtschaftsinteressen: die Interessen des Landes und der Agrikultur, des Gewerbes sowie des Kommerzes.

parlamentarischen Abgeordneten, die selbst bloß Partikularinteressen vertreten, gelöst werden muss, siehe: Beer 1982: 5ff; Beer 1982: 15.

Das prädemokratische Wesen der Whig-Repräsentationstheorie zeichnet sich am stärksten in dem Begriff der »virtuellen Repräsentation« ab.<sup>178</sup> Dieser Begriff war allerdings in allen politischen Theorieströmungen in England geläufig, wenngleich er von jeder anders interpretiert wurde. Viele betrachten die »stillschweigende Zusage« bei John Locke als einen Interpretationstyp des Begriffes der »virtuellen Repräsentation« (Pole 1971: xiii; Pole 1971: 23), andere aber sind der Meinung, dass die »old whig«-Theorie ebenfalls eine Art der virtuellen Repräsentation sei (Beer 1982: 10f). Die Frage der »virtuellen Repräsentation« wurde während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zu einer zentralen Frage des britischen Parlaments, obschon auch das britische Wahlsystem und die unterschiedliche Größe der einzelnen Wahlkreise die Verwendung dieses Begriffes implizierten. Darüber hinaus hat das Problem der politischen Repräsentation der katholischen Minderheit ebenfalls dazu beigetragen, dass dieser Begriff tatsächlich von allen politischen Akteuren verwendet wurde (Reid 1989: 50ff).

Diese drei Fragen der Whig-Repräsentationstheorie (nationale vs. lokale Interessen, formale vs. substanzielle Autorisierungstheorie, aktuelle vs. virtuelle Repräsentation) lassen sich durch die Betonung der Repräsentation der objektiven Interessen verbinden, denn nach dieser Theorie ist das wesentliche Moment der Repräsentation nicht die Methode der Prozedur des Repräsentationsvorganges. Nach der Whig-Theorie werden nicht einmal Personen repräsentiert, sondern ausschließlich objektive Interessen. Die Fragen, wie und wer repräsentiert wird, sind nicht so bedeutsam wie die Frage danach, was repräsentiert wird. Die objektiven Interessen der Gewerbe, des Kommerzes oder eben der Agrarbesitzer werden im Parlament repräsentiert, obwohl die Vertreter einiger Gewerbe- oder Kommerzstädte nicht im Parlament sitzen. Die Vertreter anderer Gewerbestädte repräsentieren beispielsweise die objektiven Interessen Birminghams auch dann, wenn Birmingham selbst keinen Abgeordneten ins Parlament entsandt hat.<sup>179</sup> Die Interessen der aktuell nicht repräsentierten Städte oder

178 Einige sind der Meinung, dass der Begriff der »virtuellen Repräsentation« eher eine Tory-Idee war: »Virtual representation was generally associated with Tories, who used the doctrine to defend malapportionment against democratic parliamentary reformers. The latter, in turn, decried the fact that the distribution of seats in the Commons was so distorted that there were both rotten boroughs and large cities without any representation whatsoever.« (Williams 1996: 28f) Judge widerlegt diese Behauptung (Judge 1999: 100ff; Beer 1982: 24ff).

179 Nach Birch war die Idee der »virtuellen Repräsentation« unter den *Tory*-Politikern nicht besonders populär. Nach der Konzeption der *torys* (und der Radikaldemokraten) war der parlamentarische Abgeordnete mit einem rigoros im-



Gemeinden werden also virtuell durch die Repräsentanten anderer Städte oder Gemeinden repräsentiert. Diese anderen Gemeinden vertreten auch die Interessen jener, die keinen Repräsentanten wählen konnten. Der Grundsatz, dass nicht Personen, sondern objektive Interessen vertreten werden, ist also in diesem Sinne zu verstehen. Wenn die objektiv feststellbaren Interessen nicht durch die eigenen Repräsentanten, sondern durch die Repräsentanten einer anderen aber ähnlichen Gemeinde vertreten werden, kann man von einer virtuellen Repräsentation sprechen.

#### 4.4.4. Die Kompatibilität des freien Mandats mit der Existenz der Parteien bei Burke

##### 4.4.4.1. Die Diskussion und das freie Mandat

Da die geistige Grundlage des Parlamentarismus am besten in den Werken Burkes dargestellt wird, soll an dieser Stelle die Burke-Interpretation Schmitts eingehend untersucht werden. Burke wird zwar hier gesondert behandelt, ist jedoch einer der eklatantesten Repräsentanten der Whig-Theorie und dies in zweierlei Hinsicht: einerseits im Hinblick auf seine Theorie des freien Mandats und der rationalen Diskussion der Abgeordneten, andererseits aber hinsichtlich des Begriffes der virtuellen Repräsentation.

Burkes Konzeption der politischen Repräsentation lässt sich nur schwer analysieren, da er – im Gegensatz zu Mill – seine Grundgedanken zur Repräsentation nie in einem einzigen umfassenden Werk zusammengefasst hat. Das mag auch der Grund dafür sein, dass Burkes einzelne kleineren Werke betreffend die Repräsentation einander zuweilen widersprechen. Diese Untersuchung beabsichtigt weder eine Kohärenz im burkeschen Lebenswerk zu schaffen, die vielleicht niemals vorhanden war, noch die Diskrepanz in übertriebener Weise zu betonen. Hier soll allein die Hauptströmung des burkeschen Denkens vorgezeichnet werden, die zwar tatsächlich mit widersprüchlichen kleineren Abschnitten aus dem Lebenswerk ergänzt werden kann, welche jedoch keine wesentliche Rolle in der allgemeinen Auffassung Burkes spielen (Burke 1791: 100).

perativen Mandat versehen. Die Weisung band den Abgeordneten – nach den festgelegten Richtlinien – an die Vertretung der lokalen Interessen gebunden (Birch 1971: 51).

Verfolgt man also in erster Linie diese Hauptströmung der burkeschen Konzeption, dann kann vor allem die Bedeutsamkeit des freien Mandats betont werden: Burke insistiert in allen seinen Werken auf der Ungebundenheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten. Die bekannteste Textstelle ist diesbezüglich seine Rede, die er 1774 nach seiner Wahl in Bristol gehalten hat. Das Problem des freien Mandats wird hier erstmals ausführlicher behandelt. Burke weist in dieser Rede darauf hin, dass er als Repräsentant des Wahlkreises Bristol im englischen Parlament nicht aufgrund des von den Wählern erhaltenen imperativen Mandats handeln wird. Er betont, dass es ihm eine Ehre bedeute, die Wähler von Bristol vertreten zu dürfen, fügt allerdings zugleich hinzu, dass der Abgeordnete seine Urteils-kraft, seine intelligente Denkart und seine eigene Meinung auf keinen Fall von dem imperativen Mandat und den lokalen Interessen der Wähler paralisieren lassen dürfe:

»Certainly, Gentlemen, it ought to be the happiness and glory of a Representative, to live in the strictest union, the closest correspondence, and the most unreserved communication with his constituents. Their wishes ought to have great weight with him; their opinion high respect; their business unremitting attention. (...) But, his unbiassed opinion, his mature judgement, his enlightened conscience, he ought not to sacrifice to you; (...) Your Representative owes you, not his industry only, but his judgement; and he betrays, instead of serving you, if he sacrifices it to your opinion.« (Burke 1774: 11)

Im Gegensatz zu seinem Kollegen, der ebenfalls in Bristol gewählt worden war und explizit darauf Bezug genommen hatte, die lokalen Interessen seiner Wähler in London zu vertreten, wies Burke darauf hin, dass das Regieren und die parlamentarische Arbeit nicht in der inflexiblen Übermittlung des Willens (Interesses) des Wahlvolkes bestehe, sondern in der Erwägung und Akzeptanz der Argumente, die von den anderen Parlamentariern hinsichtlich des Gemeinwohls präsentiert würden. Eine rationale Diskussion, die Erwägung der entgegengesetzten Argumente sind nach Burke aber erst im Parlament möglich: Hier erst werden die Abgeordneten mit Informationen und Argumenten konfrontiert, die in einem engen Wahlkreis für die Wähler nicht einmal sichtbar und bekannt sind. Es ist nicht sinnvoll, wenn die Entscheidung dank des imperativen Mandats vor der rationalen Diskussion der weisen und aufgeklärten Abgeordneten gefällt wird. Werden die Abgeordneten an ein imperatives Mandat gebunden, dann geht die Entscheidung jedoch der rationalen Diskussion über das Gemeinwohl voran. In diesem Fall trennen sich rationale Diskussion und Entscheidung nicht nur räumlich, auch die temporale Rei-

henfolge wird vertauscht (die Entscheidung wäre eine Folge der rationalen Diskussion und nicht umgekehrt):

»But Government and Legislation are matters of reason and judgement, and not of inclination; and, what sort of reason is that, in which the determination precedes the discussion; in which one set of men deliberate, and another decide; and where those who form the conclusion are perhaps three hundred miles distant from those who hear the arguments?« (Burke 1774: 11)

Die wichtigste Aufgabe eines Abgeordneten besteht also darin, dass er die Wünsche und Beschwerden des Volkes wahrnimmt, diese Probleme sachgemäß formuliert und fachkundige Lösungsvorschläge präsentiert. Die Beziehung des Repräsentanten und der Repräsentierten ist ähnlich wie die Beziehung zwischen einem Arzt und seinen Patienten: Der Patient (der Repräsentierte) kennt die Symptome seines Problems, weiß aber nicht, wie das Problem entstanden ist und wie die Krankheit geheilt werden könnte. Der Arzt (der Repräsentant) kann eine Diagnose aufstellen, erkennt die Ursachen und kennt zugleich das Heilmittel gegen die Krankheit. Der Patient darf den Arzt nicht darauf festlegen, wie er die Krankheit zu heilen hat, da ausschließlich der Arzt das Heilmittel kennt. Die Gedanken und die Handlungsfähigkeit des Repräsentanten dürfen aus dem gleichen Grund nicht vorbestimmt werden (Burke 1780: 357). Der Repräsentant kann allerdings abgewählt werden, wenn das Heilmittel, das von ihm vorgeschlagen wurde, beim Wahlvolk keinen Gefallen findet. Das Volk kann selbst dann so handeln, wenn der Repräsentant (und nicht die Repräsentierten) in der umstrittenen Frage recht hat (Conniff 1977: 334). Dem Repräsentanten darf trotz alledem kein imperatives Mandat aufgezwungen werden, das seiner eigenen Meinung und seinen Überzeugungen widerspricht.

Burke betont, dass das Parlament nicht mit einem Kongress der entgegengesetzten Interessen gleichzusetzen ist, in dem die Abgeordneten die Anwälte oder Vertreter eines bestimmten Partikularinteresses mit imperativem Mandat sind (Burke 1774: 11). In dieser Hinsicht unterscheidet er sich allerdings von Mill. Letzterer beharrt nämlich auf der besonderen Funktion des Parlaments, das als Kampfplatz der Partikularinteressen dienen müsse (Mill 1861: 432f). Burke weist indessen explizit darauf hin, dass das Parlament vielmehr ein Diskussionsforum ist, wo das eine, einheitliche Interesse der Gemeinschaft (das Gemeinwohl) mittels der Diskussion gefunden werden kann. Die lokalen und partikularen Interessen dürften nicht über dem Gemeinwohl stehen: »but Parliament is a

deliberative Assembly of one Nation, with one Interest, that of the whole; where, not local Purposes, not local Prejudices ought to guide, but the general Good, resulting from the general Reason of the whole.« (Burke 1774: 11)

Aus dem freien Mandat, aus der Unabhängigkeit vom Willen der Wähler des gegebenen Wahlkreises folgt bei Burke notwendig die Pflicht der Repräsentanten, immer und ausschließlich das Gemeinwohl der ganzen Nation zu vertreten. Der Abgeordnete aus Bristol vertritt in diesem Sinne nicht die Partikularinteressen seines Wahlbezirks, sondern das Interesse der ganzen Nation (Burke 1774: 12). Die unabhängigen Abgeordneten unterliegen nach Burke der Aufgabe, in der Diskussion das Gemeinwohl zu definieren, womit das Parlament ein diskutierendes Forum ist (Burke 1774: 11ff). In diesem Forum wird die einzige politische Wahrheit ermittelt. Mill hätte niemals eine derart weitreichende Konsequenz aus dem Prinzip des freien Mandats abgeleitet. Er begnügt sich mit Repräsentanten, die nur die Partikularinteressen ihrer Wählerschaft vertreten. Bei Mill lässt sich das Gemeinwohl daher bloß als ein Kompromiss der verschiedenen Partikularinteressen definieren.

#### 4.4.4.1.1. Burke über die virtuelle Repräsentation der objektiven Interessen

Burke ist allerdings der festen Meinung, dass die verschiedenen Interessen nicht unbegrenzt an Zahl sind. Er definiert eigentlich bloß vier größere Interessengruppen, die zu vertreten sind: die Agrarbesitzer, der Kommerz, das Gewerbe und die Finanzen. Die objektiven Interessen dieser Gruppen sind seiner Ansicht nach unproblematisch feststellbar. Eine Gruppe besitzt darüber hinaus bloß *ein* gut definierbares objektives Interesse und nicht zahlreiche unklare Interessen.<sup>180</sup> Im Parlament erscheinen diese objektiven Interessen, wobei das Gemeinwohl (die politische Wahrheit) durch den Einklang dieser Interessen erkannt wird.<sup>181</sup>

180 Das Vokabular der objektiven Interessen dominiert vor allem in den *Reflections*. Zu Burke über die *landed interest* (Burke 1790: 133ff) und zum Konflikt zwischen dem Finanzinteresse und dem Interesse der Grundbesitzer siehe: Burke 1790: 208. Burke rechnet gar nicht mit der Möglichkeit, dass die gesellschaftliche Gruppe nicht nur ein, sondern mehrere Interessen haben könnte, die sogar in Konflikt geraten können (Pitkin 1967: 174).

181 Es kann natürlich gut bestimmbar Interessen geben, die nicht von wirtschaftlichem Charakter sind. Die Katholiken Irlands oder die amerikanischen Kolonien

Es werden nach Burke also diese objektiv feststellbaren Interessen der Individuen und der Gruppen repräsentiert und nicht die Individuen selbst. Im Staat leben demnach auch Bürger, die keine Möglichkeit haben, durch die Wahl eines Abgeordneten im Parlament vertreten zu werden, allerdings erfolgt auch eine Repräsentation ihrer Interessen: Dies ist die virtuelle Repräsentation. Burke definiert sie in seinem Brief über die Katholiken folgendermaßen: Der Ursprung der virtuellen Repräsentation liege in der Gemeinsamkeit der Interessen, in der Gemeinsamkeit der Bedürfnisse und der Begehren sowie in der gegenseitigen Sympathie (Burke 1792: 240). Man spricht von einer virtuellen Repräsentation, wenn das Interesse einer Interessengruppe einem Repräsentanten, der nicht von dieser Interessengruppe gewählt wurde, am Herzen liegt. Die gegenseitige Sympathie und die gemeinsamen Bedürfnisse und Begehren garantieren, dass das Interesse dieser Interessengruppe durchgesetzt wird, obwohl die Gruppe selbst keinen Repräsentanten ins Parlament entsandt hat, da sie über kein Stimmrecht verfügte. Diese Definition scheint auf den ersten Blick relativ klar, doch Burke macht es noch etwas komplizierter: Er hebt einerseits hervor, dass die virtuelle Repräsentation in manchen Fällen sogar einen Vorrang vor der aktuellen Repräsentation haben kann, andererseits fügt er hinzu, dass die virtuelle Repräsentation ihren Ursprung in der aktuellen Repräsentation aufweisen sollte.

Was die erste Anmerkung betrifft: Burke rechtfertigt seine These damit, dass der Repräsentant im Fall der virtuellen Repräsentation von den irrationalen und direkten Begierden unabhängig bleiben kann. Diese momentanen Begierden können mit den künftigen Interessen der Repräsentierten in scharfem Gegensatz stehen, und ihre Realisierung könnte sogar dazu führen, dass die Repräsentierten zwecks der Realisierung dieser direkten Begierden ihren Repräsentanten abwählen, obwohl dieser ihre bedeutenden Interessen in der fernerer Zukunft hätte vertreten können. Die virtuelle Repräsentation sollte also nach Burke aus dem Grund bevorzugt werden, da sich die Repräsentanten erst mit ihr von den unmittelbaren Interessen ihrer Wählerschaft loslösen und sich auf die ferner gelegenen, aber grundlegenden Interessen der Wähler konzentrieren können.<sup>182</sup> Der

haben sicherlich spezielle Interessen, die ohne Schwierigkeiten zu bestimmen sind (Williams 1996: 1).

- 182 Pitkin ist der Meinung, dass die virtuelle Repräsentation nach Burke immer die richtige Repräsentation sei. Falsche virtuelle Repräsentation wäre ein Widerspruch im Begriff selbst, weil die virtuelle Repräsentation immer das wahre Interesse der Repräsentierten durchsetzt. Die aktuelle Repräsentation kann dagegen auch gut oder schlecht ausgeführt werden (Pitkin 1967: 175).

Repräsentant verfügt nämlich grundsätzlich über umfassender Informationen, die die künftigen unmittelbaren Interessen der Bürger betreffen, als die Bürger selbst (Burke 1792: 240).

In der zweiten Hälfte dieser kurzen Analyse zur Situation der Katholiken in England betont Burke dennoch die Unentbehrlichkeit des engen Kontaktes des Repräsentanten zu den Repräsentierten: Die virtuelle Repräsentation könne ohne eine direkte Beziehung des Repräsentanten zu den Repräsentierten auf Dauer nicht funktionieren. Die aktuelle Repräsentation kann also nicht durch die virtuelle ersetzt werden:

»But this sort of virtual representation cannot have a long or sure existence, if it has not a substratum in the actual. The member must have some relation to the constituent. As things stand, the Catholic, as a Catholic, and belonging to a description, has no virtual relation to the representative; but the contrary.« (Burke 1792: 240)

Das Interesse, das virtuell – oder eben aktuell – repräsentiert wird, muss allerdings von größerer Bedeutsamkeit sein: Kleinere, unbedeutende Interessen können weder virtuell noch aktuell repräsentiert werden. Wo aber die Grenze zwischen Bedeutsamkeit und Unbedeutsamkeit liegt, das will Burke entscheiden, freilich unter dem Vorbehalt, dass er die objektive Bedeutsamkeit – oder eben Unbedeutsamkeit – eines Interesses richtig zu ermessen in der Lage ist (Pitkin 1967: 178f).

Es stellt sich jedoch die Frage, was zu tun ist, wenn eine Unstimmigkeit zwischen dem Repräsentanten und seinen Wähler entsteht. Nach bestimmten Burke-Interpretationen sollte der Repräsentant seine Entlassung oder Amtsenthebung in diesem Fall einfach akzeptieren (Conniff 1977: 334). Andere Auslegungen verweisen darauf, dass Burke an die Harmonie glaubte, die früher oder später durch einen Konvergenzprozess in den Ansichten der Wähler und der Repräsentanten erreicht werden könnte (Pitkin 1967: 181). Dieser Unklarheit der Beziehung zwischen der virtuellen und der aktuellen Repräsentation setzt Burke die Stringenz entgegen, mit der er die führende Rolle der Aristokratie verdeutlicht. Ausschließlich die Aristokratie verfüge über die notwendigen Merkmale und Qualitäten, die sie zum Subjekt des virtuellen und aktuellen Repräsentationsvorganges mache. Allein sie besitze die unentbehrliche Intelligenz, allein sie habe Zugang zu den Informationen, die zu einer Entscheidung vonnöten seien, und allein sie sei rational genug, um die besten Entscheidungen treffen zu können (Burke 1782: 25; Pitkin 1967: 172). Die Aristokratie kenne die Interessen der Nation einfach am besten. Dank dieses Charakteristikums vertritt die natürliche Aristokratie nach Ansicht Burkes immer das Interes-

se der ganzen Nation und niemals Partikularinteressen. Das Interesse der Aristokratie ist in diesem Sinne mit jenem der ganzen Nation identisch. Sie kann demzufolge gar keine Partikularinteressen haben, was die natürliche Aristokratie will, das ist das Gemeinwohl. Die Aristokratie ist gleichbedeuten mit dem Staat, der die ganze Nation verkörpert: »A true natural aristocracy is not a separate interest in the state, or separable from it.« (Burke 1791: 168; Pitkin 1967: 173) Die bürgerliche Gesellschaft bewirkt von Natur aus die Entstehung dieser natürlichen Aristokratie, die Nation kann sich sogar erst dann aufrechterhalten, wenn sie von einer natürlichen Aristokratie (und nicht von sich selbst) geführt wird. Wird die Nation nicht von dieser Aristokratie geleitet, dann stirbt sie: Es folgt die Anarchie ohne Gemeinschaft (Burke 1791: 168). Lässt sich die Nation von der Aristokratie führen, dann wird der Grundsatz des Staates, gut zu regieren, realisiert. Nach diesem Grundsatz sollte nämlich nicht die numerische Mehrheit, sondern die intelligente und tugendhafte Minderheit den Staat regieren.

#### 4.4.4.2. Die Diskussion und die Unentbehrlichkeit der Parteien

Andererseits – und hier zeigt sich wieder einmal die Inkohärenz des burkeschen Lebenswerkes – bezweifelt Burke selbst an anderen Textstellen die Führungskompetenz der aufgeklärten und natürlichen Aristokratie. Selbst er traut der Aristokratie nicht zu, die politische Wahrheit, das Gemeinwohl alleine finden zu können. Er glaubt nicht daran, dass die einzig richtige Entscheidung getroffen werden kann, dass die Harmonie der Partikularinteressen durch die rationale Diskussion erreicht werden könnte, die mit der politischen Wahrheit kongruent ist. Burke betont in dieser Hinsicht, dass die Beurteilung der Regierungstätigkeit nicht in die Kategorie eines Tatbestandes, sondern in jene der Mutmaßungen einzuordnen ist. Über eine Mutmaßung oder ein Ermessen eines Tatbestandes kann aber endlos diskutiert werden: »Whether a measure of government be right or wrong, is no matter of fact, but a mere affair of opinion, on which men may, as they do, dispute and wrangle without end.« (Burke 1770: 151f) Die Grundlage des Regierens, die durch die rationale Diskussion ermittelte politische Wahrheit, wird durch diese Feststellung relativiert. Das Gemeinwohl kann nicht ein für allemal definiert werden, seine aktuelle Bestimmung wird immer wieder aufs Neue bestritten: Damit wird die mögliche Existenz der politischen Wahrheit und des Gemeinwohls durch diese Anmerkung angezweifelt.

Aus einer anderen Perspektive ermöglicht erst diese Relativierung der politischen Wahrheit das Funktionieren der Parteien. Die Relativität der politischen Wahrheit ist nach Burke dementsprechend die Existenzbedingung der Parteien. Diese vertreten allerdings das Interesse der ganzen Nation und nicht jenes einer partikularen gesellschaftlichen Gruppe der Nation. Die Parteien sind legitime Entitäten der Politik, da eine vorbestimmte Gruppe der Bürger recht häufig über die gleichen Ansichten verfügt, die diese gemeinsam und geschlossen zur Geltung bringen wollen. Die Legitimität der Parteien lässt sich vor allem mit der natürlichen Bestrebung der Bürger erklären, sich zwecks der Realisierung der nationalen Ziele in einer Gruppe zusammenzuschließen. Sind mehrere Interpretationen des Gemeinwohls gültig, da die politische Wahrheit bloß eine relative Wahrheit ist, über die kontinuierlich diskutiert werden kann, dann können mehrere Parteien die Bestrebung haben, ihre Gemeinwohlkonzeption durchzusetzen. Im Gegensatz zur Rede in Bristol akzeptiert Burke in *Thoughts* aus diesem Grund also die Existenz der Parteien.

Und das ist das Kernelement der Burke-Interpretation Schmitts: Die Anerkennung des Funktionierens der Parteien verträgt sich bei Burke gut mit dem freien Mandat der Abgeordneten. Schmitt beanstandet vor allem die Existenz und das Funktionieren der modernen Parteien, da sie seiner Ansicht nach die rationale parlamentarische Diskussion der freien, ungebundenen Abgeordneten unmöglich machen. Sie determinieren die Meinungsbildung der Parlamentarier, schränken die freie Handlungsfähigkeit der Abgeordneten strikt ein, ja erschweren selbst die Ermittlung der relativen – nicht einmal der absoluten – politischen Wahrheit. Aus dieser schmittschen Perspektive bedeuten die Parteien des 20. Jahrhunderts also die größte Belastung des parlamentarischen Systems. Er behauptet, dass es im klassischen Zeitalter des Parlamentarismus – im 19. Jahrhundert – noch anders gewesen sei, schließt aber zugleich die Koexistenz der Parteien und des freien Mandats prinzipiell aus. Diese schmittsche These wird den burkeschen Texten allerdings nicht gerecht, da Burke für das freie Mandat und die Einbeziehung der Parteien in das politische System gleichzeitig plädiert. Die Parteien nehmen bei ihm sogar eine durchaus positive Funktion wahr: Sie integrieren und verstärken die Gruppe bestimmter Bürger, die die gleiche Auffassung vom Gemeinwohl besitzen.

Darüber hinaus ist Burke der Meinung, dass die primäre Funktion des Parlaments und der Parteien nicht die Gesetzgebung, sondern die Kontrolle sei. Die parlamentarische Opposition aber könne nur dann schlüssig und machtvoll auftreten, die Regierung nur dann effektiv kontrollieren, wenn sie eine Einheit bilde. Diese Einheit aber sei die Partei (Conniff 1977: 335; Burke 1770: 117). Dieses Phänomen wurde bereits im Zeitalter des



korrupten *court system* erfasst: Aus diesem Grund wurde jedes Engagement, das auf eine Allianz der oppositionellen Abgeordneten abzielte, von der Regierung und ihren Anhängern als ein gefährliches Phänomen bewertet, das unverzüglich zu beseitigen war. Durch die Absicht der Einheitsstiftung werden die Erfolgchancen der Opposition auf dem politischen Spielfeld wesentlich erhöht. Schließen sich die oppositionellen Parlamentarier nicht zusammen, dann bleiben sie gegenüber den Einflussversuchen des Königs und der Regierung schwach. Die feste Organisation, die Vereinigung fördert die Durchsetzungskraft des politischen Willens der Opposition. Je einsamer ein Abgeordneter ist, desto mehr Möglichkeiten bieten sich für die Einflussnahme seitens der Regierung:

»No man, who is not inflamed by vain-glory into enthusiasm, can flatter himself that his single, unsupported, desultory, unsystematic endeavours, are of power to defeat the subtle designs and united cabals of ambitious citizens. When bad men combine, the good must associate; else they will fall, one by one.« (Burke 1770: 146)

Die Existenz der Parteien ist unentbehrlich, selbst wenn sie das Engagement für die ganze Nation in gewissem Maße schwächen:

»Of such a nature are connexions in politics; essentially necessary for the full performance of our public duty, accidentally liable to degenerate into faction. Commonwealths are made of families, free commonwealths of parties also; and we may as well affirm, that our natural regards and ties of blood tend inevitably to make men bad citizens, as that the bonds of our party weaken those by which we are held to our country.« (Burke 1770: 147)

Der positive Einfluss der Existenz von Parteien in einem politischen System ist zudem ein keineswegs beispielloses Phänomen in der englischen Geschichte. Im Zeitalter von Königin Anne genossen gerade die Whigs die Vorteile dieses Zusammenschlusses. Hier muss freilich nochmals betont werden: Die Parteien dürfen auf keinen Fall den Partikularinteressen, sondern ausschließlich dem Gemeinwohl dienen. Die Parlamentarier sind für sich alleine nicht geeignet, das Interesse der ganzen Nation zu vertreten und zu realisieren. Die Parteimitglieder, die in den meisten Fragen dem Standpunkt der Partei zustimmen, sind daher sogar dazu verpflichtet, *immer* gemäß den Parteirichtlinien zu votieren, wenngleich ihre Meinung nicht in allen Fragen mit dem Standpunkt der Partei korreliert:

»Without a proscription of others, they are bound to give to their own party the preference in all things; and by no means, for private considerations, to accept any offers of power in which the whole body is not included; nor to suffer themselves to be led, or to be controlled, or to be over-balanced, in office or in council, by those who contradict the very fundamental principles on which their party is formed, and even those upon which every fair connexion must stand.« (Burke 1770: 150)

Es ist wohl richtig, dass die Parteien und vor allem die Parteidisziplin bereits im Zeitalter Burkes heftig kritisiert wurde. Man beanstandete, dass die Abgeordneten die Richtlinie der Partei trotz ihrer entgegengesetzten persönlichen Überzeugung befolgen müssten, wenn sie weiterhin Mitglied der Partei bleiben wollten. Burke gibt zu, dass die Despotie einer Partei, der die persönlichen Überzeugungen der Abgeordneten oft widersprechen, zu vermeiden sei. Allerdings bemerkt er zugleich, dass das Regieren auf der Übereinstimmung einiger wesentlicher Grundgedanken basiert, und der Meinungsunterschied daher in den weniger wesentlichen Fragen beiseite geschoben werden könne. Zudem weist ein frequenter Dissens eines Abgeordneten darauf hin, dass er nicht in der richtigen Partei sitze. Divergieren die Ansichten der Partei und eines Abgeordneten betreffend die wesentlichen Entscheidungsfälle häufig, dann sitzt der Parlamentarier nicht in der richtigen Fraktion (Burke 1770: 151). Er sollte in diesem Fall einfach die Partei wechseln. Die Einsamkeit und Selbstständigkeit eines Abgeordneten hat keinen Vorrang im Vergleich zur Parteidisziplin. Meistens ist die Parteidisziplin kein despotisches Instrument, sondern das Rückgrat der Durchsetzung eines bestimmten Konzeptes des Gemeinwohls. Das schließt allerdings nach Burke nicht aus, dass die Parteimitglieder in weniger bedeutenden Fragen von der Meinung der Partei abweichen können. Er weist auch im Fall der Regierungspartei auf die Bedeutsamkeit der Parteidisziplin hin, wobei er betont, dass die Whig-Partei ohne diese Disziplin nicht regierungsfähig wäre, ihre Zielsetzungen sicherlich nicht realisieren könne (Burke 1770: 150).

Diese Gesinnung, die sich vor allem auf die Kontrollfunktion durch die Parteidisziplin der Opposition und des Weiteren auf die Wahlfunktion der Regierungspartei konzentriert, weist durchaus moderne Merkmale auf: Die moderne Politikwissenschaft hält letzten Endes eben diese Wahlfunktion für die wichtigste Funktion des modernen Parlaments und der parla-

mentarischen Parteien.<sup>183</sup> Letzteres ist zu betonen, damit die Unterschiede zwischen der schmittschen Burke-Interpretation und der eigentlichen Grundeinstellung Burkes, die mit Hilfe der textnahen Auslegung begreifbar wird, geklärt werden können.

#### 4.4.4.3. Exkurs: Parteien und Fraktionen in der politischen Theorie in England

Es muss an dieser Stelle freilich hervorgehoben werden, dass Burke nur für die Parteien plädiert, die das Interesse der ganzen Nation und nicht ein Partikularinteresse vertreten. Die Parteien, die nur eine Sektion der Nation repräsentieren, sind eigentlich nicht als Parteien, sondern als Fraktionen zu bezeichnen (Brewer 1971: 491). Eine Fraktion unterscheidet sich darin von einer Partei, dass sie sich nicht für das Gemeinwohl, sondern für das Interesse einer partikulären Wählergruppe engagiert.

Die Unterscheidung von Partei und Fraktion geht auf eine längere Tradition der englischen Politiktheorie zurück und war – wie die Unterscheidung zwischen der aktuellen und virtuellen Repräsentation oder die Befürwortung des freien Mandats – zur Zeit Burkes wohl bekannt. Zudem spielte sie eine wichtige Rolle darin, dass die englische Politiktheorie – im Gegensatz zur kontinentalen Theorie – die Existenz der Parteien bereits sehr früh akzeptiert hatte. In England betrachteten die politischen Theoretiker die Partei nicht als die Feinde der bestehenden Staatsordnung, als Lobbygruppe der Partikularinteressen oder als Vertreter der Eigeninteressen. Die Parteien erwiesen sich in der politischen Theorie der Epoche als ein normales Phänomen der politischen Ordnung (Robbins 1958: 527f). Es ist zugleich aber zweifellos richtig, dass dieser Unterschied ziemlich oft absichtlich außer Acht gelassen wurde. Die aktuellen politischen Ziele ließen die minuziösen Differenzierungen nicht immer gelten: Die Bestrebungen zielten darauf hin, dass der Begriff »Partei« die gleiche negative Konnotation erwecken sollte wie jener der »Fraktion« (Rogers 1970: 71f). Trotz dieser Absicht des königlichen Hofes konnten Partei und Fraktion jedoch durchaus auseinander gehalten werden. Die Partei wurde allmählich als etwas Normales akzeptiert, während die Fraktion tatsächlich eine destruktive Entität im politischen Leben Englands blieb (Hofstadter 1970: 9f).

183 Siehe weiter oben das Kapitel 2.4.6. Die Parlamentarismuskritik Schmitts und die Politikwissenschaft von heute.

Henry Bolingbroke und David Hume sind in dieser Hinsicht als die Vorgänger Burkes zu betrachten. Beide plädierten für die strikte Unterscheidung von Partei und Fraktion und setzten sich auch für die Anerkennung der Existenzberechtigung der Parteien ein. Nach einzelnen Interpretationen ist sogar eine Entwicklung von Bolingbroke über Hume bis Burke wahrzunehmen. Die drei Namen repräsentieren demnach eine Entwicklungslinie, die eine Akzeptanzbereitschaft gegenüber den Parteien zeigte: Während Bolingbroke noch für die Überholung der Parteienwirtschaft mit Hilfe einer Partei, die die *letzte* Partei der englischen Geschichte sein sollte, gekämpft hatte, und Hume – trotz seiner negativen Bewertung der Parteien – die Unentbehrlichkeit und Realität der Parteien besonnen hinnahm, akzeptierte Burke nicht nur die Unentbehrlichkeit der Parteien, sondern rechtfertigte sie sogar als eine positive Triebkraft des politischen Lebens (Hofstadter 1970: 24ff).

Wie in Europa überall so herrschte auch in England die Denktradition vor, die den Zwiespalt innerhalb des Staates mit allen Mitteln beseitigen wollte, da man befürchtete, Zwiespalt und Parteienwirtschaft könnten eine Auflösung des Staates herbeiführen. Eine legitime und reguläre Opposition gegenüber der königlichen Herrschaft, eine Partei, die kontinuierlich dem Willen des Herrschers rechtmäßig trotzt, war im Mittelalter daher undenkbar. Die Idee von der Einheit des Staates war ein dermaßen prägendes Merkmal der politischen Theorie des Mittelalters, dass die Teilung der Macht oder die Existenz einer konstanten Oppositionspartei damit unvereinbar schienen. Im 17. Jahrhundert gab es keine politische Gruppierung, die sich für den Zwiespalt innerhalb des Staates, für die Notwendigkeit mehrerer Parteien oder für eine legale oder legitime Opposition eingesetzt hätte. Weder die Leveller noch die Radikalen argumentierten in diesem Sinne (Ball 1989: 163f). Die Opposition des Königs trat auf keinen Fall für einen pluralistischen Staat auf. Einen bestimmten Umschwung in der Beurteilung der Systemopposition kann man im Vergleich zu der mittelalterlichen Theorie bloß in einer Hinsicht feststellen: Hobbes war der Meinung, dass das Recht zum Widerstand gerechtfertigt sei, wenn der Souverän versäume, seinen Verpflichtungen (d. h. der Schutz des Lebens der Staatsbürger) nachzukommen. Dieses Recht wird den Bürgern durch den Gesellschaftsvertrag garantiert. Auf den ersten Blick scheint diese Veränderung nicht besonders bedeutsam, jedoch ist sie von größerer Tragweite, denn erst sie bestätigt die Existenzberechtigung der Vertragsparteien, die zu den Kernelementen der späteren Parteien innerhalb des Staates werden (Ball 1989: 166f). Im 17. Jahrhundert wurden die Parteien zwar noch nicht positiv bewertet, dennoch ist bemerkenswert, wie manche politische Theoretiker danach strebten, die Parteien und die Fraktionen

begrifflich stringent auseinander zu halten. Die Praxis der Politik ist der Theorie immer einen Schritt voraus, was auch die Politik im England des 17. Jahrhunderts beweist, als die Parteien in der Praxis tatsächlich bereits existierten. Die Theorie musste der Praxis also früher oder später gerecht werden, und der Beginn dieses Nachholprozesses drückt sich erst in der hobbesschen Rechtfertigung des Widerstandrechtes aus.

Das eklatanteste Beispiel für diesen Prozess sind die Schriften von Bolingbroke. Seine Vorgänger waren noch die härtesten Gegner der formalen Anerkennung der Parteien oder Fraktionen. Von Halifax bis Toland lehnten die Whig-Theoretiker in ihren Abhandlungen die Bestrebungen, die die Existenz von Parteien akzeptierten, entschieden ab (Ball 1989: 167f). Allesamt betonten sie die negativen Effekte der Parteien auf das Staatsleben. Die gemäßigten Ansichten Bolingbrokes, die die Existenz einer *letzten* Partei, welche die Parteienwirtschaft selbst auflösen würde, für berechtigt hielten, konnten sich daher nur allmählich, ab Anfang der dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts behaupten. Bolingbroke war der erste signifikante Theoretiker der Unterscheidung zwischen Parteien und Fraktionen. Sein Ziel war vor allem, der Walpole-Ära ein Ende zu setzen. Um dieses Ziel als legitim erscheinen zu lassen, musste er erst einmal die Existenzberechtigung einer legitimen und legalen Opposition unter Beweis stellen (Skinner 2002: 354). Hier ist allerdings anzumerken, dass die oppositionelle Partei, deren Existenz begründet werden sollte, die letzte Partei in der Geschichte sein sollte. Diese oppositionelle Partei sollte nämlich die einzige Aufgabe besitzen, die Einheit des Staates zu rekonstruieren. Nach der Behebung des Zwiespaltes sollte es aber keine Partei mehr geben (Bolingbroke 1733: 48). Der Gedankengang Bolingbrokes ist allerdings auch von einer anderen Distinktion durchdrungen, die die Legalität der oppositionellen Parteien temporär gewährleistet. Er hält den Begriff der »Verfassung« und jenen der »Regierung« auseinander (Bolingbroke 1733: 88). Solange diese Distinktion nicht in breiterem Umfang anerkannt war, wurde die Opposition nicht nur als Kontrahent des Königs und der Regierung betrachtet, sondern als Feind des aktuellen politischen Systems, der konstitutionellen Monarchie. Sobald die beiden Begriffe aber differenziert wurden, erlangte die Opposition des Königs und der Regierung einen legalen Status, da sie nicht mehr die gesamte politische Ordnung, sondern nur die aktuelle Regierung opponierte.

Die Parteien haben daher drei Alternativen angesichts ihrer Beziehung zu der Regierung und der Verfassung: Entweder opponieren sie sowohl die Regierung als auch die Verfassung, oder zweifeln ausschließlich die Legitimität der Verfassung an, indem sie die Legitimität der Regierung anerkennen, oder sie stimmen – als dritte Möglichkeit – der Legitimität

der Verfassung zu, wählen die Regierung jedoch ab (Bolingbroke 1733: 86). Bolingbroke beschreibt sich selbst als einen Vertreter der dritten Alternative: Er will das politische System (i. e. die Verfassung) nicht verändern, sondern nur einen Regierungswechsel. Zugleich merkt er aber an, dass die zweite Alternative die gefährlichste sei, da die gegebene Partei in diesem Fall die Verfassung (*ancient constitution*) mit Hilfe und durch die Unterstützung der Regierung selbst abschaffen wolle, die aber alleine die Freiheit der Engländer garantieren könne. Am klarsten kann die Existenz einer Partei also dann legitimiert werden, wenn sie die korrupte Regierung, die die Verfassung verletzt hat und sie sogar abschaffen will, verfassungsmäßig opponiert und zum Abdanken zwingt. In diesem Fall greift die oppositionelle Partei nämlich bloß die Regierung, nicht aber die Verfassung an. Damit könne die Opposition von der Illegalität befreit werden, da sie eigentlich der Akteur ist, der die alte Verfassung der Engländer vor den Angriffen der Regierung verteidigt. Die oppositionelle Partei wird dadurch die einzig legitime und legale Partei. In diesem Fall bezieht sich die Opposition nicht auf das Recht des Widerstandes, ist nicht einmal ein außerordentliches Phänomen, sondern vielmehr der normale Gegenpart einer korrupten Regierung. Die Existenz einer verfassungsmäßigen Oppositionspartei wird also bei Bolingbroke in dieser Weise begründet (Kluxen 1956: 166).

Die Normalisierung der aktuellen Oppositionsrechte bedeutet aber auf keinen Fall, dass Bolingbroke für die Akzeptanz einer jeweiligen oppositionellen Partei im Allgemeinen plädieren würde. Er weist an zahlreichen Textstellen auf die Parteien als ungesunde und gefährliche Entitäten hin, die durch ihr konfliktgenerierendes Potenzial in der Lage sind, den Staat zu ruinieren. Darüber hinaus verträten sie meistens nur Eigeninteressen – natürlich abgesehen von der allein legitimen Opposition, der auch Bolingbroke angehört und deren höchstes Ziel die Verteidigung der alten Verfassung gegenüber der korrupten Regierung ist (Bolingbroke 1733: 70; Bolingbroke 1738: 402ff). Bolingbrokes Meinung schwankt also zwischen der Akzeptanz und der Ablehnung der Parteien. Zuweilen unterscheidet er die Partei von der Fraktion, um so zu einer positiveren Beurteilung der Parteien zu kommen: »For faction is to party what superlative is to the positive: party is a political evil, and faction is the worst of all parties.« (Bolingbroke 1738: 401)

Die Fraktionen vertreten seiner Ansicht nach also immer und ausschließlich die partikularen Interessen einer Gruppe der Gesellschaft und niemals das Interesse der ganzen Nation. Im Gegensatz dazu können die Parteien im politischen System in vielerlei Hinsicht eine positive Rolle spielen: Zum einen ist es vorstellbar, dass der patriotische König tempo-

rär, doch niemals ausschließlich die eine oder andere Partei unterstützt, damit die Interessen der ganzen Nation reibungsloser vorangetrieben werden können. Dies bedeutet aber nur soviel, dass die Interessen einer Partei mit dem Interesse der Nation temporär übereinstimmen. In diesem Fall ist der König berechtigt, sich für die eine oder andere Partei auszusprechen. Oder eher umgekehrt: Die eine oder andere Partei kann den König unterstützen, wenn ihre Interessen mit jenen der Nation übereinstimmen (Bolingbroke 1738: 406f). Bolingbroke betont ferner die Notwendigkeit der Gründung einer nationalen Partei, die nicht Partikularinteressen, sondern allein die Interessen der ganzen Nation zu realisieren beabsichtigt, womit es sich wiederholt um die positive Bewertung einer möglichen Partei handelt (Bolingbroke 1733: 98, 169). Er scheint den Parteien gegenüber also viel toleranter zu sein als seine Vorgänger: Deutlich weist er darauf hin, dass die Wurzel des Zwiespaltes und der Uneinheit in der tiefsten Natur des Menschen liege. An dieser Natur kann aber nicht einmal ein patriotischer König etwas ändern. Er vermag bloß gegen diese Naturgegebenheit aufzutreten und ihre Folgen gewissermaßen zu mildern, absolut beseitigen kann auch er sie nicht (Bolingbroke 1738: 412).<sup>184</sup> Aus dieser Analyse lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen: Einerseits ist der Unterschied zwischen Partei und Fraktion selbst bei Bolingbroke nicht ganz eindeutig und klar, andererseits versucht er, die Legalisierung einer oppositionellen Partei zu erreichen, indem er jedoch betont, dass die verzerrten Parteien, die im Gegensatz zu jenen Parteien stehen, die die Naturgegebenheit des Menschen widerspiegeln und tatsächlich die Interessen der Nation vertreten, nur die Eigeninteressen eines Segmentes der Gesellschaft repräsentieren und daher als Fraktionen zu bezeichnen sind.<sup>185</sup>

Im Gegensatz zu Bolingbroke kann die Bestrebung nach einer Aufhebung der Parteienwirtschaft bei Hume nicht mehr festgestellt werden. Hume bewertet die Parteien resigniert und besonnen: Er nimmt die Existenz der Parteien nicht als ein notwendiges Übel, sondern als eine unent-rinnbare Gegebenheit des politischen Lebens hin (Ball 1989: 171). Dabei behauptet er nicht, dass die nachfolgenden Generationen unter allen Umständen bloß die positiven Charakteristika der Parteien schätzen werden, sondern hebt sogar hervor, dass die Parteien absolut unheilvolle politische Entitäten sind, »because the influence of faction is directly contrary to that of laws. Factions subvert government, render laws impotent, and beget the

184 Dem widerspricht allerdings Bolingbroke selbst: Bolingbroke 1738: 411.

185 »Bolingbroke thought factions were extreme variants of parties and leaves out any detailed examination of how the term may be ‚strictly‘ applied.« (Rogers 1970: 70)

fiercest animosities among men of the same nation, who ought to give mutual assistance and protection to each other.« (Hume 1994: 34) Die totale Ausmerzung der Parteien aus dem politischen System sei allerdings unmöglich, wenn sie einmal Wurzeln geschlagen hätten. Nach Hume kann zudem als ein Faktum angesehen werden, dass die Parteien unter einer Regierung, die die Freiheit garantiert, rasch zu sprießen beginnen. Anders als Bolingbroke differenziert Hume aber zwischen persönlichen und wahren Parteien. Die persönlichen Parteien seien für kleinere Republiken charakteristisch, in denen die politischen Trennlinien zwischen Familien und nicht zwischen gesellschaftlichen Klassen oder Ideologien verlaufen. Die wahren Parteien können dagegen in drei verschiedene Typen gegliedert werden: Interessenparteien, Prinzipienparteien oder aber Gesinnungsparteien, die einander jeweils ausschließen. Die wahren Prinzipienparteien bedeuten seiner Ansicht nach eine große Gefahr, da sie niemals einen Kompromiss schließen wollen und können. Die wahren Gesinnungsparteien sind im Hinblick auf die Sicherheit und Einheit des Staates ebenfalls riskant, da sie nicht einmal ein Bruchstück des natürlichen Menschenverstandes (*common sense*) und des umsichtigen Rasonnements aufweisen (Hume 1994: 38ff). Am ehesten legitimiert seien die wahren Interessenparteien, denn sie leisten nach Hume einen positiven Beitrag zum Funktionieren des politischen Systems.

Nach der theoretischen Analyse der verschiedenen Sorten von Parteien setzt sich Hume mit den konkreten Parteien Englands auseinander, die zugleich Prinzipien- und Interessenparteien seien. Prinzipienparteien seien sie dahingehend, da sie zwar alle der gemischten Regierungsform Englands zustimmten, die Akzente innerhalb dieses Systems jedoch prinzipiell anderswo sähen und über diese kompromisslose Diskussionen führen könnten (Hume 1994: 40f). Sie vertreten nach Ansicht Humes aber auch bestimmte Partikularinteressen, die mit den Interessen der Mitgliedschaft der Parteien gleichzusetzen sind. Die Führer der englischen Parteien denken zwar in Prinzipien, die Mitgliedschaft hat jedoch meistens nur ihr Eigeninteresse im Blick. All das sei freilich das Ergebnis der englischen Verfassung: Die Parteien sind demgemäß die Endprodukte der Regierungsform. Die englische Verfassung generiere eine Diskussion in Folge ihres gemischten Charakters. Die Unentschiedenheit der Verortung der höchsten Gewalt, die die gemischte Verfassung von England charakterisiert, führt dazu, dass innerhalb des Systems eine ständige Diskussion geführt wird, wo die letzten Entscheidungen getroffen werden sollten. Die prinzipielle Frage, die die politische Landschaft aufspaltet und die Parteien ins Leben ruft, betrifft also die Verortung der letzten Entscheidungen (Hume 1994: 41f). Hume neigt zu der Meinung, dass die Parteien, die sich



um diese prinzipielle Frage streiten, die unentrinnbare Folge der freien Regierungsform von England sind: »To abolish all distinctions of party may not be practicable, perhaps not desirable, in a free government.« (Hume 1994: 206) Als bedrohlich werden von Hume daher nur die Parteien bewertet, die die Grundprinzipien der Staatsform ablehnen (Hume 1994: 207). Etwas inkonsequent stellt er schließlich fest, dass der ideale Zustand jedoch eine allgemeine Vereinigung und ein Kompromiss der Parteien wäre, worin sich die Parteien selbst auflösen würden. Das Ideal Humes ist also jenem Bolingbrokes gleich, wobei Hume sehr viel besonnener und resignierter ist, was die Realität angeht. Die Bestrebung Bolingbrokes, die Begriffe von Partei und Fraktion strikt auseinander zu halten, ist bei Hume allerdings nicht nachweisbar. Hume bezieht in dieser Frage nicht explizit Stellung wie Bolingbroke. Bei ihm sind die Parteien janusköpfig: Sie spielen zum einen eine positive Rolle, können aber zum anderen auch Quelle jeglicher tiefgreifender Diskrepanzen bedeuten, die zur Auflösung des Staates führen können (Sartori 2005: 7). Verglichen mit Bolingbroke ist Hume den Parteien gegenüber jedoch sehr viel toleranter. Im Gegensatz zu Burke beurteilt er die Existenz der Parteien aber noch nicht als eindeutig positiv. Er sieht in ihnen nicht das Instrument einer freien Regierung, wie Burke es tut (Sartori 2005: 8).

#### 4.4.4.4. Das freie Mandat und die Fraktionsdisziplin bei Schmitt und Burke

Die allmähliche Entwicklung der Akzeptanz der Parteien zeichnet sich also in der Geschichte der englischen Politiktheorie deutlich ab. Burke spricht den Parteien im Verfassungsbetrieb und im System der politischen Repräsentation sogar eine positive Rolle zu. Auf den ersten Blick scheint seine Theorie, was die Ausführungen über das freie Mandat und über die Parteien betrifft, jedoch widersprüchlich. Schmitt allerdings betonte gerade das Problem des freien Mandats der Abgeordneten, das durch die Parteidisziplin eigentlich vollkommen abgeschafft wurde. Das freie Mandat und die Existenz der kohärenten Parteien können nach Schmitt nicht in Einklang gebracht werden. Die Parteien des 20. Jahrhunderts sind zwar von ihrem Wesen her ganz anders als jene zur Zeit Burkes, dennoch hat

sich der englische Theoretiker mit dem Konflikt beider Prinzipien auseinander gesetzt.<sup>186</sup>

An einer bekannten Textstelle bemerkt Burke, dass ein Abgeordneter, der zugleich Mitglied einer Partei ist, die Richtlinien der Partei befolgen muss, damit das gemeinsame Ziel, das vorher bestimmte Gemeinwohl, realisiert werden kann. Die Abgeordneten müssen ihre privaten Überzeugungen verdrängen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen (Burke 1770: 150). Die entschlossene Deklaration Burkes zugunsten der Parteien und der Parteidisziplin kann freilich auf die aktuelle Konstellation des politischen Kampfes im England des 18. Jahrhunderts zurückgeführt werden: Während der Ministerpräsidentenschaft von Pitt dem Älteren war es Usus, dass die Regierungspartei Abgeordnete aus den Reihen des konkurrierenden Flügels oder der gegnerischen Partei anlockte (Payne 1874: 13). Pitt der Ältere hatte bereits aus der Partei Burkes mehrere Parlamentarier dazu bewegt, in seinen Flügel überzutreten.

Die Abgeordneten, die bloß schwach in einer Partei verwurzelt waren, die ihre Unabhängigkeit auf dem Altar der Partei nicht vollständig geopfert hatten, waren der Gefahr der Sirenen stärker ausgesetzt als die Abgeordneten, die sich fest zusammengeschlossen hatten, um ein Ziel zu erreichen und der Anziehungskraft der Regierungspartei widerstehen konnten. Diskutieren die Abgeordneten miteinander, die mehr oder weniger gemeinsame Vorstellungen vom Gemeinwohl und vom Interesse der Nation haben, treten sie nach ihren Besprechungen homogen und einheitlich auf, dann können sie ihre Ziele nach Ansicht Burkes mit Gewissheit effektiver durchsetzen als die einsamen Parlamentarier, die ihre Kräfte nicht bündeln. Vereinzelt seien die Parlamentarier kraftlos, vereinigt aber mächtig (Burke 1770: 146). Die Beweisführung gründet sich also auf den erhöhten Realisierungschancen der vereinigten Parlamentarier. Die Regierung will die oppositionellen und unabhängigen Abgeordneten nach Burke immer in dem Maße beeinflussen, dass die Mehrheit unter allen Umständen gesichert bleibt (Ball 1989: 173). Was auf den ersten Blick als ein unauflösbarer Widerspruch erschien, führte bei Burke zu einer harmonischen Verflechtung der beiden Prinzipien: Das freie Mandat bezieht sich bei ihm

186 Bestimmte Interpretationen weisen darauf hin, dass Burke in *Thoughts* nicht im Allgemeinen und theoretisch über die Parteien spricht, sondern über die konkreten englischen Parteien der 60er und 70er Jahre des 18. Jahrhunderts. Burke plädiert eigentlich für die Rockingham-Partei, die als führende Kraft die Union der Opposition bewirken könnte. Die Partei sei also ein Synonym der oppositionellen Whig-Partei und alle anderen Parteien würden sich erübrigen, wenn diese Whig-Partei die Regierungsmacht ergreifen könnte. Diese Argumentation ähnelt stark jener Bolingbrokes (Foord 1964: 318; Brewer 1971: 483ff).

nämlich nicht auf die Unabhängigkeit des Abgeordneten von den Richtlinien seiner Partei, sondern auf die relative Unabhängigkeit der Repräsentanten von der Meinung der Repräsentierten (Steffani 1981: 16).

Und hier wurde ein ganz wichtiger Punkt erreicht: Das freie Mandat war nach Burke nämlich unentbehrlich, damit sich der Abgeordnete im Parlament mit den Parlamentariern zusammenschließen konnte, die eine ähnliche Grundeinstellung zum Gemeinwohlkonzept hatten. Hätte der Abgeordnete kein freies Mandat, dann wäre er dazu gezwungen, mit Abgeordneten ein Bündnis einzugehen, mit denen er sich bezüglich der Grundfragen nicht einig ist. Ist er aber frei von einem imperativen Mandat, dann kann er seine geistigen Freunde finden und mit ihnen eine Partei konstituieren, um die gemeinsame Idee leichter durchsetzen zu können. Unter dem Begriff der Partei darf hier natürlich keine moderne, außerparlamentarische Partei verstanden werden, sondern eine lockere innerparlamentarische Organisation, deren Mitglieder jedoch bezüglich bestimmter wesentlicher Fragen die Richtlinie der Partei diszipliniert befolgen. Freies Mandat und Parteidisziplin entspringen also der gleichen Quelle: Die Parlamentarier sollen frei – unabhängig der Meinung der Wähler – diskutieren und Entscheidungen treffen können, wobei die Umsetzung ihrer Einzelentscheidungen nur dann zu Erfolg führt, wenn sich die gleichgesinnten Abgeordneten in einer Partei zusammenschließen. Die Unabhängigkeit des Parlaments und der Parlamentarier hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, sich gegenüber den Einflussversuchen der Regierung durch die Organisation einer Partei resistent zu machen (Steffani 1981: 17).

#### 4.4.5. Das Prinzip des Mikrokosmos bei Mill

Neben dem mittelalterlichen Verständnis von politischer Repräsentation, ihrer Interpretation durch die *Tories* und die *Whigs* ist die englische Tradition durch eine weitere Linie gekennzeichnet. Diese vierte Art der Auslegung wird als das Prinzip der Abbildung oder das Prinzip des Mikrokosmos bezeichnet. Sie war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht prägend, charakterisiert aber dank der Arbeiten von Jeremy Bentham und James Mill das politische Denken der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England.<sup>187</sup> Im Gegensatz zur Theorie der virtuellen Repräsentation sollten nach der Theorie des Mikrokosmos nicht objektive Interessen

187 Judge weist auf die mangelnde Präsenz dieses Prinzips im englischen Denken hin (Judge 1999: 22ff). Er betont auch, dass dieses Prinzip als eine Gegenreaktion zu der *old-whig*-Repräsentationstheorie zu betrachten ist (Judge 1999: 102).

repräsentiert werden, sondern Personen. Bereits der Name dieses Prinzips, der im 19. Jahrhundert in dieser Form allerdings nicht verwendet wurde, weist auf seine Essenz hin: Die Zusammensetzung der repräsentativen Körperschaft soll die Gliederung der Gesellschaft abbilden. Die repräsentative Körperschaft ist dazu bestimmt, die Gliederung der Gesellschaft in einem kleinen Mikrokosmos nachzuahmen und darzustellen. Das Parlament ist demnach die perfekte Abbildung der gesellschaftlichen Gliederung. Die Repräsentanten haben also nicht die Aufgabe, objektive Interessen, sondern Menschen zu vertreten. Daraus folgt aber, dass alle Bewohner eines Landes zu repräsentieren sind, damit die Deckungsgleichheit zwischen der Gesellschaft und der repräsentativen Körperschaft realisiert werden kann.

Die frequenten Wahlen, die die enge Beziehung zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten eben durch ihre Häufigkeit garantieren, sowie das Prinzip der Abbildung geben eine eindeutige Antwort auf die Frage der Utilitaristen, die da lautet: Wie kann ein Repräsentant das Interesse der Repräsentierten in einer absolut egoistischen Gesellschaft vertreten, in der die Individuen ausschließlich ihr Eigeninteresse durchsetzen wollen?<sup>188</sup> Die Versöhnung der beiden Prinzipien – der altruistischen Vertretung der Interessen anderer und des Egoismus – könnte nach Jeremy Bentham und Mill dem Älteren in der Weise erfolgen, dass sie miteinander verbunden werden: Die gewählten Repräsentanten müssen sich nach dieser Theorie wie Privatpersonen verhalten, die die Verwirklichung ihrer Eigeninteressen erzielen wollen. Sie setzen sich einfach für ihre Eigeninteressen ein, weil sie damit zugleich die Ziele und die Interessen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen fördern, denen sie angehören (Judge 1999: 25ff). Das einzige Kriterium des mikrokosmischen Repräsentationsprinzips ist die adäquate Komposition der repräsentativen Körperschaft. Diese muss die soziale Gliederung der Gesellschaft akkurat und exakt abbilden. Das Parlament ist nach dieser Vorstellung ein Mikrokosmos des Makrokosmos der ganzen Gesellschaft (Birch 1971: 17). Für die Utilitaristen sind daher die Fragen, welche Interessen (was?) mit welchen Mitteln (wie?) vertreten werden, unwesentlich. Das Wesentliche ist, wer die Repräsentierten vertritt. Die soziale Zusammensetzung des Parlaments bestimmt die Existenzberechtigung der repräsentativen Körperschaft (Pitkin 1967: 61). Sind die einzelnen sozialen Schichten im Parlament proportional vertreten, dann wird dem Prinzip der wahren politischen

188 »There is no one who knows what is for your interest, so well as yourself.« (Bentham 1843: 447; Pitkin 1967: 198)

Repräsentation Geltung verschafft und kann die größte Glückseligkeit der möglichst meisten Bürger erreicht werden (Pitkin 1967: 87).

Aus alledem folgt, dass die wichtigste Funktion der Repräsentanten nicht die Entscheidung über bestimmte politische Fragen ist, sondern die Präsentation der wichtigsten Informationen. Die primäre Aufgabe der Parlamentarier ist somit nicht die Beschlussfassung, sondern die Einbeziehung bestimmter Informationen bezüglich der Gliederung der Gesellschaft und der Interessen dieser sozialen Schichten.<sup>189</sup> Es ist jedoch eine andere Frage, ob die Bereitstellung dieser Informationen eine Deckungsgleichheit zwischen der sozialen Position des Abgeordneten und jener der Repräsentierten erfordert oder auch ohne diese Identität verwirklicht werden kann (Pitkin 1967: 83f).

#### 4.4.5.1. Mill und die elitäre Theorie des Parlamentarismus

John Stuart Mill vermischt die Elemente der Whig- und der Tory-Repräsentationstheorie: Er plädiert einerseits für das freie Mandat gemäß der *trustee*-Theorie der Whigs, andererseits weist er zugleich ihre Idee von der virtuellen Repräsentation rigide zurück, da die virtuelle Repräsentation und die Abbildungstheorie (mikrokosmische Repräsentation) seiner Ansicht nach inkompatibel sind (Judge 1999: 102; Mill 1861: 404ff). Vom Repräsentationsbegriff der Tories entlehnt er das Prinzip der Vertretung der Partikularinteressen: Die Repräsentanten sollen nur partikuläre Interessen vertreten, deren Konflikt im Parlament durch eine Kompromisslösung aufgehoben wird (Mill 1861: 433).

Die Beschreibung des Repräsentationsvorganges ähnelt demgegenüber der *trustee*-Theorie der Whigs: Der Repräsentant ist nach Mill ein Beauftragter, der die Interessen der Repräsentierten frei von irgendwelchen Anweisungen seiner Wähler zu vertreten hat. Die Freiheit ist ein unentbehrliches Element der Repräsentation, da die Repräsentanten zu einer geistigen Elite, zu der nationalen Aristokratie gehören, die die Interessen der Repräsentierten besser bestimmen und vertreten können als die Repräsentierten selbst (Mill 1861: 390f). Diese nationale Aristokratie darf daher nicht an die Anweisungen der Wählerschaft gebunden werden, da sonst eine rationale Diskussion unter den vernünftigen Parlamentariern über die Bestimmung des Gemeinwohls unrealisierbar bleibt. Mill misst der Insti-

189 Zur Fruchtlosigkeit der ewigen Diskussion, zur Notwendigkeit der Entscheidung und Präsenz dieser Gedanken bei den englischen Theoretikern (vor allem bei Bagehot) siehe: Pitkin 1967: 64, 81.

tution des Parlaments und der Repräsentation nicht nur den Charakter der Interessenvertretung bei, sondern auch die Möglichkeit zur Verbesserung des geistigen und materiellen Zustandes der Gesellschaft. Daher ist es durchaus kein Zufall, dass er das Wahlrecht erst einmal ausschließlich dieser nationalen Aristokratie gewährt. Es ist zwar richtig, dass das Wahlrecht durch die notwendige Entwicklung der Edukation und des geistigen Niveaus auch der unteren Schichten der Gesellschaft gewährleistet werden kann und soll, doch würde die natürliche Aristokratie in diesen späteren Phasen der geschichtlichen Entwicklung weiterhin über ein plurales Wahlrecht verfügen (Mill 1861: 473).

Den Ausgangspunkt der Repräsentation stellten bei Burke allerdings nicht die objektiv bestimmbaren Interessen oder eine bestimmte soziale Gruppe dar, sondern die Individuen und ihre Wünsche, die von ihnen selbst bestimmt wurden. Mill der Jüngere ist eindeutig als der eklatanteste Vertreter des Prinzips der Abbildung zu betrachten,<sup>190</sup> allerdings bleibt unklar, was nach Mill repräsentiert werden sollte: die Meinung der Wähler (in diesem Fall ist das Prinzip des freien Mandats eigentlich gefährdet)<sup>191</sup> oder aber die Interessen der Wähler (die nicht unbedingt mit der Meinung der Wähler kongruieren).<sup>192</sup> Im ersten Fall würde der Repräsentant die Meinungen der Wähler bloß vermitteln, er wäre zu einem Boten degradiert, obwohl er die Interessen der Wähler und die Mittel zur Umsetzung derselben dank seiner Intelligenz und Informiertheit besser kennt als die Wähler selbst. Er könnte die künftigen unmittelbaren Interessen seiner

190 »They (the representatives) are not a selection of the greatest political minds in the country, from whose opinions little could with certainty be inferred concerning those of the nation, but are, when properly constituted, a *fair sample* of every grade of intellect among the people which is at all entitled to a voice in public affairs.« (Mill 1861: 433) Hier soll allerdings auf einen Widerspruch hingedeutet werden, da Mill an anderer Stelle in einem elitären Gedankengang betont, dass die Abgeordneten jedoch bessere intellektuelle Fähigkeiten besitzen müssten (Mill 1861: 468ff, Mill 1861: 510; Mill 1861: 457ff).

191 Mill ist sich über diese begriffliche Unsicherheit im Klaren (Mill 1861: 504ff; Mill 1861: 432).

192 Mill plädiert für diese letztere Interpretation, wenn er vor der Gefahr warnt, dass die parlamentarischen Abgeordneten nicht die hinreichende Intelligenz und damit auch nicht die Vernunft haben würden, sondern die Klasseninteressen die Gesetzgebung bestimmen wollten: »The positive evils and dangers of the representative, as of every other form of government, may be reduced to two heads: first, general ignorance and incapacity, or, to speak more moderately, insufficient mental qualifications, in the controlling body; secondly, the danger of its being under the influence of interests not identical with the general welfare of the community.« (Mill 1861: 436)

Wähler mit größerer Gewissheit feststellen, wenn er nicht an sein imperatives Mandat gebunden wäre (Birch 1971: 89ff). Hat der Repräsentant jedoch die Aufgabe, die Interessen der Wähler durchzusetzen, die in fernerer Zukunft liegen, kann das zu einem Konflikt mit den Wählern selbst führen, die sich ihrer künftigen Interessen gar nicht in dem Sinne bewusst sind. In diesem Fall handelt es sich nicht nur um eine Meinungskollision, sondern sogar um eine Interessenskollision. Diese innere Spannung kann nur dann gelöst werden, wenn man das System Mills nicht statisch, sondern in seiner Dynamik betrachtet.

Sein System ist nämlich ein in jeglicher Hinsicht dynamisches. Er fasst die Gesellschaft als ein System auf, das sich moralisch und intellektuell fortwährend entwickelt. Das beste Instrument dieser Entwicklung ist die Aktivität im politischen Leben, die erst durch die Ausdehnung des Wahlrechtes in einem weiteren Umfang ermöglicht wird, doch ist Mill der Meinung, dass es strikt mit einer minimalen Intelligenz bzw. geistigen Fähigkeit verbunden werden sollte. Solange die Individuen kein bestimmtes Intelligenzniveau aufweisen können, erhalten sie kein Wahlrecht. Mill misst daher der Edukation eine wichtige Rolle bei: »universal teaching must precede universal enfranchisement« (Mill 1861: 470). Die Bildung der Bürger ist daher die erste Pflicht eines Staates. Je besser die Bürger gebildet sind, desto mehr kann das Wahlrecht ausgedehnt werden. Die Ausdehnung des Wahlrechtes hat den Effekt, dass die Bürger politisch aktiv werden, was wiederum zur Erhöhung ihrer politischen Intelligenz beiträgt. Eine intellektuelle Gleichheit der Bürger bleibt trotzdem unerreichbar: Die Ungleichheit des intellektuellen Niveaus kann niemals absolut behoben werden, weswegen eine bestimmte intellektuelle Differenz unter den Bürgern immer nachweisbar ist. Mill bemerkt diesbezüglich, dass die Gebildeten stets ein plurales Wahlrecht haben sollten:

»Though every one ought to have a voice that every one should have an equal voice is a totally different proposition. (...) Entire exclusion from a voice in the common concerns, is one thing: the concession to others of a more potential voice, on the ground of greater capacity for the management of the joint interests, is another.« (Mill 1861: 473f)

In diesem System des Pluralwahlrechtes müssen die Repräsentanten noch einem weiteren Kriterium nachkommen: Sie müssen in jedem Fall eine weitaus höhere Intelligenz aufweisen können, in ihrem Fall reicht das Minimum nicht aus. Ihre Aufgabe ist es nämlich, das Gemeinwohl mit Hilfe ihrer Intelligenz richtig zu definieren und das Volk sowie die

weniger Gebildeten von der Richtigkeit ihrer Entscheidung zu überzeugen:

»Superior powers of mind and profound study are of no use, if they do not sometimes lead a person to different conclusions from those which are formed by ordinary powers of mind without study: if it be an object to possess representatives in any intellectual respect superior to average electors, it must be counted upon that the representative will sometimes differ in opinion from the majority of his constituents, and that when he does, his opinion will be the oftenest right of the two (...) Deference to mental superiority is not to go the length of self-annihilation-abnegation of any personal opinion. But when the difference does not relate to the fundamentals of politics, however decided the elector may be in his own sentiments, he ought to consider that when an able man differs from him there is at least a considerable chance of his being in the wrong, and that even if otherwise, it is worth while to give up his opinion in things not absolutely essential, for the sake of the inestimable advantage of having an able man to act for him in the many matters in which he himself is not qualified to form a judgment.« (Mill 1861: 506, 510)

Das ideale Parlament besteht bei Mill also aus Repräsentanten mit glänzenden – jedoch ungleichen – intellektuellen Fähigkeiten, mit Hilfe derer alle Partikularinteressen der Gesellschaft im Parlament repräsentiert werden. Diese idealen Repräsentanten sind dazu fähig, ihre Fehler anzuerkennen und die Entscheidungen der Mehrheit zu akzeptieren. Werden also diese Kriterien von einem Parlament oder von den Repräsentanten erfüllt, dann kann man von einer *government by discussion* sprechen:

»(...) the Parliament has an office, (...) to be at once the nation's Committee of Grievances, and its Congress of Opinions; an arena in which not only the general opinion of the nation, but that of every section of it, and as far as possible of every eminent individual whom it contains, can produce itself in full light and challenge discussion; (...) where those whose opinion is overruled, feel satisfied that it is heard, and set aside not by a mere act of will, but for what are thought superior reasons, and commend themselves as such to the representatives of the majority of the nation« (Mill 1861:432)

Denn die Aufgabe der Parlamentarier besteht in der Diskussion: »Their part is to indicate wants, to be an organ for popular demands, and a place of adverse discussion for all opinions relating to public matters, both great and small.« (Mill 1861: 433)



#### 4.4.5.2. Mill über die Kompatibilität der rationalen Diskussion mit den Parteien

Es wurde oben dargestellt, wie das Prinzip des freien Mandats und der *government by discussion* in dem elitären Repräsentationskonzept Mills zum Tragen kommt. Unterzieht man die Mill-Interpretation Schmitts einer eingehenden Analyse, dann können zwei weitere Fragen in dessen Repräsentationstheorie hervorgehoben werden: einerseits der Zusammenhang zwischen der Vertretung des Gemeinwohls und der öffentlichen Abstimmung, andererseits die Existenzberechtigung der Parteien, die aber ausschließlich Partikularinteressen vertreten.<sup>193</sup>

Mills Argumentation richtet sich hinsichtlich der ersten Frage eindeutig gegen die Radikaldemokraten, wenn er bemerkt, dass das Wahlrecht nicht zwecks der Erhöhung der Durchsetzungschancen des Eigeninteresses garantiert wird. Die Individuen erhalten das Wahlrecht, damit sie sich effektiver für das Gemeinwohl einsetzen können (Mill 1861: 488). Das Wahlrecht sei in diesem Sinne ein *trust*, das das Individuum von der Gesellschaft mit der Bedingung erhalten hat, dass der Bürger mit Hilfe dieses Rechtes dem Gemeinwohl diene. Das Wahlrecht sei also keinesfalls ein Grundrecht, sondern ein *trust*. Wäre das Wahlrecht ein Grundrecht, dann würde der Verkauf einer Stimme kein Problem bedeuten: »If it is a right, if it belongs to the voter for his own sake, on what ground can we blame him for selling it, or using it to recommend himself to any one whom it is his interest to please?« (Mill 1861: 489) Das Wahlrecht wird dem Individuum garantiert, damit der Unterdrückung und der Beeinträchtigung durch andere vorgebeugt werden kann. Alle Rechte, die das Individuum von der Gesellschaft erhält – und das Wahlrecht ist ein solches Recht –, sind mit bestimmten Verpflichtungen verbunden: Das Individuum muss somit als Beauftragter und Depositär der Gesellschaft das erhaltene Recht mit Hinblick auf das Gemeinwohl benutzen. Nur in diesem Fall ist das Individuum berechtigt, den anderen etwas vorzuschreiben (Mill 1861: 488ff). Das Individuum muss also immer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls – und nicht seines Eigeninteresses – abstimmen. Es ist

193 Zur ersten Frage siehe: Mill 1861: 488ff. Zur zweiten Frage siehe: Mill 1861: 462f. Mill beschäftigt sich mit der geistigen Grundlage einer Institution. Hinsichtlich des Parlaments bemerkt er: »in treating of representative government, it is above all necessary to keep in view the distinction between its idea or essence, and the particular forms in which the idea has been clothed by accidental historical developments.« (Mill 1861:422)

seine moralische Pflicht, das Gemeinwohl jederzeit im Auge zu behalten und ihm den Vorrang zu geben:

»His vote is not a thing in which he has an option; it has no more to do with his personal wishes than the verdict of a jurymen. It is strictly a matter of duty; he is bound to give it according to his best and most conscientious opinion of the public good. (...) In any political election, even by universal suffrage (and still more obviously in the case of a restricted suffrage), the voter is under an absolute, moral obligation to consider the interest of the public, not his private advantage, and give his vote to the best of his judgment, exactly as he would be bound to do if he were the sole voter, and the election depended upon him alone.« (Mill 1861:489f)

Missachtet das Individuum diese Gesichtspunkte, dann ist es weder geeignet noch berechtigt, sein Wahlrecht auszuüben. Hier zeichnet sich klar ab, welche Relevanz Mill dem Konzept des Gemeinwohls beimisst: Das geheime Wahlrecht kann sich in dieser Hinsicht sogar als kontraproduktiv erweisen, indem es die Wähler dazu veranlasst, nicht das Gemeinwohl, sondern eher ihr Eigeninteresse bei der Abstimmung zu berücksichtigen. Daher sollte nach Mill die öffentliche Wahl präferiert werden, obwohl er einräumt, dass geheime Wahlen unter bestimmten Umständen im Ausnahmefall doch berechtigt sein können:

»Secrecy is justifiable in many cases, imperative in some, and it is not cowardice to seek protection against evils which are honestly avoidable. Nor can it be reasonably maintained that no cases are conceivable, in which secret voting is preferable to public. But I must contend that these cases, in affairs of a political character, are the exception, not the rule.« (Mill 1861: 488)

Mill ist zwar damit einverstanden, dass das geheime Wahlrecht im 18. Jahrhundert, als die Versuche der Einflussnahme vonseiten der Regierung und des Königs auf die Wähler noch intensiv und meistens auch erfolgreich waren, als eine vorübergehende Maßnahme zur Zurückdrängung dieses Verhaltens betrachtet werden konnte. Im 19. Jahrhundert bedeuten diese Versuche aber nicht mehr das größte Problem. Im Zeitalter der Parlamentarisierung und Demokratisierung des Staatslebens sind die egoistische Haltung und Gesinnung der Individuen von größerer Tragweite als die Versuche der Einflussnahme vonseiten der Regierung. Die Bürger des 19. Jahrhunderts sind frei und egoistisch genug, um bei ihrer Entscheidung vor der Wahlurne ausschließlich ihre Eigeninteressen – und nicht mehr das Gemeinwohl – in Betracht zu ziehen (Mill 1861: 490). Diese Ausführungen

rungen Mills zu den geheimen Wahlen belegen, dass er dem Konzept des Gemeinwohls trotz der zentralen Stellung des Individuums in seinem System einen hohen Wert beimisst. Mill unterscheidet sogar zwei Arten der menschlichen Begierden: zum einen die egoistischen Begierden, zum anderen aber die Begierden gemeinschaftlicher Gesinnung. Der Mensch ist im Allgemeinen dazu geneigt, eher den Ersteren nachzugeben und zu folgen, vor allem wenn er zugleich eine Machtposition innehat.<sup>194</sup> Die Umsetzung des Gemeinwohls ist daher eine schwierige Aufgabe, die von den Individuen leider nur selten realisiert wird (Mill 1861: 446).

Im Idealfall würden die Wähler nach Mill jederzeit das Gemeinwohl und niemals ihre Eigeninteressen bei der Stimmabgabe berücksichtigen. Das gleiche gilt für die Abgeordneten: Beim bestmöglichen Szenario würden sie ebenfalls nur das Interesse der ganzen Nation im Auge behalten, niemals aber ihre Eigeninteressen. Mill räumt allerdings ein, dass das wirklich der Idealfall wäre. Widerspricht die Realität aber dem Idealfall, dann muss man sich immer noch keine allzu großen Sorgen machen, denn Mill ist der Meinung, dass das Gemeinwohl durch das Äquilibrium der verschiedenen Eigeninteressen ebenfalls realisiert werden kann: Das Gleichgewicht der partikularen Interessen verhindert die Übergewalt und die Despotie eines einzigen Partikularinteresses zum Nachteil der anderen Interessen.

Die Auflösung des Konfliktes zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl könnte also dadurch erreicht werden, wenn die Regierung die verschiedenen Partikularinteressen im Gleichgewicht zu halten vermag:

»It ought not to allow any of the various sectional interests to be so powerful as to be capable of prevailing against truth and justice and the other sectional interests combined. There ought always to be such a balance preserved among personal interests, as may render any one of them dependent for its successes, on carrying with it at least a large proportion of those who act on higher motives, and more comprehensive and distant views.« (Mill 1861: 447)

194 »Everybody has selfish and unselfish interests, and a selfish man has cultivated the habit of caring for the former, and not caring for the latter. (...) Now it is an universally observed fact, that the two evil dispositions in question, the disposition to prefer a man's selfish interests to those which he shares with other people, and his immediate and direct interests to those which are indirect and remote, are characteristics most especially called forth and fostered by the possession of power.« (Mill 1861: 444f)

Mill räumt mit diesen Sätzen aber auch die Existenzberechtigung der Partikularinteressen und jener Parteien ein, die ausschließlich Partikularinteressen vertreten. Er betont sogar – und hierin unterscheidet sich seine Meinung radikal von der schmittschen Interpretation –, dass der Konflikt der Partikularinteressen ein unentbehrlicher Bestandteil des richtig funktionierenden Staatsbetriebes ist. Der Konflikt der Partikularinteressen zwingt die Vertreter derselben zur rationalen Begründung und Argumentation, was wesentlich zur Legitimation dieser Interessen beiträgt: »In all human affairs, conflicting influences are required, to keep one another alive and efficient even for their own proper uses.« (Mill 1861: 439f) Die Existenz der Parteien, die die partikularen Interessen vertreten, ist also im Fall des permanenten Konflikts und des gleichzeitigen Gleichgewichts derselben berechtigt.

Mill nimmt bei seiner Begründung der Existenzberechtigung der politischen Parteien auf das normale Phänomen eines Zusammenschlusses in anderen Bereichen des Lebens direkt Bezug:

»And when it is assumed that every petty interest, or combination for a petty object, would give itself an organization, why should we suppose that the great interest of national intellect and character would alone remain unorganized?« (Mill 1861: 463)

Wichtig ist allein, dass die repräsentative Regierung das Übergewicht eines einzigen Partikularinteresses verhindert. Auf den ersten Blick scheint etwas unklar, woran Mill dabei denkt: ob an die Harmonie der Partikularinteressen, die eine Gemeinsamkeit der Zielrichtung derselben infolge der rationalen Diskussion der Abgeordneten bedeuten würde und in einem gemeinsamen Begriff des Gemeinwohlkonzepts ihr Substrat fände, oder aber an eine bloße Vermeidung des Übergewichtes eines Partikularinteresses ohne die Generierung eines gemeinsamen Nenners betreffend das Gemeinwohlkonzept.

Verschiedene Textstellen weisen allerdings darauf hin, dass selbst Mill an eine mögliche Harmonie der Partikularinteressen glaubte und ein gemeinsames Gemeinwohlkonzept präsumierte. Diese Passagen zeigen die Möglichkeit eines kollektiv akzeptierten Gemeinwohlkonzeptes auf, das als konsensuelles Endergebnis der rationalen Diskussion der aufgeklärten Elite im Parlament zustande gebracht werden kann. Diese Hoffnung ist seiner Ansicht nach keineswegs unbegründet, da er davon ausgeht, dass sich die intellektuell überlegenen Parlamentarier sicherlich auf ein gemeinsames Konzept einigen können:

»The reason why, in any tolerably constituted society, justice and the general interest mostly in the end carry their point, is that the separate and selfish interests of mankind are almost always divided; some are interested in what is wrong, but some, also, have their private interest on the side of what is right: and those who are governed by higher considerations, though too few and weak to prevail 'against the whole of the others', usually after sufficient discussion and agitation become strong enough to turn the balance in favour of the body of private interests which is on the same side with them.« (Mill 1861: 447)

Der letzte Satz macht jedoch klar: Das Eigeninteresse der aufgeklärten Elite kann nicht vom Gemeinwohl separiert werden, was diese Elite will, ist gleichbedeutend mit dem Gemeinwohl. Zudem führt die Diskussion zwangsläufig dazu, dass alle Abgeordneten dem Konzept zustimmen, da sich die früheren Kontrahenten wechselseitig überzeugen lassen. Ein richtiger Konsens kann in dieser Form erreicht werden, was nach Mill keineswegs unmöglich scheint (Mill 1861: 432).

Die Abgeordneten, von welcher Partei auch immer, müssen jedoch einen gewissen Grad an Flexibilität und Weisheit aufweisen, damit dieser Konsens erreicht werden kann. Ohne das weise Ermessen und ohne die Einräumung von Fehlurteilen kann ein gemeinsames Konzept des Gemeinwohls niemals konzipiert werden. Die Bereitschaft zur Einsicht, dass das künftige Interesse der ganzen Nation und der einzelnen Wahlbürger gegenüber den unmittelbar zu realisierenden Eigeninteressen der Wähler zur Geltung kommen muss, sollte also für die Parlamentarier charakteristisch sein. Mill glaubt demnach – ebenso wie Burke – an die Möglichkeit eines gemeinsamen Gemeinwohlkonzeptes, das sich aus der Harmonie der Eigeninteressen ergibt. Er glaubt an das Potenzial des Parlaments, dessen wichtigste Funktion seiner Ansicht nach eben die Diskussion ist (Mill 1861: 424). Dieses Potenzial der Diskussion ermöglicht das Zustandekommen eines nationalen Konsenses, obwohl die Parteien am Anfang der Diskussion erst einmal nur partikuläre Interessen vertreten: »I know not how a representative assembly can more usefully employ itself than in *talk*.« (Mill 1861: 433)

Dem Parlament wird allerdings ausschließlich die Funktion der Diskussion, der Entscheidung und der Kontrolle zugeschrieben, keinesfalls aber die Funktion der Durchführung seiner Entscheidungen:

»Such 'talking' would never be looked upon with disparagement if it were not allowed to stop 'doing'; which it never would, if assemblies knew and acknowledged that *talking* and *discussion* are their *proper business*, while doing, as the

result of discussion, is the task not of a miscellaneous body, but of individuals specially trained to it; by applying or withholding the final seal of national assent.« (Mill 1861: 433)

#### *4.5. Die deutsche Theorie über den Funktionsmechanismus des Parlamentarismus: die wahre und die unwahre Form*

Bei der Analyse der *Verfassungslehre* Schmitts wurde bereits festgestellt, dass die Theorie der geistigen Grundlagen des Parlamentarismus (*government by discussion*) von den französischen und deutschen Theoretikern des 19. Jahrhunderts am besten dargestellt wurde. Trotzdem muss an dieser Stelle auch angemerkt werden, dass sich die deutschen Theoretiker, auf die Schmitt in den meisten Fällen Bezug nimmt, in ihren Werken entweder gar nicht oder zumindest nicht eingehend mit den theoretischen Grundlagen des Parlamentarismus beschäftigen.<sup>195</sup> Im Gegensatz zu den französischen Theoretikern versuchen Robert von Mohl, Georg Jellinek und Robert Redslob die Existenzberechtigung und die geistige Grundlage des Parlaments nicht zu begründen, vielmehr beschreiben sie eher die bestmögliche Form des Parlamentarismus. Die richtige Form des Parlamentarismus ist aber nach Schmitt nur eine zweitrangige Frage. Und doch setzen sich – dies ist hier zu betonen – die von ihm oft zitierten deutschen Theoretiker nicht mit der Frage der eigentlichen Grundlagen, sondern eher mit der Frage der richtigen Form der existierenden Parlamente auseinander. Sie beschäftigt das Problem der richtigen Relation zwischen Regierung und Parlament sehr viel stärker, daher geht es ihnen nicht um den Existenzgrund des Parlaments, sondern bloß um die richtige Realisierungsform des Parlaments, dessen Existenz sie prinzipiell als gegeben ansehen.

Darüber hinaus ist hinzuzufügen, dass Schmitt die deutschen Theoretiker sogar unter diesem – von ihm als weniger wichtig vorgezeichneten – zweiten Aspekt missdeutet. Es kann zwar nicht angezweifelt werden, dass Mohl, Jellinek und Redslob die richtige Form des Parlamentarismus in der Teilung der Gewalten sehen, sie betonen aber auch, dass die Existenz der Parteien und der Parteidisziplin aus dieser richtigen Form des Parlamentarismus zwangsläufig erfolgt. Im Gegensatz zu Schmitt akzeptieren alle

195 Dazu auch das Kapitel 2.4.1.2. Die französischen Theoretiker zu den geistigen Grundlagen des Parlamentarismus.

drei also die Institution der Parteidisziplin als ein unentbehrliches Kriterium der richtigen Form des Parlamentarismus. Schmitt vermischte aber zwei Ideen, die früher – vor allem dank der Theorie Redslobs – noch auseinander gehalten wurden: Er übernimmt von der *wahren* Form des Parlamentarismus die Lehre der Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Abgeordneten, die Lehre des freien Mandats, von der *unwahren* Form des Parlamentarismus aber das Prinzip der rational diskutierenden Parlamentarier. Diese Vermischung der beiden Prinzipien ist bei den deutschen Theoretikern jedoch nicht nachweisbar: Alle drei plädieren explizit für die Teilung der Gewalten *und zugleich* für das Prinzip der Parteidisziplin, das sich sogar zwangsläufig aus der Lehre der Teilung der Gewalten ergibt. Schmitt vermischte also nicht nur die zwei Arten – die wahre und die unwahre Form – des Parlamentarismus, sondern missdeutete zugleich die drei deutschen Theoretiker bezüglich der Bestimmung seiner richtigen Form.

Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass die Parteien in der deutschen Denktradition eine bei weitem nicht so positive Rolle gespielt haben wie bei den drei, von Schmitt meist zitierten Autoren Mohl, Jellinek und Redslob. Man kann sogar behaupten, dass sich Schmitt gerade auf die drei Autoren am häufigsten bezieht, die eher zu den Ausnahmen gezählt werden können: Sie akzeptieren die Existenz und den Einfluss der Parteien und der Parteidisziplin trotz der gegenläufigen deutschen Tradition. Die Parlamentarismuskritik und die Parteiverdrossenheit bedeutete im deutschen politischen Denken nämlich die Hauptströmung. Dieser Antiparlamentarismus und diese Parteifeindlichkeit nährte sich in großem Maße einerseits aus der deutschen Tradition der Gegenüberstellung und Trennung von Staat und Gesellschaft, andererseits aus dem monarchischen Prinzip, das die Aufgabe der Vertretung der gesellschaftlichen Partikularinteressen den parlamentarischen Parteien, die Aufgabe der Vertretung der Staatsräson und des Gemeinwohls (des nationalen Interesses) dagegen eindeutig dem Monarchen (Staat) zuwies.

Weiter unten wird zunächst das Charakteristikum der deutschen Parlamentarismuskritik und Parteiverdrossenheit zusammengefasst. Im Folgenden werden dann die Werke der drei Theoretiker behandelt, die den größten Einfluss auf Schmitt bei der Beschreibung des Parlamentarismus ausgeübt haben, obwohl sie gar nicht zu der Hauptströmung der deutschen Parlamentarismuskritik gehören. Hierbei soll untersucht werden, welche Fehler Schmitt bei der Interpretation der drei deutschen Theoretiker begangen hat. In diesem dritten Teil wird zudem gezeigt, aus welchen Quellen und Traditionen sich die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft bei Schmitt nährt. Schmitt vertritt nämlich die Ansicht, dass die Aufhe-

bung dieser Unterscheidung letztendlich zum Verfall und Untergang des Parlamentarismus geführt habe.

#### 4.5.1. Die deutsche Tradition des Antiparlamentarismus

Die Theorie des Parlamentarismus wird erst Anfang des 19. Jahrhunderts allmählich Teil der deutschen politischen Denktradition. Die Ursache für diese anfängliche Infiltrierung findet sich in dem Bedürfnis, das parlamentarische System dem spezifisch deutschen monarchischen System strikt gegenüber zu stellen, um damit das Fortbestehen einer bereits konstitutionalisierten Monarchie besser legitimieren zu können. Von einer deutschen Tradition in der Praxis des Parlamentarismus kann aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen werden. Die Diskussionen, die Anfang des 19. Jahrhunderts auf deutschem Sprachgebiet geführt wurden, lassen sich also sicherlich nicht aus den Problemen ableiten, die sich in der Praxis des deutschen Parlamentarismus ergaben. Sie entsprangen vielmehr der akademischen Adaptation der Theorie des Parlamentarismus. Die Praxis des deutschen Parlamentarismus war nicht existent, da die politische Praxis einerseits vom monarchischen Prinzip (die Regierung hängt vom Monarchen und nicht vom Parlament ab), andererseits vom Prinzip eines Beschwerdeparlaments durchdrungen war, das die Rechte der Individuen gegenüber der despotischen Übermacht der Regierung schützte. Die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung spielte in der deutschen politischen Praxis also keine Rolle. Der französische und auch der englische Parlamentarismus weichen dahingehend stark von der deutschen Politiktheorie und politischen Praxis ab.

##### 4.5.1.1. Die theoretische Rezeption des englischen Parlamentarismus

Innerhalb der deutschen Theorie müssen jedoch zwei Interpretationslinien der Rezeption des englischen Parlamentarismus auseinander gehalten werden. Die konservativen Gegner einer parlamentarischen Regierung verstanden darunter die unbeschränkte Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit.<sup>196</sup> Dass die Konservativen diese absolute Abhängigkeit der Regierung betonten, ist keineswegs verwunderlich, da die

196 Lamer betont zugleich, dass den Liberalen – im Gegensatz zu den Konservativen – bloß ein Zerrbild des englischen Parlaments vorschwebte (Lamer 1963: 110f).



Lehre der Gewaltenteilung für diese konservativen Denker absolut diskreditiert war. Die Balance der Gewalten, die durch ihre Teilung ermöglicht wird, war für sie eine Idee vollkommen falschen Ursprunges: Die Macht und die Souveränität kann nicht geteilt werden, sie gehört entweder zum Monarchen oder zum Parlament. Eine Dualität der Macht war demnach unvorstellbar. Aus diesem Grunde kann ein parlamentarisches System ihrer Ansicht nach niemals mit dem monarchischen Prinzip und dem monarchischen System versöhnt werden. Im parlamentarischen System wird die Position des Monarchen nämlich nur rein funktional und formal, laut des Verdikts von Friedrich Julius Stahl kann der Monarch deswegen keinen Schaden anrichten, weil er gar nichts anrichten kann. Im parlamentarischen System besitzt er keine Macht mehr (Boldt 1980: 386).

Die Liberalen definierten das Wesen der parlamentarischen Regierungsform ganz anders. Das englische Muster sollte ihrer Überzeugung nach mit Hilfe des Prinzips der Gewaltenteilung bestimmt werden. Diese Definition entspricht am ehesten der englischen Tradition von William Blackstone bis Jean-Louis de Lolme (Boldt 1980: 88). Nach Ansicht der deutschen Liberalen – wie Friedrich Dahlmann, Karl von Rotteck oder Heinrich von Sybel – ist das wesentliche Merkmal des Parlamentarismus die wechselseitige Kontrolle von Monarch und Parlament. Im Idealfall können sie zusammenarbeiten, doch im Falle bestimmter Inkongruenzen besitzt der eine oder der andere die Möglichkeit, die politische Aktivität des jeweils anderen zu kontrollieren und zu beeinflussen. In diese deutsche Interpretationstradition fügen sich die Konzeptionen von Mohl, Jellinek und Redslob. Ihre Ideen werden weiter unten noch eingehend untersucht, deswegen sollten hier eher die Kerngedanken eines der besten Kenner des englischen Parlamentarismus kurz dargelegt werden.

Rudolf von Gneist war der Wissenschaftler, der die Beschreibung des englischen Parlamentarismus Blackstones in weiten Kreisen verbreitete. Blackstone bestimmte die Teilung der Gewalten als das wichtigste Charakteristikum des parlamentarischen Systems. Diese Definition besaß im englischen Denken zwar eine lange Tradition, doch war die Praxis des englischen parlamentarischen Systems nicht mehr durch die Teilung oder Balance der Gewalten gekennzeichnet. Formalrechtlich gesehen hatte sich tatsächlich wenig geändert, der König verfügte noch immer über ein Veto-recht gegenüber den Beschlüssen des Parlaments, er hätte das Parlament sogar auflösen können, doch in der Praxis hatte er dieses Recht seit langem nicht mehr geltend gemacht. Die Ernennung und Entlassung des Regierungschefs war ebenfalls nur ein formales Recht des Königs, wesentli-

chen Einfluss bei der Auswahl hatte der König nicht mehr.<sup>197</sup> Was die verfassungsrechtliche Regulierung betrifft, war die Analyse Gneists tatsächlich relevant, allerdings hatte die politische Praxis die verfassungsrechtlichen Regulierungen bereits seit langem überholt. Verfassungsrechtlich gesehen erhielt der König wirklich die meisten Prärogative, in der Praxis und nach dem Gewohnheitsrecht übte er sie aber nicht mehr aus. Die deutsche Rezeption des englischen Parlamentarismus nahm gerade diese Diskrepanz zwischen den verfassungsrechtlichen Regulierungen und der Praxis nicht wahr und bezog sich sehr viel stärker auf die Verfassungstheorie, die meistens von französischen Theoretikern systematisch behandelt wurde, als auf die flexible englische Praxis des Parlamentarismus. Die Vorbelastung der deutschen Parlamentarismustheorie besteht also einerseits darin, dass sie keine eigene deutsche parlamentarische Tradition in der Praxis zum Vorbild hatte, andererseits aber bei der Behandlung des Musterbeispiels (des englischen Parlamentarismus) nicht die flexible Praxis, sondern ihre systematische, zugleich aber an den verfassungsrechtlichen Grundsätzen festhaltende französische Interpretation berücksichtigte (Fraenkel 1968a: 16). Diese Deformierung zugunsten der französischen Interpretation des englischen Verfassungsrechtes hat starken Einfluss auf die politische Kultur der Weimarer Republik genommen: Die Väter der Weimarer Verfassung betrachteten den Grundsatz der Teilung und Balance der Gewalten als ein unumgängliches Prinzip des wahren Parlamentarismus (Boldt 1997: 32).

Allerdings muss angemerkt werden, dass diese idealistische Betrachtungsweise, die nicht die Praxis des englischen Parlamentarismus, sondern eher das Verfassungsrecht und die Verfassungstheorie unter die Lupe nahm, nicht nur für den deutschen Liberalismus, sondern auch für die englische Theorie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts charakteristisch war. Selbst die englischen Theoretiker nahmen die Veränderung in der Praxis nur allmählich wahr und hielten bis zu den sechziger Jahren am Idealbild des Parlamentarismus, d. h. an der Lehre der Gewaltenteilung blackstone-

197 Es soll hier angemerkt werden, dass Gneist und Redslob diesem formalen Recht eine größere Bedeutung beimessen. Beide behaupten, dass das Unterlassen der praktischen Durchsetzung dieses Rechtes auf keinen Fall die Bedeutungslosigkeit und die Wirkungslosigkeit dieses formal bestehenden Rechtes impliziert. Obwohl es in der Praxis nicht mehr durchgesetzt wird, hat dieses formale Recht jedoch eine ausschlaggebende Auswirkung auf die Praxis selbst: In einer Ausnahmesituation kann dieses Recht in der Praxis nämlich ohne weiteres wiederbelebt werden. Die theoretische Möglichkeit hat aber nach Gneist und Redslob auch eine wesentliche Auswirkung auf das Funktionieren des politischen Systems (Lamer 1963: 15ff).

scher Art fest. Der erste Theoretiker in England, der die Definition des englischen Parlamentarismus als Balance der Gewalten bestritten hatte, war Walter Bagehot. In seinem berühmten Werk *The English Constitution* hielt er erstmals theoretisch fest, dass das Wesensmerkmal des englischen Parlamentarismus nicht mehr die Balance zwischen der Exekutive und dem Parlament sei, sondern eher das Übergewicht der Parlamentsmehrheit.<sup>198</sup> Eine weitere, doch vielleicht noch grundsätzlichere Veränderung der englischen Praxis wurde von den englischen Theoretikern selbst erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wahrgenommen: Sidney Low und Lawrence Lowell setzten sich in den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts theoretisch damit auseinander, dass sich das Machtzentrum vom Parlament und der Parlamentsmehrheit zunehmend verschoben hatte. Sie vollzogen erstmals die Veränderung der Praxis nach, die im Machtzuwachs des Ministerpräsidenten gegenüber der parlamentarischen Mehrheit bestand, was vor allem der immer besser funktionierenden Parteidisziplin zu verdanken war (Lamer 1963: 48f).

Berücksichtigt man also die Verspätung der englischen Theorie selbst gegenüber der Praxis, so ist es nicht verwunderlich, dass die deutsche Rezeption des englischen Parlamentarismus um zwei Schritte zurück lag: Einerseits hatte die deutsche Theorie die erste Veränderung gar nicht wahrgenommen, indem sie weiterhin an der Lehre der Gewaltenteilung als dem eigentlichen Charakteristikum des Parlamentarismus festhielt, und andererseits realisierte sie die zweite Veränderung nicht, nach der das politische Zentrum nicht mehr beim Parlament und bei der parlamentarischen Mehrheit lag, sondern beim Ministerpräsidenten. Das durch die Fraktionsdisziplin garantierte Übergewicht des Ministerpräsidenten gegenüber der Parlamentsmehrheit war zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein offenes Geheimnis.<sup>199</sup> Die deutschen Interpretationen hatten diese zwei Schritte also nicht nachvollzogen und blieben damit bei der Lehre der Gewaltenteilung stecken (Boldt 1997: 32). In diese zurückgebliebene und

198 Todd, dessen Grundwerk (*On Parliamentary Government in England, 1867–1869*) im deutschen Sprachraum ebenfalls häufig zitiert wurde, beharrt allerdings auf dem Konzept Blackstones (Lamer 1963: 34).

199 Fraenkel fügt noch hinzu, dass das Bild nicht nur durch die Vorliebe der französischen Theoretiker für die Gewaltenteilungslehre, sondern auch durch die spezielle Neigung derselben zu den plebiszitären Lösungen verzerrt wurde (Fraenkel 1968a: 19). Die deutschen Gelehrten berücksichtigten darüber hinaus in keiner Weise, dass es sich um zwei verschiedene Parlamentarismuskonzeptionen handelt, die nicht harmonisiert werden können. Dazu siehe auch das Kapitel 4.5.2.4. Der Synkretismus Schmitts.

realitätsfremde Tradition fügen sich die von Schmitt viel zitierten deutschen Theoretiker Georg Jellinek, Robert Redslob und Hugo Preuß.<sup>200</sup>

#### 4.5.1.2. Parteienverdrossenheit in der deutschen Tradition

Die Bewertung der Frage der Parteidisziplin und des Grundkonsenses ist das zweite wesentliche Merkmal der deutschen Rezeption des englischen Parlamentarismus. Die deutschen Interpretationen, seien sie liberal oder auch konservativ, sind sich darin einig, dass die Unterschiede zwischen den englischen Parteien nicht von ideologischer, sondern vielmehr pragmatischer Natur sind, die einen Grundkonsens und die Bereitschaft zur Anerkennung eines Kompromisses voraussetzen.<sup>201</sup> Interessanterweise plädierten die deutschen liberalen und konservativen Theoretiker auch einhellig gegen die englische Praxis und Theorie der Parteidisziplin. Die englischen Parteien, die dem Ministerpräsidenten diszipliniert folgen, sind aus Sicht der deutschen Theoretiker eher die Symptome eines Verfalls und Übels als die natürlichen Auswüchse der Entwicklung des parlamentarischen Systems. Es ist kein Zufall, dass selbst die deutschen Liberalen von der Idee des überparteilichen Monarchen, der allein das Interesse des Staates und auf keinen Fall die verschiedenen Partikularinteressen der gesellschaftlichen Gruppen und Parteien berücksichtigt, mitgerissen waren.<sup>202</sup> Die Parteienfeindlichkeit und der Antiparlamentarismus verfügen im deutschen Denken demnach über stark verwurzelte Traditionen (Wasser 1974: 31; Lamer 1963: 69; Gneist 1882: 719).

Hinsichtlich der Theoretiker des Zeitalters der konstitutionellen Monarchie zeichnet sich ein vielfältiges Bild ab.<sup>203</sup> Angesichts des Rechtspositi-

200 Um 1848 taucht allerdings ein drittes Interpretationsschema auf, das zum Anfang des 20. Jahrhunderts ausschlaggebend sein wird: Murhard und Welcker betonen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, dass die wichtigste Funktion des Parlaments die Wahl der politischen Führer ist. Anfang des 20. Jahrhunderts wird diese Ansicht von Max Weber, Ernst Müller-Meiningen, Wilhelm Hasbach und Richard Schmidt vertreten (Boldt 1980: 394).

201 Allein Gneist setzt einen grundsätzlichen Meinungsunterschied zwischen den beiden Parteien hinsichtlich der Konstitution und der Grundlagen des politischen Systems voraus (Lamer 1963: 65).

202 Es muss angemerkt werden, dass das englische Parlament Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich eine radikal gespaltene Versammlung war, die eine große Instabilität aufwies (Lamer 1963: 77).

203 Siehe die Kapitel 4.5.2.1. Schmitt und Mohl und 4.5.3.4. Die strikte Trennung der beiden Begriffe: Stahl.

vismus des späten Konstitutionalismus ist aber eine eindeutige Ignoranz oder eben Zurückweisung der Existenzberechtigung der Parteien festzustellen. Nicht nur die Verfassung des Zweiten Kaiserreichs,<sup>204</sup> sondern selbst die Staatsrechtslehre des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts missachtete die Existenz der Parteien (Song 1995: 46f). Zwar rechnet die einschlägige Literatur auch Georg Jellinek dieser Strömung des politischen Denkens zu (Song 1995: 47), doch wird in den folgenden Kapiteln gezeigt, dass Jellinek, der vielleicht den größten Einfluss auf Schmitt ausgeübt hat, die Rolle der Parteien bei weitem nicht so negativ beurteilt wie Paul Laband oder Karl von Gerber (die zwei wichtigsten Theoretiker des Kaiserreichs) oder eben die Staatsrechtslehrer der Weimarer Republik.

Die Feststellung ist vor allem richtig, weil die deutsche Staatsrechtslehre die Parteien auf das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft verwiesen hatte. Nach der Bewertung der Rechtspositivisten können die Parteien nur Partikularinteressen, niemals aber das Gemeinwohl vertreten. Die Vertretung der Interessen der ganzen Nation ist dem Staat vorbehalten (Gusy 1993: 14; Song 1995: 50f). Die Missbilligung der Parteien, deren Quelle von der Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft herrührte, war auf jeden Fall der gemeinsame Nenner aller Staatstheoretiker des Zweiten Kaiserreichs, wenngleich die bekannten Ausnahmen hier auch genannt werden sollten: Friedrich Naumann und Max Weber setzten sich klar für die Vermittlungsrolle der Parteien ein. Sie waren der Meinung, dass die Parteien am besten zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln könnten. Die Existenz der Parteien sei also demgemäß eine unentbehrliche Vorbedingung aller modernen Demokratien. Weber betont darüber hinaus die Relevanz der Parteien im Prozess der Führerauslese (Naumann 1910: 50ff; Naumann 1900: 41f; Weber 1917: 245ff; Gusy 1993: 18). Es muss freilich hinzugefügt werden, dass beide Analysen eher den soziologischen Aspekten und weniger jenen der Staatsrechtslehre genüge tun.

#### 4.5.1.3. Die Parlamentarismuskritik im 19. Jahrhundert

Über die Interpretationen hinaus, die den englischen Parlamentarismus als idealisiertes Muster aufzeigten, erschienen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts Schriften, welche die Geschichte des englischen Parlamentarismus aus einer ganz anderen Perspektive darlegten. Diese Abhandlungen

204 Die Verfassung des Kaiserreiches betrachtete die Parteien vor allem als lokale Privatvereine, die sich landesweit ausschließlich zur Zeit der Wahlen organisieren durften (Gusy 1993: 15; Song 1995: 42).

erörterten den Verfall und Untergang des englischen Parlamentarismus als den Gegenpart zur deutschen konstitutionellen Monarchie, die damals gerade ihre Blütezeit erlebte. Die anarchischen Zustände des englischen Parlamentarismus Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich tatsächlich als konträres Beispiel zur Stabilität der konstitutionellen Monarchie deutscher Art erwiesen.<sup>205</sup> Lothar Bucher, auf den Schmitt explizit Bezug nimmt, stellte die Geschichte des englischen Parlamentarismus beispielsweise als eine tausendjährige Verfallsgeschichte dar, doch war die Verfallstheorie nicht nur unter den Konservativen, sondern auch unter den Liberalen beliebt (Bucher 1855: 343; Durner 1997: 58). Rudolf von Gneist sah in der Auflösung des Zweiparteiensystems, die England zur Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich charakterisierte, die Krise des parlamentarischen Systems selbst. Ein weiteres Symptom dieser Krise bezeugen nach Gneist das Verschwinden der ehrenamtlichen Parlamentarier, die Machtkonzentration der Regierung sowie der wachsende Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Regierungsarbeit (Lamer 1963: 86). Den Beginn des Verfalls datiert Gneist nicht auf tausend Jahre zurück, wohl aber auf einige Jahrzehnte. Er habe seiner Ansicht nach mit der ersten Wahlrechtsreform begonnen, da sich diese als ein radikaler Bruch mit der früheren organischen Entwicklung des englischen Parlamentarismus erwiesen hätte. In Folge dieser Wahlrechtsreform hörte das Parlament auf, eine aristokratische Institution zu sein, was aber zu dem Resultat führte, dass sich die Konflikte zuspitzten, da die relative Homogenität des Parlaments, die verantwortlich für die Stabilität gewesen war, entfallen sei (Gneist 1882: 374ff).<sup>206</sup>

Die Parlamentarismuskritik der deutschen Theoretiker geht also davon aus, dass die englische Entwicklung eine Sackgasse sei. Der richtige Weg der Entwicklung der Staaten wird eindeutig mit dem »monarchischen Prinzip« bezeichnet: Der Parlamentarismus habe sich als Irrweg erwiesen, was am besten gerade die Urheimat des Parlamentarismus – das England zur Mitte des 19. Jahrhunderts – beweise (Bucher 1855: 211, 271ff; Gneist

205 Zur Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Macht des Parlaments ihren Höhepunkt erreicht hatte und die Regierungen eine große Instabilität aufwiesen, wurde auch in England über die Krise des Parlamentarismus und des politischen Systems diskutiert. Andererseits sahen nicht alle deutschen Gelehrten in dieser Entwicklung des englischen Systems ein Anzeichen der Krise: Hugo Preuß und der Kreis um die National-Zeitung sind hier als Gegenbeispiel anzuführen (Lamer 1963: 94).

206 Lamer merkt an, dass diese negative Beurteilung der Entwicklung des englischen Parlaments in der zweiten und dritten Auflage seines Werkes vollkommen verschwindet, da das politische System Englands in den 1870er Jahren stabilisiert wurde. Das Zweiparteiensystem wurde eingeführt und damit die Stabilität erhöht (Lamer 1963: 89).

1882: 724; Lamer 1963: 104). Der Antiparlamentarismus ist zwar keine deutsche Spezialität, da er in Frankreich oder auch in Italien ebenso signifikant war wie in Deutschland, es zeichnet sich jedoch klar ab, wie tief diese Parlamentarismuskritik in der deutschen Denktradition verwurzelt ist (Durner 1997: 8).

An späterer Stelle wird noch gezeigt, dass die Kritik des modernen – und nicht ständischen – Parlamentarismus sowie die Alternative zu eben diesem Parlamentarismus (das monarchische Prinzip) am klarsten von Stahl umrissen wurde (Durner 1997: 26). Stahl bestimmte mit seiner Parlamentarismuskritik und mit seinem Plädoyer für das monarchische Prinzip die Entwicklungstendenz des deutschen Konservatismus ganz eindeutig, was keineswegs ohne Auswirkung auf den deutschen Liberalismus blieb. Er schloss nicht nur die Vermischung von Parlamentarismus und monarchischem Prinzip aus, sondern kritisierte mit gleichem Enthusiasmus die Parteienwirtschaft und -herrschaft des parlamentarischen Systems (Stahl 1845: 37; Durner 1997: 34). Die Bedeutung Stahls für die Parlamentarismuskritik der deutschen Konservativen während des Zweiten Kaiserreichs war außerordentlich: Seine Argumentation war später sowohl bei den konservativen und liberalen Staatsrechtslehrern als auch bei Schmitt vorzufinden (Durner 1997: 35).

Der erfolglose Parlamentarisierungsversuch im Jahr 1848 nährte die konservative Kritik gegenüber dem Parlamentarismus nur weiter. Die Gründung und die Verfassung des Zweiten Kaiserreichs zeigte, wie schwach das deutsche politische Denken von der Idee des Parlamentarismus durchdrungen war. Die deutschen Liberalen gaben darüber hinaus ihre Position nach den Erfolgen der Gründungsphase auf und fügten sich dem monarchischen Regime ohne größeren Widerstand. Sie opferten die Idee der Freiheit und der Selbstverwaltung durch Parlamente auf dem Altar der deutschen Einheit (Durner 1997: 569). Das politische System des neuen Reiches trug außerdem wesentlich zu dem negativen Bild bei, das sich in Deutschland hinsichtlich des Parlamentarismus seit Anfang des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte: Das Parlament wurde als eine Barriere betrachtet, die die Durchsetzung des Interesses der ganzen Nation permanent verhinderte. Es galt als ein Kampfplatz der Partikularinteressen, die Monarchie dagegen als der Vertreter des Gemeinwohls. Hier zeigt sich deutlich, inwiefern sich die konservativen Parlamentarismuskritiker auf die Ideen Stahls stützten.

Diese konservative Kritik besaß drei Richtungen. Die stärkste Argumentationslinie versuchte, die Existenz der Parteien zu diskreditieren. Die Antipathie gegenüber den Parteien ließ sich mit einer klaren Sympathie für das monarchische Prinzip ergänzen: Während die Parteien die Eigenin-

teressen einzelner gesellschaftlicher Gruppen fördern, bleibt der Monarch der einzige Hüter des Gemeinwohls und des Staatsinteresses.<sup>207</sup> Wilhelm Hasbach führte diesbezüglich Ende des Ersten Weltkrieges nicht etwa nur Stahl, sondern auch die in wissenschaftlichen Kreisen damals überaus populären Politikwissenschaftler Moissei Ostrogorski und Robert Michels an, als er sich gegen die Parteienwirtschaft und -herrschaft aussprach (Hasbach 1919: 293f; Durner 1997: 69). Diese Ausführungen Hasbachs machten später auch auf Schmitt großen Eindruck (McCormick 1997: 171).

Darüber hinaus war die Inkompatibilität von Föderalismus und Parlamentarismus ein weiteres, wesentliches Argument gegen die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches: Viele Konservative und zahlreiche Liberale argumentieren damit, dass die Parlamentarisierung des Reiches die Gefahr der Zerstörung des föderativen Systems grundsätzlich verstärke. Das föderative System könne kein einziges Machtzentrum besitzen, das zudem nicht den Willen der Länder, sondern jenen der Individuen des Staates repräsentiere. Des Weiteren sollten die Argumente gegen den Parlamentarismus beweisen, dass die spezifisch deutsche Staatsform, die konstitutionelle Monarchie, tatsächlich ein deutsches Spezifikum und zugleich eine solche Staatsform sei, die im Vergleich mit den parlamentarischen Systemen eine erhebliche Stabilität aufzuweisen vermöge. Der Parlamentarismus könne nicht mit der deutschen politischen Realität in Einklang gebracht werden. Aus diesen Gründen lehnte man die Parlamentarisierung des deutschen Reiches entschlossen ab. Die Kritik des Parlamentarismus und die massive Präsenz des monarchischen Prinzips in der deutschen Staatstheorie verhinderten letzten Endes die Parlamentarisierung und die Anerkennung der Existenzberechtigung der Parteien sogar auf theoretischer Basis. Die Staatsrechtslehre – die politische Theorie damals – verwarf die Idee der Parlamentarisierung kurzerhand. Weiter unten wird gezeigt, wie sich Otto Hintze und Max von Seydel in diese Tradition einfügten.

207 Der Begriff der Partei wurde zunehmend ausschließlich für die linke, sozialdemokratische Partei verwendet, da die konservative Partei nicht als Partei, sondern als Gruppe betrachtet wurde, die dem Interesse des ganzen Staates und nicht bloß eines Segments der Gesellschaft diene (Durner 1997: 59).



#### 4.5.1.4. Der Antiparlamentarismus in Weimar

Obwohl die konservative Parlamentarismuskritik während der Weimarer Republik keine neuen Argumente anführte, wurde die antiparlamentarische Argumentation immer subtiler. Die Instabilität der Weimarer Republik trug grundsätzlich zu einer Verfeinerung der Argumente bei, da die wirtschaftliche und politische Krise des Weimarer Staates eindeutig mit dem parlamentarischen System in Verbindung gebracht wurde. Der Urgrund der Krise steckte nach Ansicht vieler im politischen System selbst (Durner 1997: 92), man könnte diesbezüglich sogar von einer allgemeinen Krisenkultur sprechen (Föllmer/Graf/Leo 2005: 9ff). Darüber hinaus veränderte sich die Parteistruktur, die ihre Wurzeln im Kaiserreich hatte, fast gar nicht, woraus folgte, dass die Parteien sehr viel stärker auf die Kritik als auf das Regieren eingestellt waren. Die Opposition wollte nicht unbedingt die Machtposition ergreifen, womit das Parlament zu einem Schauplatz verantwortungslosen Gezänkes der Parteien wurde, was wiederum zu einem radikalen Zuwachs der Popularität des überparteilichen Reichspräsidenten führte. Das politische System hatte den Staatspräsidenten bereits mit wichtigen Entscheidungspotenzialen ausgerüstet, die der Präsident schon in der Anfangsphase mehrmals zur Anwendung brachte. Die anwachsende Antipathie gegenüber den Parteien war in der Weimarer Zeit also eine natürliche Vorgegebenheit, die der Theoretisierung dieser Frage weit vorangegangen war (Durner 1997: 95). Ferner wurde das Parlament als eine Institution betrachtet, in der die verschiedenen Partikularinteressen der Gesellschaft erschienen, wogegen der Staatspräsident das Interesse der ganzen Nation und das Gemeinwohl vertrat. Der Staatspräsident repräsentierte die Staatsräson, das Parlament die Eigeninteressen. Die deutsche Parlamentarismuskritik fügte sich damit gut in die Tradition der Unterscheidung und Trennung von Staat und Gesellschaft (Gusy 1993: 86). Schmitt war also nicht der einzige Theoretiker der Weimarer Zeit, der in dem Eindringen der Gesellschaft in den Staat durch die Institution des Parlaments ein potenzielles Risiko sah (Boldt 1997: 51; Durner 1997: 97). Ein weiterer, dritter Grund für den Zuwachs der antiparlamentarischen Gesinnung lag darin, dass die Staatsform der Siegermächte von vornherein keine bedingungslose Sympathie erwecken konnte: Der Parlamentarismus war eine Staatsform, die der deutschen Tradition fremd war, er wurde den Deutschen sogar in gewissem Sinne aufoktroyiert.

Während die Parlamentarismusschrift Schmitts als einflussreichstes Kernstück des Antiparlamentarismus der Zwischenkriegszeit gilt, war die Antipathie gegenüber dieser Institution, mit der sich seine Arbeit auseinandersetzt, bereits in der Weimarer Zeit allgemein verbreitet (Durner

1997: 99). Zwar hatte die Krise der Praxis des Parlamentarismus fast alle europäischen Staaten erreicht, doch trug die Wurzellosigkeit des deutschen Parlamentarismus zur unvergleichbaren Expansion derselben wesentlich bei (Möller 1987: 140). Das Krisenbewusstsein war selbst bei den Anhängern des parlamentarischen Systems prägend, was die zahllosen Konferenzen und Bücher Ende der zwanziger Jahre bezeugen.<sup>208</sup> Die ökonomische und gesellschaftliche Umwandlung, die zur Einführung des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes führte, hatte selbst in der Urheimat des Parlamentarismus eine Welle der Besorgnis zur Folge. Die Parteienwirtschaft und die unauflösbaren Konflikte, die das englische Parlament Anfang des 20. Jahrhunderts charakterisierten, belasteten die englische Intelligenz ebenfalls (Laski 1928: 12). Diese Krise des Parlamentarismus wurde in Deutschland allerdings anders erlebt als in England. Während die englische Praxis dank der Flexibilität ihres Rechtssystems in der Lage war, die Krise zu bewältigen, hatte die Ausweitung dieser Krise auf alle Bereiche des politischen Lebens in Deutschland zur Folge, dass sich die Bedenken auf das parlamentarische System in seiner Gesamtheit erstreckten. Die Krise und die Frage des Auswegs aus der Krise wurden zu einer verfassungsrechtlichen Frage, die zu einer Reserviertheit gegenüber dem ganzen Aufbau der Weimarer Republik führte. Der wahre Antrieb dieser Expansion war jedoch nicht die Inflexibilität des politischen Systems, sondern die Inflexibilität der politischen Akteure und der politischen Kultur. Wären die Akteure bereit gewesen, die sozialen Probleme mit sozialen und nicht mit verfassungsrechtlichen Mitteln zu handhaben, dann hätte nicht das politische System die Folgen der sozialen Belastungen tragen müssen (Kennedy 1985: xxiv; Möller 1987: 146).

Die Probleme wurden also auf der Ebene des Verfassungsrechts und nicht auf jener der ursprünglich flexibleren politischen Kultur gelöst, doch führte diese Lösung letztlich in eine falsche Richtung. Die Verfassungsväter versuchten zwar bereits in der Anfangsphase der Weimarer Republik, die besten Elemente der funktionsfähigen parlamentarischen Systeme und der monarchischen Tradition möglichst vorteilhaft zu kombinieren, doch war das Ergebnis ein Misserfolg, ein instabiler Kompromiss (Möller 1987: 140). Dieses Phänomen lässt sich allerdings aus der falschen Perspektive der deutschen Rezeption im Hinblick auf den englischen Parlamentaris-

208 Die Interparlamentarische Union, die im Jahr 1924 ihre Tagung in der Schweiz abgehalten hatte, fasste den Beschluss, dass die nächste Tagung die Krise des Parlamentarismus zum Thema haben würde. Ein kurzer Sammelband erschien nach der Konferenz: Interparlamentarische Union (Hrsg.): Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems, 1928, Berlin; Medinger (1929).

mus ableiten: Sowohl die Verfassungsväter als auch die Theoretiker der Zwischenkriegszeit meinten, das wesentliche Merkmal des englischen Parlamentarismus in der Lehre der Gewaltenteilung zu erkennen, und errichteten infolgedessen die mächtige Institution des Staatspräsidenten, die als ein Gegenpol die Macht des Parlaments ausgleichen sollte. Wie oben bereits gezeigt wurde, beruht diese Perspektive auf einer Missdeutung des englischen Systems. Außer dieser falschen Perspektive erschwerte auch die falsche Diagnose der Krisensituation die Problemlösung: Die Anhänger des Parlamentarismus wollten die Krisensituation mit verfassungsrechtlichen Mitteln lösen, obwohl das Problem eher eine politische und kulturelle Lösung erfordert hätte (Boldt 1997: 32; Möller 1987: 141).

Auch eine weitere Spannung ließ sich nicht zu einem raschen Abklang bringen. Die Diskrepanz zwischen der Bedeutsamkeit der Parteien und der Ignoranz derselben in der Verfassung schien auf den ersten Blick eine verfassungsrechtliche Frage, jedoch lag das Problem tiefer. Schmitt hat auf diese Diskrepanz zwar ebenfalls hingewiesen,<sup>209</sup> doch muss zugleich betont werden, dass die Ursprünge dieses Problems eher von kulturellem als von verfassungsrechtlichem Charakter sind. Die Tradition der Parteienfeindlichkeit der deutschen politischen Kultur spielte in der Ausdehnung der Krise also eine wesentlich größere Rolle, als die verfassungsrechtlichen Regulierungen.<sup>210</sup> Der Ausweg aus der Krise wurde zwar in vielen Richtungen gesucht (Ständestaat, Führerdemokratie), das Zeitalter war aber vor allem durch die Lösungsversuche geprägt, die die Funktion des Staatspräsidenten durch eine entsprechende Verfassungsinterpretation verstärken wollten (Möller 1987: 152). Aus dem Blickpunkt der vorliegenden Analyse ist allerdings eher die Prägnanz des Krisenbewusstseins von Belang, durch das alle Theoretiker des Zeitalters gleichermaßen gekennzeichnet waren. Schmitt war also nicht der einzige Antagonist des parlamentarischen Systems, er kann nicht einmal in seinem Lösungsversuch

209 Die Parteien wurden nur im Paragraph 130, Absatz 1 der Verfassung bezüglich der Rechtsstellung der Beamten einmal erwähnt. Schmitt ist allerdings der Meinung, dass selbst die Kodifizierung der Parteien in der Verfassung die innere Spannung des modernen Parlamentarismus nicht lösen könnte. Die parlamentarischen Abgeordneten würden weiterhin bloß Partikularinteressen und nicht das Interesse der ganzen Nation vertreten (Schmitt 1928a: 247f).

210 Die Weimarer Verfassung setzte allerdings implizit die Existenz der Parteien voraus: Das beweisen die Absätze zum proportionalen Wahlsystem oder jene zum Misstrauensvotum. Dieser impliziten Voraussetzung wurden jedoch die Regulierungen bezüglich des freien Mandats der parlamentarischen Abgeordneten entgegengesetzt (Art 21.) (Gusy 1993: 30; Song 1995: 110).

(der Verstärkung der Institution des Staatspräsidenten) als einzigartig und radikal bezeichnet werden.

Trotz dieser Tradition des Antiparlamentarismus und der Parteienfeindlichkeit wiesen die Weimarer Verfassungsväter (Preuß, Naumann) und die Rechtspositivisten der Weimarer Epoche (Thoma, Anschütz, Kelsen) im Vergleich zu den Staatsrechtslehrern des Kaiserreichs eine eher positive Einstellung gegenüber den Parteien auf (Gusy 1993: 64). Preuß plädierte in der Weimarer Nationalversammlung mehrmals für die Anerkennung des positiven Beitrags der Parteien, und diese Ansicht vertrat er auch in seinem Verfassungskommentar (Preuß 1928: 45, 269; Song 1995: 110). Richard Thoma behauptete sogar, dass die Demokratie nicht mit der Herrschaft des ganzen Volkes, sondern der Herrschaft der einen oder eben anderen Partei identisch sei. Nach seiner Auffassung sind die Parteien unentbehrliche Bestandteile der modernen demokratischen Systeme (Thoma 1923: 45, 58ff; Song 1995: 147). Die Parteien waren nach diesen Theoretikern nicht bloß die Vertreter der Partikularinteressen im Gegensatz zu den Vertretern des Staatsinteresses (Staatsoberhaupt oder eben die Regierung), sie bedeuteten vielmehr die Integration der Gesellschaft in den Staat, in einen Staat, der grundsätzlich von pluralistischem Charakter war. Eine andere Frage ist selbstverständlich, ob sich diese Integration als eine Erfolgsgeschichte begreifen lässt oder nicht.<sup>211</sup>

Aus den bisherigen Ausführungen zeigt sich also eine Denktradition des Antiparlamentarismus und der Parteienfeindlichkeit, welche die Weimarer Verfassungsväter nicht ausgleichen konnten. Es ist jedoch bemerkenswert, dass sich Schmitt in seiner Parlamentarismuskritik meistens gerade auf die Theoretiker bezieht, die eindeutig *für* die Berechtigung der Parteidisziplin plädierten. Des Weiteren ist also diese Diskrepanz zu klären.

#### 4.5.2. Die Tradition des wahren Parlamentarismus in der deutschen Theorie

##### 4.5.2.1. Schmitt und Mohl

211 Trotz alledem hatten die Parteien in der Verfassung bloß eine latente Existenz, da sie nicht explizit erwähnt wurden (Song 1995: 118; Gusy 1993: 70; Gusy 1993: 34).

Obwohl Schmitt davon überzeugt war, dass Robert von Mohl der einzige Theoretiker im 19. Jahrhundert war, der eine genaue Beschreibung des parlamentarischen Systems geliefert hatte, setzt er sich jedoch nicht eingehender mit ihm auseinander.<sup>212</sup> Im Gegensatz zu der Feststellung Schmitts beschäftigte sich Mohl zudem nicht mit der Frage der geistigen Grundlagen, sondern vielmehr mit der wahren Realisierungsform des Parlamentarismus. Diese schmittsche Fehlinterpretation der deutschen Theoretiker wurde bereits im Kapitel 4.5.2. eingehend dargelegt. Sind diese Rahmenbedingungen geklärt, lohnt es sich jedoch, die Mohl-Interpretation von Schmitt ausführlicher zu analysieren.

Nach Schmitt beabsichtigte Mohl die Aufhebung des Dualismus der konstitutionellen Monarchie, der auf einem dilatorischen Kompromiss aufbaute und eben deswegen nicht funktionsfähig war. Seiner Ansicht nach wollte Mohl die Spannung zwischen der Volksvertretung und der Regierung mit der Beseitigung des Monarchen als dem wahren Machträger auflösen (Schmitt 1928a: 313; Schmitt 1926: 60). Vor dem Hintergrund der schmittschen Analyse der konstitutionellen Monarchie ist die Tatsache wohl keineswegs überraschend, dass Schmitt in seiner Interpretation davon spricht, Mohl selbst habe die Auflösung dieses Scheinkompromisses herbeigeführt. Der Dualismus führe immer wieder zu Konfliktsituationen, da in ihm die Frage der höchsten Souveränität nicht geklärt sei.<sup>213</sup> Die Frage der vorliegenden Arbeit lautet also folgendermaßen: Hat Schmitt die Texte Mohls nur uminterpretiert, um seinen eigenen Standpunkt bezüglich der Bewertung der konstitutionellen Monarchie zu bekräftigen, oder stammt die negative Beurteilung der konstitutionellen Monarchie tatsächlich von Mohl. Nach der schmittschen Interpretation hält Mohl den Dualismus im Hinblick auf die Parlamentarisierung des Systems nämlich für überholt. Ein weiteres Interpretationsproblem stellt sich, wenn man untersuchen will, in welchem Umfang die mohlschen Ideen zur richtigen Realisierungsform des Parlamentarismus die Gedanken Schmitts beeinflusst haben.

Alles in allem kann festgestellt werden, dass Schmitt von Mohl zwar relativ viele Ideen bezüglich der Unhaltbarkeit der konstitutionellen Monarchie und des notwendigen Übergangs zum parlamentarischen System entlehnt hat, jedoch stimmen seine Ideen zur richtigen Realisierungsform (Gewaltenteilung) des Parlamentarismus sowie zur Funktion

212 »Doch hat in der deutschen staatsrechtlichen Literatur des 19. Jahrhunderts wohl nur Robert von Mohl eine parlamentarische Regierung zu rechtfertigen versucht.« (Schmitt 1928a: 331)

213 Dazu siehe auch das Kapitel 2.3. Die konstitutionelle Monarchie.

der Parteien sicherlich nicht mit jenen Mohls überein. Aus der folgenden Analyse geht also hervor, dass die richtige Realisierungsform des Parlamentarismus nach Mohl nicht in der Teilung der Gewalten besteht, sondern vielmehr in der klaren Abhängigkeit der Regierung vom Parlament. Mohl betont außerdem gerade aus dieser Abhängigkeit resultierend die Unentbehrlichkeit der Parteien. Was entlehnt Schmitt also von Mohl, und wo können Diskrepanzen zwischen den beiden Theoretikern festgestellt werden? – das sind die Fragen, die in den nächsten Kapiteln zu klären sind.

#### 4.5.2.1.1. Die konstitutionelle Monarchie als Übergangsform

Eine richtige Interpretation Mohls muss die verschiedenen Epochen seines Lebenswerkes auf jeden Fall berücksichtigen, da sich seine Grundgedanken bis zum Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts relativ stark verändert haben (Boldt 1975: 234f). In seiner Schrift aus dem Jahr 1830, in der er das Staatsrecht von Baden-Württemberg analysiert, verteidigt er klar das monarchische Prinzip als Status quo gegenüber den Expansionsversuchen der Parlamentsrechte (Mitregierung, Abhängigkeit der Regierung vom Parlament). Das Parlament muss ein Beschwerdeparlament bleiben – das ist das Verdikt der frühen Jahre Mohls (Mohl 1902: 262). Entsprechend dem monarchischen Prinzip bleibt das Regieren des Landes eine uneingeschränkte Prerogative des Monarchen, das Ständeparlament muss sich somit auf die Präsentation der Beschwerden (Protestrecht im Falle der Verletzung der Rechte der Individuen) beschränken (Mohl 1830: 454).

In den vierziger Jahren ist bei Mohl allerdings ein radikaler Meinungsumschwung zu bemerken. Schmitt bezieht sich ebenfalls auf diese Zeit Mohls, als er darauf hinweist, dass die Bestimmung des wahren parlamentarischen Systems das Verdienst der deutschen Theoretiker zur Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen sei (Boldt 1975: 246). Es ist zwar bis heute umstritten, ob Mohl (in seiner Schrift *Über die verschiedene Auffassung des repräsentativen Systems in England, Frankreich und Deutschland* aus dem Jahr 1846) oder eben Stahl (*Das monarchische Prinzip*) erstmals die Bestimmung des Parlamentarismus durch die Gegenüberstellung zum monarchischen Prinzip dargestellt hat, doch scheint der Streit ohnehin belanglos, einerseits, da Friedrich Bülow bereits im Jahr 1843 mit dieser Gegenüberstellung operierte (Boldt 1975: 246), andererseits aber, weil die grundsätzliche Frage nicht ist, welche Arbeit zeitlich einer anderen vorangegangen ist, sondern welchen Umfang und welche Präzision die Erarbei-

tung der Idee aufweist. Mohl wendet sich von dem monarchischen Prinzip mit einem Argumentationsarsenal ab, das sehr viel durchdachter ist als jenes Stahls oder Bülaus. Er geht davon aus, dass die gleiche Institution (Parlament) unter anderen Umständen – in verschiedenen Ländern – über andere Entwicklungsmöglichkeiten verfügt. Die kontinentalen Parlamente hätten daher eine andere Entwicklung durchlaufen als das englische Parlament, das jederzeit als Musterparlament vorgezeigt wurde (Mohl 1846:33).

#### 4.5.2.1.2. Das englische Modell: die Abhängigkeit der Regierung vom aktiven Parlament

Der Parlamentarismus in England, der stets als Beispiel oder Muster jedes parlamentarischen Systems galt, besitzt nach Mohl drei wesentliche Merkmale: Das erste Charakteristikum ist das Prinzip der Abhängigkeit der Regierung von der parlamentarischen Mehrheit. Dieses Prinzip kann seiner Ansicht nach allerdings erst dann realisiert werden, wenn das politische System von zwei größeren Parteien geprägt ist (Mohl 1846: 36). Diese Parteien müssen außerdem jeweils die Machtposition anstreben – was in den deutschen Staaten allerdings nicht der Fall war – und dennoch einen gemeinsamen Grundkonsens in bestimmten Fragen gutheißen. Dieser Grundkonsens ermöglicht ferner den gewaltlosen Regierungswechsel und im Allgemeinen die politische Wechselwirtschaft (Mohl 1846: 37f). Zweitens ist nach Mohl darauf hinzuweisen, dass der Tätigkeitsbereich des Parlaments nicht nur die Beschwerde und den Schutz der Privatrechte umfassen sollte. Das Parlament dürfe nicht nur eine re-aktionäre Rolle einnehmen, indem es die Verletzungen der Privatinteressen (Freiheit und Eigentum) im Forum der Öffentlichkeit deklamiere. Das englische Parlament habe daher ein Recht zu agieren (und nicht nur zu reagieren): Das Oberhaus verfüge über gerichtliche Befugnisse, das House of Commons über das Recht der Gesetzesinitiative.<sup>214</sup> Drittens macht Mohl darauf aufmerksam, dass das englische Parlament jeweils von den stärksten gesellschaftlichen Gruppen bestimmt wurde: Anfangs hatten die Aristokraten den größten Einfluss auf die Arbeit und die politische Richtung des Parlaments ausgeübt, nach der Wahlreform von 1832 sei dann das großindust-

214 Man kann sich auch vorstellen, dass die Regierung von der Parlamentsmehrheit abhängt und sie nur in dem Falle umgestürzt wird, wenn sie rechtswidrig regiert (Mohl 1846: 33).

rielle und kaufmännische Bürgertum hinzugekommen. Die Entwicklung sei nach Mohl freilich nicht abgeschlossen, und es würden in der Zukunft weitere Elemente in das politische Leben einbezogen. Diese flexible Ausdehnung der politisch aktiven Akteure hätte im Grunde genommen bewirkt, dass die jeweiligen gesellschaftlichen Machttträger in das politische System integriert werden konnten (Mohl 1846: 37).

#### 4.5.2.1.3. Die Schwäche des französischen Parlamentarismus: der Einfluss der Regierung auf das passive Parlament

Der französische Parlamentarismus weicht dagegen an mehreren Stellen von diesem idealen Funktionieren des englischen Musters stark ab. Vor allem verfügt er über keine historische Tradition und entspringt daher eher rechtsphilosophischen Spekulationen. Die französische Deutung des Parlamentarismus hält an der Idee der strikten Gegenüberstellung von Regierung und Parlament fest. Die Regierung ist das aktive Element des politischen Systems, das Parlament übt hingegen das Kontrollrecht über dieses aktive Element bezüglich der Rechtmäßigkeit aus. Die repräsentative Versammlung ist also kein proaktiver Akteur. Die Regierung ist proaktiv, das Parlament spielt im politischen System dagegen eine eher re-aktive, re-agierende Rolle. Der Tätigkeitsbereich des französischen Parlaments beschränkt sich daher auf ein engeres Gebiet: Während das englische Parlament die Zusammensetzung und die Arbeit der Regierung – zum Teil dank seines Befugnisses der Gesetzesinitiative – bereits im 18. Jahrhundert grundsätzlich beeinflusst hatte, beschränkte sich die Funktion des französischen Parlaments im 19. Jahrhundert bloß auf Beschwerde und Protest. Mohl stellt fest, dass die französischen Parlamentarier eine dementsprechende Apperzeption hinsichtlich ihrer eigenen Aufgaben hatten. Das beweist seiner Meinung nach auch das Fakt, dass die französischen Parlamentarier selbst nach der Julirevolution keine Gesetze initiierten, obwohl sie dazu seit 1830 berechtigt waren (Mohl 1846: 40). Er weist aber zugleich darauf hin, dass den Plenarsitzungen des französischen Parlaments eine wesentlich größere Bedeutung beigemessen wurde als jenen des englischen Parlaments. Die Kommissionsarbeit des französischen Abgeordnetenhauses wurde demgegenüber – und wieder einmal im Gegensatz zu jener des englischen Hauses – eher vernachlässigt. Die grundlegenden Diskussionen fanden in der Plenarsitzung statt, in der auch die grundsätzlichen Entscheidungen getroffen wurden. Der Grund dafür liegt freilich darin, dass die Ressorts des französischen Parlaments bedeutend



geringer waren als die des englischen Musters. Die geringere Anzahl der Ressorts ermöglichte diese ausführlicheren Diskussionen in der Plenarsitzung. Das französische Parlament erwies sich daher als ein Redeparlament (Mohl 1846: 40).

Mohl räumt zwar ein, dass die französische Regierung und das Parlament ebenso miteinander in Verbindung standen wie ihr englisches Pendant, doch sei das Verhältnis in Frankreich in gewisser Hinsicht umgekehrt gewesen: In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts übte die Regierung auf die jeweiligen Abgeordneten einen großen Einfluss aus. Sie verschaffte sich selbst durch Bestechung oder Manipulation der Parlamentarier und der Wahlen eine parlamentarische Mehrheit. Das eigentliche Zentrum der Politik lag bei der Regierung und nicht bei der Mehrheitspartei des Parlaments (Mohl 1846: 41). Die primäre Ursache dieser Konstellation gründete auf der Schwäche der französischen Parteien und vor allem ihrer fehlenden Parteidisziplin. Die französischen Abgeordneten hielten sich fast nie an ihre Partei oder deren Programm. Sie waren vielmehr durch die Regierung bevormundet oder wurden von ihr geradewegs verführt. Hatte ihre Partei die Wahlen verloren, dann wechselten einige oder auch mehrere Abgeordnete der besiegten Partei einfach das Lager und führten ihre Tätigkeit nun als Abgeordnete der Regierungspartei fort. Hatte sich die Meinung der Regierung in einer bestimmten Frage geändert, dann beharrten viele Abgeordnete nicht auf ihrer eigenen früheren Meinung, sondern folgten einfach dem Richtungswechsel der Regierung. Die Regierung konnte aufgrund der Schwäche der Parteidisziplin einen derart großen Einfluss auf die Abgeordneten ausüben, dass das Parlament in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (nicht aber in der zweiten Hälfte!) ein Spielball der Regierung war, obwohl die Regierung rein formal gesehen von der jeweiligen Parlamentsmehrheit abhing. Das alles hatte zur Folge, dass keine politische Wechselwirtschaft nach englischem Modell heranwachsen konnte und die Regierungswechsel höchstens eine kleine Korrektur der politischen Richtung der Regierung bedeuteten. Die jeweilige Opposition sprach sich entweder bloß gegen die Art und Weise der Einflussnahme oder aber gegen das ganze politische System aus (Mohl 1846: 43). Eine Opposition, die einen kompletten Regierungswechsel ohne Systemwechsel hätte herbeiführen wollen, existierte nicht.

#### 4.5.2.1.4. Die Schwäche des deutschen Parlamentarismus: die Trennung der Gewalten

Der Betrieb und der Mechanismus der deutschen Parlamente wiesen wieder einmal einen anderen Charakter auf. Die Verfassungen der deutschen Staaten waren nach Mohl von der englischen Verfassung des 18. Jahrhunderts und noch stärker von der französischen Charte aus dem Jahr 1814 massiv beeinflusst (Mohl 1846: 49). Dabei hebt er erneut drei spezifische Elemente der deutschen Parlamente hervor. Als Erstes die strikte Separation der fürstlichen Exekutive von der Volksvertretung: Weder die eine noch die andere konnte auf die jeweils andere Einfluss ausüben. Zum Zweiten waren die deutschen Volksvertretungen durch tradierte feudale Elemente gekennzeichnet, und drittens fehlten in den deutschen Staaten die Vorbedingungen zu einer normalen Entwicklung des Parlamentarismus.

Das erste Wesensmerkmal ist vom größten Belang, da die Separation der beiden Machtträger in den deutschen Ländern des 19. Jahrhunderts rigoros durchgeführt und die effektive Macht untrennbar von dieser Separation den Fürsten garantiert wurde. Die Volksvertretung blieb ein Beschwerdeforum, die Souveränität besaß allein der Fürst. Die Regierung hing somit politisch weder vom Parlament noch von der Parlamentsmehrheit ab. Die Regierung war der Vollstrecker des politischen Willens des Fürsten. Die Parlamentsmehrheit konnte die Regierung niemals alleine stürzen. Die Regierung war der Handlanger des Fürsten, und die Regierungsmitglieder waren daher meistens keine Parlamentarier, sondern eher frühere staatliche Beamte.

Diese rigorose Separation der beiden Machtträger, von denen der effektive Machtträger die Regierung war, hatte noch eine weitere Folge: Das Prinzip der Kollegialität fehlte ganz und gar. Die Homogenität entfiel durch die Kabinettbildung vollkommen, daher konkurrierten die Ministerien häufig miteinander, die Minister aber waren allesamt die persönlichen Assistenten des Fürsten und hingen von ihm ab. Loyalität musste allein dem Fürsten gegenüber bekundet werden. Die Minister verkörperten also nicht den Willen der Parlamentsmehrheit, sondern – in Konkurrenz mit den anderen Ministern – den Willen des Fürsten. Die Unkollegialität und die Abhängigkeit vom Fürsten waren die zwei wichtigsten Merkmale der deutschen Regierungen im 19. Jahrhundert (Mohl 1846: 51).

Die strikte Trennung von Regierung und Parlament hatte allerdings auch weitere Konsequenzen: Einerseits betraf die Kritik an einem politischen Akt der Regierung direkt den Fürsten. Um dieser Kritik vorzubeugen, war der Fürst geneigt, die Zusammensetzung und die Tätigkeit des

Parlaments durch Bestechung oder durch Einschüchterung zu manipulieren (Mohl 1846: 53). Die Bestechung ist zwar keineswegs ein deutsches Spezifikum, doch das Ausmaß dieser Manipulation war nach Mohl in Frankreich geringer als in den deutschen Ländern. Diese Manipulation führte ferner dazu, dass das Ansehen dieser manipulierten Parlamente signifikant beeinträchtigt wurde. Man betrachtete sie eher als einen Spielball des Fürsten (Mohl 1846: 54). Mohl formuliert in seinen Briefen, die im Jahr 1852 in dem Band *Das Repräsentativsystem, seine Mängel und Heilmittel* erschienen, noch deutlicher. In diesem Werk führt er zwei Gründe für das Misslingen des parlamentarischen Systems auf deutschem Sprachgebiet an: Der eine Grund war die weitläufige Ablehnung der Idee der Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, der andere die falsche Deutung und die falsche Idee des Parlaments als einer Widerspiegelung der ständischen Gesellschaftsordnung.<sup>215</sup>

Der erste Grund weist zugleich darauf hin, dass jedwede Dualität der Machträger, jede Teilung der Souveränität von den deutschen Gelehrten abgelehnt wurde. Mohl selbst plädierte – wie auch Schmitt in seiner Interpretation betont – anfangs für die klare Vormachtstellung des Monarchen, während er sich ab den vierziger Jahren für eine klare politische Dominanz der Parlamentsmehrheit gegenüber der Regierung aussprach. Die eindeutige und weitläufige Ablehnung der letzteren Variante war in den deutschen Staaten eine Folge der ebenfalls umfassenden Zurückweisung der Idee von der Teilung der Gewalten, der Dualität der Machträger. Sowohl die Betroffenen als auch die politischen Akteure und Theoretiker sprachen sich entweder für die eindeutige Dominanz des Monarchen oder eben jene des Parlaments aus: Die Idee der Dualität der Machträger nach englischem Muster fand nur bei ganz wenigen Resonanz. Wenn aber die Dualität der Machträger und die Vormachtstellung des Parlaments gleichermaßen abgelehnt werden, dann bleibt nur die Idee der klaren Prävalenz des Monarchen gemäß dem sogenannten »monarchischen Prinzip«. Nach diesem ist der Monarch Quelle und Inhaber aller Staatsgewalt. Daher hängen die Minister nicht vom Parlament, sondern ausschließlich vom Monarchen ab, und das Parlament hat sich auf den Schutz der Freiheitsrechte der Individuen gegenüber dem absoluten Fürsten zu beschränken (Mohl 1852: 392). Selbst in der *konstitutionellen* oder beschränkten Monarchie besteht die Gefahr des Aufkommens einer Konfliktsituation

215 Das Problem lag nicht darin, dass das Parlament ständisch gegliedert wurde, sondern darin, dass diese Stände im mittelalterlichen und nicht im modernen Sinne verstanden wurden. Die Gesellschaft hatte sich allerdings stark verändert, und neue Stände waren entstanden (Mohl 1852: 386, 394, 415).

zwischen dem Monarchen und dem Parlament. Diese Disharmonie sollte nach Mohl aber auf jeden Fall vermieden werden, was auf zwei Wegen möglich sei: entweder durch die permanente Bestechung der Parlamentarier seitens der Regierung, oder eben durch die Einführung des wahren parlamentarischen Systems, in dem die Regierung ausschließlich von der Parlamentsmehrheit abhängig ist (Mohl 1852: 394). Im Gegensatz zu seinen Frühschriften weist Mohl in dem Sammelband *Das Repräsentativsystem, seine Mängel und Heilmittel* von 1852 die erste Möglichkeit entschieden zurück, denn er vertritt hier die Ansicht, die Korruption würde die Verachtung und den Zorn des Volkes auslösen, was wiederum der Autorität des Staates Schaden zufügen könnte.

Die Opposition wäre in diesem korrupten System niemals in der Lage, die Macht zu ergreifen, was außerdem zu einer Verstärkung des Irresponsibilitätsgefühls eben dieser Opposition führen würde und damit zugleich eine Welle verantwortungsloser Versprechungen seitens dieser Opposition auslösen könnte. Erhält die Opposition die Möglichkeit zur Machtergreifung, dann zügelt sie sich selbst, da sie ihre Programme und Pläne, die Teil ihre früheren Kritiken waren, früher oder später in die Realität umsetzen muss. Waren die Versprechungen des Parteiprogramms aber unreal, dann verliert sie selbst bald die Macht (Mohl 1859a: 241). Mohl ist also in dieser Hinsicht optimistisch: Die Hoffnung auf einen Regierungswechsel mäßigt die unrealen Versprechungen selbst (Mohl 1852: 398). Dieses Argument der Mäßigung wurde zu einem Gemeingut der späteren Theoretiker des parlamentarischen Systems.

Mohl betrachtet in den fünfziger Jahren gerade aus diesen Gründen also eher den zweiten Weg als gerechtfertigt und schlägt die Parlamentarisierung des politischen Systems vor, die eine klare Abhängigkeit der Regierung vom Parlament bedeutet. Die politische Wechselwirtschaft garantiere nämlich die Mäßigung und verstärke das Verantwortungsbewusstsein der politischen Akteure. Sie ermögliche die Befreiung von dem permanenten Negativismus, der für die Opposition in einem monarchischen System charakteristisch sei (Mohl 1859b: 27). Allerdings muss hinzugefügt werden: Mohl wollte die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament nicht verfassungsrechtlich oder gesetzlich kodifizieren, vielmehr beabsichtigte er, die Flexibilität des politischen Systems zu garantieren und die Realisierung des parlamentarischen Prinzips nach dem englischen Vorbild dem Pragmatismus und der Weisheit der jeweiligen politischen Akteure anzuvertrauen. Dieser Ausweg würde den Monarchen keines formalen Rechtes berauben und die Parlamentarisierung eher durch die Veränderung der Verfassungswirklichkeit als mit dem Verfassungstext selbst realisieren. Der Monarch hätte weiterhin das Recht, den Ministerpräsidenten

einzusetzen, doch sollte er dabei nach dem Gewohnheitsrecht den Willen der parlamentarischen Mehrheit berücksichtigen. Er könnte sich damit aller Kritik entziehen, die die Arbeit der Regierung betrifft, da die Opposition die Regierung – damit indirekt die parlamentarische Regierungspartei – und nicht den Monarchen tadelte. Das wahre monarchische Prinzip bedeutet nach Mohl also, dass sich der Monarch von den alltäglichen politischen Problemen fernhält und rein formale Funktionen einnimmt. Die Monarchie könne sich allein dadurch aufrechterhalten, wenn das parlamentarische System unter Beibehaltung eines formalen aber machtlosen Monarchen eingeführt würde (Mohl 1852: 403). Im Gegensatz zu der These Stahls sind das monarchische Prinzip und das parlamentarische System in diesem Sinne keine konträren Ideen, vielmehr ergänzen sie einander (Boldt 1975: 257). Die Machtposition des Monarchen ist in diesem Fall allerdings extrem geschwächt, die Dualität löst sich eher in einer Scheindualität auf, in der der Monarch keine wesentliche Rolle spielt. Formalrechtlich bleibt der Monarch zwar die Quelle der Staatsgewalt, in der Realität ist er aber entmachtet, seine politische Rolle erschöpft sich in seinem symbolischen Charakter. Der letzte Souverän ist in der Realität das Parlament. Das grundlegende Problem der Auflösung der Dualität wird also – nach Mohls entgegengesetzter Tendenz der Anfangsjahre – eindeutig zugunsten des Parlaments entschieden (Boldt 1975: 257).

#### 4.5.2.1.5. Die Unumgänglichkeit der Parteien

Weiter oben wurde Schmitts Kritik an den Parteien und der Parteidisziplin eingehend dargestellt. Geklärt werden sollte daher an dieser Stelle der Standpunkt Mohls, auf den Schmitt angesichts der Behandlung der richtigen Realisierungsmodi des Parlamentarismus des Öfteren Bezug nimmt. Was denkt Mohl also über die Parteien und die Parteidisziplin? Spricht er sich ebenfalls gegen die Parteidisziplin aus?

Nach Mohls Ansicht wird verschiedentlich beanstandet, dass die Parteienwirtschaft einen mindestens so großen Schaden anrichtet wie die Korruption. Das Ringen der Parteien hat nach seiner Auffassung in einer Hinsicht trotzdem einen Vorteil: Die Parteien kämpfen in und vor der Öffentlichkeit, während die Korruption immer das Geheime sucht. Die Öffentlichkeit kann den Kampf der Parteien in einem gewissen Maße kontrollieren, die Korruption verbirgt sich aber vor der Öffentlichkeit, die nur im Ausnahmefall von ihr erfährt (Mohl 1852: 425). Die Führer der Parteien sind zudem meistens begabte Politiker, während ein korruptes System nur Loyalität, aber keinesfalls Talent erfordert. Die Parteien konkurrieren mit-

einander stets um die Gunst des Wählervolks, gleich, ob sie regieren oder sich eben nur in der Opposition befinden. Der Wille des Volkes erweist sich in einem parlamentarischen System mit Parteien nicht nur als ein Anschein, sondern als eine Realität, mit der gerechnet werden muss (Mohl 1852: 426). Mohl ist sich jedoch dessen bewusst, welche Gefahren die Parteienwirtschaft in sich trägt: Die Gegensätze können das Staatsleben im schlimmsten Fall sogar lahm legen, was seiner Meinung nach aber ziemlich selten der Fall ist, somit überwiegen eindeutig die Vorteile hinsichtlich der Existenz der Parteien in einem parlamentarischen System (Mohl 1859a: 242).

Eine wichtige Vorbedingung sollte jedoch erwähnt werden: Das parlamentarische System funktioniert ausschließlich dann einwandfrei, wenn das System nicht von mehr als zwei Parteien getragen wird. Eine Unzahl von Parteien könne das Staatsleben paralysieren (Mohl 1852: 431). In der *Encyklopädie der Staatswissenschaften* weist Mohl darauf hin, dass die parlamentarische Regierung ein stabiles Parteiensystem voraussetzt, damit es funktionsfähig bleibt (Mohl 1859a: 240). Die Parteien sind freilich keine natürlichen Bestandteile aller Staatsformen: Die Theokratie entbehrt sie vollkommen, so auch die Patriarchie. Es ist auch vorstellbar, obzwar nur unter ganz glücklichen Umständen, dass die Demokratie auf Parteien verzichten kann, da der Volkswille in diesem Idealfall tatsächlich absolut homogen ist. In dem Normalfall sind Parteien im Staatsleben aber unentbehrlich. Ihre Existenz wird vor allem dann benötigt, wenn das Volk die Arbeit der Regierung in irgendeiner Form beeinflussen kann (Mohl 1859a: 240). Die Parteien müssen nicht für alle Zeiten die Regierung opponieren: Unter normalen Umständen kann die Opposition ebenfalls die Macht ergreifen. In diesem Fall ist aber der Zwiespalt des politischen Feldes unumgänglich und natürlich. Zwei Parteien ringen um die Macht, und das ist nach Mohl ganz normal (Mohl 1859a: 241). Er betont – und widerlegt damit die schmittschen Argumente im Voraus –, dass die Idee einer überparteilichen Regierung absolut konfus und irrational sei, einfach eine Utopie (Mohl 1859a: 241).

Mohl ist den deutschen Parteien seines Zeitalters gegenüber freilich kritisch. Die Demokraten kritisiert er, weil sie ein absolut neues System errichten wollen, und kommt zu dem Schluss, dass das parlamentarische System aus diesem Grund mit den Demokraten sicherlich nicht aufgebaut werden könnte. Die Monarchisten hingegen würden das parlamentarische System ebenso ablehnen wie die Liberalen. Die Politik der Letzteren sei nur auf den Schutz der Freiheitsrechte ausgerichtet, die Verantwortung des Regierens wollten sie nicht übernehmen (Mohl 1852: 433). Zudem könnten die Liberalen am schwersten gezähmt werden, da alle Abgeordneten

ihre eigene Meinung hätten, die sie auf jeden Fall verteidigten. Es fehle ihnen also jegliche Parteidisziplin, und dieses Defizit wird von Mohl keineswegs als Tugend bewertet. Er spricht in dieser Hinsicht sogar von der Untugend der fehlenden Parteidisziplin (Mohl 1859a: 249). Die Liberalen seien eben immer die Oppositionspartei gewesen und hätten sich daran gewöhnt, alle und wirklich alle Aktionen der Regierung zu kritisieren und anzugreifen. Mohl stellt also fest, dass die Vorbedingung der Einführung des parlamentarischen Systems in den deutschen Staaten die Veränderung der wesentlichen Charaktermerkmale der deutschen Parteien wäre. Die deutschen Parteien müssten zuerst die Möglichkeit eines Regierungswechsels wahrnehmen, sich auf das Regieren bereits in der Opposition vorbereiten und verantwortungslose Kritik und Versprechungen vermeiden. Mohl fügt des Weiteren hinzu, dass mit der Einführung des parlamentarischen Systems die Chance des Aufkommens solcher Parteien wesentlich erhöht werde. Sind die aktuellen deutschen Parteien also nicht zur Übernahme der Regierungsverantwortung geneigt, dann muss dieses System erst einmal eingeführt werden, das diese Neigung dann selbst erzeugt.<sup>216</sup>

Ferner führte Mohl bei der Behandlung der Frage des freien oder imperativen Mandats auch Argumente an, die Gemeingut der staatsrechtlichen Literatur wurden. Er weist zwar darauf hin, dass das imperative Mandat in bestimmten Fällen das richtige Mittel zur Umsetzung des Volkswillens sein kann, da es sich, wenn die Abgeordneten die Probleme der Repräsentierten bloß fragmentarisch kennen oder diese einfach vernachlässigen, beispielsweise als ein fruchtbringendes Instrument erweisen kann. Die Argumente für das freie Mandat überwiegen jedoch: Im Fall eines imperativen Mandats können die Abgeordneten über die wichtigsten Fragen nämlich nicht diskutieren. Die parlamentarische Diskussion würde ihrer Existenzberechtigung beraubt, das Staatsleben müsste allein mit der Abstimmung auskommen. Die Diskussion würde erspart bleiben, da die Entscheidung bereits vor dem Zusammenkommen der Abgeordneten getroffen worden wäre. Man könnte sich sogar vorstellen, dass gar keine Entscheidung getroffen werden kann, da sich das imperative Mandat mit der Anzahl der Abgeordneten möglicherweise verändert. Im Extremfall könnten sogar alle Abgeordneten ein anderes imperatives Mandat haben, was aber die Entscheidung unmöglich machen würde. Das freie Mandat muss

216 Die späten Werke von Mohl entbehren allerdings dieses Optimismus. In seinen Erinnerungen weist er darauf hin, dass die Einführung eines Zweiparteiensystems keine Chancen hatte, obwohl es ein unumgängliches Kriterium des parlamentarischen Systems sei (Mohl 1859: 261f).

also mit der Einschränkung ausschlaggebend sein, dass relativ oft freie Wahlen abzuhalten sind, damit der permanente Dissens zwischen den Wählern und den Abgeordneten minimalisiert werden kann (Mohl 1859b: 14).

#### 4.5.2.2. Schmitt und die Theoretiker des Kaiserreichs: Jellinek

Während sich Mohl für die konsequente Abhängigkeit der Regierung vom Parlament einsetzt und damit von der schmittschen Interpretation des Parlamentarismus und selbst von dessen Mohl-Interpretation grundlegend abweicht, kann eine Übereinstimmung der Parlamentarismusdefinition Schmitts mit jener der Theoretiker der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit größerer Sicherheit festgestellt werden. Sowohl Jellinek als auch Redslob erachten die Lehre der Gewaltenteilung als das wesentliche Charaktermerkmal der richtigen Realisierungsform des Parlamentarismus. Beide Gelehrten zählen zu den meistzitierten Autoren Schmitts. Die Trennung und Gegenüberstellung von Regierung und Parlament, von Exekutive und Legislative hat sich als die grundlegende Begriffsstruktur des deutschen Staatsdenkens bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwiesen. Offensichtliche Belege für die Verankerung dieser Gegenüberstellung sind die Rezeption des englischen Parlamentarismus bei Georg Jellinek, die Werke von Max Weber und Robert Redslob sowie die Unzahl von Pamphleten mit dem Titel »Parlament und Regierung« und der Repräsentationsbegriff der deutschen Staatsrechtslehre am Ende des 19. Jahrhunderts (Schönberger 1997).

Hier sollen nun zwei Autoren eingehend untersucht werden. Beide übten einen großen Einfluss auf Schmitt aus, obwohl er selbst ihre Texte und Ideen wieder einmal etwas verzerrt behandelt. Schmitt hat die Ideen der beiden Theoretiker einfach in eine synkretische Theorie eingebaut, ohne den eigentlichen Ideen der beiden Theoretiker gerecht zu bleiben: Von dem einen entlehnte er die Lehre der Gewaltenteilung als wesentliches Merkmal des parlamentarischen Systems, von dem anderen aber die Idee der Unabhängigkeit der Parlamentarier von jeglichen Parteien und der Parteidisziplin. Weiter unten wird jedoch gezeigt, dass sowohl Jellinek als auch Redslob dafür plädierten, dass die Praxis und die Idee der Parteidisziplin notwendigerweise aus der Lehre der Gewaltenteilung folgen müssen. Das widerspricht aber der Theorie Schmitts, der die Idee und die Praxis der Parteidisziplin konsequent ablehnte.

Die Kerngedanken Schmitts sind in zweierlei Hinsicht durch Jellinek geprägt: Einerseits übernimmt Schmitt von ihm den Repräsentationsbe-



griff, wenn auch mit kleineren Abänderungen, andererseits aber stützt er sich auf dessen Parlamentarismusanalyse, wobei die Unterschiede zwischen den beiden Autoren bezüglich dieser im Folgenden herausgestellt werden müssen. Bei der Klärung des Repräsentationsbegriffes bezieht sich Schmitt explizit in seinem Werk *Römischer Katholizismus* auf Jellinek. Die Parlamentarismuskritik Schmitts hat ihre Wurzeln in der *Verfassungsänderung und Verfassungsentwicklung* von Jellinek.<sup>217</sup>

#### 4.5.2.2.1. Der Repräsentationsbegriff von Schmitt und Jellinek

Schmitt bemerkt im *Römischen Katholizismus*, dass der ursprüngliche Begriff der Repräsentation mit der Verbreitung der ökonomischen Gesinnung und Denkweise immer stärker zurückgedrängt wurde. Allerdings ist er der Meinung, dass die Idee des Parlamentarismus seines Zeitalters noch in diesem ursprünglichen Repräsentationsbegriff verwurzelt ist. Dieser Repräsentationsbegriff, der die deutsche Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts ebenfalls geprägt hatte, drückte aber nicht die Vertretung der Individuen aus. Sein Objekt war vielmehr die abstrakte, nur ideell erfassbare politische Einheit. Diese abstrakte Idee des Volkes wird vor und gegenüber dem Monarchen repräsentiert (Schmitt 1923: 53f; Schönberger 1997: 252f). Nach der Jellinek-Interpretation Schmitts hielt das Repräsentationsprinzip der Staatsrechtler des 19. Jahrhunderts daran fest, dass die Abgeordneten und das Parlament nicht die Individuen und die partikularen Interessen des Wahlkreises, sondern das einheitliche und homogene Volk sowie dessen Interessen vertreten. Die Abgeordneten haben daher eine besondere Würde inne, die die Individuen (die einzelnen Wähler) nicht besitzen, weil das Volk, das von höherer Art des Seins ist, seine besondere Würde auf seine Vertreter ausstrahlt (Schmitt 1923: 54).

Aus der obigen Analyse der schmittschen Texte geht hervor, dass Schmitt sich selbst ebenfalls dieser Tradition des Repräsentationsbegriffes und der Deutung des Volkes als einer Einheit von höherem Sein angeschlossen hatte, obwohl er den Repräsentationsbegriff Jellineks etwas distanziert erörtert und seinen abstrakten Volksbegriff als eine Mythologie bezeichnet. Schmitt kann sich von dieser Traditionslinie also nicht loslösen, er beschreibt das Volk ebenfalls als eine besondere politische Entität, die etwas Gesteigertes und Metaphysisches in sich trägt. Die Distanziert-

217 Schönberger weist auch auf den Zusammenhang zwischen der Parlamentarismuskritik Jellineks und Schmitts hin (Schönberger 1997: 284).

heit gegenüber Jellinek bleibt also die Oberfläche, während die Tradition des Repräsentationsbegriffes in der Tiefe der schmittschen Texte weiterlebt. Das beweist auch seine Bemerkung, dass das Parlament nach Jellinek eine *wahre* Repräsentativität und nicht eine Repräsentativität im *technisch-ökonomischen* Sinne aufweise. Schmitt sieht daher in den Werken der deutschen Staatsrechtler des 19. Jahrhunderts ein letztes Refugium vor der Dominanz des ökonomischen Denkens. Die deutsche Staatsrechtslehre hat den Begriff der Repräsentation dem ursprünglichen Sinn des Begriffes getreu weitertradiert.<sup>218</sup>

Die Ähnlichkeiten in der Betrachtungsweise der beiden Denker erschließen sich durch zwei weitere Phänomene: Jellineks Position liegt ebenso der rousseausche Demokratiebegriff zugrunde, den das Prinzip der Identität kennzeichnet, wie der Position Schmitts. Zudem kann die Verflechtung der Begriffe »Identität« und »Repräsentation« bei beiden gleichermaßen festgestellt werden (Schönberger 1997: 248f). Das Parlament ist bei Jellinek bloß als eine Kommission des Volkes zu betrachten: Der wahre Wille des Volkes wird im Parlament nicht durch Diskussion ermittelt. Das Parlament hat die Funktion den vorbestimmten Willen des Wahlvolkes zu präsentieren oder darzustellen. Der Wille des Volkes existiert also bereits vor der Einberufung und vor dem Zusammentritt des Parlaments, die Abgeordneten haben nur eine Aufgabe: Sie sollen diesen Willen in die Form eines Gesetzes konvertieren. In den großen Flächenstaaten kann die Demokratie, die Selbstregierung der politischen Gemeinschaft ausschließlich in dieser mittelbaren Form funktionieren (Jellinek 1914: 582f, 585). Die Verflechtung der beiden Begriffe »Identität« (der Regierten und der Regierenden) und »Repräsentation« erfolgt bei Jellinek also aus diesem Grund. Die Repräsentation ist nach seiner Definition ein Vorgang, in dem der Wille eines Bürgers (des Repräsentanten) mit dem Willen eines anderen Bürgers (des Repräsentierten) gleichgesetzt wird. Letzten Endes und dank dieses Vorganges werden die zwei Personen als eine Person betrachtet. Die Identität geht aus der Repräsentation hervor, die Repräsentation ermöglicht die Identifikation des Volkes mit seiner Exekutive, d. h. mit dem Parlament (Jellinek 1914: 582).

218 Es ist anzumerken, dass Schmitt hier mit den Ideologen der Proletardiktatur und der Räterepubliken polemisiert. Diese Ideologen hielten die Idee des Volkes für eine bloße Fiktion (ideologischer Aufbau), der ökonomische Phänomene zugrunde liegen (Schmitt 1923: 56).

#### 4.5.2.2.2. Die Parlamentarismuskritik von Jellinek und Schmitt

Interessanterweise erwägt Jellinek bereits im Jahr 1906 die Krise des Prinzips der Repräsentation, obwohl er im Gegensatz zu Schmitt zugleich die Eventualität einer historischen Veränderung des Prinzips des Parlamentarismus in Betracht zieht.<sup>219</sup> Dieser Gegensatz zeichnet sich folgendermaßen ab: Während Schmitt die geistigen Grundlagen des Parlaments, die im 19. Jahrhundert bestimmt wurden, Anfang des 20. Jahrhunderts noch als gültig und ausschlaggebend betrachtet, erörtert Jellinek in einem seiner zentralen Werke die historischen Veränderungen und Entwicklungen der Verfassungen und der Prinzipien, die das Verhältnis der Regierung und des Parlaments regulieren. Schmitt ist also im 19. Jahrhundert steckengeblieben, während Jellinek die Möglichkeit und die Notwendigkeit des historischen Wandels der Prinzipien anerkennt, die dem Parlamentarismus zugrunde liegen.

Jellinek erfasst diesen Wandel mit dem Begriff der Verfassungswandlung, der aber von dem Begriff der Verfassungsänderung unterschieden werden muss. Von einer Verfassungswandlung kann gesprochen werden, wenn der Text der Verfassung unverändert bleibt, obwohl die Verfassungswirklichkeit von diesem Text grundsätzlich abweicht. Die Praxis entspricht also nicht dem Verfassungstext, wie es etwa in England hinsichtlich des Verhältnisses von Monarch und Parlament der Fall war. Das Zentrum des politischen Lebens ging von dem einen Machtträger auf den anderen über – vom Monarchen auf das Parlament, vom Parlament auf die Regierung –, während die geschriebene Verfassung unverändert blieb.<sup>220</sup> Im Falle der Verfassungsänderung wird dagegen der Text der Verfassung selbst verändert (Jellinek 1906: 2f). Im Gegensatz zu Schmitt nimmt Jellinek also die Möglichkeit der historischen Veränderung der Prinzipien des Parlamentarismus und die Diskrepanz zwischen der Verfassungswirklichkeit und der geschriebenen Verfassung besonnen zur Kenntnis. Nach Jellinek ist die entscheidende Frage vielmehr, ob der Monarch sein formales Recht zur Ernennung des Ministerpräsidenten selbst entgegen dem Willen der parlamentarischen Mehrheit ausüben kann. Der Monarch übte dieses Recht seit Anfang des 19. Jahrhunderts rein formal aus: In der

219 Meinecke bezieht sich explizit auf Jellinek, der die Krise des Parlamentarismus bereits Ende des 19. Jahrhunderts wahrgenommen hatte (Meinecke 1911: 448ff).

220 Ein ähnlicher Prozess konnte im Deutschen Kaiserreich bemerkt werden, da sich die Stellung und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ohne die Veränderung des Verfassungstextes allmählich wandelten (Jellinek 1906: 24f; Jellinek 1906: 34f).

Praxis war das Recht dem Parlament übertragen, obwohl die Verfassung diese Veränderung nicht nachvollzogen hatte.<sup>221</sup> Die Entwicklung und die Veränderung der Verfassungswirklichkeit weicht also von dem kodifizierten Verfassungsrecht radikal ab: Verfassungsrechtlich gesehen ist das Parlament weiterhin das Zentrum des politischen Lebens, obwohl die Regierung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum eigentlichen Machtzentrum wurde (Jellinek 1906: 73).

Über die historische Veränderung und die unkodifizierte Verschiebung des Machtzentrums hinaus hat sich auch der Charakter der politischen Verantwortlichkeit im Vergleich zur Blütezeit des Parlamentarismus verwandelt: Die Kontrolle der Regierung wird seit Anfang des 20. Jahrhunderts nicht mehr ausschließlich von den parlamentarischen Abgeordneten ausgeübt. Die Presse, die Öffentlichkeit sind in der Ausübung der Kontrolle wesentlich effektiver als die Institution des Parlaments. Das Volk kann sogar mit Hilfe des Instrumentes der Volksinitiative und des Referendums direkt und unmittelbar auf die Regierungspolitik einwirken (Jellinek 1906: 77). Jellinek betont, dass die außerparlamentarischen Akteure (wie z. B. verschiedene Verbände) die Regierung viel effizienter unter Druck setzen können als das Parlament. Die Parlamentsmehrheit ist meistens ohnehin von der Regierung bezähmt (Jellinek 1906: 74f). Die Kontrollfunktion des Parlaments wird also immer weniger fruchtbar, die Regierung und das Volk werden direkt, ohne die Vermittlung des Parlaments miteinander verkehren. Aus alledem folgt, dass sich Jellinek mit der Tatsache abfindet, dass sich Prinzip und Praxis des Parlamentarismus grundsätzlich verändert haben und die Prinzipien des Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts im 20. Jahrhundert keine Gültigkeit mehr besitzen (Jellinek 1906: 80). Letzteres muss hervorgehoben werden, da der Kerngedanke der schmittschen Parlamentarismuskritik schlechthin darin besteht, dass das Parlament seinen geistigen Grundlagen, seinem eigenen Prinzip aus dem 19. Jahrhundert nicht mehr entspricht und die Realität sowie das Prinzip des Parlamentarismus nicht mehr kongruent sind. Jellinek nimmt diese Veränderung und die Diskrepanz aber einfach zur Kenntnis.

221 Das war die wichtigste Frage, die in der Staatsrechtslehre des Kaiserreiches diskutiert wurde (Schönberger 1997: 293; Jellinek 1906: 40).

#### 4.5.2.2.3. Das englische Modell: Gewaltenteilung, Abhängigkeit der Regierung vom Parlament und Parteidisziplin

Das Prinzip des Parlamentarismus kann nach Jellinek keinesfalls mit dem Phänomen der parlamentarischen Diskussion erfasst werden, wie Schmitt behauptet. Das Prinzip des Parlamentarismus ist nach Jellinek von drei Merkmalen gekennzeichnet. Von einem parlamentarischen System kann erst gesprochen werden, wenn erstens die Regierung vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängt, zweitens das Parlament von der Regierung aufgelöst werden kann, damit das System der Lehre der Gewaltenteilung und der Balance der Machträger entspricht, und wenn drittens dem Prinzip der Fraktions- und Parteidisziplin, das aus den beiden Kriterien folgt, Geltung verschafft wird.<sup>222</sup>

(1) Der Parlamentarismus ist also erstens dadurch charakterisiert, dass die Regierung vom Vertrauen des Parlaments, besser gesagt der Parlamentsmehrheit abhängig ist. Dieses Vertrauen lässt sich nicht nur darin erfassen, dass das Parlament die Regierung umstürzen kann. Viel bedeutender ist die positive Seite dieser Beziehung: Die parlamentarische Regierungspartei hat das Potenzial, auf die Zusammensetzung der Regierung und die Besetzung weiterer Positionen in der Regierungsverwaltung einzuwirken, damit ein substanzieller Einklang zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit geschaffen werden kann (Jellinek 1909: 25).

(2) Im Zeichen der Lehre von der Balance der Gewalten weist Jellinek auf die Unentbehrlichkeit des Rechts der Regierung auf die Auflösung des Parlaments hin. Ein wesentliches Merkmal des parlamentarischen Systems lässt sich in diesem Recht erfassen: Das Parlament ist seiner Ansicht nach zwar befähigt, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, doch muss die Regierung dafür das Recht haben, das Parlament aufzulösen. Aus dieser Balance ergibt sich, dass die Parlamentsmehrheit die Regierung nur in dem Fall umstürzen kann, wenn das Volk damit einverstanden ist. Die Regierung kann sich in einem Konfliktfall zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit nämlich direkt an das Volk wenden. Die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung neuer Wahlen ermöglichen, dass das Volk eine neue Regierungsmehrheit schafft, damit die alte Regierung im Amt bleiben kann, oder aber die alte parlamentarische Mehrheit beibehält

222 Zur Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft bei Jellinek siehe: Jellinek 1914: 97. Die Aufgabe der Parteien besteht darin, um die staatlichen Machtpositionen zu ringen. (Jellinek 1914: 116). Jellinek ignoriert die Parteien also nicht, wie manchmal festgestellt wird, schätzt sie aber auch nicht sonderlich (Song 1995: 44).

und damit den Umsturz des alten Kabinetts erzwingt. Durch diese gegenseitige Garantie wird also die Balance der Gewalten gesichert, die den wahren Parlamentarismus charakterisiert. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass das Bewirken oder die Veranlassung einer Auflösung des Parlaments das sichere Mandat der Abgeordneten gefährdet, da die Abgeordneten bei den Wahlen ohne weiteres abgewählt werden können. Diese Unsicherheit hinsichtlich der parlamentarischen Mandate, die durch die eventuelle Auflösung des Parlaments verursacht wird, führt dazu, dass die Parlamentarier meistens sorgsam bedenken, ob sie die Auflösung der Versammlung tatsächlich erzwingen wollen.

(3) Dieses zweite Kriterium leitet zugleich zu dem dritten über: Durch die permanente Möglichkeit oder Gefahr der Parlamentsauflösung kann die Regierung die Disziplin der parlamentarischen Mehrheitspartei erwirken. Die Bedeutung dieses Auflösungsrechtes wird gerade durch das Gegenbeispiel unter Beweis gestellt: Erhält die Regierung kein Auflösungsrecht, dann gibt es keinen Stimulus für die Fraktionsbildung und das Aufrechterhalten der Fraktionsdisziplin. Die Parlamentarier werden während des ganzen parlamentarischen Zyklus Abgeordnete bleiben, die ihr Mandat nicht verlieren können. Daher ist es nicht möglich, sie mit einer möglichen Einbuße des parlamentarischen Mandats zu erpressen und zu disziplinieren. Das Parlament und die parlamentarischen Abgeordneten besitzen in diesem Fall gegenüber der Regierung eine Übermacht. Die Balance der Gewalten, das Prinzip des Parlamentarismus erlischt, und die Regierungsstabilität geht damit zugleich unter (Jellinek 1883: 42). Ohne das Auflösungsrecht existiert nach Jellinek keine Parteidisziplin, und ohne Parteidisziplin keine stabile Regierung. Das Prinzip der Parteidisziplin resultiert in diesem Sinne aus der Lehre der Gewaltenteilung, die zugleich das grundsätzliche Prinzip des Parlamentarismus sowohl bei Jellinek als auch bei Schmitt ist. Die Bedeutung der Parteidisziplin ist also im Gegensatz zu Schmitt sowohl nach Mohl als auch nach Jellinek unabstreitbar, sie folgt sogar mit Notwendigkeit aus der Lehre der Gewaltenteilung, die zugleich das Prinzip des Parlamentarismus ist.

Jellinek ist sich der Nachteile und der Gefahren der Fraktionsdisziplin bewusst, trotzdem sieht er das bedeutendste Manko des Parlamentarismus nicht in dieser Institution, da die Prägnanz der Fraktionsdisziplin sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf das politische System haben kann, je nachdem ob ihr innerhalb der wahren oder eben der unwahren Form des Parlamentarismus Geltung verschafft wird. Ist im wahren Parlamentarismus, in dem die Balance der Gewalten tatsächlich realisiert wird, die Fraktionsdisziplin prävalent, dann hat sie die positive Konsequenz der Regierungsstabilität. Dominiert die Fraktionsdisziplin dagegen

in einer der beiden unwahren Formen des Parlamentarismus, dann hat sie bloß negative Konsequenzen. Das beweisen der französische Parlamentsabsolutismus und die strikte Trennung der Gewalten im Deutschen Kaiserreich. Die Einführung oder Umsetzung des Prinzips der Fraktionsdisziplin hatte in beiden Fällen schwere Konsequenzen, die die Stabilität und die Legitimität der beiden Systeme untergruben. Welche Argumente haben Jellinek aber dazu geführt, dass er die Institution der Fraktionsdisziplin als janusköpfige, doch keineswegs als eindeutig negative Institution akzeptierte?

#### 4.5.2.2.4. Zwei Abweichungen: Parlamentsabsolutismus und die Trennung der Gewalten

Jellinek bemerkt, dass die kontinentalen Parlamentarismen an wichtigen Stellen starke Abweichungen vom englischen Muster aufweisen. Diese Abweichungen rufen zugleich heftige Kritiken anstatt konstruktiver Reformvorschläge nach englischem Muster hervor. Während die Mängel des parlamentarischen Systems in England mit systemimmanenten Innovationsvorschlägen verbessert wurden, waren die Irrwege des kontinentalen Parlamentarismus mit der radikalen Ablehnung des ganzen Systems konfrontiert. Die Praxis des kontinentalen Parlamentarismus hatte vor allem das französische Muster nachgeahmt, und die Kritik des Parlamentarismus zielte dementsprechend auf dieses Muster ab. Die Instabilität der französischen Regierungen und das zergliederte Parlament lösten diese heftige Kritik vor allem wegen des politischen Übergewichtes eben dieses zersplitterten Parlaments aus, das das Problemlösungspotenzial des ganzen politischen Systems extrem beeinträchtigte (Jellinek 1906: 52f). Jellinek betont, dass der Grund für die permanente Regierungsinstabilität und für die gleichzeitige Rigidität des politischen Systems in dem fehlenden Recht der Regierung zur Parlamentsauflösung liege. Die Abgeordneten seien nicht zur Parteidisziplin gezwungen, sie wechselten leicht ihre Meinung, was mit der Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit kombiniert zur Regierungs- und gleichzeitig zur Systeminstabilität führe (Jellinek 1906: 60; Jellinek 1883: 42).

Die Schwächen des deutschen Parlamentarismus gehen aus anderen Ursprüngen hervor. Der eine Grund für den Misserfolg des deutschen Systems lag in der strikten Trennung der zwei Gewalten, die eine Span-

nung und Disharmonie im deutschen Parlamentarismus zur Folge hatte.<sup>223</sup> Im Gegensatz zu dem deutschen Beispiel ist die Regierung im wahren Parlamentarismus immer von der Parlamentsmehrheit abhängig, wie Jellinek mehrmals betont. In den deutschen Staaten ist die Machtposition der Exekutive nicht von der Parlamentsmehrheit legitimiert. Die fürstlichen Regierungen der deutschen Staaten finden ihren Rückhalt in dem entpolitierten Beamtentum und dem politisch ebenfalls neutralen Militär. Nach dem monarchischen Prinzip ist nämlich der Fürst die Quelle aller Staatsgewalt. Die Einschränkung dieser absoluten Macht kann daher ausschließlich durch die Selbsteinschränkung des Monarchen erfolgen. Die Parlamentsmehrheit konnte keinen Einfluss auf die Exekutive ausüben, außer wenn die Exekutive dies explizit erlaubte (Jellinek 1909: 35f). Den anderen Grund für das Fehlschlagen des deutschen Parlamentarismus sieht Jellinek in der Bedeutungslosigkeit des Parlaments selbst. Das zersplitterte Parlament und die Überzahl der Parteien führte betreffend das politische Gewicht des Parlaments zu Einbußen. Jellinek weist darauf hin, dass das deutsche Parlament infolge der Vielzahl der Parteien nicht geeignet ist, den einheitlichen Willen des deutschen Volkes zu repräsentieren (Jellinek 1906: 58). Eine stabile Regierungsmehrheit könne diesem zersplitterten Parlament niemals entspringen. Das Parlament müsse sich auf die oft erfolglosen Versuche beschränken, das politische Übergewicht der Regierung zu kontrollieren und etwas zu bezähmen. Das deutsche Parlament habe nur eine re-aktive Rolle (Jellinek 1909: 36).

Über das Übermaß der Parteien und die Zersplitterung des Parlaments hinaus zeichnet sich drittens die Abweichung vom englischen Muster in dem besonderen Charakter der deutschen Parteien ab. Die deutschen Parteien weisen nämlich eine absolute Inflexibilität auf, sie sind ideologische Weltanschauungsparteien, was die Eventualität der systemimmanenten und friedlichen Machtergreifung (Regierungswechsel) ausschließt. Sie finden sich mit der permanenten Kritik der Regierung ab, erstreben keine Regierungsposition, da das Regieren ideologische Kompromisse erfordert. Die deutschen Parteien wählten daher eher die ideologische Erstarrung anstatt des kompromissbedingten Regierens. Aus diesem Grunde sprechen sich nicht einmal die deutschen Oppositionsparteien für die Einführung des wahren Parlamentarismus aus. Diese von allen Parteien intendierte Unmöglichkeit der Machtergreifung bringt aber eine Verantwortungslosigkeit der deutschen Parteien mit sich. Sie kritisieren bedenkenlos die

223 Jellinek bemerkt, dass das Buch Chateaubriands (*De la Monarchie selon la charte*), der der erste theoretische Befürworter des kontinentalen Parlamentarismus war, im deutschen Sprachraum fast gar nicht rezipiert wurde (Jellinek 1909: 14).



Exekutive, da sie ihr Programm oder ihre Ideen niemals in die Realität umsetzen müssen. Sie können alles versprechen, weil sie niemals die Möglichkeit haben werden, ihre Versprechungen zu realisieren (Jellinek 1909: 35f). Dieser Grundcharakter der deutschen Parteien wird sich nach Jellinek in der näheren Zukunft sicherlich nicht verändern, dementsprechend könne das deutsche politische System nicht parlamentarisiert werden. Das deutsche System bleibe ein unwahrer Parlamentarismus. Es ist zwar bizarr, doch schlägt Jellinek das Aufrechterhalten des unwahren Parlamentarismus in Deutschland in Anbetracht dieses Charakteristikums der deutschen Parteien vor, obwohl er eigentlich ein Anhänger des wahren Parlamentarismus ist. Die Trennung der Gewalten garantiere die Stabilität des Systems und der Regierung noch immer besser, als die Einführung des Parlamentarismus mit Weltanschauungsparteien, die niemals Kompromisse schließen würden. Zum Regieren sei die Kompromissbereitschaft aber unentbehrlich.

#### 4.5.2.2.5. Die Kritik des unwahren Parlamentarismus

Jellinek analysiert an dieser Stelle die Parlamentarismuskritik, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts im Deutschen Kaiserreich ziemlich verbreitet und populär war.<sup>224</sup> Dabei ist nochmals zu betonen, dass er nicht das englische Muster, sondern die kontinentalen Missformen des Parlamentarismus ablehnt. Seine Parlamentarismuskritik bezieht sich also vor allem auf den entstellten deutschen Parlamentarismus, obwohl Jellinek sich ebenso skeptisch zur Möglichkeit der Einführung des wahren Parlamentarismus im Deutschen Kaiserreich äußert. Er argumentiert daher explizit gegen die Parlamentarisierung des deutschen politischen Systems, obwohl er mit der Grundidee des Parlamentarismus und deren Realisierung in England sympathisiert.<sup>225</sup>

Er ist einerseits gegen die Parlamentarisierung, weil sie die Übermacht Preußens im Deutschen Reich unmöglich mache. Zuerst müsste Preußen parlamentarisiert werden, doch dazu sieht Jellinek keine Möglichkeit. Andererseits führt Jellinek das wohlbekannte Argument gegenüber der Parlamentarisierung auf, indem er sich auf den föderalen Charakter des deut-

224 Diese Kritik taucht in der Zeit der Weimarer Republik immer wieder auf (Schönberger 1997: 282).

225 »Ausgeschlossen auf Grund der geschichtlichen und der gegebenen politischen Verhältnisse ist die parlamentarische Regierung auch im Deutschen Reiche.« (Jellinek 1914: 706)

schen Staates bezieht. Es war ein Gemeingut der deutschen antiparlamentarischen Argumentation, dass ein föderaler Staat niemals parlamentariert werden könne, da das die Souveränität der Länder aufheben würde. Das höchste Staatsorgan des Deutschen Kaiserreiches sei der Bundesrat und nicht der Reichstag. Hätte der Reichstag das letzte Wort in politischen Fragen, dann wäre das Deutsche Reich kein föderaler Staat. Der föderale Charakter des deutschen Staates sei aber ein Grundsatz, der einfach nicht in Frage gestellt werden könne (Jellinek 1909: 27ff.).<sup>226</sup> Die Parlamentarisierung sei ferner undenkbar, weil der Charakter der deutschen Parteien sie unmöglich mache. Wie bereits gezeigt wurde, entspringt die Kritik am entstellten deutschen Parlamentarismus der Kritik an den Charakterzügen der deutschen Parteien. Jellinek bezieht sich auf Ostrogorski, als er beschreibt, wie der deutsche Parlamentarismus dem Gezänk der Parteienoligarchen zum Opfer gefallen sei, wie diese den Volkswillen und die Volksstimmung, ja sogar die Partei selbst manipulieren. Jellinek räumt zwar ein, dass diese Oligarchisierung auch für die Parteien eines Zweiparteisystems kennzeichnend sei, doch er betont, dass das Ausmaß wesentlich geringfügiger sei als in politischen Systemen mit verantwortungslosen Weltanschauungsparteien. In einem solchen System hat die Parteidisziplin darüber hinaus nur eine negative Konsequenz: Das Interesse der Parteienoligarchie wird als Gemeinwohl verschleiert, und die Fraktionsdisziplin verschafft diesem Partikularinteresse Geltung. Jellinek plädiert also zum einen eindeutig für das Prinzip der Parteidisziplin, jedoch allein in einem wahren parlamentarischen System. In einem unwahren parlamentarischen System (wie z. B. dem deutschen) richte sie eher Schaden an, weswegen Jellinek sie auch kritisiert. Zugleich stimmt er weiteren Argumenten der Parlamentarismuskritik zu. Er bestätigt einerseits, dass die zeitgenössischen deutschen Parteien ausschließlich ihr Eigeninteresse vertreten, andererseits weist er darauf hin, dass die Parteien des Reichtags nicht einmal dazu geeignet sind, die Kontrollfunktion über die Regierung auszuüben. Die Politik verwandelt sich hinter den Kulissen in einen Kuhhandel, bei dem ein Kompromiss der Partikularinteressen und keinesfalls das Gemeinwohl erzielt werden. Das Ansehen des deutschen Parlaments liege seiner Ansicht nach aus diesen Gründen in Ruinen (Jellinek 1906: 65ff).

An manchen Textstellen geht Jellinek allerdings noch einen Schritt weiter und tadelt nicht nur die Praxis des deutschen, sondern auch des

226 Das bedeutendste Argument gegen die Parlamentarisierung des Kaiserreiches basierte auf die Unvereinbarkeit des föderativen Systems mit dem Parlamentarismus. Zum konservativen Charakter dieses Argumentes siehe: Durner 1997: 60; Schönberger 1997: 259ff.

englischen Parlamentarismus seiner Zeit. Er beanstandet den damaligen englischen Parlamentarismus, da er seinem ersten grundlegenden Kriterium, dem Prinzip der Gewaltenteilung, nicht mehr entspreche. Die Balance der Gewalten ist in England aufgehoben, die Regierungsdominanz hat sich in fast allen Bereichen der Politik durchgesetzt, die Funktion und die politische Kraft des Parlaments wurden entscheidend beeinträchtigt. Jellinek stimmt der Meinung zu, dass der englische Ministerpräsident Ende des 19. Jahrhunderts größere Macht besitzt, als Ludwig der XIV. jemals innehatte. Die Demokratisierung trägt zu diesem Prozess der Machtkonzentration ebenfalls entscheidend bei, indem die Persönlichkeiten stärker ins Gewicht fallen als die Institutionen, wie beispielsweise das Parlament. Immer mehr Personen rückten ins Zentrum der Politik, sie drängten die Bedeutung der Institutionen bereits Ende des 19. Jahrhunderts stark zurück. Dieser Prozess betraf natürlich auch die Institution des Parlaments (Jellinek 1906: 69). Jellinek hält daher nicht Bagehot, sondern vielmehr Sidney Low für den bedeutendsten Theoretiker des englischen Parlamentarismus. Low war nach Jellinek der erste, der die Verschiebung des Machtzentrums vom Parlament auf die Regierung, ja sogar auf den Ministerpräsidenten wahrgenommen hatte. Low hätte festgestellt, dass sich selbst die Vorbereitung der Gesetzesvorlagen nicht mehr in der Kompetenz des Parlaments befänden, sondern in jener der Regierung (Jellinek 1906:48). Das *House of Commons* sei nicht mehr im Stande, der Regierung zu diktieren, ja nicht einmal dazu fähig, sie bloß zu kontrollieren. Das Parlament könne nicht mehr die Rolle eines Gegengewichtes einnehmen. Ganz im Gegenteil: Das Parlament bzw. die Parlamentsmehrheit werde von der Regierung, vor allem aber vom Ministerpräsidenten bezähmt. Die Rolle und die Funktion des Parlaments haben sich in der Praxis verändert, ohne dass sich die geschriebene Verfassung verändert hätte. Jellinek zitiert englische Theoretiker, die bezüglich des Parlaments feststellten, dass seine Rolle auf die bloße Registrierung der Gesetzesvorlage reduziert sei, über die die Entscheidung bereits im Rahmen der Sitzungen der Regierung getroffen würde. Jellinek kritisiert also gerade diese Vorgänge des englischen Parlamentarismus, weswegen behauptet werden kann, dass der wahre Parlamentarismus das Prinzip der Gewaltenteilung – und daraus folgend jenes der Parteidisziplin – realisiert und nicht die eindeutige Prävalenz der Regierung und des Ministerpräsidenten gegenüber dem Parlament. Diesem Prinzip entspricht nach Jellinek nicht einmal die Praxis des englischen Parlamentarismus seiner Zeit, somit bezweifelt er, ob England tatsächlich als ein Musterland des Parlamentarismus angeführt werden kann (Jellinek 1906: 51).

Jellinek hat also gegenüber dem französischen und dem deutschen Parlamentarismus gravierende Vorbehalte, er beurteilt sogar die Verschiebung des Machtzentrums und den Abbau der Balance der Gewalten in England als negativ, was zu einer Missform des eigentlichen Parlamentarismus in England führte. Wenn Jellinek den Parlamentarismus kritisiert, dann beschwert er sich somit nur über die Deformation seiner ursprünglichen Form. An dem parlamentarischen System hält er allerdings fest: Solange sich kein anderes System als effektiver erweist, muss das parlamentarische System beibehalten werden. Im Gegensatz zu Schmitt betont Jellinek also, dass politische Institutionen und Systeme solange aufrechtzuerhalten sind, bis sie mehr oder weniger gut funktionieren, obwohl sie freilich viele Mängel, sogar eine starke Abweichung von ihren geistigen Grundlagen aufweisen können. Er stellt daher fest, dass die Parlamente in der näheren Zukunft mit großer Gewissheit nicht verschwinden werden (Jellinek 1906: 71).

#### 4.5.2.3. Schmitt und die Theoretiker des Kaiserreichs: Redslob

Wenn hier den geistigen Vorgängern Schmitts nachgegangen werden soll, die auf seine Ideen über die politische Repräsentation Einfluss hatten, dann kann Robert Redslob und sein Werk *Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form* aus dem Jahr 1917 sicherlich nicht umgangen werden. Redslob war der einflussreichste Gelehrte, der nicht nur die Grundgedanken der Weimarer Verfassungsväter (vor allem die von Hugo Preuß), sondern zugleich die ganze Diskussion zum Parlamentarismus in der späteren Phase der Weimarer Republik bestimmt hatte (Lukas 1920: 24ff; Möller 1987: 146; von Alemann 1973: 62ff; Schönberger 1997: 384). Die Theorie Redslobs wurde bereits nach ihrem Erscheinen als Höhepunkt der Parlamentarismustheorie bewertet, die die Pamphlete von Preuß, Delbrück, Piloty oder aber auch Max Weber, die der momentanen Aktualität der politischen Machtkonstellation und der politischen Ereignisse verhaftet geblieben waren, angesichts ihrer Intellektualität weit übertraf (Scheuner 1927: 211).

Heutzutage wird Redslobs Hauptwerk allerdings etwas differenzierter beurteilt. Nach den Kritikern soll Redslob wesentlich dazu beigetragen haben, dass der deutschen Parlamentarismustheorie ein Zerrbild oder gar ein falsches Bild des englischen Parlamentarismus als Muster vorgezeigt wurde. Ein Muster war zwar tatsächlich unentbehrlich, da in der Praxis des Parlamentarismus keine deutsche Tradition vorzufinden war, allerdings heißt es, dass Redslob ein falsches Bild von der Praxis und dem

Wesen des englischen Parlamentarismus vorgezeichnet hätte. Redslob hielt an der Theorie der Gewaltenteilung als dem wesentlichen Merkmal des englischen Parlamentarismus fest, obwohl bereits Jellinek die Veränderung der englischen Praxis wahrgenommen hatte. Der wahre Parlamentarismus bestand nach Redslob in der Realisierung der Lehre der Gewaltenteilung (Boldt 1980: 401). Einer der wichtigsten Erträge der Parlamentarismusrezeption und der Diskussion nach dem Ersten Weltkrieg war die Weimarer Verfassung als solche, die die Umsetzung der Theorie dieses wahren Parlamentarismus in die politische Realität vollstreckt hatte, deren bedeutendstes Merkmal in der Teilung der Gewalten zu erfassen war (Boldt 1980: 404). Schmitt konnte sich dieser Tradition nicht entziehen: Die Tradition der Gegenüberstellung von wahren und unwahrem Parlamentarismus prägt auch seine Werke, wie etwa die Definition des wahren Parlamentarismus als Vollstreckung des Prinzips der richtigen Gewaltenteilung (Schmitt 1928a: 197, 304; Schmitt 1926: 51). Die Theorie Redslobs soll also aus diesem Grunde untersucht werden.

#### 4.5.2.3.1. Der wahre Parlamentarismus: die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die Gewaltenteilung und die Fraktionsdisziplin

Redslob geht davon aus, dass zwei Formen des Parlamentarismus auseinander gehalten werden können: die wahre und unwahre Form. Hier muss zugleich angemerkt werden: Redslob untersucht nicht die Legitimation oder die geistige Grundlage des Parlamentarismus, wovon Schmitt im Zusammenhang mit den deutschen Theoretikern im Allgemeinen ausging. Er analysiert vielmehr die zweite Frage Schmitts: Welche ist die richtige Form des Parlamentarismus? Nach seiner Definition lässt sich die wahre Form des Parlamentarismus mit dem Prinzip der Balance der Gewalten erfassen. Die Gewalten können wechselseitig auf das Tätigkeitsfeld des jeweils anderen einwirken, die Balance kommt daher nicht durch eine Trennung, sondern durch wechselseitiges Einwirken zustande (Redslob 1918: 1, 7).<sup>227</sup> Redslob räumt allerdings ein, dass die Initiative meistens von der Regierung ergriffen wird und das Parlament durch die nachfolgende Kritik oder Zustimmung eher eine Kontrollfunktion erfüllt. Im wahren Parlamentarismus erzielen beide das machtpolitische Überge-

227 Diese Absätze beweisen zugleich, dass sich Redslob für den wechselseitigen Einfluss der verschiedenen Gewalten und nicht für die rigorose Trennung eingesetzt hat (Schönberger 1997: 391).

wicht, setzen einander aber zugleich in effektiver Weise Schranken. Kommt es zu einem Konflikt zwischen den beiden, muss ein Akteur vorhanden sein, der den Konflikt letzten Endes entscheiden kann. Dieser politische Akteur, der über den beiden Mächten steht, ist das Volk. Das Volk kann dann zu Wort kommen, wenn die Regierung das Parlament auflöst, weswegen die Regierung ein Auflösungsrecht besitzen muss.<sup>228</sup> Die Rolle des Staatspräsidenten ergibt sich ebenfalls aus der Notwendigkeit, die Balance der Gewalten aufrechtzuerhalten: Er nominiert den Ministerpräsidenten und hat das Recht, das Parlament aufzulösen. Der Staatspräsident ist kein Souverän. Das Amt des Staatsoberhauptes lässt sich als jenes eines Vermittlers zwischen dem Volk und den beiden Staatsgewalten definieren (Redslob 1918: 6f).

Redslob hat damit das Ideal des Parlamentarismus umrissen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Parlamentarismus jemals in dieser Idealform in die Realität umgesetzt wurde. Redslob meint diese Frage mit einem eindeutigen Ja beantworten zu können. Anfang des 19. Jahrhunderts lässt sich das politische System Englands nach diesem Idealmuster beschreiben: ein Ministerpräsident, der vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig ist; ein Monarch, der die Macht des Parlaments bezähmen kann; eine Regierung, die auf das Parlament Einfluss ausüben kann; und seltene Konfliktsituationen zwischen Exekutive und Legislative – so sah das englische politische System Anfang des 19. Jahrhunderts nach Redslob aus. Der Monarch zieht sich allmählich vom Tagesgeschäft zurück und überlässt es der Regierung, womit die politische Macht der Regierung zunimmt. Anstatt der Balance zwischen dem Monarchen und dem Parlament wird die Balance zwischen der Regierung und dem Parlament ausschlaggebend.<sup>229</sup>

Redslob argumentiert aber nicht nur für die Balance der Gewalten als das Wesensmerkmal des Parlamentarismus. Er führt zugleich die Notwendigkeit der Fraktions- und Parteidisziplin als unentbehrliches Element des Parlamentarismus an. Die Entstehung der Fraktionsdisziplin hängt allerdings eng mit der weiteren Verschiebung des Machtzentrums zusammen. Zwischen der ersten und der dritten Wahlrechtsreform ging das Zentrum des politischen Lebens vom Parlament direkt auf das Volk über (Redslob 1918: 31). Mitte des 19. Jahrhunderts war das Parlament tatsächlich das

228 Die Auflösung kann allerdings auch vom Parlament selbst initiiert werden (Redslob 1918: 3).

229 Bis zum ersten Reformakt dominierte eindeutig die Exekutive über das Parlament (Redslob 1918: 11f). Eine Verschiebung dieser Machtverhältnisse ist zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu bemerken (Redslob 1918: 24f).

ausschließliche Zentrum des politischen Lebens: Diese Form betrachtete Redslob allerdings als eine Übergangsform des Parlamentarismus (Redslob 1918: 25). Nach der dritten Wahlrechtsreform blieb das Parlament zwar weiterhin ein unentbehrliches Gegengewicht gegenüber der Regierung, jedoch erlangte die Regierung direkte Kontakte zum Volk, d. h., die Regierung und das Volk hatten nicht nur mittelbare, durch das Parlament vermittelte Kontakte. Die Regierung politisierte eher direkt für das Wahlvolk und warb bloß mittelbar um die Sympathie der Abgeordneten. Die Unmittelbarkeit dieser Kontakte wurde immer ausschlaggebender: Die Amtsausübung der Regierung hing stärker von den Wahlergebnissen ab als von manchen Niederlagen bei den Abstimmungen im Parlament. Eine Regierung bleibt trotz einer Abstimmungsniederlage im Parlament weiterhin im Amt, während eine Niederlage bei den Wahlen die notwendige Ablösung der Regierungsmacht zur Folge hat. Wollen die Abgeordneten also weiterhin bedeutsame Faktoren bleiben, dann müssen sie sich immer mehr an den vermeintlichen Willen des Volkes binden. Damit aber dieser vermeintliche Wille des Volkes tatsächlich realisiert werden kann, ist ein diszipliniertes Auftreten notwendig. Die Ausbreitung des Wahlrechtes hat also die mittelbare Konsequenz, dass die Abgeordneten zunehmend disziplinierter auftreten, damit der vermeintliche Wille des Volkes direkt umgesetzt werden kann. Die Parteidisziplin ist also die Folge des Anwachsens des abstimmungsberechtigten Wahlvolkes. Die unmittelbare Beziehung zwischen Regierung und Wahlvolk trägt ebenfalls zur Festigung der Parteidisziplin bei: Will die Regierung den ermittelten oder vermeintlichen Volkswillen effektiv durchsetzen, so muss sie die parlamentarische Regierungsmehrheit kontrollieren. Sie kann es nicht zulassen, dass der vermeintliche oder ermittelte Volkswille an der Weigerung oder an dem Erpressungspotenzial der Mehrheitsabgeordneten scheitert. Die unmittelbaren Kontakte der Regierung zum Volk bringt das Zeitalter der disziplinierten Parteien hervor (Redslob 1918: 36f). Redslob betrachtet die Entstehung der disziplinierten Parteien und Fraktionen also als einen unumgänglichen Vorgang der Entwicklung des parlamentarischen Systems.

#### 4.5.2.3.2. Der unwahre Parlamentarismus: Parlamentsabsolutismus und die Unabhängigkeit der Abgeordneten

Redslob charakterisiert den englischen Parlamentarismus als die wahre Form, den kontinentalen dagegen als die unwahre Form des Parlamentarismus. Der französische Parlamentarismus weicht vom englischen Muster

an mehreren Punkten ab. Erstens ist Frankreich eine Republik, und in den Republiken wird ausschließlich *eine* Legitimationsform akzeptiert: Dies sind die Wahlen. Die wichtigsten politischen Ämter werden weder durch Erbfolge noch nach timokratischen Prinzipien, sondern lediglich durch die Prozedur der Wahlen besetzt. Im Gegensatz zu England oder zu anderen konstitutionellen Monarchien entscheiden über die Besetzung des Amtes des Staatsoberhauptes ebenfalls Wahlen. Die einzige offene Frage bleibt bloß, wer bei den Wahlen des Staatsoberhauptes wahlberechtigt ist. Wird der Staatspräsident vom ganzen Volk direkt gewählt, so ist seine Legitimation genauso stark wie die des Parlaments. Wird das Staatsoberhaupt dagegen vom Parlament gewählt, so ist dieser Präsident ein schwacher Präsident, und es kann keine Balance zwischen den verschiedenen Gewalten zustande kommen. Der Präsident ist vollkommen vom Parlament abhängig, das ein politisches Übergewicht besitzt (Redslob 1918: 110). Frankreich hatte allerdings auch die andere Form getestet, wobei aber beide Formen scheiterten. Wird der Staatspräsident nämlich direkt gewählt, so besitzt er eigentlich die größere Legitimationsmacht, da er in *einer* Person – und nicht als eine eventuell gesplante Versammlung – die Einheit der Nation verkörpert. Der republikanische Legitimationsprozess schließt zwar alle anderen Legitimationsprinzipien außer den Wahlen aus, macht damit aber zugleich das Gleichgewicht zwischen den Gewalten unmöglich, da eine Balance nach Redslob lediglich dann erreicht werden kann, wenn die Positionen der verschiedenen Gewalten durch unterschiedliche Legitimationsprinzipien besetzt werden. Wenn das Parlament durch Wahlen legitimiert wird, muss die Legitimation des Staatsoberhauptes auf der Erbfolge basieren. Das ist der eine Kernpunkt von Redslobs Werk.

Der französische Parlamentarismus verfügt aber über einen weiteren und vielleicht noch gravierenderen Mangel: Die französische Regierung ist nämlich nicht berechtigt, das Parlament aufzulösen, damit ein eventueller Konflikt durch neue Wahlen vom Volk gelöst werden kann. Redslob unterstreicht jedoch mehrmals: Als Wesensmerkmal des englischen Musters kann das Recht der Regierung auf Parlamentsauflösung und auf die Ausschreibung neuer Wahlen zur Lösung einer Konfliktsituation der Gewalten begriffen werden (Redslob 1918: 120). Das Auflösungsrecht wird freilich bloß als ein Instrument definiert: Mit Hilfe dieses Instrumentes kann das Volk die Konflikte direkt lösen, wobei die Wahlen zur Klärung der Frage beitragen, welche Gewalt eigentlich im Einklang mit dem Volkswillen gehandelt hat (Redslob 1918: 131).

Redslob räumt auch ein, dass der englische Parlamentarismus zwischen 1832 und 1867 dem französischen gleichkam: In diesem Zeitraum herrschte das Parlament eindeutig über die Regierung, die sich der Macht



des Parlaments nicht relevant entgegenzusetzen vermochte. Infolge der Ausbreitung des Wahlrechtes verschob sich das Machtzentrum allerdings bis zum Ende des 19. Jahrhunderts direkt auf das Volk, was zur Konsequenz hatte, dass das Volk im Konfliktfall zwischen der Regierung und dem Parlament als Schiedsrichter auftreten konnte. Der Parlamentsabsolutismus wurde dementsprechend durch die hergestellte Balance zwischen Parlament und Regierung abgelöst (Redslob 1918: 135). Der französische Parlamentarismus ist dagegen dieser unwahren Form verhaftet geblieben, in der der Macht des Parlaments keine andere Gewalt entgegengesetzt wurde. Entbehrt die Regierung des Auflösungsrechts, so muss sie abdanken, ohne dass das Volk zur Konfliktsituation befragt werden könnte. Die Parlamentarier sind dann dazu berechtigt, die Zusammensetzung der neuen Regierung zu bestimmen. Im Gegensatz zu den englischen Regierungen müssen ihre französischen Pendanten also nicht das Volk, sondern bloß die parlamentarischen Abgeordneten überzeugen. In Frankreich gilt demnach der Parlamentsabsolutismus und nicht die Balance zwischen Regierung und Parlament, weswegen Redslob den französischen Parlamentarismus als die unwahre Form des Parlamentarismus bezeichnet.

Redslob bemerkt aber auch, dass diese unwahre Form des Parlamentarismus eng mit dem Charakteristikum der französischen Parteien in Zusammenhang steht, da das Zweiparteiensystem den Parteien und den Abgeordneten Disziplin aufzwingt. Die Parteidisziplin bewirkt jedoch zugleich eine Stabilität der Regierungen. In Frankreich gibt es allerdings nicht nur zwei Parteien, sondern ein gespaltenes Parteiensystem. Aus der Pluralität der Parteien folgt ferner die Notwendigkeit der Koalitionsbildung, die die Potenz der Regierung weiter beeinträchtigt. Dazu kommt außerdem die Schwäche der Parteidisziplin. Eine feste Parteidisziplin konnte sich in Frankreich zu keiner Zeit etablieren, da das Parlament von der Regierung nicht aufgelöst werden konnte. Einem Abgeordneten ist seine Position vier Jahre sicher, daher ist er sehr viel autonomer und unabhängiger, er lässt sich von der Partei nicht überreden oder beeinflussen. Die Abgeordneten sind emotional – und rational – weniger an die Partei gebunden, müssen sich nicht permanent der Volksmeinung anpassen, um die eventuelle Wiederwahl im Fall der Parlamentsauflösung zu erreichen. Die parlamentarischen Parteien in Frankreich können als lockerer Bund autonomer und nur schwer disziplinierbarer Abgeordneter begriffen werden, die sich daher meistens rasch auflösen, um sofort eine andere Formation in einem anderen Bündnis bilden zu können. Der Grund für die permanente Regierungskrise liegt also außerdem in dem besonderen Charakter der französischen Parteien.

Diese Unabhängigkeit und Autonomie, dieser Mangel an Parteidisziplin bewirken aber die Instabilität der Regierungen des unwahren französischen Parlamentarismus (Redslob 1918: 142). Wird die Regierung durch eine Gruppe der Abgeordneten oder durch eine Partei mit temporären Verbündeten umgestürzt, dann kann diese heterogene Gruppierung meistens keine neue Regierungsmehrheit bilden, die für längere Zeit stabil genug bleibt. Diese Gruppierungen hielten einfach an einer bestimmten Ideologie fest, sie waren nicht kompromissbereit, da der Umsturz der Regierung keine gravierende Konsequenz für ihre Positionen hatte. Die Verantwortungslosigkeit zeichnet sich in diesen rein negativen, destruktiven Anstrengungen ab. Die französischen Parteien sind dogmatische Weltanschauungsparteien und nicht pragmatische Parteien wie ihre englischen Pendanten. Die englischen Parteien sind demnach viel flexibler, was für eine Stabilität unentbehrlich ist (Redslob 1918: 145f).

Nach Redslobs Folgerung verfügt der wahre Parlamentarismus also über zwei Wesensmerkmale: Einerseits handelt es sich dabei um die Abhängigkeit der Regierungsbildung, der Regierungsarbeit und des Regierungssturzes von der Parlamentsmehrheit. Im Gegensatz zum zweiten Charakterzug weisen beide Parlamentarismen dieses Merkmal auf. Das zweite Merkmal des wahren Parlamentarismus ist das Recht der Regierung zur Auflösung des Parlaments. Dieser zweite Charakterzug fehlt im französischen System, weswegen dieses bloß als unwahrer Parlamentarismus bezeichnet werden kann. Das französische System kann also zwar als Parlamentarismus definiert werden, weil die Regierung tatsächlich von der Parlamentsmehrheit abhängig ist, doch ist es eine Form des unwahren Parlamentarismus. Der Grund dafür wurzelt tief in der französischen politischen Tradition, die die Souveränität als unteilbar voraussetzt. Kann die Souveränität nicht geteilt werden, dann muss sie in Besitz einer einzigen Institution (in diesem Fall des Parlaments) bleiben. Die Balance der Gewalten setzt aber die Teilung der Gewalten voraus, welches Kriterium somit nicht in Einklang mit der französischen Tradition zu bringen ist. Einheit ohne Kompromisse anstatt Dualität – das ist die französische Tradition, die aber der eigentlichen Idee des wahren Parlamentarismus widerspricht (Redslob 1918: 179f).

#### 4.5.2.4. Der Synkretismus Schmitts

Bei der Analyse des redslobschen Textes hat sich herausgestellt, wie tief sein begrifflicher Rahmen die schmittsche Analyse des Parlamentarismus geprägt hat. Diese gemeinsame Begriffsverwendung und Grundkonzeption

führt aber nicht zu den gleichen Folgerungen. Die Lehre der Gewaltenteilung ist zwar ein Wesensmerkmal des Parlamentarismus, jedoch lehnt Schmitt die Existenz der Parteidisziplin strikt ab, obgleich sowohl bei Jellinek als auch bei Redslob die Fraktionsdisziplin eine notwendige Konsequenz der Lehre der Gewaltenteilung war. Das Recht der Parlamentsauflösung, das aus der Lehre der Gewaltenteilung folgt, führt bei Jellinek und Redslob zwangsläufig zur Disziplinierung der Parteien. Nach Jellinek und Redslob kann der wahre Parlamentarismus die disziplinierten Parteien nicht entbehren, was aber für Schmitt ein Skandalum bedeutete.

Weigerte sich die Regierungsmehrheit aus irgendeinem Grund, den Regierungsvorschlägen zuzustimmen, löste sich die Parteidisziplin also auf, dann hatte die Regierung immerhin noch die Möglichkeit, das Parlament ordnungsgemäß aufzulösen. Daraus folgte, dass sich die Regierung immer mehr von den Abgeordneten abwandte und sich direkt zum Volk hinwandte. Das Volk nämlich konnte die indisziplinierten Abgeordneten bestrafen, indem es sie bei den Neuwahlen einfach nicht wiederwählte, dazu musste die Regierung nach der Auflösung des Parlaments bloß eine erfolgreiche Propaganda gegenüber diesen Abgeordneten führen. In Frankreich hatte die Regierung in diesem Sinne keinen Spielraum: Sie konnte das Parlament nicht auflösen, weswegen sie gezwungen war, mit den jeweiligen Parlamentariern auszukommen. Der Schwerpunkt verlagerte sich in England von der Beziehung zwischen Regierung und Parlament auf die direkte Beziehung zwischen Regierung und Wahlvolk. Die Regierungspopaganda überwog gegenüber der rationalen Diskussion im Parlament immer mehr. Das hatte aber eine schwerwiegende Konsequenz hinsichtlich der Stellung der Parlamentarier und im Hinblick auf die Beziehung zwischen den Abgeordneten und den Repräsentierten zu Folge: Die Regierung wollte die Wähler mit ihrer Politik direkt ansprechen, doch zur konsequenten Durchführung ihrer Politik benötigte sie eine disziplinierte Parlamentsmehrheit. Ohne diese Disziplin hätte sie ihre Politik nur durch einen langwierigen und geheimen Kuhhandel mit den Abgeordneten durchsetzen können. Es gibt keine Parteidisziplin ohne das Recht der Regierung zur Auflösung des Parlaments, dies beweist das französische Beispiel. Aber das Auflösungsrecht (die Teilung der Gewalten) und die gleichzeitige Ausbreitung des Wahlrechtes bringt die Disziplinierung der parlamentarischen Fraktionen notwendigerweise mit sich – das ist der Standpunkt von Jellinek und Redslob.

Schmitt weigert sich jedoch, diese Konsequenz zu akzeptieren. Er verflechtet die zwei Typen des Parlamentarismus, was zu einem besonderen schmittschen Synkretismus führt. Von dem englischen, wahren Parlamentarismus entlehnt er die Lehre der Gewaltenteilung, von dem französi-

schen, unwahren dagegen die Idee der freien Diskussion der autonomen, nicht an die Fraktionsdisziplin gebundenen Abgeordneten, obwohl die gleichzeitige Realisierung der beiden Formen ausgeschlossen ist. Die Teilung der Gewalten und die freie Diskussion ohne den Zwang der Fraktionsdisziplin – das sind die zwei wichtigsten Merkmale des schmittschen Parlamentarismusideals. Er akzeptiert also nicht, was Mohl, Jellinek und Redslob als notwendige Konsequenz des wahren Parlamentarismus voraussetzen: die Fraktionsdisziplin als eine unumgängliche Konsequenz der Lehre von der Balance der Gewalten. Schmitt stellt daher das Parlament seiner Zeit einem Idealbild gegenüber, das mit der Realität niemals etwas zu tun hatte.

Aus der Prävalenz der Fraktionsdisziplin geht aber hervor, dass die parlamentarischen Entscheidungen nicht auf einer rationalen Diskussion beruhen, sondern gerade auf der Fraktionsdisziplin. Das Entfallen der rationalen Diskussion widerspricht jedoch der Logik des schmittschen Idealparlamentarismus (Schmitt 1932b: 32ff; Schmitt 1932b: 44). Ohne rationale Diskussion gibt es keine Chance zur Ermittlung des einzig richtigen Begriffes des Gemeinwohls, der der eigentliche Wille des Volkes sein sollte. Ohne rationale Diskussion herrscht die numerische Mehrheit und nicht die politische Wahrheit, deren Realisierung nach Schmitt das eigentliche Ziel des Parlamentarismus wäre (Schmitt 1932b: 32f). Die Fraktionsdisziplin kann sogar die politische Wechselwirtschaft aufheben, indem die disziplinierte Mehrheit die Diskussion ein für allemal abzuschließen vermag. Wenn die parlamentarische Mehrheit durch Fraktionsdisziplin und nicht durch rationale Diskussion gewährleistet ist, dann ist der Parlamentarismus nach Schmitt erledigt (Schmitt 1932b: 38).

#### 4.5.2.4.1. Die Kritik Scheuners

Bereits in der Zwischenkriegszeit war die weitläufig akzeptierte These Redslobs allerdings auch mit starken Herausforderungen konfrontiert. Die wesentlichen Elemente der Bestimmung des wahren Parlamentarismus (Teilung der Gewalten und Fraktionsdisziplin) wurden zwar nicht in Zweifel gezogen, doch kehrte etwa Ulrich Scheuner die Kausalität der beiden Elemente um. Während die Parteidisziplin nach der These Redslobs aus der richtigen Realisierungsform des Parlamentarismus (Teilung der Gewalten) folgt, stellt Scheuner gerade umgekehrt fest, dass die Charakterzüge und die Anzahl der Parteien, wie zum Beispiel die Dominanz der Parteidisziplin, die wahre oder unwahre Form des parlamentarischen Systems bestimmen. Diese Charakterzüge der Parteien würden die

Hauptmerkmale der Beziehung zwischen Regierung und Parlament determinieren, und nicht andersherum, wie Redslob behauptet. Die grundlegende Frage betrifft also nicht die rechtlich regulierte Relation der Regierung zum Parlament, sondern die Charakterzüge der Parteien. Sie betrifft nicht die rechtlichen Regelungen, sondern das politische Faktum der jeweiligen Prägung der Parteien. Die rechtliche und praktische Beziehung zwischen der Regierung und dem Parlament hängt im Grunde genommen vom Gepräge der Parteien ab. Sind sie diszipliniert, jedoch flexibel und pragmatisch, dann ist das Übergewicht der Regierung gesichert. Sind sie dagegen indiszipliniert, inflexibel und von weltanschaulichem Charakter, dann ist die Vorherrschaft des Parlaments gegenüber der Regierung garantiert (Scheuner 1927: 353).

Scheuner kritisiert aber beide oben dargestellten Parlamentarismustheorien. Er wirft Redslob vor, seine Theorie übertreibe stark die reale politische Macht der Exekutive, vor allem die des Monarchen, und kehre zugleich die Kausalität angesichts der Bestimmung der wahren und unwahren Form des Parlamentarismus um. Allerdings kritisiert er auch Schmitt (Scheuner 1927: 342, 219f). Nach Scheuner kann das Wesen des Parlamentarismus nicht mit dem Prinzip der Diskussion beschrieben werden. Die Charakterzüge eines parlamentarischen Systems werden seiner Ansicht nach von jenen der Parteien bestimmt. Er betont, dass das parlamentarische System in diesem Sinne – und im Gegensatz zu der schmittschen These – disziplinierte Parteien voraussetzt, hebt aber zugleich hervor, dass eben die Anzahl und die Prägung der Parteien die wahre oder unwahre Form des parlamentarischen Systems determinieren und nicht umgekehrt. Was aber bedeutet genau, dass die Anzahl und das Gepräge der Parteien den wahren oder unwahren Charakter des Parlamentarismus bestimmen? Welche Faktoren und Charakterzüge beeinflussen den Charakter des parlamentarischen Systems?<sup>230</sup>

Scheuner bezweifelt nicht, dass das Wesensmerkmal in der prinzipiellen Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit besteht. Die Regierung kann praktisch jedoch trotz dieses anerkannten Prinzips das Parlament (die Parlamentsmehrheit) dominieren. Wie ist das möglich, wovon hängt die Regierungsdominanz ab? Einerseits von der Anzahl der Parteien im parlamentarischen System. Nach der Systematisierung Scheuners müssen in diesem Sinne das Zweiparteiensystem und das Koalitions-

230 Scheuner weist allerdings auch darauf hin, dass die personale Identität des Parteiführers mit dem Ministerpräsidenten zu einer Übermacht der Regierung gegenüber dem Parlament führen kann (Scheuner 1927: 224ff, 228).

system auseinander gehalten werden. In einem wahren Parlamentarismus ist die Anzahl der Parteien auf zwei reduziert, was den Feststellungen von Mohl zu den Vorbedingungen des parlamentarsichen Systems entspricht.<sup>231</sup> Über die notwendig geringe Anzahl der Parteien hinaus setzt der wahre Parlamentarismus aber auch bestimmte Charakterzüge dieser beiden Parteien voraus. Handelt es sich beispielsweise um Weltanschauungsparteien, dann prägen tiefe politische Konflikte den Parlamentarismus, da diese Konflikte infolge der Inflexibilität der Parteien unauflösbar bleiben. Mit Weltanschauungsparteien kann das wahre parlamentarische System nicht funktionieren, da sie durch die heftigen und unauflösbaren Konflikte Instabilität stiften. Diese Parteien vertreten darüber hinaus meistens bloß Partikularinteressen oder ein Segment der Gesellschaft und nicht das Gemeinwohl.

Das prägnanteste Merkmal des parlamentarischen Systems zeichnet sich aber in der Strenge der Parteiorganisation und der Fraktionsdisziplin ab (Scheuner 1927: 350). Die Prävalenz der Parteidisziplin determiniert nämlich die Beziehung der Regierung zum Parlament. Dank der Dominanz der Parteidisziplin sollten nach Scheuner nicht mehr Regierung und Parlament im Allgemeinen einander gegenübergestellt werden, sondern vielmehr die parlamentarische Regierungsmehrheit und die Opposition. Andererseits sind die Konflikte zwischen der parlamentarischen Regierungsmehrheit und der Regierung oder gerade eine signifikante Anzahl der Mehrheitsdissidenten von größerer Bedeutung als die Gegenüberstellung von Regierungspartei und Opposition. Die Stabilität und die politische Macht der Regierung hängen nicht von der Opposition, sondern von der Disziplin der Regierungspartei ab. Scheuner geht sogar noch einen Schritt weiter und behauptet, dass der Kernpunkt das Verhältnis zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei sei. Nimmt eine Person beide Positionen gleichzeitig ein, oder besteht eine stabile Harmonie zwischen den beiden Personen, so dominiert eigentlich die Regierung die Parlamentsmehrheit. Das sei der Fall in England seit der dritten Wahlreform (Scheuner 1927: 353). Für den französischen Parlamentarismus ist dagegen eine andere Konstellation charakteristisch. Hier existieren einerseits nicht nur zwei, sondern mehrere Parteien, die außerdem inflexible Weltanschauungsparteien sind. Die Parteiführer sind darüber hinaus nicht identisch mit dem Ministerpräsidenten, was aber schwere Konsequenzen betreffend die Diszipliniertheit der Regierungsparteien zur Folge hat. Die Regierung wird also infolge der indisziplinierten

231 Dazu siehe das Kapitel 4.5.2.1. Schmitt und Mohl.

Regierungsparteien instabil, weswegen Scheuner betont, dass der Ursprung der parlamentarischen Missverhältnisse in den Charakterzügen der Parteien und des Parteiensystems zu finden ist. Das französische System sei zwar noch ein parlamentarisches System, jedoch von verzerrtem und unvorteilhaftem Charakter.

Scheuner stützt sich auf Mohl, wenn er die Bedeutung des defekten Parteiensystems in Deutschland betont und darauf verweist, dass der Ursprung aller Missverhältnisse im falschen Charakter der Parteien liegt. Die Weimarer Verfassungsväter hätten zwar versucht, der Instabilität der deutschen Regierungen durch verfassungsrechtliche Regelungen vorzubeugen, doch konnte das Problem nicht mit rechtlichen Mitteln gelöst werden. Der Ursprung der Missverhältnisse der Weimarer Republik liege nicht in der Kodifizierung der Teilung der Gewalten oder eben im Mangel dieser Kodifizierung. Das Problem sei nicht von verfassungsrechtlichem, sondern von rein politischem Charakter gewesen, was die politische Kultur des Kaiserreiches ebenso bestimmt hätte wie jene der Weimarer Republik. Die verfassungsrechtlichen Vorkehrungen gegen eine eventuelle Regierungsinstabilität, die Einsetzung eines Staatspräsidenten, der in dem System die Konflikte zwischen der Regierung und der jeweiligen Parlamentsmehrheit durch sein Recht zur Parlamentsauflösung hätte lösen können<sup>232</sup>, konnte keine Effektivität erreichen, da das Problem im verzerrten Charakter der deutschen Parteien und des deutschen Parteiensystems lag.

Hinsichtlich der wesentlichen Charakterzüge der deutschen Parteien sei nach Scheuner aber festzustellen, dass sie sich mit Hinblick auf die Entwicklung oder auf den normalen Betrieb eines wahren Parlamentarismus eher als ungünstig erwiesen. Das deutsche politische Leben prägten inflexible Weltanschauungsparteien, die kein Zeichen der Kompromissbereitschaft aufwiesen. Die Parteiführer engagierten sich eher für die Partikularinteressen der vertretenen gesellschaftlichen Gruppe und nicht für das Gemeinwohl. Deswegen betont Scheuner, dass das grundlegende Problem des deutschen Parlamentarismus nicht wie von Schmitt behauptet in der Parteidisziplin zu suchen sei, sondern in der Inflexibilität der Parteien.

232 Scheuner unterscheidet vier Methoden der Parlamentsauflösung: 1. Auflösung durch eine Volksabstimmung; 2. Selbstauflösung des Parlaments; 3. Auflösung durch die Regierung; 4. Auflösung durch den Staatspräsidenten. Diese letzte Lösung war nach Scheuner Ende des 19. Jahrhunderts allerdings nicht mehr die Praxis. Die Ansicht Redslobs ist nach Scheuner also falsch, da er die Rolle des Staatsoberhauptes in der Auflösung des Parlaments in einem Konfliktfall zwischen Regierung und Parlament hervorhebt (Scheuner 1927: 360).

Man sollte die Parteienwirtschaft also nicht durch die Negation der Existenz der Parteien auslöschen. Die Lösung liege vielmehr in der Veränderung der wesentlichen Merkmale der deutschen Parteien. Laut Scheuner kann der Parlamentarismus mit disziplinierten, doch pragmatischen und flexiblen Parteien gut funktionieren, mit inflexiblen Weltanschauungsparteien versagt er aber einfach (Scheuner 1927: 369f).

#### 4.5.3. Der Untergang des Parlamentarismus: die Trennung und Verflechtung von Staat und Gesellschaft

Im deutschen Staatsdenken existiert eine lange Tradition der Trennung und der Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft. Schmitt ist sich dessen durchaus bewusst, als er in seiner Schrift über Hugo Preuß bemerkt:

»Das staatsrechtliche Problem des 19. Jahrhunderts, die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft, wird von dem trotz des Mißerfolges von 1848 immer vordringenden gebildeten Bürgertum klar erfaßt und freimütig erörtert. Diese Generation hält daran fest, daß der *Staat über der Gesellschaft* steht, als eine Sphäre des Geistes und der Sittlichkeit (...).« (Schmitt 1930: 13)

Nach der Generation von Stein und Gneist sei diese Denktradition aber erhalten geblieben, wie der Schrift über Hugo Preuß implizit zu entnehmen ist:

»Es war nämlich eine ihrer wichtigsten Funktionen, die überragende Stellung des Staates gegenüber der Gesellschaft zu relativieren. (...) Hugo Preuß ging darin am weitesten, indem er unter Berufung auf Gierke die Wesensgleichheit aller menschlichen Verbände betonte und im Staat nur ein soziales Gebilde sah, das andern sozialen Gebilden wesensgleich ist (...).« (Schmitt 1930: 15)

Erst Hugo Preuß hatte also die Gültigkeit der Trennung bezweifelt. In dem *Begriff des Politischen* betont Schmitt den Grundcharakter des deutschen Staatsdenkens im 19. Jahrhundert, das von der Notwendigkeit der Trennung von Staat und Gesellschaft geprägt ist: »Die deutsche Staatslehre hielt zunächst noch (unter der Nachwirkung von Hegels staatsphilosophischem System) daran fest, daß der Staat gegenüber der Gesellschaft qualitativ verschieden und etwas Höheres sei.« (Schmitt 1932a: 25) Und in dem *Hüter der Verfassung* fügt Schmitt hinzu:



»Die deutschen Verfassungen des 19. Jahrhunderts stehen in einer Epoche, deren Grundstruktur von der großen deutschen Staatslehre dieser Zeit auf eine klare und brauchbare Grundformel gebracht worden ist: die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft«. (Schmitt 1931a: 73)

Schmitt meint in seinen Schriften zwar, diese Trennung überholt zu haben, ist jedoch ein eklatanter Vertreter dieser Denktradition.<sup>233</sup> Weiter oben wurde bereits gezeigt, dass Schmitt die Trennung für richtig, die Verflechtung von Staat und Gesellschaft in der Institution des Parlaments aber für irreführend hält, da die Gesellschaft den Staat als Ganzes durch eben diese Verflechtung einnehme, was aber ausschließlich Nachteile und den Verfall des Staates mit sich bringe.

In dem Kapitel 2.4.4. über *Die Endphase des Parlamentarismus* zeichnete sich diese Dualität deutlich ab, die nicht nur dem deutschen Staatsdenken des 19. Jahrhunderts, sondern auch der schmittschen Parlamentarismustheorie zugrunde lag (Schönberger 1997: 252). Schmitt führt aber weder die Relevanz dieser Trennung in Bezug auf seine Parlamentarismustheorie noch die theoretischen Grundlagen und die Tradition der Trennung von Staat und Gesellschaft detailliert aus. Aus diesem Grund soll hier erst einmal eine Darstellung dieser Tradition und ihres prägnanten Charakters im deutschen Staatsdenken folgen. Es wird aufgezeigt, dass die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft eine spezifisch deutsche Erfindung am Anfang des 19. Jahrhunderts war. Des Weiteren wird nachgewiesen, dass Schmitt die Trennung und Gegenüberstellung allerdings nicht nach der hegelschen Tradition verwendete, die in dem historischen Materialismus mündete, sondern sich mit dieser Trennung zum Teil der Tradition des monarchischen Prinzips anschloss (Leydet 1998: 113).

Die deutsche Tradition des monarchischen Prinzips ist also unter zwei Gesichtspunkten wichtig: Einerseits spielt es in der theoretischen Trennung von Staat und Gesellschaft eine wichtige Rolle, andererseits stützt sich der Repräsentationsbegriff Schmitts auf jenen des monarchischen Prinzips, der letzten Endes dem parlamentarischen Repräsentationsbegriff und dem demokratischen Identitätsbegriff zugleich gegenübergestellt wird (Schönberger 1997: 252). Hinzuzufügen ist des Weiteren, dass die konservativen Theoretiker des monarchischen Prinzips (Stahl, Seydel, Hintze) meistens eine sehr viel klarere Vorstellung von der Praxis des parlamentarischen Betriebs im Musterstaat des Parlamentarismus (England) hatten als die

233 Dazu siehe auch das Kapitel 2.4.4. Die Endphase des Parlamentarismus.

deutschen Verfechter des Parlamentarismus. Die deutschen Liberalen zur Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen noch immer auf die Balance der Gewalten als dem Wesensmerkmal des Parlamentarismus Bezug, obwohl diese Definition des Parlamentarismus von Blackstone bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts überholt worden war. Das Phantombild des Parlamentarismus als Balance der Gewalten prägte einzig die Ideen der Liberalen, nicht aber jene der Konservativen (Durner 1997: 13; Beyme 1999: 151f). Diese besondere Einstellung der deutschen Theoretiker ist freilich kein Zufall: Die Konservativen befürchteten nicht die Realisierung der normativen Ordnung der englischen Verfassung (Verfassungstext), sondern die Verfassungswirklichkeit des politischen Systems Englands, die offenkundig radikal von dem Verfassungstext abwich (Schmitt 1928a: 321). Nach dem englischen Verfassungstext blieb der Monarch weiterhin der Souverän, obwohl dieser Grundsatz mit der politischen Praxis nichts mehr zu tun hatte. Mit dem Verfassungstext hätten sich die deutschen Konservativen noch abfinden können, doch nahmen sie ganz richtig wahr, dass der englische Parlamentarismus seit langem nicht mehr auf der Balance der Gewalten, sondern entweder auf der Übermacht des Parlaments oder eben auf jener des vom Monarchen unabhängig gewordenen Ministerpräsidenten beruhte (Klenk 1930: 107).

#### 4.5.3.1. Staat und bürgerliche Gesellschaft in der politischen Theorie

Zunächst einmal muss betont werden, dass die theoretische Trennung und Gegenüberstellung der Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« bis zum Ende des 18. Jahrhunderts überhaupt nicht bekannt war. Der Begriff der Gesellschaft implizierte sogar notwendigerweise jenen der politischen Herrschaft, d. h. den Begriff des Staates. Bei der Erwähnung des Begriffes der Gesellschaft wurde jener des Staates (der politischen Herrschaft) unvermeidlich mitgedacht. Unter dem altgriechischen Begriff *politike koinonia* (Riedel 1970: 71) bzw. unter dem lateinischen *societas civilis* verstand man eine Gemeinschaft, die von freien und gleichen Individuen gestiftet wird. Mit der Stiftung dieser Gemeinschaft errichtete man aber zugleich Ämter, die mit politischer Macht ausgestattet wurden und denen man sich zu fügen hatte (Riedel 1992a: 719). Die Gesellschaft war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eine *politische* Gesellschaft, die durch politische Machkonstellationen (manchmal asymmetrisch) geprägt war. Es gab keine Gesellschaft ohne politische Macht. Es gab keine Gesellschaft ohne Staat. In dem Begriff *societas civilis* war der Begriff der Politik (der Regulierung der gemeinsamen politischen Geschäfte, d. h. *res publica*) inbegriffen.

Bürgerliche Gesellschaft und Staat waren lange Zeit Synonyme und wurden im deutschen politischen Denken erst ab Ende des 18. Jahrhunderts als Antonyme verstanden. Die Gesellschaft wurde nach dieser radikalen Verwandlung mit der Gemeinschaft freier und gleicher Privatpersonen (*bourgeois*) gleichgesetzt, die bloß ihr wirtschaftliches Interesse ohne politische Machtansprüche koordinieren wollten. Das Ziel der Gesellschaft wurde die Sicherung der Privatinteressen. Dieser Begriff der Gesellschaft steht also in einem strikten Gegensatz zu dem Begriff des Staates, der die politische Macht verkörpert. Dieser Prozess des radikalen Bedeutungswandels ist aber ausschließlich im deutschen Sprachraum wahrzunehmen. Weder die französische noch die angelsächsische politische Literatur weist diesen Bedeutungswechsel auf. Die französische *société civile* und die englische *civil society* behielten die enge Konnotation mit dem Begriff des Staates immer bei. Die *société civile* und die *civil society* waren Synonyme zum Begriff des Staates (Hofmann 2003: 424; Riedel 1992a: 720f, 739f).

Diese Tradition der Bedeutungsüberlappung der Begriffe von Gesellschaft und Staat hat ihren Ursprung bei Aristoteles. Am Anfang seiner *Politik* hält er verschiedene Formen der Gemeinschaft (*koinonia*) auseinander, legt aber zugleich fest, dass allein die politische Gemeinschaft eine allumfassende Gemeinschaft sein kann. Die anderen menschlichen Gemeinschaften können höchstens als Bestandteile dieser allumfassenden politischen Gemeinschaft betrachtet werden. Aristoteles vereint die Begriffe *polis* und *koinonia* in einem Begriff und weist damit darauf hin, dass die primäre Gemeinschaft eindeutig die politische Gemeinschaft zu sein hat (Aristoteles 1253aff; Riedel 1992a: 722). Diese politische Gemeinschaft unterscheidet sich radikal von einer familiären (patrimonialen) Gemeinschaft um das Familienhaus herum (*oikos*), die grundsätzlich einen wirtschaftlichen Aspekt hatte. Dieses *oikos* mit seinem privatwirtschaftlichen Gepräge wurde der politischen Gemeinschaft (*polis*) von öffentlich-gemeinwohlorientiertem Charakter fundamental gegenübergestellt. Die politische Gemeinschaft wird aber nicht nur durch diesen öffentlich-gemeinwohlorientierten Charakter vom *oikos* abgegrenzt, sondern auch dadurch, dass seine Mitglieder – im Gegensatz zu den Sklaven, Frauen und Kindern um den *oikos* herum – freie Bürger waren (Aristoteles 1253aff; Riedel 1992a: 722). Die Bürger schlossen sich der Gemeinschaft außerdem frei an, was von den Mitgliedern des *oikos* aber nicht gesagt werden kann. Der Bürger kann sein Leben also frei von jeglichen Zwängen führen.

Die Unterscheidung von politischer Gemeinschaft (Staat) und bürgerlicher Gesellschaft ist aber nicht nur dem Altertum unbekannt, sondern

selbst dem politischen Denken des Mittelalters und der Frühneuzeit (Riedel 1992a: 732ff). Es ist zwar richtig, dass der Staatsbegriff der Frühneuzeit, dem der Souveränitätsbegriff des absolutistischen Staates zugrunde lag, diese Unterscheidung tatsächlich angebahnt hatte, so wie der Individualismus der Naturrechtslehre ebenfalls als historische Vorbedingung der Trennung von Staat und Gesellschaft gilt. Trotzdem ist festzuhalten, dass der Bürger eines absolutistischen Staates oder eben eines Staates, der durch einen Vertrag errichtet wurde, von seiner politischen Gemeinschaft (Staat) nicht getrennt werden kann. Staat und Gesellschaft sind also weder in der absolutistischen noch in der naturrechtlichen Tradition trennbar, obwohl beide Traditionen als historische Vorbedingungen die Trennung erst ermöglicht haben.<sup>234</sup>

#### 4.5.3.1.1. Die Trennung der Begriffe »Staat« und »Gesellschaft«

Weiter unten wird darauf hingewiesen, dass Hegel als erster konsequenter Vertreter der notwendigen Trennung der politischen Gemeinschaft (Staat) von der bürgerlichen Gesellschaft gilt (Hofmann 2003: 424). Dieses hegelische Axiom wurde ganz rasch zu einem allgemein akzeptierten Grundsatz der deutschen Staatsrechtslehre, der bei einigen wichtigen Staatsrechtslehrern bis zum heutigen Tage als Ausgangspunkt dient. Das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft wird also zuerst bei Hegel von den Interessen der Individuen der Gesellschaft getrennt. Zwischen diesen beiden Interessen findet bei Hegel freilich noch eine Vermittlung statt: Der Ort dieser Vermittlung ist das Parlament, in dem die partikularen Interessen der Gesellschaft mit dem Interesse des Staates in Einklang gebracht werden. Im Gegensatz zu Schmitt, der ebenfalls die Institution des Parlaments als Einbruchsstelle anführt, bewertet Hegel diesen Einbruch bei weitem nicht so skeptisch: Nach Hegel hat das Parlament die Potenz und die Leistungsfähigkeit, die Partikularinteressen und das Gemeinwohl zu vermitteln. Hegel erachtet das Eindringen der Gesellschaft in ein Organ des Staates (Parlament) keineswegs als einen tragischen Vorgang, der zur Auflösung des Staates führen kann. Er sieht in der englischen Staatsform

234 Diese Feststellung Riedels scheint allerdings unbedacht zu sein. Es reicht aus, wenn man auf Locke verweist, der den Staat und die Gesellschaft durch die Unterscheidung des Gesellschaftsvertrages und des Vertrages, durch den die Staatsorgane errichtet werden, auseinander gehalten hat. Zugleich muss aber hinzugefügt werden, dass Locke in dem Begriff *civil society* die beiden Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« verflechtet (Riedel 1992a: 737).

(*king-in-parliament*), der die Lehre der Gewaltenteilung zugrunde liegt, ein funktionsfähiges System, das die Vermittlung gerade in der Institution des Parlaments sichern kann. In welcher Weise entlehnt also Schmitt die Trennung von Staat und Gesellschaft von Hegel, und warum meint Hegel im Gegensatz zu Schmitt, dass die Verflechtung von Staat und Gesellschaft über einen positiven Ausgang verfügen kann?

#### 4.5.3.2. Die Klassiker der Trennung und Verflechtung der beiden Begriffe: Hegel

Der Begriff der Gesellschaft als unpolitische Entität hat seinen Ursprung also bei Hegel (Riedel 1970: 20ff; Riedel 1992a: 779ff). In *Grundlinien der Philosophie des Rechts* definiert er die Gesellschaft als einen Verband von Privatpersonen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse durch ihre Arbeit. Der Gesellschaft liegt in diesem Sinne kein Vertrag zugrunde, wenn der Vertrag als Organisator der politischen Machtkonstellationen verstanden wird (Riedel 1992b: 836). Die Individuen befriedigen ihre privaten Bedürfnisse durch ihre Arbeit und durch Handel, die Gesellschaft erleichtert diese Arbeit bloß, ohne die Einbeziehung des Momentes der politischen Macht. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Individuen setzt aber die Kooperation der Individuen der bürgerlichen Gesellschaft voraus. In einer bürgerlichen Gesellschaft, die ein Zwischenzustand der historischen Entwicklung zwischen der Familie und dem Staat ist, sind die Individuen aufeinander angewiesen. Ohne die Kooperation können sie ihre Bedürfnisse, die in einem hierarchischen System aufgebaut sind,<sup>235</sup> mit Gewissheit nicht befriedigen (Hegel 1821: §182). Der Mensch hat aber im Gegensatz zu den Tieren eine unbegrenzte Anzahl von Bedürfnissen. Das Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft ist also der *Bourgeois*, der sich ausschließlich auf die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse konzentriert (Hegel 1821: §190). Die bürgerliche Gesellschaft verfügt deswegen über drei wesentliche Elemente: a) das System der Bedürfnisse, b) den Schutz des Eigentums, c) die Realisierung der besonderen Interessen und Ziele der Individuen durch die verschiedenen Korporationen und durch die Polizei (Hegel 1821: §188). Die besonderen Bedürfnisse können mit Hilfe des Eigentums und der Arbeit befriedigt werden (Hegel 1821: §201–205). Die unterschiedliche Größe der verschiedenen Eigentümer löst aber unter den Indi-

235 »Meinen Zweck befördernd, befördere ich das Allgemeine, und dieses befördert wiederum meinen Zweck.« (Hegel 1821: §183–184)

viduen Konflikte aus (Hegel 1821: §243ff). Das Rechtssystem der bürgerlichen Gesellschaft, das die Sicherheit des Eigentums und der Personen garantieren soll, kann diese Konflikte aber nur temporär dämpfen (Riedel 1970: 61f; Hegel 1821: §211ff). Die bürgerliche Gesellschaft garantiert bloß einen scheinbaren, vorgetäuschten, illusorischen Frieden, da die gravierenden Konflikte, die durch die unterschiedliche Größe des Besitzes ausgelöst werden, wegen der zwangsläufigen Ausdehnung derselben die bürgerliche Gesellschaft auflösen (Hegel 1821: §246, 248).

#### 4.5.3.2.1. Die Vermittlung der polemischen Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« in den Ständen

Der Übergang der bürgerlichen Gesellschaft in den Staat kann die Konflikte der Privatinteressen sowie die Konflikte zwischen den Privatinteressen und dem Gemeinwohl nicht lösen.<sup>236</sup> Das zeigt sich in der Staatsorganisation selbst: Während der Staat auf der höchsten administrativen Ebene durch Beamte verwaltet wird, die ausschließlich das Gemeinwohl und nicht die Privatinteressen berücksichtigen (Hegel 1821: §289), können die Privatinteressen der Beamten und das Gemeinwohl auf einer unteren Ebene der Staatsverwaltung schwer auflösbare Konflikte auslösen.<sup>237</sup> Hegel misst deswegen den Korporationen, die für den zweiten Stand der Gesellschaft (Handwerker und Geschäftsmänner) charakteristisch waren, eine bedeutendere Rolle bei: Diese Korporationen (Selbstverwaltungen oder industrielle Korporationen) sollen zwischen den besonderen Interessen und dem allgemeinen Interesse der politischen Gemeinschaft vermitteln. Sie integrieren beide Arten der Interessen und vertreten zugleich die Privatinteressen und das Gemeinwohl (Hegel 1821: §290; Riedel 1970: 73). Die Gemeinden und diese Korporationen wandeln sich also nach

236 »Wie die bürgerliche Gesellschaft der Kampfplatz des individuellen Privatinteresses alle gegen alle ist, so hat hier der Konflikt desselben (Privatinteresses) gegen die gemeinschaftlichen besonderen Angelegenheiten, und dieser zusammen mit jenem gegen die höheren Gesichtspunkte und Anordnungen des Staats, seinen Sitz.« (Hegel 1821: §289; Riedel 1970: 71)

237 »Insofern diese Angelegenheiten, die sie besorgen, einerseits das Privateigentum und Interesse dieser besonderen Sphären sind und nach dieser Seite ihre Autorität mit auf dem Zutrauen ihrer Standesgenossen und Bürgerschaften beruht, andererseits diese Kreise den höheren Interessen des Staates untergeordnet sein müssen, wird sich für die Besetzung dieser Stellen im allgemeinen eine Mischung von gemeiner Wahl dieser Interessenten und von einer höheren Bestätigung und Bestimmung ergeben.« (Hegel 1821: §288, §290)

Hegel zu den standfesten Säulen des Staates, da die Konflikte zwischen den partikularen Interessen und dem allgemeinen Interesse am besten in diesen Körperschaften geschlichtet werden können (Hegel 1821: §290). Das Ziel der Individuen ist immer ein partikulares Ziel, das meistens mit dem einzigen Interesse des Staates, mit dem allgemeinen Interesse, kollidiert (Hegel 1821: §270). Dieses allgemeine Interesse kann allerdings durch die Beamten vertreten werden (Hegel 1821: §205; Hegel 1821: §297).

#### 4.5.3.2.2. Die Vermittlung der polemischen Begriffe »Staat« und »Gesellschaft« im Parlament

Über diese Gemeinden und Korporationen hinaus gibt es noch eine weitere Institution, in der die zwei Arten der Interessen vermittelt werden können: Dies ist das Parlament. Hier werden die Privatinteressen der Stände mit dem Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft konfrontiert (Riedel 1970: 74; Hegel 1821: §303). Die Stände repräsentieren allerdings gleichzeitig die Privatinteressen ihrer gesellschaftlichen Gruppe und das Staatsinteresse, da sie als Mitglieder eines Staatsorgans (Parlament) das allgemeine Interesse des Staates zugleich berücksichtigen müssen. Die Stände vermitteln also durch ihre Anwesenheit und Aktivität im Parlament zwischen dem Staat und der Gesellschaft. Die Spannung zwischen Staat und Gesellschaft kann somit durch diese Vermittlungstätigkeit der Stände aufgelöst werden (Hegel 1821: §302).

Eine Wahl der parlamentarischen Abgeordneten ist aus zwei Gründen unabdingbar: Einerseits weil die Größe der Stände verhindert, dass alle Subjekte der Stände bei einer Versammlung persönlich anwesend sein können, andererseits aber müssen die Stände Repräsentanten wählen, weil die Individuen der Stände in ihrer Individualität nicht dazu geeignet sind, das allgemeine Interesse zu vertreten. Als Individuen können sie bloß ihre Eigeninteressen vertreten. Der Partikularismus der Individuen der Stände kann erst im Akt der Wahl eines Repräsentanten vermittelt werden. Der Sinn der Repräsentantenwahl lässt sich in zwei Momenten erfassen: Zum einen ist der Repräsentant ein Experte der Eigeninteressen des betroffenen Standes, zum anderen können sich die gewählten Repräsentanten von den partikularen Interessen ihres Standes jedoch abheben, das Gemeinwohl gegenüber den Partikularinteressen richtig abwägen und es bei ihrer Entscheidung berücksichtigen (Hegel 1821: §301). Hegel ist nämlich der Meinung, dass die Abgeordneten das eigentliche Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft in der Versammlung durch rationale Diskussion

zu ermitteln in der Lage sind. Aus diesem Grund lehnt er die Idee des imperativen Mandats entschlossen ab. Die Textstellen der *Rechtsphilosophie* veranlassen den Leser zu einer Interpretation, nach der die Abgeordneten sogar gegenüber den unmittelbaren Interessen ihres Standes handeln und argumentieren dürfen, falls damit dem Stand das fernere aber wesentlichere Interesse des Staates – damit jedoch auch seines Standes – auferlegt wird (Hegel 1821: §309).<sup>238</sup> Das allgemeine Interesse ist freilich zugleich das Interesse eines besonderen Standes, deswegen können beide durch den Repräsentanten vermittelt werden. Dieser Repräsentant, der notwendigerweise ein Mitglied des gegebenen Standes sein muss, ist also geeignet, die Vermittlungsarbeit auszuführen. Als Mitglied eines Standes erlebt er dessen partikulares Problem, als Abgeordneter kann er jedoch zugleich die umfassenden Probleme der ganzen politischen Gemeinschaft erleben. Daraus folgt, dass der Repräsentant nicht anstatt eines anderen handelt, sondern in seiner Person das Interesse seines Standes und zugleich das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft verkörpert (Hegel 1821: §311).

Die Vermittlung der Interessen des Staates und der Gesellschaft erfolgt aber nicht nur innerhalb eines Standes. Die zwei Stände (Aristokraten und Bürgertum), die Hegel anführt, versammeln sich in zwei getrennten Kammern. Das bikamerale System erzwingt nicht nur die gründliche, doch zeitaufwendige Erwägung einer politischen Frage, die zweite Kammer kann nach Hegel die gravierenden Konflikte neutralisieren oder zumindest mildern. Die Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft können durch die Einschaltung einer zweiten Kammer noch besser abgedämpft werden. Das bikamerale System kann somit bei der Beilegung der Konflikte zwischen Staatsinteresse und Eigeninteressen ein effektives Instrument sein (Hegel 1821: §313).

#### 4.5.3.2.3. Die wahre Form der parlamentarischen Vermittlung: die Teilung der Gewalten und die konstitutionelle Monarchie

Die Teilung, die die Vermittlung zwischen den zwei Arten der Interessen effektiv fördert, charakterisiert aber nicht nur das Parlament (die Legislative), vielmehr ist nach Hegel die ganze Staatsgewalt aufzuteilen (Hegel 1821: §269). Diese getrennten Gewalten üben ihre Macht jedoch nicht

238 »Die Steuern, die die Stände bewilligen, sind ferner nicht wie ein Geschenk anzusehen, das dem Staate gegeben wird, sondern sie werden zum Besten der Bewilligenden selbst bewilligt.« (Hegel 1821: §301 Zusatz)



absolut isoliert voneinander aus. Die Teilung der Staatsgewalt ist also nicht mit der Trennung der Staatsgewalten gleichzusetzen. Die einzelnen Staatsgewalten üben nicht nur im negativen Sinne einen Einfluss auf die anderen aus. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich nicht nur auf die Einschränkung der Tätigkeit der anderen Staatsgewalten (Hegel 1821: §272). Eine derart negative Einstellung könnte nämlich nicht als einheitsstiftende Antriebskraft funktionieren, obwohl ihre wichtigste Aufgabe gerade die Vermittlung und damit die Einheitsstiftung innerhalb des Staates wäre. Alle Staatsgewalten enthalten das Moment der Totalität, indem die eine Gewalt auch ein Element einer anderen beinhaltet. Sie dürfen aus diesem Grunde nicht separiert werden (Hegel 1821: §272–273 Zusatz). Hegel betont daher, dass die Legislative die zwei anderen Gewalten (diese sind bei Hegel die Regierung und der Monarch, und nicht die Regierung und die Gerichtsbarkeit) umfasst. Eine Separation der Gewalten würde die Einheitsstiftung, die Vermittlung der Interessen verhindern. Die Minister müssen deswegen zugleich Parlamentsabgeordnete, ja sogar Mitglieder der Parlamentsmehrheit sein, da eine Harmonie (Einheit, Vermittlung) erst in diesem Falle entstehen kann (Hegel 1821: §300).

Hegel meint zugleich, dass die Macht des konstitutionellen Monarchen die Momente der Legislative und der Exekutive ebenfalls beinhaltet (Hegel 1821: §300). Während die Legislative die allgemeine Richtung der Politik zu bestimmen hat und die Regierung die Funktion der Subsumierung des Einzelfalles unter der allgemeinen Regel (d. h. die Durchführung dieser allgemeinen Regel) erfüllen muss, ist der Monarch die letzte Entscheidungsgewalt. In dieser Letztentscheidung des konstitutionellen Monarchen stellt sich die Einheit des Allgemeinen (Legislative) und der Einzelnen (Regierung) dar. Der konstitutionelle Monarch vereint in sich demnach alle drei Gewalten (Hegel 1821: §273). Die Teilung und die gleichzeitige Harmonie, die durch die Wechselwirkung der einzelnen Gewalten entstanden ist, zeigen sich also am besten in dem englischen Begriff *king-in-parliament*. Die konstitutionelle Monarchie als Staatsform integriert die drei Momente somit zugleich: das Moment des Allgemeinen (Gesetze), des Einzelfalles (Subsumierung des Einzelfalles unter dem Allgemeinen) und das Moment der Letztentscheidung in dem Akt der monarchischen Verkündung der Gesetze (Hegel 1821: §275).

#### 4.5.3.3. Die Klassiker der Trennung und Verflechtung der beiden Begriffe: Lorenz von Stein

Ein weiterer Autor, dem die Unterscheidung und Trennung von Staat und Gesellschaft zugeschrieben wird und der einen starken Einfluss auf Schmitt ausgeübt hat, ist Lorenz von Stein (Durner 1997: 39). Schmitt zitiert von Stein in seiner *Verfassungslehre* an zahlreichen Stellen.<sup>239</sup> So beruft er sich auf ihn auch bei seiner Beweisführung zur Unvereinbarkeit des Parlamentarismus mit dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie, doch war er sich der Bedeutung von Steins hinsichtlich der Trennung von Staat und Gesellschaft ebenfalls bewusst (Schmitt 1928a: 310). Er nimmt in dem *Hüter der Verfassung* sogar direkt Bezug auf ihn, als er die deutsche Tradition der Trennung von Staat und Gesellschaft behandelt (Schmitt 1931a: 73). Die Unvereinbarkeit des Parlamentarismus mit dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie unterscheidet von Stein zwar von Hegel, doch meint von Stein, dass die Interessen des Staats und der Gesellschaft in der Institution des Monarchen trotz allem harmonisiert werden könnten. Der Monarch ist bei von Stein die letzte Entscheidungsinstanz überhaupt, ist aber nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Parlament nach dem hegelischen Typ des *king-in-parliament* gezwungen. Die Harmonisierung der beiden Interessen erfolgt allein durch den Monarchen und nicht durch die Zusammenarbeit des Monarchen mit dem Parlament wie bei Hegel.

Die Konzeptionen der Trennung von Staat und Gesellschaft und die Harmonisierung der Interessen der beiden durch eine Zusammenarbeit nach dem Vorbild *king-in-parliament* (Hegel) oder eben durch den Monarchen allein (von Stein) weisen allerdings wesentliche Unterschiede zu den Vorstellungen Schmitts auf, derer er sich selbst auch bewusst war. Schmitt hat das Hauptwerk von Steins eingehend studiert, in dem dieser die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft teils analog zu der hegelischen Trennung und der gleichzeitigen Harmonisierung der beiden, teils aber stark von der Lösung Hegels abweichend interpretierte (Blasius 2004: 6). Nach der schmittschen Interpretation beabsichtigt von Stein, das Durchdringen des Staates durch die Gesellschaft mit Hilfe einer besonderen deutschen Lösung zu verhindern. Nach der Interpretation Schmitts strebt von Stein viel eher nach der Harmonie als nach der strikten Trennung der Interessen von Staat und Gesellschaft (Schmitt 1935: 191). Wie stellt sich von Stein also die Trennung und Harmonisierung von Staat und Gesellschaft vor?

239 Schmitt nimmt oft auf Stein Bezug (Schmitt 1930: 13ff).

#### 4.5.3.3.1. Die Konzeption von Staat und Gesellschaft bei von Stein

Von Stein geht bei der Definition des Begriffes der Gesellschaft von dem Axiom aus, dass das Individuum seine Substanz in seiner Einsamkeit nicht voll entfalten kann. Die Darstellung des Individuums ist gewissermaßen mit der kantschen *ungeselligen Geselligkeit* vergleichbar: Das Individuum will nach von Stein alles beherrschen, während kein Individuum dazu alleine fähig ist. Alle Individuen benötigen also die Hilfe der anderen, während sich diese anderen zugleich als Gegner erweisen, die ihre Bestrebungen eindämmen können (Stein 1850a: XIII). Die Existenz der Gesellschaft hängt daher nicht von den Willen der Individuen ab, sie ist einfach unumgänglich. Ohne Gesellschaft ist die Entfaltung des Individuums unvorstellbar. Die Gesellschaft besitzt jedoch als Einheit eine autonome Form, sogar einen autonomen Willen. Diesen einheitlichen Willen bezeichnet von Stein als der Staat. Der Staat ist somit der einheitliche Wille der Gesellschaft (Stein 1850a: XV).

Die Gesellschaft ist aber janusköpfig: Sie kann nicht nur als eine Einheit aufgefasst werden, sondern ist auch als der Kontrapunkt des Staates, der einen einheitlichen Willen besitzt, zu begreifen. Sie ist voll mit Spannungen, die ihre Einheit auflösen können. Wie sind diese Spannungen zustande gekommen? Das Individuum versucht, die Natur durch seine Arbeit zu beherrschen. Die bearbeiteten Rohstoffe der Natur sind das Eigentum des Individuums. Von Stein betont aber zugleich, dass sich die Rohstoffe selbst im Besitz bestimmter Individuen befinden, somit können die Individuen, die keine Rohstoffe besitzen, durch ihre Arbeit kein Eigentum erwerben (Stein 1850a: XVIII). Das Eigentumsrecht aber ist die Quelle der Konflikte. Zum Arbeiten sind alle Individuen in der Lage, doch wenn sie keine Rohstoffe besitzen, die bearbeitet werden müssen, dann können sie auch über kein Eigentum verfügen. Der Konflikt innerhalb der Gesellschaft eskaliert also zwischen den Besitzern und den Besitzlosen.<sup>240</sup> Der Besitz ist die Konfliktquelle der Gesellschaft (Stein 1850a: XXVIII). Das Leben ist nach von Stein zudem eine Bewegung durch Gegensätze (Konflikte). Der besagte Konflikt ist aber nicht nur für die innere Spannung der Gesellschaft charakteristisch: Er kennzeichnet ebenso die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft (Stein 1850a: XXXI). Diese Bewegung hat kein Ende, es gibt keinen letzten Sieg. Die zeitweilige Vormacht-

240 Hier scheint allerdings der Text etwas widersprüchlich zu sein: Einerseits legt Stein fest, dass das Eigentum durch die Arbeit entsteht, andererseits behauptet er hier, dass das Eigentum nicht nur durch die Bearbeitung eines Materials zustande kommen kann (Stein 1850a: XXIII).

stellung des Staates oder eben der Gesellschaft gegenüber den anderen kann nur temporär sein. Ein anderes Szenario würde den Tod der Gesellschaft bedeuten.<sup>241</sup>

Dieser endlose Konflikt ergibt sich aus dem Unterschied zwischen den Prinzipien der beiden (Staat und Gesellschaft). Das Prinzip des Staates kann als die Förderung der Entfaltung aller Individuen (Staatsbürger) des Staates definiert werden. Je weiter die Staatsbürger finanziell und geistig entwickelt sind, desto stärker ist der Staat. Der Staat hat also nach der Definition von Steins ein obligatorisches Endziel: die Unterstützung der Entfaltung und der finanziellen sowie mentalen Entwicklung der einzelnen Staatsbürger (Stein 1850a: XXXVI; Stein 1850a: XXXIVff). Das Prinzip des Staates weist somit darauf hin, dass der Staat immer und ausschließlich die Entwicklung der Individuen fördert, wobei diese Individuen als freie und gleiche Subjekte vorausgesetzt werden (Stein 1850a: XLV). Wenn dies das Prinzip des Staates ist, dann stellt sich nach von Stein die Frage: Wieso wurde dieses Prinzip nicht in die Realität umgesetzt? Die Antwort ist einfach: Das Prinzip des Staates konnte nicht realisiert werden, weil ein partikulares Segment der Gesellschaft die Staatsgewalt in Beschlag genommen hatte und ausschließlich zur Realisierung seiner Eigeninteressen benutzte. Die herrschende Klasse berücksichtigte nach der Ergreifung der Staatsgewalt allein die Interessen der Individuen der eigenen Klasse und nicht aller Individuen der Gesellschaft. Nach dem Prinzip des Staates sollte der Staat zwar die Interessen aller Individuen fördern, jedoch verhinderte die herrschende Klasse die Umsetzung eben dieses Prinzips. Dem Prinzip des Staates steht in diesem Fall das Prinzip der Gesellschaft gegenüber. Nach dem Prinzip der Gesellschaft kämpfen die Individuen gegeneinander, zu Beginn vor allem die Besitzer und die Besitzlosen. Das Prinzip der Gesellschaft entfacht also die Konflikte (Stein 1850a: XXXIX). Das Prinzip der Gesellschaft ist das Eigeninteresse: Die Individuen – oder ein Segment der Individuen – benötigen die anderen zur Verwirklichung ihrer Ziele, sie wollen daher die anderen als Mittel oder Instrument zur Realisierung ihrer eigenen Ziele benutzen. Das eine Segment will das andere zu seinem Knecht machen und Nutzen aus ihm ziehen. Von Stein gibt daher das Eigeninteresse als den eigentlichen Antrieb der Gesellschaft an. Dieser Antrieb setzt die Gesellschaft in

241 Mehrere Beispiele beweisen die Möglichkeit des Verfalls und den Untergang eines Staates. Viele Staaten sind untergegangen, weil die Gesellschaft den Staat absolut erobert hat. (Stein 1850a: XXXI) Es gibt aber auch den umgekehrten Fall: Konzentriert sich der Staat nicht auf die Entwicklung seiner Bürger, sondern ausschließlich auf die Bewahrung der Macht, dann geht dieser Staat ebenfalls unter.

Bewegung (Stein 1850a: XLI). Das Prinzip des Staates widerspricht also dem Prinzip der Gesellschaft, obwohl die Individuen des Staates und der Gesellschaft identisch sind (Stein 1850a: XLIII). Der Gegensatz zwischen den beiden löscht die beiden Prinzipien freilich nicht aus, er setzt vielmehr eine historische Bewegung in Gang, denn das Leben besteht gerade in diesem Kampf der Gegensätze (Stein 1850a: XLIVff).

Nach dem Grundkonzept von Steins stehen also die Prinzipien des Staates und der Gesellschaft in einem radikalen Gegensatz zueinander. Gemäß dem Prinzip der Gesellschaft versucht die jeweilige herrschende Klasse, die Ressourcen des Staates immer zur Realisierung ihrer Eigeninteressen auszunutzen. Dieser Missbrauch der Staatsgewalt charakterisiert also die Realität. Ihm wird eine Bestrebung der jeweils politisch Benachteiligten entgegengesetzt: Sie versuchen die Macht zu ergreifen oder zumindest in die herrschende Klasse aufzusteigen, um die Staatsgewalt ebenfalls zur Realisierung ihrer Eigeninteressen zu nutzen. Der Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft ist daher bloß die Transponierung der inneren Konflikte der Gesellschaft auf den Kompetenzbereich des Staates. Der Staat (die Staatsgewalt) ist nur ein Instrument der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur Bekämpfung des Gegners. Die wahre Bruchlinie verläuft also nicht zwischen dem neutralen Staat und der Gesellschaft, sondern zwischen zwei konträren gesellschaftlichen Gruppen. Die eine ergreift die Staatsgewalt, die andere versucht entweder die eine zu besiegen oder als Verbündete gegenüber den weiterhin benachteiligten Bürgern aufzutreten. Der Staat ist also einzig und allein ein Instrument im Kampf der gesellschaftlichen Gruppen.

Schmitt beanstandet dieses steinsche Prinzip der Gesellschaft schlechthin. Er akzeptiert nicht, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen die Staatsgewalt (den Staat) zwecks der Realisierung ihrer Eigeninteressen ausbeuten. Von Stein bewertet diesen Vorgang des permanenten Missbrauchs der Staatsgewalt aber im Gegensatz zu Schmitt als eine unumgängliche und natürliche Gesetzmäßigkeit, die die historische Entwicklung in Gang hält. Dieser Gesetzmäßigkeit soll nicht die nostalgische Idee eines Staates entgegengehalten werden, der sich von den Partikularinteressen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen deutlich abhebt, vielmehr ist das Endziel der Entwicklung zu berücksichtigen und hervorzuheben. Der Kampf erlischt nämlich, die Instrumentalisierung des Staates für das Eigeninteresse wird abgebrochen, wenn letzten Endes alle gesellschaftlichen Gruppen eine Zugangsmöglichkeit zur politischen Macht haben, wenn alle Staatsbürger Besitzer werden, wenn alle Staatsbürger gleichberechtigt sind. Der Missbrauch des Staates hätte nach von Stein nur in dem Fall tragische Konsequenzen, wenn die historische Bewegung

steckenbleiben würde. Von Stein erklärt also den unumgänglichen Missbrauch der Staatsgewalt mit der Notwendigkeit der historischen Entwicklung, die in der Gleichberechtigung aller Staatsbürger mündet. Schmitt dagegen lehnt die Praxis des Missbrauches der Staatsgewalt zwecks der Realisierung der Eigeninteressen strikt ab. Die Staatsgewalt kann seiner Ansicht nach keinesfalls als Instrument der Eigeninteressen dienen. Der Staat muss immer und jeweils das Interesse der ganzen Gesellschaft fördern. Die Idee des schmittschen Staates schließt die Vertretung der Partikularinteressen mit staatlichen Instrumenten daher aus. Der wahre Konflikt ist nach Schmitt also der Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Gemeinwohl und Partikularinteresse, und nicht der Konflikt innerhalb der Gesellschaft, wie von Stein betont.

#### 4.5.3.3.2. Die Inkompatibilität der Prinzipien der Monarchie und des Repräsentativsystems

In Bezug auf die vorliegende Arbeit sollen zwei Elemente der steinschen Konzeption hervorgehoben werden: einerseits der Unterschied zu Schmitt hinsichtlich der Trennung von Staat und Gesellschaft, der im vorherigen Kapitel umrissen wurde, und andererseits die Untersuchung des steinschen Konzeptes der Monarchie, da der Position des Monarchen an einem bestimmten Punkt seiner Konzeption eine wesentliche Rolle beigemessen wird.

Die Relevanz des Monarchen wird von Stein an einer Stelle bezüglich der »volkswirtschaftlichen Gesellschaft« des Zeitalters Napoleons und an einer weiteren Stelle im Hinblick auf eine künftige soziale Monarchie hervorgehoben. Der Monarch des napoleonischen Zeitalters hatte die Aufgabe, die Rechtssicherheit und das Eigentumsrecht zu garantieren. Er vertrat niemals partikulare Interessen. Der damalige Monarch war ein neutraler politischer Akteur, der alle Partikularinteressen durch die Garantie der Rechtssicherheit förderte (Stein 1850a: 310). Das Prinzip dieser volkswirtschaftlichen Gesellschaft war gerade die Konzentration der Staatsgewalt in der Hand einer Person. Das Selbstbewusstsein des Bürgertums wurde jedoch immer stärker, was aber dazu führte, dass es sich selbst mit Hilfe eines repräsentativen Organs regieren wollte und die Idee der Machtkonzentration in der Hand des Monarchen ablehnte. In diesem historischen Moment tauchte das demokratisch-volksrepräsentative Prinzip auf, das die Selbstregierung durch eine Repräsentativkörperschaft verwirklichte. Die volkswirtschaftliche Gesellschaft verwandelt sich in eine staatsbürgerliche Gesellschaft, in der die Bürger sich zum Teil selbst

regieren können. Sie finden sich nicht mehr mit einer Situation ab, in der der Monarch keinen Verstoß gegenüber der Verfassung begeht, aber weiterhin alleine regiert. Sie wollen sich selbst regieren, wollen den Minister, der sich dem Willen der Parlamentsmehrheit widersetzt, abwählen können (Stein 1850b: 47). Dieses Prinzip werde vor allem durch die Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit durchgesetzt. Die Verfassungen der staatsbürgerlichen Gesellschaften versuchten allerdings, die Prinzipien der Demokratie und der persönlichen Machtausübung in Einklang zu bringen, obwohl die beiden Prinzipien einander widersprechen:

»Das ist daher das Prinzip aller volkswirtschaftlichen Verfassung, wodurch sie sich einerseits von der absolut monarchischen, andererseits von der rein demokratischen unterscheidet: sie will eine Beherrschung des Staatswillens durch die Volksvertretung ohne Verletzung der Selbständigkeit der persönlichen Staatsgewalt.« (Stein 1850a: 313)

Diese Bestrebung zur Harmonisierung des demokratischen und des monarchischen Prinzips führte aber zu einer zwiespältigen Situation in der staatsbürgerlichen Gesellschaft. Das beweisen die französische Charte von 1814 und die französische Verfassung vom Jahr 1830: In beiden Verfassungen versuchten die Verfassungsväter, das Prinzip der persönlichen Staatsgewalt mit dem der körperschaftlichen Volksvertretung gleichzeitig zur Geltung zu bringen (Stein 1850b: 46; Stein 1850a: 329). Das größte Problem bedeutete aber, dass die genaue Grenzlinie zwischen den beiden Prinzipien nicht gezogen wurde:

»Dieser Schein der constitutionellen Monarchie ist daher in der That, um nicht zu sagen ein absoluter Widerspruch, so doch ein absolut unaufgelöster Gedanke. Kein menschlicher Scharfsinn ist scharf genug, um diesen Gegensatz begrifflich zu lösen und juristisch eine Grenze zu ziehen, die links und rechts keinen Widerspruch mehr enthielte.« (Stein 1850a: 336)

Die konstitutionelle Monarchie erweckt wegen der Unklarheit der Frage der Souveränität den Eindruck, eine Übergangsform des Staates zu sein. Es ist kein Zufall, dass Schmitt in der *Verfassungslehre* direkt auf von Stein Bezug nimmt (Schmitt 1928a: 310). Schmitt zieht daraus die Konsequenz, dass die konstitutionelle Monarchie tatsächlich eine Übergangsform von der absoluten Monarchie (absolute Repräsentation) zur Demo-

kratie (absolute Identität) ist, die so schnell wie möglich abgeschafft werden muss (Schmitt 1928a: 310).

Die Stein-Interpretation Schmitts muss allerdings an zwei Stellen korrigiert werden. Von Stein bewertet diese innere Spannung der konstitutionellen Monarchie nicht als einen Zustand, der dringend zurückgelassen werden sollte, da die Spannung, der Konflikt, der Kampf der Gegensätze nach seiner Ansicht ein unumgänglicher Bestandteil des Lebens ist. Die historische Entwicklung benötigt diese und noch weitere Konflikte. Alle lebendigen Verfassungen hatten und werden über eine solche innere Spannung verfügen, wenn sie tatsächlich als lebendig bezeichnet werden können. Von Stein ist der Meinung, dass alle guten Verfassungen solche Konflikte notwendigerweise beinhalten, die die historische Fortbewegung ermöglichen, sich aber in einer späteren Phase dieser Entwicklung in einer Harmonie auflösen (Stein 1850a: 338f).<sup>242</sup>

Von Stein schreibt dem Monarchen in dieser Übergangsform der historischen Entwicklung zudem ebenfalls eine wesentliche Rolle zu.<sup>243</sup> Die Monarchie ist zwar nicht mehr eine Institution, die von Gott eingesetzt und ererbt wurde, zugleich aber infolge dieser beiden Eigenschaften über der Gesellschaft und über den gesellschaftlichen Partikularinteressen steht, doch spielt sie bei den größeren gesellschaftlichen Veränderungen eine wesentliche Rolle (Stein 1850b: 51).

#### 4.5.3.3.3. Der Monarch als eine Institution, die über den inneren Konflikten der Gesellschaft steht

Zum Wesen der Monarchie gehört nämlich, dass der Monarch »der Vertreter der selbständigen, über der Gesellschaft stehenden persönlichen Idee des Staats und mithin seiner Bestimmung nach der Träger der freiheitlichen Entwicklung ist.« (Stein 1850b: 52) Allein der Monarch und seine Beamten sind imstande, den Staat, der zu einem Kampfplatz der gesellschaftlichen Partikularinteressen verwahrlost ist, vor dem Zusammenbruch zu retten. Sie allein sind in der Lage, das spezifische Ziel des Staates unter

242 Der Konflikt unter den Gewalten kann allerdings nicht als Grundkonflikt der Geschichte bezeichnet werden. Der grundlegende Konflikt ist der Kampf unter den gesellschaftlichen Klassen (Stein 1850b: 39).

243 Böckenförde betont, dass sich Stein gar nicht auf das monarchische Prinzip bezieht, obwohl er der Monarchie eine wichtige Rolle zuschreibt. Stein stützt sich nämlich nach Böckenförde in vielerlei Hinsicht auf die Ideen von Constant zur neutralen (monarchischen) Gewalt (*pouvoir neutre*) (Böckenförde 1976: 14).



Berücksichtigung der besonderen Interessen des ganzen Staates und erheben über die einzelnen Partikularinteressen die Erstarkung der Staatsbürger durch ihre finanzielle und geistige Entwicklung zu realisieren.<sup>244</sup> Von Stein nimmt zwar wahr, dass sich die enge Verflechtung des Prinzips des Staates (die Förderung der Güter der Staatsbürger) mit der Institution des Monarchen allmählich auflöst, doch beharrt er darauf, dass der Monarch weiterhin als eine Institution über den Partikularinteressen stehend funktionieren und das Interesse des ganzen Staates vertreten kann (Stein 1850c: 15, 20). Der steinsche Text scheint an dieser Stelle widersprüchlich: Während er früher nachdrücklich betont hat, dass die Individuen, die das Prinzip des Staates in die Realität umsetzen, immer zu einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse gehören und deswegen den Staat eher als Instrument der Verwirklichung ihrer Eigeninteressen und nicht des Staatsinteresses benutzen, schreibt er dem Monarchen jedoch die Fähigkeit zu, nicht nur sein Eigeninteresse, sondern vielmehr das Interesse des ganzen Staates, der ganzen Gemeinschaft vertreten zu können.<sup>245</sup> Er setzt sogar voraus, dass der Monarch gegenüber der Volksvertretung das Interesse des ganzen Staates (das Gemeinwohl) vertreten wird. Die Parlamente treten nach von Stein nämlich eher für das Interesse der aktuellen Besitzer und der politisch Berechtigten und nicht für das Gemeinwohl ein. Aus diesem Grund ist ein System, das sowohl das Parlament als auch den Monarchen als legitime Herrschaftsquelle anerkennt, durch einen permanenten Konflikt geprägt. Die historischen Erfahrungen beweisen außerdem, dass dieser Konflikt höchstwahrscheinlich mit der Niederlage des Monarchen endet, indem er im Folgenden bloß die formale Macht besitzt, die realen politischen Entscheidungen aber im Parlament getroffen werden. Der Verfall der monarchischen Potenz ist nach von Stein im Fall eines Konflikts zwischen dem Monarchen und dem Parlament somit unumgänglich (Stein 1850c: 35).

Die einzige Chance des Monarchen zu überleben liegt darin, das Prinzip des Staates – die wirtschaftliche und intellektuelle Entwicklung der Bürger

244 Es ist eine andere Frage, dass diese Idee in der Julimonarchie nicht verwirklicht wurde. Der Monarch war nämlich nach 1830 in Frankreich nur eine Marionette der herrschenden politischen Klasse, des Bürgertums (Stein 1850b: 55; Stein 1850b: 53).

245 » (...) die persönliche, außergesellschaftliche Selbständigkeit der Staatsidee und ihres Prinzips vertreten nicht bloß ein möglicher Ausweg aus dem Übergange des Staates in die Gesellschaft, sondern es ist, gerade so wie es seit einem Jahrtausend im germanischen Europa herrscht, eine großartige Notwendigkeit für das Leben der Völker, für die Freiheit.« (Stein 1850c: 19f)

– durch ihre Bildung und Schulung zu realisieren. Diese Bildung trägt dazu bei, dass die vorher besitzlosen Bürger Besitzer werden können, wobei der Monarch bei diesem Erwerb des Eigentums wiederum mitwirken, mithelfen sollte. Durch das Emporheben der besitzlosen und ungebildeten Schichten kann der Monarch also das Prinzip des Staates verwirklichen und damit seine Machtposition gegenüber einem Parlament festigen, das bloß das Eigeninteresse der Besitzer berücksichtigt (Stein 1850c: 45f). Ein Monarch, der das Prinzip des Staates auf diese Weise tatsächlich realisiert, erniedrigt sich nicht zu einem Instrument einer gesellschaftlichen Klasse. Diese Monarchie wäre nach Ansicht von Steins die Monarchie der gesellschaftlichen Reformen, ein soziales Königtum (Böckenförde 1976: 15; Stein 1850c: 48). Im Gegensatz zu Hegel sieht von Stein die Möglichkeit der Harmonisierung der Interessen des Staates und der Gesellschaft also nicht in der konstitutionellen Monarchie (*king-in-parliament*), sondern im sozialen Königtum. Die Idee oder das Prinzip der Monarchie wurde aber zum Ende des 19. Jahrhunderts weder im hegelschen noch im steinschen Sinne populär. Schmitt hat von den beiden Autoren zwar viel entlehnt, doch die Unterschiede zu ihnen hinsichtlich der Beurteilung der Rolle des Staates und des Monarchen sowie des Parlaments blieben gravierend. Des Weiteren soll also untersucht werden, welche intellektuelle Strömung einen größeren Einfluss auf die schmittsche Idee der Trennung von Staat und Gesellschaft, von staatlichen und gesellschaftlichen Interessen ausübte.

#### 4.5.3.4. Die strikte Trennung der beiden Begriffe: Stahl

Weiter oben wurde also gezeigt, dass die Ansätze der begrifflichen Trennung von Staat und Gesellschaft Hegel und von Stein zugeschrieben werden können. Im Gegensatz zu Schmitt glaubten beide Autoren noch an die Möglichkeit der Harmonisierung der staatlichen und der gesellschaftlichen Interessen, an einen möglichen Einklang des Gemeinwohls mit den Partikularinteressen entweder in einer konstitutionellen Monarchie (*king-in-parliament*) oder in einem sozialen Königtum.

Ende des 19. Jahrhundert wandelte sich das Klima um die Beurteilung der Rolle des Parlaments und der Möglichkeit einer Harmonisierung der partikularen mit den allgemeinen Interessen. Die Staatsrechtslehre schätzte das Parlament nicht mehr sehr hoch, man hielt ihm vor, die Partikularinteressen gegenüber den Interessen des ganzen Staates zu bevorzugen und damit den Prozess der Vergesellschaftung des Staates in negativem Sinne zu fördern. Die deutsche Staatsrechtslehre am Ende des 19. Jahrhunderts

trennt aufgrund der Konzeption Friedrich Julius Stahls daher strikt die Begriffe von Staat und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Trennung der Institution des Monarchen, die das Interesse des Staates vertritt, von dem Parlament ein, das bloß die Partikularinteressen der Gesellschaft repräsentiert. Damit meint sie, das Eindringen der gesellschaftlichen Partikularinteressen in den Staat verhindern zu können. Die Staatsrechtslehrer des Kaiserreichs, die in der Tradition des von Stahl definierten monarchischen Prinzips stehen, lassen in ihrem System keine Möglichkeit der Vermittlung zwischen den beiden Sphären zu, die Partikularinteressen können nicht mit dem Gemeinwohl harmonisiert werden. Die rigorose Trennung der beiden Gewalten ist deshalb notwendig, weil das Parlament nur die Partikularinteressen der gesellschaftlichen Gruppen, der Staat dagegen das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft repräsentiert.

Im vorangegangenen Kapitel wurde darauf hingewiesen, dass die rigorose Trennung von Staat und Gesellschaft bei Schmitt bloß zum Teil in jener Tradition wurzelt, die von Hegel und von Stein vorgezeichnet wurde, hier soll nun eine weitere Traditionslinie dargestellt werden, in die sich Schmitt ebenfalls einfügt. Diese andere Tradition der strikten Trennung von Staat und Gesellschaft setzt nicht die Transponierung der innergesellschaftlichen Konflikte auf den Kompetenzbereich des Staates (von Stein) voraus, sie versucht nicht einmal, die Konflikte der gesellschaftlichen Interessen und der Staatsinteressen in einer Dialektik der beiden aufzulösen (Hegel). Vielmehr separiert sie strikt die Institution des Monarchen, die das Staatsinteresse verkörpert, von der Institution des Parlaments, die die Partikularinteressen der Gesellschaft repräsentiert. Diese Tradition lässt keine Vermittlungsmöglichkeit zu. Sie trennt die beiden Sphären und stellt die eine der anderen gegenüber. Das Parlament erfüllt die Funktion eines Sprachrohrs: Der souveräne Monarch erfährt die Beschwerde der Gesellschaft mittels des Parlaments. Das Parlament kann bloß im Falle der Verletzung der Freiheitsrechte bei der Regierung protestieren, die Abgeordneten können sich nur in diesem Fall beim Monarchen wegen der Verletzung ihrer alten Rechten beschweren. Das Parlament ist in diesem doppelten Sinne ein re-agierendes Beschwerdeparlament.<sup>246</sup> Die politische Aktivität geht nicht von ihm aus, seine Rolle beschränkt sich allein auf die Informationsvermittlung und den Rechtsschutz (Schönberger 1997: 82). Das Parlament soll bloß die partikularen Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen widerspiegeln: Es kann nicht regieren oder die

246 Im Gegensatz zu dem deutschen Theoretiker des monarchischen Prinzips hielt Constant die Harmonisierung desselben mit dem parlamentarischen System für möglich. Dazu siehe auch: Gall 1963: 184.

politischen Aktionen aktiv durch die Parlamentsmehrheit und durch die von dieser Mehrheit abhängige Regierung bestimmen. Seine Aufgabe erschöpft sich in der Re-präsentation der Partikularinteressen. Erst der Monarch kann anhand der Vielzahl dieser ihm präsentierten Partikularinteressen richtig beurteilen, was das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft ist. Er erhebt sich daher über die Partikularinteressen der Gesellschaft.<sup>247</sup> Seine Aufgabe besteht darin, aus der Vielfalt eine Einheit zu schaffen, damit nicht bloß Partikularinteressen, sondern das Gemeinwohl durchgesetzt werden kann.<sup>248</sup>

Die Trennung von Staat und Gesellschaft, von Gemeinwohl und Partikularinteresse und der eindeutige Vorrang des Ersteren vor dem Letzteren verkörpert sich im monarchischen Prinzip. Von dem spezifisch deutschen Charakter dieses Prinzips waren viele überzeugt, obwohl einige Theoretiker das bereits damals, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg bezweifelten (Gall 1963: 179f). Was jedoch lehrt dieses monarchische Prinzip genau, gegenüber dem Schmitt selbst zwar einige Vorbehalte hatte (Schmitt 1934: 24, 27f; Schmitt 1928a: 53, 289), dessen Grundschema (die Trennung von Staat und Gesellschaft) seine Grundgedanken allerdings durchaus prägten.

#### 4.5.3.4.1. Die Beschreibung des existierenden parlamentarischen Systems

Stahl verfolgt eine polemische Strategie. Er betont, dass das monarchische Prinzip erst dann richtig verstanden werden kann, wenn es seinem absoluten Gegenpart, dem parlamentarischen Prinzip, gegenübergestellt wird. Die Begründung der Trennung von Staat und Gesellschaft wird daher durch die Skizzierung der Unterschiede der parlamentarischen und der monarchischen Systeme präsentiert. Stahl hebt zugleich hervor, dass die zwei Systeme niemals in Einklang gebracht, niemals in einer Mischform richtig vereinigt werden können. Die Harmonisierung der beiden ist undenkbar, da es sich um begriffliche Kontrahenten handelt: Die Monar-

247 »Der Fürst repräsentiert den Staat, die ethische Ordnung die über den Menschen bestehen soll, also die Nation in ihrem Beruf, solche Ordnung zu handhaben. Die Stände repräsentieren das Volk, d. i. die Nation in ihrem Berufe, dieser Ordnung zu gehorchen, die Menschen in ihren mannigfachen sozialen Stellungen, wie sie der Staatslenkung unterworfen sind.« (Stahl 1830: 318f)

248 Stahl ist der Meinung, dass das Parlament jeweils als eine homogene Einheit gegenüber dem Monarchen auftritt. Das Parlament ist nicht in eine Regierungspartei und die Oppositionsparteien aufgesplittet. Es repräsentiert die Nation als eine Einheit (Stahl 1830: 323ff; Schönberger 1997: 252).

chie schließt das parlamentarische System aus, da sie gemäß dem Staatsinteresse, das Parlament dagegen gemäß den Partikularinteressen der Gesellschaft regiert. Umgekehrt gilt dies ebenfalls: Das parlamentarische System schließt die Existenz eines zumindest teilweise souveränen Monarchen aus. Eine Vermittlung zwischen den beiden ist bei Stahl daher ganz und gar unmöglich. Er argumentiert für die rigorose Trennung der beiden Gewalten und für die Beibehaltung der Souveränität des Monarchen.

Stahl beschreibt also als Erster den parlamentarischen Betrieb seiner Zeit. Die Grundfrage des Zeitalters nach dem Wiener Kongress besteht darin, ob es möglich ist, das Aufkommen und die Verbreitung der Prinzipien der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und der Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit, die bloß in den westeuropäischen Systemen angewandt werden können, in den deutschen Fürstentümern aufzuhalten (Stahl 1845: 6). Anders formuliert: Stahl fragt, ob die Gesellschaft mit Hilfe dieser Prinzipien in den Staat einbrechen kann oder er der Umsetzung des allgemeinen Interesses vorbehalten bleibt.

Wegen der Gefahr eines Aufkommens dieser Prinzipien (Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Abhängigkeit der Regierung vom Parlament) richteten viele konservative Theoretiker ihren Blick wieder einmal in die Vergangenheit. Sie wollten zwar einen Ständestaat, doch war das Zeitalter des Ständestaates bereits vorüber: Mitte des 19. Jahrhunderts konnten die Prozesse nicht mehr in Richtung eines ständischen Partikularismus gelenkt werden, da sich die historische Entwicklung den Weg zu der einheitlichen Nation gebahnt hatte. Die historische Entwicklung ließ den patrimonialen-privatrechtlichen Staat hinter sich und erzielte den konstitutionell-öffentlich-rechtlichen Staat (Stahl 1845: 6). Der Mentalität zur Mitte des 19. Jahrhunderts entspricht ein Staat, der ständische und zugleich repräsentative Elemente aufweist, obwohl sich die Entwicklung eindeutig nach dem repräsentativen Charakter richtet (Stahl 1845: 9). Das Parlament jener Zeit scheint nach Stahl auf den ersten Blick jedoch zwischen der Gesellschaft und dem Staat zu vermitteln, da es die Interessen der Stände und zugleich das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft repräsentieren sollte (Stahl 1863: 168). Das damalige Parlament, das von repräsentativem Charakter ist, hatte also die Aufgabe die zwei Arten der Interessen gleichzeitig zu vertreten: »Ihre Bildung aber (...) muß jetzt notwendig auf zwei Prinzipien beruhen, die sich überall durchdringen: der Unterschied der Stände und die Einheit der Nation.« (Stahl 1830: 370) Das bedeutet, dass die Parlamente einen Doppelcharakter besitzen: Sie müssen einheitlich (sogar physisch in einem Raum) und nicht ständisch gegliedert auftreten, jedoch soll die Wahl der Abgeordneten ständisch separiert erfolgen (Stahl 1830: 326, 370). Auf den ersten Blick scheint eine Vermittlung in dem

Idealparlament Stahls tatsächlich vonstatten zu gehen, doch ist dies bloß der Anschein, da sich die wahre Vermittlung der partikularen Interessen erst mit den souveränen Entscheidungen des Monarchen realisiert. Das Parlament soll sich auf die Präsentation der Beschwerde der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beschränken. Dieser Anschein des stahlschen Idealparlaments ist also im Folgenden zu klären.

Das Idealparlament repräsentiert einerseits nicht das unstrukturierte Kollektiv der Bürger, sondern betrachtet das Volk in seiner Einheit.<sup>249</sup> Die Repräsentation des Volkes bedeutet, dass die Repräsentanten nicht das empirisch begreifbare Volk, sondern das Volk als eine geistige, metaphysische Entität repräsentieren:

»Die Bedeutung der Reichsstände ist demnach (...) die Repräsentation des Volkes in dem Sinne, daß sie (...) die Idee der Volksexistenz lebendig darstellen, nicht daß sie das Volk, d. i. die Masse der einzelnen Menschen, aus denen es besteht, darstellen. (...) Die Menschen sollen an der Herrschaft des Staats teilnehmen, nicht nach ihrer sinnlichen empirischen Existenz (homo phaenomenon), sondern nach ihrer sittlich geistigen Existenz, und von dieser Seite sind sie Ein Ganzes.« (Stahl 1830: 320f)

Andererseits werden die Abgeordneten von den Ständen der Gesellschaft gewählt, und erst sie sind dazu geeignet, die Einheit des Volkes herzustellen. Diese Abgeordneten vertreten dabei nicht die Interessen und die Willen der Individuen, nicht einmal den einheitlichen Willen des Staates oder des imaginären Volkes, sondern bloß die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.<sup>250</sup>

Die Parlamente seines Zeitalters sollten also nach Stahl nicht die Partikularinteressen der Stände in Einklang bringen, dazu sind sie auch nicht geeignet. Das Parlament ist nicht der Schauplatz der großen Kompromisse der Abgeordneten, die bloß partikulare Interessen vertreten und die bestmögliche Position hinsichtlich dieses Partikularinteresses im Prozess eines

249 Stahl geht allerdings nicht darauf ein, wie die verschiedenen Stände, die gegensätzliche Interessen vertreten, in eine einheitliche Nation integriert werden könnte (Brandt 1968: 111).

250 Auf den ersten Blick scheint diese Art der Interessenvertretung zwar ein wenig der burkeschen Tradition der Interessenvertretung zu ähneln, doch wird bei der Anführung der verschiedenen Stände klar, dass die Vorstellungen Stahls viel stärker von mittelalterlichem Charakter sind (Stahl 1830: 323). Stahl hat allerdings zwei Gegner zugleich: Er kritisiert sowohl das Prinzip der Volkssouveränität der Radikaldemokraten, als auch die Nostalgie der Befürworter der archaischen Ständeordnung (Stahl 1845: 9).

Kuhhandels erwerben wollen. Die Parlamente seines Zeitalters beschränken sich auf die bloße Präsentation ihrer Beschwerden bzw. ihrer Eigeninteressen, die Abgeordneten verhandeln nicht über eine mögliche Befriedigung aller Partikularinteressen, sie informieren den Monarchen nur über die Beschwerde ihres Standes (Stahl 1830: 323ff). Dieses Repräsentationsorgan wird aber vom Monarchen einberufen, seine Regierung hängt nicht von der Mehrheitsstimme des Parlaments ab, es hat eine bloße Protestfunktion. Das Parlament ist das Beschwerdeforum der Gesellschaft, der Staat – in diesem Fall der Monarch und seine Regierung – verkörpert dagegen durch die politische Aktivität des Monarchen das Gemeinwohl. Die deutschen Parlamente dieses Zeitalters haben daher kein Recht, Gesetze zu initiieren, sie können die vorhandenen Rechte gegenüber den Verletzungen seitens des Monarchen schützen, doch ist die Abhängigkeit der deutschen Regierungen und Monarchen vom Parlament nach Stahl undenkbar. Weiter unten wird jedoch gezeigt, dass der wahre Parlamentarismus nach Stahl eben diesen letzteren Charakterzug aufweisen kann (Stahl 1830: 328).

#### 4.5.3.4.2. Das Wesen des wahren Parlamentarismus: die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament

Der wahre Parlamentarismus bedeutet nach Stahl die Vorherrschaft der parlamentarischen Mehrheit, die bloß ein Segment der Gesellschaft vertritt, gegenüber dem Monarchen und seiner Regierung, die das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft realisieren wollen. Als Musterbeispiel des wahren Parlamentarismus gilt der englische Parlamentarismus zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Interessen eines bestimmten Segmentes der Gesellschaft überwiegen hier also gegenüber dem Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft. Der wahre Parlamentarismus ermöglicht den Sieg der Gesellschaft, besser gesagt eines immer wechselnden Segments der Gesellschaft über den Staat. Diese Art der Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft sowie die Vision vom Sieg der gesellschaftlichen Partikularinteressen über das Gemeinwohl, das vom Staat getragen wird, ist ganz im schmittschen Sinne gemeint, oder umgekehrt: Schmitt entlehnt dieses erschreckende Bild der Entwicklung des wahren Parlamentarismus eindeutig von Stahl, der mit dessen Darstellung eindeutig für das monarchische Prinzip plädiert.

Stahl führt drei wesentliche Merkmale des wahren Parlamentarismus an. Erstens hat das Parlament in einem wahren parlamentarischen System nicht nur Beschwerde- oder Protestrecht, sondern ist zugleich berechtigt,

Gesetze zu initiieren. Der Monarch hat dagegen ein bloßes Zustimmung- oder bestenfalls ein temporäres Vetorecht, aber kein Initiativrecht, er ist in dem parlamentarischen System kein Gesetzgeber (Stahl 1845: 16). Über das Initiativrecht hinaus verfügt das Parlament des wahren parlamentarischen Systems über das Budgetrecht. Das Recht der Verweigerung neuer Steuern wurde dem Parlament bereits im Mittelalter gewährt, dieses Widerstandsrecht bezog sich damals sowie in der frühen Neuzeit allerdings bloß auf die neuen Steuern. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hatte das Parlament – zumindest in England – aber das Recht erworben, *alle* Steuern verweigern zu können. Wollten die politischen Akteure jedoch diese permanente Krisensituation vermeiden, dann musste eine Art der Zusammenarbeit zwischen dem Monarchen und dem Parlament zustande kommen. Das zeigte sich in der Gewohnheit, dass der Monarch stets Regierungschefs ernannte, hinter denen eine Parlamentsmehrheit stand. Damit war die Budgetfrage meistens geklärt, obwohl das Parlament infolge dieser Vorgänge allmählich über alle Steuerfragen disponieren konnte (Stahl 1845: 18).

Die Behandlung der Budgetfrage führt aber zum dritten kennzeichnenden Merkmal des wahren Parlamentarismus. Denn im parlamentarischen System ist die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament ausschlaggebend. Übt das Parlament nicht nur eine Kontrollfunktion durch sein Beschwerde- und Protestrecht gegenüber der Regierung aus, die sonst rechtlich unabhängig vom Parlament ist, dann kann nicht von einem wahren parlamentarischen System gesprochen werden. Hängt dagegen die Amtsausübung der Regierung rechtlich vom Vertrauen oder Misstrauen der Parlamentsmehrheit ab, dann kann das System als parlamentarisch bezeichnet werden. Der Ministerpräsident ist nicht der Handlanger des Monarchen, sondern der Vollstrecker des Willens der parlamentarischen Mehrheit (Stahl 1863: 123). Genießt seine Regierung das Vertrauen der Parlamentsmehrheit nicht mehr, so muss sie abdanken. Im wahren parlamentarischen System funktionieren nach Stahl bloß zwei Parteien, woraus folgt, dass der Monarch den Führer der Opposition zum Ministerpräsidenten ernennen sollte.<sup>251</sup> Seine Rolle beschränkt sich auf die formale Ernen-

251 Es ist zwar richtig, dass der Monarch das Parlament auflösen und neue Wahlen ausschreiben kann, doch wird damit sein Wille nicht zwangsläufig durchgesetzt. Es kann vorkommen, dass die frühere Parlamentsmehrheit nach den neuen Wahlen wieder die Mehrheit stellt oder eine Partei siegt, die sich dem Monarchen entgensetzt. Deswegen behauptet Stahl, dass die einzige Möglichkeit des Monarchen zur effektiven Durchsetzung seines Willens ist, wenn er die Abgeordneten infolge der mangelnden Fraktionsdisziplin leicht überzeugen kann (Stahl 1845: 21; Stahl 1863: 125).



nung des Ministerpräsidenten und auf die Proklamierung der Gesetze, die alleine vom Parlament verabschiedet werden. Der Monarch ist bloß eine Marionette des Parlaments.

Stahl ist der Meinung, dass man in diesem letzten Fall nicht mehr von einer Monarchie sprechen kann.<sup>252</sup> Das politische Gewicht des Monarchen ist annulliert, der wahre Verantwortungs- und Machträger sind die Regierung und das Parlament.<sup>253</sup> Das Bonmot von Thiers (»Le roi règne mais ne gouverne pas«) ist also folgendermaßen zu verstehen: Der Monarch kann niemals etwas Falsches tun, weil er nicht imstande ist, etwas politisch Relevantes zu tun (Stahl 1845: 23). Die Aufhebung der Monarchie hat aber die Konsequenz, dass die Trennung und Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft ebenfalls aufgelöst wird. Ein bestimmtes Segment der Gesellschaft erobert den Staat durch die parlamentarische Mehrheit, beschlagnahmt die Instrumente des Staates, um die Befriedigung seiner eigenen Ziele erleichtern zu können. Der Staat wird nicht mehr vom Monarchen, der das Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft berücksichtigt, sondern bloß von einer Gruppe der Gesellschaft gemäß ihrem Eigeninteresse geführt.

252 Die Monarchie ist zwar in funktionalem Sinne noch existent, jedoch nicht in moralischem Sinne: Die Idee der Obrigkeit und der Erhabenheit gegenüber der Gesellschaft gehört nämlich zur Idee der Monarchie (Stahl 1863: 118; Stahl 1863: 122).

253 Diese Auffassung der Funktionalität der Monarchie dominierte England seitdem die Krone in Besitz des Hannover-Hauses war (Stahl 1863: 145ff). Stahl weist allerdings darauf hin, dass die Entleerung der Machtposition des Monarchen niemals kodifiziert wurde. Sie ist also »bloß« ein Gewohnheitsrecht (Stahl 1848: 69). Das politische System lässt also theoretisch die legitime Machtergreifung des Monarchen zu. Ihm steht weiterhin das Recht zu, nicht nur zu herrschen, sondern auch zu regieren. Einige Beispiele beweisen, dass vom diesen Recht mehrmals Gebrauch gemacht wurde (Pitt der Jüngere wurde trotz des Protestes der Parlamentsmehrheit von dem Monarchen zum Ministerpräsidenten ernannt) (Stahl 1863: 150; Stahl 1845: 24, 53). Stahl ist außerdem der Meinung, dass der Monarch weiterhin souverän war. Er war zugleich Gesetzgeber (ohne seine Zustimmung gibt es kein legitimes Gesetz), die Exekutive (indem ihm das Recht der Ernennung des Ministerpräsidenten zustand) und Gerichtsherr (indem ihm das Recht der Ernennung der Richter zustand). Formalrechtlich gesehen ist nach Stahl also weiterhin der Monarch der Souverän, auch wenn er praktisch keine Macht hat (Stahl 1863: 120, 143).

#### 4.5.3.4.3. Über den Untergang des Parlaments

Stahl ist sich dessen bewusst, dass der englische Parlamentarismus ein Produkt der spezifisch organischen Entwicklung der englischen Geschichte war. Dieses Produkt ist außer durch die drei oben genannten Merkmale durch das Zweiparteiensystem gekennzeichnet. Diese zwei Parteien sind vor allem aristokratische Parteien, die mehr oder weniger eine persönliche Stabilität in der Führung aufweisen. Im englischen Parlament sitzen meistens Aristokraten oder ihre Handlanger, ein radikaler Konflikt innerhalb des Parlaments ist daher undenkbar (Stahl 1863: 156). Die politische Wechselwirtschaft dieser zwei Parteien sicherte die relative Stabilität, was im strikten Gegensatz zu der kontinentalen Praxis stand. Auf dem Kontinent finden sich die Parteien des Vielparteiensystems mit dem Umsturz der Regierung ab, sie weigern sich meist zugleich eine neue Regierung zu bilden und damit die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie können sich nicht über den Nachfolger des gestürzten Ministerpräsidenten verständigen, da sie zu keinem Kompromiss bereit sind.<sup>254</sup> Stahl zieht daraus die Konsequenz, dass die deutschen Staaten das parlamentarische System mit Gewissheit nicht einführen könnten, da die deutschen Parteien Weltanschauungsparteien seien, die niemals Kompromisse schließen würden, um eine stabile Parlamentsmehrheit und damit eine stabile Regierung durch eine Koalitionsbildung zu erreichen (Stahl 1848:70; Stahl 1863: 116). Ein Teil der kontinentalen Parteien stelle darüber hinaus keine Regierungsopposition, sondern vielmehr eine Systemopposition dar. Die oppositionellen Parteien in den deutschen Staaten versuchen beispielsweise, das System der konstitutionellen Monarchie umzustürzen, weswegen Stahl sie als »systematische Opposition« bezeichnet. Diese Opposition protestiert nicht gegen konkrete Entscheidungen des Monarchen, sondern gegen das ganze politische System. Es geht ihr nach Stahl einfach um den Umsturz des existierenden Staates.<sup>255</sup>

254 Stahl schwebte offensichtlich das Beispiel Frankreichs vor. Er weist auf die Mängel des französischen parlamentarischen Systems hin, die später von Redslob noch eingehender beschrieben wurden. (Stahl 1863: 157; Stahl 1845: 51).

255 Die Einführung des parlamentarischen Systems sei in den deutschen Fürstentümern außerdem unvorstellbar, weil die Fürsten hier weder von den Ständen gewählt wurden (wie in England), noch eine Revolution ihre Machtstellung geschwächt hat (wie in Frankreich). Im deutschen Sprachraum wurde die Macht der Fürsten einfach weder von politischen Akteuren noch historischen Ereignissen beeinträchtigt. Es gebe keinen Zwang zur Schwächung der monarchischen Machtstellung und somit keine Notwendigkeit der Einführung des parlamentarischen Systems (Stahl 1863: 158; Stahl 1845: 54; Stahl 1863: 150f).

Stahl lehnte allerdings nicht nur die Einführung des Parlamentarismus in den deutschen Staaten ab, er übte auch gegenüber dem englischen Parlamentarismus heftige Kritik. In England waren zwar die Vorbedingungen zum wahren Parlamentarismus bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gesichert, doch die Ausdehnung des Wahlrechtes und die gesellschaftlichen Veränderungen führten zu einer – seit dem Ende des 17. Jahrhunderts unbekannten – gesellschaftlichen und politischen Instabilität. Stahl hatte Mitte des 19. Jahrhunderts in dieser Hinsicht tatsächlich Recht. Der englische Parlamentarismus zur Mitte des 19. Jahrhunderts wies tatsächlich ein hohes Maß an Instabilität auf, er befand sich in gewissem Sinne wirklich in einer Krise. Stahl konnte daher zu dem Schluss kommen, dass das Modell selbst gescheitert war. Dieser vermeintliche Verfall des englischen Parlamentarismus hatte nach Ansicht Stahls noch weitere Anzeichen: Durch die Wahlrechtsreformen verliert das Parlament seinen aristokratischen Charakter, der früher die Diskussionen und Konflikte innerhalb des Parlaments jedoch grundsätzlich gemäßigt hat. Das Parlament ist nicht mehr ein Schauplatz besonnener Diskussionen, sondern vielmehr radikaler, manchmal sogar unauflösbarer gesellschaftlicher Konflikte. Die Konflikte der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen durchdringen damit ein Staatsorgan (Parlament), was nach Stahl zu der Konsequenz führen kann, dass der Staat infolge dieser radikalen Kämpfe aufgelöst wird. Zudem befindet sich zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Zweiparteiensystem ebenfalls in der Auflösung, die Parteien sind undiszipliniert und zersplittert, obwohl das Zweiparteiensystem eine Vorbedingung zum wahren Parlamentarismus wäre. Drittens ist das politische Gewicht der zweiten Kammer beeinträchtigt, und viertens haben sich die außerparlamentarischen sozialen Bewegungen radikal verstärkt. All daraus folgt nach Stahl, dass der Parlamentarismus im Allgemeinen seinen Untergang erlebt (Stahl 1863: 162). Was kommt aber nach dem Zeitalter des Parlamentarismus? Die Antwort Stahls ist eindeutig: ein Staat, dem das monarchische Prinzip zugrunde liegt.

#### 4.5.3.4.3. Das monarchische Prinzip

Stahl ist also der Meinung, dass selbst der wahre Parlamentarismus, der das Durchdringen des Staates von Partikularinteressen ermöglicht, notwendig zum Verfall des Staates führt. Deswegen muss der Parlamentarismus seiner Ansicht nach durch das monarchische Prinzip abgelöst

werden.<sup>256</sup> Diesem monarchischen Prinzip entsprechend dominiert der Monarch, der das Interesse des Staates vertritt, eindeutig das Repräsentativorgan der gesellschaftlichen Partikularinteressen. Der Mittelpunkt des politischen Systems, dem das monarchische Prinzip zugrunde liegt, ist der Monarch, der das aktive Element des Systems darstellt.<sup>257</sup>

Nach dem monarchischen Prinzip ist das Parlament nicht zur Steuer-  
verweigerung berechtigt. Der Monarch konsultiert zwar mit den Ständen,  
die die verschiedenen Partikularinteressen der Gesellschaft vertreten, doch  
bleibt der Staat auch in dem Fall funktionsfähig, wenn die Stände einer  
Erhöhung bestimmter Steuern oder einfach einer neuen Steuer nicht  
zustimmen. Der Staat kann weiter funktionieren, weil die Steuern, die  
zuvor ebenfalls existierten, weiterhin erhoben werden können. Die Steuern  
vom Vorjahr sind für das aktuelle Jahr ebenfalls gültig, darüber wird keine  
Abstimmung durchgeführt. Hinter dieser Praxis verbirgt sich die Idee,  
dass der Staat trotz der Weigerung der Stände funktionsfähig bleiben soll.  
Das Interesse an der Existenz des Staates überwiegt somit gegenüber den  
Partikularinteressen. In einem Staat, dem das monarchische Prinzip  
zugrunde liegt, wird daher nicht über das ganze Budget abgestimmt. Das  
Parlament kann bloß über neue Steuern oder über die Erhöhung früherer  
Steuern abstimmen, wobei der Staat im Falle einer Ablehnung seitens der  
Stände weiterhin funktionsfähig bleiben kann, da die Geldsumme, die zur  
Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen benötigt wird, aufgrund der frühe-  
ren Praxis eingezogen werden kann.<sup>258</sup>

Der Kerngedanke des monarchischen Prinzips kann darin erfasst  
werden, dass der Monarch nicht nur herrscht, sondern durch seine Minis-

256 Das monarchische Prinzip war lange Zeit (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhun-  
derts) ein praktisches Prinzip, das von niemandem theoretisch genau erfasst oder  
beschrieben wurde. Es war bereits die Leitidee der französischen Charte von  
1814, des Wiener Kongresses und sogar des Deutschen Bundes (Stahl 1845: 15).

257 Stahl weist hier auf den Unterschied zwischen dem Prinzip der Souveränität des  
Monarchen und dem monarchischen Prinzip hin. In England gelte nämlich das  
Prinzip der Souveränität des Monarchen, obwohl das monarchische Prinzip nicht  
mehr zur Geltung käme. Die deutschen Fürsten des Mittelalters und der Frühneu-  
zeit waren dagegen niemals souveräne Herrscher, da sie unter der formalrechtli-  
chen Suprematie des Kaisers standen. Dem monarchischen Prinzip wurde trotz-  
dem Geltung verschafft. Die letzten Entscheidungen wurden von den Fürsten  
getroffen. Der Unterschied liegt darin, dass die Souveränität ein juristischer  
Begriff ist, das monarchische Prinzip dagegen zur Beschreibung der politischen  
Realitäten der Machtausübung benutzt wurde (Stahl 1845: 26).

258 Das gilt für alle Gesetzesvorlagen: Werden sie von den Ständen nicht gebilligt,  
dann treten sie einfach nicht in Kraft treten, doch wird der Minister dadurch noch  
nicht umgestürzt (Stahl 1845: 29f; Stahl 1845: 36).

ter zugleich regiert. Die Minister sind daher politisch und rechtlich nicht vom Parlament, sondern ausschließlich vom Monarchen abhängig.<sup>259</sup> Das Regieren des Monarchen ist allerdings durch eine selbstaufgezwungene Verfassung begrenzt: Die konstitutionelle Monarchie unterscheidet sich durch diese Selbsteinschränkung von der absoluten Monarchie. Die Einschränkung ist aber richtig in dem Sinne zu verstehen, dass sie auf keinen Fall den Kompetenzbereich des Monarchen betrifft. Seine Handlungssphäre ist unbegrenzt, er kann in allen politischen Fragen Entscheidungen treffen. Die Selbsteinschränkung bezieht sich eher auf die Methode, mit der die Entscheidungen getroffen werden. In manchen Fällen wird nämlich das Mitbestimmungsrecht des Parlaments garantiert, das mal stärker, mal schwächer sein kann (Stahl 1848: 76). Der Monarch behält trotz alledem die höchste Souveränität bei, niemand kann seine Macht einschränken, nur er selbst. Er ist die Quelle der Beschränkung seiner eigenen Macht, er ist der letzte Souverän. Ob das Parlament über ein Mitbestimmungsrecht verfügt, liegt allein in der Macht des Monarchen, der dem Parlament dieses Recht aus eigenem Willen garantiert (Stahl 1848: 63f).

Stahl scheint, sich jedoch dessen bewusst sein, was Schmitt der konstitutionellen Monarchie vorwirft. Schmitt kritisiert am monarchischen Prinzip, dass es die wichtigste Frage nicht entscheidet, nämlich jene, welche Institution dazu berechtigt ist, im Konfliktfall zwischen dem Monarchen und dem Parlament die letzte Entscheidung zu treffen (Schmitt 1928a: 289f; Schmitt 1934: 24ff). Stahl will dieser Frage jedoch keineswegs ausweichen, auch er hält die Frage der letzten Souveränität für die wichtigste Frage eines politischen Systems. Er hält aber zugleich fest: Im Fall eines Kompetenzkonflikts oder eines Konflikts geringerer Bedeutung ist zweifellos und jederzeit der Monarch dazu berechtigt, die letzte Entscheidung zu treffen. Das ist der Punkt, anhand dessen festgestellt werden kann, ob ein System faktisch eine reale oder bloß eine scheinbare Monarchie ist:

»Da ist keine Mitte möglich zwischen parlamentarischem und monarchischem Prinzip. Entweder die Stände können ihr Urteil über die Grenze der Befugnisse durchsetzen durch fortgesetzte, stets weiter greifende Verweigerung und durch Ministeranklage, oder der Fürst kann es durch letzte souveräne Entscheidung.«<sup>260</sup>

259 Eine strafrechtliche Verantwortung hat die Regierung zwar gegenüber dem Parlament, jedoch betrifft das »bloß« den Verfassungsbruch (Stahl 1848: 70).

260 Die letzte Entscheidung kann auf keinen Fall von den Gerichten getroffen werden: »Irgendwo muss die letzte Entscheidung sein, und über das Recht der Staatsgewalt können keine Gerichte entscheiden.« (Stahl 1845: 43f)

Die wahre Quelle aller Verfassungen, die den Souverän beschränken, findet sich im Souverän selbst und nicht umgekehrt. Im Fall einer wahren konstitutionellen Monarchie ist es unvorstellbar, dass die Machtstellung und die Machtposition des Monarchen ihren Ursprung in der Verfassung hat (Stahl 1845: 45). Stahl zeigt sich in dieser Frage also mindestens so entschlossen wie Schmitt.

#### 4.5.3.5. Die strikte Trennung der beiden Begriffe: Seydel und Hintze

Das monarchische Prinzip, dem die strikte Trennung von Staat und Gesellschaft sowie die Vorherrschaft des Staates gegenüber der Gesellschaft zugrunde liegt, war freilich nicht nur Mitte des 19. Jahrhunderts ausschlaggebend. Dieses Prinzip dominierte die deutsche Staatsrechtslehre bis zum Ersten Weltkrieg, in gewisser Hinsicht sogar in der Weimarer Nationalversammlung. Hier sollen bloß zwei Autoren und ihre Grundwerke genannt werden, die in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle eingenommen und zugleich großen Einfluss auf Schmitt ausgeübt haben. Sowohl Max von Seydel als auch Otto Hintze galten vor dem Ersten Weltkrieg als anerkannte Wissenschaftler, deren Schriften Schmitt an mehreren Stellen zitiert (Seydel 1887; Hintze 1911). Wie stellten sich die beiden also die Trennung und Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft sowie die Dominanz der Staatsräson gegenüber den Partikularinteressen der gesellschaftlichen Gruppen vor?

##### 4.5.3.5.1. Von Seydel: die Repräsentation der Staatsräson

Nach der Definition von Seydels ist die konstitutionelle Monarchie eine rechtliche Formulierung eines politischen Systems, in dem der Monarch in den wichtigsten Fragen das Recht der letzten Entscheidung innehat, obwohl er rechtlich zugleich in bestimmtem Maße auf die Zusammenarbeit und Konsultation mit der Volksvertretung angewiesen ist (Seydel 1887: 122). Das parlamentarische System, das bloß ein politischer und kein staatsrechtlicher Begriff ist, setzt dagegen eine Regierung voraus, die von dem Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängt.<sup>261</sup> Von Seydel fügt sich in die Traditionslinie, die ihren Ausgangspunkt bei Stahl hat: Er stellt

<sup>261</sup> Im Gegensatz zu Stahl spricht Seydel hier über die Parlamentsmehrheit, und nicht über das ganze einheitliche Parlament.

ebenfalls fest, dass die parlamentarische Regierung nicht mit der konstitutionellen Monarchie vereinbar ist. Es handelt sich um Gegenbegriffe, die einander bereits auf begrifflicher Ebene ausschließen: Der Staatsbetrieb wird entweder von den verschiedenen Partikularinteressen der Gesellschaft bestimmt, die von den parlamentarischen Parteien vertreten werden, oder eben von dem Monarchen, der als letzter Souverän über diesen Partikularinteressen steht und ausschließlich das Interesse des ganzen Staates und der ganzen politischen Gemeinschaft berücksichtigt. Eine Zwischenlösung ist nach von Seydel unvorstellbar.

In einer konstitutionellen Monarchie kann der Monarch nicht alles, was er will, gesetzlich vorschreiben, obwohl diese Feststellung auch umgekehrt richtig ist: Was der Monarch nicht will, wird sicherlich nicht in einem Gesetz inkorporiert. Die konstitutionelle Monarchie wird also auch hier von der absoluten Monarchie unterschieden, wobei aber die Frage der eigentlichen Souveränität klar festgelegt wird. Der Monarch setzt seine Politik mit Hilfe der Minister unter den Rahmenbedingungen der selbstauferzwungenen Verfassung durch. Wird der Monarch diesen Rahmenbedingungen gerecht, dann hat das Parlament, das bloß verschiedene Partikularinteresse repräsentiert, kein Recht, die Richtlinie der Politik zu bestimmen. Absatz (1) § 2 der bayerischen Verfassung gibt das monarchische Prinzip in diesem Sinne korrekt wieder: »Der König ist das Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie unter den von Ihm gegebenen, in der gewärtigen Verfassungsurkunde festgestellten Bestimmungen aus.« (Seydel 1887: 129) Diese rechtliche Fassung des monarchischen Prinzips, die den Artikel 57 des Wiener Schlussaktes vom Jahre 1819 fast wortwörtlich wiedergibt und in fast allen Verfassungen der deutschen Staaten nach dem Wiener Kongress zu finden ist (Seydel 1887: 129), weist eindeutig auf zwei Fakten hin. Einerseits ist der Monarch der ausschließliche Inhaber aller politischen Macht, andererseits ist er alleine dazu berechtigt, diese absolute Macht durch eine Verfassung zu beschränken. Die Gesellschaft und die Repräsentanten der Gesellschaft sind nicht dazu fähig, diese absolute Macht zu begrenzen (Seydel 1903: 18ff). Nach dem monarchischen Prinzip wird die Position des Monarchen nicht von der Verfassung konstituiert, sondern der Monarch konstituiert eine Verfassung, durch die seine Macht beschränkt wird. Von Seydel bemerkt zugleich, dass diese Verfassung die Befugnisse des Monarchen nicht beeinträchtigt. Er disponiert weiterhin über alle Bereiche des politischen Lebens. Die Selbsteinschränkung betrifft nur die Art und Weise der Ausübung dieser unbeeinträchtigten Macht.

Das Parlament darf nur darüber beraten, was in der Verfassung explizit festgelegt ist, die Regulierung anderer Bereiche des Lebens bleibt die

Prärogative des Monarchen. Unter ministerieller Verantwortlichkeit wird ein rechtliches, aber auf keinen Fall politisches Phänomen verstanden. Politisch ist der Minister ausschließlich dem Monarchen verantwortlich (Seydel 1887: 132). Das Parlament bleibt jedoch nicht ohne jedes politische Gewicht: Es repräsentiert und artikuliert die Partikularinteressen der Gesellschaft vor dem Monarchen, der bei seinen Entscheidungen die Beschwerden und Vorschläge des Parlaments berücksichtigen kann. Es ist jedoch das grundsätzliche Interesse des Monarchen, nicht permanent gegen den expliziten Willen des Parlaments, sondern in Harmonie mit ihm zu regieren. Von Seydel räumt zwar die Möglichkeit eines Missbrauchs der monarchischen Macht ein, doch sei dies einerseits relativ selten der Fall, andererseits würden dennoch die Vorteile einer konstitutionellen Monarchie gegenüber dem parlamentarischen System überwiegen, in dem sich der Kampf der Eigeninteressen in ein Staatsorgan verlege und damit die Durchsetzung der Staatsräson unmöglich mache. Dieser Vorteil kann also gerade in der Verhinderung des Durchdringens der Staatsorgane von Partikularinteressen erfasst werden. In der konstitutionellen Monarchie ist es unvorstellbar, dass die verschiedenen Regierungen, die unterschiedliche Partikularinteressen bevorzugen und einander in kurzen Intervallen ablösen, rasch nacheinander konträre Maßnahmen treffen und durch den permanenten Wechsel der dominanten Eigeninteressen, die die Politik des Staates bestimmen, große Instabilität induzieren (Seydel 1887: 125).

In den parlamentarischen Systemen ist dagegen die Parlamentsmehrheit nicht nur bei der Gesetzgebung und der Bewilligung des Budgets ein unumgänglicher Faktor, vielmehr bestimmt sie alle Momente des Staatsbetriebes. Dieses System setzt eine Harmonie zwischen der Regierung und der Volksvertretung voraus, was zwar als Vorteil bewertet werden kann, doch fügt von Seydel hinzu, dass diese Harmonie meistens nur eine scheinbare Eintracht ist. Er betont, dass der Wille der parlamentarischen Mehrheit nicht mit dem Willen der Mehrheit der Gesellschaft gleichzusetzen ist. Das ergibt sich daraus, dass im Zeitalter von Seydels nicht alle Staatsbürger stimmberechtigt waren. Das Parlament und seine Mehrheit drückten also bloß den Willen einer Minderheit aus. Ein weiterer Nachteil des Parlamentarismus sei nach von Seydel seine Instabilität im Vergleich zu der Stabilität der konstitutionellen Monarchie. Die neuen Regierungsparteien seien nur ganz selten dazu bereit, die Politik der abgelösten Regierung fortzusetzen, sie wollen fast alles abbauen und ruinieren, was von ihren Vorgängern aufgebaut wurde. Auch in außenpolitischer Perspektive sei das eine ungesunde Einstellung, doch innenpolitisch richte der häufige Regierungswechsel mit Sicherheit noch größeren Schaden an (Seydel 1887: 127).



Infolge dieser permanenten Richtungswechsel der Regierungspolitik und der Politik im Allgemeinen verfällt die Staatsräson, die sich in kurzer Zeit sicherlich nicht verändert. Zur Geltung kommen die vergänglichen und schwankenden Interessen der Gesellschaft, die durch die raschen Regierungswechsel einander sogar auslöschen können. Von Seydel lehnt die Idee entschlossen ab, dass der parlamentarischen Regierung die Lehre der Gewaltenteilung zugrunde liegt. Er fügt noch hinzu, dass die Lehre der Gewaltenteilung selbst eine falsche Lehre sei, denn das höchste Ziel des Staates sei gerade in der Einheitsstiftung hinsichtlich der unterschiedlichen Willen der gesellschaftlichen Gruppen zu erfassen. Der Staat könne nur einen Willen haben, weswegen die Macht nicht geteilt werden könnte. Im entgegengesetzten Fall hätte der Staat gleichzeitig verschiedene Willen, was aber zur Instabilität, im schlimmsten Fall zur Auflösung des Staates führen würde (Seydel 1887: 137).

#### 4.5.3.5.2. Hintze: die Grundlage der konstitutionellen Monarchie

Ein anderer eklatanter Vertreter des monarchischen Prinzips, Otto Hintze, betrachtete die konstitutionelle Monarchie unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer noch als ein deutsches Spezifikum. Hintze beschäftigte sich jedoch mit verschiedenen Fragen, die die Diskussion zur konstitutionellen Monarchie vor und nach dem Ersten Weltkrieg bestimmt hatten und zugleich als Ausgangspunkt der Kritik Schmitts hinsichtlich dieser Staatsform dienten: Ist diese spezifisch deutsche Staatsform bloß ein temporäres Phänomen, das den Übergang von der absoluten Monarchie in das parlamentarische System kennzeichnet? Ist ein Verfall des Staates in dieser historischen Entwicklung zu begreifen, indem die Staatsräson, die vom absoluten Monarchen konsequenterweise vertreten wurde, an Bedeutung verliert und an die Stelle der Dominanz des Monarchen die Vorherrschaft des Parlaments tritt, das sich aber zum Schauplatz des Kampfes um Eigeninteressen verwandelt hat? Ist die konstitutionelle Monarchie also ein Übergangsphänomen der historischen Entwicklung, die zwangsläufig im Parlamentarismus und damit in der Aufhebung des Staatinteresses (d. h. in der Auflösung des Staates) mündet? Oder aber ist diese Staatsform als eine deutsche Besonderheit kein Übergangsphänomen, sondern die persistente Form des deutschen Staates, die unter allen Umständen aufrechterhalten werden muss? Das sind also die grundsätzlichen Fragen Hintzes, und wie bereits oben gezeigt wurde, ist dies auch das Grundproblem Schmitts in Bezug auf die konstitutionelle Monarchie (Hintze 1911: 360).

Hintze vergleicht zunächst einmal die deutsche Praxis der konstitutionellen Monarchie mit der englischen und französischen. Er stellt dabei fest, dass die konstitutionelle Monarchie in Frankreich tatsächlich eine Übergangserscheinung war: Das monarchische Prinzip wurde zwar bereits in der Charte von 1814 formuliert, die sogar als Musterbeispiel für die deutschen Staaten diente, blieb allerdings bloß bis 1830 in Kraft. Nach der Julirevolution von 1830 waren die Monarchen keine Souveräne mehr im eigentlichen Sinn. Das Ansehen der Monarchie war bereits wegen der Revolution und des Kaiserreichs beeinträchtigt, dazu kam der Absolutismus Karls X., was den Ruf der Monarchie weiter belastete. Die französischen Bürgerkönige nach 1830 waren nach Hintze bloße Marionetten des Parlaments. Nach der Julirevolution herrschte in Frankreich ein parlamentarisches und kein monarchisches System. Der Verfassung von 1830 lag das Prinzip der Volkssouveränität und nicht die monarchische Souveränität zugrunde. Thiers hatte Recht, als er das System nach 1830 mit dem Bonmot charakterisierte: *Le roi règne mais ne gouverne pas*.<sup>262</sup>

Im strikten Sinne wurde sogar in England nach den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts das parlamentarische System eingeführt, obwohl der Verfassungstext selbst – im Gegensatz zu der Verfassungswirklichkeit – unverändert blieb. Einige Anzeichen des parlamentarischen Systems konnten freilich bereits vor dem Reformbill von 1832 festgestellt werden, die die konstitutionelle Monarchie bereits Ende des 18. Jahrhunderts zumindest in der Praxis in ein teilweise parlamentarisches System umwandeln. Obwohl England im 18. Jahrhundert nach seiner Verfassung eine konstitutionelle Monarchie war, wich die Verfassungswirklichkeit wesentlich vom Verfassungstext ab, indem das Parlament anfangs über ein Mitbestimmungsrecht, später sogar über ein praktisches Bestimmungsrecht verfügte. Hintze betont jedoch, dass der englische Staat unter Georg III. noch eine konstitutionelle Monarchie war, da dieser noch imstande gewesen sei, entgegen dem Willen der parlamentarischen Mehrheit oder eben durch Bestechung der Parlamentarier seinen Willen durchzusetzen (Hintze 1911: 362). Die Entwicklung war aber nicht aufzuhalten: Das Zentrum der politischen Entscheidungen wurde allmählich auf die Minister/den Ministerpräsidenten verlegt, was letzten Endes zur Abhän-

262 Hintze weist zugleich darauf hin, dass die jeweiligen französischen Regierungen infolge des zersplitterten und zugleich korrupten französischen Parteiensystems einen relativ großen Spielraum bei der Einflussnahme auf die parlamentarischen Abgeordneten hatten. Hintze behauptete deswegen sogar, dass die Regierung mit Hilfe der Korruption immer imstande war, sich eine Parlamentsmehrheit zu sichern (Hintze 1911: 361).

gigkeit der Regierung/des Ministerpräsidenten von der parlamentarischen Mehrheit führte.

Hintze sieht also den Grund für den Unterschied zwischen der Entwicklung in England und jener in den deutschen Staaten darin, dass England im Gegensatz zu den deutschen Staaten ein Inselland war, dem die historischen Umstände niemals die Militarisierung des Staates aufgezwungen hatten. Die kontinentalen Staaten lebten in permanenter Bedrohung: Die Möglichkeit eines Krieges unter den kontinentalen Staaten war viel wahrscheinlicher, als eine Kriegsführung gegen das isolierte Inselland England. Dieses ständige Tatsache der Bedrohung führte dazu, dass die kontinentalen Staaten ein stehendes Heer, eine abwehrfähige Streitkraft aufstellen und aufrechterhalten mussten. Das stehende Heer wurde später der wichtigste Rückhalt des Monarchen. Das besondere Staatsinteresse bildet sich nach Hintze infolge des permanenten Gefühls ebendieser Bedrohung heraus. Es muss gegenüber den innenpolitischen Konflikten unter den Parteien, die bloß ein Partikularinteresse vertreten, überwiegen, denn sonst könnte der Staat geschwächt und von einem anderen Staat erobert werden. Die spezifische Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft auf dem Kontinent ergibt sich nach Hintze also aus der permanenten geopolitischen Gefahr, dass der Staat von einem anderen erobert oder besiegt werden kann. England als Inselland konnte sich diese Entwicklung ersparen, da ein Angriff gegen das Land nur mit großen Schwierigkeiten durchführbar war. Der Unterschied in der Beziehung des Staates zu der Gesellschaft und umgekehrt sei also eine Folge der geopolitischen Gegebenheiten (Hintze 1911: 365). Die Machtträger des englischen Staates waren nicht dazu gezwungen, in dem Heer eine feste Stütze zu finden, weil England niemals unter permanenter Bedrohung stand.

Die Entwicklung zum Obrigkeitsstaat war auf dem Kontinent aus dem gleichen Grund als eine Notwendigkeit zu betrachten: Die ständige Bedrohung führte zur Beseitigung oder zu permanenten Versuchen der Beseitigung jeglicher innerer Konflikte, die die Abwehrkraft hätten schwächen können. Der absolute Monarch konnte sich auf diese permanente Gefahr beziehen, wenn er gegenüber dem gesellschaftlichen Partikularinteresse dem Interesse des ganzen Staates den Vorrang gab. Der Monarch blieb also ein politischer Akteur, der immer über den Partikularinteressen stehend handelte und ausschließlich das Interesse des von außen bedrohten Staates berücksichtigte (Hintze 1911: 389). Der Obrigkeitsstaat ließ die Partikularinteressen, die im Parlament vertreten wurden, nicht zur Geltung kommen, da der militärisch bedrohte Staat ansonsten stark geschwächt gewesen wäre. Die Handhabung der parlamentarischen und innenpolitischen Konflikte war ein grundlegendes Interesse der

bedrohten Kontinentalstaaten. Deswegen seien nach Hintze das Staatinteresse und die Partikularinteressen der Gesellschaft in diesen Staaten, vor allem aber in Preußen rigoros auseinander zu halten, während die Trennung in England mangels der militärischen Bedrohung nicht durchgeführt werden musste.

Hintze stellt fest, dass die Begriffe Staat und Gesellschaft in der englischen Sprache sogar in einem Begriff (*political society*) verschmolzen sind. Dies sei auch in Frankreich der Fall, nur mit negativem Ausklang: Die Verflechtung von Staat und Gesellschaft während der Revolution führte zu einem politischen System, das sich als nicht funktionsfähig erwiesen hatte. Die gesellschaftlichen Interessen drangen während der Revolution in die Organe des Staates ein und dominierten das politische Leben nach der Einführung des Parlamentarismus am Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts. Die Gesellschaft hatte den Staat einfach erobert. Der französische Parlamentarismus führte also zum politischen Übergewicht der partikularen Interessen.<sup>263</sup>

Die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft hatten bereits die liberalen und konservativen Theoretiker des Vormärz wahrgenommen, Hintze stellt daher fest, dass diese Idee in allen Richtungen des politischen Denkens vorzufinden gewesen sei. Viele Theoretiker versuchten allerdings, diese rigorose Gegenüberstellung aufzulösen: Die Theorien von Hegel und Mohl unternahmen noch den Versuch, das Prinzip des Parlamentarismus mit jenem der konstitutionellen Monarchie zu versöhnen, und erst Stahl bemerkte richtig, dass die beiden Prinzipien nicht zu versöhnen sind. Das Prinzip des Parlamentarismus und das monarchische Prinzip, die Interessen des Staates und die partikularen Interessen der gesellschaftlichen Gruppen können nicht harmonisiert werden. Hintze kritisiert daher den Parlamentarismus, der die Konflikte der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in die Organe des Staates transponiert. Der Parlamentarismus könne außerdem in den deutschen Staaten ganz gewiss nicht eingeführt werden, weil die deutschen Parteien von wesentlich anderem Charakter seien als ihre englischen Pendants. Die deutschen Parteien sind rigide Weltanschauungsparteien (keine pragmatischen Parteien), das deutsche Parteiensystem ist stark zersplittert (im Gegensatz zum engli-

263 Anfangs war das monarchische Prinzip nicht dem parlamentarischen Prinzip, sondern der Volkssouveränität gegenübergestellt. Das beweisen nach Hintze auch die Werke von Gentz (Hintze 1911: 366; Gentz 1845: 2; Hintze 1911: 367). Diese konservativen Theoretiker verstanden unter dem Parlament noch ein Ständeparlament und keine Volksvertretung im moderneren Sinne der Volkssouveränität (Hintze 1911: 367).

schen Zweiparteiensystem). Diese historischen Bedingungen machen die Einführung des Parlamentarismus nach Hintze in den deutschen Staaten somit unmöglich (Hintze 1911: 378). Zudem tragen diese beiden Faktoren wesentlich dazu bei, dass die parlamentarischen Parteien keine reale Auswirkung auf die Politik der Regierung haben. Nach einem vierten Argument kann der Parlamentarismus in den deutschen Staaten deshalb nicht eingeführt werden, weil Föderalismus und Parlamentarismus nicht in Einklang zu bringen sind. Das Deutsche Kaiserreich ist und bleibt aber nach Hintze ein föderaler Staat, in dem die eigentliche Souveränität den Ländern zugeschrieben wird.

Das monarchische Prinzip hingegen habe sich im Deutschen Kaiserreich und in den Ländern als funktionsfähig, ja sogar als erfolgreich erwiesen. Es konnte das eigentliche Interesse der ganzen politischen Gemeinschaft trotz der Anstrengungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die Instrumente des Staates zur Befriedigung ihres Eigeninteresses zu benutzen, mit Erfolg durchsetzen. Die preußische Verfassung vom Jahr 1850 zeige dies ganz klar, die mit einer kleinen Korrektur vom monarchischen Prinzip durchgedrungen ist: Die Gewalt der Gesetzgebung wird vom Monarchen und dem Parlament gemeinsam ausgeübt, doch kommt im Konfliktfall die Dominanz des Monarchen zur Geltung. Das beweist auch der preußische Verfassungskonflikt aus den Jahren 1862–1866: Der Monarch, der das Staatsinteresse repräsentierte, konnte sich von der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht des Parlaments lossagen und die letzten Entscheidungen alleine treffen. Die preußische Verfassung garantierte außerdem nicht nur formal eine direkte hierarchische Beziehung des Monarchen zu seinem Heer, die frei von jeglicher parlamentarischer Kontrolle war, vielmehr setzte sich die Vorherrschaft des Monarchen nach dem Verfassungskonflikt 1862–1866 auch in der Praxis durch.

## 5. Schlusswort

Die vorliegende Untersuchung verfolgte ein doppeltes Ziel: Einerseits sollten die wichtigsten Elemente der Parlamentarismuskritik Carl Schmitts klargelegt und die Parallelitäten zwischen dieser Kritik und der kritischen Einstellung der Wahlbürger des 21. Jahrhunderts gegenüber den Parlamenten aufgezeigt werden. Zweck dieses vielversprechenden Unternehmens war es, mit der eingehenden Untersuchung der Kernelemente der schmittschen Kritik zu einem besseren Verständnis für die Gründe der aktuellen Parlamentsverdrossenheit zu gelangen. Andererseits sollte auch der Frage nachgegangen werden, was für eine Relation zwischen der schmittschen Parlamentarismuskritik und früheren Parlamentarismustheorien zu entdecken ist. Hat die Parlamentarismuskritik Schmitts ihre Wurzeln tatsächlich in den Parlamentarismustheorien seiner geistigen Vorgänger? Sind die einzelnen Elemente der Repräsentationstheorie von Hobbes, Burke oder auch Mohl dem Geist dieser Autoren getreu interpretiert, oder hat Schmitt diese Arbeiten eher als ein Mittel zum Aufbau seiner eigenen Theorie verwendet? Was für Konsequenzen können diese Missdeutungen hinsichtlich der Parlamentarismustheorien haben?

Die Parteienverdrossenheit, die der Parlamentarismuskritik Schmitts eigentlich zugrunde liegt, ist heute vielleicht noch stärker verbreitet als zur Zwischenkriegszeit. Die Parteien und die Parlamente im Allgemeinen erfreuen sich bloß eines geringen Ansehens. Die vorliegende Arbeit wollte die Gründe für diese Verdrossenheit mit Hilfe einer ideengeschichtlichen Analyse erschließen. Als Ausgangspunkt dienten die Arbeiten von Carl Schmitt, einem der intelligentesten Kritiker des parlamentarischen Systems. Die Argumentation Schmitts entspringt teils seinem spezifischen Synthetisierungsvermögen, das zugleich wesentlich zur Radikalität der schmittschen Kritik beigetragen hat. Seine Argumente sind vielleicht einzeln bei den verschiedenen ideengeschichtlichen Vorgängern vorzufinden, ergeben aber in der Kombination, wie sie von Schmitt präsentiert wurden, eine originale Sichtweise, die von keinem der Vorgänger in dieser Form geteilt worden wäre. Schmitt beabsichtigte niemals eine minuziöse Textauslegung, seine Ideen nährten sich vielmehr von der Gesinnung der zitierten Autoren. Meist betrachtete er die Vorgänger als ein Mittel zur Verwirklichung seiner eigenen Ziele (d. h. Kritik am Parlamentarismus zu üben). Diese Synthetisierungsarbeit ist aber trotz der mehr oder weniger falschen Interpretationen seiner Vorgänger beeindruckend. In einem

großen Denksystem, das sich mit der Welt des Politischen befasst, sind solche Missdeutungen und Verallgemeinerungen unumgänglich. Eine allgemeine politische Theorie kann vielleicht nicht allen Einzelheiten die gleiche Bedeutsamkeit beimessen. Wer aber daran interessiert war, die Unterschiede zwischen den Gedanken Schmitts und seiner Vorgänger zu erkennen, sollte mit der vorliegenden Arbeit einige Antworten auf seine Fragen bekommen haben.

Aufgezeigt wurden verschiedene Abweichungen und Differenzen, die Schmitt von seinen Vorgängern trennen. Die wichtigste Trennlinie scheint allerdings jene zwischen der englischen und der kontinentalen Denktradition: Die englische Denktradition hatte ihre Aversionen gegenüber den Parteien etwas früher bewältigt als ihr kontinentales Pendant. Die Parteienverdrossenheit in Frankreich hat zwar andere Quellen – vor allem die Idee der Unteilbarkeit der Souveränität – als in Deutschland, wo die traditionelle theoretische Unterscheidung von Staat und Gesellschaft wesentlich dazu beigetragen hat, dass die parlamentarischen Parteien immer bloß als Vertreter der Partikularinteressen betrachtet wurden, doch stimmen die deutsche und die französische Tradition darin überein, dass die Parteidisziplin mit dem Wesen des parlamentarischen Systems unvereinbar ist. Die Parteidisziplin hebt nämlich die Möglichkeit einer rationalen Diskussion auf. Ironischerweise bezieht sich Schmitt hierbei auf deutsche Theoretiker, die sich in dieser Hinsicht keinesfalls in die deutsche Tradition fügen, obwohl er selbst als eklatanter Vertreter dieser Tradition zu bezeichnen ist.

Mit den ideengeschichtlichen Hintergründen konnten die Eigenartigkeit und die Traditionalität der schmittschen Parlamentarismuskritik umrissen werden. Sie haben zum besseren Verständnis der Ideen eines Theoretikers der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen. Traditionen besitzen allerdings den Charakterzug, dass sie trotz der Barrieren, die von der Geschichte errichtet werden, meist weiterleben wollen und können. Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass die Prägnanz der Parlamentarismuskritik und der ihr zugrunde liegenden Parteienverdrossenheit in Deutschland nachweisbar ist. Es ist zwar richtig, dass sie nicht mehr die Politikwissenschaft, sondern vielmehr die öffentliche Meinung charakterisiert, doch die Meinungsumfragen beweisen, dass die traditionellen Elemente der Parlamentarismuskritik, die von Schmitt hervorragend zusammengefasst wurden, die öffentliche Meinung ausschlaggebend bestimmen. Die Antipathie gegenüber dem Parlamentarismus nährt sich aus Argumenten, die bei Schmitt als prinzipielle Einwände galten: Das Unterbleiben der rationalen Diskussion und die alles durchdringende Dominanz der Fraktionsdisziplin werden von der deutschen Öffentlichkeit am meisten getadelt. Die Politikwissenschaftler beharren dagegen darauf, dass die auf einer

rationalen Diskussion fundierten Entscheidungen sowohl in der Praxis als auch in der Theorie des Parlamentarismus eine eher marginale Rolle spielen, die Kurationsfunktion aber, die mit Hilfe der Fraktionsdisziplin in die Realität umgesetzt wird, zur wesentlichen Prämisse des Parlamentarismus geworden ist. Der Horizont der öffentlichen Meinung von heute erstreckt sich also nicht weiter als jener der Staatsrechtslehre in der Zwischenkriegszeit, deren Vertreter auch Schmitt war.

Ein beträchtlicher Teil der Politikwissenschaftler ist der Meinung, dass sich der Funktionsmechanismus der modernen Parlamente wesentlich verändert hat und diese Veränderung eine Rückwirkung auf die »Leitidee«, auf die geistige Grundlage des Parlamentarismus besitzt, die allerdings von der Öffentlichkeit noch nicht wahrgenommen worden ist. Die gegenwärtige Politikwissenschaft misst den Parlamenten vier wichtige Funktionen bei: a) Artikulations- oder Repräsentativfunktion, b) Legislativfunktion, c) Kontrollfunktion und d) Führerauswahl- oder Kurationsfunktion. Nach dem Konsens der aktuellen Fachliteratur ist die primäre Funktion des Parlaments nicht mehr die politische Wahrheitsfindung durch Diskussion, sondern eben die Kurationsfunktion, die Funktion der Wahl und gegebenenfalls des Umsturzes der Regierung. Die öffentliche Meinung will aber nur die Funktionen der Parlamente zur Kenntnis nehmen, die in der Realität des Parlamentarismus des 21. Jahrhunderts eher marginal sind (Artikulations- und Legislativfunktion). Die Funktionen dagegen, die in der Praxis das Wesen des Parlamentarismus ausmachen (Kurations- und Kontrollfunktion), werden von den Wahlbürgern missachtet. Aus diesem Grund insistieren einige Politikwissenschaftler darauf, dass die Parlaments- und Parteienverdrossenheit nicht durch den Umbau des politischen Systems (die Abschaffung der Parteidisziplin) oder durch die Veränderung der Mentalität, durch die Garantie des wirklich freien Mandats der Abgeordneten bekämpft werden kann. Die Lösung liegt ihrer Ansicht nach vielmehr in der Aufklärung der öffentlichen Meinung über die realen Funktionen und den realen Betriebsmechanismus des Parlamentarismus durch adäquate Lehrmaterialien in den Gymnasien sowie entsprechende Medienberichterstattungen. Damit könnte die Erwartungshaltung gedämpft und die Aufmerksamkeit auf die zwei anderen substanziellen Funktionen gelenkt werden. Die Situation ist nicht hoffnungslos, doch hat die Politikwissenschaft noch eine harte Öffentlichkeitsarbeit vor sich, damit die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Wahlbürger und der Realität aufgehoben werden kann.





## Literaturverzeichnis

- Adam, Armin (1992): *Rekonstruktion des Politischen. Carl Schmitt und die Krise der Staatlichkeit*. Weinheim: VCH (acta humaniora)
- Alemann, Ulrich von (1973): *Parteiensysteme im Parlamentarismus. Eine Einführung und Kritik von Parlamentarismustheorien*, Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London: Verso
- Baker, Keith Michael (1990): Representation redefined, in: Baker, Keith Michael (1990): *Inventing the French Revolution*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 224-252.
- Baker, Keith Michel (1990): *Inventing the French Revolution: Essays on French Political Culture in the Eighteenth Century*, Cambridge: Cambridge University Press
- Ball, Terence/Farr, James/Hanson, Russell L. (1989): *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge: Cambridge University Press
- Ball, Terence (1989): Party, in: Ball, Terence/Farr, James/Hanson, Russell L. (1989): *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 155-177.
- Becker, Hartmuth (2007): *Die Parlamentarismuskritik bei Carl Schmitt und Jürgen Habermas*, Berlin: Duncker & Humblot, 2. Auflage
- Beer, Samuel H. (1982): *Modern British Politics: Parties and Pressure Groups in the Collectivist Age*, London: Faber and Faber
- Bentham, Jeremy (1843): Plan of Parliamentary Reform, in: Bentham, Jeremy (1843): *The Works of Jeremy Bentham*, Edinburgh: William Tait, Bd. 3.
- Bentham, Jeremy (1843): *The Works of Jeremy Bentham*, Edinburgh: William Tait, Bd. 3.
- Beyme, Klaus von (1999): *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789–1999*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Birch, Anthony Harold (1971): *Representation. Key Concepts in Political Science*, London: Pall Mall Press
- Blasius, Dirk (2004): Zeitdiagnosen. Carl Schmitt und Lorenz von Stein, in: *Der Staat*, 43. Jg., Nr. 1., S. 23-34.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat, in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.) (1976): *Staat und Gesellschaft*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 131-171.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.) (1976): *Staat und Gesellschaft*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1986a): Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts, in: Helmut Quaritsch (1986) (Hrsg.): *Complexio oppositorum. Über Carl Schmitt*, Berlin: Duncker&Humblot, S. 283-301.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1986b): Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.) (1986): *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte*, Verlagsgruppe Athenäum, S. 146-170
- Boldt, Hans (1975): *Deutsche Staatslehre im Vormärz*, Düsseldorf: Droste Verlag
- Boldt, Hans (1980): Parlamentarismustheorie – Bemerkungen zu ihrer Geschichte in Deutschland, in: *Der Staat*, 19. Jg., Nr. 3., S. 385–412
- Boldt, Hans (1991): Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie, in: Reinhard Mußnug (Hrsg.) (1991): *Wendemarken der deutschen Verfassungsgeschichte*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 151-173
- Boldt, Hans (1997): Die Stellung von Parlament und Parteien in der Weimarer Reichsverfassung. Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit, in: Kolb, Eberhard – Mühlhausen, Walter (1997): *Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik*, München: Oldenbourg Verlag, S. 19-59.
- Bolingbroke, Henry St. John (1733): *A Dissertation on Parties*, in: Bolingbroke, Henry St. John (1841): *The Works of Lord Bolingbroke*, Bd. 2., Philadelphia: Cary and Hart
- Bolingbroke, Henry St. John (1738): *The Idea of a patriot King*, in: Bolingbroke, Henry St. John (1841): *The Works of Lord Bolingbroke*, Bd. 2., Philadelphia: Cary and Hart
- Bolingbroke, Henry St. John (1841): *The Works of Lord Bolingbroke*, Bd. 2., Philadelphia: Cary and Hart
- Brandt, Hartwig (1968): *Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips*, Berlin: Luchterhand Verlag
- Brandt, Reinhard – Herb, Karlfriedrich (2000): *Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen*, Berlin: Akademie Verlag
- Brewer, John (1971): *Party and the Double Cabinet: Two Facets of Burke's Thoughts*, in: *The Historical Journal*, 14. Jg., Nr. 3, S. 491-503
- Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (1992): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart: Klett-Cotta
- Bucher, Lothar (1855): *Parlamentarismus wie er ist*, Berlin: Verlag von Franz Duncker
- Burke, Edmund (1770): *Thoughts on the Cause of the Present Discontents*, in: Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Bd. 1, Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1774): *Speech to the Electors of Bristol*, in: Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Bd. 4, Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1780): *Speech on Presenting to the House of Commons a Plan for the Better Security of the Independence of Parliament, and the Economical Reform*

- mation of the Civil and Other Establishments, in: Burke, Edmund (1803): *The Work of the Right Honourable Edmund Burke*, Bd. 3, London: Rivington
- Burke, Edmund (1782): *Speech on the Reform of the Representation of the Commons in Parliament*, in: Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Bd. 4, Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1790): *Reflections on the Revolution in France*, in: Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Bd. 2., Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1791): *An Appeal from the New to the Old Whigs*, in: Edmund Burke (1992): *Further Reflections on the Revolution in France*, edited by Daniel E. Ritchie, Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1792): *A Letter to Sir Hercules Langshire on the Catholics of Ireland*, in: Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Bd. 2., Indianapolis: Liberty Fund
- Burke, Edmund (1803): *The Work of the Right Honourable Edmund Burke*, Bd.3, London: Rivington
- Burke, Edmund (1992): *Further Reflections on the Revolution in France*, edited by Daniel E. Ritchie, Liberty Fund, Indianapolis
- Burke, Edmund (1999): *Select Works of Edmund Burke*, Indianapolis: Liberty Fund
- Chateaubriand, François-René de (1837): *De la monarchie selon la Charte*, in: Chateaubriand, François-René de (1837): *Ouvres complètes*, Paris: Pourrat Frères
- Chateaubriand, François-René de (1837): *Ouvres complètes*, Paris : Pourrat Frères
- Conniff, James (1977): *Burke, Bristol, and the Concept of Representation*, in: *The Western Political Quarterly*, 30. Jg., Nr. 3., S. 329–341
- Craiu, Aurelian (2003): *Liberalism under Siege. The Political Thought of the French Doctrinaires*, Oxford: Lexington Books
- Cs. Kiss, Lajos (2004): *Carl Schmitt jogtudománya*, Budapest: Gondolat Kiadó
- Derathé, Robert (1950): *Rousseau: Rousseau et la science politique de son temps*, Paris: Vrin
- Durner, Wolfgang (1997): *Antiparlamentarismus in Deutschland*, Würzburg: Königshausen & Neumann
- Dyzenhaus, David (1997): *Legality and legitimacy*, Oxford: Clarendon Press
- Fetscher, Iring (1960): *Rousseaus politische Philosophie. Zur Geschichte des demokratischen Freiheitsbegriffs*, Berlin: Luchterhand Verlag
- Föllmer, Moritz/Graf, Rüdiger/Leo, Per (2005): *Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik*, in: Föllmer, Moritz/Graf, Rüdiger (2005): *Die 'Krise' der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt: Campus Verlag, S. 9-45.
- Föllmer, Moritz – Graf, Rüdiger (2005): *Die 'Krise' der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt: Campus Verlag
- Foord, Archibald S. (1964): *His Majesty's Opposition, 1714–1832*, Oxford: Oxford University Press
- Forsyth, Murray (1987): *Reason and Revolution. The Political Thought of the Abbé Sieyès*, New York: Leicester University Press

- Fraenkel, Ernst (1968a): Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus, in: Fraenkel, Ernst (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 3. Aufl., S. 11–79
- Fraenkel, Ernst (1968): Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt am Main: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Fralin, Richard (1978): Rousseau and Representation. A Study of the Development of His Concept of Political Representation, New York: Columbia University Press
- Funke, Manfred et. al. (Hrsg.) (1987): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf: Droste Verlag
- Gagnebin, Bernard (2000): Die Rolle des Gesetzgebers, in: Brandt, Reinhard/Herb, Karlfriedrich (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen, Berlin: Akademie Verlag, S. 135–150
- Gall, Lothar (1963): Benjamin Constant: seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag
- Gentz, Friedrich (1845): Über den Unterschied zwischen den landständischen und Repräsentativ-Verfassungen, in: Welcker, Thomas (Hrsg.) (1845): Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation, Mannheim: Verlag Friedrich Wassermann
- Gneist, Rudolph (1882): Englische Verfassungsgeschichte, Berlin: Verlag von Julius Springer
- Guizot, Francois (1816): Du gouvernement représentatif et de l'état actuel de la France, Paris: Maradon
- Guizot, Francois (1818): Des garanties légales de la liberté de la presse, in: Archives philosophiques, politiques et littéraires, Nr. 4, S.184–238
- Guizot, Francois (1820): Du gouvernement de la France depuis de la Restauration et du ministère actuel, Paris : Ladvocat
- Guizot, Francois (1821): Des moyens de gouvernement et d'opposition dans l'état actuel de la France, Paris : Ladvocat
- Guizot, Francois (1863): Trios générations, Paris : Michel-Lévy Frères
- Guizot, Francois (2002): The History of the Origins of Representative Government in Europe, Indianapolis: Liberty Fund
- Gusy, Christoph (1993): Die Lehre vom Parteienstaat in der Weimarer Republik, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen – Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen (1996a): Inklusion – Einbeziehung oder Einschließen? Zum Verhältnis von Nation, Rechtsstaat und Demokratie, in: Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 154–184.
- Hartung, Fritz (1935): Staatsgefüge und Zusammenbruch des Zweiten Reiches, in: Historische Zeitschrift, Bd. 151, S. 528–544
- Hasbach, Wilhelm (1919): Die parlamentarische Kabinetregierung, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt

- Hegel, G. W. Friedrich (1821): Grundlinien der Philosophie der Rechts, in: G. W. Friedrich: Gesammelte Werke (1968) (Akademieausgabe). In Verbindung mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft hg. von der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften Hamburg
- Herb, Karlfriedrich (2000a): Zur Grundlegung der Vertragstheorie, in: Brandt, Reinhard/Herb, Karlfriedrich (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen, Berlin: Akademie Verlag, S. 27–44
- Herb, Karlfriedrich (2000b): Verweigte Moderne. Das Problem der Repräsentation, in: Brandt, Reinhard/Herb, Karlfriedrich (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen, Berlin: Akademie Verlag, S. 167–188
- Hintze, Otto (1911): Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung, in: Hintze, Otto (1941): Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, Leipzig: Koehler & Amelang Verlag, S. 359–390.
- Hobbes, Thomas (1904): Leviathan, Cambridge: Cambridge University Press
- Hofmann, Hasso (1964): Legitimität gegen Legalität, Berlin: Luchterhand Verlag.
- Hofmann, Hasso (2003): Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin: Duncker & Humblot Verlag
- Hofstadter, Richard (1970): The Idea of a Party System: The Rise of Legitimate Opposition in the the US 1780–1840, Berkeley and Los Angeles: University of California Press
- Holczhauser, Vilmos (1990): Konsens und Konflikt, Berlin: Duncker & Humblot
- Huber, Ernst Rudolf (1930): Repräsentation in: Der Ring, 3. Jg., S. 545–547
- Huber, Ernst Rudolf (1975): Verfassung und Verfassungswirklichkeit, in: Huber, Ernst Rudolf: Bewahrung und Wandlung, Berlin: Duncker & Humblot
- Hume, David (1994): Political Essays, Cambridge: Cambridge University Press
- Interparlamentarische Union (Hrsg.) (1928): Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems, Berlin: Carl Heymanns Verlag
- Jaumann, Herbert (1994): Rousseau in Deutschland, Neue Beiträge zur Erforschung seiner Rezeption, Berlin: de Gruyter
- Jaume, Lucien (1986): Hobbes et l'Etat représentatif moderne, Paris: Presses universitaires de France
- Jaume, Lucien (1997): L'individu efface. Ou le paradoxe du libéralisme français, Paris: Fayard
- Jellinek, Georg (1883): Die Entwicklung des Ministeriums in der constitutionellen Monarchie, Wien: Alfred Hölder Verlag
- Jellinek, Georg (1906): Verfassungsänderung und Verfassungswandlung, Berlin: Verlag von O. Häring
- Jellinek, Georg (1909): Regierung und Parlament in Deutschland, Leipzig: Verlag von B.G. Teubner
- Jellinek, Georg (1914): Allgemeine Staatslehre, Berlin: Verlag O. Häring
- Judge, David (1999): Representation: Theory and Practice in Britain, London: Routledge

- Kaiser, Joseph H. (1986): Die Dialektik der Repräsentation, in: *Complexio oppositorum*. Über Carl Schmitt, Berlin: Duncker & Humblot, S. 71–80
- Kaufmann, Matthias (1988): *Recht ohne Regel? Die philosophischen Prinzipien in Carl Schmitts Staats- und Rechtslehre*, München: Verlag Karl Alber
- Kelly, Duncan (2003): *The State of the Political, Conceptions of Politics and State in the Thought of Max Weber, Carl Schmitt and Franz Neumann*, Oxford: Oxford University Press
- Kelsen, Hans (1929): *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, 2. erw. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr
- Kennedy, Ellen (1985). Introduction: Carl Schmitt's Parlamentarismus in its Historical Context, in: *Carl Schmitt: The Crisis of Parliamentary Democracy*, translated by Ellen Kennedy, Cambridge: MIT Press, S. xii–xlix.
- Kennedy, Ellen (1998): *Hostis not Inimicus: Toward a Theory of the Public in the Work of Carl Schmitt*, in: David Dyzenhaus (Hrsg.) (1998): *Law as Politics*, London: Duke University Press, London, S. 92–109.
- Kersting, Wolfgang (1994): *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Kersting, Wolfgang (1996) (Hrsg.): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates*, Berlin: Akademie Verlag,
- Kersting, Wolfgang (1996): Vertrag, Souveränität, Repräsentation. Zu den Kapiteln 17 bis 22 des Leviathan, in: Kersting, Wolfgang (1996) (Hrsg.): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates*, Berlin: Akademie Verlag, S. 211–235.
- Kersting, Wolfgang (2000): Die Vertragsidee des Contrat social und die Tradition des neuzeitlichen Kontraktualismus, in: Brandt, Reinhard/Herb, Karlfriedrich (2000): *Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts*, Klassiker Auslegen, Berlin: Akademie Verlag, S. 45–66
- Klenk, Friedrich (1930): *Die Beurteilung der englischen Verfassung in Deutschland von Hegel bis Stahl*, Tübingen: Buchdruckerei Lang
- Kluxen, Kurt (1956): *Das Problem der politischen Opposition. Entwicklung und Wesen der englischen Zweiparteienpolitik im 18. Jahrhundert*, Freiburg: Alber Verlag
- Kolb, Eberhard – Mühlhausen, Walter (1997): *Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik*, München: Oldenbourg Verlag
- Kraft-Fuchs, Margit (1930): Prinzipielle Bemerkungen zu Carl Schmitts Verfassungslehre, in: *Zeitschrift für öffentliches Recht*, Bd. 9., S. 511–541
- Krockow, Christian, Graf von (1958): *Die Entscheidung: eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger*, Stuttgart: Enke Verlag
- Lamer, Reinhard (1963): *Der englische Parlamentarismus in der deutschen politischen Theorie im Zeitalter Bismarcks 1857–1890. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des deutschen Parlamentarismus*, Hamburg: Matthiesen Verlag
- Larmore, Charles (1996): *The Morals of Modernity*, Cambridge: Cambridge University Press

- Laski, Harald (1928): Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems, in: Interparlamentarische Union (Hrsg.) (1928): Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems, Berlin: Carl Heymanns Verlag
- Leydet, Dominique (1998): Pluralism and the Crisis of Parliamentary Democracy, in: David Dyzenhaus (Hrsg.) (1998): Law as Politics, London: Duke University Press, S. 109–131
- Leydet, Dominique (1998): Pluralism and the Crisis of Parliamentary Democracy, in: David Dyzenhaus (Hrsg.) (1998): Law as Politics, London: Duke University Press, S. 109–131
- Loewenstein, Karl (1922): Volk und Parlament nach der Staatstheorie der französischen Nationalversammlung von 1789. Studien zur Dogmengeschichte der unmittelbaren Volksgesetzgebung, München: Drei Masken Verlag
- Low, Sidney (1908): Die Regierung Englands, Tübingen: J.C.B. Mohl (Paul Siebeck) Verlag
- Löwith, Karl (1935): Politischer Dezisionismus, in: Internationale Zeitschrift für Theorie des Rechts, 9. Jahrgang, S. 101–123
- Lukas, Josef (1920): Die organisatorischen Grundlagen der Verfassung, Tübingen: Verlag von J.C.B. Mohr
- Marschall, Stefan (2005): Parlamentarismus. Eine Einführung, Baden-Baden: Nomos Verlag
- McCormick, John P. (1997): Carl Schmitt's Critique of Liberalism. Against Politics as Technology, Cambridge: Cambridge University Press
- Medinger, Wilhelm (1929): Die internationale Diskussion über die Krise des Parlamentarismus, Wien-Leipzig: Ilmunud Verlag
- Mehring, Reinhard (1991): Carl Schmitts Lehre von der Auflösung des Liberalismus: Das Sinngefüge der 'Verfassungslehre' als historisches Urteil, in: Zeitschrift für Politik, Bd. 38, S. 200–216
- Mehring, Reinhard (1998): Liberalism as a „Metaphysical System”: The Methodological Structure of Carl Schmitt's Critique of Political Rationalism, in: David Dyzenhaus (Hrsg.) (1998): Law as Politics, London: Duke University Press, S. 131–159
- Meier, Heinrich (1998): Carl Schmitt, Leo Strauss und der Begriff des Politischen: Zu einem Dialog unter Abwesenden, Stuttgart: Metzler Verlag, Erw. Neuausg
- Meinecke, Friedrich (1911): Weltbürgertum und Nationalstaat – Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München: Verlag Oldenbourg
- Meinecke, Friedrich (1924): Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, München: Oldenbourg Verlag
- Merg, Erwin (1920): Die Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlung, Berlin: Verlag von Emil Ebering
- Mill, John Stuart (1861): Considerations on Representative Government, in: Mill, John Stuart (1977): The Collected Works of John Stuart Mill, Bd. XIX., Hrsg.: J.M. Robson, Toronto: University of Toronto Press
- Mill, John Stuart (1977): The Collected Works of John Stuart Mill, Bd. XIX., Hrsg.: J.M. Robson, Toronto: University of Toronto Press



- Mohl, Robert von (1830): Staatsrecht des Königreichs Württemberg, Tübingen: Heinrich Launn,
- Mohl, Robert von (1846): Über die verschiedene Auffassung des repräsentativen Systems in England, Frankreich und Deutschland, in: Mohl, Robert von (1962): Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Graz: Akademische Druck
- Mohl, Robert von (1852): Das Repräsentativsystem, seine Mängel und die Heilmittel, in: Mohl, Robert von (1962): Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Graz: Akademische Druck
- Mohl, Robert von (1859a): Die Parteien im Staate, in: Mohl, Robert von (1966): Politische Schriften, Hrsg.: Klaus von Beyme, Köln: Westdeutscher Verlag
- Mohl, Robert von (1859b): Der Gedanke der Repräsentation im Verhältnisse zu der gesamten Staatenwelt, in: Mohl, Robert von (1962): Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Graz: Akademische Druck
- Mohl, Robert von (1902): Die Parteien im Deutschen Reich, in: Mohl, Robert von (1966): Politische Schriften, Hrsg. Klaus von Beyme, Köln: Westdeutscher Verlag
- Mohl, Robert von (1962): Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Graz: Akademische Druck
- Mohl, Robert von (1966): Politische Schriften, Hrsg. Klaus von Beyme, Köln: Westdeutscher Verlag
- Möller, Horst (1987): Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des 'besonderen' Weges zum parlamentarischen Regierungssystem, in: Funke, Manfred et al. (Hrsg.) (1987): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf: Droste Verlag, S. 140-157.
- Möllers, Christoph (2000): Der Staat als Argument, München: Verlag C.H. Beck
- Naumann, Friedrich (1900): Demokratie und Kaisertum, Berlin-Schöneberg: Hilfe
- Naumann, Friedrich (1910): Die politische Parteien, Berlin-Schöneberg: Hilfe
- Oberreuter, Heinrich (1985): Funktion und Bedeutung politischer Institutionen, in: Hattlich, Manfred (Hrsg.) (1985): Die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Politik- und Geschichtsbüchern, o.O: E. Knoth Verlag, S. 185-258.
- Oberreuter, Heinrich (2005): Parlamentarismus in der Talkshow-Gesellschaft: Wichtiger und Wichtiges tun, in: Zeitschrift für Parlamentsfrage, 36. Jg., Band 3, S. 508-517
- Pasquino, Pasquale (1987): Emmanuel Sieyès, Benjamin Constant et le «gouvernement des modernes» Contribution à l'histoire du concept de représentation politique, in: Revue française de science politique, Année 1987, 37. Jg., Nr. 2, S. 214-229
- Pasquino, Pasquale (1988): Die Lehre vom „pouvoir constituant“ bei Emmanuel Sieyès und Carl Schmitt, in: Helmut Quaritsch, Hrsg. (1988): Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt, Berlin: Duncker & Humblot, S. 371-384.
- Pasquino, Pasquale (1998): Sieyès et l'invention de la constitution en France, Paris: Editions Odile Jacob

- Patzelt, Werner J. (1998): Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 39., S. 725–757
- Patzelt, Werner J. (2003): Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Patzelt, Werner J. (2005): Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36. Jg., Bd. 3., S. 517–539
- Payne, E. J. (1874): Introduction to the Select Works of Edmund Burke, in: Burke, Edmund (1999): Select Works of Edmund Burke, Bd. 1, Indianapolis: Liberty Fund
- Peterson, Erik (1926): Heis theos, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag
- Pethő, Sándor (1993): Norma és kivétel [Norm und Ausnahme], Budapest: MTA Filozófiai Intézet
- Pitkin, Hanna Fenichel (1967): The Concept of Representation, Berkeley and Los Angeles: University of California Press
- Plamenatz, John (2000): „Was nichts anderes heißt, als daß man ihn zwingen wird, frei zu sein“, in: Brandt, Reinhard/Herb, Karlfriedrich (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen, Berlin: Akademie Verlag, S. 67–82.
- Pole, Jack Richon (1971): Political Representation in England and the Origins of the American Republic, Berkeley: University of California Press
- Preuss, Hugo (1928): Reich und Länder. Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches, Hrsg.: Gerhard Anschütz, Berlin: o. V.
- Preuß, Ulrich Karl (2001): Carl Schmitt. Die Bändigung oder die Entfesselung des Politischen, in: Voigt, Rüdiger (2001): Mythos Staat. Carl Schmitts Staatsverständnis, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 141–157.
- Redslob, Robert (1918): Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form, Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag
- Reid, John Phillip (1989): The Concept of Representation in the Age of the American Revolution, Chicago: University of Chicago Press
- Riedel, Manfred (1970): Bürgerliche Gesellschaft und Staat. Grundproblem und Struktur der Hegelschen Rechtsphilosophie, Berlin: Luchterhand Verlag
- Riedel, Manfred (1992a): Bürgerliche Gesellschaft, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (1992): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 719–800.
- Riedel, Manfred (1992b): Gesellschaft, Gemeinschaft, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (1992): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 801–862.
- Riley, Patrick (2000): Eine mögliche Erklärung des Gemeinwillens, in: Brandt, Reinhard – Herb, Karlfriedrich (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, Klassiker Auslegen, Akademie Verlag, Berlin, S. 107–134

- Rischer, Gisela – Hofmann, Wilhelm (1999): Einführung in die Parlamentarismustheorie, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Robbins, Caroline (1958): "Discordant Parties": A Study of the Acceptance of Party by Englishmen Political Science Quarterly, 73. Jg., Bd. 4, S. 505-529.
- Roels, Jean (1969): Le concept de représentation politique au dix-huitième siècle français, Louvain and Paris : Editions Nauwelaerts
- Rogers, Pat (1970): Swift and Bolingbroke on Faction, in: The Journal of British Studies, 9. Jg., Bd. 2
- Rosanvallon, Pierre (1985): Le moment Guizot, Paris: Gallimard
- Rosanvallon, Pierre (1988): Les Doctrinaires et la question du gouvernement représentative, in: Baker, Keith Michael/Lucas, Colin/Furet, François/Ozouf, Mona (Hrsg.) (1988): The French Revolution and the Creation of Modern Political Culture. The transformation of the political culture, 1789–1848, Bd. 3., Oxford: Pergamon Press, S. 411-431.
- Rousseau, Jean-Jacques (1755): Économie, in: Denis Diderot et al. (Hrsg.): Encyclopédie, ou Dictionnaire raisonné des sciences, Tome cinquième, Paris
- Rousseau, Jean-Jacques (1762): Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes, Köln : Röderberg Verlag, 3. Auflage
- Rousseau, Jean-Jacques (1959a): Ouvres complètes, Paris: Éditions Gallimard, Bd. I.
- Rousseau, Jean-Jacques (1959b): Ouvres complètes, Paris: Éditions Gallimard, Bd. II.
- Rousseau, Jean-Jacques (1959c): Ouvres complètes, Paris: Éditions Gallimard, Bd. III.
- Rousseau, Jean-Jacques (1959d): Ouvres complètes, Paris: Éditions Gallimard, Bd. IV.
- Runciman, David (2000): What kind of Person in Hobbes's State?, in: The Journal of Political Philosophy: 8. Jg., Nr. 2, 2000, S. 268–278
- Sartori, Giovanni (2005): Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Chelchester: ECPR Press
- Scheuermann, William E. (1995): Is Parliamentarism in Crisis? A Response to Carl Schmitt, In: Theory and Society, Bd. 24, S. 135-158.
- Scheuermann, William E. (1999): Carl Schmitt. The End of Law, New York: Rowman & Littlefield Publishers
- Scheuner, Ulrich (1927): Über die verschiedenen Gestaltungen des parlamentarischen Regierungssystem, in: Archiv des öffentlichen Rechtes, (1927) n.F. Band 13, S. 209–233, bzw. S. 337–380
- Schmitt, Carl (1917): Die Sichtbarkeit der Kirche, in: Summa. Eine Vierteljahresschrift, Zweites Viertel, S. 71–80
- Schmitt, Carl (1919): Politische Romantik, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1923): Römischer Katholizismus und politische Form, Hellerau: Verlag von Jakob Hegner
- Schmitt, Carl (1926): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin: Verlag von Dunker & Humblot

- Schmitt, Carl (1927): *Volksbegehren und Volksentscheid. Ein Beitrag zur Auslegung der Weimarer Verfassung und zur Lehre von der unmittelbaren Demokratie*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1928a): *Verfassungslehre*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1928b): *Die Diktatur*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1930): Hugo Preuß. Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr
- Schmitt, Carl (1930): Staatsethik und pluralistischer Staat, in: Schmitt, Carl (1940): *Positionen und Begriffe*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot, S. 133–146
- Schmitt, Carl (1931a): *Der Hüter der Verfassung*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1931b): Die Wendung zum totalen Staat, in: Schmitt, Carl (1940): *Positionen und Begriffe*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot, S. 146–158
- Schmitt, Carl (1932a): *Der Begriff des Politischen*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1932b): *Legalität und Legitimität*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1934): *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten*, Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt
- Schmitt, Carl (1935): Was bedeutet der Streit um den „Rechtsstaat“?, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaften*, Bd. 95, Heft 2, S. 189–201
- Schmitt, Carl (1940): *Positionen und Begriffe*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1941): Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff, in: Schmitt, Carl (1957): *Verfassungsrechtliche Aufsätze*, Berlin: Verlag von Duncker & Humblot, S. 375–385.
- Schönberger, Christoph (1997): *Das Parlament im Anstaltsstaat*, Frankfurt am Main: Klostermann Verlag,
- Schuett-Wetschky, Eberhard (2005): Parlamentarismuskritik ohne Ende? Parteidissens und Repräsentationskonzepte am Beispiel der Entparlamentarisierungs- und der Gewaltenteilungskritik, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 15. Jg., Heft 1, S. 3–33
- Schwab, Georg (1968): *The Challenge of the Exception, An Introduction to the Political Ideas of Carl Schmitt between 1921 and 1936*, Berlin: Duncker & Humblot
- Sewell, William (1994): *A Rethoric of Bourgeois Revolution. The Abbé Sieyès and What is the Third Estate*, London: Duke University Press
- Seydel, Max von (1887): *Konstitutionelle und parlamentarische Regierung*, in: Seydel, Max von (1893): *Staatsrechtliche und politische Abhandlungen*, Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag
- Seydel, Max von (1903): *Das Staatsrecht des Königreichs Bayern*, Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag
- Sieyès, Emmanuel (1788): *Essai sur le privileges*, o.A.
- Sieyès, Emmanuel (1789a): *Préliminaire de la constitution françoise*, in: Sieyès, Emmanuel (1981): *Oeuvres de Sieyès*, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS

- Sieyès, Emmanuel (1789b): Vues sur les moyens d'exécution, in: Sieyès, Emmanuel (1981): Oeuvres de Sieyès, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS
- Sieyès, Emmanuel (1789c): Sur la question du veto royal, in: Sieyès, Emmanuel (1981): Oeuvres de Sieyès, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS
- Sieyès, Emmanuel (1789d): Observations sur le rapport du comité de constitution, in: Sieyès, Emmanuel (1981): Oeuvres de Sieyès, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS
- Sieyès, Emmanuel (1789e): Quelques idées de constitution, applicables à la ville de Paris, in: Sieyès, Emmanuel (1981): Oeuvres de Sieyès, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS
- Sieyès, Emmanuel (1822): Qu'est-ce que le Tiers État? Alexandre Correard, Paris
- Sieyès, Emmanuel (1981): Oeuvres de Sieyès, hg. von Marcel Dorigny, Paris: EDHIS
- Skhlar, Judith N. (1985): Men and Citizens. A Study of Rousseau's Social Theory, Cambridge: Cambridge University Press
- Skinner, Quentin (1999): Hobbes and the Purely Artificial Person of the State, in: The Journal of Political Philosophy: 7. Jg., Nr. 1, 1999, S. 1–29
- Skinner, Quentin (2002): Augustan Party Politics and Renaissance Constitutional Thought, in: Skinner, Quentin (2002): Visions of Politics, Bd. 2. Renaissance Virtues, Cambridge: Cambridge University Press, S. 344–367.
- Skinner, Quentin (2002): Visions of Politics, Bd. 2. Renaissance Virtues, Cambridge: Cambridge University Press
- Skinner, Quentin (2005): Hobbes on Representation, in: European Journal of Philosophy, 13. Jg., Nr. 2, S. 155–184
- Song, Seog-Yun (1995): Politische Parteien und Verbände in der Verfassungsrechtslehre der Weimarer Republik, Berlin: Duncker & Humblot
- Stahl, Friedrich J. (1830): Die Philosophie des Rechts, Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag
- Stahl, Friedrich J. (1845): Das monarchische Prinzip, Berlin: Weltgeist-Bücher Verlag
- Stahl, Friedrich J. (1848): Die Revolution und die constitutionelle Monarchie, Berlin: Verlag von Wilhelm Herz
- Stahl, Friedrich J. (1863): Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche, Berlin: Verlag von Wilhelm Herz
- Stahl, Friedrich Julius (1845): Das monarchische Prinzip, Berlin: Weltgeist-Bücher Verlag
- Steffani, Wilfrid (1981): Burke zur Vereinbarkeit von freiem Mandat und Fraktionsdisziplin, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Bd. 1, S. 109–
- Steffani, Winfried (1988): Parteien (Fraktionen) und Ausschüsse im Deutschen Bundestag, in: Thaysen, Uwe (Hrsg.) (1988): US-Kongress und Deutscher Bundestag, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 260–280
- Stein, Lorenz (1850a): Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsre Tage, Leipzig: o. V., Band 1.
- Stein, Lorenz (1850b): Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsre Tage, Leipzig: o. V., Band 2.

- Stein, Lorenz (1850c): Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsre Tage, Leipzig: o. V., Band 3.
- Steiner, Udo (1966): Verfassungsgebung und verfassungsgebende Gewalt des Volkes, Berlin: Duncker & Humblot
- Sternberger, Dalf (1962): Jonathan Swift, Carl Schmitt und die parlamentarische Diskussion, in: Insel-Almanach auf das Jahr 1962, Frankfurt am Main: Insel Verlag
- Szabó, István (2000): Az államfő jogállása a Weimari Köztárságban [Die Rechtsstellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Reichsverfassung], Budapest: Osiris Kiadó
- Takács, Péter (2004): Az állam politikai fogalma [Der Begriff des Staates], in: Cs. Kiss, Lajos (Hrsg.): Carl Schmitt jogtudománya [Die Rechtswissenschaft von Carl Schmitt], Budapest: Gondolat Kiadó, S. 168-180.
- Thiele, Ulrich (2003): Advokative Volkssouveränität. Carl Schmitts Konstruktion einer 'demokratischen' Diktaturtheorie im Kontext der Interpretation politischer Theorien der Aufklärung, Berlin: Duncker & Humblot
- Thoma, Richard (1923): Der Begriff der Demokratie in seinem Verhältnis zum Staatsbegriff, Berlin: Duncker & Humblot
- Ulmen, Gary (1991): Politischer Mehrwert, Eine Studie über Max Weber und Carl Schmitt, Weinheim: VCH Acta Humaniora
- Vattel, Emer de (1758a): Droits de Gens. Principes de la loi naturelle, appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains, I., London
- Vattel, Emer de (1758b): Droits de Gens. Principes de la loi naturelle, appliqués à la conduite et aux affaires des Nations et des Souverains, II., London
- Voigt, Rüdiger (2001): Mythos Staat. Carl Schmitts Staatsverständnis, Baden Baden: Nomos Verlag
- Waldstein, Thor v. (1990): Die Pluralismuskritik in der Staatslehre von Carl Schmitt, Bochum: Univ. Diss.
- Wasser, Hartmut (1974): Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart: Problemata Frommann-Holzboog
- Weber, Max (1917): Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, in: Weber, Max (1971): Gesammelte politische Schriften, Tübingen: J.C.B. Mohr Verlag, S. 245-291.
- Weber, Max (1971): Gesammelte politische Schriften, Verlag J.C.B. Mohr, Tübingen
- Williams, Melissa S. (1996): Burkean "Descriptions" and Political Representation: A Reappraisal, in: Canadian Journal of Political Science / Revue canadienne de science politique, 29. Jg., Bd. 1., S. 23-45.
- Winkler, Heinrich August (2002): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München: C.H. Beck Verlag
- Zeh, Wolfgang (2005): Über Sinn und Zweck des Parlaments heute. Ein Essay zum Auftakt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36. Jg., Bd. 3., S. 473-489
- Zweig, Egon (1909): Die Lehre vom Pouvoir Constituant – Ein Beitrag zum Staatsrecht der französischen Revolution, Tübingen: Mohr Siebeck Verlag